

protokoll



der Verhandlungen
des Parteitages der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands
vom 10.-14. Juli 1956
in München

PROTOKOLL

DER VERHANDLUNGEN DES PARTEITAGES DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
VOM 10. BIS 14. JULI 1956 IN MÜNCHEN

HERAUSGEBER: VORSTAND DER SPD, BONN

Druck: Süddeutscher Verlag München

TAGESORDNUNG DES PARTEITAGES

1. Eröffnung und Begrüßungen
2. „An der Wende der deutschen Politik“ . . . Referent: Erich Ollenhauer
3. „Die zweite industrielle Revolution“ . . . Referenten:
Prof. Leo Brandt
Prof. Carlo Schmid
4. „Die Arbeit der sozialdemokratischen Bundes-
tagsfraktion“ . . . Referent:
Dr. Walter Menzel
5. Arbeitsberichte des Parteivorstandes
 - a) Organisation . . . Referent: Max Kukil
 - b) Finanzen . . . Referent: Alfred Nau
 - c) Presse und Propaganda . . . Referent: Fritz Heine
 - d) Kulturpolitik . . . Referent: Willi Eichler
 - e) Frauensekretariat . . . Referentin: Herta Gotthelf
6. Bericht der Kontrollkommission . . . Referent:
Adolph Schönfelder
7. Wahlen
 - a) des Parteivorstandes
 - b) der Kontrollkommission
8. Sonstige Anträge und Abschluß des Parteitages.

GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DIE VERHANDLUNGEN DES PARTEITAGES

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die von den Bezirken gewählten Delegierten, die Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und die aus 16 Mitgliedern bestehende Vertretung der Bundestagsfraktion.
2. Der Parteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten abstimmt.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt, soweit das Statut der Partei keine andere Handhabung vorschreibt.
4. Die Wahlen zu den Körperschaften der Partei erfolgen durch geheime Abstimmung. Gewählt ist, wer mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält.
5. Die Redezeit für Referenten beträgt eine Stunde.
6. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt zehn Minuten.
7. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldung das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
8. Anträge, die erst während des Parteitages gestellt werden, können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 30 Delegierten aus mindestens vier verschiedenen Bezirken unterstützt werden.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außer der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
10. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner für und gegen den Antrag gesprochen hat.
11. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

ARBEITSPLAN DES PARTEITAGES

Dienstag, den 10. Juli, 15 Uhr

Eröffnung des Parteitages

durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Wilhelm Mellies, und Begrüßungsansprachen der in- und ausländischen Gäste

Mittwoch, den 11. Juli, 9 Uhr

Konstituierung des Parteitages

„An der Wende der deutschen Politik“

Referent: Erich Ollenhauer

anschließend Aussprache

Donnerstag, den 12. Juli, 9 Uhr

Fortsetzung des Parteitages

„Die zweite industrielle Revolution“

Referenten: Prof. Leo Brandt und Prof. Carlo Schmid

anschließend Aussprache

Freitag, den 13. Juli, 9 Uhr

Fortsetzung des Parteitages

1. Arbeitsbericht des Parteivorstandes

- a) Organisation
- b) Finanzen
- c) Presse und Propaganda
- d) Kulturpolitik
- e) Frauensekretariat

2. Wahlen

- a) des Parteivorstandes
- b) der Kontrollkommission

3. Bericht über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion

Referent: Dr. Walter Menzel

anschließend Aussprache

Sonnabend, den 14. Juli, 9 Uhr

Fortsetzung des Parteitages

Erledigung der restlichen Anträge

in Penzberg, 16 Uhr

Internationale Kundgebung am Denkmal der Opfer von Penzberg



ERSTER VERHANDLUNGSTAG

DIENSTAG, DEN 10. JULI 1956

(Beginn: 15 Uhr)

*„Leuchte, scheine, goldne Sonne, unserm Vormarsch in die Welt;
uns, die nun im Ausgang stehen, keine Macht noch Fessel hält!“*

Das vorstehende Lied des Arbeiterdichters Heinrich Lersch leitete am 10. Juli 1956 um 15.00 Uhr den Parteitag ein, den siebenten Parteitag der SPD seit 1945 und zugleich den ersten, der seit 54 Jahren wieder in der bayerischen Landeshauptstadt stattfand. 388 Delegierte, 400 Ehrengäste aus dem In- und Ausland und über 300 Journalisten hatten sich im großen Kongreßsaal des Deutschen Museums eingefunden.

Die Stirnseite des Saales zeigte über den mit weißem Tuch bedeckten Vorstandstischen drei große Zackenstümpfe in Schwarz, Rot und Gold, die in den drei großen roten Buchstaben SPD gipfelten. Die Delegierten saßen an langen Tischen, vor ihnen auf Stuhlreihen die Delegierten der ausländischen sozialdemokratischen Parteien und die anderen Ehrengäste.

Auf dem Deutschen Museum selbst, das auf der von der grünen Isar umflossenen Museumsinsel liegt, wehten die Fahnen des Bundes, des Landes, der Stadt München und der deutschen Sozialdemokratie.

ERÖFFNUNG DES PARTEITAGES

Wilhelm Mellies, stellvertretender Vorsitzender der SPD:

Sehr verehrte Anwesende, liebe Gäste, Genossinnen und Genossen! Im Auftrag des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heiße ich Sie alle recht herzlich willkommen. Ich begrüße Sie, Genossinnen und Genossen, die Sie als Delegierte aus unseren Organisationen zu diesem Parteitag entsandt sind.

Als wir uns über den Parteitag 1956 zu verständigen hatten, waren wir uns darüber klar, daß wir diesmal wieder die Mainlinie überschreiten würden. Seit dem Parteitag im Jahre 1947 in Nürnberg war ja in Süddeutschland kein Parteitag mehr gewesen. Der Entscheidung für München haben wir aber auch deshalb gerne zugestimmt, weil bereits 54 Jahre seit dem letzten Parteitag in dieser Stadt verstrichen sind; vom 14. bis 20. September 1902 fand hier in München der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands statt.

Sehr verehrte Anwesende! Ein gutes halbes Jahr nach dem Parteitag im Jahre 1902 erfolgte ein Schritt, der es uns heute ermöglicht, unseren Parteitag hier in diesem herrlichen Saal abzuhalten. Mit dem Datum vom 1. Mai 1903

richtete Oskar von Miller an — wie es in den Dokumenten heißt — „eine kleine Zahl hervorragender Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden und maßgebender Männer der Wissenschaft und Technik“ ein Schreiben, in dem er zu einer Sitzung hier in München im Mai 1903 einlud, und in dieser Sitzung trug von Miller den Plan eines naturwissenschaftlich-technischen Museums vor. Aber, verehrte Anwesende, wir sind nicht nur glücklich über den herrlichen Saal, sondern wir sind der Auffassung, daß für die Erörterung des zweiten großen Themas unseres Parteitags, die zweite industrielle Revolution, kein geeigneterer und würdigerer Raum denkbar wäre. Kein Versammlungsraum in der ganzen Bundesrepublik wäre besser geeignet für die Erörterung dieses Problems, als der Saal des naturwissenschaftlich-technischen Museums hier in München.

Genossinnen und Genossen! Auch in diesem Jahr berührt uns besonders schmerzlich die Tatsache, daß unsere Genossinnen und Genossen aus einem Teil Deutschlands nicht an unserem Parteitag teilnehmen können. Wir können ihnen nur die herzlichsten Grüße senden und unsere innige Verbundenheit mit ihnen bekennen. (Starker Beifall.)

Den Sozialdemokraten in der sowjetisch besetzten Zone ist es weder erlaubt, sich als Sozialdemokratische Partei zu organisieren, noch können sie an unseren Veranstaltungen hier teilnehmen. Als wir vor zwei Jahren in Berlin tagten, waren wir den Menschen im Ostsektor der Stadt und in der Zone besonders nahe. Aber sie sollen auch in diesem Jahr davon überzeugt sein, daß für uns die Wiederherstellung der deutschen Einheit die erste Aufgabe ist und bleibt. (Starker Beifall.)

Auf allen Parteitag nach 1945 haben wir mit tiefer innerer Bewegung immer wieder daran erinnern müssen, daß so viele, die Freiheit und Sozialismus auch unter der Diktatur nicht vergessen hatten, in den letzten Jahren dafür in Zuchthäusern und Konzentrationslagern schmachten mußten. Wir freuen uns, daß in den letzten Monaten vielen die Freiheit wiedergegeben wurde. Wir haben einige von ihnen zu unserem Parteitag eingeladen. (Beifall.)

Es sind die Genossen Erich Radtke aus Mecklenburg, Paul Szillat aus Brandenburg, Fritz Drescher aus Sachsen-Anhalt, Albert Wesemeyer aus Thüringen, Arno Wend aus Sachsen und Gerhard Sperlin aus Berlin. (Beifall.)

Durch diese Einladung, verehrte Anwesende, wollen wir ihnen und ihren Leidensgenossen für ihre aufrechte Haltung und ihren Opfermut den Dank des Parteitages zum Ausdruck bringen. Aber wir wissen, daß sehr viele noch auf den Tag der Freiheit warten müssen. Lassen Sie mich, bitte, dazu an dieser Stelle heute nur ein Wort sagen: Man wird die Bereitschaft, zu einer Entspannung und Verständigung zu kommen, auch daran ermessen müssen, wie weit man bereit ist, diesen Menschen, die kein anderes Verbrechen begingen, als daß sie für die höchsten Güter der Menschheit kämpften, die Freiheit wiederzuschenken.

Genossinnen und Genossen, in Berlin konnten wir nach langer und bitterer Trennung unsere Genossen aus Flensburg wieder unter uns begrüßen. Heute sind nach jahrzehntelanger und bitterer Trennung unsere Genossinnen und Genossen von der Saar als Delegierte auf diesem Parteitag vertreten. (Lebhafter Beifall.)

An dem Beifall mögt Ihr, liebe Genossen von der Saar, sehen, wie groß unsere Freude ist, daß Ihr wieder bei uns seid. — Als nach dem Volksentscheid am

23. Oktober 1955 über die politische Zukunft des Saargebietes entschieden war, erlebten wir die große Freude, daß die sozialistischen Parteien an der Saar schnell wieder zueinander fanden. Diese Vereinigung ist der beste Beweis dafür, welche große Kraft der sozialistischen Idee innewohnt. Vergessen sollen und vergessen müssen sein die bitteren Jahre der Trennung, vergessen auch all das, was zwischen uns gestanden hat. Jetzt wollen wir am gemeinsamen Werk gemeinsam schaffen!

Unter uns weilt eine große Zahl von Gästen. Ich darf zunächst herzlich begrüßen den Vertreter der gastlichen Stadt München, Herrn Oberbürgermeister, unseren alten Freund und Kampfgefährten Thomas Wimmer. (Starker Beifall.) Die Bevölkerung der Stadt München hat vor einiger Zeit bei der Oberbürgermeisterwahl Thomas Wimmer in außerordentlich hohem Maße ihr Vertrauen bekundet, und wir möchten in diesem Augenblick nur sagen, lieber Thomas, wie stolz die ganze Partei auf Deinen Erfolg gewesen ist. (Erneuter Beifall.)

Ich darf schon in diesem Augenblick der Stadtverwaltung danken für die weitgehende Hilfe, die sie uns bei der Vorbereitung und Durchführung unseres Parteitages gewährt hat. Ich bin überzeugt, daß der Aufenthalt in München für alle Teilnehmer des Parteitags, die Delegierten und Gäste, zu einem großen Erlebnis wird.

Weiter begrüße ich die Vertreter der Bayerischen Staatsregierung, an ihrer Spitze den Ministerpräsidenten, unseren Genossen Wilhelm Hoegner. (Lebhafter Beifall.) Wenn es noch einer Erleichterung unserer Entscheidung bedurft hätte, lieber Hoegner, dann wäre es die Tatsache gewesen, daß hier unser Parteitag durch einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von der Staatsregierung begrüßt wird. (Beifall.)

Meine sehr verehrten Gäste! Ich bitte Verständnis dafür zu haben, daß es mir nicht möglich ist, bei der großen Zahl alle einzeln zu begrüßen. Ich begrüße die zahlreichen Vertreter der in Bonn akkreditierten Botschaften und Gesandtschaften. Mein Gruß gilt den Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften. (Beifall.)

Die Vertreter der Presse und des Rundfunks sind in diesem Jahr so zahlreich vertreten, wie kaum jemals vorher auf einem Parteitag. Sie beweisen durch ihre Teilnahme das große Interesse, das sie unseren Verhandlungen entgegenbringen. Ich darf sie herzlich begrüßen und für ihre Teilnahme danken. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich begrüße ebenso die zahlreichen Vertreter von Organisationen, die unserer Einladung gefolgt sind. Es ist mir nicht möglich, alle einzeln zu begrüßen. Gestatten Sie deshalb, daß ich ein allgemeines Grußwort an Sie richte und Ihnen für Ihr Erscheinen recht herzlich danke. (Beifall.) Aber, wie auf jedem Parteitag, möchte ich doch in diesem Augenblick ein besonderes Wort des Grußes an die Vertreter der Gewerkschaften richten. (Starker Beifall.) Sie haben in den letzten Jahren durch die Entwicklung der Verhältnisse besonders harte und schwere Auseinandersetzungen zu führen gehabt, und ihre Arbeit ist dadurch erschwert worden, daß eine kleine Gruppe sich bereit gefunden hat, eine Spaltung der Gewerkschaften vorzunehmen. Das ist geschehen unter Hinweis darauf, daß die Gewerkschaften ihre parteipolitische Neutralität nicht gewahrt hätten. Nun, Genossinnen und Genossen,

auch die Sozialdemokratische Partei — ich darf das offen sagen — hat nicht immer alle Entscheidungen der Gewerkschaften voll bejahen und begrüßen können; aber es ist uns trotzdem niemals eingefallen, darüber zu zernern, daß die Gewerkschaften ihre parteipolitische Neutralität nicht gewahrt hätten. Die Sozialdemokratische Partei hat sich nach 1945 zu dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft bekannt, und sie wird auch daran festhalten. (Starker Beifall.) Die Sozialdemokratische Partei hat sich im verflossenen Jahr auch zu dem Aktionsprogramm der Gewerkschaften bekannt, und sie hat im Parlament Schritte unternommen, um, soweit das im parlamentarischen Raum notwendig war, für die Durchführung des Aktionsprogramms einzutreten. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Forderung nach sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam erhoben wird. Wir wissen aber vor allen Dingen auch, daß die Gewerkschaften die stärksten Vertreter des demokratischen Gedankens in der Bundesrepublik sind.

Genossinnen und Genossen! Neben den Gewerkschaften sind viele Betriebsräte aus den großen Betrieben der Bundesrepublik und Berlin anwesend. Auch ihnen danken wir für die Teilnahme an unserem Kongreß, und ich begrüße sie recht herzlich. (Starker Beifall.)

Als Paul Singer am 15. September 1902 den Parteitag in München eröffnete, konnte er kaum inländische Gäste begrüßen, aber es waren schon damals 17 Vertreter der ausländischen Bruderparteien anwesend. Heute, Genossinnen und Genossen, können wir 28 Vertreter unserer ausländischen Bruderparteien unter uns begrüßen. (Starker Beifall.)

Der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, unser Genosse Morgan Phillips, ist heute noch nicht anwesend, er wird morgen kommen. Der neue Generalsekretär der Internationale, unser bekannter Genosse Bjarne Braatoy, ist bereits heute anwesend, und wir freuen uns sehr, daß wir ihn hier unter uns haben. Die Sozialdemokratische Partei Bulgariens im Exil ist vertreten durch Georg Dudoff und Dr. Georg Kiroff. Russell Bell von Kanada wird auch morgen oder übermorgen kommen. Von Dänemark ist ein alter Bekannter unter uns, der Ministerpräsident H. C. Hansen. (Beifall.) Mit ihm ist erschienen der Lektor Dr. phil. Mogens Pihl; er ist ein Spezialist für Atomprobleme. Von Finnland ist der persönliche Referent des Ministerpräsidenten, Kaarlo Pitsinki, zu uns gekommen. Die französische Bruderpartei ist vertreten durch Pierre Herbut. Die griechische Partei hat die Genossin Agnes Roussopoulou entsandt. Unser Freund von der Arbeiterpartei Sam Watson kann heute leider noch nicht anwesend sein. Er wird aber morgen kommen, ebenso die Genossin Seroff aus Indien. Von Luxemburg ist der Justizminister, Genosse Dr. Bodson, anwesend, ebenso der Genosse Alfons Hummer. Von den Niederlanden hat der Vorsitzende der holländischen Partei der Arbeit, Evert Vermeer, zugesagt; aber wegen Fragen der Regierungsbildung kann er heute nicht anwesend sein; an seiner Stelle ist Genosse Mensink erschienen. Die norwegische Partei ist vertreten durch Genossen Lange. Ich brauche dem Parteitag nicht zu sagen, wer er ist. Er hat seine Qualität als Außenminister Norwegens gezeigt und hat in den verflossenen Jahren in außerordentlichem Maße wirken können (Beifall). Von Osterreich ist Genosse Oskar Helmer und Franz Peyerl erschienen (Beifall). In diesem Zusammenhang, Genossinnen und Genossen, darf ich darauf hinweisen, daß in dem letzten Jahr unsere Wiener Genossen

unsere deutsche Partei dadurch besonders geehrt haben, daß sie einen großen Neubau nach unserem unvergessenen Ernst Reuter benannt haben. — Von Schweden ist erschienen Genosse Torsten Nilsson; er ist Mitglied des Reichstages und Verteidigungsminister (Beifall). — Von der Schweiz ist Walther Bringolf erschienen (Beifall), und für die spanische Exilpartei unser alter Freund Rodolfo Llopi. — Genossinnen und Genossen! In diesem Augenblick darf ich daran erinnern, daß sich am 18. dieses Monats zum 20. Mal der Tag jährt, an dem die reaktionären und faschistischen Kräfte in Spanien den Kampf gegen Freiheit und Demokratie begonnen haben. Wir alle wissen, welche großen Opfer damals von den spanischen Sozialisten in diesem Kampf gebracht worden sind. — Aus den USA ist Dr. Walter Bergmann, Mitglied des dortigen Parteivorstandes, und aus Pakistan unser Freund Jussuf Khan, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Pakistans, erschienen. Für die Sozialistische Union Mittel- und Osteuropas ist erschienen Genosse Milos Vaněk, und aus Ungarn der Genosse Dr. Stefan Bede.

Damit, Genossinnen und Genossen, habe ich unsere ausländischen Gäste begrüßt, und ich darf noch einmal sagen, daß wir stolz und dankbar sind, daß so viele zu uns gekommen sind. Es gab nach 1945 durch die allgemeinen Ereignisse auch in der Sozialistischen Internationale zunächst harte und schwierige Auseinandersetzungen; aber wenn wir heute feststellen können, daß diese Schwierigkeiten zum größten Teil überwunden sind, so beweist sich auch hier wieder das, was ich vorhin bei unseren Freunden von der Saar feststellen konnte: die große menschen- und völkerverbindende Kraft der sozialistischen Idee. Unsere Zusammenarbeit wird auch in der Zukunft gefördert werden durch die große gemeinsame Aufgabe, die alle sozialistischen Parteien vor sich haben, nämlich die Aufgabe, unter Wahrung der Freiheit und der Menschenwürde die wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen in allen Ländern zu schaffen, die angesichts der zweiten industriellen Revolution notwendig sind. Wie auf jedem Parteitag, so war es auch dieses Mal für uns eine selbstverständliche Pflicht, unsere alten Vorkämpfer als Ehrengäste zu laden. Einige von ihnen sind in der Partei noch so tätig, daß sie als stimmberechtigte Delegierte auf dem Parteitag vertreten sind. Ich darf begrüßen: Anna Nemitz (Beifall), Adolf Schönfelder (Beifall), Rudolf Wissell (Beifall), Paul Löbe (lebhafter Beifall) und Hermann Lüdemann (Beifall). Einer, den wir auch gerne heute hier gesehen hätten und den wir eingeladen haben, kann allerdings nicht unter uns weilen. Unser Genosse Friedrich Stampfer hat uns mitgeteilt, daß es ihm wegen Erkrankung nicht möglich ist, nach München zu kommen. Ich bitte Sie, einverstanden zu sein, Genossinnen und Genossen, daß wir ihm von diesem Parteitag aus die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche für seine Genesung übermitteln. — Ihr, liebe Genossinnen und Genossen, werdet in diesem Augenblick sicher die Parteitage, die Ihr miterlebt habt, an Euch vorüberziehen lassen und Ihr werdet — diese Hoffnung möchte ich aussprechen — auch von diesem Parteitag das Bewußtsein mitnehmen können, daß die alte Kampfkraft der Sozialdemokratischen Partei, die Ihr durch Eure jahrzehntelange hingebende Arbeit in so hervorragendem Maße mitgestärkt habt, auch heute in uns und unter uns lebendig ist. (Starker Beifall.)

Ein besonderes Wort des Grußes möchte ich auch noch an die Vertreter der jungen Sozialisten richten; sie sind durch Delegationen auf unserem Parteitag vertreten. In Umbruchs- und Übergangszeiten ist es für die Jugend immer

sehr schwer, mit den Problemen und Auseinandersetzungen fertig zu werden. Aber von einem ist die Jugend auch heute zutiefst erfüllt: daß die Zukunft nicht gemeistert werden kann mit den alten Ordnungen und mit den alten Vorstellungen. In einer Zeit, in der eine Welt langsam aber sicher vergeht, wird es immer gerade die Jugend sein, die zu neuen Ufern strebt, zu Ufern, die es ermöglichen, eine neue Welt zu bauen. Die einzige große politische Bewegung, die so in die Zukunft gerichtet ist, ist die sozialistische Bewegung, verkörpert in Deutschland in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und in den übrigen Ländern durch die dortigen sozialistischen Parteien.

Genossinnen und Genossen! Nach der Begrüßung muß unser nächstes Wort denen gelten, die seit dem Berliner Parteitag von uns gegangen sind. (Die Anwesenden erheben sich.)

Auch in den verflossenen zwei Jahren mußten wir mit wehem Herzen an manchem Sarge und an mancher Gruft stehen. Ich darf die Dahingegangenen dem Lebensalter nach nennen: Georg Schöpflin, Jean Meerfeld, Dr. Otto Braun, Louise Ebert, Fritz Wildung, Carl Schreck, Wilhelm Dittmann, Marie Juchacz, Johannes Lau, Emil Stahl, Marie Ansoerge, Gustav Sander, Max Seppel, Kurt Moosdorf, Dr. Kurt Heinig, Robert Görlinger, Ernst Winter, Heinrich Steinfeld, Max Denker, Heinrich Imig, Dr. Gerhard Lütken, Louise Schiffgens, Hubert Schlebusch, Andreas Gayk, Karl Höltermann, Walter Sassnick, Max Schmidt, Richard Borowski, Anton Pytlik, Max Rübhausen, Konrad Dahl, Gustav Dahrendorf, Friedrich Schmidt, Dr. Hans Weniger, Alfred Kühn und Wilhelm Tenhagen.

Diese Genossinnen und Genossen, die in der gesamten Partei bekannt waren, habe ich gleichzeitig stellvertretend genannt für all die vielen Mitglieder unserer Partei, die in den letzten zwei Jahren von uns gegangen sind. Sie alle haben in ihrem Wirkungsbereich und während ihres ganzen Lebens der einen großen Aufgabe gedient: für eine Gesellschaftsordnung zu kämpfen, die auf den Fundamenten der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut ist. Dafür gilt ihnen heute unser Dank. — Sie haben sich zu Ehren der Toten von den Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Genossinnen und Genossen! Vor unserem Parteitag haben alle anderen Parteien in der Bundesrepublik ihre Parteitage abgehalten. Die CDU, die aus den Bundestagswahlen 1953 als stärkste Partei hervorging, begnügte sich damit, einen Rückblick auf ihre 10jährige Tätigkeit zu halten. Die Auseinandersetzungen auf den anderen Parteitagungen waren größtenteils getragen von den inneren Schwierigkeiten, die in diesen Parteien dadurch entstanden sind, daß auch sie jetzt zu der Erkenntnis kommen mußten, wie wenig der bisherige Regierungskurs der ersten Aufgabe der Politik, der Wiedervereinigung, Rechnung trug. Wir werden uns in den nächsten Tagen mit diesen Gegenwartsaufgaben in einer sachlichen Diskussion auseinandersetzen haben. Die Diskussion auf unserem Parteitag wird zunächst einmal die Wehrfrage berühren, die auf dem Berliner Parteitag eine große Rolle spielte. Wir werden die Diskussion auf Grund der inzwischen getroffenen Entscheidungen fortzusetzen haben. Wir haben aber auch das zu diskutieren, was an Leistungen und Vorschlägen z. B. auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik von der Bundestagsfraktion geleistet werden konnte. Als trotz aller Bekenntnisse, daß die Sozialreform die innenpolitische Aufgabe Nr. 1 sei, die Bundesregierung offenbar nicht imstande war, rechtzeitig einen Entwurf vorzulegen,

haben die Genossinnen und Genossen des Sozialpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand und ebenso die Genossinnen und Genossen des Arbeitskreises für Sozialpolitik in der Fraktion es unternommen, einen eigenen Entwurf zu erarbeiten. Er ist von der Bundestagsfraktion gebilligt und im Bundestag eingebracht worden. Dieser Entwurf ist — das dürfen wir ohne Selbstlob sagen — angesichts der Schwere der Aufgabe eine große und stolze Leistung (Beifall). Der Parteitag wird sicher allen Genossinnen und Genossen, die an diesem mühevollen Werk mitgearbeitet haben, in besonderem Maße dankbar sein.

Wir wissen, daß die Sozialreform, die gesamte Sozialreform, durch die Versäumnisse der Bundesregierung in diesem Bundestag nicht mehr ihre Erledigung finden kann. Aber ich glaube, es muß von diesem Parteitag ein leidenschaftlicher Appell an Parlament und Bundesregierung kommen, daß, wenn man schon nicht die gesamte Sozialreform erledigen kann, doch die Neuordnung der Altersrenten auf alle Fälle noch in diesem Bundestag Gesetz werden muß (Beifall), damit endlich diejenigen, die durch ein Leben harter Mühe und Arbeit zum wirtschaftlichen Reichtum der Nation beigetragen haben, ohne Sorge und Not dem Alter entgegensehen können. Durch die Tatsache, daß die Bundesregierung nicht zeitig genug mit ihren Entwürfen herauskommen konnte, zeigt sich nach unserem Parteitag in Berlin noch deutlicher als vorher, daß die restaurativen Kräfte der Bundesregierung nicht in der Lage sind, mit den heute gestellten Aufgaben fertig zu werden.

Neben diesen Gegenwartsaufgaben wollen wir, wie ich schon zu Beginn meiner Ausführungen angedeutet habe, auf diesem Parteitag das Thema behandeln, das für die Zukunft der Völker und für die Zukunft der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung ist. Hier wird der Unterschied zwischen den restaurativen Kräften, die heute die politische Macht in Händen haben, und den fortschrittlichen politischen Kräften, die in der Sozialdemokratischen Partei verkörpert sind, besonders sichtbar. Keine der anderen Parteien hat die Fragen, die mit der zweiten industriellen Revolution auf uns zukommen, bisher behandelt. Wir Sozialdemokraten sind es, die diese Problematik zuerst behandeln. Wer dünkt da nicht an die prophetischen Worte, die Ferdinand Lassalle im Jahre 1863 schrieb:

„Zwei Dinge allein sind groß geblieben in dem allgemeinen Verfall, der für den tieferen Kenner der Geschichte alle Zustände des europäischen Lebens ergriffen hat, zwei Dinge allein sind frisch geblieben und fortzeugend mitten in der schleichenden Auszehrung der Selbstsucht, welche alle Adern des europäischen Lebens durchdrungen hat: die Wissenschaft und das Volk, die Wissenschaft und die Arbeiter! Die Vereinigung beider allein kann den Schoß europäischer Zustände mit neuem Leben befruchten. Die Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden — das ist das Ziel, dem ich, solange ich atme, mein Leben zu weihen beschloßen habe!“

So schrieb Ferdinand Lassalle im Jahre 1863.

Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag wird mit seinem Thema über die zweite industrielle Revolution zu den entscheidendsten Parteitagen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehören. Sorgen wir dafür, daß wir die

Beratungen in dem alten Geiste kameradschaftlicher Verbundenheit durchführen und daß wir uns bei der Beschlußfassung immer darüber im klaren sind, daß auf uns allein die Verantwortung für eine menschliche Gestaltung der Zukunft ruht.

Lassen Sie mich noch ein Wort anführen, das am Schluß des Parteitages im Jahre 1902 Paul Singer den Delegierten zurief und von dem ich glaube, es sollte als Motto auch über unserem jetzigen Parteitag stehen:

„Wir gehen einem arbeitsreichen Jahr entgegen, einem Jahr reich an Kämpfen. Aber wie ich überzeugt bin, auch reich an Erfolgen! Wir wollen alle Kraft aufbieten, um innerhalb der heutigen Gesellschaft in die gesetzgebenden Körperschaften eine so stattliche Anzahl von Sozialdemokraten hineinzubringen, daß man ohne die Sozialdemokratie in Deutschland nichts mehr machen kann und daß die Gesetzgebung vom sozialdemokratischen Geist erfüllt wird.“

Im Sinne dieses Ausspruches von Paul Singer erkläre ich den Parteitag 1956 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für eröffnet. (Lebhafter Beifall.)

Das Wort zur Begrüßung hat nun zunächst der Oberbürgermeister der Stadt München, Thomas Wimmer.

Thomas Wimmer: Meine verehrten Genossinnen und Genossen, meine lieben Männer und Frauen! Es gereicht der bayerischen Landeshauptstadt zur großen Ehre, daß sich der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entschlossen hat, den Parteitag 1956 in München durchzuführen. Als Oberbürgermeister und zugleich im Namen des Stadtrats heiße ich Sie, die Sie aus allen deutschen Ländern des Bundesgebiets als Delegierte zu uns nach München zu sehr ernstern Beratungen und Beschlüssen gekommen sind, herzlich willkommen.

Ein gleicher Gruß gilt auch den Gästen aus dem Ausland, die sich bereits aus Anlaß der Eröffnung des Parteitags in München eingefunden haben oder sich noch einfinden werden.

Seit mehr als fünf Jahrzehnten hat München keinen Parteitag der deutschen Sozialdemokratischen Partei mehr begrüßen können. Und deshalb freue ich mich als Oberbürgermeister ganz besonders, Ihnen allen diesen Willkommensgruß entbieten zu können. Nahezu fünf Jahrzehnte gehöre auch ich der Sozialdemokratischen Partei als Mitglied an, bekleidete durch das Vertrauen der Genossinnen und Genossen in München das Amt des ersten Vorsitzenden von 1919 bis zum Verbot der Partei 1933. Schon nach dem ersten Weltkrieg konnte in der Person unseres unvergessenen Eduard Schmid von 1919 bis 1925 ein Sozialdemokrat die Stelle des Oberbürgermeisters einnehmen.

Meine lieben Genossinnen und Genossen! Als im Jahre 1902, kurz nach der Jahrhundertwende, der Parteitag unserer Partei zum ersten Mal in München stattfand, gab es in München im sogenannten bürgerlichen Lager noch Politiker, die gesagt haben, es wäre eine Schande für die Haupt- und Residenzstadt München, wenn je ein Sozialdemokrat als Vertreter der Bürgerschaft die Schwelle des Münchner Rathauses überschreiten würde (Heiterkeit). Na, das hat sich grundlegend geändert (Heiterkeit). Nach dem zweiten Weltkrieg wurde durch die Besatzungsmacht der von 1925 bis 1933 amtierende Ober-

bürgermeister wieder in diese Stelle berufen und im Jahre 1948 auf Grund des Wahlergebnisses von einem Sozialdemokraten abgelöst. Da die in Bayern 1952 geschaffene neue Gemeindeordnung die Wahl des ersten Bürgermeisters in jeder Gemeinde, ob groß oder klein, aus Anlaß der Gemeindewahl vorschreibt, wurde ich im Jahre 1952 und am 18. März dieses Jahres jeweils im ersten Wahlgang als Oberbürgermeister gewählt. (Bravo! — Allgemeiner Beifall.) Bei der Gemeindewahl am 18. März dieses Jahres ging nach einem von nahezu allen unseren Gegnern sehr häßlich geführten Wahlkampf die SPD trotzdem als stärkste Partei mit 28 Sitzen von insgesamt 60 Sitzen durch und gewann gegenüber 1952 noch vier Sitze dazu. Sie sehen, meine verehrten Genossinnen und Genossen, daß sich die Sozialdemokratische Partei in München trotz vieler Widerstände nicht nur gehalten hat, sondern ihren Einfluß noch erhöhen konnte, was hauptsächlich ihrer stets sachlich geführten praktischen Arbeit für den arbeitenden Menschen zuzuschreiben ist.

Die Vertretung der Stadt München im Bayerischen Landtag von 1950 bis 1954 lag ausschließlich in den Händen unserer Parteigenossen, die alle neun Stimmkreise in der direkten Wahl erobern konnten. Und ebenso waren im Jahre 1949 bei der ersten Bundestagswahl durch die Direktwahl die vier Mandate für den Deutschen Bundestag erobert worden. Ich sage das deshalb, damit Sie sehen, daß in München schon ein sozialdemokratischer Geist nach alter bayerischer Tradition lebendig ist. (Heiterkeit. — Starker Beifall.) Im Jahre 1954 ging uns lediglich ein Mandat direkter Art verloren, das jedoch durch den Proporz wiedererobert werden konnte.

Was München selbst anlangt, so haben wir in der Stadtverwaltung seit dem Zusammenbruch 1945 schwere Arbeit, wie in jeder vom Luftkrieg betroffenen Stadt, zu leisten gehabt. Bei 39prozentiger Totalzerstörung waren zunächst neun Millionen Kubikmeter Schutt aus der Stadt zu schaffen, was die Voraussetzung für jeglichen Wiederaufbau war. War vom Jahre 1945 ab, als die Amerikaner als Sieger in München einzogen, bis zum 20. Juni 1948, dem Tag der Währungsumstellung, dem Wiederaufbau der Gemeinde kein allzu großer Erfolg beschieden, so änderten sich mit der Schaffung eines wertbeständigen Geldes, der D-Mark, ab 1949 diese Verhältnisse ganz bedeutend. Private aller Kreise und auch die öffentlichen Körperschaften konnten auf dem wiederhergestellten finanziellen Boden erfolgreich arbeiten und disponieren. Vieles ist wiederhergestellt und neu gebaut. Doch die Gemeinde selbst hat noch unheimlich viel zu leisten, nachdem die Einwohnerzahl in den letzten acht Jahren durch den Zuzug pro Jahr durchschnittlich um 30 000 zugenommen hat und in dieser Stadt von den heimatvertriebenen Flüchtlingen und den Ausgewiesenen nach dem Stand vom 1. April dieses Jahres 185 000 Menschen leben, die ihre Heimat zum größten Teil durch Zwang verloren haben. Trotz bedeutender Verbesserungen haben wir immer noch große Wohnungsnot und großes Wohnungselend, Schulraumnöte und insbesondere Verkehrsnotstände zu mildern und zu beseitigen.

Wir Sozialdemokraten unterziehen uns gern dieser Arbeit in dem Glauben, daß wieder echte Friedensarbeit in einem vereinigten deutschen Vaterland erkämpft werden kann.

Nachdem sich gerade die Sozialdemokratische Partei für diese hohen Ziele zum Wohle des gesamten deutschen Volkes seit Jahren einsetzt, wünsche ich dem Parteitag 1956 in München allerbesten Erfolg und Ihnen allen, soweit

dies neben der sachlichen Arbeit möglich ist, auch einige frohe Stunden in unseren Mauern zu Ihrer wohlverdienten Entspannung und Erholung. In diesem Sinne noch einmal herzlich willkommen in München zum Parteitag der SPD im Jahre 1956. (Starker Beifall.)

Wilhelm Mellies: Das Wort hat der Vertreter der bayerischen Staatsregierung, Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner.

Wilhelm Hoegner (mit Beifall begrüßt): Verehrte Anwesende, werte Genossinnen und Genossen! Als dem Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern obliegt mir die ehrenvolle Aufgabe, den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die ausländischen Gäste in der bayerischen Landeshauptstadt auf das herzlichste zu begrüßen. Sie können sich vorstellen, daß ich dieser Verpflichtung als deutscher Sozialdemokrat mit besonderer Genugtuung nachkomme. (Lebhafter Beifall.)

Die Sozialdemokratie ist in Bayern seit 1945 in ständigem Aufstieg begriffen. Bei den Landtagswahlen des Jahres 1950 gelang es der bayerischen Sozialdemokratie zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes, die zahlenmäßig stärkste Partei zu werden und die nächstgrößere um rund 60 000 Stimmen zu überflügeln. Nur die Tücke des damaligen Wahlrechts mit den sogenannten Überhangmandaten verhinderte es, daß wir auch im Landtag die stärkste Fraktion bildeten und schon damals die Regierungsbildung übernahmen; wir mußten uns mit der Rolle des zweiten Rades am Wagen begnügen. Die Wahlen vom 27. November 1954 standen, wie in anderen Bundesländern auch, zum Teil noch unter den Nachwirkungen des Adenauersogs der Bundestagswahlen vom September 1953; wir wurden überflügelt. Die siegreiche Partei suchte nun uns Sozialdemokraten aus der Regierung auszuschalten. Gegen die befürchtete Alleinherrschaft der stärksten Partei aber schlossen sich die kleineren Parteien unter Führung der Sozialdemokratie zusammen. Und so wurde die gegenwärtige bayerische Regierung gebildet. Sie versucht den Nachweis zu erbringen, daß man ohne die Sozialdemokratie in Bayern nicht mehr regieren kann. (Allgemeiner Beifall.)

Die Sozialdemokratie hat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, besonders in der Kultur- und Sozialpolitik, eine lebhafte Tätigkeit entfaltet. Ich darf hinweisen auf die Fragen der Volksschullehrerbildung, auf die zusätzlichen Wohnungsbau- und Straßenbauprogramme, auf die Verlegung des Max-Planck-Instituts nach München, auf die künftige Ausbildung von Atomforschern, auf die Fragen des technischen Nachwuchses usw. Die gegenwärtige bayerische Regierung und die hinter ihr stehenden vier Koalitionsparteien wollen Bayern zu einem Land des Fortschritts und der Geistesfreiheit machen. (Bravo! — Starker Beifall.)

Eine der im Bundesgebiet zuerst vor dem Bayerischen Landtag behandelten Fragen steht auf der Tagesordnung dieses Parteitags: Die zweite industrielle Revolution. Die Ausführungen der vorgesehenen Referenten werden richtungweisend sein. Von größter Bedeutung ist ferner die Stellungnahme dieses Parteitags zur allgemeinen Wehrpflicht, die auch in Bayern von einem großen Teil unserer Jugend abgelehnt wird. (Anhaltender stürmischer Beifall.) Der Abschluß Ihres Parteitags wird eine Kundgebung am Denkmal der Opfer von Penzberg sein, einer kleinen oberbayerischen Bergarbeiterstadt, in der

im April 1945 kurz vor dem Einmarsch amerikanischer Truppen eine Anzahl bewährter Sozialdemokraten von der nationalsozialistischen Meute vorsätzlich hingemordet wurde. Möge diese Kundgebung in Penzberg in unserer raschlebigen Zeit die Erinnerung an das zurückrufen, was wir hinter uns haben, und den Willen stärken, es nie wieder zu einer Schreckensherrschaft in unserer Bundesrepublik kommen zu lassen! (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Und so darf ich Ihnen für die Arbeiten dieses Parteitags, die für die Zukunft der Deutschen Bundesrepublik von vielleicht schicksalsschwerer Bedeutung sein werden, nochmals die besten Wünsche der Bayerischen Staatsregierung für ein gutes Gelingen übermitteln. (Bravo! — Starker Beifall.)

Wilhelm Mellies: Es spricht jetzt zu uns der Vorsitzende des Unterbezirks München der Sozialdemokratischen Partei, Hans Demeter.

Hans Demeter: Meine sehr verehrten Anwesenden, liebe Genossinnen und Genossen! Für die Münchner Parteiorganisation möchte ich alle Delegierten und die in- und ausländischen Gäste auf das herzlichste begrüßen. Es ist für die Sozialdemokraten in München eine große Ehre, daß dieser Parteitag hier in dieser Landeshauptstadt durchgeführt wird. Nach 54 Jahren beginnt hier wiederum ein Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Es ist bereits gesagt worden, daß im Jahre 1902 zum letztenmal, und zwar im Monat September, hier in München ein Parteitag war, und daß wichtige Probleme zur Entscheidung gestanden sind, wie wir in dem Protokoll nachlesen können. Wir finden darin unter anderem Namen wie Bebel, Ledebur, Singer und Vollmar, die an diesem Parteitag noch teilnahmen. Seit dieser damaligen Tagung hat die Welt eine grundlegende Veränderung erfahren. Zwei Weltkriege erschütterten die Gesellschaftsordnung. Im Jahre 1918 brach hier in München die Revolution aus. 1923 erhob die Reaktion ihr Haupt, und Hitler machte seinen Putschversuch, ebenfalls hier in München. 1933 kam die sogenannte Machtergreifung, und diese Stadt bekam den unruhlichen Beinamen „Hauptstadt der Bewegung“. Der Spuk, der dem deutschen Volk und der ganzen Welt so viel Leid und Elend gebracht hat, ging 1945 zu Ende. Auch diese Stadt litt furchtbar und war zum Schluß nur noch ein Trümmerhaufen. Es kann mit Stolz gesagt werden, daß es auch hier gerade die Sozialdemokraten waren, die maßgeblich am Wiederaufbau mitgeholfen haben.

In diesem Jahre hatten wir als Sozialdemokratische Partei wohl den größten Erfolg zu verzeichnen, da wir bei den Stadtratswahlen am 18. März fast die Mehrheit im Stadtparlament erringen konnten und unser Genosse Wimmer als Oberbürgermeister in direkter Wahl wiedergewählt wurde. Wenn wir in dieser Stunde zurückblicken, so erfüllt es uns mit Stolz, daß die Sozialdemokratie hier in dieser Stadt und darüber hinaus im Lande Bayern eine Aufwärtsentwicklung genommen hat, die uns berechtigte Hoffnungen gibt, unsere politischen Positionen noch mehr verbessern zu können.

Ich möchte als Vorsitzender der Partei bei dieser Gelegenheit den Münchnerinnen und Münchnern, die bisher der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme gegeben haben, danken und sie auffordern, sich offen politisch zu bekennen und Mitglieder unserer Partei zu werden. Die Münchnerinnen und

Münchner erwarten von diesem Parteitag, daß die Partei in den Lebensfragen unseres Volkes eine klare Stellung zu den Ereignissen bezieht, die sich in der jüngsten Zeit so verhängnisvoll für unser Volk aufzeigten. Die Bevölkerung Münchens sieht in der Sozialdemokratischen Partei die politische Kraft, die die verhängnisvolle Politik der CDU/CSU unter Führung des Kanzlers Adenauer verändern kann.

In diesem Sinne begrüße ich den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1956 in München. Die Beratungen mögen einen vollen Erfolg bringen. (Allgemeiner Beifall!)

Wilhelm Mellies: Für den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht zu uns Matthias Föcher.

Matthias Föcher (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Anwesenden! Leider bin ich gezwungen, mit einem Wort der Entschuldigung zu beginnen: Unser Bundesvorsitzender, Kollege Walter Freitag, hat aus gesundheitlichen Gründen seine Teilnahme am Parteitag der Sozialdemokratischen Partei aufgeben müssen. Er hat mich aber gebeten, Ihnen seine herzlichen Grüße zu übermitteln und insbesondere seine besten Wünsche für einen guten Verlauf Ihrer Verhandlungen zum Ausdruck zu bringen (Beifall). Ich komme diesem Wunsch aus kameradschaftlicher Verpflichtung nach, möchte aber darüber hinaus auch einer Aufgabe gerecht werden, die mir auferlegt ist: Ihnen die Grüße des Deutschen Gewerkschaftsbunds zu übermitteln und Ihrem Parteitag ebenfalls recht fruchtbringende und erfolgreiche Verhandlungen zu wünschen. Darüber hinaus aber, meine sehr verehrten Anwesenden, gestatten Sie mir, auch ein Wort der Anerkennung der deutschen Gewerkschaften gegenüber der Arbeit, der sozialen Arbeit der Sozialdemokratie und insbesondere ihrer parlamentarischen Frauen und Männer hier zum Ausdruck zu bringen (Beifall)! Wo immer die Gewerkschaften berechnigte Anliegen der Arbeiterschaft dem Parlament zu unterbreiten veranlaßt waren, haben sich die Freunde der Sozialdemokratischen Partei rückhaltlos und mit größter Entschlossenheit und Bereitschaft zu den Vorschlägen und Anregungen der Gewerkschaften bekannt. (Bravo und Beifall.) Damit haben die Freunde der sozialdemokratischen Parteibewegung nicht nur der deutschen Arbeitnehmerschaft, sondern auch der Demokratie einen wahrhaft echten und guten Dienst geleistet. (Beifall.)

Vor etlichen Jahren hat einer der letzten noch übriggebliebenen Führer der ehemaligen christlichen Gewerkschaftsbewegung, der damals von den Amerikanern zum Regierungspräsidenten von Würzburg ernannt worden war, verantwortliche Männer des politischen Lebens zusammengeholt und dann in längeren Ausführungen zur politischen Situation Stellung genommen. Er hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß die demokratische Ordnung nur dann auf festem Grund gebaut sei, wenn sie im Sozialen beruhe. Und das ist so! Eine Demokratie, die nur die Gleichberechtigung der Staatsbürger in der Verfassung anerkennt, aber darüber hinaus das sichtbare Zeichen der demokratischen Ordnung, die Gleichberechtigung aller Staatsbürger in allen Wirkbereichen des Volkes, außer acht läßt, ist nicht fest begründet. (Sehr gut! und starker Beifall.) Sie hat nicht die Möglichkeit — und darauf kommt es zu

guter Letzt an —, die Herzen der Menschen für die demokratische Ordnung zu gewinnen, auch die Herzen der gesamten Arbeitnehmerschaft für die demokratische Ordnung zu gewinnen (Beifall). Der Staatsbürger, meine sehr verehrten Anwesenden, darf nicht nur die Hoffnung, nein, er muß die Gewißheit haben, daß in der parlamentarischen Arbeit, in Gesetzgebung und Verwaltung das Wesen der Demokratie, die Gleichberechtigung der Staatsbürger, sichtbar und deutlich ist. Und wir wünschen, daß im Bereich der Bundesrepublik viele Millionen Herzen aufwachen, um diese Notwendigkeit noch stärker zu empfinden, als es heute bereits der Fall ist (Beifall). In diesem Bemühen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat sich Ihre Partei und haben sich insbesondere unsere parlamentarischen Freunde Ihrer Partei aufs beste bewährt und verdienen unseren Dank. Ich hoffe, daß auch in dieser Hinsicht Ihr Parteitag wieder einen wesentlichen Beitrag spendet für eine gute Regelung der sozialen Frage, für eine gute Gestaltung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ordnung. Wir, die deutschen Gewerkschaften, wünschen Ihren Beratungen den vollsten Erfolg. (Starker Beifall.)

Wilhelm Mellies: Das Wort hat nun der Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Fritz Rettig.

Fritz Rettig: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine große Freude, diesem Parteitag die guten Wünsche und die herzlichen Grüße der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft überbringen zu dürfen. Seit langem ist es zur Tradition geworden, daß die politischen Parteien an den Bundeskongressen der Gewerkschaften teilnehmen und die Gewerkschaften zu den Parteitagen eingeladen werden. Hierbei handelt es sich aber nicht nur um eine bloße Geste. Gewerkschaften und politische Partei haben sich auf diesen Kongressen, die für die Arbeit in den nächsten Jahren von entscheidender Bedeutung sind, gegenseitig mancherlei zu sagen. Keine politische Partei, die dem Volksganzen dienen will, kann die von den Gewerkschaften vertretenen Forderungen und Wünsche ihrer Mitglieder unberücksichtigt lassen. Auf der anderen Seite sind wir uns durchaus bewußt, daß dem Interessenstandpunkt der Gewerkschaft dort eine Grenze gesetzt ist, wo das Wohl der Gesamtheit Schaden leiden könnte.

In der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist nach 1945 ein entscheidender Wandel eingetreten. Während in der Vorkriegszeit zwei Richtungsgewerkschaften bestanden, sind die deutschen Gewerkschaften heute an keine politische Doktrin gebunden. Hierin kennzeichnet sich die parteipolitische und konfessionelle Unabhängigkeit der heutigen deutschen Gewerkschaften. Daran wird auch nichts geändert, wenn gelegentlich von Kräften, die der Gewerkschaftsbewegung noch nie gut gesonnen waren, die Behauptung aufgestellt wird, die deutschen Gewerkschaften verletzen ihre parteipolitische Neutralität, wenn sie bekunden, daß sie mit der einen oder anderen politischen Partei in vielen Fragen übereinstimmen (Beifall). Die Forderungen der Gewerkschaften nach Verbesserung der sozialen und kulturellen Lage der von ihnen vertretenen Mitglieder können meistens nur mit Hilfe der Gesetzgebung erfüllt werden. Die Gewerkschaften, die auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie stehen, legen daher auf die ständige Verbindung mit den politischen Parteien, die im Bundestag vertreten sind, allergrößten Wert. Wir

begrüßen aber mit besonderer Freude, daß sich die SPD im Oktober 1954 in einem Schreiben ihres Vorsitzenden, Erich Ollenhauer, an die DAG sehr eindeutig zu den grundsätzlichen Problemen der Angestellten geäußert hat. Ollenhauer erklärte:

Die gesellschaftliche Bedeutung der Angestellten ist in den letzten Jahren durch die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft dauernd gestiegen. Ohne eine geschulte und leistungsfähige Angestelltenschaft ist unser heutiges Wirtschafts- und Verwaltungsleben nicht denkbar. Dieser gestiegenen Bedeutung der Angestellten entspricht die allgemeine Anerkennung dieses Teils der schaffenden Menschen unseres Volkes nicht.

Damit hat Ihr Vorsitzender den Kernpunkt der Politik der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft herausgestellt. Dafür sind wir Erich Ollenhauer und damit der SPD sehr dankbar. Ich möchte mir erlauben, dieser Erklärung noch einige grundsätzliche Bemerkungen hinzuzufügen, soweit es im Rahmen einer Begrüßungsansprache möglich ist. Die Angestellten sind sich durchaus darüber im klaren, daß sie mit der Arbeiterschaft ein gemeinsames Arbeiterschicksal verbindet (Beifall). Es dürfte aber auch außer Zweifel stehen, daß auf Grund der funktionellen Aufgaben, die die Angestellten aller Berufe in der Wirtschaft zu erfüllen haben, für die Angestellten besondere Verhältnisse vorliegen, denen arbeitsrechtlich und sozialpolitisch Rechnung getragen werden muß.

Wenn auch für den weitaus größten Teil der Angestellten von 1956 in der Zukunft keine Aussicht mehr besteht, aus dem Angestelltendasein herauszukommen und etwa selbständiger Kaufmann und Unternehmer zu werden — die Zeiten von Gustav Freitags „Soll und Haben“ sind längst vorüber —, so handelt es sich doch bei der ordnenden, überwachenden und leitenden Tätigkeit der Angestellten in sehr vielen Fällen um übertragene Unternehmerfunktionen. Der Angestellte ist auf Grund seiner Tätigkeit häufig, ob er will oder nicht, der Mittler zwischen Unternehmer und Arbeiter. Hierin tritt auch durch die immer mehr fortschreitende Technisierung und Automatisierung in den Büros und Verwaltungen keine Änderung ein. Geistige Arbeit läßt sich nun einmal nicht durch den Automaten oder durch Elektronengehirne ersetzen.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die Zahl der Angestellten in allen Industrieländern der Welt in den letzten Jahrzehnten ganz gewaltig gestiegen ist.

Während das Verhältnis der beschäftigten Arbeiter und Angestellten an der Jahrhundertwende 1 : 13 stand, entfallen heute auf 100 Arbeiter 25 Angestellte. Dabei wächst die Zahl der Angestellten im Zuge der hier heute schon wiederholt zitierten zweiten industriellen Revolution, wie insbesondere die Entwicklung in den USA zeigt, immer noch weiter. Es ist bekannt, daß den Angestellten in den USA bisher gewerkschaftlich keine besondere Bedeutung zugemessen worden ist. Außerordentlich interessant und aufschlußreich ist es aber zu sehen, wie in der letzten Zeit auch in diesem Land, in dem die Automation besonders weit fortgeschritten ist, ein Wechsel sich bemerkbar macht. Auch dort verlangen die Angestellten die Schaffung eigener Angestelltenorganisationen und die Erfüllung aller sozialen, arbeitsrechtlichen und kulturellen Forderungen, die der Bedeutung und Eigenschaft der Angestellten-

schaft entsprechen. Das ist ein sehr beachtliches Zeichen dafür, daß sich überall die wachsende Schicht der Angestellten gegen Mißachtung und Zersetzung wehrt.

Es ist nun einmal so, daß nur die Wirtschaft Schritt halten kann im Konkurrenzkampf der Weltwirtschaft, die über die bestausgebildeten Angestellten verfügt. Voraussetzung hierfür ist aber, daß für die Angestellten eine ihren funktionellen Eigenheiten entsprechende Sozialordnung und Regelung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse geschaffen wird.

Die Bedeutung der Angestellten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wächst also unzweifelhaft mit der fortschreitenden Entwicklung, die durch die zweite industrielle Revolution eingeleitet worden ist. Wenn man die Dinge so sieht — und ich glaube, anders kann man sie nicht sehen —, so haben die besonderen sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Forderungen der Angestellten mit dem Wunsch nach einer Extrawurst absolut nichts zu tun. Wir sind der Auffassung, daß die funktionellen Aufgaben, die den Angestellten in der Wirtschaft gestellt sind, auch arbeitsrechtlich und sozialpolitisch eine besondere Regelung verdienen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur auf das Problem der älteren Angestellten hinweisen, das noch immer keine befriedigende Lösung gefunden hat.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch den Hinweis, daß der Selbsthilfegedanke in der Angestelltenschaft auch heute noch besonders lebendig ist. Das zeigt sich einmal in der Aufrechterhaltung und dem in der heutigen Zeit fortgesetzten Ausbau der sehr leistungsfähigen Krankenkassen der Angestellten, die aus eigener Kraft geschaffen wurden und auf die man im Kreis der Angestellten so stolz ist.

Ähnlich liegen die Dinge bei der Angestelltenversicherung. Auch hier haben sich die Angestellten vor Jahrzehnten unter bewußtem Verzicht auf finanzielle Hilfe des Staates besondere Einrichtungen geschaffen, die sich jahrzehntelang außerordentlich bewährt haben. Die Leistungen ihrer Alters- und Invalidenversorgung der Angestellten sind in fortschrittlicher Weise entwickelt worden, und die Angestellten wehren sich nachdrücklich dagegen, daß der mit großen Opfern erkaufte Fortschritt teilweise in Wegfall kommen soll. Die Beispiele zeigen, daß starke Aufbaukräfte in der Angestelltenschaft vorhanden sind und der Förderung und Ermutigung bedürfen.

Und so möchte ich abschließend nochmals meiner Freude Ausdruck geben, daß die SPD, wie aus dem von mir erwähnten Schreiben ihres Parteivorsitzenden an die DAG hervorgeht, die Bedeutung der Angestellten für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft anerkennt und bereit ist, mitzuhelfen an dem sozialen und kulturellen Fortschritt der in der Bundesrepublik beschäftigten vier Millionen Angestellten. Zweifellos führt das Eintreten politischer Parteien für die Interessen der Angestellten zur Hebung der politischen Aufgeschlossenheit der Angestellten, und daran dürfte gerade die SPD besonders interessiert sein.

So wünsche ich im Namen der DAG Ihrem Parteitag den besten Verlauf. Ich zweifle nicht daran, daß Ihre Beschlüsse dem sozialen Fortschritt und damit der Festigung unseres demokratischen Staates dienen werden. (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Das Wort hat für die Genossenschaften der Vorsitzende der Geschäftsleitung der GEG, Heinrich Mainz.

Heinrich Mainz: Liebe Genossinnen und Genossen! Für die deutschen Konsumgenossenschaften habe ich dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die herzlichsten Grüße und freundliche Wünsche zu übermitteln. Die Konsumgenossenschaften sind der Arbeiterbewegung aus alter Tradition verbunden. Mit den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung verbinden die Konsumgenossenschaften bei Wahrung ihrer parteipolitischen und konfessionellen Neutralität in guten und schlechten Tagen immer wieder die gut bewährte Solidarität und vielleicht auch gleichgerichtete Interessen. Eine nicht geringe Anzahl von Mitgliedern der Konsumgenossenschaften gehört der SPD an und ist dort politisch aktiv tätig. Über diese unmittelbaren persönlichen Verbindungen wird eine Brücke des Verstehens und Vertrauens zwischen der parteipolitischen und der genossenschaftlichen Bewegung getragen. Auf dieser Verbundenheit weiter Teile der beiderseitigen Mitglieder beruhen die vielseitigen persönlichen Kontakte. Von ihr gehen ständig Impulse aus, die sich für die Arbeit beider Organisationen früher und auch heute als äußerst fruchtbar erwiesen haben. Mit wärmster Anteilnahme verfolgen die Konsumgenossenschaften die Bemühungen der Sozialdemokratie, jedem Mann und jeder Frau in unserer Demokratie eine Heimat zu bieten. Unsere volle tätige Unterstützung findet Ihr Kampf für den sozialen Fortschritt und die soziale Gerechtigkeit.

Für das Ziel einer von sozialem Geist durchdrungenen Wirtschaft leisten die Konsumgenossenschaften Tag für Tag praktische Beiträge. Unter Ausschluß von Gewinnstreben bieten sie dem Verbraucher die Möglichkeit konstruktiver Selbsthilfe. Als Verbrauchervertreter wollen sie die Position der Konsumenten stärken. Die Konsumgenossenschaft will die schwache Stellung der Verbraucher im Marktgeschehen vor der Begehrlichkeit verbraucherfeindlicher Interessengruppen schützen. Deshalb tritt sie ein für freie Konsumwahl, für Leistungswettbewerb, für eine von Kartellen und Preisbindung unbehinderte Marktversorgung, sowie für eine auf Ausgleich von Angebot und Nachfrage gerichtete Zoll- und Einfuhrpolitik.

Wir danken allen Weggefährten, die uns bei unseren Bemühungen ermutigen und unterstützen, und in diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, begrüßen wir Ihren Parteitag und wünschen Ihren Beratungen vollen Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Von den ausländischen Gästen spricht als erster zu uns der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, Ministerpräsident und Außenminister Dänemarks, H. C. Hansen.

H. C. Hansen (von lebhaftem Beifall begrüßt):

Verehrte Anwesende, liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine große Freude, im Namen der dänischen Sozialdemokratie dem Kongreß der deutschen Sozialdemokratie einen Gruß zu überbringen. Nach dem Tode Hans Hedtofts im Januar vorigen Jahres wurde es mir zuteil, den

Posten des Vorsitzenden der dänischen Sozialdemokratie zu übernehmen. Ich möchte dies hier erwähnen, da ich weiß, welche enge Zusammenarbeit immer zwischen der deutschen Sozialdemokratie und deren führenden Männern einerseits und Hans Hedtoft andererseits bestanden hat, und ich weiß, daß man in Deutschland den Verlust von Hans Hedtoft ebenso sehr empfand, wie es in Dänemark der Fall war.

Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, zu versuchen, die enge Zusammenarbeit weiterzuführen, die während der Jahre unter dem Vorsitz von Hans Hedtoft zwischen unseren Parteien bestand, und mein heutiger Gruß ist deshalb um so herzlicher. Vieljährige Freundschaft knüpft so viele von uns zusammen.

In ihrer Eigenschaft als Regierungspartei ist die dänische Sozialdemokratie schwierigen Aufgaben gegenübergestellt. Unsere Landesregierung ist im Gegensatz zu der schwedischen und der norwegischen Regierung eine Minderheitsregierung. Sie ist auf eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Parteien in verschiedenen Fragen angewiesen. Und trotzdem ist es gelungen, schon drei Jahre hindurch eine fruchtbringende Arbeit zu leisten, teils bei der Stabilisierung der dänischen Wirtschaft, teils bei der Einführung von bedeutenden Reformen auf sozialem Gebiet. Ich denke hierbei vor allem an die Volkspensionsordnung. Wir sind jetzt davon überzeugt, daß diese große Aufgabe nun vor der endgültigen Lösung steht, und daß sie im September in ihrer endgültigen Form angenommen werden wird.

Die Schwierigkeiten, die wir in unserem Land im Frühjahr auf dem dänischen Arbeitsmarkt erlebten, haben wegen des gesetzmäßigen Eingriffs der Regierung zur Verhinderung des Ausbruchs eines Großkonfliktes ganz natürlich eine Zeitlang eine kräftige innere Debatte in der dänischen Sozialdemokratie hervorgerufen. Diese Debatte hat indessen keineswegs zur Spaltung der Partei geführt, wie es gelegentlich im Ausland erzählt worden ist, sondern eher dazu, innere Klarheit zu schaffen; ich glaube, daß wir mit Sicherheit sagen können, daß die dänische Partei heute ebenso stark und sicher zusammengeschweißt ist wie je zuvor.

Ich grüße die deutsche Sozialdemokratie, die erneut ihren Platz als eine der stärksten Parteien in der Sozialistischen Internationale eingenommen hat. Ich weiß sehr wohl, daß zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den Parteien in einer Reihe von anderen westeuropäischen Ländern Meinungsverschiedenheiten über außenpolitische Angelegenheiten bestehen. In dem klaren Bekenntnis zum Westen und in der klaren Abweisung einer Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien besteht jedoch unverbrüchliche Übereinstimmung. Wir weisen nach wie vor die Zusammenarbeit mit politischen Kräften ab, deren Ziel Gleichschaltung, Gewalt und Terror ist. (Starker Beifall.) Wir in der Sozialdemokratie, in den sozialistischen Parteien haben schon immer das Risiko, das eine Diktatur in sich trägt, erkannt. Dieses Risiko ist aber mit den Enthüllungen und der Charakteristik Stalins und seiner Herrschaft durch die neuen sowjetrussischen Staatsmänner nicht nur uns, sondern der ganzen Welt offenbar geworden. Nach vielen kritischen Bemerkungen über den Atlantikpakt und über die Zusammenarbeit des Westens auf dem Gebiet der Verteidigung — erlauben Sie es mir zu sagen — ist es heute wohl berechtigt zu sagen, daß die Entschleierung Stalins uns allen zeigt, welches Risiko wir liefern.

Man kann wohl sagen, daß es ein Zufall gewesen sei, daß sich die Untaten Stalins auf die kommunistischen Länder beschränkten und nicht zu einer weltumspannenden Katastrophe führten. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir verfolgen die neue sowjetische Linie mit großer Aufmerksamkeit, und wir hoffen, daß sie größere Möglichkeiten für eine friedliche Zusammenarbeit bietet, als es früher der Fall war. Es muß die Aufgabe des Westens sein, die etwa entstehenden Verhandlungsmöglichkeiten mit der erforderlichen Geschmeidigkeit, Aufmerksamkeit und Bereitwilligkeit auszunutzen (Beifall).

Die friedliche Entwicklung in der Welt zu sichern ist unsere gemeinsame Aufgabe. Es ist eine Aufgabe, die größer ist als alle anderen. Es ist für uns als Partei unsere Aufgabe, in unseren Ländern die kulturellen und sozialen Voraussetzungen für das Dasein der Menschen zu schaffen. Wir wollen bei dieser Aufgabe alle zusammenwirken. Ich grüße mit diesem Wort den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. Ich übermittle Euch die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche der dänischen Sozialdemokratie für einen guten Erfolg. (Brausender Beifall.)

Wilhelm Mellies: Die Grüße der finnischen Sozialdemokratie überbringt der persönliche Referent des Ministerpräsidenten, Kaarlo Pitsinki.

Kaarlo Pitsinki (von Beifall begrüßt): Sehr verehrte Anwesende, liebe Genossinnen und Genossen! Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und diesem bedeutungsvollen Parteitag überbringe ich die Grüße der Sozialdemokratischen Partei Finnlands. Die finnische Sozialdemokratie ist die stärkste der sechs Parteien dieses Landes. Wir sind jedoch nicht so stark und gefestigt wie unsere Bruderparteien in den skandinavischen Ländern, in Großbritannien und hier in Deutschland. Wir haben rund hunderttausend Mitglieder, und bei Parlamentswahlen erhalten wir meist etwas über ein Viertel der Stimmen. Wir haben eine Koalitionsregierung von vier Parteien, der die Kommunisten nicht angehören, mit einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Die finnische Arbeiterschaft könnte eine viel machtvollere Partei schaffen, wenn nicht die Kommunisten unter Ausnutzung der prekären außenpolitischen Situation die Kraft der Sozialdemokratie unterminieren würden.

Das finnische Bürgertum auf der anderen Seite ähnelt offenbar dieser Gesellschaftsschicht in anderen Ländern: Es fehlt ihr an einem Programm und an Zielvorstellungen zur Lösung der großen und dauernd im Fluß befindlichen gesellschaftlichen Probleme. Und sie legt jedem Steine in den Weg, der konstruktive und fortschrittliche Pläne hat.

Die sozialistische Bewegung konnte jedoch in ihrem 50jährigen Bestehen bedeutende Änderungen in ihrem Lande herbeiführen. Demokratische Rechte und Freiheiten sind für das Volk erreicht worden. Der Lebensstandard wurde gehoben und die soziale Sicherheit verbessert. Wir sind entschlossen, diesen Weg unserer Politik auch in Zukunft fortzusetzen. Die Entwicklung einer Gesellschaft der Freiheit wird niemals abgeschlossen sein. Ihre Gestaltung und ihre Probleme sind einem dauernden Wandel unterworfen. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, in diesem Prozeß Hüter der Rechte des Menschen zu sein (Beifall).

Wir sind uns bewußt, daß die Sozialdemokratie eine internationale Bewegung ist, die über die Ländergrenzen hinaus durch gemeinsame Grundprinzipien vereinigt ist. Wir glauben, daß die Sozialdemokratie eine Lösung der internationalen Probleme finden muß und wird, die, solange sie ungelöst bleiben, zu sinnlosem Blutvergießen, ja vielleicht zur Vernichtung der ganzen menschlichen Kultur führen können.

In diesem festen Glauben an die Zukunft unserer gemeinsamen Ideen grüßen Euch, liebe Genossen, die finnischen Sozialdemokraten. Wir beglückwünschen Euch zu dem, was Ihr bereits erreicht habt und sprechen unsere besten Wünsche aus für Eure weitere Arbeit. (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Für unsere französischen Freunde spricht nun Pierre Herbaut, stellvertretender Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Pierre Herbaut (von Beifall begrüßt):

(Übersetzung:;) Liebe Genossinnen und Genossen! Vor knapp zehn Tagen begrüßten wir Franz Bögler und Alfred Nau als Vertreter der SPD auf dem 48. Parteitag der französischen Sozialistischen Partei in Lille. Ich darf Euch meine Freude und Genugtuung darüber aussprechen, daß es mir gestattet ist, nun meinerseits brüderliche Grüße der S.F.I.O. zu überbringen (Beifall).

Wir wissen, daß Ihr, unsere deutschen Genossen, mit Aufmerksamkeit die Tätigkeit unserer Partei seit der Regierungsübernahme verfolgt. Ich brauche Euch darum nicht ausführlich die besonders schwierige Situation zu beschreiben, die die unter der Führung unseres Genossen Guy Mollet gebildete Regierung vorgefunden hat, und ich will auch nicht die Maßnahmen im einzelnen darstellen, die sie in den vergangenen vier Monaten durchführen konnte. Ihr wißt wohl, daß die Regierung Mollet auf innenpolitischem Gebiet den bezahlten Urlaub auf drei Wochen erhöht, die regionalen Lohnunterschiede aufgehoben, eine allgemeine Altersversorgung geschaffen hat und damit das Werk von Léon Blum, das dieser 1936 begann, fortsetzt und vollendet. (Lebhafter Beifall.)

All dies ist Euch ebenso bekannt wie die Bemühungen unserer Genossen in der Regierung um den Frieden in Algier und um die Schaffung einer echten französisch-mohammedanischen Gemeinschaft, die unseren Prinzipien der Gerechtigkeit und des Fortschritts entspricht.

Ich möchte mich etwas ausführlicher mit der Tätigkeit unserer Regierung und unserer Partei auf internationalem Gebiet befassen. Dabei muß zunächst gesagt werden, daß unsere sozialistischen Regierungsvertreter Guy Mollet und Christian Pineau es verstanden haben, der französischen Außenpolitik eine neue Wendung zu geben, ihr einen sozialistischen Stempel aufzudrücken (Beifall). Wir meinen damit, daß sie einen Weg wählen, der uns der beste zu sein scheint, um die großen internationalen Fragen in einem dem Frieden günstigen Sinne zu ordnen.

Ich frage: Muß man uns zum Beispiel nicht beglückwünschen zu dem glücklichen Abkommen, das unsere beiden Länder in der Saar-Frage erzielt haben? Um dahin zu kommen, mußten auf beiden Seiten nationalistische Vorurteile verstummen, wobei aber berechtigte nationale Anliegen nicht übersehen

werden dürften. Frankreich hat anerkannt, daß die Saar ethnisch und politisch deutsch ist. (Vereinzelter Beifall.) Und Deutschland hat die berechtigten wirtschaftlichen Interessen unseres Landes in diesem Gebiet respektiert. Solch eine Regelung kann und soll beispielhaften Wert haben; denn sie zeigt, daß die gegenseitige Bereitschaft und der Wille zur Verständigung die größten Schwierigkeiten erfolgreich überwunden haben, sehr zum Vorteil aller.

Dieser Wille, der die Regierung im sozialistischen Sinne bestimmt, zeigt sich auch in dem Bemühen, allen Verbündeten und Partnern nahezubringen, wie sehr eine allseitige, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung, wenn sie von allen ehrlich betrieben wird, die Regelung der Konflikte, die die Welt in Spannung halten, erleichtern würde (Beifall).

In diesem Geiste haben Guy Mollet und Christian Pineau bei ihrer Unterhaltung mit den sowjetischen Regierungsvertretern in Moskau auch das dornige Problem der Wiedervereinigung Deutschlands angeschnitten. Sie haben mit größter Festigkeit die von den Sozialisten vertretene Haltung in dieser Frage betont. Sie haben daran erinnert, daß seit der Zeit der Illegalität die Sozialistische Partei sich ausdrücklich gegen die Zerstückelung Deutschlands ausgesprochen hat, daß sie seitdem nicht aufgehört hat, gegen die französischen Nationalisten zu kämpfen, die die Teilung Deutschlands aufrechterhalten wollen (Beifall).

Sie haben das Interesse betont, das Frankreich, seine Regierung und seine Verbündeten an der Lösung dieses die Zukunft des Friedens berührenden Problems haben. Sie haben festgestellt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ein Prüfstein für die sowjetischen Absichten sein wird und für den Willen der Herren des Kremls zu einer Entspannung, je nachdem, ob sie der Wiedervereinigung Deutschlands zustimmen oder sie weiter blockieren werden. Man konnte nicht erwarten, daß die Gesprächspartner ihre Haltung gegenüber dem Gegenstand der Gespräche grundlegend ändern würden. Diese Gespräche dienten aber mindestens der Klärung der gegenseitigen Positionen und der Feststellung der Verantwortlichkeiten.

Erlaubt mir, deutsche Genossen, hier unserer Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die tragische, den geschichtlichen Gesetzen widersprechende Lage Eueres Landes nicht ewig aufrechterhalten werden kann (Beifall).

Ebenso wird die Unterdrückung des Proletariats hinter dem Eisernen Vorhang dem gewaltigen Ansturm der Arbeiter weichen müssen, die ihre Freiheit fordern, wie das der großartige Aufstand von Posen zeigt (Beifall), der ein Wiederhall war auf den nicht minder heldenhaften Aufstand der Arbeiter von Ost-Berlin (Beifall). Mit einem Ausdruck der Hoffnung und der Zuversicht möchte ich diese kurze Ansprache schließen. Wir sind dazu berechtigt, weil die Kräfte des Sozialismus in den freien Ländern der Welt ständig wachsen, insbesondere in Europa, wo zahlreiche Bruderparteien entweder schon an der politischen Macht sind, sie bald übernehmen werden oder sich darauf vorbereiten. Ich bin der Überzeugung, daß die kommenden Wahlen der SPD einen großen Sieg bringen werden, worüber sich die französischen Sozialisten schon jetzt freuen.

Diesem Parteitag, der eine Vorbereitung ist auf die großen Aufgaben, die Euch erwarten, wünsche ich im Namen der SFIO einen vollen Erfolg.

Es lebe die Sozialdemokratische Partei Deutschlands! Es lebe der Sozialismus! (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Das Wort hat jetzt die Generalsekretärin der Griechischen Sozialistischen Liga, Agnes Roussopoulou. (Mit Beifall empfangen.)

Agnes Roussopoulou: Liebe Genossinnen und Genossen! Gestattet mir, daß ich Euch den Gruß der Griechischen Sozialistischen Liga übermittle.

Wir Sozialisten Griechenlands verfolgen mit ganz besonderem Interesse die Kämpfe und Erfolge der großen Sozialistischen Parteien in Europa und in der ganzen übrigen Welt; denn wir leben immer noch unter dem Alpdruck der überaus schweren Kriegaufrüstungen, die für ein so armes Land so untragbar sind, daß sie nur zu Lasten des Wiederaufbaus des kriegszerstörten Landes weitergeführt werden können. Dadurch verbleibt Griechenland weiter ein unterentwickeltes Land mit allen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen wie Arbeitslosigkeit, Auswanderung und Armut, die eine solche Lage mit sich bringt. Die politische Folge ist, daß die Reaktion am Ruder verbleibt und sich ihre Position mit Hilfe der Großen der Erde durch mehr oder weniger frei geführte Wahlen sichert, unter dem jeweils bestehenden Wahlsystem, wodurch die Freiheiten des Volkes und insbesondere die Freiheit der Vereinigung der arbeitenden Klassen zu leiden haben.

Hierzu kommt noch, daß heute der politische Himmel Griechenlands durch die Wolken der ungelösten Zypernfrage verdunkelt wird. Die Kämpfe der griechischen Bevölkerung von der Insel Cypern um das Recht der Selbstbestimmung beschäftigen heute das ganze griechische Volk, so daß jede weitere wirtschaftliche und soziale Frage zur Erhöhung des Lebensstandards der arbeitenden Klassen und die Wiederherstellung der elementaren Freiheiten in den Hintergrund gedrängt werden.

Wir danken der Sozialistischen Internationale, der britischen Labour Party und der sozialistischen Jugendbewegung für deren Stellungnahme zu dieser Frage, die eine moralische Hilfe für die kämpfenden Cyprioten ist. Die Lösung dieser Frage wird nicht nur eine Gerechtigkeit gegenüber der Bevölkerung der Insel Cypern bedeuten, sondern auch dem gesamten griechischen Volk Anlaß geben, sich für die eigenen demokratischen Freiheiten einzusetzen, ohne die es keinen Sozialismus geben kann.

Die internationale Entspannung und die Beseitigung der Kriegsgefahr ebnen den Sozialisten auf der ganzen Welt den Weg. Die Stunde des Sozialismus hat geschlagen. Mit der einheitlichen Politik aller Schwesterparteien, die entscheidend auf die Politik ihrer Länder einwirken werden, um Freiheit, Frieden und wirtschaftliche Sicherheit zu erkämpfen und zu erhalten, wird sich das gesamte Weltbild von Grund auf ändern. Der internationale Sozialismus wird die Zusammenarbeit der Völker der Erde fördern, und es ist nicht zu übersehen, daß in dieser Bewegung die asiatischen Völker den Vortritt haben werden.

Die glänzende Geschichte der SPD ist uns bekannt. Wir wissen, daß sie heute entscheidend in das politische Leben ihres Landes eingreift, und hoffen, daß sie morgen das Ruder des großen Schiffes, das „Deutschland“ heißt, ergreifen kann, um das Land zu der erhofften Wiedervereinigung der Ost- mit der Westzone zu führen. (Beifall.)

Wir, die aus kleinen Ländern mit schwachen sozialistischen Bewegungen stammen, sind immer stark beeindruckt, wenn wir nicht nur durch Bücher und Zeitungen, sondern auch in Wirklichkeit mit den Errungenschaften der großen historischen Parteien in Berührung kommen können. Die griechische sozialistische Bewegung, die einen sehr schweren Verlust durch den Tod ihres anerkannten Hauptes, Professor Alexander Svolos, erlitten hat, ist nun im Begriff, sich wieder aufzuraffen und ihren Kampf von neuem zu beginnen.

Wir sind über Eure Erfolge begeistert und wünschen Euch noch weitere. Hoffentlich können wir es Euch bald nachmachen (Beifall).

Wilhelm Mellies: Die Grüße der luxemburgischen Sozialdemokratie überbringt uns Dr. Victor Bodson, Justizminister und Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Luxemburgs (Beifall).

Victor Bodson: Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden! Das großherzogtümliche Luxemburg, das Sie ja alle kennen, hat meinen Freund Hummer und mich beauftragt, Ihnen die Grüße der sozialistischen Arbeiterpartei Luxemburgs zu übermitteln. Ich freue mich, heute hier zu sein; denn in der Vergangenheit haben wir schlimme Tage erlebt. Ich erinnere mich noch an jene Tage des Jahres 1934 an der Saar, und wie dann der schwarze Schleier herunterging und wir uns als wenige zusammenfanden, als außerordentlich wenige in London während der fünf Jahre. Wir haben auch in Luxemburg ein Drittel unseres Landes zerstört gefunden und haben es wieder aufgebaut. Wir haben dafür gesorgt, daß unseren alten Arbeitern Pensionen gewährt wurden, die zumindest 300 DM pro Monat ausmachen (Beifall). Wir haben auch dafür gesorgt, daß keinerlei Arbeitslosigkeit in Luxemburg herrscht und daß jeder genügend zum Essen und zum Wohnen hat (Beifall). Wir waren der Ansicht, daß es absolut notwendig sei, jedem die größte Entfaltung seiner Fähigkeit zu geben. Bei uns ist es glücklicherweise so, daß der Sohn des kleinen Mannes, auch ohne Geld von seinem Vater zu bekommen, es zu den höchsten Stellen bringen und Arzt, Rechtsanwalt, Ingenieur usw. werden kann, wenn er dazu die Fähigkeiten hat. International ist Luxemburg bekannt als der Sitz der Hohen Behörde für Stahl und Kohle. Auch damals haben wir in der Ratlosigkeit der sechs Länder, wohin sie ihre erste europäische Institution stellen sollte, Luxemburg zur Verfügung gestellt, und alle die, die dort sind, gefallen sich dort sehr wohl (Heiterkeit). Auch in der letzten Woche — mein französischer Kamerad hat davon gesprochen — haben wir Deutschland und Frankreich unsere Stadt zur Verfügung gestellt, um ihre Differenzen zu bereinigen. Unsere Selbstlosigkeit ging so weit, daß wir sogar unser eigenes Gebäude und ich mein eigenes Büro zur Verfügung stellten (Beifall). Wir hoffen aber in diesem Zusammenhang, daß die Regelung der Differenzen nicht auf dem Rücken von Luxemburg ausgetragen wird. Wir hoffen, daß man den Opferwillen des kleinen luxemburgischen Landes anerkennt und ihm nicht etwas aufzwingt, was einen wirtschaftlichen Ruin bedeuten könnte, nämlich den Moselkanal (Beifall), oder aber, wenn man ihn schon haben will, daß man dann alle diejenigen, die dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden, auf denselben Nenner bringt, das heißt ihnen zusichert, was ihnen zukommt. Ich wollte Euch das sagen und dann einen zweiten Gedankengang sehr kurz erörtern. Ich habe hier festgestellt, daß verschiedene meiner Vorredner sozia-

listisch und, erlauben Sie mir das, ein wenig national gesprochen haben. Ich glaube, wir müssen in den nächsten Jahren alle noch eine Läuterung durchmachen. Wir alle müssen verstehen, daß das Wohlergehen des einen auch das Wohlergehen des anderen bedeutet (Beifall). Wir müssen verstehen, daß wir unsere internationalen Verpflichtungen in einem gewissen Sinne gemeinsam tragen müssen, daß wir uns zusammentun müssen, um in der EURATOM die Atomenergie zu friedlichen Zwecken zu nützen, und müssen im allgemeinen darauf bedacht sein, daß die einzelnen von uns, die auf der Bühne stehen, zwar nicht durch einen Personenkult gehuldigt werden, daß ihnen aber jedenfalls draußen der Rücken gestärkt wird und daß sie nicht auch noch von ihren Freunden mit angegriffen werden (Beifall).

In diesem Sinne, meine lieben Kameradinnen und Kameraden, richte ich an Sie einen Wunsch: es haben diejenigen aus Eueren Reihen, die in der ersten Reihe kämpfen, ein Anrecht, immer wieder von den Parteigenossen gestützt zu werden. Die Gegner müssen abgewehrt werden. Die Einigkeit ist das, was wir erstreben. Einigkeit macht stark, und in diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen recht schönen Erfolg (Beifall).

Wilhelm Mellies: Das Wort hat der Sekretär der niederländischen Partei der Arbeit, Genosse Mensink.

Willem Mensink: Genossinnen und Genossen! Leider ist es meinem Freund Evert Vermeer, dem neuen Vorsitzenden unserer Partei, nicht möglich, sein Vorhaben, hier anwesend zu sein, auszuführen. Deshalb ist es meine Aufgabe, aber auch für mich eine Ehre und eine Freude, Ihnen die Grüße und guten Wünsche der niederländischen Partij van de Arbeid zu Ihrem Kongreß überbringen zu können.

Sie bereiten sich auf einen harten Wahlkampf vor. Wir haben den unsrigen soeben wieder siegreich bestanden. Wir wünschen Ihnen, daß Ihr Erfolg den unsrigen übertreffen werde. Es wird Ihnen wohl keineswegs unbekannt sein, daß ein erfolgreicher Wahlkampf nicht am Ende einer arbeitsreichen Periode steht, sondern die Jahre verantwortlicher Politik einleitet. Die Probleme, die dabei eine Rolle spielen, sind in unseren Ländern vielfach dieselben, wenn es auch bei Ihnen und bei uns Sonderprobleme gibt, die einen Vergleich nicht zulassen.

Die Parteiverhältnisse, Genossinnen und Genossen, in den Niederlanden machen Einparteiregierungen unmöglich. Seit elf Jahren sind die Sozialisten an den Koalitionsregierungen führend beteiligt. Unser Wahlsieg gab erneut Anlaß, die Regierungsbildung unserem bewährten Genossen Dr. Drees zu übertragen, der in seiner schon elfjährigen Ministerschaft seit Kriegsende zu einer weit über die sozialistischen Parteigrenzen hinaus gewürdigten Figur geworden ist.

Die Regierungsbildung ist nicht einfach. Unsere Koalitionspartner wünschen nicht nur so wenig wie möglich einen sozialistischen Stempel auf dem Regierungsprogramm. Sie sehen in uns, Genossinnen und Genossen, soweit es sich um konfessionelle Parteien handelt, außerdem einen Gegner, der die Basis der konfessionellen Parteibildung angreift. Nach unserer Auffassung

sollen Menschen christlich oder humanistisch sein, nicht aber Parteien. Parteien sind in der Demokratie notwendige Gebilde. Die Etikette, die sie tragen, ist noch kein Beweis, daß ihre Führer als wirkliche Christen oder Humanisten handeln (Beifall). Aus diesem Gegensatz heraus sind die Koalitionsverhandlungen nicht leichter geworden. Man sagt daher auch scherzhaft, daß eine Regierungsbildung in Holland ebenso lange dauert, wie eine Regierung in Frankreich lebt (Heiterkeit).

Bei den jüngsten Koalitionsverhandlungen bildeten zwei Fragen besondere Schwierigkeiten. Neben den Mieten und Wohnungen war dies vor allem die Frage unseres Verteidigungsbeitrags. Wir sind Mitglied der NATO und wollen unsere Verpflichtungen erfüllen. Wer seine Freiheit will, soll diese Freiheit auch verteidigen (Beifall). Das heißt aber nicht, daß wir unbegrenzt und ohne Rücksicht auf die internationalen Entwicklungen widerspruchlos einem steigenden Wehrhaushalt gegenüberstehen. Wir wissen, daß man sein Geld nur einmal ausgeben kann und suchen ein gerechtfertigtes Verhältnis bei der Verteilung der Mittel, die uns für unsere vielseitigen Aufgaben in der Gesellschaft zur Verfügung stehen. Diese Aufgaben, Genossinnen und Genossen, wachsen fortwährend. Mit großem Interesse sehen wir dem Teil Ihres Kongresses entgegen, der sich mit der sogenannten zweiten industriellen Revolution beschäftigt. Automation und Kernspaltung dürfen den demokratischen Sozialismus nicht unvorbereitet überraschen. Unsere Partei hat diesem Thema in den Niederlanden vor einigen Monaten einen außerordentlichen Kongreß gewidmet. Die schwedischen Sozialisten haben ein Gleiches getan. Die Pionierleistung der bayerischen Sozialdemokraten darf ich hier als bekannt voraussetzen. Aus dieser Erwähnung darf ich schließen, daß es bei aller Verschiedenheit unserer Situation gemeinsame Probleme gibt. Und viele der sogenannten „nationalen“ Probleme sind bei näherem Einblick dennoch gemeinsame Probleme! Dies gilt nicht zuletzt für Ihr großes Problem der Wiedervereinigung. Seien Sie davon überzeugt, daß wir allen Möglichkeiten in dieser Frage die größte Aufmerksamkeit schenken. Die Grenze, die Ihr Land scheidet, trennt gleichzeitig unser aller Heimat: Europa. In einer Welt, die das Entstehen großer und mächtiger Kontinente in 50 entscheidungsreichen Jahren gesehen hat, ist für unseren Kontinent endgültig die Zeit vorbei, in der man sich uninteressiert verhalten kann gegenüber dem Schicksal des Nachbarn.

Diese Solidarität zu bezeugen sind wir hier, und wir wissen, daß Ihre Kongreßentscheidungen Ihr und unser Schicksal mitbestimmen. Nicht zuletzt hierin mögen Sie unser Interesse an Ihrem Kongreß sehen und die Aufrichtigkeit unseres Wunsches, daß es ein guter und erfolgreicher Kongreß sein möge! Ich danke Ihnen. (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Für die Norwegische Arbeiterpartei spricht zu uns der Außenminister Norwegens, Halvard Lange.

Halvard Lange: Sehr verehrte Anwesende, liebe Genossinnen und Genossen! Im Namen des Parteivorstands der Norwegischen Arbeiterpartei ist es mir eine große Freude, diesen Parteitag und durch ihn alle Genossen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die herzlichsten Grüße und Glückwünsche der norwegischen Bruderpartei zu überbringen.

Wir in der Norwegischen Arbeiterpartei folgen mit größter Sympathie und Interesse dem Kampf der SPD für die Ideen, die uns gemeinsam sind, die Ideen des demokratischen Sozialismus.

Nach 21 Jahren Tätigkeit als Regierungspartei, davon die letzten 10¹/₂ Jahre mit reiner parlamentarischer Mehrheit (Beifall), sind wir jetzt daran, unsere Arbeitspläne für eine neue Vierjahresperiode nach den Wahlen im Herbst 1957 aufzustellen. Seit den Verheerungen und der Zerrüttung der Kriegsjahre ist unsere Wirtschaft im raschen Wachstum. Die Schwierigkeiten, die auch wir haben, hängen im wesentlichen mit diesem raschen Wachstum zusammen. Bei der Vorbereitung unserer Zukunftspläne sind wir uns voll bewußt, daß wir die Probleme, vor die uns die Perspektiven der neuen industriellen Revolution stellen, nur lösen können in immer engerer Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinaus. Das gilt auch für die großen neuen Aufgaben auf dem Gebiete der Erziehung und der Kulturpolitik und dort, wo es sich um den Ausbau der Sozialpolitik handelt. Erst recht aber gilt es dort, wo wir an die große Aufgabe herangehen, den Frieden der Welt zu sichern.

In der atlantischen Gemeinschaft fest verankert, möchten wir als sozialistische Partei zum Ausbau der internationalen Zusammenarbeit auf allen Gebieten beitragen, nicht zuletzt zur Zusammenarbeit mit den alten Völkern aber jungen Staaten Asiens und Afrikas, um die Lösung der Probleme, die uns gemeinsam sind, die Beseitigung der Not, der Armut und die Entwicklung der unterentwickelten Länder zu finden.

In der Weltpolitik erlebten wir in der letzten Zeit Ereignisse, die für unsere Bewegung neue Möglichkeiten eröffnen im Kampf innerhalb jedes einzelnen Landes gegen den totalitären Kommunismus, dessen Anhänger und Mitläufer sich als Folge der Entthronung Stalins in tiefer Krise befinden. Gleichzeitig hat die Änderung im außenpolitischen Benehmen der Sowjetmachthaber anscheinend eine bessere Atmosphäre für die Lösung internationaler Streitfragen geschaffen. Damit bessern sich auch die Aussichten für eine Stärkung unserer sozialistischen Politik des Wohlstandes, der sozialen Gerechtigkeit und des kulturellen Fortschritts. In dieser Lage stellt sich dieser Parteitag die Aufgabe, Richtlinien einer demokratisch-sozialistischen Politik in der Einigungsfrage sowie für eine gesamtdeutsche Außen- und Innenpolitik aufzustellen.

Wir in der norwegischen Bruderpartei wünschen dem Parteitag allen Erfolg dabei. Nicht nur für alle Deutschen, sondern für alle Demokraten und für den künftigen Frieden in der Welt ist die Erringung der deutschen Einheit in Freiheit eine zentrale Forderung (Beifall).

Wenn ich eine Hoffnung aussprechen dürfte, wäre es diese: Möge es Euch gelingen, Richtlinien aufzustellen für eine deutsche Politik, die unter Berücksichtigung der harten Notwendigkeit, der fortgesetzten Sicherung der demokratischen Welt gegen jegliche Aggressionsgelüste dazu beitragen könnte, die lebenswichtige Solidarität und Zusammenarbeit nicht nur aller demokratischen Sozialisten, sondern aller freiheitlichen demokratischen Kräfte der Welt zu fördern.

Noch einmal spreche ich Euch die herzlichsten Wünsche meiner Partei für den Erfolg der Arbeit dieses Parteitages aus. (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Es spricht jetzt zu uns M. Jussuf Khan, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Pakistans.

M. Jussuf Khan: Liebe Genossinnen und Genossen, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, Ihnen unseren traditionellen Gruß auszusprechen: „Islam Alakam“! Er bedeutet: „Friede sei mit Euch, die ihr hier versammelt seid, Friede sei mit dem ganzen deutschen Volk und allen Menschen auf Erden!“ (Stürmischer Beifall.) Genossen, wir sind hier zu einem Zeitpunkt zusammengekommen, da sich wichtige Umwälzungen der Weltlage vollziehen. Einer der wichtigsten Zwecke dieses Parteitages ist es daher wohl, diese Änderungen zu beurteilen und zu bewerten und in ihrem Rahmen Wege zu finden, den Völkern ein Leben des Friedens und Fortschritts zu sichern.

Kapitalismus und Imperialismus sind von der Menschheit verdammt und in den meisten Teilen unserer Erde erfolgreich bekämpft worden. In anderen Teilen der Welt ist der Kampf noch im Gang, doch ist der Tag nicht fern, da Imperialismus und Kapitalismus der Vergangenheit angehören werden. (Lebhafter Beifall.)

Auch der Kommunismus ist im Wandel begriffen und steht vor einem eigentümlichen aber unvermeidlichen Prozeß des Verfalls. Unser Wunsch ist, daß ein unverfälschter demokratischer Sozialismus sowohl das kapitalistische wie auch das kommunistische System ablösen möge (Beifall).

Es ist darum wesentlich, daß wir die Dinge neu und mutig überdenken und Mittel und Wege finden, die sozialistischen Ideen konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist in der äußerst glücklichen Lage, diese Anforderungen erfüllen zu können. Ich kann Sie versichern, daß Sie auf diesem Weg nicht allein sein werden. Ein großer Teil der internationalen sozialistischen Bewegung geht mit Ihnen, besonders die Sozialisten Asiens und der Länder, die erst vor kurzem ihre Unabhängigkeit erreicht haben. (Stürmischer Beifall.)

Liebe Freunde! Ihr Land ist im Krieg schwer zerstört worden. Sie haben aber in kurzer Zeit erstaunliche Fortschritte gemacht, und Ihr Volk steht wieder stolz auf eigenen Füßen. Daß ein besiegtes Volk und ein verwüstetes Land sich so schnell wieder erholen konnten, ist eine große Leistung, für die es in der Geschichte wenige Beispiele gibt. Dafür gebührt dem deutschen Volk unser Glückwunsch, den wir besonders an die Arbeiterschaft Deutschlands richten, die sich unermüdlich abgemüht und sich dabei Ruhe und Annehmlichkeiten versagt hat (Beifall).

Sie wissen vielleicht, daß das Volk von Pakistan den Deutschen besondere Sympathien entgegenbringt. Dieses Gefühl ist nicht Ergebnis irgendeiner Propaganda, sondern eine natürliche und spontane Zuneigung. Vielleicht rührt sie daher, daß unsere nationalen Merkmale viel Ähnlichkeit haben. Es kann auch daran liegen, daß Ihre jüngste Vergangenheit nicht mit dem Kolonialismus belastet ist, oder auch an der Tatsache, daß durch einen geschichtlichen Zufall unsere beiden Völker gegen die gleichen internationalen Mächte gekämpft haben. Wie dem auch sei, auf jeden Fall besteht in Pakistan ein herzliches Gefühl Deutschland gegenüber, und ich hoffe, daß es wachsen wird und daß unsere beiden Völker Seite an Seite den Weg des Friedens und der Freundschaft unter den Menschen gehen werden (Beifall).

Liebe Freunde! Von dem Augenblick an, da ich Ihr Land betrat, erfüllte mich das schmerzliche Bewußtsein, zu einem zerstückelten Volk gekommen zu sein. Die eine Hälfte dieses Volkes kann ich sehen und kann seinen Puls fühlen. Wie die andere Hälfte im Osten lebt, die Gelegenheit, dies zu sehen, ist mir versagt. Meine Hoffnung ist, daß bei meinem nächsten Besuch die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands vollzogen und die jetzt noch bestehende unnatürliche Teilung Deutschlands für immer überwunden sein wird. (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit kurz auf die Sozialistische Partei Pakistans hinlenken. Nach der Gründung des Staates Pakistan war die Sozialistische Partei vergleichbar einer Armee-Einheit, die vom Feinde umschlossen und von ihrer Haupttruppe und allen Versorgungslinien abgeschnitten ist. Ich freue mich jedoch, Ihnen mitteilen zu können, daß es dem beharrlichen Bemühen einer kleinen Gruppe sozialistischer Kämpfer gelungen ist, diese Umzingelung zu durchbrechen, und daß wir uns jetzt auf dem Wege eines dauernden, wenn auch noch langsamen Fortschritts befinden. Ich bitte Sie, diese sozialistische Kraft in Pakistan nicht zu vergessen (Beifall).

Zum Schluß danke ich Ihnen persönlich und im Namen der Sozialistischen Partei Pakistans für die Möglichkeit, die Sie mir gegeben haben, an Ihrem Parteitag teilzunehmen und die Arbeit Ihrer machtvollen Bewegung beobachten zu können.

Es lebe die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Es lebe die Sozialistische Partei Pakistans!

Es lebe die Sozialistische Konferenz Asiens!

Es lebe die Sozialistische Internationale! (Stürmischer Beifall.)

Wilhelm Mellies: Es spricht jetzt das Mitglied des Vorstands der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, Verteidigungsminister Torsten Nilsson.

Torsten Nilsson: Liebe Genossinnen und Genossen! Im Namen der Sozialdemokratischen Partei Schwedens grüße ich den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vor weniger als zwei Monaten hatten wir die große Ehre, Erich Ollenhauer, Herbert Wehner und Fritz Heine als deutsche Gäste zu unserem Parteitag zu begrüßen. Wir betrachteten diesen Besuch als Beweis dafür, daß die deutsche Sozialdemokratie sich mit den schwedischen Sozialdemokraten eng verbunden fühlt.

Wir schwedischen Genossen verfolgen auch die Politik der deutschen Sozialdemokratie mit großem Interesse. Das Problem Deutschland ist wichtig nicht nur für die Deutschen, sondern auch für alle ihre Nachbarn. Wir verstehen gut, daß die deutschen Genossen die Frage der Wiedervereinigung in den Vordergrund ihrer politischen Bestrebungen gestellt haben. Die Spaltung Deutschlands ist auf lange Sicht eine Gefahr für die Stabilität Europas, und eine Wiedervereinigung in Freiheit wäre einer der wichtigsten Beiträge zu einer internationalen Entspannung (Beifall).

Als schwedischer Verteidigungsminister habe ich natürlich besondere Gründe gehabt, die Diskussion über die neuen deutschen Streitkräfte zu verfolgen.

Wir wissen alle, wie schwer die Militärausgaben auf die Völker drücken. Im Innersten hoffen wir, daß die modernen Massenvernichtungswaffen sich als so furchtbar erweisen werden, daß sie früher oder später eine Abrüstung erzwingen. Angesichts der neuen schwindelnden Perspektiven müssen wir dies als die beste Verteidigung gegen Tod und Zerstörung empfinden. Man bewahrt aber den Frieden nicht durch das Loben seiner Vorteile allein. Die Voraussetzung einer Abrüstung ist, daß auf der ganzen Linie solche internationalen Übereinkommen zustande kommen, die den Menschen Zuversicht und Sicherheit geben können. Wir verfolgen deshalb mit gespannter Aufmerksamkeit die laufenden Überlegungen über internationale Abrüstung. Aber, Genossen und Genossinnen, wir haben gelernt, uns nicht einem übertriebenen Optimismus hinzugeben. Bis internationale Bestimmungen im Zusammenhang mit einem ganz effektiven Kontrollsystem getroffen sind, müssen wir uns gedulden und uns der Mittel, die die jetzige Unsicherheit notwendig macht, bedienen.

Eine Armee kann doch unter gewissen Umständen ein Staat im Staate werden. Wir glauben aber, daß in Schweden diese Probleme gut gelöst sind. Die Notwendigkeit einer Wehrmacht und von ziemlich hohen Militärausgaben als einer Stütze unserer traditionellen, allianzfreien Außenpolitik wird von der schwedischen Arbeiterbewegung akzeptiert, und die Wehrmacht hat sich der schwedischen Demokratie untergeordnet. Mit großer Genugtuung haben wir festgestellt, daß der westdeutsche Bundestag im Aufbau der neuen Streitkräfte dem Beispiel des schwedischen Militärbevollmächtigten gefolgt ist. Wir betrachten es als sehr wichtig, daß der Soldat in dem modernen Verteidigungswesen die Rechtssicherheit der Demokratie genießt. Dadurch wird die Armee auch ein zuverlässiger Schutz für die Demokratie, für Freiheit und Selbständigkeit.

In Schweden beschäftigen wir uns aber vor allem mit unseren innenpolitischen Problemen. Wir stehen vor Wahlen im September, und noch einmal wird die bürgerliche Opposition versuchen, uns aus der Regierung zu vertreiben. Seit fast 24 Jahren trägt die Sozialdemokratie die Hauptverantwortung für die Politik Schwedens, und es ist verständlich, daß die Opposition mit der Zeit von einer gewissen Verzweiflungsstimmung ergriffen wird. Die bürgerlichen Oppositionsparteien werden uns deshalb einem Sperrfeuer von Propaganda aussetzen. Die politischen Kräfteverhältnisse verändern sich aber nicht so schnell in Schweden wie in Deutschland. Wir glauben auch nicht, daß die bevorstehenden Wahlen große Veränderungen bringen werden. In der Nachkriegszeit ist der Lebensstandard in Schweden stark gestiegen, und wir haben wichtige soziale Sicherheitsprobleme gelöst. Dank dieser Entwicklung hat die Sozialdemokratie das Vertrauen der Wähler bewahrt.

Das bedeutet aber nicht, daß alle Fragen schon gelöst sind. Der steigende Lebensstandard schafft wiederum neue Probleme. Wenn die Menschen Geld genug haben, um bessere Wohnungen zu mieten oder eigene Wohnhäuser zu bauen, wird das Problem des Wohnungsmangels verschärft. Wenn die Schweden mehr Autos kaufen als jedes andere Volk Europas, müssen wir auch bessere Landstraßen bauen. Wenn die Eltern ihren Kindern eine bessere Ausbildung geben wollen und können, müssen wir neue Schulen bauen. Der Mangel an diesen Dingen schafft eine Unzufriedenheit, die von der politischen Opposition ausgenützt werden kann. Dazu kommt noch, daß neue große

Investitionen notwendig werden, um die Atomenergie zu entwickeln und die Industrie zu modernisieren. Zur selben Zeit sind wir an einen Punkt gekommen, wo eine Kürzung der Arbeitszeit und eine Verbesserung der Pensionsverhältnisse für Arbeiter und Angestellte als sozial notwendig betrachtet werden. Wir stehen also vor großen Aufgaben und wir wissen, daß die Verantwortung des Staates und der Gemeinden damit wächst. Es wird auch als eine Verantwortung des Staates betrachtet, die Vollbeschäftigung zu sichern und zugleich Preissteigerungen zu verhindern. Zu diesem doppelten Problem haben wir noch keine endgültige Lösung gefunden. Dieser Knoten ist mühseliger als der gordische zu lösen; denn er läßt sich nicht mit dem Schwert zerhauen. In keinem Fall wollen wir die Vollbeschäftigung opfern, die für die Sicherheit und den Wohlstand des schwedischen Volkes so viel bedeutet. Wie früher werden wir für das Prinzip des Rechtes auf Arbeit kämpfen. Wir wissen, daß die deutschen Genossen ähnliche Probleme diskutieren, und wir sind überzeugt, daß wir auf diesen Gebieten viel voneinander zu lernen haben. Die sozialdemokratischen Parteien stehen überall vor der Aufgabe, Demokratie, Sicherheit, Gleichheit und wachsenden Wohlstand zu vereinigen.

Persönlich bin ich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die mir in meiner Jugend Gelegenheit gab, auf einer ihrer sozialistischen Schulen mit den Gedankengängen der deutschen Genossen in Berührung zu kommen, zu großem Dank verpflichtet. Seitdem habe ich mich immer im Herzen mit der deutschen Sozialdemokratie verwandt gefühlt. Ich werde deshalb mit gespannter Erwartung auf die Debatten dieses Parteitages hören, und ich bin davon überzeugt, daß sie der internationalen Sozialdemokratie neue Anregungen für ihre zukünftige Arbeit geben können.

Noch einmal meine herzlichsten Grüße von den schwedischen Genossen zum Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands! (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Das Wort nimmt Nationalrat Walther Bringolf, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Walther Bringolf: Genossinnen und Genossen! Zunächst möchte ich dem Parteivorstand dafür danken, daß er auf Ihrem Kongreß auch den Vertretern der kleinen Parteien Gelegenheit gibt, einige Worte an Sie zu richten. Ich hoffe, daß dieser schöne Brauch, auch wenn er Ihre Geduld — besonders bei dieser Hitze — sehr stark in Anspruch nimmt, aufrechterhalten wird, und ich werde mich bemühen, dafür einige Minuten weniger lang zu sprechen (Heiterkeit).

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist für mich eine besondere Ehre und Freude, Ihnen die brüderlichen Grüße der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zu überbringen. Nicht zum ersten Mal seit Kriegsende habe ich Gelegenheit, die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, die stärkste Partei unseres Landes, auf einem Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu vertreten. Unsere Partei hat sich in den Wahlen im vergangenen Monat Oktober, als die Eidgenossen ihr Parlament bestellten, erneut als stärkste Partei des Landes erwiesen und ihre Stellung als stärkste Fraktion des Nationalrats zurückerobert. (Lebhafter Beifall.) Allerdings ist die Sozialdemokratische Partei der Schweiz in der Regierung nicht vertreten, jedoch

nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern es sind Spannungen zwischen uns und den bürgerlichen Parteien vorhanden. Vor allem handelt es sich für uns darum, unseren berechtigten Anspruch auf eine entsprechende Vertretung, die unseren Wünschen und Forderungen nachkommt, zu berücksichtigen. Wir wollen nicht eine Vertretung, die man uns gewissermaßen gnädigerweise zubilligt.

In unserem Lande stehen auch die sozialen Probleme wie überall im Vordergrund, Erhaltung der Vollbeschäftigung, Verbesserung der Altersversicherung durch Erhöhung der Renten, größerer Anteil der Arbeiter und Angestellten am Sozialprodukt. Durch die Hochkonjunktur sind die Gewinne gewaltig gestiegen, und auch die Einkommen der mittleren und oberen Schichten sind stark gesteigert worden. Die Einkommen der Arbeiter und eines großen Teils der Angestellten entsprechen aber bei uns immer noch nicht dem, was Partei und Gewerkschaften wünschen und erwarten, und was sie daher erst noch erkämpfen müssen.

Mit Spannung, Genossen und Genossinnen, erwarten wir Schweizer Sozialdemokraten die Beratungen und Beschlüsse dieses Parteitages. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist ein großes und ernstes Problem. Wir wünschen sie in Freiheit und Frieden. Wir sind überzeugt, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als Hüterin der Grundsätze der Demokratie, des Sozialismus und der Freiheit führen wird.

Der Sturz Stalins nach seinem Tod hat uns allen die ewige Wahrheit des humanitären Sozialismus bestätigt (Beifall). Immer gilt es, so wie gestern, heute und morgen, wo wir auch arbeiten, wo wir auch verhandeln, wo wir kämpfen, die Treue zu bewahren. Alle jene, die nicht in Freiheit und in demokratischer Gemeinschaft für die Ideale des Sozialismus kämpfen können, dürfen wir nicht vergessen, sie haben Anspruch auf unsere Solidarität (Beifall). In diesen Tagen und Stunden — nehme ich an — sind wir alle der Meinung, daß unsere Auffassung auch Herr Chruschtschow hören soll und hören muß (Beifall).

Die moralische Kraft der Sozialdemokraten über alle Zeiten, über Aufstieg und Niedergang, über Erfolge und Niederlagen, hinweg liegt in der Achtung und Wahrung ihrer freiheitlichen Grundsätze. Sie sind es, die Weg und Ziel bestimmen, sie sind es, die diesen Parteitag beherrschen und, wie ich hoffe, beseelen werden, weil nicht nur die Werktätigen Deutschlands, sondern die Werktätigen aller Länder auf Eure Beratungen warten und blicken. Darum erfolgreiche Arbeit! (Bravo und Beifall!)

Wilhelm Mellies: Das Wort hat der Generalsekretär der Spanischen Sozialdemokratischen Partei im Exil, Rodolfo Llopis.

Rodolfo Llopis (von Beifall begrüßt) spricht spanisch. Prof. Carlo Schmid: Rodolfo Llopis hat ausgeführt:

Liebe Genossen! Es freut mich, wieder einmal einem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie beizuwohnen und Euch die brüderlichen Grüße der spanischen Sozialisten zu überbringen. Ihr wißt, daß wir schon über 17 Jahre im

Exil leben. Ich überbringe Euch aber auch die Grüße jener, die jenseits der Grenzen den Kampf in jenem großen Kerker, den Spanien heute darstellt, gegen die Tyrannei des Franco-Regimes in unwandelbarer Treue zum sozialistischen Ideal weiterführen. (Lebhafter Beifall.)

Diesmal allerdings bringe ich Euch mit den Grüßen der spanischen Sozialisten auch die Hoffnung, nein, ich möchte sagen, die feste Überzeugung, daß das Franco-Regime in eine tödliche Krise geraten ist und sein Todeskampf bereits begonnen hat. (Erneuter Beifall.)

Ihr wißt es ja selbst aus eigener Erfahrung, daß die Diktaturen durch die Gewalt zur Macht kommen und sich auf bestimmte Interessenskreise stützen, die aus dem diktatorischen Regime ihren Vorteil ziehen. Aber es gibt auch noch andere Spitzen der Diktatur, den Terror des Polizeiapparats und die grausamen Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber allen ihren Untertanen. Wenn aber die Furcht beginnt, sich zu verflüchtigen, dann kann man sagen, daß die Tage der Diktatur gezählt sind. Und in Spanien, liebe Genossinnen und Genossen, haben die Spanier bereits die Furcht vor dem terroristischen Herrschaftsapparat der Diktatur Francos verloren.

Ich denke dabei vor allem an das wunderbare Beispiel der Rebellion der Studenten und Professoren der spanischen Universitäten im Februar dieses Jahres und auch an die großartige Protestaktion der Arbeiterschaft im April 1956. Ich denke an die neue Generation Spaniens, die, unter der Diktatur aufgewachsen, die geistige Bindung zur Falange zerbrochen hat, als sie geistig mündig wurde. Diese junge Generation Spaniens hatte mit heißem Herzen kundgetan, daß ihre Ziele die Freiheit und die soziale Gerechtigkeit sind. Obwohl der Streik für die Arbeiterschaft unter der Diktatur Francos als Verbrechen angesehen und schwer bestraft wird, haben die Arbeiter von Pamplona, Bilbao, Barcelona und Valencia nicht gezögert, in den Streik zu treten, um sich gegen die unerhörte Ausbeutung der weit unter dem Existenzminimum liegenden Löhne zu wehren (Beifall). Seit 20 Jahren versucht das Franco-Regime die Jugend und vor allem die Arbeiterschaft an sich zu ziehen, und die Machthaber Spaniens glaubten, daß sie die Arbeiterschaft und die Jugend für sich gewonnen hätten. Das Gegenteil aber ist der Fall. Die Jugend und die Arbeiterschaft rebellieren gegen das Regime.

Ich nehme die Gelegenheit wahr, hier von der Tribüne des sozialdemokratischen Parteitags der Bundesrepublik der Arbeiterschaft Spaniens und den Studenten und Professoren der spanischen Universitäten, die es gewagt haben, der Diktatur entgegenzutreten, unser aller brüderlichen Gruß und unsere Solidarität zum Ausdruck zu bringen. (Anhaltender starker Beifall.)

Die Krise der spanischen Diktatur bezieht sich aber nicht nur auf die Universitätskreise und die Arbeiterschaft. Sie bezieht sich bereits auf alle Bevölkerungskreise des spanischen Volkes. Niemand redet mehr in Spanien von der Zukunft des Regimes; alle sprechen von der Nachfolgeschaft des Regimes.

Daher sehen wir auch heute, daß die katholische Kirche, die es so gut versteht, sich den Umständen anzupassen, durch ihre Bischöfe das Regime in sei-

nem sozialen Bereich angreift, und der Primas von Spanien hat sogar vor kurzem erklärt, die Kirche sei stets Feindin der totalitären Herrschaftssysteme gewesen.

Die Lage der spanischen Diktatur hat sich zudem durch den Verlust der marokkanischen Territorien verschlechtert. Marokko war stets eine Belastung der spanischen Politik. In Marokko haben wir in sinnloser Weise Millionen unserer Volksgenossen verloren, um dem Machtdurst unserer Militaristen Genüge zu leisten. Für unsere Militärs war Marokko der große Vorwand, um in Spanien eine Armee aufrechtzuerhalten, die das Land in Wirklichkeit nie benötigt hat und die es wirtschaftlich kaum erhalten kann. Franco, der wie alle Diktatoren dem Lande die Größe und ein Kolonialreich versprochen hatte, ist nun gezwungen, die Reste dieses Kolonialreiches zu liquidieren und die vielen Tausende in Marokko beschäftigten Offiziere arbeitslos werden zu lassen. Marokko war die Wiege des Franco-Putsches, der zum spanischen Bürgerkrieg führte; Marokko wird wohl auch das Grab des Franco-Regimes werden. Das Ansehen des Generals Franco in der Armee ist durch die Preisgabe Marokkos schwer in Mitleidenschaft gezogen. Franco hat nunmehr nur noch einen Weg: Washington. Daher hat er seinen Außenminister Martina Artajo nach Amerika geschickt. Er muß dort um Dollars betteln, damit der wirtschaftliche Zusammenbruch Spaniens verhütet werde, und er braucht einen internationalen Erfolg, um das Prestige der Diktatur in den Kreisen der Offiziere wiederherzustellen. Möglich, daß Franco nochmals Dollars im Austausch gegen Militärstützpunkte bekommt, anders ausgedrückt, er verkauft Spanien stückweise an das Ausland. Aber all dieses ist nicht nur eine Frage der Verhandlungen mit Washington. All dies hängt auch von den anderen demokratischen Ländern Europas und vor allem von der Kraft und dem Willen der Sozialisten in den einzelnen Ländern ab. Wir vertrauen darauf, daß die der Sozialistischen Internationale angeschlossenen Parteien und die Freien Gewerkschaften sich gegen jenen politischen „Realismus“ wenden, der die spanische Diktatur in die Kreise der NATO führen soll. Franco stützen, bedeutet einen Leichnam zu unterstützen.

Ich danke dem Genossen Mellies als dem Vorsitzenden der heutigen Tagung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in München, daß er des 20. Jahrestages des spanischen Bürgerkrieges gedachte. Es war am 18. Juli 1936, als einige eidbrüchige Generale sich in Spanien gegen die Republik erhoben. Sie wagten diesen Streich, weil sie mit der Unterstützung von Mussolini und Hitler rechnen konnten. Wir wurden in diesem ungleichen Kampfe besiegt, weil uns die demokratischen Länder im Stiche ließen, in der Meinung, daß ihnen unser Schicksal erspart bleiben wird. Sie haben sich getäuscht.

Aber das spanische Volk hat Hitler und die Nazi-Clique niemals mit dem deutschen Volk verwechselt, das deutsche Volk niemals für den Wahnsinn eines Hitler verantwortlich gemacht. Das spanische Volk weiß, daß die Legion Condor mit Franco gekämpft hat, aber es weiß auch, daß viele deutsche Genossen auf unserer Seite für die Freiheit kämpften und unseren Dank verdienen.

Kurt Schumacher sagte mir, als ich ihn das erste Mal traf, daß die deutsche Sozialdemokratie sich niemals mit dem heute in Spanien herrschenden Re-

gime abfinden und keine Ruhe geben würde, bis es verschwinde. Diesem Geiste Schumachers entsprach, was heute hier von den leitenden Genossen Eurer Partei gesagt wurde. Wir freuen uns, zu wissen, daß wir Eurer Unterstützung gewiß sind im gemeinsamen Kampf für den Frieden, für die Gerechtigkeit, für den Sozialismus. (Anhaltender Beifall.)

Wilhelm Mellies: Als letzter ausländischer Gast spricht heute der Innenminister Oskar Helmer zu uns, Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Partei Österreichs.

Oskar Helmer: Werter Parteitag, liebe Genossinnen und Genossen! Die Sozialistische Partei Österreichs, in deren Namen ich spreche, hat mich und den Landeshauptmann-Stellvertreter Peyerl aus Salzburg zu Ihrem Parteitag delegiert, um Ihnen die Grüße unserer Partei zu überbringen und Ihnen auch gleichzeitig unsere Solidarität in Ihrem Kampfe zu bekunden. Wir haben weiter die Grüße der mehr als 600 000 Mitglieder unserer Partei zu überbringen. (Beifall.) Ihr Parteitag, der nunmehr stattfindet, fällt in eine Zeit, in der sich nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges die erstarrten Fronten gelockert haben und sich diese Fronten wieder in Bewegung setzen. Daß die Sowjetunion in den letzten elf Jahren nicht nur zwei Kontinenten, sondern der ganzen Welt ihren Stempel, ihre Politik aufdrücken konnte, das ist die Schuld erstens der dem Untergang anheimgegangenen faschistischen Systeme. Ich glaube aber auch, es ist die Schuld jener Siegermächte, deren führende Politiker es am notwendigen Weitblick und an der Einsicht in die sowjetischen Absichten fehlen ließen. Nur so konnte es kommen, daß die Sowjetunion die ihr im Laufe der Auseinandersetzungen mit dem Faschismus zugefallenen Gewinne an territorialem und politischem Einfluß in der Periode nach dem Kriege nicht nur behaupten, sondern sogar wesentlich vergrößern konnte. Man war in Sowjetrußland in der Auswahl der Mittel, um diesen Vorsprung zu halten, wahrhaftig nicht wählerisch. Die Umstände, unter denen die Oststaaten als sogenannte Volksdemokratien unter die Botmäßigkeit der Sowjetunion gebracht wurden, hätten zu anderen Zeiten zu schweren Konflikten und Auseinandersetzungen geführt. Die Völker der Welt waren aber zur damaligen Zeit mit einer Friedenssehnsucht erfüllt, und diese Friedenssehnsucht wurde von der Sowjetunion voll und ganz ausgenützt, um das gewalttätig Angeeignete zu festigen und zu erhalten. (Beifall.) Was damals kein Realpolitiker vorauszusagen wagte, trat in der gegenwärtigen Zeit ein: Der Abgang Stalins, der jahrelang mit dem Sowjetsystem identifiziert werden konnte, bedeutete jedoch vorerst keine Veränderung in der politischen Entwicklung der Sowjetunion. Erst im Jahre 1956 erachteten die neuen Machthaber des Kremls den Zeitpunkt für gekommen. Förmlich über Nacht vollzogen sie eine gewaltige Schwenkung ihrer Politik. Um den Beweis einer friedlichen Haltung zu erbringen, gab es für die Sowjetunion in den letzten Jahrzehnten wahrhaftig viele Möglichkeiten: der Verzicht auf Ostdeutschland oder die Freigabe des Faustpfandes Österreich trat in den zehn Jahren oft in den Vordergrund. Die Sowjetunion entschied sich dafür, das Faustpfand Österreich freizugeben.

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir Österreicher können mit Recht für uns in Anspruch nehmen, daß wir an dieser Entscheidung nicht ganz unschuldig

waren. Ich brauche Ihnen, liebe Genossinnen und Genossen, nicht zu schildern, was eine langjährige Besetzung durch fremde Militärmächte und ganz besonders durch die Sowjetmacht bedeutet. Sie kennen das vielfach aus eigener Erfahrung. Die Lage Österreichs war aber im Jahre 1945 deshalb besonders schwierig, weil der zu Ende gehende Weltkrieg in seiner ganzen Wucht über große Teile des Landes hinweggegangen war und chaotische Zustände hinterlassen hat. Diese Zustände gaben einen günstigen Boden für das Entstehen extremer Strömungen ab. Die sowjetische Besatzungsmacht versuchte in der Zeit nach dem Einmarsch in Österreich den Eindruck hervorzurufen, sie sei Freund des österreichischen Volkes. Schlagartig änderte sich jedoch dieses Verhalten nach dem Ausgang der ersten freien Wahlen im November 1945. Die auf die österreichischen Kommunisten gesetzten Erwartungen wurden dabei auf das gröblichste enttäuscht, und diese Enttäuschung wurde im Jahre 1950 für die Sowjetunion vergrößert, als die Kommunisten die letzte Chance einbüßten, Österreich in eine Volksdemokratie zu verwandeln. In dieser Zeit, die mehr als zehn Jahre andauerte und die uns eine schwere Bedrückung brachte, mußten wir einen Dreifrontenkrieg führen, erstens gegen die sowjetische Aggression, zweitens gegen die kommunistische Infiltration und drittens gegen die würgende wirtschaftliche Not, die in unser Land hereingebrochen war.

Wir können feststellen, daß in weniger als 10 Jahren diese Verhältnisse sich wesentlich gebessert haben. Im April 1945 standen wir Sozialisten vor der Entscheidung, ob wir uns mit den Vertretern jener Weltanschauungen an einen Tisch setzen sollten, die im Jahre 1937 die österreichische Demokratie zerstörten und ein faschistisches Hitlerregime aufgerichtet hatten, die die Sozialisten in den Kerker geworfen haben und ihres Eigentums beraubten. Unsere Entscheidung fiel im Jahre 1945 im Geiste der Toleranz und der staatspolitischen Vernunft. Das gilt für die Zusammenarbeit aller zur demokratischen Republik Österreich positiv eingestellten Kräfte. Das österreichische Volk sollte diese Entscheidung keinesfalls bereuen; sie wurde der politischen Reife der Bevölkerung gerecht, die es von Wahl zu Wahl in steigendem Maße bewies.

Genossinnen und Genossen! Ich bin kein Prophet! Aber ich glaube, daß ein Gegeneinanderwirken der beiden gleichstarken Parteien in Österreich statt eines Miteinanderarbeitens unter den Verhältnissen, die wir in den 10 Jahren erlebt haben, Österreich zum Bürgerkrieg getrieben, ein verheerendes Chaos herbeigeführt, die Teilung des Landes und schließlich den Abstieg in die Volksdemokratie gebracht hätte. Ein volksdemokratisches Österreich, das wage ich zu behaupten, wäre für die demokratischen Länder in ganz Europa von ungünstigen Folgen begleitet gewesen (Beifall). Die Zusammenarbeit der beiden staaterhaltenden Parteien ging nicht reibungslos vor sich, wie ich hier dem Parteitag mitteilen kann. Sie war aber ein zwingendes Gebot angesichts der großen Gefahr, die die militärische Besetzung und besonders die Besatzung in der Ostzone mit sich brachte. Nach dem Abschluß des Staatsvertrages im Jahre 1955 versuchten allerdings die radikalen Elemente innerhalb unseres Koalitionspartners, der Österreichischen Volkspartei, die Oberhand zu gewinnen. Sie verleitete die Parteiführung und die Vertreter in der Regierung zu mancherlei Ungesetzlichkeiten. Der Streit ging dann zunächst um das Erdöl. Es kam zu den Wahlen am 13. Mai 1956. Mit einem gigantischen

Aufwand an Propaganda wurden in der Bevölkerung Österreichs Angstwahlen hervorgerufen, indem man das Schreckgespenst ausmalte, was es bedeuten würde, wenn die Sozialisten in Österreich die Mehrheit bekämen. Ich kann heute Ihrem Parteitag sagen: Wir Sozialisten haben in diesem schweren Kampf unsere Position behauptet. Wir haben unsere Stimmen vermehren und unsere Mandate vergrößern können (Beifall). Wenn es zu einer Verschiebung der Stimmen gekommen ist, so ist dieser Stimmengewinn der ÖVP auf das Reservoir der liberalen Wähler zurückzuführen, die sich von ihrer bisherigen Interessenvertretung abgewandt haben und sich von der Antiverstaatlichungspropaganda beeinflussen ließen. Es waren in der Hauptsache Wahlen, die sich gegen die Verstaatlichung wandten und Wahlen, die auf die Angst der Bevölkerung zurückzuführen sind. Nach schweren Auseinandersetzungen, ob Koalition oder nicht, ob Teilnahme an der Regierung oder nicht, haben wir Sozialisten uns wiederum für die Zusammenarbeit in diesem Lande entschieden. Die Gründe möchte ich mit einem einzigen Satz sagen. Ich spreche hier nur für österreichische Verhältnisse. Dadurch, daß wir in Österreich mit unseren Gegnern fast gleich stark sind, sowohl in der Gliederung des ganzen Landes als auch in der Stimmenzahl — wir haben annähernd 2 Millionen Stimmen erreicht, und unser Gegner konnte die 2 Millionen um einige wenige überschreiten —, ist diese Zusammenarbeit notwendig. Die Verhältnisse liegen also bei uns wesentlich anders als bei Ihnen, und wir haben im Gegensatz zur ersten Republik mit der gemeinsamen Tragung von Arbeit und Verantwortung bessere Erfahrungen gemacht. Wir haben keinen Grund gesehen und sehen keinen Grund, von diesem durch die Landesverhältnisse bedingten System abzugehen. Bestehende Differenzen, die immer wieder auftauchen, mit demokratischen Mitteln auszutragen, erscheint uns vernünftiger, als im Lande irgendwie wieder starke Gegensätze so hervorzuheben, daß sie zu Zusammenstößen führen. Daß wir, glaube ich, in dieser Hinsicht von unseren Wählern verstanden werden, zeigt der fortwährend steigende Stimmenzuwachs, den wir seit 1945 von Wahl zu Wahl erreichen konnten.

Aus dem Neutralitätsstatus, den wir eingegangen sind, erwachsen uns besondere Verpflichtungen. Es gibt keinen Sozialdemokraten in Österreich, der die Verpflichtung zur Neutralität anders als militärisch verstanden haben will. Weltanschaulich, kulturell und gefühlsmäßig steht Österreich im Lager der Freiheit, im Lager der Demokratie und im Lager des Westens. Diese Grundsätze sind für uns unumstößlich. Wir Österreicher verfolgen mit größter Anteilnahme die sich abzeichnende weltpolitische Befriedung, die durch die Entschärfung des kalten Krieges gekennzeichnet ist. Es gibt Lichtblicke, die den politischen Horizont erhellen: Bemühungen um die friedliche Verwendung der Atomenergie, die Abkehr vom Persönlichkeitskult, die sowjetischen Abrüstungsmaßnahmen, wenn sie ehrlich erfolgen, der Teilabbau des Eisernen Vorhangs an den österreichischen Grenzen, die Lockerung des Polizeiregimes in einzelnen Ländern der Volksdemokratie.

Wir Sozialisten wissen, welche Stellung wir zu beziehen haben. Wir Sozialisten Österreichs werden in Zukunft — das kann ich dem Parteitag unserer deutschen Bruderpartei versichern — wie in der Vergangenheit die Garanten für die Erhaltung der demokratischen Freiheit unseres Landes und die Wächter am Eisernen Vorhang sein. Wir werden unsere ganze Kraft für

die Besserung der sozialen Stellung der arbeitenden Menschen einsetzen, so wie bisher, und wir österreichischen Sozialisten wünschen aus ganzem Herzen, daß es der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gelingen und vergönnt sein möge, die Einigkeit zwischen West- und Ostdeutschland zu erreichen, Freiheit und Wohlstand zu sichern und damit dem deutschen Volk den ihm gebührenden Platz in der europäischen Völkerfamilie zu sichern. Wir österreichischen Sozialisten sind davon überzeugt, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf dem richtigen Wege ist, dieses Ziel zu erreichen, und aus diesem Grunde begleiten die deutschen Genossinnen und Genossen die heißen Wünsche der Sozialisten Österreichs auf diesem Weg.

In diesem Sinne begrüße ich den Parteitag namens der österreichischen Partei und wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Es spricht noch unser Senior, Dr. Rudolf Wissell (Beifall).

Rudolf Wissell: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Weg, den ich zum Rednerpult machen mußte, war der längste unter denen, die die vorhergehenden Redner gemacht haben. Dafür wird meine Rede aber auch die kürzeste sein. Ich werde keine Rede halten. Ich werde einen Gruß und eine Mahnung an Sie richten. Da steht die Fahne, die auf dem Sarg von Lassalle und auch von Schumacher gelegen hat. Ich habe unter dieser Fahne vor drei Jahren bei der Hamburger Partei ein neues Banner weihen müssen. Die Fahne ist das Sinnbild der Treue, der Beharrlichkeit, des unerschütterlichen Willens weiterzuarbeiten im Interesse der arbeitenden Massen des Volkes.

Genossen! Ich stehe am Spätabend meines Lebens. Ich weiß nicht, ob das Schicksal es mir beschieden hat, noch einmal an einem Parteitag teilzunehmen. Ich will daher zunächst die Alten grüßen, die in den letzten Jahren mit mir noch zusammengearbeitet haben. Die ganz Alten, ja, sie sind dahingegangen. Wenn ich in eine Straße komme: Die alten Häuser noch, die alten Straßen noch, die alten Freunde noch, die sind nicht mehr. In diesem Gefühl, daß es so ist, empfinde ich, je weiter ich in meinen Lebensjahren fortschreite, so etwa, als ob man hinaufsteigt in eine einsame immer kälter werdende Region. Von denen, die einmal mit mir zusammen in den letzten Jahren der Sozialistengesetze gearbeitet haben, ist keiner mehr da. Ich glaube, ich bin, jedenfalls in diesem Raume, der einzige, der den Parteitag in München im Jahre 1902 als Delegierter besucht hat.

Ich glaube, auch von denen, die mit mir als Volksbeauftragte tätig waren, lebt, allerdings im Ausland, nur noch einer, der damals mit der Justiz beauftragt war, und ich glaube, es lebt auch keiner mehr von den ersten, die mit mir in den beiden Kabinetten — zunächst Scheidemann und dann Hermann Müller — tätig waren. Alle haben sie die Augen schließen müssen und sind den Weg gegangen, der uns allen ja einmal bestimmt ist. Ich habe das Gefühl, daß das auch mir schon bald beschieden sein kann, und darum eine Mahnung, vor allem an die Jugend: Bleibt treu, dann habt Ihr die Kraft, in unermüdlicher Beharrlichkeit, ohne Schranken der Partei zu dienen. Wenn Ihr das tut, dann tut Ihr das Richtige.

Mit diesem Wunsch an Euch alle möchte ich schließen, und dann vielleicht doch noch: Auf ein Wiedersehen! (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Wilhelm Mellies: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Genossinnen und Genossen! Zunächst habe ich eine organisatorische Mitteilung zu machen. Vom Quartierbüro wird mitgeteilt, daß eine Anzahl Quartierkarten noch nicht abgeholt ist. Die Delegierten, die die Quartierkarten nicht in Anspruch nehmen wollen, weil sie inzwischen anderweitig Quartier gefunden haben, werden dringend gebeten, das doch dem Quartieramt möglichst bald mitzuteilen, damit es Klarheit und Übersicht hat.

Genossinnen und Genossen, es allen recht zu machen ist bekanntlich eine Kunst, die niemand kann. Mir ist mitgeteilt worden, daß Beschwerde darüber geführt worden sei, daß eine Organisation nicht genannt wurde. Ich bitte daran zu denken, daß ich in meiner Begrüßung ausdrücklich darauf hingewiesen habe, daß es kaum möglich ist, die gesamten Organisationen und alle geladenen Gäste zu begrüßen. Hätte ich das tun wollen, hätte ich eine Liste von über 80 Namen vorlesen müssen von geladenen Gästen und Organisationen. Die Eröffnungsansprache auf einem Kongreß hat ja auch ihre Grenze, die man nicht überschreiten soll. Wenn ich eine Organisation herausgreifen und eine andere weglassen würde, würde das eine Wertung der Organisationen gegeneinander bedeuten, die dem Parteivorstand nicht zusteht. Wenn ich die Gewerkschaften und Genossenschaften erwähnt habe, dann darf ich darauf hinweisen, daß das aus den Notwendigkeiten, die vor allem nach 1945 entstanden, Tradition auf dem Parteitag geworden ist, wie es ja beispielsweise auch Tradition geworden ist, daß der Vertreter der österreichischen Bruderpartei immer zuletzt spricht, obwohl er eigentlich nach dem Alphabet eher drankommen müßte. Bei dieser Gelegenheit darf ich um Entschuldigung bitten, daß ich die Begrüßung des Genossen Franz Peyerl aus Salzburg übersehen habe. Ich hole das hiermit in aller Form nach.

Dann darf ich ein Wort des Dankes sagen an den Chor der Münchener Philharmoniker, der unsere Tagung so wundervoll eingeleitet hat, und ebenso ein Wort des Dankes an die Organisten (Beifall).

Mein Dank, Genossinnen und Genossen, gilt vor allem aber unserem Rudolf Wissell, daß er dem Parteitag diese ergreifenden Minuten geschenkt hat. (Stürmischer Beifall.)

Weiter darf ich danken all jenen, die unseren Parteitag begrüßt und ihm die guten Wünsche überbracht haben. Wir freuen uns, daß die Vertreter der Gewerkschaften und Genossenschaften hier dokumentieren konnten, wie aufgeschlossen die Sozialdemokratische Partei den Problemen dieser Organisationen gegenübersteht. Wir haben auch aus den Ausführungen unserer ausländischen Freunde gehört, daß in den einzelnen Ländern die Dinge etwas verschieden liegen und daß es überall Schwierigkeiten gibt. Ich glaube aber, das Entscheidende bei all diesen Ausführungen war doch der Grundton, der mitschwang: Wir Sozialisten werden vor diesen Schwierigkeiten nicht kapitulieren, sondern wir werden unsere ganze Kraft daransetzen, um im Sinne unserer alten Ideale weiterzuarbeiten. Das ist das, was die sozialistischen Parteien immer beseelen muß und was auch auf unserem Parteitag in den nächsten Tagen bei den Beratungen zum Ausdruck kommen muß. Ich glaube, die Begrüßungen, die wir gehört haben, waren ein wertvoller Auftakt für unsere Beratungen.

Dann habe ich noch einen Gruß zu übermitteln von einem Genossen aus Burma. Der Finanzminister von Burma, Bo Khin Maung Gale, befindet sich augenblicklich in Deutschland. Er war gestern in München. Einige von uns hatten Gelegenheit, ihn zu begrüßen. Er konnte leider nicht hier bleiben, obwohl es ihm eine besondere Freude gewesen wäre, wenn er als Sozialist auch unserem Kongreß hätte beiwohnen können. Er hat gebeten, seine herzlichsten Grüße und Wünsche dem Parteitag zu übermitteln (Beifall.)

Damit, meine verehrten Genossinnen und Genossen, stehen wir am Schluß des heutigen Tages. Der Parteitag setzt seine Beratungen morgen früh 9 Uhr fort. Erster Tagesordnungspunkt ist die Konstituierung des Parteitags. Zunächst werden wir das Präsidium zu wählen haben.

Und nun bitte ich um Aufmerksamkeit für die Musik. (Folgt Orgelvortrag.)

(Schluß: 18.30 Uhr)

ZWEITER VERHANDLUNGSTAG

MITTWOCH, DEN 11. JULI 1956

(Beginn: 9.05 Uhr)

Wilhelm Mellies: Genossinnen und Genossen! Die Beratungen des Parteitages sind wieder eröffnet. Wir haben zunächst das Präsidium zu wählen. Ich bitte um Vorschläge. — Genosse Vittinghoff!

KONSTITUIERUNG DES PARTEITAGES

Karl Vittinghoff (Vorsitzender des Bezirkes Hamburg-Nordwest der SPD): Genossinnen und Genossen: Für das Präsidium des Parteitages schlage ich vor als Vorsitzende Waldemar von Knoeringen-München (Beifall), Fritz Steinhoff-Hagen/Emst (Beifall), als Beisitzer Ida Wolff-Berlin, Albert Weber-Hessen-Nord, Maria Prejawa-Hannover, Werner Pusch-Südwest (Beifall).

Wilhelm Mellies: Werden weitere Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag, den Genosse Vittinghoff gemacht hat, zustimmen will, den bitte ich das Handzeichen zu geben. — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Vorschlag ist einstimmig angenommen. Ich bitte die Mitglieder des Präsidiums, hier Platz zu nehmen und die Leitung des Parteitages zu übernehmen.

Vorsitzender von Knoeringen: Genossinnen und Genossen! Namens des Präsidiums danke ich für das Vertrauen, das Sie eben ausgesprochen haben, diesen Parteitag, der in seiner Wichtigkeit uns allen bewußt ist, geschäftsordnungsmäßig zu leiten. Wir können die Unterstützung aller Delegierten bei diesem schweren Amt erwarten. Die Fülle des Stoffes kann nur bewältigt werden, wenn wir alle Selbstdisziplin üben und damit die Durchführung der Arbeiten in jeder Weise erleichtern.

Ehe wir in die Beratungen eintreten, habe ich eine besonders freudige Aufgabe zu erfüllen, und zwar möchte ich einem Geburtstagskind gratulieren. Unser Parteigenosse Herbert Wehner feiert am heutigen Tag — die Stunde ist mir nicht bekannt — seinen 50. Geburtstag. (Lebhafter Beifall.) Ich brauche nicht viele Worte verlieren. Wer Herbert Wehner ist, wissen wir alle. Er ist ein Mann unermüdlischen Fleißes und leidenschaftlicher Hingabe an die Sache der Partei, er ist ein guter Berater vor allem auf dem Gebiet der Außenpolitik, und wir wünschen ihm als Parteitag noch viele, viele Jahre und ein Alter, das an die Jahre unseres Genossen Wissell heranreicht. —

Dann, Genossinnen und Genossen, wollen wir mit der Arbeit beginnen. Ich bitte Sie, die dunkelrote Tagungsmappe zur Hand zu nehmen. Sie finden dort drei Vorlagen. Die erste Vorlage, über die Sie entscheiden müssen, enthält die Vorschläge zur Tagesordnung. Nach Art. 13 unserer Satzung muß die

Tagesordnung drei Monate vor dem Parteitag verkündet und dann noch dreimal veröffentlicht werden. Das ist geschehen. Ich frage den Parteitag, ob zu diesem Vorschlag für die Tagesordnung Einwendungen erhoben werden. — Das ist offensichtlich nicht der Fall. Wir kommen dann zur Abstimmung. Die Abstimmung wird vollzogen durch das Emporheben der Delegiertenkarte. Ich bitte, die Delegiertenkarte immer so griffbereit zu halten, daß sie sofort gezückt werden kann. — Wer für die Tagesordnung ist, bitte ich die Delegiertenkarte zu zeigen. — Danke schön. Dagegen? — Niemand. Stimmenthaltungen? — Keine. Ich stelle fest, daß damit die Tagesordnung einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zur Vorlage Nr. 2: Geschäftsordnung für die Verhandlungen des Parteitags. Diese Geschäftsordnung ist übernommen aus den früheren Parteitagen; sie muß präzise durchgeführt werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Referenten eine Stunde Redezeit haben, die Diskussionsredner je zehn Minuten und daß für Geschäftsordnungsdebatten je fünf Minuten zur Verfügung stehen, wobei nur zwei Redner sprechen können, einer für und einer gegen den Antrag.

Ich darf jetzt, wenn Einwendungen nicht erhoben werden, über die Geschäftsordnung abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich die Delegiertenkarte zu zeigen. — Dagegen? — Niemand. Enthaltungen? — Keine; einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zur Vorlage Nr. 3: Arbeitsplan des Parteitages. Der Arbeitsplan des Parteitags liegt Ihnen allen vor; er ist bekannt. Einwendungen werden nicht erhoben. Darf ich damit gleich die Zustimmung voraussetzen und feststellen, daß der Arbeitsplan angenommen ist? — Ich möchte zugleich hier bemerken, daß bis Freitag 9 Uhr 30 vormittags die Vorschläge für die Neuwahl eingereicht sein müssen.

Damit sind die drei Vorlagen beendet. Wir müssen nun noch eine Mandatsprüfungskommission wählen. Ich bitte um Vorschläge. — Das Wort hat Genosse Vittinghoff.

Vittinghoff: Genossinnen und Genossen! Für die Mandatsprüfungskommission schlage ich vor: Georg Buch-Hessen-Süd, Erich Deppermann-östliches Westfalen, Karl Weber-Pfalz, Walter Lurgenstein-Schleswig-Holstein, John van Nes Ziegler-Mittelrhein, Ferdinand Drexler-Franken, Karl Klages-Braunschweig, Hermann Lückel-Rheinessen, Alfred Nau für den Parteivorstand.

Vorsitzender von Knoeringen: Sie haben diese Vorschläge gehört. Werden noch weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Darf ich nun abstimmen? Wer dafür ist, den bitte ich, die Delegiertenkarte zu zeigen. — Dagegen? — Stimmenthaltungen? — Die Mandatsprüfungskommission ist einstimmig gewählt. Ich bitte dann die Mandatsprüfungskommission, zu ihrer Sitzung zusammenzutreten. — Es wird mir soeben gesagt, das soll geschehen nach dem Referat von Erich Ollenhauer.

Damit ist der erste Punkt unseres Arbeitsplanes für heute, Konstituierung des Parteitages, abgeschlossen.

Zur Geschäftsordnung Genosse Möller!

Walter Möller (Frankfurt a. M.): Genossinnen und Genossen! Es handelt sich um eine kleine Anregung, die einige Delegierte aus Hessen-Süd dem Parteitag

geben möchten. Wir würden es begrüßen, wenn der Parteitag, an eine bei der Partei beliebte Sitte anknüpfend, für den Parteitag eine Antragsprüfungskommission bestellen würde. Wir sind der Meinung, daß das zweckmäßig ist, weil mit der Frage der Erledigung der Anträge, d. h. in dem Maß, in dem man Anträge zur Abstimmung stellt oder durch bestimmte Entschlüsse Anträge für erledigt erklärt, gewisse politische Entscheidungen mit einbezogen sind. Wir glauben, daß diese Arbeit in erster Linie den Delegierten bzw. ihren Beauftragten obliegen sollte, und schlagen vor, eine Antragsprüfungskommission zu bestellen, und zwar aus jedem Bezirk der Partei einen Delegierten, und außerdem einen Beauftragten des Parteivorstandes, weil natürlich die Auffassung des Parteivorstandes in diesen Fragen gleichfalls sehr wichtig ist. Wir würden es begrüßen, wenn wir auf unserem Parteitag die alte Übung, die wir auch vielfach bei den Bezirksparteitagen haben, einführen würden.

Vorsitzender von Knoeringen: Zum Wort hat sich gemeldet der Genosse Ollenhauer.

Erich Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Die Übung auf unseren Parteitagen ist, daß Parteivorstand und Parteiausschuß sich mit den vorliegenden Anträgen beschäftigen und dem Parteitag ihre entsprechenden Vorschläge für die Erledigung der Anträge machen. Das ist auch in diesem Fall geschehen; Parteivorstand und -ausschuß haben alle Anträge besprochen und werden bei den einzelnen Punkten die Auffassungen ihrer Körperschaften darlegen. Für den Fall, daß es sich im Laufe der heutigen Debatte als zweckmäßig erweist, in den Fragen der politischen Entschlüsse eine solche neue Besprechung im Rahmen eines Ausschusses vorzunehmen, können wir eine solche Regelung treffen. Ich möchte anregen, die Entscheidung hierüber bis heute nachmittag zurückzustellen, bis wir wissen, wie der Verlauf der Diskussion ist.

Vorsitzender von Knoeringen: Sie haben den Vorschlag des Genossen Ollenhauer gehört. Ich möchte darüber abstimmen lassen, daß wir diesen Antrag bis heute nachmittag zurückstellen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Gegen einige Stimmen angenommen.

Dann, Genossinnen und Genossen, kommen wir zu Punkt 2 der Tagesordnung: „An der Wende der deutschen Politik.“ Dazu wird Genosse Erich Ollenhauer sprechen. Ich möchte gleich hier Ihr Einverständnis voraussetzen, daß Genosse Ollenhauer nicht an die in der Geschäftsordnung vorgesehene Redezeit von einer Stunde gebunden ist. Das Wort hat Genosse Erich Ollenhauer zu seinem Referat (Beifall).

„An der Wende der deutschen Politik“

Erich Ollenhauer: Meine Damen und Herren, liebe Freunde, Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst dem Parteitag dafür danken, daß er sich im voraus damit einverstanden erklärt hat, daß ich den ersten Verstoß gegen die Geschäftsordnung begehe, weil es sehr schwierig ist, die Fülle der

Fragen, die unter diesem Punkt der Tagesordnung erörtert werden müssen, in der vorgesehenen Zeit zu behandeln. Das Thema selbst umfaßt den wesentlichsten Teil der politischen Anträge, die dem Parteitag vorliegen, und ich möchte in meinem einleitenden Referat keinem der Probleme ausweichen, die sich aus der politischen Situation und aus den von den Parteiorganisationen gestellten Anträgen ergeben, weil ich glaube, daß es die Entscheidung des Parteitags erleichtert, wenn wir von vornherein in aller Offenheit und Klarheit zu den Fragen Stellung nehmen, die uns und die Partei bewegen.

Die Septemberwahlen 1953 zum zweiten Bundestag brachten Bundeskanzler Dr. Adenauer und seiner Regierungskoalition den Höhepunkt ihrer Erfolge. Die CDU/CSU erreichte die absolute Mehrheit im Bundestag, und die neue Koalition unter der alten Führung konnte sich auf eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag stützen. Die Fortführung der bisherigen Außen- und Innenpolitik schien auf lange Zeit gesichert, und die Zweidrittelmehrheit im Bundestag bildete auch eine Garantie für die Verwirklichung notwendiger Verfassungsänderungen im Zusammenhang mit der Aufrüstung der Bundesrepublik. Das war, Genossinnen und Genossen, die Lage vor knapp drei Jahren.

Heute ist sie, rein parlamentarisch gesehen, wesentlich anders. Der Bundeskanzler kann sich im Bundestag praktisch nur noch auf die CDU-CSU-Fraktion stützen. Von den früheren Bundesgenossen ist nur noch die kleine Gruppe der Deutschen Partei geblieben. Die Freien Demokraten und der BHE haben die Koalition verlassen, und in der letzten außenpolitischen Debatte des Bundestags vor knapp zwei Wochen haben neben der Sozialdemokratischen Fraktion Mitglieder der Freien Demokraten und des BHE gegen den Billigungsantrag der Regierungsparteien gestimmt. Aus der Allparteienkoalition gegen die Sozialdemokratie im September 1953 ist eine Einparteienregierung geworden, deren parlamentarische Mehrheit nicht mehr in Übereinstimmung steht mit dem Willen des Volkes selbst. Diese Schwächung der Regierung in einem Bundestag, der die denkbar besten Voraussetzungen für eine breite Koalition der Politik Adenauers bot, ist eine der stärksten Leistungen, die der gegenwärtige Bundeskanzler vollbracht hat. Diese Entwicklung hat aber nicht nur ihre Ursache in der Person des Bundeskanzlers, sondern sie liegt in noch stärkerem Maße in den Veränderungen begründet, die sich in der internationalen und damit im Gefolge auch in der inneren Entwicklung der Bundesrepublik vollzogen hat. Sie hat zur Folge, daß die Politik der Bundesregierung, die unbeweglich an ihren früheren Vorstellungen festhält, mehr und mehr in Widerspruch gerät zu den tatsächlichen Gegebenheiten in der Politik und damit die Bundesrepublik der Gefahr aussetzt, vor allem auf internationalem Gebiet isoliert zu werden.

Solange Deutschland gespalten bleibt, wird die Außenpolitik immer eine entscheidende Rolle in der Bestimmung des Standorts und der Aufgaben der Bundesrepublik spielen. Keine Bundesregierung darf darauf verzichten, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als die vordringlichste Aufgabe der deutschen Politik zu behandeln (Beifall). Die Kardinalfrage ist deshalb in den vergangenen Jahren auch immer gewesen, mit welchen Mitteln die Politik der Wiederherstellung der deutschen Einheit mit der größten Aussicht auf Erfolg betrieben werden kann.

Seit 1949 haben sich hier die tiefsten Gegensätze zwischen der Regierungskoalition und der sozialdemokratischen Opposition entwickelt. Die Bundes-

regierung hat unter dem Eindruck des Koreakonflikts allzu bereitwillig und vorbehaltlos die Linie der amerikanischen Außenpolitik akzeptiert, gegenüber der Sowjetunion eine Politik der militärischen Stärke zu betreiben und den deutschen Beitrag für diese Politik durch die Aufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen der westlichen Militärallianz zu leisten. Das war der Sinn des Kampfes um die EVG und später um die Durchsetzung der Pariser Verträge, die die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO zum Ziele hatte. Die Bundesrepublik verteidigt ihre Vertragspolitik mit der Behauptung, eine Politik der militärischen Stärke sei das einzige Mittel, das die Sowjetunion veranlassen könnte, die von ihr besetzte Zone Deutschlands freizugeben und der Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen der vier Besatzungszonen zuzustimmen. Wir Sozialdemokraten haben diese Politik von Anfang an und ohne Einschränkung und Abschwächung in allen Stadien des Kampfes um die Verträge auf der parlamentarischen und außerparlamentarischen Ebene bekämpft. Wir haben uns immer für den Vorrang der Bemühungen um Wiedervereinigungsverhandlungen vor jeder militärischen Verpflichtung eingesetzt. Unsere Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Die Folgen dieser Einsichtslosigkeit liegen heute offen zutage. Die Annahme der Pariser Verträge und der Beginn der Aufstellung deutscher Streitkräfte hat die Aussichten für eine Wiedervereinigung Deutschlands verschlechtert und die Verwirklichung der Wiedervereinigung auf das äußerste erschwert. Der negative Verlauf der Genfer Konferenz im November vorigen Jahres — soweit die Deutschlandfrage in Betracht kommt — ist der eindeutige Beweis für die Richtigkeit dieser Feststellungen.

Das praktische Verhalten der Sowjetunion seit dieser Zeit zeigt, daß die Bedingungen der Sowjetunion für die Wiedervereinigung heute, nach der Aufrüstung der Bundesrepublik, nicht milder, sondern härter geworden sind. Genossinnen und Genossen, es hat wenig Sinn, sich heute über dieses Verhalten der Sowjetregierung zu beklagen; denn die Sowjetregierung hat vorher, vor der Unterzeichnung der Verträge, öffentlich und eindeutig die Politik angekündigt, die ihre Sprecher dann auf der Genfer Konferenz vertreten haben. Wir behaupten, daß die Aussichten für ein positives Gespräch über die Wiedervereinigung im Jahre 1952 aussichtsreicher waren, als sie es heute sind (Beifall). Aber auch dann, wenn man Zweifel daran hegt, ob die Sowjets zu irgendeinem Zeitpunkt bereit gewesen wären, einer für uns akzeptablen Lösung der Wiedervereinigungsfrage zuzustimmen, hätte man damals mindestens den Versuch einer Klärung unternehmen müssen. Das ist nicht geschehen. Die Tatsache der Mitschuld der gegenwärtigen Bundesregierung an der Verhärtung der Situation in der Deutschlandfrage durch ihre Aufrüstungspolitik ist leider unbestreitbar (Beifall).

Die veränderte Situation zeigt sich aber nicht nur in dieser Verschlechterung der Aussichten für die Wiedervereinigung, wenn man sie als ein isoliertes und für sich zu lösendes Problem ansieht. Weit bedeutsamer sind die Veränderungen in der internationalen Situation, wie sie seit dem Tode von Stalin und durch die neuen Methoden der Außenpolitik der Sowjetunion eingeleitet worden sind. Tatsächlich ist die internationale Lage heute eine wesentlich andere als zur Zeit des Koreakrieges. Die Gefahren eines gewaltvollen Zusammenstoßes der beiden Machtblöcke, die Gefahr eines dritten Weltkriegs, ist erheblich herabgemindert, und die Aussichten für eine Verminderung der internationalen Spannungen und für eine friedliche Lösung

der bestehenden Differenzen in der Welt sind gestiegen. Es ist offenbar das Ziel der neuen russischen Außenpolitik, für eine absehbare Zeit ein Höchstmaß von Sicherheit für die Sowjetunion zu erreichen und dabei durch Vereinbarungen und Verhandlungen den territorialen Besitzstand und den Einflußbereich der Sowjetunion in der Welt möglichst unangetastet zu erhalten oder vielleicht gar zu erweitern.

Der XX. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands hat die schon vorher eingeleitete neue Politik ausdrücklich bestätigt, indem er sie versehen hat mit der höchsten parteiamtlichen Billigung und Begründung, die in der Sowjetunion denkbar ist. Die Radikalität in der Abwendung vom Stalinkurs und die geradezu dramatische Untermalung dieser Abwendung durch die Geheimrede von Chruschtschow auf dem Parteikongreß machen deutlich, daß es sich hier um mehr handelt als um eine neue Taktik oder um eines der üblichen Manöver.

Allerdings sollte sich niemand der Illusion hingeben, daß es sich bei der neuen Haltung der Machthaber in der Sowjetunion um eine grundsätzliche Änderung des Wesens der Kommunistischen Partei Rußlands oder des bolschewistischen Systems in der Sowjetunion handelt. Wir haben es weiterhin in der Sowjetunion mit einem bolschewistischen Staatswesen, mit einer Diktatur der Kommunistischen Partei Rußlands zu tun.

Ob sich aus den gegenwärtigen Veränderungen in der Politik dieser Partei und im Staatssystem der Sowjetunion selbst später Entwicklungen in der Richtung einer grundsätzlichen Wandlung des Systems ergeben, ist eine offene Frage, jedenfalls eine Frage, die erst auf lange Sicht ihre Beantwortung finden wird und die uns deshalb bei der Beurteilung der Konsequenzen der Außenpolitik der Sowjetunion heute nicht zu beschäftigen braucht.

Vor allem, Genossinnen und Genossen, wollen wir uns hüten, in der Wandlung der Sowjetpolitik von heute ein Zeichen der Schwäche oder gar ein Zeichen der Zersetzung des Systems zu sehen. Im Gegenteil, man muß vielmehr davon ausgehen, daß die gegenwärtige Regierung der Sowjetunion sich stark genug fühlt, um diese neue Politik ohne Gefährdung ihrer eigenen Existenz einzuleiten und durchzuführen.

Je realistischer und je nüchterner wir diese Dinge sehen, desto geringer ist die Gefahr, daß wir mit unseren Schlußfolgerungen über die Auswirkungen der neuen Sowjetpolitik in die Irre gehen.

Das Entscheidende ist, daß auch bei einer solchen nüchternen Betrachtung der Dinge eine sehr wesentliche Veränderung der Lage auf internationalem Gebiet angenommen werden kann. Sie besteht eben darin, daß die Chancen für eine friedliche Lösung der Weltprobleme — und damit auch des deutschen Problems — durch Verhandlungen heute größer sind als zur Zeit des Höhepunktes des kalten Krieges. Das ist, vor allem für das deutsche Volk, ein Lichtblick; denn nur in einer Welt der Entspannung ist die Lösung der deutschen Frage vorstellbar, weil es eine andere als eine friedliche Lösung dieser Frage niemals geben darf. (Stürmischer Beifall.)

Genossinnen und Genossen, einen entscheidenden Hintergrund für diese tiefgreifende und erregende Entwicklung bildet die Entwicklung der modernen Massenvernichtungswaffen in den letzten Jahren. Die Großmächte haben es auf diesem Gebiet wahrlich herrlich weit gebracht. Zu der Atombombe ist die

Wasserstoffbombe — und vor allem ihre Anwendung durch ferngelenkte Geschosse — gekommen. Beide Arten von Waffen werden in großer Anzahl produziert, und ihre völkervernichtende Wirksamkeit wächst von Tag zu Tag. Lag auf diesem Gebiet zunächst der Vorteil eindeutig auf der amerikanischen Seite, so stehen wir heute vor dem Tatbestand, daß die Sowjetunion so weit aufgeholt hat, daß sie sich heute in der Lage fühlt, mit ihrem mächtigsten Gegenspieler, den Vereinigten Staaten, auf der Basis einer ebenbürtigen Partnerschaft zu verhandeln.

Wir sind soweit, daß der Frieden in der Welt heute besteht, weil alle Beteiligten wissen, daß ein neuer Krieg unvermeidlich zu der größten Katastrophe der Menschheit führen müßte. Unsere Generation verdankt den gegenwärtigen friedensähnlichen Zustand der Tatsache der überragenden Furcht der Regierungen vor der Vernichtung der Menschheit.

Es ist klar, daß auf einer solchen Basis der Frieden auf die Dauer nicht gesichert werden kann und daß daher eine allgemeine international kontrollierte Abrüstung das dringendste Gebot der Stunde ist. (Lebhafter Beifall.) Die Schwierigkeiten sind groß; aber die Lage ist nicht aussichtslos, weil trotz der Unterbrechung der Verhandlungen der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen die Verhandlungen über die Abrüstung weitergehen. Dabei sind die Vorschläge für die Beschränkung der konventionellen Truppen, die die Sowjetregierung in der letzten Zeit wiederholt gemacht hat und die sie in beschränktem Umfange auf eigenem Gebiet sicher auch durchführen wird, mehr Mittel der Verhandlungstaktik oder der Politik in lokalen und regionalen Fragen, wie zum Beispiel in der Deutschlandfrage. Die Diskussion über die praktische Bedeutung derartiger Schritte und vor allem polemische Auseinandersetzungen über diese Frage mit der sowjetischen Regierung führen am Kern vorbei. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß spätestens nach den amerikanischen Präsidentenwahlen auch die amerikanische Politik neue Versuche unternehmen wird, in der Abrüstungsfrage zu einer Vereinbarung mit der Sowjetunion zu kommen, die in effektiver Weise eine Beschränkung der Rüstungen einschließlich der modernen Massenvernichtungswaffen herbeiführt.

In dem Zwang zu einer solchen Politik liegt die größte Gewißheit dafür, daß beide Seiten bemüht sein werden, die gegenwärtige Entspannungspolitik fortzusetzen und zu vertiefen. Genossinnen und Genossen! Ein weiterer entscheidender Faktor in der internationalen Politik ist die wachsende Einsicht bei den Westmächten, daß es für den Westen hohe Zeit ist, auf die neuen Methoden der sowjetischen Außenpolitik eine entsprechende Antwort zu finden. Die Sowjetunion ist dabei, ihre frühere Politik der militärischen Stärke zu ersetzen — oder mindestens zu ergänzen — durch eine großangelegte Offensive in der Welt auf politischem, wirtschaftlichem und psychologischem Gebiet. Sie verfolgt dabei das Ziel, die Völker für sich zu gewinnen, die jetzt vor der Aufgabe stehen, ihre nationale Unabhängigkeit zu festigen und den Aufbau einer neuen gesellschaftlichen Ordnung in ihren Ländern zu realisieren und die dabei auf die Erhaltung des Friedens und auf die ökonomische und die moralische Unterstützung anderer großer Völker angewiesen sind. Nur wenn es den Westmächten gelingt, der Sowjetunion auf derselben Ebene gegenüberzutreten, besteht eine Chance der Schaffung eines neuen Vertrauensverhältnisses zwischen den nicht an die beiden Mächtegruppen in der

Welt gebundenen Völkern zu den Völkern der freien Welt. Andernfalls besteht die Gefahr, daß die Sowjetunion ohne Gewaltanwendung ihren Machtbereich auf weitere Gebiete der Welt ausdehnt.

Die Konsequenz dieser Überlegung ist, daß eine gemeinsame Politik der Westmächte zur Sicherung ihrer Eigenexistenz und zur Festigung des Friedens, die sich im wesentlichen nur auf die Konzentrierung der militärischen Macht, wie zum Beispiel in der NATO, beschränkt, heute nicht mehr in Übereinstimmung ist mit den Notwendigkeiten der internationalen Entwicklung. Glücklicherweise ist bei den Regierungen des Westens und in der öffentlichen Meinung der westlichen Welt diese Einsicht schnell im Wachsen. Das bemerkenswerteste Zeichen — neben den Vorstößen der französischen Regierung unter Guy Mollet — sind die Verhandlungen der Außenminister der NATO selbst.

Sie haben auf ihrer letzten Konferenz drei ihrer Kollegen, die Außenminister von Kanada und Italien und unseren Freund Halvard Lange aus Norwegen, den wir gestern zu unserer großen Freude als Vertreter der Norwegischen Arbeiterpartei begrüßen konnten, beauftragt, neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu untersuchen. Es ist eine Frage, die sicher noch eine große Rolle spielen wird, ob es sinnvoll ist, diese neuen Aufgaben der Atlantischen Gemeinschaft im Rahmen der NATO in Angriff zu nehmen, oder ob sie nicht durch die enge Verbindung mit der NATO gerade in ihrem psychologischen Wert gegenüber den in Betracht kommenden Völkern herabgemindert werden können. Entscheidend aber ist, daß man die Aufgaben sieht; und wir können nur hoffen, daß sie möglichst rasch und in möglichst umfassender und großzügiger Weise in Angriff genommen werden.

Genossinnen und Genossen! Die Frage, die sich für die deutsche Politik ergibt und die in immer wachsendem Maße die Öffentlichkeit in Deutschland beschäftigt und beunruhigt, ist die Frage, welche Konsequenzen die Politik der Bundesrepublik für ihre eigene Außenpolitik zu ziehen hat. Die Antwort, die die Bundesregierung durch ihren Außenminister im Bundestag am 29. Juni gegeben hat, ist von einer bestürzenden Einsichtslosigkeit (Beifall). Sie hält an der These fest, die vor allem Herr Adenauer während seines letzten Aufenthalts in den Vereinigten Staaten in seinem Interview mit der amerikanischen Nachrichtenagentur INS und auch in seiner berühmten Gürzenich-Rede in Köln gegeben hat. Seine Meinung ist: Es hat sich nichts geändert, und wir haben nichts anderes zu tun, als unbeirrt und stur an der bisherigen Politik der Erfüllung der Pariser Verträge festzuhalten. Diese Starrheit wird, wenn sie fortgesetzt wird, unweigerlich zur Isolierung der Bundesrepublik in der internationalen Politik führen (Beifall) und, Genossinnen und Genossen, sie bedeutet zugleich den klaren Verzicht auf jede aktive Politik für die Wiedervereinigung Deutschlands durch die Deutschen selbst. (Lebhafter Beifall.) Wir sind heute in der Gefahr, durch die Politik der Bundesregierung aus dem internationalen Gespräch über eine Lösung der internationalen Probleme uns selbst auszuscheiden und zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands und der Aufrechterhaltung des Status quo eines geteilten Deutschlands für unabsehbare Zeit beizutragen.

Es gibt ein Zeichen von Einsicht in den Bemerkungen von Außenminister von Brentano über die Notwendigkeit von Abrüstungsverhandlungen in

Verbindung mit Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands. Aber angesichts der Tatsache, daß der Bundeskanzler in der Außenpolitik und in der Wehrpolitik an einer völlig entgegengesetzten Praxis festhält, bedeutet dieses Zeichen von Einsicht, das bei Herrn von Brentano erkennbar war, sehr wenig.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat sich in dieser Lage gezwungen gesehen, in ihrer letzten Stellungnahme in der außenpolitischen Debatte die Einleitung einer neuen Außenpolitik der Bundesregierung zu fordern. Sie hat folgende Forderungen erhoben:

1. Die Ausarbeitung eines Vorschlags durch die Bundesregierung, der als Grundlage für Verhandlungen mit allen vier an Deutschland interessierten Mächten dienen soll und in dem sie von der Bundesregierung Verhandlungen über ein europäisches Sicherheitssystem unter Einschluß und unter Mitwirkung eines wiedervereinigten Deutschlands fordert. In diesen Verhandlungen soll auch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO zur Diskussion gestellt werden, wenn durch die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems eine für die Sicherheit der europäischen Völker und für die Sicherheit des deutschen Volkes befriedigendere Lösung als die jetzige gefunden werden kann.
2. Wir fordern eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion durch die volle Ausnutzung der Möglichkeiten, die durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau gegeben sind.
3. Die Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Bonn und Moskau.
4. Die Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern, vor allem und zunächst zu den Deutschland benachbarten Ländern, wie Polen und der Tschechoslowakei.
5. Die Aufnahme von Verhandlungen mit diesen Ländern, um durch Handelsabkommen zu einer Normalisierung des Handels nach Osteuropa zu kommen.
6. Die Unterzeichnung des vorbereiteten Handelsvertrages mit der chinesischen Regierung in Peking. Und
7. die Schaffung eines Höchstmaßes von Beziehungen zwischen der Bevölkerung der Sowjetzone und der der Bundesrepublik durch Vereinbarungen mit den zuständigen Dienststellen der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands.

Die Sozialdemokratische Partei läßt sich bei der Aufstellung dieses Gegenwartsprogramms einer neuen Außenpolitik der Bundesregierung von der Überzeugung leiten, daß es sich bei ihren Forderungen um die ersten und unerläßlich notwendigen Schritte einer Politik handelt, die die deutsche Frage wieder in das internationale Gespräch mit allen vier an Deutschland interessierten Mächten bringt (Beifall), und die außerdem für die deutsche Außenpolitik die Möglichkeiten nutzt, die sich aus der Auflockerung der Verhältnisse als Folge der neuen russischen Politik, vor allem in den osteuropäischen Ländern, ergeben.

Wir sind davon überzeugt, daß bei der Verwirklichung unseres Programms mindestens die Möglichkeit gegeben ist, über den verhängnisvollen toten Punkt in der Behandlung der Deutschlandfrage hinwegzukommen, und daß

dadurch verhindert werden kann, daß die Kräfte in der Welt zum Zuge kommen, die angesichts der Schwierigkeiten, die die Lösung der Deutschlandfrage in sich birgt, mehr und mehr eine Politik der Entspannung in der Welt fordern, bei der zunächst einmal die deutsche Frage ausgeklammert und die Fortdauer der Spaltung Deutschlands als eine unvermeidliche Tatsache hingenommen werden soll.

Genossinnen und Genossen! Der Kern der Schwierigkeiten liegt trotz aller gegenteiligen Behauptungen darin, daß für alle Beteiligten in Europa die Lösung der Deutschlandfrage in erster Linie mit der Sorge um die Erhaltung ihrer Sicherheit gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland verbunden ist. (Vereinzelter Beifall.) Auch in der neuen russischen Politik spielt nach unserer Überzeugung das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion eine überragende Rolle; und es muß mindestens der Versuch gemacht werden, festzustellen, ob dieses Bedürfnis durch die Schaffung des von uns angeregten europäischen Sicherheitssystems befriedigt werden kann. (Allgemeiner Beifall.) Genossinnen und Genossen! Dabei wollen wir der Auseinandersetzung mit der weiteren sowjetischen Forderung, daß die Deutschen selbst die Lösung ihres nationalen Problems in die Hand nehmen sollen und daß die deutsche Einheit auf dem Wege durch direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow hergestellt werden sollte, nicht ausweichen. Wir können das heute auch um so weniger tun, als gerade durch die Weigerung der Bundesregierung, mit der Sowjetregierung wie mit den anderen Vertragsmächten im Westen über die deutsche Frage direkt zu sprechen, das Verlangen nach direkten Gesprächen zwischen Bonn und Pankow gefördert wird.

Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß das zentrale politische Problem der Wiederherstellung der deutschen Einheit auf dem Wege von Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow nicht gelöst werden kann (Beifall).

Die Verlagerung dieser Verhandlungen auf die innerdeutsche Ebene würde bedeuten, daß wir diese vier Mächte, die immer und zuletzt noch in der Erklärung ihrer Regierungschefs in Genf im Jahre 1955 ihre Verpflichtung erklärt haben, für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gemeinsame Verantwortung zu tragen, aus dieser ihrer Verantwortung und Verpflichtung entlassen (Beifall). Außerdem: Die Aufnahme von direkten Verhandlungen mit Pankow bedeutet eine einseitige Stärkung der Position der Sowjetunion, die die Lage nicht erleichtern, sondern erschweren würde, weil wir eben zur Wiederherstellung der deutschen Einheit die Zustimmung aller vier Mächte, das heißt der Sowjetunion **und** der drei Westmächte, haben müssen.

Außerdem wäre die Annahme eines solchen Vorschlags im gegenwärtigen Augenblick noch von einer besonderen Ironie. Die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik würden dadurch den Teil des sowjetischen Einflußgebietes in Europa stützen, der bisher die geringfügigsten Konsequenzen aus der neuen antistalinistischen Politik der kommunistischen Parteien gezogen hat (lebhafter Beifall), sie würden ein System stützen, in dem die kommunistische SED immer noch von den hervorragendsten Repräsentanten des alten Stalinkurses geführt wird.

Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß eine Möglichkeit, der Wiedervereinigung näherzukommen, nur dann gegeben ist, wenn die Bundesrepublik sich aktiv in die internationalen Verhandlungen einschaltet und wenn sie

gegenüber den Hauptverantwortlichen für das deutsche Schicksal initiativ mit eigenen Vorschlägen auftritt. Das mag ein harter, beschwerlicher und zeitraubender Weg sein. Es ist aber der einzig mögliche, alle anderen führen vom Ziel weg und in die Irre (Beifall).

Erst wenn die Bundesrepublik das Höchstmaß von normalen Beziehungen zur Sowjetunion entwickelt und ernsthafte Sondierungen in Moskau vorgenommen hat, wird abzuschätzen sein, was in einem späteren Stadium zur Abwicklung des Verhältnisses zwischen Bonn und Pankow unumgänglich sein wird und unter welchen völkerrechtlich einwandfreien Formen dies geschehen kann. Wenn wir als Sozialdemokraten an dem Grundsatz der Notwendigkeit von Viermächteverhandlungen über die Deutschlandfrage festhalten, so bedeutet das nicht, daß wir uns nicht ernsthaft und konkret auseinandersetzen müssen mit den Problemen, die sich aus der Existenz der sowjetisch besetzten Zone als einem staatlichen Gebilde mit eigenen gesellschaftlichen Formen und mit dem Inhalt der Politik der kommunistischen Parteien auseinandersetzen müssen.

Ich möchte hier noch einmal unterstreichen, was ich eingangs meiner Rede bereits betont habe, nämlich, daß wir es auch nach der Wandlung der russischen Politik und nach der Verkündung des Antistalinkurses bei den Kommunisten nach wie vor mit Kommunisten zu tun haben. Wir haben es auch nach wie vor bei den von ihnen beherrschten Ländern mit kommunistischen Diktaturstaaten zu tun, die nach wie vor die elementaren Freiheitsrechte der Völker, und vor allem auch die Grundrechte der arbeitenden Menschen und ihr Verlangen nach menschenwürdigen und freiheitlichen Lebensbedingungen, unterdrücken (Beifall).

Wie unverändert groß die Spannungen zwischen Freiheit und Recht auf der einen und Gewaltherrschaft und Terror auf der anderen Seite immer noch sind, hat der Arbeiteraufstand in Posen in beispielhafter Weise noch einmal deutlich gemacht. (Beifall.) Wir deutschen Sozialdemokraten stehen mit unserer vollen Sympathie und Solidarität auf der Seite der aufständischen Arbeiter in Posen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Unser Platz kann nur sein an der Seite der für Freiheit und Recht kämpfenden Unterdrückten und gegen die Unterdrücker, ganz gleich, welche Farbe das System trägt, das diese Unterdrückung ausübt und von ihr lebt. (Beifall.)

Der Aufstand der Arbeiter in Posen war der zweite 17. Juni 1953 des Freiheitskampfes der arbeitenden Menschen in Mittel- und Osteuropa. Wir haben schon davon gesprochen, daß auf diesem Parteitag in unserer Mitte einige der Genossen weilen, die als sozialdemokratische Kämpfer für Freiheit und Recht viele Jahre in den Gefängnissen und Zuchthäusern der Zone oder in den Arbeitslagern Sibiriens gelebt und gelitten haben. Sie verloren ihre Freiheit, weil sie für die Freiheit kämpften; sie blieben aber der Sache der Freiheit treu in den unendlich schweren Jahren ihrer Einkerkering. Sie sind als Sozialdemokraten zu uns zurückgekommen, aufrecht und ungebrochen, und ihnen gegenüber und allen denen, die immer noch auf ihre Freiheit warten, haben wir die Verpflichtung, der Sache des freiheitlichen Sozialismus treu zu bleiben und an dem Grundsatz festzuhalten, daß es zwischen freiheitlichem Sozialismus und kommunistischer Diktatur keine Gemeinschaft gibt und es auch in Zukunft nicht geben wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht uneingeschränkt hinter dem Beschluß der Sozialistischen Internationale vom März dieses Jahres, in dem jede Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Parteien und kommunistischen Parteien abgelehnt wird.

Genossinnen und Genossen! Ich möchte diese Feststellung mit dieser Eindeutigkeit nicht nur deshalb treffen, damit in der deutschen Öffentlichkeit keine Zweifel über unsere Haltung aufkommen, sondern ich möchte auch die deutschen Kommunisten vor der Illusion bewahren, daß sie ihr Sektendasein durch eine neue Periode der Aktionsgemeinschaft von unten oder der Volksfrontvorstellungen überwinden könnten. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe noch einen anderen Grund: Ich möchte auch, daß die Regierung der Sowjetunion, die jetzt in der Bundesrepublik eine offizielle diplomatische Vertretung hat, bei der Beobachtung der Lage hier und bei der Entwicklung ihrer eigenen Vorstellungen über die deutsche Politik davon Kenntnis nimmt, daß die Sozialdemokratische Partei, ihre Mitglieder und ihre Anhänger — trotz aller ihrer scharfen Gegnerschaft zu der gegenwärtigen deutschen Bundesregierung — auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie stehen, wie sie in dem mit unseren Stimmen verabschiedeten Grundgesetz niedergelegt ist, und daß sie niemals auf eine freiheitliche, demokratische und soziale Ordnung in diesem Staat verzichten werden. (Beifall.) Es gibt keine mildere oder retuschierte Form der Volksdemokratie, basiert auf der Einparteienherrschaft der Kommunisten, die für die deutschen Sozialdemokraten annehmbar wäre. (Beifall.)

Wir fordern mit Nachdruck die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion; und wir wollen aus ganzem Herzen und aus tiefster Überzeugung ein freundschaftliches und friedliches Verhältnis zum russischen Volk. (Beifall.) Aber es kann, liebe Genossinnen und Genossen, der Erreichung dieses Zieles nur dienen, wenn die Sowjetregierung die unabhängige und selbstgewählte Position der deutschen Sozialdemokratie als einer Partei des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus respektiert und sie als eine gegebene und unveränderbare Größe zur Kenntnis nimmt. (Lebhafter Beifall.) Eine solche Haltung würde auch eine sachliche Erörterung der Probleme der sogenannten „sozialen Errungenschaften“ in der Zone erleichtern.

Wir Sozialdemokraten halten an unserer Auffassung fest, daß wir eine Ausdehnung des Regimes der Volksdemokratie auf das ganze deutsche Volk ablehnen. Wir halten es für ebenso unmöglich, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit einfach durch den Anschluß der Sowjetzone an das jetzige wirtschaftliche System der Bundesrepublik auf der Grundlage der Segnungen der freien Wirtschaft erfolgt. (Beifall.)

Es ist sicher zu früh, heute im einzelnen ein sozialdemokratisches Wiedervereinigungsprogramm vorzulegen, aber wir sollen sehr ernsthaft an diesem Problem arbeiten, und wir tun es, um möglichst konkrete Vorstellungen für den Ablauf der Dinge im Falle der Wiedervereinigung zu haben.

Wir haben deshalb auch in den Richtlinien für die Wiedervereinigungspolitik unserer Partei, die dem Parteitag zur Beschlußfassung vorliegen, einige wesentliche Grundsätze aufgestellt. Sie gipfeln in der Forderung, daß da, wo Besitz- und Bildungsmonopole gebrochen wurden, sie nicht wiederhergestellt

werden dürfen. (Lebhafter Beifall.) Wir sind dafür, daß die früheren Besitzer des Großbesitzes in der Landwirtschaft und in der Schwerindustrie entschädigt werden, aber der Besitz selbst muß unter der Kontrolle der Allgemeinheit bleiben. (Sehr gut! — Beifall.) Und auch da, wo auf dem Gebiet der Bildung und Erziehung Organisationsformen geschaffen wurden, die geeignet sind, das Bildungsmonopol der Besitzenden abzubauen und jungen begabten Menschen den vollen Zutritt zu allen Bildungsstätten zu ermöglichen, müssen solche organisatorischen Einrichtungen in geeigneter Weise und nach demokratischen Grundsätzen weiterentwickelt werden (Beifall).

Was wir ablehnen, Genossinnen und Genossen, ist der Versuch, unter dem Begriff „soziale Errungenschaften“ Machtpositionen der in der Sowjetzone herrschenden kommunistischen SED zu verteidigen oder in ein wiedervereinigtes Deutschland hinüberzuretten. Das ist die sozialdemokratische Position. Die Entscheidung darüber, wie sich die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ordnung in einem wiedervereinigten Deutschland im einzelnen gestaltet, unterliegt ausschließlich der Entscheidung eines frei gewählten, gesetzgebenden gesamtdeutschen Parlaments (Beifall). Vor allem muß die Gestaltung der inneren Ordnung des wiedervereinigten Deutschlands auch frei sein von allen Einwirkungen und Auflagen ausländischer Mächte. (Lebhafter Beifall.)

Es mag sein, daß manche Leute die Diskussion über den inneren Status eines wiedervereinigten Deutschlands für eine weltfremde Sache halten angesichts der Schwierigkeiten, die wir in der Wiedervereinigungsfrage vor uns haben. Die Beschäftigung mit diesem Problem ist eine ebenso aktuelle und dringende Angelegenheit wie das ständige Bemühen um die Normalisierung der Beziehungen der Bevölkerung in der Zone und in der Bundesrepublik.

In der Auseinandersetzung, die in der Zone mit den Vertretern des herrschenden Regimes ständig im Gang ist und die sich in der Zukunft noch steigern wird, ist es für die Gegner des SED-Regimes wichtig zu wissen, welche politischen Vorstellungen die entscheidenden politischen Kräfte in der Bundesrepublik in bezug auf Form und Inhalt eines wiedervereinigten Deutschlands haben. Eine Ignorierung dieser Fragen oder die Vertretung einer reinen Anschlußtheorie ist die beste Hilfe für die in der Zone herrschende kommunistische SED (Beifall). Auch hier, auf innerdeutschem Gebiet, wird sich zeigen müssen, ob wir der Auseinandersetzung mit den Kommunisten auf der Ebene ihrer neuen Methoden gewachsen sind oder nicht.

Lassen Sie mich nun ein paar Worte sagen über ein anderes Kapitel der gescheiterten Außenpolitik der Bundesregierung. Ich meine das Saargebiet. Wir hoffen, daß das Saargebiet am 1. Januar 1957 als ein Teil des deutschen Staatsverbandes in die Bundesrepublik zurückkehrt. Wir freuen uns über die Aussicht, auch zu einer befriedigenden Lösung der wirtschaftlichen Probleme an der Saar zu kommen.

Wir begrüßen es, daß damit endlich eine ernsthafte Aussicht besteht für die endgültige Lösung des Saarproblems und daß damit auch der Weg frei sein wird zu einem engen und dauerhaften freundschaftlichen Verhältnis zwischen dem französischen und dem deutschen Volk. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir freuen uns vor allem auch, daß wir unsere Freunde aus dem Saargebiet hier als ordentliche Delegierte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begrüßen können.

Die in Aussicht stehende Lösung der Saarfrage ist ein Lichtblick in der europäischen Politik, aber sie ist nicht das Resultat der Adenauerschen Außenpolitik (stürmischer Beifall), sondern sie mußte gegen den ausdrücklichen Willen und gegen die ausdrückliche Warnung des Bundeskanzlers durchgesetzt werden. (Hört, hört!) Wir verdanken diese Entwicklung in erster Linie den deutschen Parteien an der Saar (sehr gut! — Beifall), und wir werden nicht zulassen, daß die nationalpolitische und europäische Leistung der Deutschen an der Saar zugunsten einer unaufrichtigen Regierungspropaganda verkleinert oder unterschlagen wird. (Lebhafter Beifall.)

An die Bundesregierung richten wir die Forderung, daß sie nicht nur alles versucht, um die skizzierten Vereinbarungen zum Abschluß zu bringen, sondern daß sie auch, wenn die Eingliederung des Saargebiets erfolgt ist, großzügig und ausreichend dem Saargebiet die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe gewährt, die es braucht, um seine sehr schweren wirtschaftlichen Probleme zu lösen und den Lebensstandard seiner Bevölkerung zu erhalten. Hilfe bedeutet hier: Nicht Subventionen, sondern Investitionen.

Die Regelung unseres Verhältnisses zum Saargebiet muß ein eindeutiger, positiver Beweis dafür sein, daß das deutsche Volk in der Bundesrepublik entschlossen ist, die sich aus der Wiedervereinigung ergebenden Aufgaben und Belastungen ohne Zögern und ohne Kleinlichkeit zu erfüllen (Beifall). Ein solches Beispiel wird auch seine werbende Kraft unter der Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone haben.

Genossinnen und Genossen! Eine neue Außenpolitik der Bundesrepublik am Beginn eines neuen Abschnitts der internationalen Politik muß auch einen neuen Ansatz in bezug auf die Politik der europäischen Zusammenarbeit finden. Die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Zukunft muß so breit und so offen für alle wie nur möglich sein. Die engen Integrationsvorstellungen müssen überwunden werden.

Darüber hinaus steht die Bundesrepublik vor der Aufgabe, ein neues, engeres und freundschaftliches Verhältnis zu den Völkern in Asien und Afrika zu finden, vor allem zu jenen Völkern, die nicht in der einen oder anderen Weise mit den jetzt bestehenden großen Mächtegruppierungen in Ost und West verbunden sind.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat bei den letzten Etatberatungen mit großem Nachdruck auch eine umfassende Hilfe für die sogenannten wirtschaftlich unterentwickelten Länder gefordert. Die Mehrheit des Bundestages ist nur sehr zögernd unseren Anregungen gefolgt, und das Erreichte entspricht weder unseren Erwartungen noch der Größe und Bedeutung der Aufgabe. Hier muß mehr und Umfassenderes geschehen (Beifall). Dabei sollen wir nicht nur abwägen, welchen unmittelbaren Nutzen die Bundesrepublik von dem Ausbau einer solchen wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben kann. Es geht um mehr. Es geht darum, den Völkern, die jetzt ihre nationale Unabhängigkeit errungen haben und an den Aufbau ihrer eigenen Lebensordnung gehen, unsere solidarische Verbundenheit durch wirksame Hilfe an Material und an Menschen zu beweisen. (Starker Beifall.) Hier können wir für ein neues, demokratisches und friedliches Deutschland neue Freunde gewinnen, und hier können wir auch die Position der freien Völker in der Welt im Bewußtsein dieser Nationen stärken. Wir als Sozialdemokratische Partei

werden außerdem unsere spezielle Aufgabe darin sehen, in der nächsten Zukunft die persönlichen Beziehungen zu den sozialistischen Parteien Asiens und zu anderen demokratisch freiheitlichen Kräften in diesem Teil der Welt auszubauen. Ich werde im November dieses Jahres als Mitglied einer Delegation der Sozialistischen Internationale an der Konferenz der asiatischen sozialistischen Parteien in Bombay teilnehmen und in Verbindung mit dieser Reise eine Reihe anderer asiatischer Länder besuchen. (Starker Beifall.) Ich bin überzeugt, daß diese Reise für die weitere Politik der Sozialdemokratischen Partei wichtige Aufschlüsse zu geben vermag; und ich hoffe, daß sie dazu beiträgt, um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien Asiens und uns zu vertiefen, und daß sie auch der weiteren Annäherung zwischen diesen Völkern und dem deutschen Volk dienen wird.

Genossinnen und Genossen! Alle diese Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei sind von dem Bestreben geleitet, die Außenpolitik der Bundesrepublik, die durch die Haltung der Bundesregierung in eine Sackgasse geraten ist, den neuen Erfordernissen anzupassen und damit auch initiativ neue Möglichkeiten für eine aktive Wiedervereinigungspolitik zu erschließen. Wir wissen, daß eine deutsche Außenpolitik nicht einseitig orientiert sein darf. Die Deutsche Frage kann nicht mit der einen gegen die andere Seite ihrer Lösung zugeführt werden. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben aber das Recht und die Pflicht, aus einer veränderten Situation heraus mit allen Beteiligten über notwendige Veränderungen unserer bisherigen Politik — auch im Rahmen einer Diskussion der Revision der Pariser Verträge — zu diskutieren. Wir müssen heraus aus dem Panzerturm der einseitigen Politik der Stärke. (Brausender Beifall.) Wir müssen den Schritt wagen in das weite Feld internationaler Verhandlungen, wenn wir im internationalen Geschehen als Partner beteiligt bleiben wollen, und wenn wir verhindern wollen, daß die Frage der Wiedervereinigung auf das tote Gleis geschoben wird.

Genossinnen und Genossen! Die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Politik der Bundesrepublik besteht nicht weniger zwingend auf dem Gebiet der Innenpolitik. Hier sind in erster Linie die innenpolitischen Auswirkungen der Annahme der Pariser Verträge zu nennen. Die Bundesregierung und ihre Mehrheit haben seit der Ratifizierung der Pariser Verträge ihre vordringlichste Aufgabe darin gesehen, die notwendigen Gesetze für die Durchführung der Verträge — ohne Rücksicht auf Zeit und Umstände — zu erzwingen. Sie hat sich damit zweifellos in offenen Widerspruch gesetzt zu einem großen Teil des deutschen Volkes, der weit über die Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hinausgeht. (Starker Beifall.) Das ist besonders deutlich geworden vor der Verabschiedung der Pariser Verträge durch die damalige Paulskirchenbewegung. Die Kundgebungen dieser Bewegung waren die eindrucksvollsten Demonstrationen für eine Politik der Entspannung und der Wiedervereinigung, die seit Kriegsende in Deutschland stattgefunden haben.

Wenn diese Bewegung auch damals das ihr unmittelbar gestellte Ziel nicht erreichen konnte, nämlich die parlamentarische Verabschiedung der Verträge zu verhindern, so ist es doch ihr bleibendes Verdienst, das Bewußtsein für die Bedeutung und die Notwendigkeit der Wiederherstellung der deut-

schen Einheit auf friedliche Weise in breiteren Volksschichten lebendig zu machen, als es früher der Fall war (Beifall).

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal den Männern und Frauen danken, die mit uns in der Paulskirche ihre Stimme erhoben haben oder die dann später in den eindrucksvollen Kundgebungen im Lande den Appell der Paulskirchenkundgebung so nachdrücklich unterstrichen haben. (Lebhafter Beifall.) Jede Situation und jede konkrete Frage der Politik erfordert ihre eigenen Mittel und Wege; und Ihr wißt, daß man eine Aktion wie die Paulskirchenbewegung nicht schematisch und beliebig oft wiederholen kann. Wir befinden uns damit in Übereinstimmung mit den Männern, die die Sprecher der Paulskirchenkundgebung gewesen sind. Aber ich möchte hier für unsere Partei ausdrücklich erklären, daß wir uns auch in Zukunft mit allen denen im deutschen Volk verbunden fühlen, die — unbeschadet ihrer religiösen oder weltanschaulichen Einstellung — das gleiche Ziel wie wir erstreben, nämlich durch eine friedliche Entwicklung und nicht durch eine Verhärtung der Spaltung Deutschlands die Wiedervereinigung unseres Volkes herbeizuführen... (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Die Sozialdemokratische Partei hat entsprechend ihrer politischen Grundauffassung und entsprechend ihrer Ablehnung der Pariser Verträge durch ihre Bundestagsfraktion alle sogenannten Ausführungsgesetze zu den Pariser Verträgen abgelehnt. Das gilt für das Freiwilligengesetz, das ohne triftige politische Gründe vor den Sommerferien des Jahres 1956 durchgepeitscht wurde, und das gilt ebenso für das Soldatengesetz. Die Fraktion war sich in der Überzeugung einig, daß die politische Entwicklung seit der Ratifizierung der Pariser Verträge die Gründe für unsere ablehnende Haltung nur noch verstärkt hat. (Beifall.)

Am schwerwiegendsten ist in diesem Zusammenhang zweifellos das Gesetz über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Bundesregierung und Restkoalition haben die Verabschiedung dieses Gesetzes wiederum vor den diesjährigen Sommerferien erzwungen. Diese Politik war nichts anderes als eine Demonstration zur Unterstützung der Kanzlerpolitik. (Sehr gut!) Das Freiwilligengesetz mußte im vorigen Sommer durchgepeitscht werden, weil es vor Beginn der Konferenz der Großen Vier in Genf verabschiedet sein sollte. Die Verabschiedung war ohne politischen Effekt im Hinblick auf den Konferenzverlauf; aber der Kanzler wollte es so. Dieses Mal wurde die Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes erzwungen, weil der Kanzler neben den 650 Millionen DM Stationierungskosten für die amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik auch noch die feste Zusage für die Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes mit auf seine Reise nach Washington nehmen wollte. (Sehr richtig!) Wiederum: Der Kanzler befahl — und seine Fraktion folgte. (Lachen.)

Praktisch bedeutet diese überhastete Verabschiedung des Gesetzes auch vom Standpunkt der Regierungspolitik eine Halbheit, weil es ohne die gesetzliche Entscheidung über die Dauer der Dienstzeit und ohne die Verabschiedung des Organisationsgesetzes vom Standpunkt des Aufbaus der Streitkräfte ein Torso ist. Politisch ist die erzwungene Verabschiedung einer so weitreichenden Gesetzesvorlage mit den Interessen des deutschen Volkes unvereinbar. (Brausender Beifall.) Ich will hier nicht alle Gründe wiederholen, die die Sprecher unserer Fraktion in so eindrucksvoller Weise in der Auseinandersetzung

über dieses Gesetz im Bundestag vorgebracht haben. Ich will nur den wichtigsten politischen Grund nennen: Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik muß unvermeidlich zu einer Verhärtung der Spaltung Deutschlands führen. (Sehr richtig! — Großer Beifall.) Die Hartnäckigkeit, mit der die Regierung und ihre Koalition das Gesetz durchgesetzt haben, ist nur ein weiterer Beweis dafür, daß die gegenwärtige Bundesregierung nicht gewillt ist, eine Politik auch nur in Erwägung zu ziehen, durch die die Bundesregierung erkennen läßt, daß sie auch von sich aus einen Beitrag zur Entspannung in der internationalen Politik und auch zur Auflockerung der Voraussetzungen für neue Verhandlungen in der Deutschlandfrage zu leisten gewillt ist.

Das Bestehen auf der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in diesem Augenblick ist um so unverständlicher, als angesichts der allgemeinen internationalen Situation niemand ernsthaft behaupten kann, daß für die Sicherheit des Westens und der Bundesrepublik die volle Aufrüstung der Bundesrepublik bis zu 500 000 Mann auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht eine Notwendigkeit ist, die unter diesem Zeitdruck erfüllt werden mußte.

Dazu kommt noch, daß die Anhänger der Wehrpolitik der Bundesregierung krampfhaft die Tatsache ignorieren, daß heute angesichts der Entwicklung der modernen Kriegstechnik in allen Ländern die Reduzierung der sogenannten konventionellen Streitkräfte in Angriff genommen worden ist und daß die Frage, ob nicht unter den heutigen Umständen die allgemeine Wehrpflicht überholt ist, heute in der westlichen Welt öffentlich diskutiert wird. (Sehr richtig!) Das gilt vor allem auch für ein so entscheidendes Land und Mitglied der NATO wie Großbritannien. Dort ist eine offene Diskussion, und es ist durchaus möglich, daß die gegenwärtige britische konservative Regierung im Jahre 1957 die allgemeine Wehrpflicht aufgibt.

Und weiter: Es ist auch eine paradoxe Situation, daß die Regierung auf der vollen Aufrüstung besteht, während in der ganzen Welt die Gespräche über Reduzierung der Truppenstärken andauern. Wir sind der Meinung, daß die Bundesregierung die Aufgabe hätte, schon jetzt, am Beginn der Aufstellung der Streitkräfte, mit den Vertragspartnern die Frage einer Beschränkung des deutschen Beitrags unter dem ausdrücklichen Hinweis zu diskutieren, daß eine solche Beschränkung gerade im Hinblick auf die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ein wesentlicher, wenn nicht entscheidender deutscher Beitrag zur Entspannung und zur Verminderung der Hindernisse für die Wiedervereinigung Deutschlands sein könnte. (Lebhafter Beifall.)

Die Behauptung der Bundesregierung, wir hätten in der Abrüstungsfrage nichts anzubieten, weil wir noch nicht aufgerüstet sind, ist eine bewußte Weigerung der Bundesregierung, auch auf diesem Gebiete eine Initiative in der Richtung eines Beitrags zur Entspannung in der Welt zu leisten.

Es gibt in diesem Zusammenhang — ich möchte es hier sagen — noch einen anderen Punkt: Die Bevölkerung der Bundesrepublik ist, wie alle anderen Völker in der Welt, beunruhigt über die Auswirkungen der Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben auf die Gesundheit und die Sicherheit der Menschen. Wir hier in der Bundesrepublik sind von diesem Problem genauso betroffen wie jedes andere Volk, auch wenn wir selbst an diesen Versuchen nicht beteiligt sind.

Wir sind der Meinung, es wäre die Pflicht der Bundesregierung, sich zum Sprecher dieser Besorgnisse der Bevölkerung zu machen (Beifall) und entweder allein oder gemeinsam mit anderen Regierungen vorstellig zu werden und auf die unverzügliche Einstellung dieser Versuche hinzuwirken.

Es wäre eine große Sache, wenn die Bundesregierung, statt immer von neuem die Deklamationen über die Politik der Stärke zu wiederholen, sich hier zum Sprecher der Besorgnisse von Millionen und aber Millionen von Menschen in diesem Lande machen würde.

Die Bundesrepublik hat in Verträgen feierlich darauf verzichtet, atomare, biologische und chemische Waffen und Kampfstoffe herzustellen. Die Bundesregierung muß — wenn nicht der Eindruck entstehen soll, es handle sich bei diesem Verzicht lediglich um eine aufgezwungene Bindung — gerade auch aus diesem Grunde aktiv für die Ausschaltung dieser Waffen auftreten.

Alles in allem: Die Bundesregierung handelt so, als sei nichts geschehen, als stehe die Zeit still (Beifall). Wenn die Regierung Adenauer sich weiter dieser Einsicht verschließt, wird sie ihre Starrköpfigkeit mit ihrer eigenen Existenz bezahlen und die Führung der Politik der Bundesregierung anderen Kräften überlassen müssen. (Sehr richtig! — Donnernder Beifall.)

Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Bundestagsfraktion gegenüber dem Wehrpflichtgesetz ist eindeutig und klar. Die Fraktion hat das Gesetz einmütig in den frühen Morgenstunden des letzten Sonnabends abgelehnt. (Sehr gut!) Wir sind überzeugt, daß wir uns mit dieser Haltung in Übereinstimmung befinden mit den Notwendigkeiten der deutschen Politik, mit den Auffassungen breiter Schichten unseres Volkes und vor allem mit der jungen Generation unseres Volkes, die in den letzten Jahren in wachsendem Maße unserer Partei ihr Vertrauen entgegengebracht hat. (Stürmischer Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir werden dieses Vertrauen auch in Zukunft nicht enttäuschen. Über die zukünftige Außenpolitik der Bundesrepublik ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, und die Annahme des Wehrpflichtgesetzes bedeutet nicht, daß damit für alle Zeit unabänderliche Tatsachen geschaffen worden sind. (Starker Beifall.) In den kommenden Auseinandersetzungen, vor allem um die Zusammensetzung des dritten Deutschen Bundestages, wird die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit dafür kämpfen, daß die Bundesrepublik eine Politik nach außen und im Innern treibt, die an die Stelle der starren Eingliederung dieses Teils Deutschlands in die Militärallianzen des Westens eine Politik setzt, die die internationale Entspannung fördert und die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung verbessert.

Die Frage eines militärischen Beitrages der Bundesrepublik muß auch in Zukunft diesem obersten Ziel untergeordnet bleiben. (Sehr richtig!) Das war und ist der Sinn des Beschlusses des Berliner Parteitages, den wir in den vergangenen zwei Jahren beachtet haben und den wir auch in Zukunft beachten werden.

Die Sozialdemokratische Partei gibt auch nach der Verabschiedung des Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Gesetz nicht auf, und sie wird vor und nach den Bundestagswahlen für eine Revision dieser Militärpolitik kämpfen. (Starker Beifall.) Ich glaube, es

gibt keinen ernsthaften Menschen, sei er Freund oder Gegner, der eine andere Haltung von der Sozialdemokratie erwartet. Die Sozialdemokratische Partei kann und wird nicht eine von Grund auf verfehlte Wehrpolitik übernehmen und fortführen (Beifall). Aber lassen Sie mich mit derselben Eindeutigkeit hinzufügen, die Mittel und Methoden dieses Kampfes wird die Sozialdemokratische Partei allein bestimmen. (Starker Beifall.)

Sie wird sie sich weder von innenpolitischen Gegnern noch durch Einwirkung von außen aufzwingen lassen. Unsere Entscheidungen über die Mittel und die Formen dieser Auseinandersetzung werden bestimmt durch die grundsätzliche Einstellung der Sozialdemokratie, die die parlamentarisch-demokratische Ordnung der Bundesrepublik bejaht, und die eine Regelung dieser Frage — soweit sie mit den von der Bundesrepublik abgeschlossenen internationalen Verträgen verbunden ist — im Rahmen der mit den Verträgen selbst gegebenen Revisionsmöglichkeiten anstrebt.

Wir werden mit Eindeutigkeit und Festigkeit unseren Kampf gegen die gegenwärtige Außen- und die Militärpolitik der Bundesregierung fortsetzen. Aber wir werden uns gegen jeden Versuch wehren, diese Kampfstellung der Sozialdemokratie zu benutzen für kommunistische Versuche, die demokratische Ordnung im Westen Deutschlands zu zerstören oder die Sozialdemokratische Partei zu einem Instrument kommunistischer Politik machen zu lassen. (Starker Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ebenso wird sich die Sozialdemokratische Partei nie bereit finden, auf außenpolitischem Gebiet eine Politik der Zerreißen internationaler Verträge, die verfassungsmäßig zustande gekommen sind, zu betreiben. Alle diejenigen in unseren Reihen, die darüber beunruhigt sind, daß wir die uns gesteckten Ziele trotz aller Anstrengungen angesichts der gegebenen Mehrheitsverhältnisse nicht erreichen konnten, müssen sich darüber klar sein, daß es uns nur gelingen wird, unsere Vorstellungen durchzusetzen, wenn wir über diese, unsere grundsätzliche Haltung nach innen und nach außen bei niemandem in Deutschland und im Ausland, der guten Willens ist, einen Zweifel aufkommen lassen (Beifall).

Nun hat es, Genossinnen und Genossen, in unserer Partei im Zusammenhang mit der Beratung der sogenannten Militärgesetze und der Ergänzungen des Grundgesetzes Diskussionen darüber gegeben, ob die Beteiligung der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion an den Ausschußberatungen über diese Gesetze und die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu den Grundgesetzergänzungen richtig war. Unsere Gegner haben aus diesen Diskussionen und aus dem Verhalten einiger unserer Fraktionsmitglieder bei der Abstimmung über die Grundgesetzänderungen den Schluß ziehen wollen, daß die Sozialdemokratische Partei sich in einer ernsten Krise, wenn nicht gar in der Nähe einer Spaltung befindet.

Genossinnen und Genossen! Ich habe mit der Mehrheit der Fraktion das Verhalten einer Anzahl unserer Fraktionsmitglieder bei der Abstimmung über die Grundgesetzergänzungen bedauert. Aber ich möchte hier mit aller Eindeutigkeit und in aller Öffentlichkeit und sicher im Namen aller Beteiligten von vornherein feststellen, daß unsere Gegner ihre Hoffnungen auf eine kritische Entwicklung innerhalb der Sozialdemokratie in ihrem eigenen Interesse begraben sollten. (Starker Beifall.) Die Sozialdemokratische Partei —

das wird dieser Parteitag beweisen — wird einig und geschlossen in allen entscheidenden Fragen in die großen Auseinandersetzungen gehen, die uns in den nächsten Monaten bevorstehen (Beifall).

Wer die Haltung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion bei der Behandlung dieser Gesetze mit der Begründung kritisiert, sie bedeute eine Abschwächung der ablehnenden Haltung der Partei, geht von falschen Voraussetzungen aus. Die Tätigkeit der Fraktion in den Ausschüssen schwächt unsere Ablehnung der Gesetze nicht ab. Wir haben in der Geschichte der parlamentarischen Arbeit der Sozialdemokratie, solange sie besteht, zahllose Fälle, in denen wir die Gesamtvorlage aus politischen oder auch aus im Gesetz selbst gegebenen sachlichen Gründen abgelehnt haben, ohne daß wir darauf verzichteten, bei der Gestaltung der Gesetzentwürfe im einzelnen das menschenmögliche für eine Verbesserung dieser Entwürfe im Sinne unserer Vorstellungen zu tun. Diese Praxis entspricht eigentlich dem kleinen Abc der parlamentarischen Arbeit (Beifall).

Im Falle der sogenannten Wehrgesetze stand die Sozialdemokratische Partei nicht nur vor der Tatsache, daß die Einbringung dieser Gesetze nach unserer Auffassung politisch falsch war, sondern daß auch die Gesetzentwürfe in ihrer Form und ihrem Inhalt absolut unmöglich waren vom Standpunkt einer demokratischen Organisation der Streitkräfte und ihrer Unterordnung unter die zivile Gewalt.

Jeder objektive Beobachter muß zugeben, daß alle die zur Debatte stehenden Gesetze durch die Mitwirkung der Sozialdemokratie in den Ausschüssen in einer wesentlich verbesserten Form verabschiedet worden sind. Ich denke an das Freiwilligengesetz. Da blieb vom Regierungsentwurf praktisch nur die Überschrift übrig. Es gelang uns außerdem, in diesem Zusammenhang den Personalgutachterausschuß durchzusetzen, und ich brauche in diesem Augenblick nach den zurückliegenden Erfahrungen nicht noch ausdrücklich festzustellen, daß sich dieser Ausschuß als ein wertvolles Instrument für den Aufbau einer demokratisch orientierten Streitmacht erwiesen hat (Beifall).

Ähnlich liegen oder lagen die Dinge in bezug auf das Wehrpflichtgesetz. Es ist ein politisch unvertretbares Gesetz, und es ist auch in der Sache ein uns völlig unbefriedigendes Gesetz. Aber wer hätte den Kampf um die zivilen Rechte der einzelnen Mitglieder der Streitkräfte oder den Kampf um das in der Verfassung festgelegte Recht der Kriegsdienstverweigerung oder den Kampf um die Sonderstellung der jungen Menschen aus der Zone im Parlament aufnehmen sollen, wenn nicht die Sozialdemokratie ihn geführt hätte! (Starker Beifall.) Jeder, der Zeuge dieser dramatischen letzten Woche im Bundestag gewesen ist, sei es am Rundfunk oder am Fernsehapparat, wird sagen müssen, daß hier die sozialdemokratische Fraktion einen großen, harten Kampf mit außerordentlicher Energie und Tatkraft geführt hat (Beifall).

Genossinnen und Genossen! Das gilt im Grunde auch für die Grundgesetzergänzungen. Hier wird aber in der Diskussion mit der falschen Behauptung gearbeitet, die Sozialdemokratische Partei habe erst durch ihre Zustimmung zu den Grundgesetzergänzungen die Aufstellung der Streitkräfte ermöglicht. Das ist un wahr! (Sehr richtig!) Diese Aufstellung der Streitkräfte ist ermöglicht worden durch die Änderung des Grundgesetzes, die die Zweidrittelmehrheit der Koalition im vergangenen Frühjahr gegen die Stimmen der Sozialdemo-

kratie durchgeführt hat. Ich möchte, daß mindestens unter Sozialdemokraten dieses Argument nicht mehr in die Debatte geworfen wird. (Starker Beifall.) Die Grundgesetzergänzungen sind gegen den Willen des Bundeskanzlers durch die Initiative der SPD herbeigeführt worden. Sie sind daher nicht ein Geschenk an Herrn Adenauer, sondern ein sozialdemokratischer Erfolg gegenüber der Politik des Bundeskanzlers (Beifall).

Wir haben mit diesen Grundgesetzergänzungen verfassungsmäßig zwei wesentliche Elemente der demokratischen Organisation der Streitkräfte festgelegt, nämlich die eindeutige und uneingeschränkte Unterordnung der Streitkräfte unter die zivile Gewalt und die Sicherung der Grundrechte des einzelnen Staatsbürgers in den Streitkräften. Hier spielt vor allem die verfassungsmäßige Verankerung des Wehrbeauftragten des Parlaments eine große Rolle. Wer will als Sozialdemokrat bestreiten, daß gerade auf diesen Gebieten alles geschehen muß, um die Auswüchse und Eigenmächtigkeiten früherer militaristischer Ordnung in Deutschland sich nicht wiederholen zu lassen! (Starker Beifall.)

Wir alle wissen, daß mit Gesetzen und Verfassungsbestimmungen allein diese Gefahren nicht völlig gebannt werden können. Aber Genossinnen und Genossen, unverständlich ist vor allem die Haltung jener Kritiker, die die Gefahr eines neuen Militarismus am ernstesten beurteilen, gegenüber einer Politik der Sozialdemokratischen Partei, die aus ihrer demokratischen Grundeinstellung heraus den Versuch unternimmt, ein Höchstmaß von gesetzlichen Sicherungen gegen die Gefahr eines neuen Militarismus zu schaffen.

Man dient dem Bestreben nach der Verhinderung eines neuen Militarismus nicht, wenn man von der Sozialdemokratie als schärfsten Ausdruck ihrer Besorgnisse die völlige Passivität und den Verzicht auf die parlamentarischen Möglichkeiten als die entscheidende Aufgabe verlangt. Der Geist der neuen Streitkräfte wird nicht zuletzt davon abhängen, daß die Menschen, die in diesen Streitkräften dienen oder in Zukunft dienen müssen, die Überzeugung haben können, daß sie in der Sozialdemokratischen Partei einen zuverlässigen Bundesgenossen haben, der bestrebt ist, in den neuen Streitkräften den Geist der Achtung vor der Würde des einzelnen Menschen zu stärken, und zu verhindern, daß die Armee wieder zu einem Staat im Staate wird (Beifall).

Genossinnen und Genossen! Die Haltung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in diesen Fragen hat die Billigung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses gefunden. Wir legen Wert darauf, daß sie auch ausdrücklich durch den Parteitag gebilligt wird.

Die Auseinandersetzung um die Wehrgesetze ist ein Teil der Auseinandersetzungen um die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik überhaupt. Wir standen seit den Septemberwahlen 1953 vor der Aufgabe, den Anspruch der CDU/CSU-Mehrheit auf eine mehr oder weniger ausgesprochene Alleinherrschaft dieser Partei und ihres Bundeskanzlers abzuwehren. Dieses Machtstreben gründete sich nicht allein auf die Tatsache der absoluten Mehrheit der CDU/CSU im Bundestag, sondern es wurde vor allem verkörpert durch die Einmannregierung des Bundeskanzlers. Wir haben in der Bundesrepublik seit 1953 in der ersten Gefahr gestanden, daß sich die Dinge in der Richtung eines autoritären klerikal und reaktionär bestimmten Systems, wie wir es in

der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen lange Jahre in Österreich erlebt haben, entwickeln würden. Der krasseste Versuch des Herrn Dr. Adenauer, die Machtposition seiner Partei unter allen Umständen zu sichern, war der Vorschlag des sogenannten Grabensystems für das Wahlrecht. Dieses Grabensystem war ein Anschlag auf den Grundsatz der Gleichheit der Staatsbürger und eine Gefährdung unserer demokratischen Grundordnung.

Die Größe der Gefahr für die demokratische Ordnung und für die geistige und kulturelle Freiheit in diesem Teil Deutschlands hat niemand deutlicher und eindrucksvoller dargestellt als der Genosse Dr. Adolf Arndt auf unserem Kölner Kongreß im Januar 1956.

Wir werden trotz des Rückganges des Einflusses der CDU und trotz der sinkenden Autorität des Bundeskanzlers auch in Zukunft mit solchen Gefahren zu rechnen haben.

Man wird — vor allem in der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratischen Partei — immer von neuem den Versuch machen, den autoritären Anspruch der CDU mit der Notwendigkeit der Verteidigung des Christentums und des christlichen Glaubens gegen die angeblich kirchen- und religionsfeindliche Haltung der Sozialdemokratie zu begründen. Genossinnen und Genossen! Wenn in den letzten Jahren in Deutschland, vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik und auch auf dem Gebiet der Wehrpolitik, die Grundsätze der christlichen Lehre mißachtet und verletzt wurden, dann ist es in erster Linie und in beschämendem Maße durch die Christlich-Demokratische Union des Herrn Bundeskanzlers geschehen. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Die Sozialdemokratische Partei hat demgegenüber durch ihr praktisches Verhalten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, vor allem auch auf dem Gebiete der Schule und der Erziehung, bewiesen, daß ihre Politik darauf gerichtet ist, eine politische und soziale Ordnung zu schaffen, die den christlichen Menschen in unserem Volke die volle Entfaltung ihres religiösen Lebens ermöglicht und garantiert und die die Rechte der Kirchen als mitentscheidenden Trägern unseres kulturellen und geistigen Lebens in vollem Umfange der ihnen verfassungsmäßig zugebilligten Position respektiert und schützt. (Beifall.)

Es gibt keine wirkliche Demokratie ohne die Freiheit des Geistes und des Glaubens. (Starker Beifall.) Aber es ist ein Mißbrauch der Demokratie, wenn Kirche und Religion in den Dienst der Interessen einer politischen Partei gezwungen werden oder sich zwingen lassen. (Sehr gut! — Beifall.) Gegen diesen Mißbrauch wird sich die Sozialdemokratie, vor allem auch im Interesse der gläubigen Christen beider Konfessionen in unserem Land, mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen.

Genossinnen und Genossen! Eine Betrachtung über die gegenwärtige Situation und die sich daraus für die Sozialdemokratie ergebenden Aufgaben kann selbstverständlich das lebenswichtige Gebiet der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik und der Sozialpolitik nicht auslassen. Wir haben auf unserem Kölner Kongreß die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie durch die Genossen Dr. Heinrich Deist und Professor Ernst Schellenberg darstellen lassen, und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat in der jüngsten konjunkturpolitischen Debatte im Bundestag

und in der Auseinandersetzung mit dem Gesetzentwurf der Regierung über die Alterssicherung und durch die Einbringung ihres eigenen Gesetzentwurfes über dasselbe Gebiet konkrete Vorschläge für die zukünftige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik unterbreitet.

Im Gegensatz zu der vor zwei Jahren, als die Regierungspolitik froh und unbeschwert auf dem Wellenkamm des sogenannten deutschen Wirtschaftswunders und einer ansteigenden Konjunktur dahintrief, sind jetzt die Schwächen und Gefahren, die Unsicherheiten und die Ideenlosigkeit der Politik der sogenannten sozialen Marktwirtschaft deutlich sichtbar geworden. Die Regierung Adenauer ist nicht in der Lage, mit ihrer bisherigen politischen Konzeption die auf sie zukommenden Aufgaben zu meistern und eine konstruktive vorwärtsweisende Politik zu entwickeln.

Die Resultate liegen auf der Hand: Bis zur Mitte des vergangenen Jahres hatte die Politik der Bundesregierung und ihrer Mehrheit jedem Versuch, die Empfänger von Renteneinkommen angemessen am steigenden Volkseinkommen zu beteiligen, Widerstand entgegengesetzt. Erst dem ständigen harten Kampf der Sozialdemokratie ist es zu danken, daß die Renteneinkommen am Ende des vergangenen Jahres und in den ersten Monaten dieses Jahres in stärkerem Umfang erhöht wurden.

Die große Sozialreform, die die Bundesregierung seit 1953 angekündigt hat, kann auch in diesem Bundestag nicht mehr verabschiedet werden, weil die Bundesregierung mit ihren Vorarbeiten nicht weit genug gekommen ist.

Auf dem Gebiete der Alterssicherung wäre auch heute noch nichts geschehen, wenn unsere Fraktion nicht einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht hätte (Beifall).

Auf der anderen Seite hat die Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung in den letzten Jahren zu einer stetigen Steigerung der Einkommen der Unternehmer und der sonstigen Großeinkommen geführt, die weit über die Entwicklung des allgemeinen Volkseinkommens hinausgeht und damit wesentlich zu einer überhöhten Investition und zu den heute herrschenden Spannungen in der Wirtschaft beigetragen.

Als sich im Verlaufe des letzten Jahres Tendenzen zur Preissteigerung zeigten, war die Bundesregierung nicht in der Lage, eine aktive Konjunkturpolitik mit dem Ziel eines stabilen Preisniveaus und damit auch einer stabilen Währung durchzuführen. Das Ergebnis dieser Unfähigkeit ist geradezu erschütternd: Das gesamte Preisniveau ist in Bewegung, insbesondere die Lebenshaltungskosten sind im Laufe des letzten Jahres in beängstigender Weise gestiegen. Hier haben die Bundesregierung und ihre Mehrheit schwerste Schuld auf sich geladen, als sie durch ihre Einfuhr-, Vorrats- und Preispolitik die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel, für Hausbrand und für Mieten bewußt erhöhten. Nach den Erfahrungen der letzten Monate, insbesondere nach dem dürrtigen letzten Konjunkturprogramm der Bundesregierung, besteht leider allzu berechtigter Grund zu der Befürchtung, daß sich die Bundesregierung mit einer Politik der ständigen, allmählichen Preissteigerung und damit mit einer Politik der langsamen Aushöhlung der Kaufkraft der Deutschen Mark abgefunden hat. Im Interesse der großen Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger, der Rentner und der Sparer fordern wir von der Bundesregierung die Erfüllung ihrer Pflicht, für ein stabiles Preisniveau und damit für eine stabile Währung zu sorgen.

So ist im Laufe des letzten Jahres immer deutlicher geworden, daß mächtige Interessengruppen der Wirtschaft einen Einfluß auf die Politik der Bundesregierung nehmen, der nicht mehr mit dem Geist einer gesunden Demokratie vereinbar ist (Beifall). Der Bundeskanzler und seine Mehrheit haben kaum eine Gelegenheit vorübergehen lassen, ihre innere Übereinstimmung und damit ihre Abhängigkeit von diesen Interessengruppen öffentlich zu bekennen. Insgesamt muß man feststellen, daß die Bundesregierung in der entscheidenden Lebensfrage unseres Volkes, durch eine durchgreifende soziale Neuordnung allen Menschen die Sicherheit ihrer Existenz und ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, völlig versagt hat. Dieses Versagen ist mehr als der Ausdruck eines mangelnden sozialen Bewußtseins. Es ist ein Versagen gegenüber der nationalpolitischen und der europäischen Aufgabe, die Demokratie gerade hier in Deutschland, im Herzen Europas, durch soziale Ausrüstung krisenfest zu machen und ihre Anziehungskraft gegenüber den unterdrückten Völkern und Menschen in der sowjetisch besetzten Zone und in Osteuropa zu erhöhen. Eine Politik, die den Kampf gegen den Kommunismus nur führt mit den billigsten antibolschewistischen Argumenten und mit dem Pochen auf militärische Stärke, ist in der Periode der neuen Methoden der internationalen Entwicklung überholt und ungeeignet; sie wirkt indirekt, wenn auch ungewollt, als eine Unterstützung der kommunistischen Infiltration und Propaganda (Beifall).

Genossinnen und Genossen! Ich will hier nicht durch Einzelbeispiele diese Behauptungen unter Beweis stellen, aber eines sollte in der Fülle der Ereignisse nicht untergehen. Ich habe schon erwähnt, als Herr Adenauer nach Amerika ging, waren von einem Tag auf den anderen 650 Millionen da, um die Stationierungskosten an Amerika zu zahlen. Die Zusage an Amerika wurde gegeben ohne Information der anderen Beteiligten, nämlich der französischen und der englischen Regierung. Das ist auch ein Symptom für die Art, wie hier in der Bundesregierung Politik gemacht wird. Von einem Tag zum anderen 650 Millionen! Und wie lange haben wir im Bundestag kämpfen müssen, um eine bessere Regelung der Versorgung der Kriegsoffer durchzusetzen! (Lebhafter Beifall.) — Ich meine, wir können es in diesem Zusammenhang bei diesen Feststellungen belassen. Es wird vielleicht in der Aussprache noch Möglichkeiten geben, das eine oder andere zu ergänzen. Ich möchte eines noch sagen: Es geht hier nicht nur um die Auseinandersetzungen über mehr oder weniger weitgehende Forderungen der Opposition oder der Koalition, um eine sozialpolitische Auseinandersetzung im engeren Sinne, sondern es geht hier vielmehr um die prinzipielle Einstellung gegenüber den gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten unserer Zeit.

Die Regierung und ihre Mehrheit betrachten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik als das Mittel einer Politik der Restauration, der Erhaltung alter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Privilegien jener Schichten, die sich immer noch als die Träger von Staat und Wirtschaft fühlen. Sozialpolitik in diesem Sinne ist für sie nur ein notwendiges Übel. Die wirkliche Aufgabe unserer Zeit ist es aber, Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik in den Dienst einer Politik der sozialen Neuordnung zu stellen, die allen Menschen die Furcht vor der Not, vor allem aber vor einem Alter in Not nimmt. (Starker Beifall.)

Das Bedrückende und Empörende ist, daß dieser Egoismus sich in einer Zeit abspielt, in der die objektiven Voraussetzungen in der wirtschaftlichen Situa-

tion der Bundesrepublik gegeben sind, um allen Menschen ein Leben der sozialen Sicherheit und eines zeitgemäßen Lebensstandards zu ermöglichen. Es hängt nur von den Menschen selbst ab! (Beifall.)

Heute stehen wir — das ist meine feste Überzeugung — um den Preis der Existenz der Demokratie in Deutschland willen vor der Notwendigkeit, unter einer neuen politischen Führung des Volkes in der Bundesrepublik eine neue Innenpolitik aus dem Geist freiheitlicher Demokratie und sozialer Gerechtigkeit durchzuführen. Hier liegt die große Chance der Sozialdemokratie, aber auch unsere große Aufgabe.

Wir kämpfen für eine wirtschaftliche Ordnung, in der überall dort, wo freies Wirken und private Initiative auch heute noch wirksam sind und ihre Aufgabe im Interesse der Gesamtwirtschaft erfüllen, diese Freiheit geschützt, gefördert und nach Möglichkeit erweitert wird; überall dort, wo Kartelle, Monopole oder andere marktbeherrschende Unternehmungen oder Unternehmergruppen eine freie Entfaltung der Wirtschaft nicht mehr zulassen, eine straffe und wirksame öffentliche Kontrolle durchgeführt wird; und überall dort eine gemeinwirtschaftliche Ordnung zum Nutzen des gesamten Volkes herbeigeführt wird, wo Riesenunternehmungen, insbesondere in der Grundstoffwirtschaft, eine solche entscheidende Bedeutung nicht nur für den Wirtschaftsablauf, sondern darüber hinaus für die gesamte politische Entwicklung haben, daß ihre Führung nicht mehr nach rein privaten Interessensgesichtspunkten erfolgen kann.

Erst eine solche Ordnung sichert die freie Entfaltung all derer, die sonst der Macht und dem Einfluß der Großen und Mächtigen in der Wirtschaft ausgeliefert wären. Diese Politik gilt es durchzusetzen im Zusammenwirken mit allen gesellschaftlichen Schichten unseres Volkes, mit allen Bevölkerungsgruppen, deren Eigeninteresse ebenfalls zu einer solchen Neuordnung drängt. In diesem Zusammenhang, meine lieben Genossinnen und Genossen, möchte ich noch einmal unsere Verbundenheit mit den Gewerkschaften, unsere Verbundenheit mit den sozial Schwachen in unserem Volke, aber auch unsere Verbundenheit mit jenen zum Ausdruck bringen, die als selbständig Schaffende in der Wirtschaft oder im geistigen Leben unserer Nation ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen haben (Beifall). Sie sollen wissen, daß die Sozialdemokratie aus ihrem eigenen Interesse und aus ihrer eigenen Grundvorstellung über die neue Gesellschaft an ihrer Seite steht (Beifall). Das gilt, lassen Sie mich das sagen, über die traditionelle Freundschaft, die uns mit den Gewerkschaften verbindet, hinaus heute vor allem auch für die Männer der Forschung und der Wissenschaft, für die Männer, die in der modernen Entwicklung der Technik eine entscheidende Rolle zu spielen haben. Es ist unser Anliegen, und wir werden dafür kämpfen, daß diesen Männern und Institutionen in der Bundesrepublik die materiellen Voraussetzungen zu einer freien Entfaltung der Forschung und der Lehre gegeben werden. Der Zustand, daß die Bundesrepublik auf diesem Gebiet als ein unterentwickeltes Gebiet angesehen werden muß, muß überwunden werden. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Lassen Sie mich auch noch ein Wort an eine Gruppe, an einen großen Teil der Menschen in unserem Volke sagen — eigentlich nur zur Bestätigung dessen, was die Sozialdemokratie immer gesagt hat. Ich meine die Menschen, die als

Heimatvertriebene in der Bundesrepublik leben. Die Sozialdemokratie hat in den vergangenen Jahren durch ihr praktisches Verhalten bewiesen, daß sie es ernst meint mit der Forderung, diesen Menschen, die alles verloren haben, in der Bundesrepublik die Grundlagen einer neuen Existenz und einer neuen Heimat zu geben. Das Ziel ist nicht voll erreicht, aber es wird weiter mit aller Energie von uns vertreten und durchgekämpft. Lassen Sie mich dazu ein weiteres Wort sagen.

Wir wissen, wie sehr gerade bei diesem Teil unseres Volkes die Sorge um die Heimat eine entscheidende Rolle spielt. Die Menschen sollen wissen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands an dem festhält, was Dr. Kurt Schumacher zuerst verkündet hat: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt die Oder-Neiße-Linie nicht als die endgültige Grenze Deutschlands im Osten an. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen, daß über diese Grenzfrage nur eine gesamtdeutsche Regierung, frei gewählt, allein mit den anderen Partnern eines Friedensvertrags verhandelt. Unser Ziel ist die Wiederherstellung eines freien, friedlichen, demokratischen Deutschlands in den Grenzen von 1937. (Beifall.) Wir werden auch in Zukunft das Recht auf die Heimat für alle, die ihre Heimat durch Gewalt verloren haben, verteidigen, und es bleibt unser Ziel und unsere Aufgabe, auf friedliche Weise dieses Recht auf Heimat für alle zu sichern. Daß wir in einem gespaltenen Deutschland, in einem Deutschland mit all den verheerenden Folgen der katastrophalen Politik des Nationalsozialismus unendlich mehr belastet sind und daß gerade deshalb das Wort von Kurt Schumacher wahr bleibt, das er auf den Trümmern dieses Landes 1946 gesprochen hat: „Hier geht es nicht um den Wiederaufbau, hier geht es um Neubau.“ (Stürmischer Beifall.)

Und sehen Sie, so ernst, wenn Sie wollen, so kompliziert, so verworren die Dinge sind, die Vorgänge in der deutschen Innenpolitik im letzten Jahr zeigen, daß die Einsicht in die Notwendigkeit einer neuen deutschen Politik wächst. Die Kräfte, die eine Ablösung des Regimes Adenauer für notwendig halten und fordern, sind gewachsen. Denken wir nur an die Umgruppierungen in den Parteien. Ich habe schon davon gesprochen, daß die Koalition der Regierung heute im wesentlichen nur noch getragen wird von der CDU/CSU. Die DP hat keine wesentliche Bedeutung, und sechs Minister ohne Partei in einer Regierung sind selbst für einen Bundeskanzler Dr. Adenauer zuviel. (Heiterkeit.) Aber das ist Aufgabe und Angelegenheit der Regierung!

Es kommt darauf an, daß wir einen Ansatz finden, in neuen Kombinationen eine neue Führung der Politik in Gang zu bringen. Aus diesem Grunde begrüßen wir es, daß zum Beispiel durch die Umbildung der Regierung in Nordrhein-Westfalen der rücksichtslosen Gleichschaltungspolitik des Bundeskanzlers gegenüber den Länderregierungen ein fester Riegel vorgeschoben wurde. (Starker Beifall.) Wir begrüßen auch die damit verbundene Auflockerung des innenpolitischen Lebens, die ja zuerst durch die Bildung der jetzigen Bayerischen Regierung im Dezember 1954 eingeleitet wurde.

Genossinnen und Genossen! Es ist nicht die Absicht und das Ziel der Sozialdemokratie, jetzt mit umgekehrten Vorzeichen die Adenauer-Politik der Blockbildung gegen eine andere große Partei etwa zu wiederholen, aber es war höchste Zeit, daß die CDU/CSU mit ihren Alleinherrschaftsansprüchen in die Schranken zurückgewiesen wurde und daß ihr deutlich gemacht wurde, daß es in der Bundesrepublik auf allen Ebenen auch demokratische Regie-

rungsmöglichkeiten ohne die CDU/CSU geben kann und gibt. (Stürmischer Beifall.) Wir beteiligen uns nicht an den Spekulationen über die Regierungsmöglichkeiten im Bund nach den nächsten Bundestagswahlen. Unser Ziel ist, aus diesen Bundestagswahlen hervorzugehen als die führende Kraft der neuen deutschen Innen- und Außenpolitik. Wir wollen durch unser Wirken den Einflußbereich der Sozialdemokratischen Partei so erweitern, daß ohne die Sozialdemokratische Partei in der Bundesrepublik nicht mehr regiert werden kann. (Stürmischer Beifall.) Die Blockpsychose, die während einer ganzen Zeit die Innenpolitik beherrscht hat, muß überwunden werden.

Die Sozialdemokratische Partei wird aber in dem Kampf um die Gestaltung der zukünftigen inneren Ordnung in der Bundesrepublik alle demokratischen Kräfte und Gruppierungen fördern und mit ihnen von Fall zu Fall zusammenwirken, die mit uns das Ziel verfolgen, in der Bundesrepublik eine Regierung zu schaffen, die, frei von autoritären Neigungen, entschlossen ist, eine freiheitliche, soziale und friedliche Politik zu treiben (Beifall).

Wir sehen in einem solchen Zusammenwirken der Kräfte, die eine neue Orientierung der Politik der Bundesrepublik für notwendig halten, die natürliche Konsequenz einer Situation, die aus außen- und innenpolitischen Gründen eine Wende in der deutschen Politik zur zwingenden Notwendigkeit macht.

Wir streben an die konstruktive Zusammenarbeit der Kräfte, die das im Interesse Deutschlands und des friedlichen Zusammenlebens der Nationen Notwendige möglich machen wollen:

Eine Politik der internationalen Verständigung statt der Politik der starken Worte, eine Politik zur Sicherung der demokratischen Rechte statt der Entwicklung zum autoritären Obrigkeitsstaat,

eine Politik zur Gewährleistung sozialer Sicherheit für alle statt des herrschenden Gruppenegoismus der Bevorrechteten.

Wir sind überzeugt, daß unsere innen- und außenpolitischen Vorstellungen nicht nur den jetzt gegebenen Notwendigkeiten in unserer Außen- und Innenpolitik gerecht werden, sondern — Genossinnen und Genossen, lassen Sie mich das zum Schluß sagen — daß sie auch in einem weiteren Sinn den Entwicklungstendenzen entsprechen, die sich heute in der Welt abzeichnen und mit denen der Parteitag morgen bei der Behandlung der wichtigen Frage der friedlichen Verwendung der Atomenergie und der Automatisierung und vor allem der gesellschaftspolitischen Auswirkungen dieser unabsehbaren neuen Entwicklung sich zu beschäftigen haben wird. Ich will diesem Thema nicht vorgreifen, aber wenn wir heute hier von einer Wende der deutschen Politik sprechen, dann sollen wir sie nicht nur sehen als eine Wende in der augenblicklich gegebenen Gegenwartssituation. Die Elemente, die die Veränderung in der internationalen Lage herbeigeführt haben, sind zugleich Elemente der großen zeitgeschichtlichen, gesellschaftspolitischen Wende, die sich in der Umwälzung in Wissenschaft und Technik ankündigt.

Wir als Sozialdemokraten, als eine Partei, die gewillt und berufen ist, die Zukunft der menschlichen Ordnung gerechter und vernünftiger zu gestalten, wir haben die Pflicht, schon jetzt die Aufgaben des Tages einzuordnen in den größeren Zusammenhang der neuen Epoche der zweiten industriellen Revolution.

Genossinnen und Genossen! Es ist eine gigantische Aufgabe, vor die wir durch die Entwicklung neu gestellt werden; denn es hängt von den Menschen ab, ob sie ihre Vernunft und ihre Einsicht so gebrauchen, daß die neuen Möglichkeiten der Menschheit zum Heil und zum Segen und nicht zu ihrem Verderben gereichen werden. (Lebhafter Beifall.)

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Lösung dieser Aufgabe erfordert nicht nur Begeisterung und den Glauben an unsere Ideale; sie erfordert auch ein ungeheueres Maß von geistiger Arbeit. Niemand kann uns diese Arbeit abnehmen, aber ich bin sicher, daß wir sie bewältigen werden, wenn wir die Aufgaben der nächsten Zukunft, nämlich die Durchsetzung einer neuen Politik in der Bundesrepublik auf innen- und außenpolitischem Gebiet in Angriff nehmen mit dem festen Blick auf das große zeitgeschichtliche Geschehen.

Wir stehen an einer Wende. Der Aufbau der vom freiheitlichen und demokratischen Sozialismus erstrebten gerechten und menschenwürdigen Gesellschaftsordnung ist heute zugleich eine dringende Gegenwartsaufgabe und eine unabwendbare geschichtliche Notwendigkeit.

(Langanhaltender stürmischer Beifall, die Tagungsteilnehmer erheben sich.)

Vorsitzender Steinhoff: Genossinnen und Genossen! Euer Beifall entpflichtet mich, die Rede von Erich Ollenhauer noch im einzelnen zu unterstreichen. Ich möchte aber trotzdem mit einem Satz unser aller Freude zum Ausdruck bringen, daß Erich Ollenhauer nicht nur ein sachlich fundiertes Referat, sondern eine politische Rede gehalten hat, die im Bewußtsein der Verantwortung jedes einzelnen von uns beispielhaft und vorbildlich sein kann für manche anderen Staatsmänner, die dieses Verantwortungsbewußtsein in der Politik in größerem Ausmaße zum Zuge bringen sollten. In diesem Sinne, Erich Ollenhauer, den herzlichen Dank des ganzen Parteitags! (Starker Beifall.)

Bevor wir in die Debatte eintreten, bitte ich damit einverstanden zu sein, daß als Vertreter der unter uns weilenden Gesinnungsfreunde in der Sowjetzone, die in der letzten Zeit aus den Zuchthäusern entlassen wurden, ein Genosse einige Grußworte an uns richtet. Es ist angeregt worden, daß der Genosse Paul Szillat, der zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt war, ein alter Sozialdemokrat schon aus der Zeit vor 1933, der im Metallarbeiterverband und als Oberbürgermeister in Rathenow tätig war, im Namen der anwesenden ehemaligen politischen Gefangenen zu uns spricht. Ich bitte Paul Szillat, das Wort zu nehmen.

Paul Szillat (mit Beifall begrüßt): Werte Genossinnen und Genossen! Für die vielen Genossen der Sozialdemokratischen Partei, die in den vergangenen elf Jahren in der Sowjetzone von den dortigen Machthabern inhaftiert und deportiert worden sind, überbringe ich dem Münchner Parteitag unsere Grüße und Wünsche für ein erfolgreiches Gelingen.

Obwohl in den letzten zwei Jahren eine ganze Reihe sozialdemokratischer Genossen teils aus den Gefängnissen und Lagern der UdSSR, teils aus den Zuchthäusern der Sowjetzone freigelassen worden ist, halten die Pankower Machthaber auch heute noch viele Genossen zurück. Das einzige Vergehen, das man uns und den noch in Haft Befindlichen vorwerfen kann, ist unser Bekenntnis zur Sozialdemokratie, zu unseren gemeinsamen Zielen des demo-

kratischen Sozialismus. Weder Verlockungen noch Drohungen, Mißhandlungen bei Verhören noch jahrelange Haft haben uns mitteldeutsche Sozialdemokraten in unserer Überzeugung wankend gemacht. (Lebhafter Beifall.) Wir waren und blieben Sozialdemokraten (Beifall.)

In der Nacht der Kerker, in der Hölle der Verhöre war der Glaube an die Partei und ihre Solidarität unser stärkster Halt. Wir wußten, daß wir nicht vergessen waren und daß Ihr alles tun würdet, um uns politischen Häftlingen zu helfen und unser gemeinsames Ziel zu erreichen: die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Das aber, was uns jetzt die Freude an der Heimkehr zu unseren Angehörigen, an dem Wiedergewinn der Freiheit vergällt und was uns nicht zur Ruhe kommen läßt, ist das Wissen, daß immer noch hinter Kerkermauern, in der Trostlosigkeit ihrer Zellenhaft, in schmachvoller Isolierung, ihrer Freiheit beraubt, Menschen und Gesinnungsgenossen in den sowjetzonalen Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen, für die wir unsere Stimme erheben, für die wir im Namen der Menschlichkeit fordern, daß auch für sie endlich die Zuchthaus- und Gefängnistore geöffnet werden. (Lebhafter Beifall.) Diese Menschen, diese Freunde und Genossen aus einer Schicksalsgemeinschaft verflössener Jahre, sollen in dieser Stunde unser Bekenntnis hören, daß wir uns ihnen mit allen Fasern unseres Herzens verbunden fühlen und daß es der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in München ist, der sich zum Sachwalter aller politischen Gefangenen der Sowjetzone erhebt. (Lebhafter Beifall.)

Vielen unserer Genossen und Freunde war es nicht vergönnt, den Tag der Heimkehr zu erleben. Sie starben hinter Kerkermauern und Stacheldraht. Sie bezahlten ihre Treue zur Partei, ihre Treue zu unseren sozialistischen Idealen mit ihrem Leben. Ihr Vermächtnis lebt in uns als eine unausweichliche Verpflichtung, das Werk, das ihnen aus den Händen glitt, weiterzutragen und zu Ende zu führen. Das ist um so mehr unsere Verantwortung und Pflicht, da wir wissen, daß unsere Freiheit das Ergebnis eures Kampfes ist. Hätte die Partei nicht immer wieder an das Gewissen der Welt appelliert, hätte sie nicht immer wieder auf die Lage der politischen Häftlinge hingewiesen und so einen Druck auf die kommunistischen Machthaber ausgeübt, hätte in Moskau und Pankow kein Mensch gedacht, die Gefängnistore wenigstens für einen Teil von uns zu öffnen. Unsere Freiheit ist ein Beweis für den erfolgreichen Kampf und den Einfluß unserer Partei. Wenn wir, Genossen, in diesem Sinne weiterarbeiten und weiterkämpfen, wird der Zeitpunkt nicht fern sein, in dem auch der letzte politische Häftling frei ist, in dem auch für die Brüder und Schwestern in der Zone die Stunde der Freiheit schlagen wird.

In diesem Sinne nochmals unseren Dank. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Zur Ergänzung dazu erteile ich dem Genossen Franz Neumann das Wort.

Franz Neumann: Verehrte Genossinnen und Genossen! Voller Erschütterung haben wir durch den Genossen Szillat den Gruß der politischen Gefangenen gehört. Wir freuen uns, daß viele von ihnen nach den langen Jahren des Leidens endlich ihre Freiheit wiedererhalten haben.

Aber ich möchte in diesem Augenblick zwei gemeine Behauptungen und Unterstellungen hier vor dem Plenum des Parteitages zurückweisen, die von den Kommunisten gegen Sozialdemokraten erhoben wurden. Am 21. Juni hat das Pressebüro des Ministerpräsidenten der sogenannten DDR veröffentlicht, daß die 691 Sozialdemokraten — ich sage zu der Zahl: die *angeblichen* 691 Sozialdemokraten —, die entlassen worden sind, wegen krimineller Verbrechen zu Recht verurteilt worden seien (Pfui!). Diese kriminellen Verbrechen sollen darin bestehen, daß sie mit dem mit imperialistischen Spionagezentralen verbundenen Ostbüro der SPD zusammengearbeitet haben sollen.

Paul Szillat, den Grotewohl aus der früheren politischen Tätigkeit ja persönlich kennt, ist wie alle anderen Gefangenen Opfer seiner politischen Überzeugung geworden und hat die langen Jahre im Zuchthaus Brandenburg zubringen müssen.

Gerhard Sperling, der junge Ostberliner Falke, der mit 18 Jahren in den Kerker kam, hat ein Dokument, das die kommunistischen Behauptungen selbst widerlegt. Am 21. März 1956 erhielt seine Mutter folgendes Schreiben — es ist in der Parteitagausgabe des „Vorwärts“ abgedruckt —:

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik - Hauptabteilung II -
Berlin W 8
Clara-Zetkin-Str. 93
16. 3. 1956

Betr.: Ihr Gesuch für Ihren Sohn Gerhard Sperling
vom 23. 8. 1955

Wie Ihnen aus den Veröffentlichungen der demokratischen Presse bekannt ist, wurde bei Verurteilten wegen Kriegsverbrechens eine Befreiung von der weiteren Strafverbüßung ausgesprochen. Der verurteilte Gerhard Sperling ist aber wegen Untertätigkeit verurteilt worden. Die Schwere dieses Verbrechens gibt keinen Anlaß, die Angelegenheit dem Präsidenten zur Einleitung eines Gnadenverfahrens vorzulegen.

(Hört, hört!)

Liebe Genossinnen und Genossen! Unter „Untertätigkeit“ verstand man das Verteilen des von den Alliierten genehmigten Wahlmaterials zu den Berliner Wahlen vom 5. Dezember 1948, das hieß: „Arbeiten wollen wir und freie Menschen sein“. Dieses Bekenntnis war ein größeres Verbrechen, das keinen Anlaß gab, das Gnadengesuch Herrn Pieck vorzulegen, ein Gnadengesuch zu dem Zeitpunkt vorzulegen, zu dem die Kriegsverbrecher längst aus Sibirien gekommen waren (Pfui!).

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir wissen es: Noch sind Tausende von Männern und Frauen hinter Kerkermauern. Herr Grotewohl, der am 21. April 1956 sagte, daß ihm nicht ein einziger Name eines politischen Gefangenen bekannt sei, hat dann in seiner Presseerklärung am 21. Mai verlauten lassen, daß 19 064 Menschen aus den Kerkern der Sowjetzone entlassen worden sind und daß es angeblich 691 Menschen sind, die Sozialdemokraten waren oder Sozialdemokraten sind.

Ich darf dazu sagen, daß alle, die sich mit diesem Fragenkomplex beschäftigen, wissen, daß die Zahl 19 000 genauso falsch ist wie die Zahl 691. (Sehr gut!)

Warum gibt man nicht die Namen bekannt, warum sagt man nicht, wen man entlassen hat? Am 29. April habe ich vor der deutschen und internationalen Presse im Auftrag des Parteivorstands symbolisch für jedes der fünf Länder der sowjetisch besetzten Zone 10 Namen genannt. Wir wissen, daß wir die Liste der 50 Namen insofern korrigieren mußten; da einer der Genossen in einem sibirischen Lager, zwei in den Zuchthäusern der DDR verstorben sind. Von den 47 Sozialdemokraten, die wir am 27. April namentlich bekanntgegeben haben, sind bis heute — im „Vorwärts“ stehen noch 18 — 20 entlassen worden. Das nur als Beweis, daß nur ein Bruchteil der politisch Verurteilten die Freiheit bekommen hat.

Und nun ein Wort noch zu dem zweiten Angriff, ein Wort zum Ostbüro der Sozialdemokratischen Partei! Das Ostbüro ist ein Kind des Terrors in Mitteldeutschland. Die sowjetischen Machthaber haben es durch ihre Barbarei selbst gezeugt. In dem Augenblick, in dem die Kommunisten sich zu ihrem politischen Gründungsauftrag vom 11. Juni 1945, ein freiheitliches demokratisches Deutschland mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk zu schaffen, bekennen, und ihn praktizieren, hat das Ostbüro seine Aufgabe erfüllt. Die Sozialdemokraten haben unter Bismarck illegal gearbeitet und auch unter Hitler. Sie wären ihrer Tradition untreu geworden, wenn sie angesichts des stalinistischen Terrors kapituliert hätten. Das Ostbüro der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist das Verbindungsbüro zu den illegal lebenden Sozialdemokraten in der Zone und gibt den Unterdrückten Rat und Hilfe. Es sammelt Nachrichten über das Unrecht und den Terror derer, die vorgeben, im Namen der Arbeiter und Bauern der sowjetisch besetzten Zone zu sprechen. Wenn die Grundrechte eines demokratischen Staates auch in der Ostzone Gültigkeit erlangen, wenn die westdeutschen Sozialdemokraten mit ihren Gesinnungsfreunden in Mitteldeutschland frei verkehren können, wenn die sozialdemokratischen Parteibüros in Magdeburg, Rostock oder Görlitz wieder arbeiten, erst dann ist die Arbeit des Ostbüros der Sozialdemokratie überflüssig geworden (Beifall). Bis zu diesem Tage aber brauchen wir es, und es ist mir ein Bedürfnis, den Männern und Frauen zu danken, die seit einem Jahrzehnt ihre schwere Arbeit geleistet haben (Beifall).

Und nun das Letzte! Wir werden nicht müde werden in unserem Kampf für die Freilassung des letzten Mannes und der letzten Frau, die um ihrer Überzeugung willen heute noch hinter Stacheldraht und Zuchthausmauern schmachten müssen. Bis zum Tage ihrer Befreiung ertöne laut der Ruf aller rechtlich Denkenden, freiheitlich Gesinnten und die Freiheit Liebenden: Heraus mit den politischen Gefangenen! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Genossinnen und Genossen! Euer Beifall hat unterstrichen, daß die von Franz Neumann gegebene Parole: Heraus mit den politischen Gefangenen! die einstimmige Meinung unseres Parteitags ist (Beifall).

Wir fahren nun in unseren Beratungen fort. Die Geschäftsordnung ist von Ihnen genehmigt worden. Die Sprechzeit steht fest, ebenso, daß schriftliche Wortmeldungen erfolgen müssen.

Mit dem Referat Ollenhauers steht zur Diskussion der Antrag 95, der gestellt worden ist vom Parteivorstand und Parteiausschuß. Diese Vorlage bezieht

sich gleichzeitig auf die Anträge 1 bis 11, 13 bis 18, 20 bis 21, 23 bis 24 und 30. — Des weiteren der Antrag 96, Entschließung zur Lage in der Sowjetzone sowie Antrag 97, Entschließung zur Wehrfrage. Die letztere Entschließung bezieht sich gleichzeitig auf die Anträge 12 bis 33 und 35. — Dann: Antrag 98, Entschließung zur allgemeinen Politik. Dieser bezieht sich gleichzeitig auf die Anträge 34, 35, 37 und 82. — Dann: Antrag 99, Entschließung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. — Diese Vorlagen stehen mit dem Referat Ollenhauers zur Diskussion. Am Schluß der Diskussion wird dann entschieden werden, welche Meinung der Parteitag zum Ausdruck bringen will.

Die Mandatsprüfungskommission möge sich jetzt gleich unten im Tagungsbüro einfinden, damit sie vereinbaren kann, wie sie ihre Tätigkeit einrichten will.

Ich habe bis jetzt nur eine Wortmeldung, nehme aber nicht an, daß dies die einzige bleiben wird. Ich bitte nur, mir die Wortmeldungen heraufzugeben, damit wir nicht ins Stottern geraten.

Das Wort hat der Genosse Schellenberg (Berlin).

Ernst Schellenberg (Berlin): Liebe Genossinnen und Genossen! Die Wende der deutschen Politik, von der Erich Ollenhauer gesprochen hat, muß sich auch im sozialen Bereich vollziehen. Die Jahre der Regierung Adenauer haben mit geradezu erschütternder Deutlichkeit gezeigt, daß man nicht zugleich die Interessen der Besitzenden und Bevorrechtigten und die der sozial Schwachen wahrnehmen kann, daß man nicht gleichzeitig eine Politik der militärischen Stärke und Aufrüstung und eine der umfassenden sozialen Sicherung betreiben kann. Insofern hat im sozialen Bereich nicht nur der Ressortminister versagt, sondern ein politisches System (sehr richtig!). Die SPD war — wie Walter Menzel sicher noch darlegen wird — schon in den letzten Jahren der Motor des sozialpolitischen Handelns. (Unruhe im Saal — Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Steinhoff: Ich bitte, Unterhaltungen draußen zu führen, da der große Saal vom Redner nicht beherrscht werden kann, wenn dauernd Unterhaltungen stattfinden. — Ich bitte, unten die Türen zu schließen. Diejenigen, die hinausgehen wollen, mögen sich bitte beeilen.

Schellenberg (fortfahrend): Die SPD war der Motor des sozialpolitischen Handelns, und nur durch ihre Initiative und Aktivität sind die bisherigen Leistungsverbesserungen überhaupt erreicht worden. Aber, Genossinnen und Genossen, die Wende der deutschen Politik stellt uns auch im sozialen Bereich vor weit größere Aufgaben. Die Wende der deutschen Politik muß endlich die Ideenlosigkeit und Konzeptionslosigkeit im Sozialpolitischen beseitigen. In dem Gesetzentwurf über die Alterssicherung haben wir nur einen allerersten Schritt zur sozialen Neugestaltung unternommen. Eine umfassende Reform muß folgen. Wir müssen uns in diesen Tagen neben der Außen- und Wehrpolitik auch über die Prinzipien unserer Sozialpolitik klar werden. Das Ziel ist, die soziale Struktur dieser Gesellschaft zu ändern und eine soziale Neuordnung herbeizuführen.

Richtschnur unserer praktischen Politik zur Erreichung dieses Zieles werden die realen Lebensbedürfnisse der Menschen sein müssen, die konkrete Lage

der Jugendlichen, der berufstätigen Frauen und der Alten. Nur durch eine Anknüpfung an diese konkrete Situation der Menschen können wir sie für unsere Politik gewinnen. In dieser Hinsicht möchte ich auf das verweisen, was gestern über die Situation des Wahlkampfes gesagt wurde. Wir müssen diese unsere Forderungen und unsere Politik stärker als bisher an die Menschen heranbringen und propagieren. (Sehr richtig! — Beifall.) Nur so schaffen wir die Voraussetzungen dafür, daß wir zu einer Verwirklichung dieser Politik durch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung kommen. (Vereinzelter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Im sozialpolitischen Bereich gibt es viele Streitereien über organisatorische und institutionelle Dinge. Wir haben bei unserem ersten Schritt aus wohlwogenen Gründen den Besonderheiten der Angestelltenversicherung und den Besonderheiten der Bergarbeiter hinsichtlich der sozialen Sicherung Rechnung getragen.

Unsere Konzeption, daß gleiche soziale Pflichten auch gleiche soziale Rechte bedingen, ist der beste Schutz dagegen, daß eine solche Berücksichtigung von Besonderheiten zur sozialen Differenzierung und Deklassierung führt, die die Politik der hinter uns liegenden Ara auszeichnet. Wir müssen diese sozialen Leistungsfragen in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Das gilt beispielsweise für unsere Forderung, daß die volle soziale Sicherung nicht mehr wie bisher ein Privileg einer kleinen Gruppe — beispielsweise der Beamtenschaft — ist, sondern daß sie zu einem unbedingten Recht für alle Arbeiter und Angestellten werden muß (Beifall), und daß alle Alten und Arbeitsunfähigen an der weiteren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung automatisch teilzunehmen haben.

Die CDU-Regierung wird — das wissen wir schon heute — diese Forderungen nur unter dem Druck des bevorstehenden Wahlkampfes und nur höchst unvollkommen verwirklichen. Diese Forderungen werden und dürfen aber aus der sozialpolitischen Diskussion nicht mehr verschwinden (sehr richtig!), bis sie durch eine sozialdemokratische Regierung verwirklicht werden. (Beifall!) Wir müssen unsere Sozialpolitik systematisch weiterführen und wir dürfen nicht ruhen, bis auch eine soziale Sicherung — das hat auch Ollenhauer angedeutet — für die Selbständigen verwirklicht ist. Aber auch hier, Genossen, müssen wir uns davor hüten, in eine schematische Gleichmacherei zu verfallen. Wir lehnen eine berufsständische Überheblichkeit und berufsständische Sonderinteressen ab. Aber wir müssen der besonderen Lage beispielsweise der Bauern, der Handwerker, der Geschäftsleute und der geistig Schaffenden Rechnung tragen. Wir können nur eine sinnvolle Sozialpolitik treiben, wenn wir der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation dieser Menschen Rechnung tragen. Nur dadurch, daß wir den sozialen Schutz in einer Form gewähren, die der sozialen Lage dieser Selbständigen entspricht, können wir sie für unsere Auffassungen gewinnen. Schon heute ist die sozialistische Forderung einer sozialen Sicherung auch für die freien Berufe in einem Maß in das Bewußtsein dieser Menschen gedrungen, das noch vor wenigen Monaten als utopisch abgetan werden konnte. (Sehr richtig!) Durch eine Sozialpolitik, die die Realitäten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens berücksichtigt, schaffen wir systematisch eine Sozialreform, die unsere Konzeption verwirklicht (Glocke), nämlich alle Menschen so sozial zu sichern, wie es dem Stand der Wirtschaft und unserer Kultur entspricht.

Genossen! Aber es ist nicht nur die wirtschaftliche, sondern es ist auch die gesundheitliche Sicherung voranzutreiben, in der Weise gesundheitliche Sicherung, daß jedem Menschen unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage die bestmögliche gesundheitliche Versorgung nach dem Stande der ärztlichen Wissenschaft gesichert ist. (Lebhafter Beifall.) Das ist die Gewährleistung des gleichen Lebensrechtes jedes Menschen, für das die Sozialdemokraten immer gekämpft haben.

Genossen! Damit komme ich zum Schluß. Unsere Sozialpolitik muß und wird zum Vorbild für ganz Deutschland werden! Wir werden in unserer Sozialpolitik die Einzelpersonlichkeit zu berücksichtigen haben, die man drüben mißachtet. Wir werden aber auch den sozialen Erfordernissen zu entsprechen haben, die man hier weitgehend mißachtet. (Großer Beifall.) Die sozialdemokratische Sozialpolitik muß vor allem den Gedanken der Freiheit der Persönlichkeit mit dem der sozialen Sicherheit verbinden. Dann führen wir eine Wende der deutschen Politik zu einer wahrhaft sozialen Politik herbei und schaffen eine soziale Neuordnung Deutschlands. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Für alle Redner: Ich werde mir erlauben, eine Minute vor Ablauf der Redezeit die Glocke leise ertönen zu lassen. Ich bitte, es mir zu ersparen, sie eventuell nachher lauter tönen zu lassen.

Das Wort hat jetzt der Genosse Rück (Südwest). Ihm folgt Genosse Walter Möller, Frankfurt.

Ich bitte die nächstfolgenden Redner, sich schon gleich nach vorn zu bemühen, damit wir nicht zuviel Zeit verlieren.

Fritz Rück (Stuttgart): Genossinnen und Genossen! Als ich die Tagesordnung des Parteitags nachlas, habe ich es einerseits als sehr positiv empfunden, daß die Fragen der Automation und der neuen Methoden behandelt werden sollen. Aber ich glaube, es wäre doch besser gewesen, man hätte diese mehr technisch-ökonomischen Probleme in einer Arbeitstagung behandelt; denn in einer Diskussion in diesem weiten Raum läßt sich dazu nicht allzuviel sagen. Was dagegen von Bedeutung wäre, das wäre, daß wir uns einmal in breiterem Rahmen und ausführlicher über die russische Frage und das Problem des Kommunismus unterhalten könnten.

Ich glaube, daß die sogenannte Zeitenwende in der Beurteilung Stalins auch darin besteht, daß man bei uns dazu übergehen müßte, den Vorschlag, den Hermann Müller in den 20er Jahren machte, vielleicht etwas zu berücksichtigen, nämlich die falschen Manuskripte zu verbrennen. Man hat zwar damals teilweise die falschen Manuskripte verbrannt. Man hat das vielleicht auch jetzt getan. Aber immerhin wäre es ganz wertvoll, sich heute einmal mit einer Seite dieser Angelegenheit zu beschäftigen, die für uns von außerordentlicher Bedeutung ist: Die Entwicklung der russischen Revolution und vor allem der Stalinismus hat zu etwas geführt, was nicht nur die kommunistischen Parteien korrumpiert hat, die zu reinen Apparaturen einer ausländischen Machtpolitik gemacht worden sind, sondern die gesamte sozialistische Bewegung und das gesamte sozialistische Ideengut diskreditierte. Das ist die entscheidende Frage. Das haben alle die miterlebt und mitempfunden, die vielleicht selbst Kommunisten gewesen sind. Ich bin ja als Mitglied des Spartakus-

bundes aus dem ersten Weltkrieg aus dem Widerstand gegen die Kriegsbewilligungspolitik in die kommunistische Bewegung gekommen. Wir haben damals die große Perspektive gesehen, die 1918 aufgestellt wurde: daß ein agrarisches Rußland und ein industrialisiertes Deutschland zusammen einen solchen Sektor eines sozialistischen Aufbaues geben, der wirklich die Weltpolitik entscheidend beeinflussen könnte. Es ist anders gekommen bei uns; es würde zu weit führen, hier darauf einzugehen, warum.

Aber die entscheidende Frage war die: In Deutschland gingen wir einen ganz anderen Weg, einen Weg, der über gewisse Stationen bis zum Jahre 1933 führte. Dazu hat auch die Spaltung der Arbeiterbewegung beigetragen. Die Spaltung der Arbeiterbewegung in Deutschland hat einen entscheidenden großen Nachteil mit sich gebracht, daß nämlich auf einer Seite in der Sozialdemokratie ein großer Teil der führend gewesenen und der eigentlich sozialistischen Auffassungen mit den alten Manuskripten beiseitegelegt wurden und daß man immer mehr Auffassungen des Liberalismus aufgenommen hat. Das kann seine Berechtigung haben in einer bestimmten Situation. Es hat aber seine Gefahren, und diese Gefahren sind heute noch außerordentlich groß. Für uns wäre es heute von Bedeutung, einmal zu prüfen, weshalb die übliche antibolschewistische Schablone nicht genügt, von der auch Genosse Ollenhauer in seinem Referat sprach. Aber greifen wir doch einmal mit der Hand ans Herz! Die übliche antikommunistische und antibolschewistische Schablone ist auch für die Sozialdemokratie nicht das geeignetste. Auch der Kommunismus befindet sich in einem ganz neuen Milieu, und wir müssen uns auseinandersetzen mit Dingen, für die der nötige Ernst und die Kraft und die Möglichkeit gefunden werden müssen, sie wirklich genau zu studieren.

Der Kommunismus ist heute etwas ganz anderes, Genossen, als er sowohl in der Marxschen Theorie als auch zur Zeit Lenins und auch zur Zeit Stalins war. Wir werden damit rechnen müssen, daß sich verschiedene Formen des kommunistischen Aufbaues in der weiteren geschichtlichen Entwicklung ausbreiten werden, genauso wie wir damit rechnen können, daß eine Reihe von Übergangsformen zum Sozialismus teilweise von oben durch den Staat, teilweise mit anderen Methoden sich durchsetzen werden. Das entscheidende Problem ist, daß wir in all dem eine gewisse Linie durchhalten, d. h. daß wir nicht vergessen, daß heute die Schaffung einer organisierten Weltwirtschaft die wichtigste Aufgabe ist. Und eine organisierte Weltwirtschaft kann nur nach sozialistischen Prinzipien geleitet werden.

Nun, was war die entscheidende Tragik der russischen Entwicklung? Als ich im Jahre 1921 auf dem Dritten Kongreß der Komintern in Moskau war, da fühlte ich damals psychologisch und geistig, wie der ungeheuere Unterschied zwischen der Kulturstufe in Rußland und im Westen einwirkte auf die Methoden, auf die geistige Haltung, die Ideen, auf alles, was sich dort abspielte. Der Stalinismus war doch gar nichts anderes als der Versuch, die modernste Theorie auf ein barbarisches Land aufzupropfen und nun mit Peitschenschlägen dieses Land in die modernste Entwicklung hineinzuzwingen. Daß dabei der Druck von draußen eine entscheidende Rolle spielte, ist eine Selbstverständlichkeit. Es ist interessant, wie wir im Jahre 1945 noch in Stockholm untereinander diskutierten über die Frage des dritten Weltkrieges. Ich sagte damals, der dritte Weltkrieg wird kommen, wenn nicht entweder in den Vereinigten Staaten oder in der Sowjetunion entscheidende strukturelle Veränderungen

vor sich gehen. Wir stehen erst am Anfang solcher struktureller Veränderungen, zunächst nur im Osten. Sie werden auch anderswo eintreten und eintreten müssen. Wir müssen sie genau beobachten. Man hat damals gesagt, als der Stalinismus all das entwickelte, was den humanitären Gedanken des Sozialismus mit Füßen trat: Lieber ein progressiver Kapitalismus als ein barbarischer Kommunismus. Und diese Stellungnahme ist auch zu verstehen. Man sagte weiter: Wenn das, was in Rußland jetzt gemacht wird, Sozialismus ist, dann sind wir keine Sozialisten mehr! Aber das war nicht mehr das, was man im Westen unter Sozialismus sich vorgestellt hat. Entscheidend für den Stalinismus ist die Auffassung: Der Zweck heiligt die Mittel; der Zweck bestimmt das Schicksal des Menschen; der Mensch ist ein notwendiges Opfer der Entwicklung; ganze Generationen können nur als Treppenstufen benutzt werden. All diese Theorien müssen abgelehnt werden und sind abgelehnt worden, und diejenigen von uns, die früher Kommunisten waren, sind vielleicht gerade deshalb aus dieser ganzen Bewegung herausgegangen. Das ist gar nicht so leicht und so einfach; denn der Kommunismus umfaßt seine Anhänger wie eine Kirche ihre Glaubensgenossen. Aber wenn die Frage mit dem Gewissen zu entscheiden war, dann galt es, ob die westliche Humanität entscheidend war, oder ob man alles der Diktatur unterordnen kann (Glocke).

Wenn wir heute diese ganze Entwicklung überblicken, müssen wir uns vor allem darüber klar sein, daß heute die Fortsetzung des kalten Krieges auch innerhalb der Parteien beendet werden muß. Das ist auch eine ernste Frage, die man sich überlegen muß. Wir müssen aber aus dieser Parteipolitik herauskommen, nicht etwa in Form einer Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei. Die ist hoffnungslos, wie sie es früher war. Es wäre wahrscheinlich für Rußland und den Kommunismus in den Ländern, wo er an der Macht ist, besser, wenn es in den anderen Ländern keine kommunistischen Parteien gäbe; denn die verhindern zu einem großen Teil die sachliche Stellungnahme gerade auch von sozialistischer Seite zu allen Fragen, die Rußland, Jugoslawien und die anderen Länder des Ostens betreffen.

Um noch ein letztes hinzuzufügen: Ich glaube, wir sollten in der Tat in der Frage der Wiedervereinigung doch versuchen, von der reinen Theorie wegzukommen. Wir haben das alles schon gesagt. Aber man sollte sich einige Punkte vielleicht merken und als Ziel sehen. Ich habe mir heute früh einige solche Punkte notiert. Wenn der Herr Vorsitzende es mir gestattet, werde ich sie noch vorlesen.

Zunächst einmal glaube ich, daß wir folgende Voraussetzungen mit der Ostzone aufstellen müssen: 1. Beseitigung der meistkompromittierten Nutznießer und Mittäter des Stalinregimes, 2. Entlassung aller politischen Gefangenen und Revision der Prozesse seit 1945, 3. Freiheit der Diskussion zwischen den Zonen und in den Zonen, was zugleich bedeutet Wiedezulassung politischer Parteien in der Ostzone.

Das ist die eine Seite. Aber auch auf westlicher Seite sind einige Forderungen zu erfüllen. (Glocke des Vorsitzenden) — Noch einige Minuten.

Von westlicher Seite wäre zu fordern der Abbau der prinzipiellen antibolschewistischen und antikommunistischen Haltung, die ausgesprochen imperialistische Konterrevolutionäre in einen Topf zusammenwirft mit Demokraten, selbst Sozialdemokraten. (Erneutes Glockenzeichen.)

Vorsitzender Steinhoff: Genosse Rück, ich muß bitten; ich kann keine Ausnahme machen!

Das Wort hat der Genosse Walter Möller, Frankfurt am Main. Ihm folgt der Genosse Bartsch aus Mölln.

Walter Möller (Frankfurt a. M.): Genossinnen und Genossen! Es hat in unserer Partei in den letzten Monaten eine Diskussion über die Berechtigung des Ja unseres Parteivorstandes und der Fraktion zu den zweiten Grundgesetzänderungen gegeben. Ich möchte sagen, daß bestimmte Vorwürfe ungerechtfertigt sind; denn im Grunde ist dieses Ja von der Mehrheit des Parteitages in Berlin herausgefordert worden, und zwar gegen den Willen einer beachtlichen Minderheit, zu der auch ich mich zähle. Die Frankfurter Genossen, für die ich das Wort genommen habe, kritisieren nicht so sehr die sachliche Entscheidung als vielmehr die Form unserer Opposition gegen den Kanzler und seine Getreuen.

Genossen! In den Debatten etwa über die zweite Grundgesetzänderung und auch in der Debatte über die Wiedervereinigung, die wir erlebt haben, sah man Genossen fast verzweifelt vor den Lautsprechern sitzen und fragen: Wo bleibt denn unser Mann voller politischer Leidenschaft, der dem Kanzler Worte und Thesen entgegenschleudert, die der Tradition, dem Selbstbewußtsein und dem Stolz der deutschen Arbeiterbewegung wirklich angemessen sind!

Genossinnen und Genossen! Ein offenes Wort und ein Wille zur politischen Macht sind Dinge, die wir leider viel zu oft vermissen mußten. (Vereinzelter Beifall.)

In der letzten Woche war das anders. Da spürte man wieder bei vielen Mitgliedern, daß sie stolz darauf waren, Sozialdemokraten zu sein, als Ollenhauer, Herbert Wehner und Erler mit dem Kanzler in einer Art abrechneten, daß wirklich die Herzen höher schlugen, und wir haben nirgends ein Wort der Kritik gehört, daß in dieser Weise im Bundestag mitgearbeitet wurde. Wir haben im Bundestag gehört, wie Herr Kiesinger von der CDU den gehässigen Verdacht aussprach, das sei alles nur passiert, um diesen Parteitag psychologisch vorzubereiten. Genossen! Ich glaube, dieser Verdacht kann sehr leicht zerstreut werden; denn ich bin überzeugt, daß Herr Kiesinger in dem vor uns liegenden Jahr diese Herausforderung noch bedauern und, da er im übrigen auf ein gepflegtes Äußeres Wert legt, sicher auch auf natürliche Weise zu einigen grauen Haaren kommen wird.

Genossen! Wir fragen uns, wie kommen wir voran und was soll künftig geschehen! Dabei stehen wir eindeutig auf der Seite derer, die von dem Parteivorstand und der Fraktion erwarten, daß in einem kommenden Bundestag, wenn es die Mehrheitsverhältnisse erlauben, die Wehrpflicht aufgehoben wird (Beifall).

Genossen! Vor zwei Jahren haben wir in Berlin uns auch über den besten Weg zur Wiedervereinigung unterhalten. Inzwischen ist sehr viel geschehen, und es hat sich herausgestellt, daß dieser Weg nie das Ergebnis eines militärischen oder moralischen Drucks auf die Kommunisten, sondern nur das Ergebnis von Verhandlungen auf der Basis eines fairen Angebots sein kann, das die Interessen beider Seiten berücksichtigt. Aber damit sind wir auch zur Entscheidung aufgerufen, mit wem sind wir bereit zu verhandeln. Wir

haben auf diesem Parteitag 10 Anträge, die das Problem der Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow berühren. Der Genosse Ollenhauer hat einiges gesagt, das ich voll unterstütze, aber durch einige Gesichtspunkte ergänzen möchte.

Einige CDU-Größen posaunen heute mutig in die Welt hinaus, sie seien bereit, sich mit dem Teufel über die Wiedervereinigung zusammenzusetzen, aber wenn es um die praktische Politik geht, sind sie nicht bereit, ihren Botschafter in Moskau anzuweisen, die 500 Meter vom Hotel Metropol bis zum Kreml zurückzulegen. Wie war es aber, als der Kanzler in Moskau war? Er war bereit, über die Frage der 9000 Kriegsgefangenen auch mit den Vertretern der DDR zu verhandeln. Ich stelle offen die Frage, warum ist er nicht bereit, auch über die Frage der Befreiung der 18 Millionen Menschen gleiche Verhandlungen aufzunehmen. Liegt es daran, daß der Kanzler sich von der Freilassung der 10 000 einen politischen Erfolg versprach und von der Befreiung der 18 Millionen eine politische Niederlage befürchtet, gleichgültig, ob die Wiedervereinigung kommt oder nicht; der Kanzler hat mit der Ratifizierung der Pariser Verträge direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow unvermeidlich werden lassen. Er weigert sich zwar, diese Konsequenz seiner eigenen Politik zu ziehen und verhartet in völliger Untätigkeit. Aber wir Sozialdemokraten müssen handeln; denn, wir wissen es, die Menschen in Leipzig oder Dresden sehen in unserer Partei ihre letzte Hoffnung, und zwar mit Recht. Wir müssen die SED zum Gefangenen ihrer eigenen Propaganda machen. Eine, ich möchte sagen, eine Flut demokratischer und sozialistischer Ideen müßte sich hinter den Eisernen Vorhang ergießen, wo immer nur sich eine Möglichkeit bietet, und wenn dem Genossen Ollenhauer noch ein Angebot gemacht werden sollte, im Machtbereich der SED auf einer Kundgebung zu sprechen, bin ich der Meinung, sollte er hingehen und in einer Weise mit den SED-Leuten abrechnen, daß sie es nicht ein zweites Mal wagen, an einen Sozialdemokraten heranzutreten (Beifall).

Der Genosse Fritz Erler hat vor der Beratenden Versammlung des Europarats zur Frage eines kulturellen Kontakts in sehr guter Weise Stellung genommen, indem er sagte: „Wenn wir glauben, daß ein solcher Austausch auf den Verlauf der Ereignisse drüben keinen Einfluß haben kann, dann haben wir in Wahrheit die Hoffnung auf die Bewahrung der Freiheit in der Welt aufgegeben und uns damit abgefunden, daß der Kommunismus für alle Zeiten bestehen bleibt! Daran glaube ich nicht. Diese Gesinnung der Kapitulation habe ich nicht. Ich frage dich aber, Genosse Erler, warum willst du diesen Austausch nur mit der Sowjetunion? Warum hast du die Menschen in Mitteldeutschland von diesen Gesichtspunkten ausgenommen? Glaubst du, sie seien bessere Kommunisten als die Russen selbst? Warum widmen wir uns nicht zunächst den Aufgaben, die vor der Tür liegen, und was sollen solche Proklamationen, wenn noch immer jeder, der für einen Austausch von Jugendlichen, von Theatergastspielen oder Sportvereinen zwischen beiden Teilen Deutschlands eintritt, selbst in unserer Partei als getarnter Kommunist angesehen wird.

Ich weiß natürlich, Kulturaustausch und politische Verhandlungen beruhen auf zwei verschiedenen Ebenen. Es wird behauptet, wenn wir mit Pankow verhandeln, entbinden wir die Siegermächte von ihrer Verpflichtung zur Wiedervereinigung. Auch Genosse Ollenhauer hat dieses Argument stark in seine Rede eingebaut. Ich frage, wieso! Wenn wir verhandeln, ziehen wir

im Grunde nur die Konsequenz daraus, daß die Siegermächte trotz ihrer Verpflichtungen keinerlei echte Taten vollbracht haben. Es war der Parteivorstand, der erkannt hat, daß alle bisherigen Angebote der Westmächte in keiner Weise ausgereicht haben, um zu einem fairen Gespräch über diese Dinge zu kommen. Was sollen die Westmächte auch tun? Etwa die Wiedervereinigung zur Vorbedingung der Abrüstung machen? Das ist weder in ihrem noch im deutschen Interesse, militärische Drohungen sind nicht mehr modern. Das läßt die Russen auch kalt. Oder kann man erwarten, daß die Westmächte die glücklich mit Hilfe des Kanzlers durchgesetzten 500 000 westdeutschen Soldaten wieder aus ihrem Paktsystem entlassen? Das wäre der Mindestpreis, der für die Wiedervereinigung zu zahlen ist. Nein, Genossen! Die Verpflichtung der Siegermächte in den Verträgen steht leider im Widerspruch zu vielen ihrer eigenen Interessen, und sie hilft uns praktisch keinen Schritt weiter. Darum müssen wir wissen, was wir wollen, und wir müssen die SED zur Stellungnahme zwingen. Die Zeiten, auf die noch manche spekulieren, in denen die Hoffnung bestand, daß Moskau unter gewissen Umständen bereit sei, die SED zu desavouieren und über ihren Kopf hinweg zu verhandeln, sind seit Februar 1955 vorbei. Niemand, Genossen, wird uns den Weg zur Wiedervereinigung pflastern, wenn wir ihn nicht selbst finden (Glocke.)

Natürlich hat jede Politik ihre Risiken. Aber wir können nicht warten. Die Ara Adenauer geht zu Ende. Neue politische Akzente drängen aus der stickigen Bonner Atmosphäre ins Freie, und andere stehen nur zu sichtbar bereit, die Früchte unserer jahrelangen Politik selbst zu ernten. Darum müssen wir bedeutend schneller, mutiger und offensiver gegen die Kommunisten reagieren. Fordern wir Adenauer und Ulbricht auf, für die bessere Zukunft eines einigen Deutschland abzutreten — ich bin überzeugt, die ganze Partei wird hinter dem Vorstand und die Mehrheit des deutschen Volkes wird hinter der Partei stehen (Beifall).

Hans-Werner Bartsch (Möln): Genossinnen und Genossen! Der Genosse Ollenhauer stellte die Forderung auf, aus der Debatte innerhalb der Sozialdemokratie über die Beteiligung der SPD-Bundestagsfraktion an dem Wehrgesetz müsse das Argument verschwinden, daß erst die durch die Beteiligung und Mitzustimmung der Mehrheit der Bundestagsfraktion der SPD möglich gewordene Grundgesetzänderung im März 1956 die Einführung der Wehrpflicht ermöglicht hätte. Ich möchte dazu die Gegenfrage stellen, wie diese Behauptung, daß bereits durch die Grundgesetzänderung von 1954 die Einführung der Wehrpflicht möglich gemacht wurde, sachlich begründet wird. Es ist eine Tatsache, daß sowohl unter unseren Mitgliedern wie auch unter unseren Wählern der Eindruck besteht, die SPD habe ungewollt die Hand dazu gegeben, daß die Einführung der Wehrpflicht möglich wurde. Es genügt nicht, festzustellen, daß es eine Tatsache ist, daß bereits durch die Grundgesetzänderung von 1954 dies geschehen ist, sondern das muß in unserer Mitgliedschaft und in der Wählerschaft deutlich gemacht und sachlich begründet werden, daß die Pauschaländerungen vom März 1954 bereits die Einführung möglich gemacht haben und die Beteiligung der SPD an den Wehrgesetzänderungen lediglich ein Zurückziehen der Pauschaländerungen zu bestimmten Einzeländerungen war. Ich meine, damit würde auch dem Eindruck begegnet, der weithin unter unseren Anhängern und in unserer Mitgliedschaft besteht, als sei das Nein

der SPD-Bundestagsfraktion wankend geworden, und dazu möchte ich dem Genossen Ollenhauer sagen, daß das Nein der 20 bei der letzten Grundgesetzänderung diese Aufgabe erfüllte. Vom Kreis Lauenburg bin ich ausdrücklich auch deswegen delegiert worden, um diese 20 Nein-Stimmen zu stützen und damit das Nein der Bundestagsfraktion zu jeglicher Wehrpflicht und zu jedem Wehrwillen in unserem Volk auszudrücken (Beifall).

Noch zu einem zweiten Punkt möchte ich einiges sagen. Es erschien nach dem Referat des Genossen Ollenhauer so, als stünden direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow in Widerspruch zu der Verantwortung der vier Mächte für die Wiedervereinigung Deutschlands. Ich meine, wir müßten hier die Realität sehen: an der Tatsache, daß die Forderungen der Sowjetunion diese direkten Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow mit zu der Grundvoraussetzung gemacht haben, können wir nicht vorbeikommen. Es ist Aufgabe unseres Parteitages, einen Weg zu erarbeiten, wie diese beiden Dinge miteinander zu vereinigen sind, die Forderung der Sowjetunion auf direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow und das Bestreben, die vier Großmächte nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Es war mir eine Freude, aus Anlaß der Genfer Konferenz in einer Zeitung von einer Rede des Genossen Carlo Schmid zu lesen, in der er etwa sagte, daß man den Vorschlag machen sollte, die vier Großmächte beauftragen die Regierung in Bonn und die Regierung in Pankow zu direkten Verhandlungen; auf diesem Wege sei gleichzeitig die damit nur allzu leicht verbundene völkerrechtliche Anerkennung beider Regierungen gegenseitig aufgehoben. Von diesem Vorschlag des Genossen Carlo Schmid, den ich selbst gleichzeitig in einer Zeitung veröffentlicht hatte, habe ich nichts wieder gelesen. Ich meine, es wäre auch etwas anderes, wenn wir rein informativ mit der SED, der Regierung Pankow, uns aussprechen und sie zu einer Stellungnahme zwingen: Welches sind nun eure realen Forderungen für das Programm einer Wiedervereinigung? Damit würden wir zugleich die reale Grundlage für ein Wiedervereinigungsprogramm, das bereits auf dem Parteitag 1954 in Berlin angekündigt worden ist, schaffen, und wir könnten die SED zu einer Stellungnahme darüber zwingen, welches denn die sozialistischen Errungenschaften sind, die sie gewahrt wissen will. Wir würden auch unsere eigene Stellungnahme zu diesen sozialistischen Errungenschaften klar präzisieren können. Damit würde der Gegensatz, in dem wir zu dem Pankower Regime stehen, klar und eindeutig auf diesen einen Nenner gebracht werden: Es ist das Einparteiensystem drüben, es ist die Diktatur drüben, die uns trennt, aber nicht irgendwelche sozialistischen Forderungen, die ihr dort drüben verwirklicht zu haben glaubt; nur so können wir auch aus dem antikommunistischen Ressentiment herauskommen, in dem wir weithin befangen sind, als sei mit dem Kommunismus einfach alles in Bausch und Bogen abgetan und damit zugleich auch der Sozialismus abgeschrieben. Daß das nicht der Fall ist, — (Unruhe und Zurufe) — Die Frage der freien Wahl ist in dem Augenblick klar und eindeutig, wo wir unsere Gegnerschaft gegen die Diktatur, gegen das Einparteiensystem, eindeutig und nicht nur mit antikommunistischen Worten zum Ausdruck bringen, sondern genauso gegen alle in der Richtung des Einparteiensystems liegenden Beschränkungen der Freiheit im Westen, etwa im Franco-Regime, aber auch in der 5-Prozent-Klausel im Bundesgebiet Stellung nehmen. Wenn wir die Demokratie wollen, müssen wir sie ganz und eindeutig wollen.

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat Genosse Fritz Baade.

Fritz Baade (Kiel): Genossinnen und Genossen! In der Resolution, die der Parteivorstand und der Parteiausschuß uns in Antrag 95 vorgelegt haben, steht ein Satz von erfreulicher Klarheit, der hier auf dem Parteitag und im deutschen Volk viele Herzen höher schlagen lassen wird, nämlich der Satz: „Das Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, die verfehlte Außen- und Wehrpolitik umzugestalten, ihre bestehenden vertraglichen Verpflichtungen im Einvernehmen mit den Vertragspartnern zu revidieren und das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben. Die Sozialdemokratische Partei ruft das deutsche Volk auf, ihr bei den nächsten Wahlen die für die Erreichung dieses Zieles notwendige Stärke zu geben.“

Damit, Genossinnen und Genossen, ist der Wahlkampf von 1957 eröffnet. Wir sind der Bundestagsfraktion der CDU gegenüber in der Lage, mit gutem Gewissen zu erklären: Die Wehrpflicht, die ihr, die ihr nicht mehr die Mehrheit des deutschen Volkes darstellt, beschlossen habt, ist keine unabänderliche Tatsache, das deutsche Volk wird die Entscheidung darüber nochmals in die Hand nehmen. Und wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, daß wir durch unsere Verzögerungspolitik bei den EVG-Verträgen und bei den Militärgesetzen dem deutschen Volk dazu die Gelegenheit gegeben haben. Denn nur durch unseren zähen Widerstand ist erreicht worden, daß das Wehrgesetz aller Wahrscheinlichkeit nach am Tage der Wahl noch auf dem Papier steht und daß vor der Wahl von 1957 kaum Soldaten eingezogen werden können. Aber dem Parteitag liegen Anträge vor, die darüber noch hinaus gehen und die neue Bundestagsfraktion bezüglich der Koalitionsverhandlungen binden möchten. Genossinnen und Genossen! Ich habe für diese einer ernsten und ehrlichen Sorge entspringenden Anträge Verständnis. Das Schreckgespenst, das hinter allen Sozialdemokraten, welche die Weimarer Republik miterlebt haben, steht, der traurige Fall „Panzerkreuzer statt Kinderspeisung“, hat diese Sorge entstehen lassen. Es ist die Erinnerung an die schreckliche Tatsache, daß die Sozialdemokratie einmal, im Jahre 1928, einen Wahlkampf geführt hat unter dem Motto: nicht einen Panzerkreuzer zu bauen, sondern Kinderspeisungen zu finanzieren, und dann, als sie auf Grund des günstigen Ergebnisses dieser Wahl Regierungspartei und Koalitionspartei geworden war, den Bau des Panzerkreuzers nicht verhindert hat.

Da ich sicher einer der ganz wenigen Delegierten dieses Parteitags bin, die dieses Ereignis aus nächster Nähe miterlebt haben, habe ich das Bedürfnis, euch ein paar Worte dazu zu sagen: Glaubt nicht an die Legende, daß sich der Fall „Panzerkreuzer statt Kinderspeisung“ nochmals ereignen könnte. Die Situation von 1957 und 1958 hat in dieser Beziehung nicht die geringste Ähnlichkeit mit der Koalitionssituation von 1928! Ich war damals noch nicht Reichstagsabgeordneter, sondern bin es erst 1930 geworden; aber ich war wissenschaftlicher Berater der Reichstagsfraktion als einer der Vorsitzenden der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, zusammen mit Fritz Naphtali, der heute Wirtschaftsminister in Israel ist, und ein enger Berater von Rudolf Hilferding. Naphtali und ich haben damals dringend geraten, die Mittel für den Panzerkreuzer nicht zu bewilligen. Ich halte auch heute noch das, was damals geschehen ist, für einen der schwersten Fehler, die die Sozialdemokratie in jener Zeit begangen hat. Aber die Gerechtigkeit gebietet, festzustellen, daß die Situation so war, wie es Hermann Müller als Reichskanzler in

der Reichstags Sitzung vom 15. 11. 1928 dargelegt hat: Der Bau des Panzerkreuzers war bereits von dem vorangegangenen Reichstag und der vorangegangenen Reichsregierung beschlossen worden. Auch der Reichsrat, in dem wir über Preußen eine ziemlich starke Machtstellung hatten, hatte sich schon vor der Wahl damit abgefunden und nur noch verlangt, daß noch einmal geprüft werden sollte, ob für die 9,3 Mill. RM — bitte haltet diese Zahl fest und vergleicht sie mit den vielen Milliarden DM, die das 500 000-Mann-Heer kosten soll — Deckung im Etat vorhanden war. Diese Frage mußte bejaht werden, und leider hat das Kabinett aus diesen sehr formalen und meinem Gefühl nach nicht ausreichenden politischen Gründen dem Bau des Panzerkreuzers zugestimmt.

Vergleicht diese Situation von 1928 mit der Situation, vor der ein sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender im Jahre 1957/58 bei Koalitionsverhandlungen stehen wird und vor die, wenn die Koalition zustande kommt, ein sozialdemokratischer Finanzminister in einem Kabinett der großen Koalition im Jahre 1957/58 gestellt sein wird! Die 9,3 Mill. RM im Jahre 1928 waren da, die vielen Mrd. DM, um welche die Kosten eines 500 000-Mann-Heeres über die Etatvoranschläge hinausgehen werden, sind nicht da. Sie müßten erst durch neue Steuern beschafft werden. Eine Wiederholung des Unglücks „Panzerkreuzer statt Kinderspeisung“ ist schon dadurch ausgeschlossen, daß das 500 000-Mann-Heer heute gerade auch finanziell noch völlig auf dem Papier steht. Es gibt nur einen einzigen Finanzierungsplan dafür, und dieser Plan ist das unsolideste Kartenhaus, das ich jemals in der Finanzgeschichte kennengelernt habe, nämlich der Juliusturm des Herrn Bundesfinanzministers Schäffer. Der Herr Bundesfinanzminister rechnet folgendermaßen: In den nächsten vier Jahren stehen je 9 Mrd. DM, also 4mal 9 Mrd. DM = 36 Mrd. DM, im Verteidigungshaushalt. In den ersten zwei Jahren spare ich jeweils 5 Mrd. DM, weil ich sie nicht brauche, da ja erst die Kader aufgestellt werden müssen. Diese Ersparnisse lege ich in den Juliusturm und kann dann im Jahre 1958, wenn das Heer Wirklichkeit ist, zusätzlich zu den 9 Mrd. DM, die im Haushalt stehen, weitere 10 Mrd. DM aus diesem Spartopf nehmen.

Mancher von euch wird die Diskussion gelesen haben, die ich mit Herrn Schäffer in der Wochenzeitung „Die Zeit“ über diese Berechnungen geführt habe. Ich habe dort dargelegt, daß der Herr Bundesfinanzminister an ein Märchen glaubt, wenn er annimmt, er könne Budgetüberschüsse im Jahre 1955 und im Jahre 1956 für die Finanzierung künftiger Militärausgaben horten, um sie später auszugeben. Mit dieser Feststellung befinde ich mich in Übereinstimmung mit der gesamten deutschen Wirtschaftswissenschaft. Der Wissenschaftliche Beirat seines eigenen Ministeriums hat Herrn Schäffer bescheinigt, daß künftige Wehrausgaben nicht durch Entnahmen aus papierernen „Ersparnissen“ bestritten werden können, sondern daß sie in voller Höhe aus künftigen Steuern aufgebracht werden müssen. Das Geld, das im Juliusturm angesammelt worden ist, ist so viel wert, als wenn es vor den Augen der Steuerzahler öffentlich auf einem Scheiterhaufen verbrannt worden wäre. Wenn der Finanzminister der Jahre 1958 und 1959 die Kosten für das 500 000-Mann-Heer aufbringen will, so muß er die Steuern erhöhen oder sogar neue Steuern schaffen.

Und nun stelle ich mir die Gesichter der CDU-Abgeordneten im neuen Bundestag vor, die Gesichter derselben Abgeordneten, die in der vorigen Woche

triumphierend gegen uns das Wehrgesetz beschlossen haben! Sie werden sehr wenig Lust haben, im neuen Bundestag die Steuern zu bewilligen, die notwendig sein würden, um das 500 000-Mann-Heer wirklich zu finanzieren. Eine effektive Durchführung des jetzt beschlossenen Wehrdienstgesetzes würde neue Steuern verlangen, und diese Steuern müßten aus einem Sozialprodukt herausgepreßt werden, das sich nicht mehr so schön von Jahr zu Jahr erhöht, wie wir es in den letzten Jahren erlebt haben, sondern das durch die Tatsache beeinträchtigt wird, daß die Arbeitskraft von 500 000 wertschaffenden Menschen fehlen würde.

Wenn ich dies alles bedenke, so habe ich gar keine Sorge, daß sich der Fall „Panzerkreuzer statt Kinderspeisung“ wiederholen könnte. Ich bin infolgedessen dagegen, daß hier auf dem Parteitag Bindungen für die künftigen Koalitionsverhandlungen beschlossen werden. Ich kann euch, Genossinnen und Genossen, und allen draußen nur eines sagen: Gebt der neuen Bundestagsfraktion das, was sie vor allen Dingen braucht, nämlich eine recht große Stärke als Ergebnis der Wahl. Laßt sie Koalitionsverhandlungen ohne gebundene Marschrouten führen und nur mit dem Auftrag, der heute hier beschlossen werden wird, nämlich das Wehrgesetz wieder abzuschaffen. Dann könnt ihr sicher sein: Es wird niemals in der deutschen Geschichte wieder einen Fall „Panzerkreuzer gegen Kinderspeisung“ geben.

Vorsitzender von Knoeringen: Es spricht der Genosse Weishäupl aus München.

Karl Weishäupl (München): Genossinnen und Genossen! Auch mein Beitrag bezieht sich auf die allgemeine Wehrpflicht. Der Unterbezirk München, der mich delegiert hat, begrüßt die Haltung der SPD in der Wehrpflichtdebatte; er dankt der Bundestagsfraktion für die klare, unmißverständliche Haltung. Die SPD München hat mich ersucht, obwohl eigentlich die sozialen Fragen mein Steckenpferd gewesen wären, die Verantwortlichen der Partei zu bitten, diese feste Haltung auch in Zukunft zu verfolgen.

Genossinnen und Genossen! Lassen Sie mich als einer, der als aktiver Jahrgang den zweiten Weltkrieg vom Anfang bis zum Ende, bis zum bitteren Ende, möchte ich sagen, mitgemacht hat und der zweimal verwundet wurde, gegen die allgemeine Wehrpflicht ganz einprägsam und deutlich, auch wenn einige Wiederholungen dabei sein sollten, folgendes in Stichworten sagen.

Wer die allgemeine Wehrpflicht in einem geteilten Deutschland bejaht, handelt gewissenlos. Deutschland — ich zitiere hier Erler — ist mehr denn je in diese zwei feindlichen Lager gespalten. Und ich zitiere nochmals Erler, der sagt: Die Spaltung wird durch die Wehrpflicht vertieft. Da beißt die Maus keinen Faden ab, sagen wir in Bayern. Das Hauptziel der deutschen Wiedervereinigung ist dadurch wesentlich erschwert worden. Damit ist die Politik der Stärke und der Drohung, die seit Jahren vertreten wird, einfach sinn- und nutzlos. Ich bin überzeugt, schon übermorgen oder vielleicht schon morgen wird drüben im Osten ebenfalls die Wehrpflicht eingeführt, auch wenn Herr Ulbricht das gegenwärtig dementiert. Die kasernierten jungen Menschen in der Ostzone werden dann KP-Führungsoffizieren ausgeliefert sein. Wir haben das ja bis 1945 mit den NS-Führungsoffizieren erlebt. Diese ideologische Vergiftung wird die Jugend in der Ostzone, nach meiner Auffassung, tödlich treffen.

Es gibt auch keinen Zweifel darüber, daß die Wehrpflicht eine Einschränkung der persönlichen Freiheit bedeutet, und wir sind überzeugt, daß überholte militärische Vorstellungen, weil man in der kurzen Zeit nicht umlernen konnte, aus der Mottenkiste hervorgeholt werden und daß die alten Argumentationen wieder laut werden — man hört sie ja schon wieder —, daß das Militär die beste Schule sei, daß nur das Militär ordentliche, aufrechte Menschen schaffe und zu Verantwortungsbewußtsein erziehe usw. Auch die Begriffe Vaterland, Tapferkeit, Ehre usw. werden sicher wieder überbewertet werden. Wir glauben deshalb, daß die Auswirkung der Wehrpflicht auf die Spaltung Deutschlands katastrophal sein wird. Das Wehrpflichtgesetz paßt nicht in das gegenwärtige politische Gefüge, und ich glaube, Deutschland wird sich damit sicher in eine Art Isolierung begeben. Nach meiner Meinung wären wir mit 200 000 gutausgebildeten Berufssoldaten ausgekommen. Ohne die Wehrpflicht hätte sich auch ein Gespräch mit Moskau über die Wiedervereinigung in Freiheit leichter eröffnen lassen, als das jetzt der Fall ist. Mit einem Wehrpflicht-Heer von 500 000 Mann kann ein massierter Angriff der Russen doch nicht aufgehalten werden, auch davon sind wir überzeugt. Ich glaube auch, daß die Einführung der Wehrpflicht die demokratische und vor allem die soziale Entwicklung beeinträchtigt. Wer weiß, ob die Wehrpflicht nicht bestimmten neofaschistischen Tendenzen neuen Auftrieb geben wird! Ich glaube auch, die Wehrpflicht ist — vielleicht kann man das mit Einschränkung sagen — immer so lange ein Unsinn, solange hinter ihr kein klarer Staatsbegriff steht, solange wir kein konkreter Staat sind und solange hinter der Wehrpflicht keine nationale Politik, gestützt auf die Arbeiterschaft, steht, sondern sich eine solche Überlegung ausschließlich auf die Interessen der westlichen Besatzungsmächte stützt.

Man sollte bei dieser Debatte meines Erachtens auch erinnern an die 4 Millionen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen der letzten Kriege, die uns mahnen. Niemand wird wohl auch daran glauben, daß es militärisch möglich wäre, die Bundesrepublik davor zu bewahren, Schlachtfeld zu werden. Ich persönlich bin jedenfalls davon überzeugt, daß Deutschland ein Vorfeld ist und auch ein Vorfeld bleiben wird. Man kann nach meiner Auffassung Deutschland nicht starr an der Elbe verteidigen.

Auch der Abstand zu dem Geschehen von 1945, das hinter uns liegt, ist noch zu kurz. Viele Menschen von uns und wir selbst werden in die schwersten Gewissenskonflikte gebracht.

Vielleicht darf ich noch eines sagen, und das möchte ich den politisch Verantwortlichen zurufen: Spart doch diese Milliarden, nützt die Zeit für eine andere Fortentwicklung, nämlich für eine umfassende soziale Sicherung, legt doch die finanzielle Grundlage für bessere Ziele, sorgt doch in erster Linie für die Kriegsoffer, was bisher nicht geschehen ist, unterstützt die Wissenschaft, die auf diese Unterstützung wartet, und fördert den technischen Nachwuchs mit diesen Mitteln, baut Zentren für die vorbeugende Medizin im Sinne der Schrift des Genossen Professor Preller.

Wir sollten uns klar gegen die Wehrpflicht entscheiden, und man sollte nicht danach fragen, ob im nächsten Jahr eine Koalition mit der CDU/CSU möglich ist oder unmöglich. Ich möchte damit sagen, wir sollten nicht an uns selbst denken, sondern an das Volk, das in Frieden und Freiheit auch in Zukunft leben will. In diesem Sinn bejahen wir den Antrag Nr. 97. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Genossinnen und Genossen! Ich schlage vor, jetzt Mittagspause zu machen, und zwar bis 14.30 Uhr. Sie haben den Plan ausgehändigt bekommen, aus dem Sie ersehen können, wo Sie essen.

Ich habe noch 25 Wortmeldungen vorliegen. Sollte sich noch einer der Genossen zum Wort melden wollen, so bitte ich, das jetzt wenn möglich noch schnell zu machen, damit wir einen genauen Überblick haben wegen der Zeiteinteilung.

Wir treten in die Mittagspause ein.

(Die Sitzung wird um 13.00 Uhr unterbrochen.)

Nachmittagssitzung

(Beginn 14.45 Uhr.)

Vorsitzender Steinhoff: Ich bitte, die Plätze einzunehmen und die Türen zu schließen. Ich eröffne die Sitzung; wir fahren in der Tagesordnung fort. Das Wort hat der Genosse Walter Hesselbach aus Frankfurt am Main; ihm folgt der Genosse Dr. Dr. Fritz Wenzel, Braunschweig.

Walter Hesselbach (Frankfurt am Main): Zu der Rede des Genossen Ollenhauer ließe sich eigentlich die ganze grundsätzliche Diskussion des Parteitags führen. Ich möchte aber ganz bewußt mich jetzt auf einen Punkt konzentrieren, und zwar in aller Sachlichkeit, Nüchternheit und Leidenschaftslosigkeit auf die Frage der Kontaktaufnahme mit der Regierung der DDR. Man redet so außerordentlich viel von der rechtsgestaltenden Kraft des Faktischen, und wir müssen, ob wir es wollen oder nicht, in unserer praktischen Arbeit diese Tatsache immer wieder — oft sehr gegen unsere Gefühle — akzeptieren. Es besteht gar kein Zweifel, und es darf kein Zweifel daran bestehen, daß wir in der Regierung der DDR eine Unrechtsregierung, einen Unrechtsstaat sehen, und es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Staat auch dann ein Unrechtsstaat bliebe, wenn er sämtliche Zuchthäuser und Konzentrationslager öffnete. Er bliebe ein Unrechtsstaat, weil alle totalitären Staaten Unrechtsstaaten sind. Daran kann kein Zweifel bestehen.

Es kann zweitens kein Zweifel daran bestehen, daß wir freiheitlichen Sozialisten die Revolutionsbewegung des 17. Juni wie die Revolutionsbewegung der Arbeiter in Posen mit heißem Herzen verfolgt haben und ihnen mehr Erfolg wünschten, als sie bisher hatten.

Es kann zum dritten kein Zweifel darüber bestehen, daß es eine Gemeinschaft zwischen freiheitlichen Sozialisten und Kommunisten nicht geben kann und nicht geben darf. Das sei grundsätzlich und unmißverständlich festgestellt.

Auf der anderen Seite, Genossen und Genossinnen, ist die DDR eine Realität, eine Realität wie die UdSSR, die Volksdemokratien und die Volksrepublik China Realitäten sind. Und so steht die Tatsache im Raum, daß die Regierung der UdSSR der Regierung der DDR eine Quasi-Souveränität eingeräumt und verschiedentlich erklärt hat, es sei Sache der Deutschen, die Gespräche über

die Wiedervereinigung zu führen. Es wird behauptet, Genossinnen und Genossen, daß solche Gespräche von vornherein sinnlos seien. Es wird gesagt, daß sie seitens der UdSSR keine Beachtung finden könnten; und es wird zum dritten gesagt, daß wir von seiten der Westmächte unter Umständen Repressalien zu befürchten hätten. Auch wird gesagt, von der westdeutschen Bevölkerung würde ein solcher Versuch der Gesprächsaufnahme schlecht aufgenommen. Und es wird zuletzt gesagt, daß die Aufnahme eines solchen Gesprächs zu irgendeinem Zeitpunkt die UdSSR von ihrer Verpflichtung, die sie zusammen mit den anderen Mächten in der Frage der Wiedervereinigung hat, entbinde. Ich möchte meinen, daß diese Behauptungen reine Hypothesen sind, die bisher durch nichts bewiesen wurden. Ich glaube, daß, wenn die Gesprächsaufnahme auch zu nichts anderem führen würde, als daß sie offenkundig machte, daß diese Hypothesen richtig sind, daß sie allein dann schon ein Erfolg wäre, weil wir dann nicht mehr auf unbewiesene Hypothesen angewiesen sind, sondern auf erkannten und sich ergebenden Tatsachen aufbauen können. (Zuruf: Dann hast du aber schon Pech angefaßt!)

Weiter, Genossinnen und Genossen, bin ich der Meinung — man kann sich zwar bemühen, das nicht zu sehen, man will es auch da und dort nicht sehen —, daß die außerordentliche Gefahr besteht — ich sage das nach sehr reiflicher Überlegung und nicht aus Freude an der Opposition —, daß man bei der Bevölkerung in die Reihen derjenigen hineinmanövriert wird, die die Wiedervereinigung lediglich als Propagandadeklamation gebrauchen. Ich brauche nicht zu sagen, daß wir nicht zu diesen Kreisen gehören; aber ich sage, es besteht die Gefahr. Ich möchte nun auf gar keine Weise so mißverstanden werden, daß ich zu denen gehöre, die glauben, hier und jetzt oder in allernächster Zeit müßten Verhandlungen mit der DDR mit dem Ziel der Wiedervereinigung geführt werden. Das ist nicht meine Absicht. Ich glaube, das wäre auch zur Zeit politisch falsch. Ich bin der Meinung, daß solche Verhandlungen in erster Linie mit der UdSSR und den anderen Mächten zu führen sind. Aber ich halte es für genau so falsch, Genossinnen und Genossen, heute, auf Hypothesen aufbauend, ein für allemal und für alle Zeiten zu erklären, daß man nicht gewillt sei, mit der Regierung der DDR überhaupt Gespräche zu führen. Wir wissen nicht, welche Situation sich morgen, übermorgen und in den nächsten Jahren ergeben wird. Wir müssen die politische Elastizität behalten; nur darum geht es, und nicht um die Frage, jetzt und hier etwas zu tun. Es geht also um die Forderung, nicht jetzt und hier zu sagen: Niemals. Wenn ich dieses Niemals falsch verstanden haben sollte, wäre die Interpretation auf diesem Parteitag schon von außerordentlicher Bedeutung.

Ich glaube, daß die Sozialdemokratische Partei die Aufgabe hat, Pankow zu einer ganz klaren Stellungnahme zu zwingen. Durch diese Initiative nämlich erschüttert sie das System von drüben, und durch diese Initiative fördert sie die Wiedervereinigung. Ich betone nochmals: Derartige Gespräche können und werden nicht die großen Mächte aus ihrer Verantwortung entlassen, sondern sie können, richtig geführt, im Gegenteil die großen Mächte gerade an ihre Verantwortung erinnern. Ich bin der Meinung, wir machen in der Frage der Wiedervereinigung zu wenig Unruhe. Wir machen viel zu wenig Unruhe, die die vier Mächte bewegen könnte, diese Frage einmal mit allem Nachdruck anzufassen (Beifall). Die Wiedervereinigung ist keine nationale

Frage. Sie ist eine Lebensfrage für den freiheitlichen Sozialismus, eine Lebensfrage auch für den Protestantismus und eine Lebensfrage für Europa und die gesamte freie Welt. Man kann hier auf die Dauer eine Politik nicht mit Sentiments und Moralisieren führen. Man muß diese Dinge ausschalten.

Genossen und Genossinnen! Rein gefühlsmäßig hassen wir in unseren Kreisen jede Form des Totalitarismus. Wer haßte ihn nicht? Wer möchte nicht rein gefühlsmäßig sagen: Wir wollen nichts, aber auch gar nichts mit denen zu tun haben. Wen faßte nicht der heiße Zorn, wenn er an die unterdrückten Genossen, an die unterdrückten Sozialisten denkt, die wir heute repräsentativ begrüßen dürfen, und sie sieht! Aber ich glaube, daß diese Gefühlsbewegungen, dieser heiße Zorn, nicht immer und zu jeder Zeit die richtige Grundlage für eine gute und erfolgreiche Politik sind. Die Wiedervereinigung ist eine so bedeutsame Frage; sie ist keine Frage der Taktik, sondern eine Frage der Notwendigkeit und eine Frage der Befreiung von 17 Millionen Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs. Wir sind ja in unseren Auffassungen gar nicht so außerordentlich weit auseinander. Wir alle haben den gleichen Wunsch und den gleichen Willen, und ich möchte mich zwischen die beiden streitenden Seiten stellen. Ich meine, daß die Hypothesen der einen wie der anderen Seite nicht bewiesen sind. Ich glaube, daß man alle Türen und alle Möglichkeiten offenhalten muß. Und aus diesem Grunde, und nur aus diesem Grunde, möchte ich, Genossinnen und Genossen, — und damit es jetzt auf diesem Parteitag gesagt ist — beschwörend sagen: Verbaut nicht aus irgendwelchen Sentiments, verbaut nicht aus diesen Regungen heraus jede Möglichkeit der Gesprächsaufnahme für die Zukunft! (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Dr. Fritz Wenzel, Braunschweig. Ihm folgt der Genosse Heinz Kühn, Köln.

Fritz Wenzel (Braunschweig): Genossinnen und Genossen! Es gereicht unserer Partei zur Ehre, daß die Diskussion über die Frage der Wiederaufrüstung einen so breiten Raum in ihr einnimmt. Bei dieser Diskussion, mit welchen Argumenten sie auch immer geführt werden kann, ist ein Doppeltes klar: Erstens, unsere Partei ist Partei des Friedens von jeher, und zweitens, unsere Partei ist Partei gegen jeden Militarismus von jeher. — Das bedeutet praktisch, was auf dem Berliner Parteitag ausgesprochen wurde und was wir aus den Ausführungen des Genossen Ollenhauer heute herausgehört haben und was etwa auch vom Parteitag 1929 in Magdeburg formuliert wurde: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verwirft den Krieg als Mittel der Politik.

Genossen und Genossinnen! Das ist aber genau der eigentliche Sinn des politischen Pazifismus. Über den Pazifismus wird manchmal auch in großen Zeitungen bei uns reichlich dummes Zeug zusammengeschrieben. (Zuruf: SOS!)

Es ist eine Tatsache, die auch auf diesem Parteitag mit Betonung ausgesprochen werden soll, daß unsere Partei eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Mitgliedern hat, die sich in diesem Sinne zum politischen Pazifismus bekennen. Diese Genossen sind keine politischen Schwärmer und keine Utopisten. Ich selbst zähle mich zu ihnen und darf sagen, es geht uns um das klare Erfassen der politischen Probleme in ihrer Realität, wie jedem anderen auch.

Realpolitik kann nicht an den Gegebenheiten der Wirklichkeit vorbeigehen. Eine die Wirklichkeit der politischen und der gesamt menschlichen Situation betreffende Frage ist die, ob man heute noch die menschliche Freiheit und die menschliche Sicherheit wirklich mit Waffen verteidigen kann und ob dann, wenn man das nicht mehr kann, die Aufrüstung — in welcher Form auch immer — und eine Mitbeteiligung dabei — in welcher Form auch immer — nicht sinnlos sei. Wir Pazifisten antworten auf diese Frage mit einem eindeutigen Nein. Nun gut! Diejenigen unter uns, die die restlose Gültigkeit unserer Antwort bezweifeln mögen, sind aber doch mit uns völlig einig, wenn wir sagen: In einem gespaltenen Deutschland jedenfalls werden wir jeden Versuch, Einheit und Freiheit mit der Waffengewalt zu erzwingen, die die Aufrüstung in Ost und West geschaffen hat, mit ihrem völligen Verlust und um den Preis eines deutschen Bruderkriegs zu bezahlen haben. Daher kommt — ob Pazifist oder nicht — unser unbedingtes Nein zur Wiederaufrüstung und zu der in der letzten Woche im Bundestag beschlossenen Wehrpflicht. Die Politik Adenauers, die uns die Politik der Verträge, die Wiederaufrüstung und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beschert hat, ist dabei ebenso aus dem Geist der Politik von gestern, wie das für jene Männer der Koalition gilt, die in dieser Frage das große Wort geführt haben, von Kiesinger über Behrendsen und Kliesing bis hin zu Manteuffel. Sie haben das zum Teil mit den uns bekannten nationalistischen Phrasen begründet. Der politische Kampf gegen den Geist von gestern wird sich in unserer Partei, besonders auch mit den jungen Genossen, weiter verstärken, und ich wünschte mir eine neue Paulskirchenbewegung gegen die eingeführte Wehrpflicht mit dem Protest und der Kampfbereitschaft aller Millionen in unserem Volk, die, auch wenn sie nicht unserer Partei angehören, doch, einig mit uns in unseren politischen Erkenntnissen, sich mit uns gegen die Wiederaufrüstung und die Einführung der Wehrpflicht wenden. Wir sollten uns dabei nicht als zu gut vorkommen, mit unseren klaren politischen Argumenten der Vernunft und der Klugheit auch die echten Gefühle, die es hier zu verteidigen und vor Verfälschung zu schützen gibt, anzusprechen, seelische Gefühle, die jeden bewegen und bestimmen, wenn es um Frieden, Freiheit und Wiedervereinigung geht; denn die andere Seite treibt rücksichtslos Mißbrauch mit solchen Gefühlen. Wir haben es in der Bundestagsdebatte erlebt. Man war stellenweise schamlos genug, echte menschliche Gefühle sogar ganz aufzuopfern nur um des Preises willen, einige junge Menschen mehr in den Zwang der Wehrpflicht zu pressen. Die Frage der Kriegsdienstverweigerung und die Lösung, die dieses Anliegen heute schon bei mehr als 100 000 Menschen gefunden hat, die sich dazu bekennen, ist dafür der beste Beweis. Die Regierungsparteien haben sich nicht gescheut, hier in der Abstimmung Entscheidungen zu fällen, die gegen den Geist und die Bestimmungen des Grundgesetzes ausgelegt werden müssen.

Sie tragen in erster Linie die Verantwortung dafür, wenn solche Stimmen lebendig werden, wie z. B. heute eine in der „Süddeutschen Zeitung“ unter der Überschrift „Lockrufe der DDR“ ein Wehrdienstgegner veröffentlicht. Dort heißt es, daß die Regierung der DDR und der Nationalrat der kommunistisch gelenkten Nationalen Front am Dienstagabend beschlossen hätten, alle durch die allgemeine Wehrpflicht unmittelbar bedrohten Jugendlichen der Bundesrepublik in einer gemeinsamen Erklärung aufzufordern, sich der Bonner

Militärdiktatur zu entziehen. — Ich sage noch einmal: Wir dürfen auch von der Verantwortung für solche Nachrichten die Regierungskreise nicht freisprechen.

Ich möchte ein zweites sagen: Diese Kreise tragen auch die Schuld daran, wenn junge Menschen, mit echter Überzeugung und guten Gründen für die Sache der Kriegsdienstverweigerung ausgerüstet, in Gefahr geraten, sich radikalisieren zu lassen oder radikal zu werden. Mit Blick auf die Entscheidungen, die selbst zu der Frage der Kriegsdienstverweigerung in der letzten Woche durch die Regierungsparteien deutlich wurden, ist das verständlich. Die Haltung der SPD seit ihrem Beschluß auf dem Berliner Parteitag und die Arbeit der Bundestagsfraktion in der Frage der Kriegsdienstverweigerung geben den jungen Menschen, den Kriegsdienstverweigerern, großes Vertrauen zur SPD. Ich glaube, neues Vertrauen wird zum alten hinzukommen, wenn die Partei die Proteste gegen die Einführung der Wehrpflicht unbeirrt weiterführt und wenn die Partei auf diesem Parteitag beschließt, was die Entschließung zur Wehrfrage beinhaltet, daß das Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, die verfehlte Außen- und Wehrpolitik umzugestalten, die bestehenden vertraglichen Verpflichtungen im Einvernehmen mit den Vertragspartnern zu revidieren und das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben. (Glocke des Vorsitzenden.) Mit der Deutlichkeit, mit der diese Forderung vortragen wird, hoffe ich, werden wir gleichzeitig auch das Ohr und die Stimme aller der Menschen in unserer Bundesrepublik bekommen, die mit der Außenpolitik Adenauers und insbesondere mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht um gar keinen Preis als Deutsche in einem gespaltenen Volk — sich einverstanden erklären können (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Heinz Kühn, Köln. Ihm folgt der Genosse Franz Marx, München. — Einen Augenblick!

Die Mandatsprüfungskommission wird aufgefordert, sich am Vorstandstisch zu versammeln und die Prüfungskarten mit Mitgliedsbuch einzusammeln, damit sie arbeiten kann.

Heinz Kühn (Köln): Genossinnen und Genossen! In geradezu rollendem Einsatz hat uns eine gewisse Presse in den letzten drei Tagen in ihren sonst nicht sehr sozialdemokratenfreundlichen Spalten mit einem wahrlich penetranten Wohlwollen überschüttet. Nie — so kann man da lesen — war die Sozialdemokratie so nahe daran, Regierungspartei zu werden, ja sogar die regierungführende Partei zu werden, wie jetzt, wenn sie nur bereit wäre, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen! Das ist, man erwartet von uns hinsichtlich des Wehrgesetzes: Ihr seid besiegt! Nun fügt euch und findet euch damit ab! Dann seid ihr regierungsfähig und ministrabel. — Hier wird der Pferdefuß dieses ganzen neugewonnenen Wohlwollens sichtbar. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, dieser Parteitag hat die Pflicht, weithin sichtbar zu bekunden, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihre künftige Haltung zum Wehrpflichtgesetz ohne jede koalitionspolitische Spekulation festlegt. (Sehr richtig! — Lebhafter Beifall.) Ich bin froh, daß die diesem Parteitag vorliegende Entschließung zur Wehrpolitik keine Zweifel läßt. Darin steht: Das verbindliche Ziel der sozialdemokratischen Politik in der Zukunft ist, das Wehrpflichtgesetz wieder

aufzuheben. Ich will nicht verhehlen: Mir und vielen Freunden wäre es richtiger erschienen, es vielleicht noch etwas unmißverständlicher und klarer zum Ausdruck zu bringen. Aber wir werden unseren weitergehenden Antrag angesichts dieser Entschliebung zurückziehen, angesichts der Tatsache, daß wir gewiß sind, daß der Parteitag sich darin einig ist, die Resolution hinsichtlich der Wiederaufhebung des Wehrpflichtgesetzes als bindende Verpflichtung des Handelns der Partei in der Zukunft zu interpretieren. Ohne koalitionspolitische Spekulationen, die anzustellen man uns — ich sagte es schon — angelegentlich anpreist. Wir müssen und dürfen nur handeln aus dieser Haltung der Glaubwürdigkeit und der Gesinnungstreue, und ich glaube auch, auf die Dauer ist Glaubwürdigkeit und Gesinnungstreue auch die beste Realpolitik, die eine Partei betreiben kann (Beifall). Wenn es richtig ist, und es ist richtig, daß Ollenhauer und alle die anderen Sprecher für uns im Bundestag gesagt haben, daß dieses Wehrpflichtgesetz ein nationales Verhängnis vom Standpunkt der Wiedervereinigung Deutschlands aus ist, wenn es „unvereinbar mit den Interessen unseres Volkes“ ist, dann muß dieses Gesetz wieder zu Fall gebracht werden, wenn uns das deutsche Volk dazu die Möglichkeit gibt. Der Kampf ist noch nicht entschieden. Er wird weitergehen in der Diskussion und in der parlamentarischen Auseinandersetzung um die Dienstzeit, in der Diskussion um die ökonomischen Konsequenzen dieser von der Adenauerschen Mehrheit verabschiedeten Gesetze, und so wird, ob wir wollen oder nicht, die Auseinandersetzung um dieses Gesetz das Herzstück der Wahlauseinandersetzung 1957 sein. Damit ist die letzte Entscheidung noch nicht gefallen. Die Sieger der Bundestagsentscheidung vom Juli dieses Jahres mögen sehr leicht, sie *müssen* die Besiegten der Wahlauseinandersetzung in der neuen Bundestagswahl 1957 werden. Es ist gesagt worden, daß man die Wehrfrage nicht überschätzen dürfe, daß sie nur eine Frage unter vielen anderen ähnlich wichtigen sei. Das ist richtig. Die Entwicklung der Preise, der Kampf um die Stabilität, die Kaufkraft unseres Geldes, alles das sind Punkte, die ebenso sehr im Mittelpunkt stehen. Aber ich glaube, die Frage des Wehrpflichtgesetzes wird eine der entscheidendsten Fragen für den Wahlausgang 1957 sein, und bin sicher, daß wir dabei die großen Massen des Volkes hinter uns haben. Ich bin nicht der Auffassung, daß die Meinungsbefragungsergebnisse immer ganz frei von Problematik sind. Ein englischer Politiker hat einmal gesagt, man benutze oft Statistiken wie Betrunkene Laternenpfähle, nicht zur Erleuchtung, sondern, um sich daran festzuhalten. So werden Statistiken oft mißbraucht. Aber einen Tatbestand gibt es in allen Statistiken der Meinungsbefragter: Daß die junge Generation Deutschlands in überwältigender Mehrheit gegen das Wehrpflichtgesetz steht. Nicht einmal 25 Prozent wünschen die Wehrpflicht.

Nun, Genossen, ich möchte nicht, daß wir dieses Problem ausschließlich oder überhaupt unter propagandistischen Gesichtspunkten entscheiden. Dafür ist die Frage zu ernst. Wir müssen sie beurteilen aus einem Mindestmaß an Illusion und aus einem Höchstmaß an Verantwortung.

Mindestmaß an Illusion — auch das lassen Sie mich hier sagen — erfordert, daß wir erkennen, daß es, solange es diese Mehrheit im Bundestag gibt, nicht möglich sein wird, den demokratischen Charakter militärischer Institutionen endgültig und dauerhaft zu sichern, unabhängig davon, ob man den Weg des Wehrpflichtgesetzes oder den einer freiwilligen Basis für solche militärische

Kräfte wählt. Das Bulletin der Bundesregierung hat ganz deutlich gesagt, sie wolle die Bundeswehr als „politische Armee im kalten Krieg“.

Nun, angesichts dieser Grundhaltung der Mehrheit, glaube ich, sollte dieser Parteitag dem Appell Erich Ollenhauers folgen und die harte Arbeit und Mühe der Bundestagsfraktion anerkennen, die Bemühungen um die demokratische Fundamentierung dessen, was nun gegen unseren Willen geschaffen worden ist. So wenig man davon überzeugt sein kann, daß es auf die Dauer möglich ist, so sehr sollte man anerkennen, daß es angesichts dieser massiven Gegnerschaft doch gelungen ist, auf diesem Weg zum mindesten ein beträchtliches Maß an demokratischen Fundamenten zu legen und zu sichern.

Nun, ich sage, ein Höchstmaß an Verantwortung. Ich glaube, Genossen, wir können die allgemeine Wehrpflicht ablehnen, nicht nur aus innenpolitischen Gründen und aus Gründen der deutschen Wiedervereinigung. Wir können auch aus der weltpolitischen Analyse herauslesen, daß sich die Weltgeschichte unserer Argumentation zuwendet. Das wird in einem Jahr noch sehr viel deutlicher sein. Wir erleben doch einen Doppelprozeß der Entwertung der deutschen Divisionen, eine militärisch-technische Entwertung und eine weltpolitische Entwertung. Selbst die Sprecher der CDU haben im Bundestag bereits begonnen, sich von der Idee der NATO abzusetzen. Ich glaube, in dieser Bundestagsdebatte ist sichtbar geworden, daß es bei ihnen nicht so sehr Sicherheitsüberlegungen sind, die sie an den alten Vorstellungen festzuhalten zwingen, sondern einfach Bündnisrücksichten, nicht aber die nur vorgegebene Sicherheit des deutschen Volkes.

Manche Presse hatte in diesen Tagen gesagt — ich entsinne mich dieser Worte —: Wenn die Sozialdemokratische Partei hier gegen das Wehrpflichtgesetz eine Resolution beschließt, dann ist sie der Totengräber der Wehrpflicht. Da schwingt im Unterton doch mit, daß wir damit auf die Sicherung der Freiheit verzichten würden. Genossen! Diese Argumentation ist so töricht, daß dagegen zu polemisieren sich nicht lohnt. An Bekenntnissen zum Grundsatz der Selbstverteidigung der Freiheit, der Selbstsicherung der Freiheit, ist die Geschichte unserer Partei wahrlich so reich, daß es einer solch törichten Behauptung polemisch zu entgegnen eigentlich nicht bedarf.

Ich wollte zu einem zweiten Problem noch eine kurze Bemerkung machen. Durch die bisherige Politik der Bundesregierung ist uns die Wiedervereinigung mehr in die Ferne gerückt, als sie — Erich Ollenhauer hat es bereits gesagt — es noch vor wenigen Jahren war. Nicht die Angst vor der Zerspaltung Deutschlands, sondern die Angst vor der Entspannung in der Welt beherrscht die Politik des Bundeskanzlers. Das sieht man an einem so törichten und scharfmacherischen Begriff wie „Todfeinde“, den Kiesinger als eine „etwas altertümliche“ Formulierung des Bundeskanzler zu bagatellisieren versucht hat. Die deutsche Geschichtsschreibung wird Adenauer eines Tages nicht als eine Heilsfigur der deutschen Geschichte, sondern als ein deutsches Verhängnis charakterisieren (Beifall). Seine Politik wird zu Pankow hinführen, wenn das deutsche Volk in den kommenden Wahlen nicht eine Mehrheit gegen ihn setzt. Der Bundeskanzler kann sich die Wiedervereinigung nicht anders vorstellen als eine Gleichschaltung gewissermaßen nach dem Modell der Bundesrepublik. (Glocke des Vorsitzenden), als einen Akt kommunalpolitischer Eingemeindung, wie das einem rheinischen Oberbürgermeister im politischen Denken angemessen sein mag.

Kurz, die Wiedervereinigung wird ein sehr viel schwierigerer Prozeß sein, Genossen! Hier laßt mich ein kurzes abschließendes Wort sagen — die Klingel ruft mich vom Podium — an die Adresse derjenigen Kreise, die Verhandlungen mit Pankow wollen. Man darf diese Frage nicht aus gefühlsmäßiger Ungeduld lösen wollen. (Sehr gut!) Die Wiedervereinigung ist ein sehr schwieriger Prozeß. Ich glaube, daß wir sie auf dem Wege über Pankow nicht erreichen werden, sondern daß wir sie erreichen müssen in Ausnutzung aller Möglichkeiten, die für Verhandlungen mit Moskau gegeben sind.

Die Wiedervereinigung ist mehr als in der Vergangenheit zu einer Sache der Deutschen selbst geworden. Aber es wäre ein ungeduldiger und falscher Avantgardismus, zu glauben, daß wir nun mit Pankow verhandeln sollten. Damit würden wir das Gegenteil bewirken und würden die Figuren, die bereits im Begriffe sind, zu wanken, nur stabilisieren. Ich glaube, der Wiedervereinigung leisten wir einen besseren Dienst, wenn wir die deutsche Politik dazu bringen, und, wenn es uns nicht gelingt, bei der gegenwärtigen Bundesregierung dann darauf hinzuarbeiten, diese Regierung eines Tages selbst zu führen und dann alle Möglichkeiten auszunutzen, die in einer direkten Verhandlung mit Moskau gegeben sind (Glocke des Vorsitzenden), nicht in einer Politik der Umkehr, des Reversement des alliances, des Bündnisses mit dem Osten gegen den Westen, ebensowenig wie man die Wiedervereinigung mit dem Westen gegen den Osten erreichen kann. Wir erreichen sie nur durch eine aktive Politik *beim* Westen und *beim* Osten (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Genossinnen und Genossen! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich den gestern schon in Aussicht gestellten, heute zu unserer Freude erschienenen Morgan Phillips begrüßen. (Lebhafter Beifall.) Gleichzeitig begrüße ich Sam Watson, den Vorsitzenden des internationalen Unterausschusses der Labour Party. (Lebhafter Beifall.) Als Gäste aus Indien Asoka Metha, Vorstandsmitglied der Sozialistischen Partei von Indien, und in ihrer Begleitung Mrs. Seroff. (Lebhafter Beifall.) Wir freuen uns, daß Sie es möglich machen konnten, heute noch zu uns zu kommen. Den Gedankenaustausch, der üblich ist und auch hier nicht ausgeschlossen werden soll, wollen wir auf morgen vertagen; heute wollen wir erst die Diskussion weiterbetreiben. Also nochmals herzlichen Gruß vom Präsidium des Parteitags.

Jetzt hat das Wort der Genosse Franz Marx, München. Ihm folgt Olaf Radke, Offenbach.

Franz Marx (München): Genossinnen und Genossen! Die Ausführungen Erich Ollenhauers ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Eine klare Distanzierung von der Bundesregierung auf allen Gebieten der Politik und gleichzeitig auch eine klare Alternative zur Regierungspolitik fand darin ihren Ausdruck. Die überzeugenden Argumente, bestätigt durch die Entwicklung, haben unsere Gegner nicht zu einer Korrektur ihrer bisherigen Haltung gebracht und haben es außerdem nicht vermocht, eine Änderung der deutschen Politik herbeizuführen. Alle noch so ernsthaften Appelle waren vergeblich. Und nicht nur das, Genossinnen und Genossen, sie wurden beantwortet — so ernsthaft sie gemeint waren — mit Unterstellungen, Verleumdungen und einer Diskriminierung, die im Hinblick auf die Ernsthaftig-

keit unserer Argumente und unserer Politik geradezu beschämend waren. An der Spitze dieser Unterstellungen und Verleumdungen steht der deutsche Bundeskanzler. Genossinnen und Genossen! Wir wollen das einmal mit aller Deutlichkeit auch auf einer solchen Kundgebung zum Ausdruck bringen. Von der Wahl der Bundeshauptstadt Bonn bis zu der Diskriminierung zweier sozialdemokratischen Bundestagskandidaten geht ein eindeutiger Weg dieses Kanzlers, eines Mannes, der zum Prinzip seiner politischen Handlungen den Satz gemacht hat: Der Zweck heiligt die Mittel.

Genossinnen und Genossen! Was bedeutet das? Das bedeutet, daß wir in unserem Kampf gegen diesen Kanzler und seine Regierung härter sein müssen, das bedeutet, daß unsere Angriffe entschlossener und, ich möchte sagen, rücksichtsloser sein müssen (Beifall). Mit welcher Hemmungslosigkeit arbeitet der Bundeskanzler! Er kann erst durch den Zwang von Gerichtsurteilen dazu veranlaßt werden, nachgewiesene Verleumdungen zurückzunehmen. Was hindert uns, Genossinnen und Genossen, hart und scharf zuzupacken, härter und schärfer, als das bisher der Fall gewesen ist. Wir alle mußten es bei der letzten Debatte — und nicht das erste Mal im Deutschen Bundestag — wiederum erleben, wie dieser Kanzler bei der Begründung seiner Politik sich auch Kurt Schumachers bediente. Und hier muß diesem Mann, dessen Gegensätzlichkeit zu Kurt Schumacher nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf menschlichem Gebiet und noch weiter allen offenbar war, die schon im ersten Deutschen Bundestag die Auseinandersetzungen um die Bundespolitik erlebten, hier muß diesem Kanzler mit aller Deutlichkeit — Erich Ollenhauer hat es einmal getan — bei jeder Gelegenheit gesagt werden, daß er mit Kurt Schumacher aber auch nichts gemeinsam hat (Sehr richtig!).

Genossinnen und Genossen! Noch zu einer anderen Frage, zu unserer Stellung zur Wehrpolitik! Die Resolution, die uns vom Parteivorstand vorgelegt wird, hat offenbar noch nicht in der Öffentlichkeit die restlose Klarheit geschaffen, die zunächst wir von dieser Resolution haben. Auch die Äußerungen von Erich Ollenhauer, die sich auf dieses Problem beziehen, vermeiden zum mindesten in der Formulierung den Satz, der in der Entschließung steht, nämlich den Satz, daß die Partei das Wehrpflichtgesetz aufheben würde, wenn wir die deutsche Politik bestimmen würden. Der Genosse Ollenhauer sagte: Mit der Annahme des Wehrpflichtgesetzes ist nichts Unabwendbares geschehen. Und der zweite Satz lautete: Sie wird für eine Revision der Wehrgesetze kämpfen — sie, die Partei. Genossinnen und Genossen! Das ist richtig. Aber es läßt doch manche andere Ausdeutung zu. Wir sollten im Hinblick auf die Unklarheiten, die gerade in der Vergangenheit innerhalb der Partei über die Wehrpflicht und die Wiederaufrüstung entstanden sind, jede Unklarheit vermeiden. Wir sollten ganz klar und eindeutig und immer wieder zum Ausdruck bringen, daß, wenn die Partei nach der nächsten Bundestagswahl zu einer überzeugenden politischen Kraft in Deutschland wird, dann ihre Aufgabe darin bestehen wird, das Wehrpflichtgesetz aufzuheben. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich warne vor einer Politik, die auf einer Propaganda der Unklarheit aufgebaut ist. Denn wenn wir in Deutschland die entscheidenden politischen Bestimmungen mit treffen können, dann dürfen wir im Hinblick auf eine mögliche Regierungstätigkeit keine Korrektur unserer Politik vornehmen. Das ist eine verhängnisvolle Sache, und davor möchte ich

warnen. Denn das würde keiner in Deutschland mehr verstehen. Entweder, Genossinnen und Genossen, verzichten wir auf eine solche Formulierung — und davor möchte ich warnen — oder aber wir müssen uns mit der vollen Konsequenz auch nach der nächsten Bundestagswahl für eine solche Formulierung einsetzen. Denn dann wird unsere Politik überzeugend und so klar sein, daß sie auch zu einem überzeugenden Sieg unserer Partei in der deutschen Politik führen wird (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Radke aus Offenbach. Ihm folgt Arno Behrisch aus Hof.

Olaf Radke (Offenbach): Genossinnen und Genossen! Es ist erschütternd, daß ein Mensch, wie zum Beispiel der Genosse Ollenhauer, der in seiner Person und in seiner politischen Laufbahn und durch sein Leben die Gewähr dafür bietet, nicht nur gefeit gegenüber totalitären Bestrebungen zu sein, sondern der im Gegenteil ein aktiver Kämpfer für die Freiheit ist, bei der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands vorab immer erklären muß, daß Voraussetzung dieser Wiedervereinigung Deutschlands die Garantie der Freiheit und der Demokratie ist. Es wird heute einem Politiker nicht mehr von vornherein unterstellt, daß eine Identifizierung mit dem System des Ostblocks von vornherein ausgeschlossen ist. Wer hat eigentlich diese doch so erschreckende Verlausung der politischen Moral in unser Leben gebracht? Ich glaube, an die Ausführungen des Bundeskanzlers in der Wehrpflichtdebatte anknüpfen zu können und auch ihn hierfür allein verantwortlich machen zu müssen.

Und so ist es in der Resolution zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auch wieder notwendig gewesen, unter IV, Ziffer 9 und 10, zu erklären, daß wir uns von dem Pankower System distanzieren und daß wir das Pankower System nicht als legale Vertretung der Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone ansehen. Ist das aber notwendig? Die Frage stellen, heißt doch praktisch sie verneinen. Denn sollten wir immer nur unter der Furcht leben, ohne diese Erklärungen würden wir durch den Bundeskanzler mit dem Kommunismus identifiziert werden? Wir sollten uns doch endlich davon freimachen und uns von vornherein zugestehen, daß eine Identifizierung mit dem kommunistischen System für die Sozialdemokratische Partei eine Unmöglichkeit ist, auch ohne Erklärung. Denn was heißt diese Formulierung doch letztlich, gemessen wiederum an der Ziffer 11? Die Ziffer 11 der Resolution des Parteivorstands und des Parteiausschusses geht von der Realität der Spaltung Deutschlands aus und von der Realität, daß drüben in der sowjetisch besetzten Zone eine Regierung existiert, die im inneren Bereich eine tatsächliche, ja sogar furchtbare Macht ausübt. Darum sind wir in der Bundesrepublik allein in der Lage, das Los der Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone zu verbessern, wenn wir durch Kontakte technischer Art versuchen, irgendwelche Erleichterungen zu erreichen, sei es in der Gefangenenfrage, sei es in der Verkehrsfrage, sei es auch im Austausch von Publikationen insbesondere kultureller Art.

Genossinnen und Genossen! Wenn das aber aus der Realität, wie es in Ziffer 11 dieser Resolution gesagt ist, tatsächlich notwendig wird, so ist der Unterschied, der zu der Formulierung der Ziffer 9 besteht, in der es heißt: Die Wiedervereinigung Deutschlands kann nicht durch Verhandlungen

zwischen der Bundesrepublik und der Regierung der sowjetisch besetzten Zone erreicht werden, weiter nichts als ein quantitativer, aber kein qualitativer Unterschied mehr.

Warum aber geben wir diese Erklärung ab? Weil wir selbst unter der Furcht, möchte ich sagen, leben, wenn wir diese Erklärung nicht abgeben, mit dem System des Bolschewismus gleichgesetzt zu werden.

Aber diese Erklärung in Ziffer 9 stellt tatsächlich eine Gefahr dar, und zwar — und da möchte ich anknüpfen an das, was der Genosse Heinz Kühn gesagt hat — wir sollten hier nicht erklären, daß wir es für zwingend notwendig halten, zur Wiedervereinigung Deutschlands Verhandlungen mit der Regierung in Pankow zu führen, aber auch nicht daß wir niemals mit Pankow verhandeln. Wir sollten uns in dieser Frage weder positiv noch negativ festlegen, da das politische Geschehen heute mehr als je im Fluß ist. Wenn diese Resolution das darstellen soll, was man im amerikanischen politischen Bereich als das Plattform-Programm der zukünftigen Bundesregierung, gestellt von der Sozialdemokratischen Partei, ansieht, dann müssen wir bedenken, daß bis dahin — so Gott will, daß wir eine Mehrheit bekommen — noch ein Jahr und drei bis vier Monate vergehen. Was in dieser Zeit geschehen kann, weiß niemand hier im Saal. Aber durch diese Formulierung werden wir ad absurdum geführt, wenn z. B. die vier Besatzungsmächte beschließen — was die politische Situation jederzeit mit sich bringen kann —, daß bestimmte Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands tatsächlich nur durch Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der DDR gelöst werden können. Die UdSSR hat das ja heute schon — mit realem oder nur propagandistischem Hintergrund, mag dahingestellt sein — für Pankow erklärt (Glocke des Vorsitzenden).

Ich glaube, die Formulierung der Ziffer 9 beinhaltet sogar noch etwas anderes. Hier steht, daß die vier Mächte nicht aus ihrer Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands entlassen werden sollen. Das ist richtig. Aber, Genossinnen und Genossen, die vier Mächte, das sind das Vereinigte Königreich von Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika, betreiben eine Politik ihrer eigenen Interessen. Und es kann in der politischen Konstellation die Möglichkeit enthalten sein, daß die eigenen Interessen der vier Mächte eine Wiedervereinigung Deutschlands trotz Deklamationen und Erklärungen als nicht erwünscht erscheinen lassen. Deshalb sollten wir nicht nur sagen, daß die vier Mächte nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden sollen, noch sollten wir uns auch wegen der Verhandlungen, die unter Umständen mit Pankow stattfinden sollen, festlegen. Denn in einem oder in eineinhalb Jahren können vielleicht durch Verhandlungen mit Pankow, gemessen an dem Fluß der Verhältnisse im östlichen Bereich der Welt, unter Umständen Fakten entstehen, die dann die vier Mächte zwingen, sich über die Wiedervereinigung Deutschlands aus eigener Verantwortung und eigenem Interesse tatsächlich zu unterhalten.

Ich würde also empfehlen, den Parteitag zu veranlassen, sich zur Frage der Verhandlungen mit Pankow weder negativ noch positiv zu erklären, sondern der Partei hier die nötige Elastizität zu belassen. Die Resolution, die ja letztlich die Erklärung der zukünftigen sozialistischen Regierungspolitik sein soll, darf uns in dieser Frage nicht festlegen, wenn wir in einem Jahr oder in einem Jahr und vier Monaten die Mehrheit erhalten sollten (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Behrisch, Hof. Ihm folgt der Genosse Siegfried Aufhäuser, Berlin.

Arno Behrisch (Hof): Genossinnen und Genossen! Es ist manchmal gut, wenn man zurückschaut, weil man dann feststellen kann, wie weit der Weg nach vorne noch ist. Lassen Sie mich mit solch einer Rückschau beginnen! Am 12. April 1853 schrieb in der „New York Times“ ein kluger Mann, genannt Karl Marx, einen Artikel, dem ich einige Sätze entnehmen möchte.

Karl Marx sagte:

Wird die riesenhafte russische Großmacht auf ihrem Weg zum Weltreich innehalten? Selbst wenn sie wollte, werden es ihr die Umstände verbieten. Möglicherweise müssen die natürlichen Grenzen Rußlands von Danzig oder auch von Stettin bis Triest verlaufen. Rußland hat nur einen Gegner,

so sagte Marx

die explosive Kraft der demokratischen Ideen und den der Menschheit angeborenen Freiheitsdrang.

Nun, Genossinnen und Genossen, die Grenzen verlaufen von Danzig bis Triest. Und wo ist die Kraft der demokratischen Ideen, die explosive Kraft demokratischer Ideen, die man entgegenstellen könnte? Ich will — es ist nicht meine Sache — nicht von Europa und der Welt sprechen, ich spreche von Deutschland. Und da sehe ich, daß die Bundesregierung dieser Tatsache, die Karl Marx vor hundert Jahren aufgezeichnet hat, nur eines entgegengesetzt hat, einen alten, kümmerlichen, dritten Aufguß der Politik der Stärke.

Genossinnen und Genossen! Den ersten Aufguß haben wir von einem Krüppel kaiserlichen Geblüts bekommen, der vielleicht damals in diesem Gedanken festgehalten war und der ja auch in dieser Vorstellung aufgewachsen ist. Den zweiten haben wir vom Braunauer bekommen. Den dritten Aufguß dieser Politik, die schon zweimal katastrophal geendet hat, hat uns ein Mann beschert, der sich christlich nennt, der sich als christlicher Politiker bezeichnet.

Genossinnen und Genossen! In Schleswig-Holstein soll ein Plakat hängen, auf dem man sagt: „Eifert ihm nach, er war in seinem Leben nie Soldat.“ Ich finde, das ist eine gute Bezeichnung für diesen Kanzler. Denn Silone sagt in einem seiner Bücher sehr richtig: Keine Rede, keine Predigt und kein Buch überzeugt im Leben so wie das Beispiel. Wo ist ein Sohn dieses Bundeskanzlers, der sich freiwillig gemeldet hätte? Wo ist ein Ministersohn, wo ein Sohn dieser ganzen Wehrpolitiker, von dessen freiwilliger Meldung man erfahren hätte? Sie wollen die Jungen zum Wehrdienst, aber die Jungen der anderen, des Nachbarn; den eigenen möglichst nicht (Beifall). Genossinnen und Genossen! Wir haben aus der Denkschrift der Bundesregierung erfahren, was sie mit diesen Jungen vorhat. Ein Vater schrieb in einem Leserbrief etwas, was ich Ihnen nicht vorenthalten möchte, weil es das trifft, was Millionen Mütter und Väter in diesem Lande empfinden. Dieser Vater schrieb:

Ja, diese Kommißenthusiasten, die die „höchste Pflichterfüllung“ unseren Jungen andrehen möchten, was wollen sie mit diesem Kriegshandwerk unseren Jungen beibringen. Worin besteht die Ausbildung dieser 18- bis 21jährigen? Sie sollen lernen, wie man zu Lande unbekannte Menschen,

genannt Feinde, mit gezieltem Schuß abknallt oder sie vielleicht einmal im unvermeidlichen Nahkampf kurz und schmerzlos, am besten hinterwärts umlegt, oder ein verheertes Land der verbrannten Erde hinterläßt, wie man aus der Luft Städte ausradiert und lebenswichtige Bauwerke oder Produktionsstätten durch Volltreffer zerstört oder wie man zu Wasser Schiffsbesatzungen zu Himmelfahrtkommandos verwandelt, kurzum Sachen, die im zivilen Leben nur Geisteskranken oder Kapitalverbrechern vorbehalten sind.

Und so sagt dieser Vater am Ende:

Diese heranwachsenden Jugendlichen, die, wenn sie etwas tun, nach den Jugendgesetzen behandelt werden, sollen als 24jährige noch nicht die Verantwortung tragen in einem Gemeinderat oder als Bürgermeister eines Dorfes von hundert Einwohnern, aber sie können als Truppenkommandeure über Leben und Gesundheit von Tausenden von Menschen entscheiden.

Genossinnen und Genossen! Weil Erich Ollenhauer Kurt Schumacher zitierte und das Wort vom Neubau Deutschlands erwähnt hat, für den Kurt Schumacher kämpfte, frage ich mich: Was ist denn hier los in dieser Bundesrepublik? Haben wir den Neubau oder haben wir nicht erlebt, daß sie den Schutt genommen, eingemahlen und damit wiederaufgebaut haben? Jeder Bauarbeiter aber weiß, daß Bauschutt, in dem Wanzen waren, für Neubau nicht taugt, und, Genossinnen und Genossen, wir haben die Wanzen in der Bundesrepublik, die braunen Wanzen der vergangenen Zeit! (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Da kommen sie noch mit der Phrase der Sicherheit — wir haben die Vertreter Asiens hier begrüßt, wir hatten die Vertreter Burmas in den letzten Tagen in Bonn —, unser Bündnis mit ihnen ist die größte Sicherheit für unser Land, jenseits aller Soldatenspielererei. Hierin liegt, meine ich, die größte Chance — wir müssen es nur an die Leute herbringen —, daß die Leute die Überzeugung haben, die Sozialdemokratie und nur die Sozialdemokratie wird meinen Jungen davor bewahren, daß er in die Mühle des Barras hinein muß. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Deshalb muß es klar sein: Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird den Barras hinwegfegen, und sie wird, meine ich, nicht nur die Verträge revidieren, sie wird eine Politik machen, die diese Verträge überwindet, die sie überflüssig macht.

Und da komme ich zu dieser Alternative, die uns Sicherheit gibt. Hören wir nicht von den Vertretern Asiens täglich, wonach sie schreien? Hören wir nicht von den Sozialisten Indiens, Burmas, Thailands und Indonesiens, daß sie, wenn sie nicht dem Kommunismus verfallen wollen, Hilfe brauchen? Hier in diesem Land steht der drittgrößte Produktionsapparat dieser Welt. (Glocke des Vorsitzenden).

Genossinnen und Genossen! Unsere Lösung — und jede Mutter, jeder Vater, jeder Junge in diesem Lande muß es begreifen — muß sein: Wir werden die Blankschen Kasernen demontieren, nicht indem wir sie wegschaffen, soweit sie stehen; wir werden sie zu Lehrwerkstätten machen, und wir werden die deutschen Jungen, Genossinnen und Genossen, nicht als Soldaten, nicht als Eroberer in die Welt schicken, wir werden sie nach Asien schicken als Monteure, als Ingenieure, die Mädchen als Krankenschwestern, kurzum als alles

das, was man dort braucht (Unruhe). Ich glaube, Genossinnen und Genossen, niemand wird das Deutschland ankreiden, niemand wird es wagen, ein Deutschland anzugreifen, das sich mit diesen aufsteigenden Kräften Asiens verbündet hat, niemand wird es wagen, mit einem solchen Deutschland anzubandeln. Ich meine, das wäre die einzige Sicherheit, die dieses Land der Mitte mit dem drittgrößten Produktionsapparat dieser Welt haben kann.

Und darum ist meine Meinung, Genossinnen und Genossen — und das war sie auch, als ich im Bundestag zu dieser unter uns strittigen Sache nein gesagt habe —: Die Sozialdemokratie, Genossinnen und Genossen (Glocke des Vorsitzenden), muß einem Vorwurf ausweichen, der ihr 1953 angeheftet wurde, dem Vorwurf nämlich, daß sie eine Partei sei, die mit halben Mitteln auf halben Wegen zu halben Zielen zauderhaft strebe.

Das Referat Ollenhauers gibt uns die Gewähr des Erfolges, wenn wir den nötigen Druck dahinterlegen, daß wir, Genossinnen und Genossen, jene Kräfte in diesem Lande mobilisieren, die uns befähigen werden, mit dem Blankschen Zauber aufzuräumen. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Aufhäuser.

Siegfried Aufhäuser (Berlin): Genossinnen und Genossen! Wir beraten uns über die Wiedervereinigung Deutschlands in einem Augenblick, in dem die Welt nicht nur politisch, sondern auch in ihren wirtschaftlichen Systemen in Bewegung geraten ist. Wir können die ökonomische Seite der Wiedervereinigung von diesem großen Umbruch in der Welt nicht trennen. Diese Wiedervereinigung steht nicht nur im unmittelbaren Zusammenhang mit der Außenpolitik und mit der Wehrpolitik; sie ist auch ökonomisch bedingt von dem tiefen Gegensatz, der auch in der wirtschaftlichen Frage zwischen der heutigen Bundesregierung und der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften besteht. Diese Gegensätze über den Weg, auf dem die Wiedervereinigung ökonomisch erfolgen soll, zur heutigen Bundestagsregierung sind nicht geringer als die tiefe Kluft, die sich in der Frage der Wehrpolitik zwischen Regierung und Sozialdemokratie aufgetan hat. Unsere Bundesregierung in Bonn hat es noch nicht erfaßt, daß die ökonomische Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland weit mehr ist als eine Frage der Tagespolitik, und es wird die Aufgabe dieses Parteitages sein, ihr klarzumachen, daß wir diese ökonomische Wiedervereinigung nur im sozialistischen Blickfeld sehen können und dürfen.

Genossen! Wir sehen heute, wie die Technik alle Völker in Unruhe versetzt hat und wie die Gefahr auftaucht, daß die Technik den Menschen meistert, während wir wünschen, daß der Mensch auch die heutige moderne Technik überwindet. An dieser großen Wende der Wirtschaftssysteme in der ganzen Welt haben wir Gelegenheit zu einer neuen, starken und intensiven sozialistischen Kraftentfaltung mit dem Ziel einer Neugestaltung der gesamten deutschen Wirtschaft einschließlich der einzugliedernden Ostwirtschaft. Wenn die Sehnsucht jener Menschen in Ostdeutschland am Tage X keine Enttäuschung werden soll, dann liegt es vor allem an der ökonomischen Entscheidung, die wir zu treffen haben. Es kommt dann darauf an, daß an diesem Tage X wirtschaftspolitisch weder eine Gleichschaltung mit der dirigierten

Zwangswirtschaft des Ostens stattfindet noch sich das Wirtschaftswunder des Westens etwa wiederholt.

Genossen! Es wird an uns liegen, Herrn Professor Erhard daran zu hindern, daß seine überhitzte und überspitzte Markt- und Profitwirtschaft im neuen Gesamtdeutschland nicht etwa zur Salzsäule zu erstarren braucht. Wir stehen heute auf diesem Parteitag in dieser Frage unter dem Gesetz der Stunde. Für Bonn war bisher die wirtschaftliche Wiedervereinigung weiter nichts als der Einbau der mitteldeutschen Industrie in das Wirtschaftssystem, weiter nichts als eine Fortführung der Wiedergutmachung, der Reprivatisierung ohne jede Rücksicht darauf, wie sich der Markt in Ostdeutschland in den zurückliegenden Jahren entwickelt hat, und ohne Rücksicht darauf, welche Betriebsformen heute in Ostdeutschland üblich geworden sind.

Genossen! Wir können in diesen ökonomischen Fragen nicht nur die Fehler der Kommunisten sehen, sondern wir sind gezwungen, hier auf die Tatsachen zu sehen und zu erkennen, daß diese große ostdeutsche Wirtschaft marktmäßig bereits völlig in den ganzen Ostblock hineingewachsen ist, und daß es auch darauf ankommt, nicht nur die Absichten Adenauers zu erfüllen, sondern darauf, die künftige gesamtdeutsche Handelspolitik auch auf dieses Gebiet, mit seinen bis nach China reichenden Märkten, auszudehnen. Wir können aus den Zahlen, auch wenn wir nicht immer alle für voll nehmen, die uns aus dem Osten berichtet werden, doch feststellen, daß nicht nur die Einfuhr der Rohstoffe aus dem Osten nach dem heutigen Ostdeutschland einen enormen Umfang angenommen hat — Rohstoffe wie Wolle, Kautschuk und anderes —, sondern daß auch die Ausfuhr der Fertigwaren, wie Maschinen, chemische Produkte und anderes, aus Ostdeutschland zu Dreiviertel der gesamten Produktion in den osteuropäischen Ländern und darüber hinaus in Asien und in China abgesetzt worden ist. Auch der neue Fünfjahresplan der Ostregierung zeigt, daß man den Export um ein weiteres Viertel steigern will, und trotz aller Skepsis, mit der wir diesen Zahlen begegnen, sollen wir doch auch diesen Tatbestand der ostdeutschen Wirtschaft nicht bagatellisieren und etwa erwarten, daß die ostdeutsche Wirtschaft mechanisch nach dem Rezept von Adenauer und Erhard an die westdeutsche Wirtschaft angeglichen wird.

Parteivorstand und Parteiausschuß haben bereits in ihrer Vorlage mit Recht darauf hingewiesen, daß es nicht angehe, die Wiedergutmachung und die Reorganisation der ostdeutschen Wirtschaft zu einer Einheit zu machen, sondern daß sie getrennt behandelt werden und dem künftigen gesamtdeutschen Parlament die Bewegungsfreiheit vorbehalten bleiben muß, welche Betriebsformen in Zukunft in Ostdeutschland für die Industrie und den Handel empfohlen werden dürfen. Selbstverständlich soll in der Wiedergutmachung nach rechtsstaatlichen Grundsätzen verfahren werden. Aber die Sozialdemokratische Partei kann sich in dem Programm, das sie in nächster Zeit ausarbeiten will, auch bei der Einigung mit Ostdeutschland nicht einfach die Eigentumsbegriffe zu eigen machen, die heute bei uns vorherrschend sind, ohne Vorbehalte zu erheben (Glocke).

Ohne auf weitere Einzelheiten eingehen zu können, muß ich sagen, Genossen: Die Mission der Sozialdemokratie auf ökonomischem Gebiet ist bedingt, und so sehr wir auf der einen Seite den Pseudosozialismus der Kommunisten und Bolschewisten ablehnen, ebensowenig lassen wir uns bei der Wiedervereini-

gung unsere eigenen Ideale für den Sozialismus rauben. Was man uns nicht rauben kann, weder Ulbricht noch sein Vorgesetzter in Moskau, ist unser Bekenntnis und unsere Begeisterung für den Sozialismus (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Es wird mir mitgeteilt, daß eine Reihe von Delegierten den Ausweis und den Mitgliederbogen noch nicht abgegeben hat. Es werden Mitglieder der Mandatsprüfungskommission durch den Mittelgang gehen und die Bogen einsammeln. Ich bitte die Delegierten, dann ihre Hände zu erheben. Das Wort hat nunmehr der Genosse Lipschitz, Berlin. Ihm folgt der Genosse Hans Merten.

Joachim Lipschitz (Berlin): Vor knapp einer Woche haben die sowjetischen Behörden in Karlshorst dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, unserem Genossen Otto Suhr, das berühmte — oder berüchtigte, wie man will — Funkhaus in der Masurenallee ohne jede Bedingung und Auflage übergeben. Bei diesem Übergabeakt waren weder Vertreter des Ostmagistrats oder Vertreter der SED dabei, sondern es handelte sich ausschließlich um eine Formalität zwischen Behörden des Berliner Senats und der sowjetischen Militäradministration. Diese Tatsache zeigt doch sehr deutlich, daß man in der gegenwärtigen Situation die Nerven behalten soll, und daß die Sowjets durchaus bereit sind, auch über die SED und ihre staatlichen Organe in der sowjetischen Besatzungszone zur Tagesordnung überzugehen, wenn direkte Verhandlungen mit westdeutschen oder Westberliner Stellen den Sowjets unmittelbare Vorteile versprechen. Aus diesem Grunde meine ich, Genossen, könnte man diesen Vorgang als Symptom werten und die Frage direkter Verhandlungen zwischen Pankow und Bonn jetzt auf dem Parteitag nicht etwa zu einer Frage von Mut und Furcht machen (Beifall).

Wenn ich mich persönlich dazu bekenne, nicht bereit zu sein, mit Pankow zu verhandeln und insofern die vom Parteivorstand vorgelegte Resolution in diesem Punkt unbedingt bejahe, dann — gestatten Sie mir das Wort — verbitte ich es mir aber ganz energisch, deswegen mich mit weniger Mut ausgestattet zu sehen als jene, die für direkte Verhandlungen eintreten. Ich glaube, man darf in diesem Zusammenhang die vom Genossen Ollenhauer gemachten Bemerkungen nicht einfach überhören. Er hat sehr klar darauf hingewiesen, daß die Lösung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands nur im Zusammenhang mit einem europäischen Sicherheitssystem zu sehen ist, also einem System, an dem alle vier Mächte teilzunehmen haben. Wenn man diese These bejaht, ist es eine Utopie, daß Deutschland nun plötzlich seine Wiedervereinigung als ein separates nationales Problem lösen kann, losgelöst von der europäischen Frage. (Sehr richtig!) Er hat weiterhin gesagt, und auch das kommt bei den Gegenargumenten zu kurz, daß das System Ulbricht sozusagen das System der letzten Stalinisten im Ostblockbereich ist. Dazu ist nicht uninteressant, sich zu vergegenwärtigen, daß an der letzten Parteikonferenz der SED zum erstenmal seit ihrem Bestehen keine Delegation der KPdSU teilgenommen und daß vor Beginn des Referats von Ulbricht der sowjetische Botschafter Puschkin ostentativ den Raum verlassen hat. Wenn man diese Tatsache richtig wertet — und Protokollfragen spielen im östlichen Bereich womöglich noch eine größere Rolle als bei uns —, gibt es für die eigentliche Überlegung nur zwei Alternativen: Entweder man geht davon aus, daß die

SED heute noch eine von Moskau gelenkte Partei ist; wenn das der Fall ist, warum sollen wir dann mit den Handlangern verhandeln und nicht gleich direkt mit den Auftraggebern? Insbesondere dann, Genossen, wenn man das Gefühl nicht los wird, daß der Handlanger bereits seine Kündigung in der Tasche hat. Oder aber man betrachtet die SED nicht mehr als linientreu im bolschewistischen Block, dann wollen wir doch nicht zu denen gehören, die ihr zu einer Legitimation verhelfen, die die Sowjets im Begriffe sind, ihr zu entziehen. Man mag das mit allen möglichen Schattierungen betrachten, eines kommt bei der Betrachtung der direkten Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow zu kurz, nämlich die Frage der Wirkung auf die ostzonale Bevölkerung. Ich bedaure außerordentlich, Genossen, daß in diesem Zusammenhang mehrfach das Wort Sentiments gefallen ist. 19000 politische Häftlinge sind keine Frage des Sentiments, sondern eine fürchterliche Realität. (Starker Beifall.) Der Parteitag würde sich selbst untreu werden, wenn er noch vor wenigen Stunden unseren Genossen Szillat hier hat reden lassen und dann dafür eintritt, mit seinen Kerkermeistern in direkte Verhandlungen einzutreten. (Starker Beifall.)

Wir haben es alle als schmerzlich empfunden, als in den Jahren 1933 bis 1945 Herrn Hitler zu einer Art Legitimität dadurch verholfen wurde, daß bei der Olympiade 1936 und nachher in Godesberg und an allen möglichen anderen Stätten die Demokratien kamen, ihm Besuche abstatteten und dadurch erst Gesellschaftsfähigkeit verschafften. Genossen, wir dürfen dasselbe nicht noch einmal tun. Selbstverständlich sagt jeder von uns ja zu einer offensiven Politik der Erleichterung der Situation der Bevölkerung durch Lockerung ihres schweren Loses. Jede Lockerung dieses schweren Loses muß von uns erkämpft werden. Aber alles das darf niemals angesehen werden als ein Ersatz für die Wiedervereinigungspolitik. Ulbricht kann für uns schon deswegen kein Gesprächspartner sein, weil der Preis, den wir für die Wiedervereinigung zu fordern haben, er selbst, Ulbricht, sein müßte. Er müßte also mit uns über die Bedingungen seines eigenen politischen Selbstmordes verhandeln, und wer macht denn das wohl gern (Beifall).

Was wir der Bundesregierung vorzuwerfen haben, ist etwas ganz anderes, Genossen. Wir haben ihr vorzuwerfen, daß sie im Grunde genommen niemals, wenn meine Beobachtungen mich nicht täuschen, ich darf unterstreichen niemals ernstlich die östliche Seite, die Sowjets, gefragt hat, welchen Preis sie vom deutschen Volk dafür fordern, daß eine Wiedervereinigung in Freiheit hergestellt wird. Man hat eigentlich mehr nach der Methode gearbeitet, wir kennen den Preis nicht, den die Russen verlangen, aber wir wissen von vornherein, daß er für uns zu hoch ist (Glocke). Ich habe die Sorge, daß die Zurückhaltung in dieser wichtigen Frage nach dem Preis für die Wiedervereinigung im Grunde genommen der Angst entstammt, daß ein Preis genannt werden könnte, der für ein Volk von nationaler Solidarität und Nationalstolz akzeptabel wäre, daß es dann aber keine Möglichkeit mehr gäbe, diesen Preis abzulehnen. (Starker Beifall.)

Mich erinnert die derzeitige Situation bisweilen an die Anekdote von dem preußischen Grenadier, der nach dem Kriege 1870/71, weil ihm keiner gesagt hat, daß der Krieg zu Ende ist, auf dem Posten stehengeblieben ist, auf den er hingestellt wurde, und wenn er nicht durch Zufall erfahren hätte, daß der Krieg zu Ende ist, wäre er wahrscheinlich dort gestorben. Mir kommt der

Bundeskanzler vor wie dieser letzte Grenadier, der letzte Postenhalter der Politik der Stärke, der hauptsächlich deshalb aushält, weil ihm noch keiner gesagt hat, daß von dieser Politik in der Zwischenzeit selbst die Auftraggeber erheblich abgekommen sind. Wenn wir aber im Bilde bleiben wollen: Es wäre genau so lächerlich, wenn wir jetzt mit dem letzten Grenadier des Stalinismus, Herrn Ulbricht, auf der östlichen Seite in Verhandlungen eintreten wollten. (Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Hans Merten; ihm folgt der Genosse Willy Brandt.

Hans Merten (Korbach): Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wir können dem Genossen Lipschitz für seine außerordentlich logischen und klaren Darlegungen, die er dem Parteitag gegeben hat, nur von Herzen dankbar sein. Da ich diese Worte nur unterstreichen kann, kann ich es mir ersparen, was ich ursprünglich vorhatte, auf die Dinge einzugehen, die in diesem Zusammenhang angesprochen worden sind.

Es ist gesagt worden: Warum müssen wir immer von Frieden und Freiheit im Zusammenhang mit der Frage der Wiedervereinigung sprechen. Liebe Genossen! Ich glaube, wir müssen auch in unseren eigenen Reihen hin und wieder Umschau halten, ob es nicht da und dort Äußerungen gibt, die Leuten, die uns übel wollen, Veranlassung geben könnten zu sagen, daß die Sozialdemokratische Partei Kräfte in sich birgt, die hin und wieder mit dem Gedanken liebäugeln, es mit ein bißchen weniger Freiheit bei der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu versuchen. Wir müssen mit aller Klarheit, wie es der Genosse Lipschitz getan hat, herausstellen, daß es in der Frage der Wiedervereinigung für uns nur einen einzigen möglichen Weg gibt, und daß es keine Abweichung von diesem Wege geben kann, weil jede Abweichung von der Gegenseite sowohl hier in der Bundesrepublik als auch in der sowjetischen Zone ausgenutzt würde, um die stärkste Kraft, die um die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ringt, eben die Sozialdemokratische Partei, aus dem Ringen auszuschalten. Es ist ganz klar, daß nicht nur Herr Ulbricht im Falle der Wiedervereinigung seinen Posten verliert; es wird noch einen zweiten geben, der in diesem Zusammenhang seinen Posten verliert, der vom Genossen Lipschitz sehr deutlich angesprochen worden ist. Die Sozialdemokratische Partei ist die Garantie dafür, daß hier nichts passiert, was weder den Frieden noch die Freiheit gefährden könnte.

Im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage möchte ich zu dem Antrag Ziffer 97 des Parteivorstandes noch eine Bemerkung machen. Dieser Antrag zur Wehrfrage hat offensichtlich ein Problem ausgeklammert, das uns sowohl bei der Beratung der Wehrfrage schlechthin als auch bei diesem Parteitag sehr heftig bewegt hat, das Problem der Kriegsdienstverweigerung. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, daß wir keiner Entschließung unsere Zustimmung geben können, die sich über die Frage der Kriegsdienstverweigerung einfach ausschweigt. Wir haben es im Bundestag erlebt, mit welcher Erbitterung gerade in dieser Frage gerungen worden ist, und zwar in erster Linie deshalb, weil die Regelung der Kriegsdienstverweigerung ein Prüfstein dafür ist, ob es in Zukunft bei uns in der Bundesrepublik noch so etwas wie uneingeschränkte Gewissensfreiheit geben wird oder nicht.

Aus diesem Grunde stelle ich den Antrag, der augenblicklich mit den notwendigen, nach der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Unterschriften versehen und beim Präsidium eingereicht wird:

Der Parteitag stellt fest:

Das Wehrpflichtgesetz beschränkt das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung (Art. IV Abs. 3 GG) in verfassungswidriger Weise. Dadurch wird zugleich das Grundrecht auf Gewissensfreiheit (Art. IV Abs. 1 GG) verletzt. Die Bundesrepublik Deutschland gerät in die Gefahr, ihre Freiheitlichkeit zu verlieren und zu einem Zwangsstaat der Gewissensvergewaltigung herabzusinken.

Der Parteitag erwartet von der Bundestagsfraktion und den unter Beteiligung von Sozialdemokraten gebildeten Länderregierungen und der gesamten Mitgliedschaft, jeden rechtlich und demokratisch zulässigen Schritt zu unternehmen oder zu fördern, der zur Abwehr dieses Rechtsbruchs geeignet ist.

Ich glaube auch, wir sollten um der Wichtigkeit dieser Frage willen den Antrag nicht als Ergänzung zu Ziffer 97 des Parteivorstandes bringen, sondern ihn als besonderen Antrag beschließen. Das scheint um so mehr notwendig zu sein, als aus den Verhandlungen der vergangenen Woche klar hervorgegangen ist, daß die Mehrheitsparteien im Bundestag bereit sind, die Kriegsdienstverweigerer in irgendeiner Weise von vornherein zu diffamieren. Es war immer wieder die Rede davon, man könne nicht jene schützen, die aus Faulheit, Bequemlichkeit oder persönlichem Gewinnstreben sich vom Wehrdienst drücken wollen. Wir haben nicht die Absicht, jenen irgendeine Freude zu machen. Es sollen aber auch jenen, bei denen es nicht Faulheit oder Bequemlichkeit, sondern echte Gewissensnot ist, Waffen in die Hand gedrückt werden, die sie womöglich auf ihre eigenen Verwandten abschießen müssen. Von dieser Gewissensnot wollte man einfach keine Kenntnis nehmen. Wahrscheinlich steht dahinter der Gedanke, daß das Ergebnis der Einberufungen, wenn man die Gewissensfreiheit in diesem Punkt uneingeschränkt anerkennt, weit hinter dem zurückbleibt, was man sich einbildet, unbedingt einziehen zu müssen. Schon die Abstimmung beim Bundesgrenzschutz war, obwohl sie unter erschwerten Umständen stattgefunden hat, ein warnendes Vorzeichen dafür. Wenn die Sozialdemokraten sich nicht schützend mit ganzer Kraft im politischen Raum hinter jene stellen, die aus der Not des Gewissens heraus diesen Wahnsinn nicht mitmachen können, wer soll sich denn dann hinter diese Menschen stellen? Deshalb ist uns hier eine Aufgabe gegeben, der wir uns in keinem Fall entziehen dürfen, erst recht nicht angesichts der Tatsache, daß wir gerade beim Wehrpflichtgesetz feststellen konnten, daß auf der Gegenseite die Herzensverhärtung schon so weit gegangen ist, daß eine Sprecherin sagen konnte, man könne die jugendlichen Sowjetzonenflüchtlinge, die ihre Eltern noch in der Zone haben, nicht von der Wehrpflicht freistellen, denn diese Flüchtlinge haben schon so viele Vorteile in der Bundesrepublik, man könne ihnen nicht auch noch diese Bevorzugung einräumen. Es ist nicht gelungen, vom Bundeskanzler auch nur ein Wort zu dieser Frage zu hören.

Ich habe noch eine andere Frage, die ich nur mit wenigen Worten ansprechen will, die sich mit dem Antrag 98 des Parteivorstandes befaßt. Unter Ziffer 5

des Antrags 98 wird in wenigen Worten über die Frage der Preise und der Sozialreform und anderes gesprochen. Ich glaube, daß wir als Sozialdemokratie die Aufgabe haben, zur Sozialreform wesentlich deutlicher und ausführlicher den Menschen draußen zu sagen, was wir vorhaben. Genosse Schellenberg hat bereits darauf hingewiesen, daß wir zwar sehr gute Gedanken haben, aber daß es uns bisher nur in unzureichendem Maße gelungen ist, diese Gedanken an die Menschen heranzubringen und damit politisch auszuwerten. Wir sollten auch mit größter Deutlichkeit sagen, daß wir uns mit allen Mitteln dafür einsetzen wollen, daß die Preise von der Höhe herunterkommen, auf der sie sich augenblicklich befinden, und zwar mit allen Mitteln, die die Gesetze bieten, und mit den Mitteln, die durch neue Gesetze geschaffen werden müssen. Diese Punkte müssen deutlicher herausgestellt werden, damit sie von den Menschen draußen auch verstanden werden, die sich dann in ihren politischen Entscheidungen danach ausrichten und uns folgen können in dem Kampf für Fortschritt, Frieden und Freiheit. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Willy Brandt, Berlin. Ihm folgt der Genosse Jochen Steffen aus Kiel.

Willy Brandt (Berlin): Genossinnen und Genossen! Für die deutsche Politik ist es von wichtiger Bedeutung, die niemand unterschätzen sollte, daß auf diesem Parteitag unsere Alternative zur Regierung Adenauer-Globke entwickelt wurde. Das ist, wie mir scheint, das Entscheidende, damit die Bevölkerung, um deren Vertrauen wir ringen, in positiver, vertrauenerweckender Form mit den wenigen zentralen Gesichtspunkten eines neuen Kurses in Deutschland vertraut gemacht wird, nämlich einer Außenpolitik, die in die heutige weltpolitische Landschaft paßt, einer aktiven und nicht formelhaften Wiedervereinigungspolitik, dem Ausbau der inneren Freiheit und einer modernen Politik der sozialen Sicherheit, der wirtschaftlichen Stabilität und des lebendigen Anschlusses an die revolutionierenden Erkenntnisse des menschlichen Geistes.

Was die Wehrfrage betrifft, Genossinnen und Genossen, so wäre es gut, wenn wir uns im Sinne der Ausführungen von Erich Ollenhauer überflüssige, mißverständliche Streitigkeiten in den eigenen Reihen ersparen könnten und wenn wir unterstellten, daß der zugrunde liegende Tatbestand von uns durchwegs einheitlich beurteilt wird. Unumstritten ist für uns doch, daß der Krieg, zusätzlich zu allen früheren Argumenten, als Mittel der Politik auszuschneiden hat, weil er – mit den modernen Zerstörungsmitteln geführt – die Vernichtung der Menschheit heraufbeschwört. Unumstritten ist auch, so möchte ich meinen, daß die gegenwärtige bundesdeutsche Politik mit der schrecklichen Gefahr verbunden ist, die Spaltung vertiefen zu helfen. Unumstritten dürfte aber auch sein, daß es uns, weil es uns andere aufzwingen, nicht erspart bleibt, uns mit den Fragen der tatsächlichen oder vermeintlichen Sicherheit leider noch zu befassen, und daß wir diese Auseinandersetzung mit dem gesunden Willen zur Macht zu führen haben. Eine große Partei, die regieren will, kann den Fragen der staatlichen Gewalt nicht ausweichen. So möchte ich in der uns vorgelegten Entschließung das Wort von der Revision der Wehrpolitik auf-fassen, und das andere absolut richtige Wort, daß die Verteidigung der Freiheit viel mehr ist als ein militärisches Problem.

Anders als einige der bisherigen Diskussionsredner, aber in Übereinstimmung mit anderen, insoweit auch mit Lipschitz, unterschreibe ich voll und ganz, was der Parteivorsitzende über Verhandlungen mit Pankow gesagt hat. Pankow hat keine demokratische Legitimation, und – von allem anderen abgesehen – kann es keine gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung der beiden deutschen Teilstaaten geben; denn gerade dadurch würde die Teilung verewigt werden können. Man hat uns heute vormittag gesagt, die Sowjets hätten andere Forderungen erhoben. Dem haben wir meines Erachtens sachlich, aber beharrlich, unsere Auffassung entgegenzusetzen und um sie zu ringen. Unser Nein an die Adresse des Ulbricht-Regimes läßt sich aber sehr wohl vereinbaren erstens mit einem aktiven und unermüdlichen Einwirken auf Diskussionen und Entwicklungen in der Sowjetzone, auch in der SED, und zweitens mit einem Höchstmaß an Bemühungen darum, daß der vielfältige Kontakt zwischen der Bevölkerung in den beiden Teilen Deutschlands verstärkt wird und daß praktische innerdeutsche Fragen so vernünftig wie nur irgend möglich geregelt werden, um wo immer möglich jedenfalls die unsinnigsten Auswüchse des kalten Krieges alter Prägung beseitigen zu helfen.

Man fragt uns nach unseren Vorstellungen vom Weg zur deutschen Einheit. Heute ist es, glaube ich, nicht mehr möglich, unsere Vorschläge über ein System gemeinsamer Sicherheit, das Deutschland einen Status besonderer Art gewähren würde, lächerlich zu machen oder uns wegen solcher Vorschläge zu verdächtigen und zu diffamieren. Heute beginnt es zur Binsenwahrheit zu werden, daß wir mit unseren Freunden im Westen — ich sage trotz vieler Meinungsverschiedenheiten absichtlich „Freunde im Westen“; denn ich habe nicht vergessen, wer uns, ich komme ja aus Berlin, aber das gilt nicht nur für die Stadt Berlin, in schwerster Zeit es ermöglicht hat, zu überleben — heute beginnt es also zu einer Binsenwahrheit zu werden, daß wir mit unseren Freunden im Westen offen reden und uns um die Zustimmung der sowjetischen Seite ernsthaft bemühen müssen, wenn wir zu einer Lösung der deutschen Frage kommen wollen. Nachdem die Bundesregierung mit der Entdeckung Indiens durch Herrn Blücher begonnen hat, beginnt es sich auch herumszusprechen, daß wir in den Völkern der asiatischen Revolution Bundesgenossen in unserem Ringen um das nationale Selbstbestimmungsrecht zu finden haben und finden können, Freunde zu gewinnen haben, deren Verständnis und Hilfe wir vielleicht bei künftigen Erörterungen unserer Probleme, z. B. vor den Vereinten Nationen, sehr nötig haben können.

Von den innerdeutschen Voraussetzungen der Wiedervereinigungspolitik ist schon die Rede gewesen. Zu diesen inneren Voraussetzungen gehört weiterhin die Stadt Berlin, die durch ihr einfaches Dasein eine starke objektive Kraft gegen ein Sich-Abfinden mit zwei deutschen Staaten darstellt. (Beifall.) In der „Verbannung“ hat man sich bis in die letzte Zeit ernster Versäumnisse Berlin gegenüber schuldig gemacht, und wir haben immer wieder auf die Hilfe unserer Fraktion zurückgreifen müssen. Ich denke, was die Versäumnisse der anderen Seite angeht, beispielsweise an den Langwellensender, den man uns abspenstig machen möchte, und ich denke daran, daß Berlin erneut ausgeklammert wurde beim Gesetz über die direkten Wahlen zum Bundestag. Ich möchte aber auch, Genossinnen und Genossen, in diesem Kreis und vor den Delegierten des Parteitages ein schlichtes Wort des Dankes sagen für die vielen Beweise ursprünglicher Hilfsbereitschaft von seiten derer, die längst be-

griffen haben, worum es geht, und ich danke insbesondere als einer der Sprecher Berlins der Arbeiterwohlfahrt und vielen anderen Freunden für die großherzige Aufnahme unserer Berliner Ferienkinder. Das ist eine bessere gesamtdeutsche ursprüngliche Haltung als das formelhafte Hersagen bestimmter Parolen von anderer Seite. (Lebhafter Beifall.)

Schließlich aber — und auch das gehört zum Thema des Weges zur Wiedervereinigung — muß, davon sind wir fest überzeugt, noch viel geschehen, um einen festen Willen in unserem eigenen Volk zu entwickeln. Die Dinge sind nicht stehengeblieben. Die Aufgeschlossenheit hat zugenommen, aber es fehlt noch viel daran, den unbeugsamen Willen zur Wiedervereinigung so zu entwickeln, daß man ihn nirgends in der Welt ignorieren kann.

Lassen Sie mich damit schließen, Genossinnen und Genossen, daß ich sage: Wir haben zwar ein „Kuratorium unteilbares Deutschland“, wir haben aber noch nicht eine „Volksbewegung unteilbares Deutschland“, und die wird nur entstehen können, wenn sie maßgebend mit getragen werden wird von den selbstlosen politischen Kämpfern der deutschen Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Steffen aus Kiel.

Jochen Steffen (Kiel): Genossinnen und Genossen! Gestatten Sie mir, daß ich zunächst noch einmal auf den Antrag 95 des Parteivorstands eingehe, insbesondere auf die Ziffern 9, 10 und 11. Dieser Antrag des Parteivorstandes enthält, wenn wir genau hinsehen, in bezug auf das Verhältnis mit Pankow in der Frage der deutschen Einheit zwei Perspektiven, und ich glaube, daß wir es in der Diskussion bis jetzt versäumt haben, auf die Differenzierung dieser beiden Perspektiven hinzuweisen.

Es ist einmal die Frage zu stellen, ist es möglich, durch Verhandlungen zwischen Pankow und Bonn der Einheit Deutschlands näher zu kommen. Ich glaube, wir sollten mit dem Genossen Lipschitz der Meinung sein, daß es ein Novum wäre, zu meinen, eine Diktatur und noch dazu eine kommunistische Diktatur könnte durch die Stimme der Beredsamkeit zum freiwilligen Abdanken gezwungen werden. Insofern dürfte die Mehrheit der Partei dem Vorschlag des Vorstandes bestimmt zustimmen. Wir haben betont, daß wir nicht wollen, daß die vier Alliierten aus ihren Verpflichtungen für die Einheit Deutschlands entlassen werden. Aber, Genossinnen und Genossen, seit dem Ende des Krieges und seit dem Tag, wo die Alliierten gesagt haben, daß sie Deutschland weiterhin als eine Verwaltungseinheit betrachten wollen, sind etliche Jahre vergangen, und es bleiben doch zwei Tatsachen praktisch im Raume stehen: einmal die Tatsache, daß trotz dieser Versicherung seit 1945 die Handlungen der Alliierten alles andere als die Einheit Deutschlands gefördert haben, und die zweite Tatsache — und das ist die große Gefahr in der Entstalinisierung —, daß die Großmächte sich über die Köpfe Deutschlands hinweg auf eine Erhaltung des Status quo einigen könnten.

Wir alle, Genossinnen und Genossen, haben es lebhaft begrüßt, und unsere Sympathie galt dem Kampf der Arbeiter in Posen, wie ja auch unsere Sympathie und unser Beistand unseren Genossen und den arbeitenden Menschen in der sowjetischen Besatzungszone gegolten hatten. Eines aber dürfte doch

möglich sein, und das bitte ich in den Kreis der Erwägungen einzubeziehen, daß der Aufstand in Posen durchaus im Gefolge haben kann eine erneute Verhärtung des bis dahin in einem sehr raschen Fluß begriffenen östlichen Machtsystems. Es scheint mir durchaus möglich zu sein, daß der Aufstand in Posen nicht nur für Polen, sondern auch für die sowjetisch besetzte Zone eine Zäsur in der Umwandlung und fortschreitenden Entstalinisierung bedeuten könnte, und ich weiß nicht, ob unsere Partei sich von vornherein darauf festlegen kann, daß man bei den Verhandlungen, die dann notwendig sein könnten zwischen den beiden deutschen Teilstaaten, sich dann von vornherein nur mit technischen Kontakten zufrieden geben kann. Die Staatsrechtslehrer mögen verschiedener Meinung sein und sind sehr verschiedener Meinung, in welchem Verhältnis die sowjetische Besatzungszone und die Bundesrepublik zueinander stehen. Ich bin nicht kompetent, um in diesem Streit der Staatsrechtler einzugreifen, aber es scheint mir die eine Tatsache zu bestehen, daß auf beiden Seiten ein Staatsapparat besteht mit allen Gewalten, die einem Staatsapparat zur Verfügung stehen, bewaffnete Macht, Beamtenapparat und Justiz, und es könnte nach meinem Dafürhalten doch durchaus eine nüchterne Perspektive sein, wenn man sagt, dieser Zustand in einem ehemals einheitlichen Staatsgebiet entspricht dem Zustand eines latenten Bürgerkriegs, und es kann durchaus die Situation kommen – und sie könnte vielleicht näher sein, als es uns scheinen mag –, daß uns schon sehr viel damit gedient ist, wenn wir die Einheit fördern könnten dadurch, daß wir einen verstärkten Kontakt zwischen den Menschen dieses auseinandergerissenen Deutschlands sicherstellen. Warum sollten wir dadurch die Stalinisten stützen? Wäre es nicht sehr wohl möglich, daß wir diese Verhandlungen, selbst wenn sie über den technischen Rahmen hinausgehen müßten, von gewissen Forderungen, von der Erfüllung gewisser Forderungen abhängig machen könnten? Könnte nicht in dieser Weise eine einwandfreie Hilfsstellung für die Menschen dort drüben in der sowjetisch besetzten Zone geleistet werden, wenn wir sagen, so wie die Situation ist, Verhandlungen, jawohl, aber ohne Ulbricht, ohne Melzheimer und ohne Benjamin und nicht, bevor die letzten politischen Gefangenen die Zuchthäuser verlassen haben? Insofern wäre es sehr wohl denkbar, wenn wir der Anregung, die von dem Genossen Radke gegeben wurde, in bezug auf die Abfassung des Antrags 95 stattgeben würden.

Es kann bei der Haltung unserer Partei seit 1945 keinen Zweifel darüber geben, daß die Sozialdemokraten das nicht tun, um das kommunistische Regime und die kommunistische Diktatur zu stützen. Wir wissen sehr wohl, daß, wenn die Jauche des Stalinismus auch durch das Filter der Selbstkritik gegossen würde, es darum immer noch nicht der reine Wein des freien Gewissens und der Menschenwürde geworden ist. Wer aber Politik machen will und die Einheit Deutschlands als das notwendigste Ziel dieser Politik betrachtet, kann nicht darauf verzichten, auch diesen Weg zu gehen (Beifall).

Vorsitzender von Knoeringen: Es spricht der Genosse Hüllen-Westliches Westfalen.

Aloys Hüllen (Siegen): Genossinnen und Genossen! Ich möchte einmal versuchen, meine Zeit nicht auszuschöpfen, und hoffe trotzdem, das zu sagen, was zu sagen ich beauftragt bin. Ich bin vom Unterbezirk Siegen-Wittgenstein delegiert und habe als Delegierter einen festen Auftrag bekommen. Dieser Auftrag

ist in vielen Ortsvereinen und Distriktsversammlungen nicht von kühlen Politikern, sondern von einfachen Genossen und Menschen diskutiert worden. Ein großer Teil von ihnen hat in den Jahrzehnten seiner Zugehörigkeit zur SPD das gehalten, um was unser allseits verehrter Genosse Wissell mit so zu Herzen gehenden Worten die Jugend gebeten hat! Sie haben jahrzehntelang in unwandelbarer Treue trotz Verfolgung, Gefängnis und Konzentrationslager unter Einübung ihrer Gesundheit der Sozialdemokratischen Partei die Treue gehalten. Diese und nicht nur diese, sondern ohne Ausnahme alle Genossen haben mich beauftragt, den Antrag Nr. 33 zu begründen und dem Parteitag gemäß diesem Antrag darzulegen, jede Art von Militär und erst recht die Wehrpflicht abzulehnen. Ein Teil der Diskussionsredner, die vor mir gesprochen haben, hat mir einen Teil der Begründung vorweggenommen, und es erübrigt sich, dies zu wiederholen. Ich will sie nur, sofern sie sich kompromißlos gegen jede Art von Remilitarisierung wenden, voll unterstreichen. Genosse Ollenhauer selbst hat eine Reihe von Argumenten in diesem unserem Sinne vorgebracht. Ich gehe aber nicht einig mit ihm, mit seinem Argument, durch die Mitarbeit an den Wehrgesetzen das Militär demokratisieren zu können. Ich habe selbst zwei Jahre aktiv gedient, habe den Krieg mitgemacht und war fünf Jahre nach dem Krieg in Kriegsgefangenschaft. Meiner bescheidenen Ansicht nach kann es beim Militär nur eine Form von Verständigung geben, und das ist der Befehl und die Ausführung des Befehls. Ich weigere mich, ein Feuerwerk aufzubauen, das angeblich nicht abgebrannt werden soll und das, wenn es aufgebaut ist, dann doch jeder Depp in Brand stecken kann, so daß dann die schönste Knallerei in Gang ist. Anders gesagt: Ich glaube nicht, daß der H-Bombe ihre Gefährlichkeit genommen wird, wenn man sie im Pazifik über einem kleinen, einsamen Atoll zur Explosion bringt, sondern bin der felsenfesten Überzeugung, daß die H-Bombe nur dann nicht gefährlich ist, wenn sie erst gar nicht hergestellt wird.

Aus diesem Grunde stelle ich den Antrag, der Parteitag möge den Antrag Nr. 33 des Ortsvereins Siegen als den weitergehenden Antrag beschließen.

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Fritz Erler.

Fritz Erler (Pforzheim): (Mit Beifall begrüßt): Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist heute wieder einmal gerungen worden um die Frage, was in der deutschen Politik geschehen kann, um die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu erreichen, und wieder einmal sind bei dem Tasten nach den möglichen Wegen auch Freunde aus unseren Reihen zu einer sorgsam Prüfung der Frage gelangt, ob nicht doch durch Gespräche mit den Machthabern der sowjetischen Besatzungszone ein Schritt auf dem Wege der Wiedervereinigung getan werden könnte. Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß ich zu dieser Frage mit jedem Satz einverstanden bin, den der Genosse Lipschitz hier ausgesprochen hat. Und zwar warum?

Ich bin dafür, daß alles getan wird, um durch die Ausnutzung jedes denkbaren Kontakts mit denen, die tatsächlich die Gewalt in der Sowjetzone in der Hand haben, so viel an Bewegungsfreiheit für die Deutschen in ihrem Verkehr über die Zonengrenze hinwegzuschaffen, wie nur irgend erreicht werden kann, einfach darum, damit das Gefühl lebendig bleibt, daß wir *ein* Volk sind und nicht zwei. Ebenso nüchtern sollten wir aber auch einsehen, daß es das

Unmögliche verlangen heißt, mit einem Regime über die Bedingungen seiner eigenen Abschaffung verhandeln zu wollen. Der Schlüssel dazu liegt in Moskau und nirgends sonst! (Zustimmung.) Ich gebe aber zu, wenn einmal — und dafür müssen die Voraussetzungen in Bonn, also praktisch durch die nächsten Bundestagswahlen geschaffen werden — eine deutsche Bundesregierung in sorgsamer Absprache mit den westlichen Vertragspartnern — auch das ist erforderlich — endlich die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ausnutzt, um mit der entscheidenden Macht, die das letzte Wort in der Frage der deutschen Einheit allein sprechen kann, zu klären, wenn das geschehen ist, wenn wir wissen, woran wir mit den Sowjets selbst sind, wenn es sich dann nur noch um die Ausführung der Vereinbarungen handelt, die wir mit der Sowjetunion getroffen haben, dann bin auch ich durchaus bereit, mich mit jedem zusammzusetzen — da dann an den Vereinbarungen selbst nichts mehr geändert werden kann —, um die Modalitäten der praktischen Durchführung der Einigung über die Wiedervereinigung durchzuführen (Beifall). Aber umdrehen können wir diese Reihenfolge nicht. Sonst würde man sehr rasch merken, daß sich einem ernstesten Gespräch zwischen den frei gewählten Vertretern des deutschen Volkes und der Sowjetunion die Pankower Herren sogar ganz bewußt in den Weg stellen und neue Hindernisse auftürmen; denn es geht ja um ihre Macht, die sie behalten wollen (Beifall).

In diesem Zusammenhang ist auch der Zustand diskutiert worden, den das wiedervereinigte Deutschland einmal haben soll. Da fiel das Stichwort von den sozialistischen Errungenschaften, das eigentlich von denen drüben ausgegeben wurde. Ich möchte hier klar sagen — Genosse Ollenhauer hat das ganz ausführlich behandelt —, es gibt Veränderungen in der gesellschaftlichen Struktur der Sowjetzone, die man nicht einfach ungeschehen machen kann, die nach vorne entwickelt werden müssen. Wir können und wollen die früheren Privilegien nicht wiederherstellen, aber die kommunistischen Privilegien, die müssen gebrochen werden (Beifall). Und deshalb meine ich, daß wir unter gar keinen Umständen eine Diskussion über den sozialen Umwandlungsprozeß in der sowjetischen Besatzungszone auf das Geleise bringen lassen dürfen, welche kommunistische Hypotheken auf Gesamtdeutschland bestehen bleiben könnten. Der Genosse Radke hat in diesem Zusammenhang davor gewarnt, durch eine ausdrückliche Erklärung noch einmal festzustellen, daß es keine Identifizierung des freiheitlichen Sozialismus mit dem kommunistischen System gebe, weil das selbstverständlich sei. Der Genosse Radke hat vollkommen recht; das ist selbstverständlich.

Aber sind wirklich die Wähler in unserem Lande alle politisch so informiert, daß sie das Selbstverständliche schon begriffen haben? Ist man draußen in der Welt, auch in den Ländern, mit denen wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten und pflegen müssen, wirklich so aufgeklärt, daß es gar keine Verwechslungsmöglichkeit mehr gibt? Hat nicht die Diffamierungskampagne insbesondere des Jahres 1953 im deutschen Volk und in der Welt draußen verhängnisvolle Früchte getragen? Ist es daher nicht einfach ein Gebot der Gerechtigkeit und der Klarheit im politischen Leben, wenn wir jedem deutschen Wähler und jedem an der Politik interessierten Ausländer klar und unmißverständlich sagen: Wer einen Sozialdemokraten wählt, hat nicht etwa damit einen halben Kommunisten gewählt, sondern den Vertreter der Freiheit, und das ist etwas völlig anderes (Beifall).

Die Beleidigungsprozesse gegen die Diffamierungen aus dem sogenannten christlichen Lager erfreuen zwar die Gemüter, aber auf die Wahlentscheidung haben sie keinen Einfluß, weil sie hinterher kommen. Deshalb muß unsere Politik dahin gehen, trotz der zu erwartenden neuen Diffamierungen ein Klima in Deutschland und in der Welt zu schaffen, das ihnen von Anfang an die Glaubwürdigkeit nimmt.

Nun noch rasch ein paar Sätze zu einem anderen Thema. Wiederholt wurde gesprochen von der Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei an den Wehrgesetzen, und da wurde etwas durcheinandergebracht, was wir sorgsam scheiden wollen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ist in den Bundestag gewählt worden, um auf jedes Gesetz, das diesen Bundestag passiert, auch wenn es ein Gesetz ist, das wir im ganzen ablehnen, so viel wie möglich Einfluß zu nehmen. Wir sind hingeschickt, um zu handeln und nicht um davonzulaufen. (Lebhafter Beifall.) Das gilt also auch für die sogenannten Wehrgesetze, die wir abgelehnt haben, das Freiwilligengesetz, das Soldatengesetz und jetzt das Wehrpflichtgesetz. Und dann gibt es noch den anderen Komplex, den Erich Ollenhauer ausführlich behandelt hat, den Komplex nämlich, daß wir die Verpflichtung in uns spürten (und ich glaube, wir haben recht daran getan, so gehandelt zu haben), dann, wenn die Bewaffnung der Bundesrepublik nicht verhindert werden konnte, in die Verfassung diejenigen Schutzbestimmungen einzubauen, die dem Schutz der demokratischen Freiheiten, dem Schutz der Menschenwürde und dem Schutz des Staatsbürgers in diesem Staat vor Mißbrauch der militärischen Gewalt zu dienen bestimmt sind. Das und nichts anderes ist die Aufgabe der Grundgesetzergänzungen dieses Jahres, und das ist, Genossinnen und Genossen, eine Niederlage des Bundeskanzlers. Es war nicht zuletzt die Arbeit der Bundestagsfraktion auf diesem Gebiet, daß zu verschiedenen Malen das Parlament dem Bundeskanzler die Zähne gezeigt hat. Es ist nicht zuletzt diese Arbeit gewesen, die einen Beitrag geleistet hat zum Niedergang des Adenauermythos in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt. Es hat sich herausgestellt, daß der Bundeskanzler auch im Parlament besiegt ist (Beifall).

Und nun zu einem letzten Problem, zu dem auch der Genosse Willy Brandt schon einige Worte gesagt hat. Die Absage an den Mißbrauch der militärischen Macht zu außenpolitischen Erpressungen sollte uns nicht dazu bringen, die Augen vor einem anderen Problem zu verschließen, vor dem innenpolitischen Problem der staatlichen Macht überhaupt. Jeder Staat ist Macht, genau wie die Presse Macht ist, die Parteien, die Fabrikanten, die Industrieverbände, die Gewerkschaften und die Banken. Das kann man alles nachlesen bei Ferdinand Lassalle in seiner kleinen Schrift über das Verfassungswesen. Die Macht ist weder gut noch böse, es kommt nur darauf an, wozu man die Macht gebraucht, es kommt darauf an, daß die Macht unter demokratische Kontrolle gebracht wird, und zwar jedes Stück Macht, in der Gemeinde, im Kreis, im Staat und genauso in der Wirtschaft. Unser ganzer Kampf um das Mitbestimmungsrecht ist doch ein Kampf um die Kontrolle der wirtschaftlichen Macht. Diesen Kampf führen wir auch auf dem Gebiete der militärischen Macht. Nachdem wir ihr Entstehen nicht verhindern konnten, können wir diese Macht, die leider entstand, nicht ignorieren, sondern es entsteht für uns daraus die Schutzaufgabe für die Demokratie und den einzelnen Staatsbürger. Ich gebe Heinz Kühn recht, dazu braucht es ein selbstbewußtes Parlament und

vor allem eine selbstbewußte Sozialdemokratie. Wenn ich so kleingläubig wäre wie mein Vorredner, daß wir auf diesem Gebiet überhaupt nie etwas erreichen könnten, würde ich daran verzweifeln, daß die Sozialdemokratische Partei ihre Aufgabe meistern kann, die Gesellschaft im ganzen umzugestalten (Beifall).

Wir fürchten die Macht nicht. Wir kennen sie und ihre Gefahren. Wir ringen um die Macht. Wir wollen sie gebrauchen, um aus den Positionen der Regierung heraus die Wiedervereinigung unseres Landes in Frieden und gesicherter Freiheit zu erreichen, um eine Ordnung der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Gerechtigkeit zu erkämpfen und für kulturelle Freiheit und Menschenwürde zu sorgen. Wir stellen uns aber immer neu dem Votum des Wählers. Niemals wird eine Sozialdemokratische Partei die Macht dazu gebrauchen, sich diesem Votum zu entziehen. Das soll das deutsche Volk wissen. Die Sozialdemokraten weichen keinen Problemen aus, sie stellen sich jeder Aufgabe unserer Zeit. Sie ringen mit Ernst um ihre Probleme und sie wollen, sie können und sie werden sie meistern. Diese Zuversicht haben wir. Nun übertragen wir sie auch auf unser Volk, und dann gibt es das, was wir herbeiführen wollen: die Wende in der deutschen Politik. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Prof. Dr. Preller. Ihm folgt Willi Birkelbach.

Ludwig Preller (Stuttgart): Liebe Genossinnen und Genossen! Unser außen- und innenpolitisches Thema Nr. 1 ist die Wiedervereinigung, und mit Recht sagen wir, die Wehrpflicht erschüttert die Möglichkeiten der Wiedervereinigung. Aber, Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir müssen noch eines hinzusetzen: Die Frage der Wiedervereinigung wird auch davon bestimmt, ob die Bundesrepublik ein sozial reaktionärer Staat bleibt oder ob sie ein sozial fortschrittlicher Staat wird; denn wenn, wie wir wissen, drei Viertel der Arbeitenden Arbeiter, Angestellte und Beamte sind, dann ist es die Lage *dieser* Arbeiter, und es ist *ihre* soziale Zufriedenheit, die letztlich das Urteil der Arbeitenden über eine Regierung — auch über eine sozialdemokratische Regierung — über den Staat und seine Verteidigungsmöglichkeit und auch darüber bestimmt, ob die Freiheit des Westens glaubwürdig erscheint. Im 20. Jahrhundert, Genossinnen und Genossen, muß die Freiheit eine soziale Freiheit sein. Das Gefühl unwürdiger Abhängigkeit ist es doch, das meistens die Atmosphäre dieses Unbehagens und der Unzufriedenheit mit dem öffentlichen Leben erzeugt.

Genossinnen und Genossen! Wir haben in der Bundestagsfraktion an einem zentralen Punkt angesetzt — Ernst Schellenberg hat heute morgen bereits darauf hingewiesen —: an der Lage der Sozialrentner; der Sozialrentner, die ja heute noch zu den Ausgestoßenen aus dem Paradies der angeblich sozialen Marktwirtschaft zu gehören scheinen.

Unser Entwurf will nicht nur die Höhe, sondern vor allem auch die Währungsfestigkeit der Renten erreichen. Genossen, das Feilschen um die jeweilige Rentenhöhe macht doch den Rentner schließlich zu einem Objekt der jeweiligen politischen Spekulation, und davon wollen wir ihn befreien.

Der Sozialpolitische Ausschuß beim PV hat aber bereits in Dortmund gezeigt, daß er weiter geht. Wir wissen, daß mit der dringend fälligen Rentenreform für das Gebäude einer echten Sozialreform erst die Grundmauern gesetzt sind. Die Stärke unserer sozialpolitischen Parteilarbeit liegt darin, daß wir, daß die Sozialdemokratie es ist, die allein Ernst macht mit dem Wort, das der Bundeskanzler so großspurig in der Regierungserklärung hingesprochen hat, mit dem Wort von der umfassenden Sozialreform. Denn Sozialreform heißt Gesellschaftsreform. Und wer anders in dieser restaurativen Bundesrepublik, wer anders als die Sozialdemokratie kann denn eine Gesellschaftsreform ernstlich und wirklich wollen? Wir sind es, die die Not in den Betrieben kennen, die körperliche und die seelische Not; die Not, die darauf beruht, daß nur der mitkommt, der genügend Kräfte hat, der dem Tempo der Arbeit nicht nur für einige Stunden, sondern für dauernd gewachsen ist. Wir sollten nicht immer nur von den akuten Erkrankungen sprechen, sondern wir sollten uns endlich einmal, Genossinnen und Genossen, klarmachen, daß der Körper schon lange überanstrengt, daß der Körper schon lange zermürbt sein kann, ehe die eigentliche Krankheit einsetzt. Der sozialdemokratische Sozialplan tritt eben dieser Not entgegen. Er will nicht nur die Krankheit besser heilen als vorher, er will vor allem die Menschen gesund erhalten, ihnen mehr innere Kräfte und Gesundheit geben als bisher. Genossinnen und Genossen, von den 6 Milliarden Mark, die in jedem Jahr in der Bundesrepublik für Heilung ausgegeben werden, dient noch nicht einmal ein Prozent der Erhaltung der Gesundheit. Wenn wir in der Denkschrift des Herrn Blank zur Wehrpflicht gelesen haben, daß die Wehrpflicht u. a. dazu tauglich sei, die Zahnsanierung der Jugendlichen zu betreiben, dann wollten wir doch von den 11 Milliarden des Herrn Blank lieber einige hundert Millionen für eine echte Gesundheitsvorsorge haben. (Lebhafter Beifall.)

Mit dieser Gesundheits-Sicherung hat die Sozialdemokratie ein Thema aufgegriffen, das in dieser Form und mit dieser Klarheit keine Bundesregierung und keine der bürgerlichen Parteien begriffen und aufgegriffen hat. Ich möchte, weil in einem der Anträge von Göttingen gefragt worden ist, wie die Sache finanziert werden soll, hinzufügen: Gerade die Gesunderhaltung der Menschen macht ja die Mittel frei, um den alten Menschen höhere und bessere Renten geben zu können, vor allem, wenn ihre Zahl in 15 Jahren steigt. Das tun wir, weil wir eine Arbeiterpartei sind und weil wir wissen, wo dem Arbeiter der Schuh drückt, dort nämlich, wo der Arbeiter mit 40 oder 50 Jahren spürt, daß seine Kräfte nachlassen und daß die Invalidität droht. Genossinnen und Genossen! Das ärztliche Können und die Sozialversicherung haben das Leben verlängert. Aber, Genossinnen und Genossen, der Arbeitnehmer möchte die längere Lebenszeit nicht mit einem längeren Siechtum bezahlen müssen. (Sehr richtig!)

Will man dieses Programm durchführen, so kann man nicht nur die Verhältnisse so hinnehmen, wie sie eben sind, und vielleicht ein wenig daran herumdoktern. Das ist die Sozialpolitik des Kapitalismus. Unsere sozialistische Sozialpolitik stößt über die Grenze hinaus. Die sozialistische Sozialpolitik weiß, daß die sozialen Verhältnisse gestaltet werden müssen, daß sie andere werden müssen. Ich erinnere an das Thema der 40-Stunden-Woche. Sie ist ja nicht nur dazu geschaffen, damit die Menschen mehr Freizeit haben, sondern damit sie vor allem die Auswirkungen des Hetztempo der moder-

nen Arbeit in den Betrieben mit Hilfe einer kürzeren Arbeitszeit überstehen können. Ich erinnere an unseren Kampf um die Vollbeschäftigung. All das gibt dem Arbeitenden das Bewußtsein, daß er gebraucht wird und daß er deshalb nicht jeder Forderung des Unternehmers nachkommen muß. Arbeitszeitverkürzung, Vollbeschäftigung und Sozialreform machen den Menschen freier gegenüber dem Unternehmer, und auf dieser Grundlage hat unser Streben, dem Arbeitnehmer einen größeren Anteil am Sozialprodukt zu geben, auch erst die rechte Aussicht auf Erfolg.

Genossinnen und Genossen, unsere Sozialpolitik gestaltet die gesellschaftlichen Verhältnisse, paßt sie dem modernen Begriff der Würde des Menschen an, und sie gibt damit jedem einzelnen Kraft, auch zu sich selbst zu kommen und von der Freiheit den Gebrauch zu machen, den er selber davon machen will. Alles Reden über Selbstvorsorge ist falsch, solange dem Arbeitenden nicht erst einmal die Möglichkeiten geboten werden, zu sich selbst zu kommen, aus sich selbst heraus diese Vorsorge zu betreiben (Glocke). Es ist noch nicht soweit (große Heiterkeit), wir sind erst am Anfang dieser Entwicklung. Aber wir wissen, welche Programmpunkte der Sozialreform zu folgen haben. In diesem Zusammenhang möchte ich bitten, daß in dem Antrag Nr. 98, wie das der Genosse Merten bereits angesprochen hat, in der Ziffer 5 diese unsere konkreten Forderungen zur Sozialreform auch noch näher präzisiert und dargelegt werden. Wir wissen, daß wir den Rechtsstaat erst dann haben, wenn dieser Staat ein Staat sozialen Rechtes ist (Glocke). Wir haben die Parolen, die auf konkreten Vorschlägen beruhen. Ich möchte Euch bitten, auch bei der Bundestagswahl von diesen sozialpolitischen Parolen, die wir besitzen, Gebrauch zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Birkelbach-Hessen; ihm folgt Herbert Wehner.

Willi Birkelbach (Frankfurt a. M.): Genossinnen und Genossen! Die Öffentlichkeit nimmt in einem erfreulichen Ausmaß Anteil an den Verhandlungen unseres Parteitages. Dabei kann man allerdings nur staunen über die Spekulationen und Kombinationen in der Tagespresse, die diesem Parteitag vorausgingen, und lächeln über die Naivität, mit der uns hier gut zugeredet wird, doch ja durch anständiges Benehmen und Offenlassen aller Türen koalitionsfähig zu werden.

Meine Auffassung ist die: Die erste Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, durch die Eindeutigkeit ihrer Stellungnahmen und ihrer Handlungen so stark zu werden, daß sie selbst an Gewicht gewinnt und beachtet werden muß. (Sehr gut!) Die Frage, wie man das tun kann, läßt uns gar nicht soviel an Manövriertfähigkeit, wie mancher Zeitungsschreiber uns andichten möchte. Die Sozialdemokratische Partei kann es sich nicht leisten, in den dichtbesiedelten Wohngebieten, in den Betrieben, auf den Wegen zur Arbeit und sonstwo sich dem Risiko auszusetzen, daß niemand dort ihren Namen gern in den Mund nimmt. Im Gegenteil: Wenn es nicht gelingt, eine Atmosphäre der Begeisterung in diesen Bezirken und Bereichen zu schaffen, dann nützt alle Propaganda, dann nützen alle Tricks nichts, dann werden wir als Sozialdemokraten nicht das entsprechende Gewicht bekommen. (Sehr richtig!) Insofern möchte ich glauben, daß Herr Bevan drüben eine Parole ausgegeben hat, die

wir uns als Mahnung in einer ganz bestimmten Situation dienen lassen könnten: Die größte Gefahr ist, daß die Arbeitnehmer mit den Füßen abstimmen, daß sie nämlich zu Hause bleiben. Insofern haben wir die Chance, gerade jetzt auf diesem Parteitag mit unserer Stellungnahme dazuzukommen, daß es in der Öffentlichkeit keinen Zweifel geben kann an dem, was wir wirklich wollen.

Die entscheidende Frage, die uns bewegt hat, ist ohne Zweifel die: Wie wird sich die Sozialdemokratie auf diesem Parteitag zu der allgemeinen Wehrpflicht stellen und zu den Entwicklungen, die man im kommenden Jahr voraussehen kann, jedenfalls auf sich zukommen sieht? Wir haben außerdem die Tatsache zu verzeichnen, daß in diesem Stadium der Auseinandersetzungen bereits heute Menschen aus unserer Haltung politische Konsequenzen ziehen, Menschen, die gar nicht ohne weiteres Sozialdemokraten zu sein brauchen. Ich erinnere nur daran, daß die Grenzjäger des Herrn Schröder sich längst nicht in dem Ausmaß zur Bundeswehr bekannt haben, als das zunächst eingeschätzt wurde; einfach deswegen, weil gar zu viele von ihnen in Rechnung stellen, daß die große Armee mit der allgemeinen Wehrpflicht doch nicht kommen wird, weil es hier eine entscheidende Einwirkungsmöglichkeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geben wird. Ich bin sicher, daß auch die Gründe, die gerade jetzt unter dem Eindruck der Bundestagsdebatte in der Bevölkerung die Sympathien für die Sozialdemokratie gestärkt haben, sich in den kommenden Monaten immer wieder neu einstellen werden. Es ist also nicht so, daß es sich hier um eine einmalige Angelegenheit handelt. Dort, wo über die Wehrdienstdauer zu entscheiden ist, dort, wo die erste Musterung ausgeschrieben wird, dort, wo man vielleicht weitergehen wird, überall da wird die Bevölkerung in einer neuen und entscheidenden Weise spüren, was politische Entscheidungen für das Leben des einzelnen bedeuten. (Sehr richtig!) Ich stelle die Behauptung auf, daß es im Jahre 1953 gar zu vielen in unserem Volk nicht klar war, welche konkreten Maßnahmen sich ergeben würden. Aus dieser Tatsache heraus glaube ich, daß hier der Appell an die Bevölkerung und an die Wähler durchaus eine reelle Chance für die Sozialdemokratie bringen wird.

Ich möchte noch einen Schritt weitergehen. Wenn beurteilt wird, was unsere Entschließung enthält an taktischen Gesichtspunkten, dann möchte ich darauf hinweisen, daß die politischen Gründe, die uns veranlaßt haben, in dieser Frage in der Bundesrepublik diese ganz bestimmte Haltung einzunehmen, nicht nur weiterbestehen werden, sondern sie werden sich noch verstärken. Ich will sie hier nicht im einzelnen aufführen. Aber die Vertiefung der Spaltung, die Erschwerung der Entspannung, die Tatsache, daß diese Art von Bewaffnung militärisch überholt ist, und weiter die Tatsache, daß die internationale Situation sich insbesondere auch nach den amerikanischen Wahlen in einem völlig neuen Licht darstellen wird, als es noch vor drei und vier Jahren denkbar war, all das bescheinigt doch der Sozialdemokratie, daß sie es durch ihre ständige Einwirkung auf die Gesetzgebung, auf die politischen Entscheidungen fertiggebracht hat, den entscheidenden Zeitgewinn zu realisieren.

Ich möchte hier klar herausstellen — wenn ich nun ein anderes Thema kurz ansprechen darf —, daß in der Frage der Wiedervereinigung für alle erkennbar sein muß, daß der Status Gesamtdeutschlands eine Sache nicht bloß der Deut-

schen, sondern auch der Nachbarn und in erster Linie der Großmächte sein wird. Darüber kann es keinen Zweifel geben, weil wir wissen, wie sehr auch heute noch unsere Nachbarn dieses große deutsche Volk mit Mißtrauen beobachten. Ich würde sagen, daß wir als Sozialdemokraten den Leuten, die in Rußland maßgebend sind, auch von uns aus als Sozialdemokratische Partei Deutschlands keine Möglichkeit des Ausweichens, des auf ein Nebengleis-Schiebens der Dinge nach Pankow lassen sollen. Auch die Sozialdemokratie wird einer wachsenden Fühlungnahme auch mit den Machthabern der Sowjetunion selbst entgegengehen. Das ist unbestreitbar. Diese Tatsache wird mit den Auseinandersetzungen, die sich daraus ergeben können, vielleicht einen gewissen Prüfstein setzen auch für die Beurteilung der Frage, ob die neue russische Haltung, wenn es eine solche gibt, die Möglichkeit einschließt, daß es ein loyales Verhältnis zwischen den sowjetrussischen Machthabern und der demokratischen Arbeiterbewegung im Westen geben kann. Genossinnen und Genossen! Ich möchte diese Möglichkeit nicht von vornherein ausschließen. Sie gilt es zu ergründen, weil unter solchen Gesichtspunkten unter Umständen gerade die Sozialdemokratie mit ihrer Zuverlässigkeit und Stärke eine besondere Rolle zu spielen haben wird. Ich stelle diesen Gesichtspunkt u. a. auch deswegen heraus, weil es in der Auseinandersetzung zwischen dem Weltkommunismus und der Freiheit jetzt nicht mehr in erster Linie um das militärische Problem geht. Wenn ich mir die Zahlen vor Augen halte, die auf dem 20. Parteitag in Moskau erläutert worden sind und die heute doch auch in gewissem Sinne nachprüfbar sind, und wenn ich weiterhin die Voraussetzungen in Betracht ziehe in bezug auf die Produktionsmöglichkeiten der Sowjetunion und des Sowjetblocks in den kommenden Jahren, vielleicht Jahrzehnten, dann möchte ich die Behauptung aufstellen, daß spätestens in zirka 10 bis 15 Jahren die Sowjetrussen eine Manipuliermasse rein wirtschaftlicher Art für die Intervention in der Weltwirtschaft in der Hand haben werden, die unsere Vorstellungskraft im Augenblick noch übersteigt. Man mag davon sprechen, daß die Sowjetunion früher kaum eine Bedeutung auf dem Weltmarkt gehabt hat. Die Tatsache, daß sie in einer solchen Weise ihre produktive Kraft entfaltet, führt dazu, daß der Weltmarkt im alten kapitalistischen Sinn gar nicht mehr funktionieren kann, weil, wenn solche Größenordnungen zusätzlich eine Rolle spielen, sowohl in bezug auf die Nachfrage wie in bezug auf das Angebot, solche Größenordnungen, die nicht kostenorientiert sind, die sich gar nicht nach dem Preis für Einfuhr und Ausfuhr zu richten haben, könnte jederzeit jede freie Nation bedroht sein, wenn es nicht gelingt, in diesen freien Nationen den Willen des Zusammenschlusses und der Zusammenarbeit auf dem wirtschaftlichen Gebiet zu stärken. (Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß das gerade eine Herausforderung an die demokratischen Sozialisten ist, weil es für uns völlig klar sein muß, daß in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nicht so sehr die Frage der Exportaufträge allein das Entscheidende sein wird, sondern die Frage, wie wir unsere Bevölkerung laufend und sicher mit den erforderlichen Rohstoffen und Lebensmitteln versorgen können. Und es wird auf der anderen Seite die Frage sein: Können die Völker in den Ländern mit großen Rohstoffvorkommen in einer Weise entwickelt werden, daß die Beziehungen mit ihnen nicht als Beziehungen der Unterdrückung und Ausbeutung zu betrachten sind, sondern als Beziehungen der echten Partnerschaft. Und hier

möchte ich wiederum weitergehen und sagen, daß, wenn man sich auf solche langfristige Perspektiven einstellt, die langfristigen Investitionen sowohl auf dem technischen und dem industriellen Gebiet wie auch in bezug auf den Nachwuchs, den wissenschaftlichen Nachwuchs in erster Linie, hier in den westeuropäischen Ländern längst nicht in dem Maße erfolgen, die von uns allen zu fordern sind. Man wird eine solche Herausforderung, wie sie aus dieser Entwicklung der sowjetischen Produktionskraft kommen kann, gar nicht begegnen können, wenn man nicht zu einer planmäßigen Entwicklung der Wirtschaftskraft insgesamt kommt. Und damit behaupte ich, daß von hier aus die Frage der öffentlichen Einwirkung in die Wirtschaft auch unter dem Gesichtspunkt der Sozialisierung der entscheidenden Produktionszweige gar nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt werden kann.

Deswegen glaube ich, daß auch noch eine andere Überlegung einzuschalten ist. Wenn wir bereits heute feststellen, wie schwer es ist in einer solchen Wirtschaft, wie wir sie haben, eine hohe Beschäftigungsquote und stabilen Geldwert gleichzeitig zu erhalten, so ist auch von dort her die Frage zu stellen, ob zu den klassischen Wirtschaftslenkungsmitteln nicht gerade auch die unmittelbare Einwirkung der öffentlichen Hand auf die Investitionen, auf die Preispolitik und damit unmittelbar auf die Wirtschaftsentscheidungen der Großunternehmen, hinzukommen muß (Glocke).

Genossinnen und Genossen! Ich sehe diese Dinge in einem gewissen Zusammenhang. Wenn man nicht daran festhalten will, die ganze Frage des Verhältnisses zur Sowjetunion nur unter dem Gesichtspunkt zu sehen, daß es zum Kampf, zur Auseinandersetzung — vielleicht mit Waffengewalt — oder aber zu einem Wirtschaftskampf kommen wird, dann kann man angesichts der Verantwortung, die wir tragen, nicht auf den Versuch verzichten, auch in bezug auf die geistige Auseinandersetzung mit den Machthabern in der Sowjetunion selbst die erforderlichen Grundlagen zu schaffen, und die geistigen Investitionen, die dazu erforderlich sind, in unserer Bewegung nun endlich in Gang zu setzen. Ich glaube, daß hierbei das, was wir als den zweiten Teil unserer Tagung in Aussicht genommen haben, ein Beitrag, ein Anfang sein kann. Aber gesehen werden sollte dieser Beitrag nach meiner Auffassung unter den Gesichtspunkten, die ich hier dargelegt habe. Ich glaube, daß damit offenbar wird, daß der demokratische Sozialismus, aus der Natur der Dinge heraus, eine neue große Chance vor sich sehen wird, und es kommt nun darauf an, daß die Sozialdemokraten dieser großen Chance selbst gewachsen sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Herbert Wehner; ihm folgt Günter Markscheffel-Rheinhausen.

Herbert Wehner (Bonn): Genossinnen und Genossen! Darf ich, bevor ich zur Sache spreche, ein Wort des Dankes an die vielen Genossen und an alle Delegierten des Parteitages richten für die vielen guten Wünsche, die mir heute dargebracht worden sind. Das ist etwas, was man in unserer rauen Arbeit sehr wohl gebrauchen kann (Beifall), um so mehr, Genossinnen und Genossen, wenn man von manchen als eine Art uneheliches Kind dieser unserer Partei betrachtet wird (Beifall und Heiterkeit), ich möchte es auch gar nicht leugnen,

daß es so ist. Aber auch dies uneheliche Kind ist von derselben glühenden Liebe zur gemeinsamen Mutter beseelt, über die gestern unser verehrter Genosse Wissell so bewegende Worte gesprochen hat.

Zur Sache, Genossinnen und Genossen, darf ich eine Bemerkung zu den Befürchtungen der Genossen machen, die — das war noch immer ein Nachklang aus den Diskussionen über die Grundgesetzänderungen — auch hier auf unserem Parteitag sagen, wir sollten uns in keiner Weise mit dieser ganzen Sache irgendwie befassen oder beschmutzen. Die Befürchtungen hinsichtlich des Militärischen, die Befürchtungen hinsichtlich des Krieges, sie mögen so kraß ausgesprochen sein wie immer, sind es doch nicht, die uns trennen. Wenn uns etwas trennt, sind es die Konsequenzen, die aus solchen Befürchtungen gezogen werden. Ich gehöre zu denen, die, weil man solche Befürchtungen haben muß, um so mehr, als dieses Abenteuer der Aufrüstung in einem geteilten Deutschland durchgeführt wird, einsehen, daß man gerade darum um so intensiver daran arbeiten muß, das, was eine Mehrheit gegen unseren Willen durchgesetzt hat, in die demokratische Grundordnung einzubauen und alle Kräfte dafür einzusetzen, daß hinter dem gesetzlichen Einbau auch der Wille breitester Bevölkerungsschichten steht, und, wenn es darauf ankommt, lebendig wird, um aus Gesetzen eine Wirklichkeit zu machen (Beifall).

Genossinnen und Genossen! Ich teile auch die Skepsis vieler Genossen gegen papierene Bestimmungen. Die sind aber niemals mehr wert und auch niemals weniger wert als das, was wir fähig und bereit sind, hinter sie zu stellen an Willen zur demokratischen Verwirklichung. Es geht dabei nicht nur um die Grundgesetzänderungen, über die schon einige Genossen einiges sehr richtig gesagt haben. Vielleicht wären wir in diese Diskussion gar nicht gekommen, wenn wir es besser verstanden hätten, alle Teile der Partei von Anfang an an allen Phasen der Erarbeitung dieser Probleme so teilnehmen zu lassen (Beifall), daß jedes Mitglied der Partei begriffen hätte, es ist unser Wille, der sich gegen andere durchzusetzen versucht, und der sich mit einigen Abstrichen ja auch durchgesetzt hat. Dann wäre der Streit nicht in dieser Weise entbrannt und hätte nicht von Außenstehenden zu etwas unserer Partei völlig Wesensfremdem aufgebauscht werden können. Das, Genossinnen und Genossen, gilt aber nicht nur für die Grundgesetzänderungen, sondern auch für die Gesetze, die wir abgelehnt haben, und an deren Umformulierung wir dennoch lebhaften Anteil genommen haben. Nein! Es ist uns nicht gleichgültig, ob das Freiwilligengesetz in seinem Text schlecht ist, oder ob es eines gibt, das im Text besser ist. Es haben Leute gesagt, uns könnte es doch ganz gleichgültig sein, nach welchen Gesetzen sich die Freiwilligen melden, und nun da dienen müssen. Das kann uns nicht gleichgültig sein! Wir haben kein Interesse daran, daß die, die sich melden, oder die, die zu den Berufssoldaten gehen oder die eingezogen werden, das, was sie tun, unter Gesetzen tun, die sie in entscheidenden Fragen schließlich zu einem Fremdkörper und zu einem Faktor machen, der unter Umständen gegen das Volk, gegen die arbeitenden Menschen eingesetzt werden kann. Auch daran haben wir ein Interesse; denn diejenigen, die dieses Abenteuer, so wie es Adenauer nun einmal macht, mitmachen, kommen an einem wunden Punkt doch nicht vorbei. Man kann selbst eine Berufsarmee nicht aufstellen, ohne in entscheidendem Maße auf die Söhne aus den arbeitenden Schichten unseres Volkes zurückgreifen zu müssen. Wir werden dafür sorgen müssen, daß unsere Söhne nie vergessen,

woher sie kommen und niemals gegen die, von denen sie kommen und zu denen sie gehören, losgelassen und losgeschickt werden dürfen.

Genossinnen und Genossen! Ein Wort zu dem Problem, das hier immer und immer wieder angeschnitten wird. Es ist verständlich, daß es immer wieder anklingt: Pankow und Verhandlungen mit Pankow. Es wäre nicht das Problem, wie es das heute ist, wenn nicht eine Unmenge von Versäumnissen, von Fehlern der amtlichen Bonner Außen- und Wiedervereinigungspolitik gemacht worden wären und es zu diesem Problem gemacht hätten. Diese Fehler und diese Versäumnisse sind wie ein Sumpf, der sich heute ausbreitet. Über diesem Sumpf ist das Irrlicht „Verhandlung mit Pankow“ sichtbar geworden. Ein Irrlicht, das hierhin und dorthin lockt, unter dem der eine versteht „Aktionseinheit mit der SED“, unter dem der andere versteht, man könnte ja einmal den Versuch machen, zu hören, was die eigentlich wollen, und unter dem wieder andere noch anderes verstehen. Es ist heute morgen in der Diskussion gesagt worden, es sei tragisch — so ungefähr sagte der Redner; ich habe das Protokoll nicht hier —, daß ein Mann wie Ollenhauer, dessen Treue zur Demokratie doch nicht bezweifelt werde und nicht bezweifelt werden könne, sich in dieser Frage abschirmen müsse. Ich glaube, ich habe Erich Ollenhauer richtig verstanden, wenn ich meine, daß er das, was er gesagt hat, nicht gesagt hat, um sich „abzuschirmen“ gegenüber einem denkbaren Vorwurf, sondern um überall Klarheit zu schaffen hier und jenseits der Grenzen, vor allem jenseits der Zonengrenzen. Und das ist notwendig. Das, Genossen, ist auch notwendig gegenüber der Sowjetregierung, der sowjetrussischen kommunistischen Partei und auch gegenüber der SED. In der gestrigen Nummer des „Neuen Deutschland“ ist ja unter einem Titel, mit dem sie es immer wieder versuchen, „die Hand bleibt offen und ausgestreckt“ der Parteitag angesprochen worden. Ich gehöre nicht zu denen, die sich mit einigen Floskeln von dem Problem irgendwie abzusetzen versuchen. Ich weiß, was dies bedeuten kann. Aber gerade deswegen sind alle Definitionen, wie sie Ollenhauer bei seiner Rede hier gegeben hat, die nach jeder Hinsicht und nach jeder Seite hin unmißverständlich sind, lebensnotwendig und nicht einfach Taktik, um sich gegen irgend jemand und gegen irgendwelche Vorwürfe abzuschirmen. Genossen! Die SED muß, bitte nehmen Sie das ganz ohne Ironie, begreifen, daß die Sozialdemokratische Partei nicht auszuhöhlen ist. Sie muß diesen Gedanken aufgeben (Beifall). Sie muß sich daran die Zähne ausbeißen! Die SED und das, was sich KPD nennt, muß zu dem Punkt gebracht werden, an dem sie zugesteht, die Sozialdemokratische Partei ist nicht umzukrempeln und ist nicht zu einer anderen Partei zu machen, weder durch Druck von außen noch durch Aushöhlung von innen. Das müssen wir unter Beweis stellen. Dann haben wir damit eine unermeßlich große Tat für das gesamte Deutschland begangen und über Deutschland hinaus für die internationale Arbeiterbewegung, die, Genossinnen und Genossen, ja in einer Entwicklung begriffen ist. Die SED muß auch wissen, daß die Sozialdemokratische Partei mit ihr nicht in das Verhältnis eingeht, das sie dort „Aktionseinheit“ nennt. Denn wenn zwei eine Aktionseinheit beschließen, dann müßten sie ja dieselbe Aktion wollen, und es müßte nicht der eine nur die Kraft des anderen brauchen wollen, um ihn als Blutspender zu benützen. (Bravo! Sehr richtig!) Diesen Beweis ist die SED uns bis heute schuldig geblieben. Die Energie, die sie und ihre Leute haben, sollten sie verwenden auf die Änderung der Verhältnisse, auf die Demokratisierung der Verhältnisse in der Zone. Wenn in

der SED Kräfte sind, denen an einer friedlichen Lösung der deutschen Frage, an einer Lösung nicht nach fremdem Muster, liegt, wie man es manchmal hört, dann müssen sie in der Zone, wo sie selbst etwas zu sagen haben, andere Verhältnisse schaffen helfen. Wir werden uns dem nicht entgegenstellen, wenn sie das in einer Weise tun, die dort den Menschen die Lage erleichtert, und die es hier unmöglich macht, daß man den Wahlkampf mit dem Popanz des Antikommunismus und des Antisowjetismus in der Prägung, wie sie heute genannt worden sind, führen kann und damit den eigentlichen Willen des Volkes verfälscht. Der unverfälschte Wille der großen Mehrheit unseres Volkes ist doch, ein vereinigtes Deutschland zu haben, das gute, friedliche, freundschaftliche Nachbarschaft nach West und Ost, nach Nord und Süd halten und gewährleisten kann. Die Sozialdemokratische Partei muß eine Partei bleiben, die nicht anderen Interessen untergeordnet werden kann, eine integere, unverfälschte sozialdemokratische Partei. Dann wird das politische Kapital, das wir gesammelt haben, auch eines Tages ganz erhebliche politische Zinsen für unser Land, für unser Volk tragen (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat jetzt der Genosse Günter Markscheffel.

Günter Markscheffel (Mainz): Genossinnen und Genossen! Erlauben Sie mir zunächst bitte ein ganz kurzes Wort zu denjenigen Diskussionsrednern, die heute im Laufe des Vormittags und des Nachmittags verschiedentlich angedeutet haben, daß die in dem Antrag 97 des Parteivorstandes und des Parteiausschusses zum Ausdruck gebrachte Auffassung, wie wir uns zum Wehrpflichtgesetz verhalten wollen, wenn uns das Volk bei den nächsten Wahlen die politische Macht gibt, in ihrer Formulierung eventuell nicht ausreichen könnte. Genossinnen und Genossen! Der Antrag 97 lautet in seinem entscheidenden Satz, der ja die Diskussionsredner zu einem großen Teil bewegt hat — ich darf ihn noch einmal wiederholen: „Das Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, die verfehlte Wehr- und Außenpolitik umzugestalten, die bestehenden vertraglichen Verpflichtungen im Einvernehmen mit den Vertragspartnern zu revidieren und das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben“. Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wir könnten uns alle beglückwünschen, wenn in den entscheidenden Fragen, die die deutsche Öffentlichkeit in der Vergangenheit berührt haben, eine ähnlich klare Formulierung von unseren entscheidenden Gremien ausgegangen wäre. Ich möchte daher für meine Person und für die Delegierten meines Bezirks erklären, daß wir gewillt sind, diesem Antrag in seiner entscheidenden Formulierung unsere Zustimmung zu geben.

Genossinnen und Genossen! Ein zweites Wort! Ich glaube, wir sollten in der allernächsten Zukunft noch deutlicher als bisher aufzeigen, daß die militärische Blockpolitik, und die Blockpolitik überhaupt, in ihren verschiedensten Variationen praktisch den Verzicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands bedeutet. Diese Politik der militärischen Blöcke ist in einer Situation entstanden, die wir den Korea-Krieg nennen, und die dann auf Europa übertragen wurde, und sie ist, Genossinnen und Genossen, nach unser aller Auffassung in sich überholt.

Derjenige, der, politisch oder militärisch, ob in Pankow oder in Bonn, den Versuch machen sollte, diese Politik fortzusetzen, muß von uns offen als ein Mann bezeichnet werden, der sich der Sabotage an der Wiedervereinigung Deutschlands schuldig macht. (Vereinzelter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Mit dieser Feststellung verbindet sich für uns aber eine ungeheure Verpflichtung. Wir haben in der Vergangenheit und auch heute wieder in dem Referat des Genossen Ollenhauer gehört, daß wir als Alternative der militärischen Blockpolitik das System der kollektiven Sicherheit in Europa anstreben. Über diesen Begriff ist innerhalb und außerhalb unserer Partei schon viel gesprochen worden. Ich möchte Sie, um Ihnen die Größe unserer Aufgabe bei dieser Frage darzustellen, daran erinnern, daß es die Sozialdemokratie war, die zuerst in der Weltpolitik ein System der kollektiven Sicherheit an Stelle der militärischen Blockpolitik gefordert hat. Damals hat uns ein großer Teil der deutschen Presse als Phantasten bezeichnet. Wenige Monate später tauchte dann in der internationalen Diskussion der Eden-Plan auf. Liebe Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag soll nicht vorübergehen, ohne daß wir feststellen, daß die Diskussion über den Eden-Plan, der einen Ansatz und eine Möglichkeit zur Diskussion über die kollektive Sicherheit bot, nicht etwa von den Russen oder den Westmächten abgelehnt wurde, sondern auf Antrag der deutschen Bundesregierung aus der internationalen Diskussion zurückgezogen wurde.

Genossinnen und Genossen! Heute sind wir so weit, daß sogar der Außenminister von Brentano in seiner letzten außenpolitischen Erklärung von einem kollektiven Sicherheitssystem spricht. Die Herren spüren, daß sie mit der bisherigen Politik nicht weiterkommen.

Die Frage ist nun: Was verstehen wir unter diesem Begriff? — Ich glaube, Genossen, wenn wir auf diesem Parteitag dem deutschen Volk erklären, wir sind gewillt, die Revision der Verträge anzustreben, wir sind gewillt, die Wehrpolitik der Bundesregierung zu ändern, das Wehrpflichtgesetz abzuschaffen, dann haben wir die Verpflichtung, dem Volke auch zu sagen, welche Art von Politik wir an die Stelle der bisherigen Adenauerschen Politik setzen wollen. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, eine unserer Schwächen in der Vergangenheit bestand zum Teil darin, daß wir in dieser Frage nach der Alternative außer einer generellen Formulierung nicht genügend Klarheit walten ließen.

Genossinnen und Genossen! Ich möchte daher — ich höre die Glocke des Präsidenten — den neu zu wählenden Parteivorstand und auch den Parteitag bitten, es als eine der wichtigsten und ersten Aufgaben der Partei zu betrachten, in ganz scharfer Formulierung zu umreißen, wie wir uns das Funktionieren eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa auf der Grundlage des wiedervereinigten Deutschland vorstellen.

Und ich glaube, Genossinnen und Genossen, wenn wir diese Aufgabe in den nächsten Monaten erfüllen, haben wir die Voraussetzung für eine gute Wahlausinandersetzung.

Nun noch ein letztes Wort! Es klingt oft in unserer Partei an — und das ist ein Zeichen von Kleinmütigkeit einiger Genossen —, daß wir glauben, wir müßten uns in der Darstellung unserer politischen Zielsetzungen mitunter nach den Argumenten richten, die uns aus Kreisen unserer politischen Gegner nahegebracht werden.

Genossinnen und Genossen! Wir haben die wirklich große Chance, die führende politische Partei in Deutschland zu werden. Nutzen wir diese Chance, indem wir von diesem Parteitag in den entscheidenden Fragen unseres Volkes ein Bekenntnis zur Geschlossenheit einer gesamtdeutschen und einer echt europäischen Politik ausstrahlen lassen! (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Friedrich Spiegelberg. Ihm folgt der Genosse Mattick.

Friedrich Spiegelberg (Gelsenkirchen): In dem Referat von Erich Ollenhauer und auch in anderen Diskussionsbeiträgen ist ein paarmal die Frage der Haltung der Bundestagsfraktion in bezug auf die Änderung der Grundgesetzartikel angeschnitten worden. Ich möchte hier als einer, der sich zum Recht der Kriegsdienstverweigerung bekennt, und zwar in Übereinstimmung mit einer ganzen Reihe von Freunden, zum Ausdruck bringen, daß von unserer Seite her nicht gesagt worden ist, daß diese Haltung der Bundestagsfraktion nicht in Übereinstimmung mit den Berliner Beschlüssen stünde. Wenn der Genosse Ollenhauer aber zum Ausdruck gebracht hat, daß er und die Mehrheit der Fraktion die Haltung der zwanzig Genossen bedauere, die nicht in der Lage waren, sich diesen Änderungsanträgen anzuschließen, sollten wir vielleicht doch würdigen, daß diese Genossen sich in einem echten Gewissenszwiespalt befanden, einem Gewissenszwiespalt, der zwar aus parteitaktischen Gründen bedauert werden kann, der aber als freie Gewissensentscheidung doch auch in unserer Partei seine Anerkennung finden sollte. Denn es ist doch kein Geheimnis, daß sich die Mitgliedschaft der Partei in der Frage der Verteidigungsbereitschaft auch in einem Gewissenszwiespalt befindet, wenn wir daran denken, daß der Berliner Beschluß, der das grundsätzliche Ja beinhaltet, seinerzeit gegen eine große Minderheit gefaßt wurde. Es ist also eine Realität, daß auch mancher in unserer Partei nein sagt, und ich glaube, es wäre falsch, jetzt die Diskussion um das Ja oder Nein wieder aufkommen zu lassen. Denn im Grunde bleibt es immer eine Gewissensentscheidung, und daher würde diese Diskussion ohne ein konkretes Ergebnis bleiben und auf die Dauer unfruchtbar sein. Wir sollten deshalb versuchen, diesen Gewissenszwiespalt zu überbrücken, der sich in unseren Reihen befindet. Das Grundgesetz kennt ja nicht nur den Begriff der Kriegsdienstverweigerung, sondern es hat in seinem Artikel 2 auch das Recht Leben und körperliche Unversehrtheit verankert. Liegt in diesem Recht auf körperliche Unversehrtheit nicht auch ein gewisses Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit? Wir sollten als Partei ruhig erklären, daß die Gewaltlosigkeit eine politische Methode ist, die auch ihre Berechtigung hat. Es gibt Beispiele genug, wo diese Idee der Gewaltlosigkeit über den Terror der Waffen siegte. Das jahrzehntelange Bestreben der deutschen Sozialdemokratie nach einer Politik des Friedens würde mit der Anerkennung der Gewaltlosigkeit als politischer Methode einen neuen magnetischen Akzent erhalten. Diese Erklärung würde die Berliner Beschlüsse nicht aufheben, aber all die Menschen noch mehr an die Partei heranzuführen, die sich durch ihr Bekenntnis zur Kriegsdienstverweigerung schon der Idee der Gewaltlosigkeit verschrieben haben. Die Jugend würde zudem auf eine besondere Art und Weise angesprochen werden.

Und nun will ich noch ein Wort sagen, in dem es um die Jugend geht. Wir sollten von diesem Parteitag aus uns die Entschließung des Deutschen Bundes-

jugendrings zu eigen machen, in dem dieser gegen die Verherrlichung des Nazismus und das Wiederaufleben des Rassenhasses protestiert. Diese Entschließung des Deutschen Bundesjugendrings hat eine Reihe von konkreten Vorschlägen zum Inhalt, die es wert erscheinen lassen, sie auch einmal in unserem Kreis näher zu beleuchten. Denn wir wissen alle selbst, daß ein Wiederaufleben des Nazismus eine Gefahr unserer Zeit ist, und daß wir deshalb schon von vornherein unsere ganze Kraft dagegen aufzuwenden haben. Und ich meine, wir sollten es in unserem Kreise wirklich einmal überlegen, ob nicht der Vorschlag, gesetzliche Bestimmungen gegen jegliche Literatur zur Verherrlichung des Nazismus und gegen das Wiederaufleben des Rassenhasses zu schaffen, durch die Initiative der Sozialdemokratischen Partei in die Debatte des Bundestags geworfen werden könnte.

Zum Abschluß noch ein oder zwei Sätze zu einer dritten Frage! Wir haben diesmal, ebenso wie in Berlin, eine Entschließung vorliegen, die einen flammenden Protest gegen die Atombombenversuche zum Inhalt hat. Genossinnen und Genossen! Sollten wir nicht einmal noch etwas weitergehen und zur Diskussion stellen, unsere Freunde zu beauftragen, in der Sozialistischen Internationale dafür zu sorgen, daß die Länder, in denen wir an der Regierung sind, die Freundschaftsverträge mit den Staaten auflösen, die nicht mit dem Wahnsinn dieser Atombombenversuche aufhören? Wenn wir die medizinischen Bulletins über das Ergebnis der Untersuchungen an den 22 japanischen Fischern uns vor Augen führen, dann müssen wir doch sagen, daß diese Atombombenversuche ein Verbrechen an der Menschheit sind, und dem sollten wir mit aller Energie entgegenzutreten (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Mattick-Berlin.

Kurt Mattick (Berlin): Genossinnen und Genossen! Eines scheint schon auf Grund des Referats von Erich Ollenhauer und der Diskussion auf diesem Parteitag ganz klar herausgestellt werden zu können: Dieser Parteitag ist der Anspruch auf eine Regierung ab September 1957 unter sozialdemokratischer Führung. Für die Regierung Adenauer — das muß auf diesem Parteitag ausgesprochen werden, obgleich ich weiß, daß es der Vorsitzende nicht aussprechen kann — wäre ein wiedervereinigtes Deutschland unter sozialdemokratischer Führung schon der Weg zur Hölle.

Darum ist die Politik der Regierung Adenauer im Grunde genommen überhaupt keine Politik der Wiedervereinigung, weil er soviele Sicherheiten in eine solche Politik einbauen will, die gar nichts mehr mit militärischer Sicherheit gegen eine sowjetische militärische Gefahr zu tun hat, sondern auch eine Sicherheit einbauen will, die Deutschland davor schützt, die restaurative Politik zu überwinden, die Adenauer in den sieben Jahren betrieben hat (Beifall). Man sollte sich dabei doch eines vor Augen halten: Die graue Eminenz des Herrn Globke ist der unmittelbare Berater dieses Bundeskanzlers. Und dieser Globke ist der Statthalter ehemaliger aktiver Nationalsozialisten in der Bundesregierung. Es ist doch nicht anzunehmen, daß von diesem Mann eine Beratung ausgehen kann, die letztlich dazu führen muß, daß — das trifft für Globke zu wie für Ulbricht — ein wiedervereinigtes Deutschland doch auch noch einmal mit dieser Seite, nämlich mit den Globkes in der Regie-

rung, neu aufzuräumen hat. Denn hier sind Dinge entstanden, die nicht dazu beigetragen haben, ein neues Deutschland zu entwickeln.

Genossinnen und Genossen! Die Sozialdemokratische Partei hatte die Vorstellung, wie das hier schon gesagt worden ist, daß wir 1945 neu beginnen. Das ist durch die restaurative Politik Adenauers nicht gelungen. Aber eines ist doch unser neuer Versuch: Bei einem wiedervereinigten Deutschland wirklich mit dem Tag eins neu zu beginnen mit dem Neuaufbau eines neuen, anderen Deutschland, als es heute in der Bundesrepublik entwickelt worden ist und als es auch jenseits der Elbe aussieht.

Genossinnen und Genossen! Darum muß uns klar sein: Bis zur Neuwahl des Deutschen Bundestages und einer neuen deutschen Regierung wird es keine wirklichen neuen und möglichen Aktionen für die deutsche Wiedervereinigung geben. Wir lesen heute in den Mitteilungen, die wir bekommen haben, daß Eden erst im nächsten Sommer nach Moskau fahren wolle, und es wird mitgeteilt, daß man daraus schließen könne, daß vor diesem nächsten Sommer eine neue Viererkonferenz und neue Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung und andere internationale Fragen nicht in Frage kommen würden. Das läßt sich auch ablesen aus der Tatsache, daß man im November dieses Jahres in Amerika wählt und daß im Herbst des nächsten Jahres die Wahlen in der Bundesrepublik stattfinden. Nach den internationalen Erfahrungen ist unmittelbar vor solchen Wahlen niemand bereit, auf der internationalen Ebene Kompromisse zu machen. Ich glaube, wir müssen uns auch heute auf diesem Parteitag Gedanken darüber machen, welche Maßnahmen wir in der Zwischenzeit, unmittelbar vor dem Kampf um eine neue Bundesregierung, ergreifen, um das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands aufzulockern und das Gespräch um die deutsche Wiedervereinigung noch mehr, als es heute der Fall ist, in Gang zu bringen. Ich meine, daß es hierbei nicht in Frage kommen kann, wie einige hier gesagt haben, man solle mit Pankow verhandeln. Hier bin ich der Meinung, wie es auch Fritz Erler ausgeführt hat, daß es in der Bundesrepublik noch an starker Aktivität fehlt, dieses innerdeutsche Gespräch und diese innerdeutsche Bewegung zur Wiedervereinigung vorwärtszutreiben.

Noch besteht — das soll man doch einmal ganz deutlich aussprechen — in der Sowjetzone ein latenter Kriegszustand. In ganz Europa, sogar in Jugoslawien, können die Menschen mit einem gültigen Personalausweis oder einem Paß hin und her reisen, wohin sie wollen. Wenn aber eine Mutter aus Hannover nach Leipzig zu ihrem Sohn will, braucht sie für den Ort einen genehmigten Passierschein. Wenn wir über die Autobahn von Berlin in die Bundesrepublik fahren, dürfen wir als Deutsche von dieser Autobahn nicht nach Leipzig oder Dresden abweichen. Das sind Maßnahmen, die, wie ich glaube, es in den besetzten Gebieten kaum während der Kriegszeit gegeben hat. Unsere Parole muß sein: Aufhören mit diesem latenten Kriegszustand! Dafür gibt es heute keine Berechtigung mehr. Dazu können wir einiges tun, Genossen! Wir sollten dafür sorgen, daß jede Mutter, jeder Bruder, jeder Freund, daß alle diejenigen, die aus der Bundesrepublik einen Verwandten oder Bekannten in der Sowjetzone haben, diese nach der Bundesrepublik einladen. Jede Einladung, die abgelehnt wird, muß veröffentlicht werden. Wir sollten uns bei unseren Freunden, Bekannten und Verwandten in der Sowjetzone anmelden! Dieser innerdeutsche Reiseverkehr, diese Verbindung von Mensch zu Mensch

muß forciert werden. Wir sollten dafür sorgen, daß wir wieder mehr Verbindung aufnehmen. Sollte sich Grotewohl veranlaßt sehen, diesen Reiseverkehr zu hemmen, dann sollte kein Tag vergehen, an dem in der Bundesrepublik nicht über diesen latenten Kriegszustand in Deutschland geschrieben und dagegen protestiert wird. Man weiß doch in der internationalen Welt viel zu wenig von diesen Dingen. Man weiß nichts, wie sich heute dieser innerdeutsche Verkehr noch abspielt. Genossen! Bis zu dem Tage, wo die Viererkonferenz wieder zusammentritt, muß der innerdeutsche Verkehr aufgelockert werden bis zu einem Ausmaß, daß tatsächlich der deutsche Wille, der Wille aller deutschen Menschen hinter dieser Wiedervereinigung steht und mehr sichtbar wird, als es bis heute der Fall war. Wir können nicht verlangen, daß die Alliierten deutscher sind als wir. Erst wenn der deutsche Wille wieder mit einer solchen Demonstration fühlbar und sichtbar wird, dann wird auch der alliierte Wille durch den deutschen Willen getrieben werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat die Genossin Ella Kay-Berlin; ihr folgt Kurt Conrad-Saar.

Ella Kay (Berlin): Genossen und Genossinnen! Obgleich der Genosse Ollenhauer mit sehr großer Deutlichkeit heute den Standpunkt der Partei zum Wehrpflichtgesetz dargetan hat, glaube ich, daß über dem Saal und über den Gesprächen eine gewisse Angst liegt, eine Furcht, die hinausgetragen werden kann in die Jugend, zu den jungen Menschen, die von dem neuen Wehrpflichtgesetz betroffen werden und in einer großen Unruhe sind. Darum mein Appell noch einmal an die Partei, daß der Parteitag nach der sehr klaren Haltung, die der Parteivorstand durch den Mund von Genossen Ollenhauer heute hier kundgetan hat, seine ganze Kraft dahin entwickeln muß, daß unserer Jugend für die Zukunft eine Wehrpflicht für Deutschland nicht zugemutet wird. Das muß unsere Arbeit für die Zukunft sein. Wir haben oft die Haltung unserer Jugend, die Wege, die die Jugend gegangen ist, um zu einer Entscheidung zum Wehrgesetz zu kommen, nicht immer verstanden. Wir haben ihre Maßnahmen nicht immer gutgeheißen. Wir haben manchmal mit ihnen darüber diskutiert, ob ihre Haltung in dieser oder jener Frage richtig war. Eines aber müssen wir ihnen zugestehen, da sie ja letzten Endes diejenigen sind, die ab Oktober gemustert werden und die das auszuführen haben, was wir Alten beschlossen haben, daß sie sich gegen die Wehrgesetze wehren. Hüten wir uns davor, daß unsere Jugend, die ja letzten Endes der Staatsbürger von morgen ist, die unsere Arbeit weitertragen soll, unsere Haltung nicht versteht. Ich meine jetzt dieses „uns“ nicht als „uns“ in der Partei, sondern „uns“ als Bevölkerung. Wir in der Partei haben aber die Pflicht, alles zu tun, um die Jugend zu gewinnen und die Jugend zu verstehen. Wir leben noch in Trümmern. Wir haben die Wunden des letzten Krieges noch nicht vergessen und auch noch nicht überwunden. Noch laufen die Kriegsbeschädigten mit ihren Verstümmelungen herum, noch haben wir die Opfer des letzten Krieges vor Augen, und schon entwickeln wir in Deutschland wieder eine Wehrmacht von ein paar hunderttausend Mann und diskutieren gleichzeitig, daß ein neuer Krieg ganz unmöglich wäre, weil die Atomwaffen einen neuen Krieg niemals zulassen würden. Wir Frauen draußen auf dem Markt oder in der Fabrik, wir Mütter von Söhnen verstehen daher

nicht, warum unsere Jungen im nächsten Jahr Soldat werden müssen. Und das sollten wir sehr deutlich sagen. Wir haben alles daranzusetzen, damit die Frauen und die Jugend diesen Weg nicht gehen müssen. Dann werden die Frauen uns verstehen und unserer Politik folgen. Das wird dann auch die Jugend tun. Wir wollen nicht noch einmal die Folgen eines Krieges tragen. Wenn heute, nach über einem Jahrzehnt, in Japan, wo die erste Atom-bombe heruntergegangen ist, von 30 000 lebend geborenen Kindern noch fast ein Drittel unnorm und nicht lebensfähig ist, möchte ich allen Frauen der Welt zurufen: Kämpft in und mit der Sozialdemokratischen Partei, daß ein neuer Krieg, ein neues Völkermorden nicht mehr kommt. Wenn das aber nicht mehr kommen soll, dann brauchen wir auch keine Wehrmacht. Und darum bin ich froh darüber, daß unsere Partei auf diesem Parteitag sehr deutlich herausgestellt hat, daß die künftige Regierung, die 1957 kommen wird, in die Lage versetzt werden muß, dieses Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Kurt Conrad, Arbeitsminister in der Saarregierung.

Kurt Conrad (Homburg/Saar): Werte Genossinnen und Genossen! Die Äußerungen Erich Ollenhauers, daß die CDU und die jetzige Bundesregierung vielleicht im nächsten Bundestagswahlkampf die Rückkehr der Saar, von der ich ebenso wie Sie hoffe, daß sie am 1. Januar 1957 politisch stattfinden kann, ausgiebig ausnutzt zu einem Erfolg der Bundesregierung oder der CDU in Bonn, sind es gewesen, die mich veranlaßten, hier das Wort zu ergreifen. Es ist zweifellos eine Gefahr in dieser Möglichkeit gelegen, daß im Bundestagswahlkampf 1957 ein „Saar-Märchen“ der deutschen Bevölkerung erzählt werden soll. Um dieses Saar-Märchen von allem Anfang an unmöglich zu machen, glaube ich, verpflichtet zu sein, als Zeuge der damaligen Ereignisse hier noch einmal mit aller Deutlichkeit zu erklären: Wenn die Saar 1957 zurückkehrt, dann nicht wegen Adenauer, sondern trotz der Haltung Adenauers (Beifall). Unsere Partei, die deutschen Parteien insgesamt, lebten in den Jahren 1952 noch in der Illegalität. In diesem Jahre fand an der Saar eine Landtagswahl statt. Da wir nicht als Parteien auftreten konnten, da wir der Bevölkerung keine Kandidaten präsentieren durften, riefen wir auf, ungültige Stimmzettel abzugeben. Vor dieser Wahl hatten die deutschen Parteien mehrere Besprechungen in Bonn gehabt. Nachdem es nicht gelungen war, die Mehrheit in dieser Form der Demonstration zu erringen, sondern nur 25 Prozent weiße Stimmzettel abgegeben wurden, fiel in Bonn die Türe zu. Man hat dann in den kommenden Jahren den Versuch gemacht, uns das famose Saarstatut als eine lebenswerte Angelegenheit anzupreisen. Noch im Jahre 1955, kurz vor der Abstimmung im Saargebiet, hat der Bundeskanzler in Bochum aufgerufen, das Saarstatut zu akzeptieren. Wir sollten also auf unabsehbare Zeit aus Deutschland draußen bleiben. Genossinnen und Genossen! Die Gründung des Heimatbundes im Saargebiet war die Antwort der deutschen Parteien auf die Bochumer Rede des Bundeskanzlers. Sie sollen alle wissen, daß der Anstoß zur Gründung dieses Heimatbundes von der CDU der Saar gekommen ist. Es ist wichtig, an diese Dinge zu denken und unmöglich zu machen, daß mit der Rückkehr der Saar falsches politisches

Kapital geschlagen wird. Wir sind im Saargebiet glücklich darüber, es durch unseren Kampf ermöglicht zu haben, in der wichtigen, aktuellen Frage, vor der unsere Partei steht, in der Frage der Wiedervereinigung, den Rücken im Westen frei zu bekommen. Nur diese Entscheidung der Bevölkerung hat es ermöglicht, mit der französischen Regierung in Verhandlungen zu kommen, von denen wir erwarten, daß sie mit Erfolg abgeschlossen werden. Es sieht jetzt schon so aus, daß wir auf Grund dieses Vertrages über die Saar, der uns die Rückkehr ermöglichen soll, schwere wirtschaftliche Opfer zu bringen haben. Erich Ollenhauer hat es heute schon einmal gesagt: Die Bevölkerung der Bundesrepublik darf keinen Augenblick zögern, sie zu bringen; denn so wie man sich in der Bundesrepublik gegenüber dem rückgekehrten Saargebiet verhält, werden sehr viele Menschen in Mitteldeutschland folgern, daß man sich auch ihnen gegenüber verhalten wird. Bei allen Fragen, die nach der politischen Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik auftauchen, bitte ich, an diese Dinge zu denken.

Nun lassen Sie mich noch ein Wort von der Saar aus sagen zu der Frage, ob man nach Pankow gehen oder nicht gehen soll. Sehen Sie, als es uns 1952 nicht gelang, mehr als 25 Prozent der Stimmen zu erreichen, hat ein Minister der Bundesregierung in Paris ein Gespräch mit Herrn Hoffmann angeknüpft. Aus diesem Gespräch ist gar nichts herausgekommen, weil Herr Hoffmann nichts zu bieten hatte. Herr Hoffmann war doch gebunden an den Auftrag seiner Auftraggeber. Genauso sind die Leute in Pankow an den Auftrag gebunden, den ihre Auftraggeber ihnen gegeben haben (Beifall). Es lohnt sich also nicht, diesen Weg zu gehen. Der einzige Weg ist, der Bevölkerung in Mitteldeutschland die Freiheit zu einer freien Entscheidung zu geben. Ich bin gewiß, diese Entscheidung wird genauso deutlich gegen die Trabanten der Besatzungsmacht ausfallen wie bei uns in Saarbrücken und im Saargebiet. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Zur Geschäftsordnung hat der Genosse Helmuth Schmidt das Wort.

Helmuth Schmidt (Hamburg): Genossinnen und Genossen! Der Verlauf dieser Debatte ist wahrscheinlich für manche Delegierte und sicherlich auch für die Presse dort oben in gewisser Weise eine Überraschung. Wo man die Austragung tatsächlicher oder angeblicher Spannungen erwartet hatte, zeigt sich eine sehr weitgehende Einmütigkeit des gesamten Parteitags. (Bravo und lebhafter Beifall.) Offensichtlich haben die Rede Erich Ollenhauers am Anfang des heutigen Tages sowie die letzte außenpolitische Debatte im Bundestag und auch die Debatte über die Wehrpflicht, die dort mit so großer Eindringlichkeit vorgetragene Argumente unserer Partei sehr viel von den letzten Zweifeln an den Politikern der Partei beseitigt, die in einem Teil der Anträge noch zum Ausdruck gekommen waren. Soweit aber in der heutigen Diskussion erheblich abweichende Auffassungen zu Wort gekommen sind, haben die Entgegnungen durch zwei der hervorragendsten Sprecher unserer Partei die ungeteilte Zustimmung bei den Delegierten gefunden, so daß man sagen kann, die politische Meinungsbildung dieses Parteitages zum heutigen Tagesordnungspunkt ist bereits vollzogen. Deshalb darf ich als einer derjenigen, die noch auf der Rednerliste stehen, den Geschäftsordnungsantrag stellen, die

Debatte zum gegenwärtigen Tagesordnungspunkt zu beenden und dem Parteivorsitzenden das Schlußwort zu erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Will jemand gegen den Antrag Stellung nehmen? (Zurufe: Wie viele Redner sind noch gemeldet?)

— Es sind noch 8 Redner vorgesehen. Es liegen keine Wortmeldungen gegen den Antrag vor. Ich lasse abstimmen. Wer dem Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Debatte zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön! Die Gegenprobe! — Das erstere war die große Mehrheit. Damit ist die Debatte geschlossen.

Ich erteile nun Erich Ollenhauer das Schlußwort.

Erich Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Ich kann den Parteitag für die lange Rede, die er heute morgen von mir anhören mußte, jetzt dadurch entschädigen, daß ich ein sehr kurzes Schlußwort spreche. Zunächst möchte ich allen Delegierten, und vor allem allen Sprechern in der Debatte, herzlich danken für den Geist der Sachlichkeit und der Kameradschaft, in dem diese Verhandlungen durchgeführt werden konnten. Ich glaube, das allein schon ist ein großer Gewinn für die Partei.

Zur Sache selbst möchte ich zunächst feststellen, daß der Parteivorstand einverstanden ist mit dem vom Genossen Merten begründeten und jetzt mit genügend Unterschriften vorliegenden Antrag in der Frage der Kriegsdienstverweigerung. Dieser Antrag und seine Forderungen entsprechen der Haltung der Partei, und ich wäre dankbar, wenn sich der Parteitag diese Forderung zu eigen machen würde.

Eine zweite sachliche Bemerkung: Einige unserer sozialpolitisch tätigen Genossen haben die Frage aufgeworfen, ob man nicht in Punkt 5 des Antrages 98 etwas mehr sagen sollte über den Sozialplan der SPD. Genossinnen und Genossen! Ich darf darauf aufmerksam machen, daß es sich bei dieser EntschlieÙung zur allgemeinen Politik um eine kurze Zusammenfassung der dringendsten Erfordernisse einer Neuorientierung der Politik der Bundesrepublik handelt. In allen Punkten haben wir selbstverständlich auf weitgehende Darstellung von Einzelheiten verzichtet; denn dieses Programm der dringendsten Erfordernisse soll und kann doch nicht mehr sein als eine Richtlinie für unsere Arbeit in den nächsten Monaten, vor allem auch zur Vorbereitung des Wahlkampfes. Es ist selbstverständlich, daß die notwendigen Ergänzungen in bezug auf den Inhalt und auf die ausführlichere Darstellung jetzt ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit der Partei in den kommenden Monaten sein werden. Ich möchte aus diesem Grunde den Parteitag bitten, hier auf eine solche Ergänzung zu verzichten unter Anerkennung der von mir eben gemachten Mitteilung, daß die hier von mir gewünschten Ergänzungen und Ausführungen in einer Form erfolgen, die unsere Arbeit und Propaganda erleichtern und wirksam gestalten.

Noch ein Wort möchte ich sagen zu der EntschlieÙung über die Politik der Sozialdemokratischen Partei in der Wiedervereinigungsfrage. Genossen! In dieser Sache habe ich nichts von dem zurückzunehmen, was ich über unsere politischen Vorstellungen in bezug auf die Außenpolitik und in bezug auf die innerdeutschen Beziehungen heute morgen gesagt habe. Daran sollten wir

festhalten! Bei diesem Wiedervereinigungsprogramm handelt es sich um eine Arbeit, die der Partei in den nächsten Monaten in der absehbaren Entwicklung eine Grundlage für ihre Aktionen geben soll. Es handelt sich nicht um ein Programm des Perfektionismus. Wir haben zu jeder der internationalen Konferenzen vom vergangenen Jahr Richtlinien ausgearbeitet, und sie haben in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit eine große Rolle gespielt. Parteivorstand und Parteiausschuß haben hier den Versuch gemacht, diese Richtlinien der gegenwärtigen veränderten Situation anzupassen und sich auseinanderzusetzen mit den Aufgaben, die in der nächsten Zukunft auf uns zukommen. Ich darf euch daran erinnern, daß ich heute morgen selbst von dem wichtigsten Kapitel gesprochen habe, das die Partei zu erfüllen hat. Es handelt sich um die Aufgabe, ein sozialdemokratisches Wiedervereinigungsprogramm auszuarbeiten. Diese Aufgabe sehen wir. Diese Aufgabe ist in Angriff genommen worden. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt im einzelnen darüber zu sprechen haben. Hier aber handelt es sich darum, eine konkrete politische Antwort auf eine konkrete politische Situation von heute zu finden. Deshalb möchte ich auch in diesem Falle bitten, daß sich der Parteitag unter diesem Gesichtspunkt mit den Richtlinien einverstanden erklärt.

Eine letzte Bemerkung, Genossinnen und Genossen! Ich glaube, es war der Genosse Marx, der geglaubt hat, einen Unterschied herauslesen zu müssen zwischen den Bemerkungen in meinem Vortrag über die Revision der verfehlten Außen- und Wehrpolitik und der Formulierung, die wir in der Entschliebung gefunden haben, in der ausdrücklich gesagt wird, daß es unser Ziel ist, die bestehenden vertraglichen Verpflichtungen im Einvernehmen mit den Vertragspartnern zu revidieren und das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben. Genossen, es war sicher nicht meine Aufgabe, euch in meinem Vortrag die Entschliebung vorzulesen. Ich möchte aber ausdrücklich hier feststellen, daß die Entschliebung selbstverständlich in vollem Umfange das deckt, was in meinem Vortrag mit anderen Worten ausgeführt wurde. Ich glaube, daß diese Klarstellung nützlich ist, damit nicht solche Untersuchungen oder Betrachtungen in der weiteren Diskussion eine Rolle spielen.

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß es dem Inhalt der Aussprache und dem Geist der Diskussion entsprechen würde, wenn der Parteitag jetzt über die Entschliebung entscheidet, die Parteivorstand und Parteiausschuß in diesen Fragen vorgelegt haben, damit die Öffentlichkeit den Eindruck einer möglichst geschlossenen Beurteilung der wichtigsten aktuellen Fragen unserer Innen- und Außenpolitik innerhalb der Sozialdemokratie zu sehen bekommt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Genossinnen und Genossen! Damit sind die Beratungen zu Punkt 2 unserer Tagesordnung abgeschlossen.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen. Ich habe eingangs darauf hingewiesen, daß mit dem Antrag 95, gestellt vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei, zur deutschen Wiedervereinigung verbunden sind die Anträge 1 bis 11, 13 bis 18, 20 bis 21, 23 bis 24 und 30. Wenn diese vom Parteivorstand und Parteiausschuß einstimmig beschlossen und Ihnen im Antrag 95 zur Entscheidung vorgelegten Forderungen angenommen werden, sind die von mir genannten Anträge hinfällig.

Ich komme zur Abstimmung. Wer dem Antrag 95 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Stimmzeichen. Danke schön. — Gegenprobe! — Keine Gegenstimme. Damit stelle ich fest, daß der Parteitag diese Entschlie-
ßung einstimmig beschlossen hat. (Lebhafter Beifall.)

Antrag 97, Entschlie-ßung zur Wehrfrage, gestellt vom Parteivorstand und Parteiausschuß. In Verbindung damit stehen die Anträge 12 bis 33 und 35, entsprechend den Schlußfolgerungen, die wir vorhin gezogen haben. Wer diesem Antrag 97 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Stimm-
zeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Auch dieser Antrag ist ein-
stimmig angenommen worden. (Lebhafter Beifall.)

Der Zusatzantrag 103 ist sachlich mit dieser angenommenen Entschlie-ßung
in Zusammenhang zu bringen. Erich Ollenhauer hat Ihnen vorgeschlagen,
auch diese Entschlie-ßung anzunehmen. Ich komme zur Abstimmung. Wer
dieser Entschlie-ßung, Antrag 103, seine Zustimmung geben will, den bitte ich
um das Stimmzeichen. — Gegenprobe! — 1 Gegenstimme. — Enthaltungen? —
Keine Enthaltungen. Die Entschlie-ßung ist angenommen.

Antrag 98, Entschlie-ßung zur allgemeinen Politik. Damit im Zusammenhang
stehen die Anträge 34, 35, 37 und 82. Ich komme auch da zur Abstimmung.
Wer dem Antrag 98 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das
Stimmzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? —
Keine. Damit ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Antrag 99, Entschlie-ßung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wer die-
ser Entschlie-ßung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Hand-
zeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Keine. Ein-
stimmig so beschlossen.

Antrag 96, Entschlie-ßung zur Lage in der Sowjetzone. Wer dieser Entschlie-
ßung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Stimmzeichen. —
Danke schön. Gegenprobe! — Stimmenthaltung? — Keine. Damit ist auch
diese Entschlie-ßung einstimmig angenommen.

Genossinnen und Genossen! Es ist nicht zuviel gesagt, wenn ich feststelle,
daß höchstwahrscheinlich unsere politischen Gegner bei Behandlung dieser
heutigen Fragen einen anderen Ausgang erwartet haben (Heiterkeit). Aber
da wir nicht dazu da sind, unseren politischen Gegnern Freude zu bereiten,
wollen wir uns um so mehr freuen, daß diese einheitliche Meinung der Sozial-
demokratischen Partei in diesen wichtigen Fragen heute auf diesem Partei-
tag festgestellt werden konnte. (Starker Beifall.)

Das Präsidium schlägt vor, damit die Beratungen für heute zu beenden (Zuruf:
Über den Antrag 36 muß noch abgestimmt werden!). Der kommt bei den
anderen Tagesordnungspunkten, unter „Organisation“. Genosse von Knoe-
ringen hat nun das Wort.

Vorsitzender von Knoeringen: Genossinnen und Genossen! Nach einem
so harten arbeitsreichen Tag läßt Euch die Münchner Organisation in den
Salvator Keller ein (Bravo!). Jeder bekommt eine Maß Bier (Heiterkeit). Aber
wir haben noch mehrere Maß Bier in Vorrat.

Draußen regnet es in Strömen. Das kommt daher, daß nach München auch Leute gekommen sind, die nicht ganz einwandfrei waren (Heiterkeit). Aber, Genossen, der Salvatorkeller liegt hoch über der Isar, eine Überschwemmung ist nicht zu befürchten.

Wir bitten Sie also, heute abend unsere Gäste zu sein. Der Salvatorkeller liegt an der Hochstraße, zehn Minuten von hier entfernt. Auf Wiedersehen um 20 Uhr! (Allgemeiner Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Genossinnen und Genossen! Morgen früh beginnen wir wieder um 9 Uhr.

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 15 Minuten)

DRITTER VERHANDLUNGSTAG

DONNERSTAG, DEN 12. JULI 1956

(Beginn der Sitzung: 9.03 Uhr)

Vorsitzender von Knoeringen: Genossinnen und Genossen! Am dritten Verhandlungstage eröffne ich die Fortsetzung der Beratungen des Parteitags. Ich hoffe, daß alle Gäste und Delegierten hier in München trotz des strömenden Regens eine gute Nacht verbracht haben (Beifall). Der Wetterbericht hat uns eine langsame, jedoch stetige Besserung der Wetterlage vorausgesagt. Wir können also guter Hoffnung sein.

Zunächst möchte ich einige Mitteilungen machen: Das Präsidium wird heute um 13 Uhr 30 am Grab Georg von Vollmars im Waldfriedhof zu München einen Kranz niederlegen. Wenn sich Genossen daran beteiligen können, wäre das erwünscht.

Georg von Vollmar war die größte Persönlichkeit, die die Sozialdemokratie in Bayern hervorgebracht hat. Sein Name ist aus der Geschichte unserer Partei nicht wegzudenken. Er ist durch die katholische Erziehung gegangen, war im katholischen Gymnasium zu Augsburg und war Mitglied der Päpstlichen Garde in Rom. Nicht deswegen, oder vielleicht gerade deswegen, ist er Sozialdemokrat geworden. Wir haben ein bedeutendes Wort von ihm überliefert, das ich zum Gedenken an ihn kurz vortragen möchte. Er sagte:

„Sozialisten müssen sich von ihren Gegnern unterscheiden durch ihr Wissen von der gesellschaftlichen Entwicklung, durch den Realismus ihrer Politik, durch die Wahrhaftigkeit ihrer Argumente, durch ihren Mut und ihre Leidenschaft im Kampf für das Recht der Unterdrückten und durch ihren Glauben an Menschlichkeit und Freiheit.“

Dieses Wort Georg von Vollmars begleitet auch diesen Parteitag. Wir werden also im Namen des ganzen Kongresses ihn heute an seinem Grabe ehren. (Beifall.)

Dann, Genossinnen und Genossen, sind eine Fülle von Telegrammen und Grußbotschaften an den Kongreß eingetroffen, darunter auch persönliche Grüße. Aus der Fülle der persönlichen Grüße möchte ich nur zwei hervorheben, von zwei Genossen, die wegen Krankheit an dieser Tagung nicht teilnehmen können. Das erste Telegramm:

„Leider noch ans Bett gebunden, wünsche ich herzlich, daß es den Delegierten in fairem Meinungs austausch gelingen möge, eine Basis für die Arbeit der Partei in den nächsten Jahren zu finden, die ihr den Erfolg sichert. In herzlicher Verbundenheit

Otto Suhr“

(Beifall.)

Ein zweites persönliches Telegramm:

„In 36 Jahren ist es das zweite Mal, daß ich an einem Parteitag nicht teilnehmen kann. Die Folgen eines Autounfalls binden mich noch ans Kran-

kenhaus. Welche Stunde des Umbruchs der Produktivkräfte! Das Sozialgefüge der Bundesrepublik, die weltweite Auswirkung politischer Entscheidungen in jedem Land geben diesem Parteitag ungewöhnliches Gewicht. Ich grüße die Weggenossen eines langen politischen Wirkens und verspreche an meinem Platz Treue, Fleiß und Tatbereitschaft für unser Ziel. Dem Parteitag vollen Erfolg!

Arno Hennig, Kultusminister"

(Beifall.)

Dann, Genossinnen und Genossen, ist eine Reihe von Botschaften von Belegschaften bayerischer Betriebe und auch übriger Betriebe in der Bundesrepublik, vor allem von sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften in diesen Betrieben eingetroffen. Ich möchte nur einige herausgreifen: Von der Betriebsgruppe Siemens-Schuckert-Werke in Nürnberg, dann von der sozialdemokratischen Betriebsgruppe Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken Köln-Deutz, dann von der sozialen Arbeitsgemeinschaft des Landesverbands Bayern der SPD, dann von der Betriebsgruppe der Waggonfabrik Rathgeber, München, dann von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft der Bundesbahner, dann vom Arbeiterrad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“, und zwar vom Bundesvorstand dieser Organisation, dann von der Landesversammlung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes in Berlin am 10. Juli, der telegraphiert:

„Wir fordern den Parteitag der SPD in München und die SPD-Bundestagsfraktion auf, Maßnahmen zu ergreifen, das vom Bundestag verabschiedete Wehrpflichtgesetz wieder rückgängig zu machen, da dieses Gesetz die Wiedervereinigung in Frage stellt.

1. Vorsitzender Wolfgang Büsch.“

Ferner sendet dem Kongreß Aufsichtsrat und Vorstand der Niedersächsischen Bank Hannover ein Telegramm, ferner ein gemeinsames Treffen der Frauengruppe Bremerhaven, dann endlich eine Weltorganisation der Mütter aller Nationen.

Alle diese Telegramme drücken die Verbundenheit mit den Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei aus und wünschen dem Parteitag einen guten Verlauf.

Genossinnen und Genossen! Wir haben vorgestern eine große Zahl von internationalen Gästen begrüßen dürfen, die hier persönlich für ihre Länder gesprochen haben. Einige von ihnen waren vorgestern noch nicht anwesend. Sie sind aber heute hier. Ich freue mich, vier von ihnen bitten zu können, namens ihrer Partei noch zu diesem Parteitag zu sprechen. Allen voran möchte ich den Vertreter der Sozialistischen Internationale, den Genossen Morgan Phillips aus London bitten (Beifall).

Der Genosse Morgan Phillips ist auch Generalsekretär der britischen Labour Party. Er ist uns ja allen bekannt. Auf seine Initiative geht die Konferenz der Sozialisten Westeuropas vom Jahre 1948 zurück, welche 1951 zur Gründung der Sozialistischen Internationale führte.

Ich darf dem Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale hiermit das Wort erteilen (Beifall).

Morgan Phillips, Vorsitzender der Sozialistischen Internationale: Genossen und Genossen! Meine Freunde in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands! Ich freue mich, zusammen mit Euch, Eurem Kongreß beizuwohnen und die Gelegenheit zu haben, als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale die Grüße der anderen Genossen und auch meine eigenen zu übermitteln. Wir wünschen Euch Erfolg in der Arbeit hier in München.

Ich habe auf deutsch angefangen. Aber es soll auch so weitergehen. Ich habe mir vorgenommen, meine Ansprache heute auf deutsch zu halten, wenigstens so lange es geht! (Beifall.) Also, macht Euch auf etwas gefaßt!

Wenn man zurückblickt auf die Jahre seit dem Krieg, so macht der wirtschaftliche Aufschwung Westdeutschlands einen großen Eindruck. Aber man weiß auch, daß die, welche am Ruder sind, immer versuchten, diesen wiederkehrenden Wohlstand so zu verteilen, daß ein kleiner Prozentsatz den größten Anteil hat — auf Kosten der Mehrheit der Arbeitenden. Also, auf englisch: no fair shares! Gegen diese unfaire Verteilung habt Ihr einen schweren Kampf geführt. Ihr habt Euch Eure Partei neu aufbauen müssen. Seit den ersten Schritten im Jahre 1947 habt Ihr die SPD zu einer mächtigen Bewegung aufgebaut. Ihr Einfluß ist groß — und wird noch größer werden. Wir alle sind stolz auf Euren Erfolg!

Es ist mir eine Genugtuung, daß die Revolution unsere „Labour Governmens“ hier und dort helfen konnte, auf dem Weg zu einer gerechteren, sozialen Ordnung. Aber auch in der anderen Richtung kommen Ideen und Erfahrungen: Eure Ideen finden Interesse bei uns in England und bei anderen Parteien. Dies gilt besonders für Eure Analysen von Marxismus und Kommunismus, von Religionsfragen und von der Sozialisierung. Dies ist ein wichtiger Zuwachs zum Allgemeingut sozialistischen Denkens. Und so bereichert es uns alle und erleichtert uns die Arbeit.

Gleichzeitig seid Ihr voll beteiligt an täglicher, politischer Arbeit, im Bundestag, in den Ländern, in den Gemeinden. Diese Arbeit hat Erfolge gehabt in der Verbesserung sozialer Verhältnisse und in den Schranken, die Ihr einer vollen Entfaltung reaktionärer Politik gesetzt habt.

Zu Theorie und Praxis kommt noch die Organisation: Ihr seid eben, genau wie wir in England, bei der Verstärkung der Parteiorganisation. Die Erfolge in den Länderwahlen, zuletzt in Baden-Württemberg, waren beachtlich. Euch werden sie angespornt haben. Das sind gute Zeichen! Ich habe volle Zuversicht, daß Eure Anstrengungen die richtige Belohnung finden werden: im Wahlergebnis des nächsten Jahres (Beifall).

Nun ein Wort zur Außenpolitik. Hier hat es verschiedene Ansichten gegeben, besonders über den militärischen Beitrag. Euer Standpunkt und der der Internationale standen sich gegenüber. Auch heute existieren zum Teil noch verschiedene Ansichten. Ich bin aber überzeugt, daß wir in offener demokratischer Diskussion auch hier eine Lösung finden. Euren energischen Kampf gegen den militaristischen Geist erkennen wir hoch an. Der Bruch mit der Vergangenheit war unmeßbar wichtig, obwohl für Euch als auch für uns. Für die Zukunft Deutschlands sollten wir folgendes eindeutig klarmachen: Über das Ziel sind alle Parteien der Internationale mit Euch einig, das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands, in der die Rechte aller, Freiheit und Demokratie, sichergestellt sind (Beifall).

Die Ostzone teilt die Tragödie dieses Jahrhunderts, die Tragödie der vielen Nationen, gefesselt von dem Einparteiensystem, von der Geheimpolizei und der unterjochten Justiz.

Einige dieser Übel wurden beim Moskauer Kongreß zugegeben. Erstmals wird nun kritisiert, es werden Fragen gestellt und es erscheinen Triebe zur Demokratie. Zur gleichen Zeit bekämpfen viele kommunistische Führer diese Tendenzen. Von der weiteren Entwicklung in der Sowjetunion selbst hängt sehr viel ab. Dies betrifft wohl auch die Ostzone und die Aussicht einer Lösung dieses Problems. Wenn das Sowjet-Regime langsam gezwungen wird, größere Konzessionen zu machen, dann sind die ersten wesentlichen Schritte getan, Schritte, die zur persönlichen Freiheit führen. Dann entsteht auch international ein Klima, in dem Probleme leichter gelöst werden können. Wenn wir in der Sozialistischen Internationale unseren Glauben an die Sozialdemokratie behalten, unseren Glauben an die internationale Verbrüderung zur Befreiung aller Menschen von jeder Art von Sklaverei, dann fördern wir die Entwicklung im kommunistischen Lager. Denn ein wahres Beispiel hält immer den Willen zur Freiheit lebendig. Unsere Parteien der Sozialdemokratie sind nämlich die besten Garanten der Menschenrechte, der Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und des Wohlstandes aller Menschen.

In diesem Sinne möchte ich Euch zum Abschluß beglückwünschen zur Ausführung Eurer Aufgaben. Ich möchte schließlich den Wunsch ausdrücken, daß Eure Arbeit weiterführt zu immer größerem Erfolg (Beifall).

Vorsitzender von Knoeringen: Ich danke dem Genossen Morgan Phillips für diese bedeutende Erklärung und diesen Gruß, den er hier an uns gerichtet hat. Ich danke ihm besonders, daß er sich der Mühe unterzogen hat, in unserer Sprache zu sprechen (lebhafter Beifall). Es ehrt den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, daß der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale persönlich hier erschienen ist; wir wissen das zu würdigen, und wir versichern ihm, daß die deutsche Sozialdemokratie ein treues Glied der internationalen Gemeinschaft aller Sozialisten sein und bleiben wird (lebhafter Beifall).

Als dem nächsten Sprecher für internationale Parteien übergebe ich das Wort dem Sprecher der Union der Sozialistischen Parteien von Zentral- und Osteuropa, dem Genossen Milos Vaněk.

Milos Vaněk (mit Beifall begrüßt): Teure Genossinnen und Genossen! Nach so vielen inhaltvollen Begrüßungsansprachen, die Sie schon gehört haben, brauche ich wohl kaum zu betonen, daß es für mich eine Freude, aber zugleich auch eine sehr schwere Verantwortungslast ist, zu Ihnen im Namen so vieler, die getötet worden sind, die eingekerkert sind, und von allen, die mundtot gemacht worden sind, hier sprechen zu dürfen. Ich habe den ehrenvollen Auftrag übernommen, Ihrem Parteitag bei dieser historischen Tagung im Namen der Sozialistischen Union viel Erfolg zu wünschen, welche — der Sozialistischen Internationale angeschlossen — die sozialistischen Exilparteien Bulgariens, Estlands, Jugoslawiens, Lettlands, Litauens, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, der Ukraine und Ungarns vereinigt. Auch die Sozialdemokratische Partei Georgiens hat mich ersucht, Ihnen ihre wärmsten Grüße zu übermitteln. Ich bin aber insbesondere durch diese Gelegenheit tief gerührt,

in Ihrer Person die Vertreter und Geisteserben derjenigen deutschen demokratisch-sozialistischen Bewegung begrüßen zu dürfen, zu welcher unsere jüngeren Parteien schon seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts so oft als ihrem Vorbild emporgeblickt, aus deren Gedankengut wir so oft Inspirationen entlehnt und moralische Unterstützung erfahren haben.

Der Zeitmangel macht es mir unmöglich, der Tradition zu folgen und Ihnen bei dieser Gelegenheit eine kurze Übersicht der augenblicklichen Lage in unseren Ländern zu übermitteln. Deshalb will ich meine Botschaft auf folgende drei Punkte beschränken:

Die Betrachtung unserer innenpolitischen Lage ist mit der Analyse der weltpolitischen Entwicklung und insbesondere der Einflußnahme der imperialen Sowjetmacht aufs engste verknüpft, welche an uns als realpolitischer Machtfaktor früher als an die großen Nationen des Westens herangetreten ist. Wir verfolgen mit wärmstem Interesse und mit wärmster Teilnahme insbesondere Ihren Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands, weil wir in der SPD diejenige moralische und politische Kraft sehen, die diese Wiedervereinigung in Freiheit anstrebt, und arge politische Unfreiheit ist es, der heute sowohl Ostdeutschland als auch unsere Länder in tragischer Gemeinsamkeit preisgegeben sind.

Aber es geht nicht nur um diese politische Versklavung. Sowohl Ostdeutschland als auch unseren Ländern wurde unter dem Namen „Sozialismus“ das sowjetische Wirtschaftssystem aufoktroiert, dessen staatskapitalistischer Charakter von den sozialpolitisch weniger interessierten Sowjetforschern der freien Welt in seiner grausamen antisozialen Tragweite bis jetzt kaum erkannt worden ist, obwohl es gerade diese staatskapitalistische Ausbeutung ist, die die Quelle der strategischen Gefahren für die freien Länder geworden ist. Man bewundert und bestaunt oft diese steilste Kapitalakkumulation der Weltgeschichte, ja mitunter bewundert man sogar ihre Folgen, die enormen Investierungsmöglichkeiten, welche ungewöhnliche Wachstumsraten der Schwerindustrie und des Rüstungspotentials nach sich ziehen. Aber man ist sich kaum dessen bewußt, daß auf dem Umweg über die Politik der sogenannten geplanten Verlustwirtschaft heute keine 20 oder 25 Prozent, sondern 40 bis 45 Prozent des Sozialprodukts dem arbeitenden Volk jahrzehntelang durch vielerlei mächtige Hebel des drastischen Zwangssparens entzogen wurden.

Karl Marx hat im ersten Band des „Kapitals“ in der Kritik gerade dieser Art der politischen Ökonomie vor neunzig Jahren eine getreue Photographie und eine vernichtende Kritik dieses sowjetischen Staatskapitalismus geliefert, wenn er schrieb, daß „die tote Arbeit, das Kapital, die lebendige Arbeit ausaugt, und je mehr es saugt, desto besser gedeiht es“. Hinter dem Eisernen Vorhang haben nämlich sowohl die Preise von Lebensmitteln als auch die Arbeitslöhne eingestandenermaßen aufgehört, Sache der Sozialpolitik zu sein. Sie dienen als bloße Instrumente der Redistributierung des Volkseinkommens zu einer drastischen Verbrauchsdrosselung. Diese durch Stalin ersonnene und durch blutigen Massenterror eingeführte staatskapitalistische Ausbeutungsmaschine wird auch heute in vollem Gang gehalten, heute, in der Zeit der politischen und polizeilichen Entstalinisierung. Man fragt sich, was diese Ausbeutungsmaschine mit dem Sozialismus gemeinsam habe. Man muß die prophetische Voraussicht von August Bebel und Wilhelm Liebknecht mit Ehr-

furcht bewundern, die diese Frage für uns schon vor 75 Jahren beantwortet haben. Sie haben schon anfangs der 80er Jahre jegliche Verstaatlichungspläne Bismarcks, des damaligen feudalabsolutistischen Regimes, mit folgender Argumentation abgelehnt: „Der Staat will gewisse Zweige“ — wohlverstanden: Industriezweige — „an sich reißen, um sich an die Stelle der Privatunternehmer zu setzen und deren Gewinne für sich einzustreichen. Die Liberalen sagen, dies sei Staatssozialismus. Jedoch mit Unrecht. Echter Staatssozialismus ist nur möglich in einem demokratischen Staat, da der Sozialismus seiner innersten Natur nach demokratisch ist; was ein Polizeistaat für Staatssozialismus ausgibt, kann höchstens Kasernenwirtschaft und Fiskalismus sein.“

Kasernenwirtschaft war und ist das Wort. So stand es im Aufruf zur ersten Reichstagswahl am 27. Oktober 1881 geschrieben, vor 75 Jahren. Wenn wir heute diesen prophetischen Worten etwas hinzufügen dürfen, so müssen wir feststellen, das der sowjetische totalitäre Staat diese Kasernenwirtschaft mit drei- bis viermal so großer Profitabschöpfung im Vergleich mit einem echten Sozialismus betreibt. Und diese Kasernenwirtschaft ist der Anlaß, daß gegen ihn immer wieder heroische Kämpfe geführt werden. Zahlreiche Aufstände entstanden in den Konzentrationslagern von Pilsen und Mährisch Ostrau, so entstand der Aufstand in Berlin und vor einigen Tagen der Aufstand in Posen. Sie sind während der letzten Jahre immer wieder einem Lohnkampf entsprungen. Was bezeugt dies? Dies zeigt, daß es den Kommunisten während ihrer Rückkehr zum Leninismus gelungen ist, in den von ihnen beherrschten Ländern Zustände zu schaffen, die eine Verwirklichung des klassischen Wunschtraums Lenins aus der Zeit seiner Einheitsfronttaktik darstellt, nämlich daß heute hinter dem Eisernen Vorhang jeder einfache Lohnkampf mit Leichtigkeit in einen politischen Generalstreik einschließlich eines bewaffneten blutigen Kampfes mit der Staatsgewalt ausartet und umschlägt. Dies ist eine Erscheinung, die sich Lenin seinerzeit für demokratische Länder so heiß und so vergeblich gewünscht hat. Nur ein Volk, welches einmal erlebt hat, was es bedeutet, einen Streik gegen einen totalitären Staatsapparat führen zu wollen, kann ermessen, wie tief das Leiden und wie zornig der Groll der Arbeitenden in dieser Kasernenwirtschaft wohl sein muß, um solche Explosionen zu einer Regel zu machen. Aus diesem Grunde werden wir an eine echte Entstalinisierung im Sinne einer echten Rechtsschwenkung erst dann glauben können, sobald sie auch von einer für alle Welt sichtbaren grundsätzlichen Revision der sowjetischen Wirtschaftspolitik im Sinne einer humanen Sozialpolitik begleitet ist. Thomas Masaryk hat im Jahre 1897 das Wort geprägt: „Entweder ist der Sozialismus humanitär, oder er ist keiner.“ Der sowjetische Sozialismus — ist keiner.

Er ist es aber auch deshalb nicht, weil in der letzten auf dem 20. Kongreß angebahnten Kritik an den verübten terroristischen Massengreueln einige genozide Terroraktionen und Völkermordaktionen zwar mißbilligend, aber weit unvollständig erwähnt und von keinem Wiedergutmachtungswillen begleitet worden sind. Die Massenaussiedlungen von Karatschejen, Tschetschenzen, Inguschen, Bakaren und Kalmücken wurden zwar von Chruschtschow rügend erwähnt, aber über das Schicksal der Massenverschleppungen der estländischen, lettischen, litauischen, wolgadeutschen, georgischen, krimtatarischen usw. usw. Bevölkerung herrscht völliges Schweigen. Desgleichen wird wohlverständlich auch über Massenaussiedlungen der Deutschen aus den Ost-

staaten geschwiegen, obwohl deren Ausmaß — meiner persönlichen Überzeugung nach — hauptsächlich ebenfalls durch Stalins Gebiets hunger und Annektionslust verursacht worden ist. Wenn es mir erlaubt sein sollte, hier noch ein weiteres Wort meiner persönlichen Ansicht hinzuzufügen, so glaube ich, daß die Zeit gekommen ist, auszusprechen, daß es hinter dem Eisernen Vorhang heute kaum einen demokratischen Sozialisten gibt, der als national-politischer Nutznießer dieser Stalinschen Aussiedlungspolitik gelten möchte, und der nicht gewillt wäre, Gerechtigkeit und Vernunft, Wiedergutmachung und wenigstens Sorge für Witwen und Waisenkinder dort walten zu lassen, wo gestern nur schlecht beratene nazistische oder kommuno-faschistische Verblendung gewütet hat.

Wir glauben an ein besser organisiertes Europa. Wir sind uns jedoch dessen bewußt, daß eine europäische Zusammenarbeit nicht nur auf negativen Werten des gemeinsamen Gefahrenbewußtseins, sondern auch auf einem positiven Programm der zwischenstaatlich durchdachten „Menschenrechte für Nationen“ beruhen muß, welche nicht nur rechtlich, sondern auch in einem erhöhten persönlichen Verantwortungsgefühl und in einer erhöhten persönlichen Moral eines jeden Europäers verankert sein müssen. Es gibt in Europa keine einzige Kraft, die dank ihrer international solidaristischen Tradition, dank ihrem Kampfesruhm, dank ihrem glühenden Glauben an den Menschen besser geeignet wäre, gerade solch ein Programm, gerade dieses Verantwortungsgefühl und diese Moral schöpferisch mit aufzubauen, als den demokratischen Sozialismus.

In dieser Überzeugung wünsche ich der Arbeit der SPD und ihrem Kampf den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Ich danke dem Genossen Milos Vaněk für diese Grußbotschaft. Auch die deutsche Sozialdemokratie war 12 Jahre lang eine Exil-Partei. Auch sie war zum Schweigen verdammt. Auch sie weiß, was heute die Exil-Parteien in Zentral- und Osteuropa zu ertragen haben. Wir alle wünschen, daß der Tag komme, an dem auch die demokratischen Sozialisten dieser Länder wieder frei für ihre Idee kämpfen können. Dafür wollen wir uns immer einsetzen und das sei unser Gruß zurück an die, die heute jenseits ihrer Grenzen den Kampf um den Sozialismus weiterführen. (Beifall.)

Als dritten, der heute zu uns sprechen wird, rufe ich auf den Genossen Sam Watson, den Vertreter der britischen Labour-Party. Er wurde 1949 Vorsitzender der Labour-Party und ist Vorsitzender des Internationalen Ausschusses dieser Partei.

Sam Watson (von Beifall begrüßt) spricht englisch. Erwin Schöttle: Genosse Sam Watson hat ausgeführt:

Es ist für mich eine große Freude, Ihnen die brüderlichen Grüße der britischen Arbeiterpartei zu überbringen.

Vor zehn Jahren besuchte ich Ihr Land und sah die Anfänge, die im Zusammenhang mit der Wiedererrichtung der Gewerkschaftsbewegung und Ihrer Sozialdemokratischen Partei gemacht wurden. Ich bewundere den Fortschritt, den Sie in dieser kurzen Zeit machen konnten, und ich bin sicher, daß die Tatkraft und die Energie, die Sie beim Aufbau Ihrer Bewegung gezeigt haben, sowie die Erfolge, die Sie in manchen Gebieten bereits verzeichnen können,

Sie bald zur stärksten Fraktion des Deutschen Bundestages machen werden. Wir begrüßen Ihre Treue zu den Prinzipien der Demokratie und teilen mit Ihnen die Sorge und die Enttäuschungen darüber, daß es noch kein vereinigtes Deutschland gibt, das auf der Grundlage freier Wahlen entstanden ist. Ihr Parteitag fällt jedoch in eine Zeit hinein, in der sich in der gesamten Welt große Veränderungen vollziehen. Vielleicht ist es noch zu früh, diese Veränderungen genau zu interpretieren, aber genügend ist bekannt, um zu der Annahme zu neigen, daß das Nachlassen der Spannungen nun die Möglichkeit zur Herbeiführung der deutschen Einheit bieten könnte.

Wir wissen, daß die Lösungen, die Sie in der Innen- und Außenpolitik anstreben, auf sozialistischen Prinzipien fundieren, die uns gemeinsam sind und die den wahren Interessen aller beteiligten Völker entsprechen. Um erfolgreich zu sein, brauchen wir nicht nur eine intelligente und tapfere Führung, sondern auch eine aktive Mitgliedschaft. Wir haben davon Kenntnis genommen, daß Sie eine Kampagne eingeleitet haben, welche die Partei und ihre Durchschlagskraft als eine schöpferische Kraft in der deutschen Gesellschaft stärken soll. Wir begrüßen diesen Fortschritt.

Wir in Großbritannien sind auch darangegangen, unseren Parteiapparat und unsere Ansichten und politischen Leitsätze zu überholen, so daß sie den Notwendigkeiten und Erfordernissen der Zukunft entsprechen. Bei den Wahlen im vergangenen Jahr gelang es den Konservativen, an der Regierung zu bleiben. Sie wurden jedoch in ihren Hoffnungen, ihre Mehrheit weitgehend zu vergrößern, enttäuscht. Ihr Wahlerfolg kam zustande teilweise wegen der Aufstellung eines Etats, der für die Wahlen entsprechend aufgemacht wurde, teilweise aber auch deshalb, weil sie in ihr Programm viele Elemente sozialistischer Politik einverleibt haben. So kommt es, daß sie sich heute oft als Vorkämpfer für soziale Einrichtungen ausgeben, die von der Labour-Regierung geschaffen wurden.

Aber auf vielen anderen Gebieten haben die konservativen Verfehlungen zu Hause und in Übersee den Menschen gezeigt, daß es der gegenwärtigen Regierung in einem traurigen Ausmaß an Initiative und Ideen fehlt. Es ist symbolisch, daß beispielsweise im Zusammenhang mit dem Zypern-Problem die Regierung nun darangeht, Lösungen anzustreben, die wir bereits vor Monaten befürwortet haben. Es besteht wenig Zweifel darüber, daß heute Parlamentswahlen die Labour-Party an die Regierung bringen würden. (Beifall.)

Deswegen unternehmen wir nun den Versuch, die Ziele einer künftigen Arbeiterregierung bereits jetzt abzustecken. Auf unserem Parteitag im vergangenen Jahr haben wir die Initiative zur Ausarbeitung spezieller politischer Programme ergriffen, von denen die ersten in den vergangenen beiden Wochen veröffentlicht worden sind. Eines davon enthält einen neuen und mutigen Weg zur Lösung des Renten- und Wohnungsbauproblems, das in England wie auch in Deutschland immer noch Sorge in das Leben so vieler Menschen hineinbringt. Andere befassen sich mit mehr abstrakten Fragen und enthalten u. a. eine Neuformulierung der Begriffe „persönliche Freiheit“ und „Gleichheit“ — zwei Themen von großer Bedeutung in einer Welt, die sich mit Entwicklungen beschäftigen muß, wie z. B. der Automation und der ideologischen Krise im Sowjetbereich. Diese Studien werden die Grundlage einer neuen

Politik darstellen, die es uns, wie wir glauben, ermöglichen wird, Großbritannien zum nächsten Meilenstein jenes Weges zu führen, den wir im Jahr 1945 beschritten haben. Wir hoffen, daß all dies auch für die Sozialisten in den anderen Ländern von Interesse und vielleicht von Nutzen sein wird; denn in einer Welt, die mit jedem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt immer kleiner wird, werden die Probleme, denen wir gegenüberstehen, zu internationalen Problemen. Es muß sich daher im sozialistischen Lager die Erkenntnis durchsetzen, daß diese Probleme sich ergänzen und ihre Lösungen voneinander abhängig sind. Wir sind der Auffassung, daß der einzige politische Rahmen, in dem eine freie Gesellschaft gedeihen kann, die parlamentarische Demokratie ist, die der Opposition volle Rechte einräumt. Ein Grund, warum wir den Kommunismus ablehnen, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Kommunisten diese Methode verwerfen oder sie nur dann akzeptieren, wenn es ihren Zielen dient. Gerade unser Glaube an die Methode der politischen Demokratie ist es, der uns scharf von den Kommunisten unterscheidet. Unsere Auffassung von Freiheit geht dahin, daß der einzelne Mensch, obwohl ein Teil der Gemeinschaft, seine unverletzliche Persönlichkeit mit eigenen Rechten hat. (Beifall.) Wir glauben daher, daß die größte Sicherung der Rechte des einzelnen von der Existenz freier demokratischer sozialistischer Bewegungen in all den Ländern gewährleistet wird, die in der Lage sind, ihren Beitrag zum Aufbau einer Gesellschaft zu leisten, die allen Menschen Freiheit und Gleichheit bietet.

In diesem Geiste wünsche ich Euch viel Erfolg für die große Arbeit, die Ihr leistet, und möchte noch einmal unserer warmen Freundschaft und unserem Vertrauen Ausdruck verleihen, daß wir in Euch Partner einer gemeinsamen Sache haben. (Starker Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Ich darf dem Genossen Sam Watson danken für diesen eindrucksvollen Gruß, den uns mit seiner Rede die britische Labour-Party geschickt hat. Diese große Sozialdemokratische Partei jenseits des Kanals war immer für uns ein Stück Hoffnung, und wir haben immer versucht, aus ihren Erfahrungen zu lernen für unseren Kampf. Wir waren so stolz, als sie damals die Führung ihres Landes und damit des britischen Weltreiches übernommen hat. Wir haben sie verfolgt auf ihrem kühnen Weg in eine neue Zeit, und wir sind heute wieder von Spannung erfüllt über die neuen großen Versuche, die die britische Arbeiterpartei unternimmt, um in einer neuen Zeit neue Mittel der Politik zu entwickeln. Wir sind überzeugt, daß sie ihren Weg siegreich fortsetzt zum Wohle des britischen Volkes, als eine bedeutende Säule des Friedens in der Welt wirken möge und in ihrem großen nächsten Kampf um die Führung des Landes einen vollen Sieg erringt (Beifall).

Genossinnen und Genossen! Ich habe jetzt die besondere Ehre, einen Vertreter des Fernen Ostens hierher bitten zu dürfen, einen Vertreter Indiens, den Genossen Asoka Metha. Er ist Mitbegründer der Sozialistischen Partei Indiens und war ihr Generalsekretär von 1950 bis 1953. Er war wegen seines führenden Anteils an den Befreiungskämpfen seines Volkes viermal im Gefängnis. Er ist Mitglied des Stadtrats von Bombay und seit 1954 Parlamentsabgeordneter und Sprecher der Indischen Sozialistischen Partei für Wirtschaftsfragen. Er gehört dem Planungsausschuß Indiens an, und seit 1956 ist

er auch Vorstandsmitglied der Indischen Sozialistischen Partei. Er ist der Verfasser zahlreicher Bücher und einer der hervorragendsten Repräsentanten der Sozialisten Indiens.

Asoka Metha, Indien (von Beifall begrüßt): (Übersetzung:) Genossinnen und Genossen! Ich überbringe Euch die Grüße meiner Partei und meines Landes. Ich freue mich sehr, die Gelegenheit zu haben, an dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands teilnehmen zu können; denn die Deutsche Sozialdemokratische Partei war die Wiege des Sozialismus. Aber nicht nur die Väter der sozialistischen Bewegung stellen für uns eine große Inspiration dar; auch die gesamte Entwicklung der deutschen sozialistischen Bewegung, ihre Leistungen und ihre Rückschläge, die sie erlebt hat, ihre klassischen Auseinandersetzungen und geschichtlichen Kämpfe sind uns eine wertvolle Lehre.

Heute besteht ein engeres Band zwischen Eurer Partei und unserer Partei. Wir beide haben eine gemeinsame Weltansicht. Wir haben durch tragische Erfahrungen die Folgen der Teilung unserer Länder kennengelernt. Wir beobachten mit Hoffnung und vollem Verständnis Eure großen Anstrengungen, eine neue Gesellschaft in einer Welt der Freiheit und Gleichheit zu errichten. In Deutschland haben sich tragische Entwicklungen ergeben aus Spannungen zwischen Nationalismus und Sozialismus. Wir haben diese Lehre 1933 empfangen, als unsere Partei gegründet wurde. Heute sind wir glücklich, feststellen zu können, daß die Kräfte der nationalen Freiheit und des demokratischen Sozialismus untrennbar miteinander verbunden sind. In Bayern verehrt man diese Sozialisten der Frühzeit, die sich sehr bemüht haben, die sozialistische Bewegung auf die Bauernschaft hinzulenken. In Indien haben wir eine Bauerndemokratie. Der Bauer ist der Mittelpunkt unserer sozialistischen Bemühungen. Wir sind in der glücklichen Lage, keinen Konflikt zwischen unserer religiösen und kulturellen Renaissance und dem Aufstieg unserer sozialistischen Bewegung zu haben. (Beifall.) Unser Sozialismus muß jedoch mit den wirtschaftlichen Problemen unseres von der Armut gekennzeichneten Landes fertig werden. Das versuchen wir im Rahmen der Demokratie zu erreichen. Das ist zweifellos ein Versuch, für den es kaum noch Beispiele in der Geschichte gibt. Wir müssen unseren schmerzlichen Mangel an Kapital dadurch wettmachen, daß wir die Kunst der Organisation lernen, und diese kann uns keiner besser lehren als Eure große Partei und Euer Volk. 385 Millionen Menschen in Indien haben sich dem Sozialismus zugewandt, dem demokratischen Sozialismus, und ich bin sicher, daß dieser große Zuwachs an Kraft, den unsere Sache und unsere Bewegung erhalten hat, die Genossen hier mit großer Genugtuung erfüllt und ihren Entschluß zur Zusammenarbeit noch verstärken wird. (Beifall)

Die Sozialistische Konferenz Asiens wird in meiner Heimatstadt Bombay in diesem Oktober zusammentreten. Wir freuen uns, daß Euer Vorsitzender, der Genosse Ollenhauer, Euer Land auf dieser Konferenz vertreten wird. Wir hoffen, daß dieser Besuch den Anfang einer fruchtbaren und dauernden Zusammenarbeit zwischen Eurer Partei und den Parteien Asiens bedeutet. Es liegt mir sehr daran mitzuteilen, welch ein Gefühl außerordentlicher Herzlichkeit für Eure Partei in Indien und Asien herrscht, und ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich dieser Kontakt und unsere Zusammenarbeit noch weiter vertiefen (Beifall).

Die SPD kann nicht nur eine entscheidende Rolle spielen in der Entspannung zwischen dem Westen und den Sowjetmächten; sie kann auch ein kraftspendendes Verbindungsglied sein zwischen den Sozialisten Europas und Asiens. Meiner Meinung nach ist unsere geschichtliche Verantwortung, Eure und unsere Bewegung nicht nur mit den Problemen unseres Landes und unserer Kontinente zu befassen, sondern sie ihrer Verpflichtung für die ganze Welt bewußt zu machen. Heute ist der Sozialismus entweder weltumspannend oder er ist nichts. (Beifall.) Und von der Partei, die von den Vorkämpfern des Sozialismus gegründet wurde, erwarten wir in Asien den Geist und den Eifer des Vorkämpfertums. Ich weiß, daß Ihr uns nie enttäuschen werdet. (Starker Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Die Rede von Asoka Metha war für uns alle ein Erlebnis. Aus ihr klang der Glaube an den Sozialismus und der Gruß aus einer fernen Welt. Merken wir uns aber sehr wohl, was er gesagt hat, als er feststellte, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Wiege des Sozialismus war und die Sozialisten Asiens auf uns blicken.

Es ist geradezu symbolhaft, daß vorhin der Vertreter Großbritanniens sprach, dem der Vertreter Indiens folgte. Ich darf in diesem Augenblick die große Tatsache in unsere Erinnerung zurückrufen, daß es die Leistung der englischen Arbeiterpartei war, 1947 unter Führung Attlees den indischen Völkern die Freiheit gegeben zu haben. (Starker Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Was wäre aus der freien Welt geworden, wenn Indien heute unter der Zwangsherrschaft eines Imperialismus weiterleben müßte und so ein Opfer kommunistischen Machtstrebens werden könnte. Ich bin der Meinung, daß diese große geschichtliche Tat der größte Beitrag der modernen Geschichte dieser Welt gewesen ist (Beifall).

Genossinnen und Genossen! Damit haben wir die Reihe der Begrüßungsredner abgeschlossen. Aber der weite Bogen, den die sozialistische Bewegung spannt, ist damit nicht erschöpft. Ich habe vor mir eine ganze Reihe von Grußtelegrammen aus der ganzen Welt, und ich möchte sie jetzt der Reihe nach hier vortragen.

Da ist zunächst das Grußtelegramm der Asiatischen Sozialistischen Konferenz aus Rangun. Es lautet:

Die Asiatische Sozialistische Konferenz drückt ihre Bewunderung und ihre Hochachtung aus und grüßt Euch deutsche Sozialisten auf Eurer bedeutungsvollen Konferenz. Wir anerkennen und bewundern die wachsende Bedeutung der deutschen Sozialisten für die internationale Zusammenarbeit auf dem Weg zum Frieden, der Demokratie und des persönlichen Kontakts, der zum Erfolg der sozialistischen Bewegung in der Welt führen wird. Wir wünschen Eurer Konferenz ein gutes Gelingen.

Der Vorsitzende der Asiatischen Sozialistischen Konferenz,

U Ba Swe (Ministerpräsident von Burma)

Der Sekretär Wijono (Indonesien)

Die zweite Grußbotschaft erreicht uns aus New York von der internationalen jüdischen Arbeiterbewegung „Der Bund“. Sie lautet:

Wir bedauern, daß wir nicht an dieser Konferenz teilnehmen können. Eure Einladung weckte viele Erinnerungen an die dunklen Jahre der nationalsozialistischen Zeit und des zweiten Weltkrieges, als nahezu die gesamten Völker Polens und die meisten Juden schwer zu leiden hatten und viele von ihnen kaltblütig ausgerottet wurden. Damals bedurfte es großen Mutes und eines unverrückbaren Glaubens an den Endsieg unserer sozialistischen Idee. Die deutschen Sozialisten gehörten zu den ersten Opfern, die von Hitler verfolgt und gemartert wurden. Heute, nachdem der Sozialismus in Deutschland aus den Trümmern wiederauferstanden ist und abermals zu einer mächtigen Bewegung wurde, erwarten wir von den Delegierten Eures Parteitags die Fortführung Eures unermüdlichen Kampfes gegen alle Überbleibsel des Nationalsozialismus, des Rassenwahnes und seines vergifteten Auswuchses, des Antisemitismus.

Euer Parteitag findet zu einer Zeit statt, da die Probleme der Wiedervereinigung und Wiederbewaffnung Deutschlands unheildrohend am internationalen Horizont sichtbar werden. Der internationale jüdische Arbeiterbund teilt die Ansichten derjenigen Sozialisten, die unentwegt für die Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit und für die Errichtung einer wirklich demokratischen Regierung eintreten, auch wenn der Preis einer solchen Wiedervereinigung die Aufhebung des Rechtes der Wiederbewaffnung sein sollte.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß ein unbewaffnetes wiedervereinigtes freies Deutschland ein integraler Teil des demokratischen Westens bleiben wird.

Emanuel Nowogrodsky

Dr. Emanuel Scherer

Die Polnische Sozialistische Partei, für die heute schon gesprochen wurde, schickt uns ein Telegramm, in dem sie uns die besten Wünsche übermittelt. (Beifall.)

Die Sozialisten Mexikos grüßen den Parteitag in München und wünschen ihm einen guten Verlauf. (Beifall.)

Die Litauische Sozialdemokratische Partei im Exil in Großbritannien schickt ein Telegramm ihres Vorsitzenden Sanicki, in dem es heißt: „Die Litauische Sozialdemokratische Partei im Exil sendet Euch anlässlich Eures Parteitags brüderliche Grüße. Möge Euch das kommende Jahr den Sieg bringen. Deutschland und das freie Europa warten auf Euch.“ (Beifall.)

„Wir grüßen die deutschen Sozialisten und wünschen ihnen einen großen Sieg!“ — heißt es in dem Telegramm der Sozialistischen Partei Uruguays, unterzeichnet von ihrem Sekretär Frugoni. (Beifall.)

Die Sozialdemokratische Föderation der Vereinigten Staaten schickt uns einen Gruß, in dem es heißt: „Wir fühlen uns mit Euch verbunden in dem Bemühen um die Beseitigung jedweder Bevormundung und Tyrannei jener Völker, die noch immer in Unfreiheit, ja Unterdrückung leben. In diesem Kampfe darf es keine Neutralität, keinen Isolationismus geben. Hier gilt es einen energischen, nimmer endenden Kampf zu führen. Er muß geführt werden mit der Losung: Freie Menschen auf freier Erde.“ Unterzeichnet von Louis Goldberg. (Beifall.)

Die Sozialistische Partei USA schickte ein Telegramm, in dem es heißt: „Die letzten Entwicklungen in der Sowjetunion haben die Möglichkeit geschaffen, die Partei des demokratischen Sozialismus auf eine breite Ebene auszuweiten. Diese Werte sind jetzt auf eine zwar ungewöhnliche aber sehr charakteristische Selbsterniedrigung der kommunistischen Parteien der ganzen Welt bestätigt worden. Wir wissen, daß die SPD ihre traditionelle Aufgabe weiterführen wird, die darin besteht, den Werten des Sozialismus und der Demokratie Ausdruck zu verleihen“ (Beifall).

Dann, Genossen, ein Grußtelegramm der Sozialistischen Partei Indonesiens: „Die Sozialistische Partei Indonesiens bedauert, daß sie nicht in der Lage ist, eine Delegation zu Ihrem Kongreß zu entsenden. Wir schicken Ihnen brüderliche Grüße und hoffen aufrichtig, daß Ihr Parteitag von großer Bedeutung für den Fortschritt des demokratischen Sozialismus sein wird, zu einem Zeitpunkt, wo wir mit bedeutenden Veränderungen in der Weltpolitik konfrontiert werden.“ (Beifall.)

Die Sozialdemokratische Partei Süd-Vietnams aus Cholon schickt folgendes Grußtelegramm: „Ich bedauere außerordentlich, an Eurem Parteitag nicht teilnehmen zu können. Zum zweitenmal hat mir Ngo Dinh Diem, dieser Diktator auf tönernen Füßen, das Einreisevisum zum Besuch Eures Parteitages verweigert. Ich sende Euch brüderliche sozialistische Grüße und wünsche Eurer Arbeit vollen Erfolg. Leider muß ich vor der Entscheidung einer Marionettenregierung, die jedoch nicht mehr lange am Ruder bleiben wird, kapitulieren. Gruß über die Welt! Dr. Pham van Ngoi, Generalsekretär der Partei.“ (Beifall.)

Und zum Schluß, Genossinnen und Genossen, möchte ich noch ein Telegramm hier vorlesen, das aus dem Fernen Osten, aus Japan, kommt. Wir konnten auf dem letzten Parteitag in Berlin den Vertreter der japanischen Partei persönlich begrüßen; das war diesmal nicht möglich. Ihr Grußtelegramm hat folgenden Wortlaut: „Wir wissen, welche große geschichtliche Rolle die deutsche Sozialdemokratie gespielt hat, um nicht nur ihrem Vaterland, sondern der Welt, dem Sozialismus und dem Frieden zu dienen. Es ist mir eine große Ehre, dem Kongreß der SPD im Namen der japanischen Sozialisten herzliche Grüße zu senden. Ihre Erörterungen und Beschlüsse werden auf die politische Lage in Ihrem Staat einen großen Einfluß ausüben und damit von großer Bedeutung sein für die künftige Entwicklung der internationalen Situation, die meiner Meinung nach durch einige Schritte auf dem Wege zur Entspannung gekennzeichnet ist. Ich wünsche aufrichtig, daß Ihr Kongreß den Erwartungen der internationalen Sozialisten entsprechen wird. Mosaburo Suzuki, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Japans“ (Beifall).

Genossen und Genossinnen! Damit sind wir am Ende unserer Grußbotschaften. Ich darf wohl sagen oder die Frage stellen: Wo ist eine Partei in Deutschland, die auf ihrem Parteitag Gleiches zu zeigen hätte? (Lebhafter Beifall.) Die Idee des Sozialismus ist welteneit. Das haben uns diese Botschaften gekündet. Derselbe Geist, der in diesem Raum lebt, lebt auch bei diesen Parteien, welcher Rasse sie entsprungen und welchen Ländern sie auch angehören. Die Sozialisten sind eins in dieser Welt. Das kann die Hoffnung der Menschheit sein. (Bravo! Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, diese Grußbotschaften und diese Stunde der Besinnung und Verbundenheit mit der Idee des internationalen Sozialismus könnte nicht besser geeignet sein, überzuleiten zu dem 3. Punkt der Tagesordnung, in den wir jetzt eintreten: „Die zweite industrielle Revolution.“

Ich glaube, wir empfinden es als Genugtuung, daß der Parteivorstand beschlossen hat, dieses Problem auf die Tagesordnung dieses Parteitages zu setzen. Wir sind die erste Partei der Bundesrepublik, die den Versuch macht, an ein so schwieriges, schicksaldeutendes Problem heranzugehen. Wir werden heute zweifellos nicht fertige Lösungen schaffen können, aber wir können beginnen, sie zu erörtern und uns Gedanken darüber machen. So, glaube ich, ist der Übergang geschaffen zu den beiden Referaten, die wir nunmehr hören werden.

Es wird zuerst zu uns sprechen der Genosse Prof. Leo Brandt. Ich erteile ihm das Wort. (Beifall.)

„Die zweite industrielle Revolution“

Leo Brandt (Düsseldorf): Sehr verehrte Gäste, Genossinnen und Genossen! Es mag ein wissenschaftlicher Streit sein, ob man eine erste und eine zweite industrielle Revolution deutlich voneinander unterscheiden kann oder ob die Entwicklung der Industriewirtschaft seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts sich kontinuierlich vollzogen hat und jetzt nur in eine weitere Phase eingetreten ist. Ich glaube, daß in diesen Jahren jeder, der die ökonomische Entwicklung kritisch betrachtet, das Empfinden hat, daß etwas anderes, etwas Neues vor sich geht, und deshalb sollten wir, um dieser Vorstellung Ausdruck zu geben, von der „zweiten industriellen Revolution“ sprechen.

Wie eindrucksvoll waren die Erscheinungsformen der ersten industriellen Revolution. Die Erfindung der Dampfmaschine setzte neben die bis dahin einzige für die Produktion verwendete Kraftmaschine, das Wasserrad, und neben die Muskelkraft jene neue Spenderin mechanischer Energie, die auf die Kohle zurückgreifen konnte. Jede Fabrik war durch das Bild des qualmenden Schornsteins gekennzeichnet. Eisenwerke, Lokomotivfabriken, Textilfabriken schossen aus der Erde, und zwar bei den Völkern, die auf der Kohle saßen. Plötzlich entstanden reiche und arme Nationen, die Kolonialzeit brachte die Beherrschung ganzer Kontinente durch einige Industrieländer, die den Eroberten durch technischen Fortschritt voraus waren. Stolz erfüllte die Begründer der neuen Zeit, die sich als fortschrittliche Industrielle den konservativen Grundbesitzern weit voraus fühlten. Von oben herab stellte der rheinische Industrielle und spätere preußische Finanzminister Hansemann 1840 fest: „Es wird nach ewigen Naturgesetzen allezeit eine Anzahl Menschen in elender Lage geben, die frühzeitiger sterben als die in besserer Lage. Wie hart dieses Naturgesetz auch einem weichlichen Philanthropinismus vorkommen möge, so ist es wie jede Gottesordnung weise: es sichert die Dauer des Menschengeschlechtes und bewirkt, daß dieses schnell zunehmen kann.“ — So mühten sich die Ausgebeuteten im Vierzehn- und Sechzehnstudentag, in Frauen- und Kinderarbeit, ihrem vom Brotherrn so klar aufgezeichneten frühen Ende entgegen. Die Alternative war nur Auswanderung, denn schon damals stieg als Ergebnis des erfolgreichen Kampfes gegen die Massenkrankheiten die **Menschenzahl an.**

Die Unterdrückten hatten nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber sie gewannen Freunde aus den geistigen Schichten, wie Lassalle und Marx. — Hier steht die Fahne von Lassalle! (Beifall.) Sie stellten eigene Vorkämpfer, wie Bebel oder Friedrich Ebert, und in selbstloser Verbundenheit zu gegenseitiger Hilfe, ausgedrückt durch den — edelste menschliche Empfindungen enthaltenden — Begriff „Solidarität“, wandelten in jahrzehntelangem Ringen die arbeitenden Menschen gegen Dreiklassenstaat und Reaktion ihr Schicksal. Schließlich ließ die Technik auch ihre positive Seite für die breiten Schichten erkennen. Dreimal mehr Menschen als vor der Industrialisierung konnten in Deutschland oder vergleichbaren Industrieländern eine Lebensmöglichkeit finden.

Nun einige vergleichbare Fakten der zweiten industriellen Revolution.

Der Verkehr läßt die Welt zusammenschrumpfen. Die neuen Düsenverkehrsflugzeuge, von denen die zivilen Luftfahrtgesellschaften bisher 200 Stück für eine Milliarde Dollar, die Deutsche Lufthansa ganze vier Stück bestellt haben, fliegen im gleichen Schritt mit der Sonne um die Erde, in sechs Stunden von München nach New York. Der Funk erreicht auch die entferntesten Stellen der Welt im vierzehnten Teil einer Sekunde. Kein Volk kann isoliert vom anderen leben oder Politik betreiben, schon gar nicht ein kleines im Zentrum Europas. Die Hygiene hat das durchschnittliche Lebensalter um 30 Jahre verlängert. Denken wir hier an Koch, den Entdecker des Tuberkelbazillus, und Behring, den Bekämpfer der Diphtherie, aber auch an lebende deutsche Forscher, wie Domagk und Kikuth, die durch die Erfindung der Sulfonamide und des Malariamittels Atebrin viele Millionen von Menschenleben erhalten haben.

Das Zeitalter der Atomenergie beginnt. Vor 50 Jahren berechnete der Sohn eines kleinen jüdischen Elektrohändlers aus Ulm, daß in jedem Gramm Materie 25 Millionen Kilowattstunden enthalten sind. Im Dritten Reich brachte man es fertig, der Physik Albert Einsteins eine deutsche Physik entgegenzustellen, und wie zum Hohn auf diese Geisteshaltung gelang es Otto Hahn 1938, durch die von ihm entdeckte Kernspaltung ein Tausendstel der von Einstein berechneten Energie tatsächlich freizusetzen. Amerika sicherte sich die aus Deutschland vertriebene Mitarbeiterin Hahns, Lise Meitner, und entwickelte die Atombombe, um sie den Angreifern aufs Haupt zu werfen. Fast wäre tatsächlich noch eine deutsche Stadt das Ziel der ersten Bombe geworden.

Jetzt, 11 Jahre danach, tritt die schreckhafte Reaktion, beim Wort „Atom“ die Ruinen von Hiroshima vor Augen zu haben, zurück hinter der sich ausbreitenden Erkenntnis, daß der neue Brennstoff Uran 235, der nicht hundert, nicht zehntausend, sondern drei Millionen mal besser ist als Kohle, offenbar gewaltige Umwälzungen mit sich bringen wird, wenn genügend davon auf der Welt vorhanden sein sollte.

Eine der Tatsachen, die die Vorstellung von einer zweiten industriellen Revolution stützen, ist die Feststellung, daß zur Deckung des heutigen Industriebedarfs der Welt die bisher bekannten Uran- und Thoriumlager für 10 000 Jahre ausreichen.

Nun gleich das nächste, noch umstürzendere Ereignis: Vor drei Millionen Jahren gewann der Mensch das Feuer. Die griechische Sage bewahrt das lang nachwirkende Erlebnis in der Gestalt des Prometheus. In unserer Generation wagt es der Mensch, die Hand auszustrecken nach dem Urfeuer des Universums,

das auf den Sternen und der Sonne seit dem Beginn des Weltalls tost. Es handelt sich um das Verschmelzen der Bausteine des Wasserstoffs, der Protonen und Neutronen zum Heliumkern, wobei sieben Tausendstel der von Einstein vorausgesagten Energie frei wird. Der Mensch arbeitet jetzt an der Zähmung, der friedlichen Nutzbarmachung dieser Urkraft, die bisher in der Wasserstoffbombe als gewaltige Zerstörungsenergie nachgewiesen ist. Ich nenne das die zweite promethäische Tat.

Losgelöst von den natürlichen Lagerstätten — Wasser gibt es überall — werden Energien zur Verfügung stehen, die der frühere englische Minister Viscount Cherwell, als Radarfachmann unter dem Namen Professor Lindemann bekannt und ursprünglich Assistent bei Nernst in Berlin, vor dem Oberhaus vor drei Jahren verdeutlichte durch die Mitteilung, daß aus jedem Liter Wasser in frühestens 10, spätestens 30 Jahren die gleiche Energie wie aus 20 000 Tonnen Kohlen gewonnen werden könne. Inzwischen dringen Nachrichten zu uns, daß man in den Vereinigten Staaten und in Rußland dicht vor der Lösung dieses Problems stehe, es wahrscheinlich zumindest im Prinzipiellen schon gelöst hat. Jedenfalls, ob nun Spaltungs- oder Fusionsenergie, die unterentwickelten Völker werden die notwendige Energiebasis erhalten. Wüsten können durch Entsalzen des Meerwassers bewässert, Urwälder oder arktische Gebiete mit Hilfe von Elektrizitätswerken, die durch die Luft versorgt werden, erschlossen werden; denn selbst das größte deutsche Kraftwerk, das Goldenbergwerk, könnte seinen jährlichen Wärmebedarf aus 400 kg Uran 235 decken. Schifffahrt und Luftfahrt werden auf den neuen Brennstoff übergehen. Ein halbes Kilo davon wird künftig ein Flugzeug achtmal um die Erde treiben können.

Die Atomwissenschaft gibt uns nicht nur unerschöpfliche Brennstoffquellen, sondern eröffnet durch die radioaktiv strahlenden Isotopen unerwartete neue Möglichkeiten für die Medizin — für Diagnose und Krankheitsbekämpfung —, für wichtige Gebiete der Technik und erstaunlicherweise auch der Züchtungsforschung. In einem Klostergarten in Frankreich erwuchs vor Hunderten von Jahren die erste Blutbuche. Ein Höhenstrahl, ein Kernpartikel, aus dem Weltraum kommend, drang in die Erbanlagen der Samenzellen ein und veränderte die Farbstoffkomponente der die Erbübermittlung bestimmenden Gene. Unser Nobelpreisträger Butenandt sprach kürzlich über den von ihm entdeckten Zusammenhang zwischen den Genen und den Phänen, also Phänomenen, wie etwa den Blattfarbstoff.

Heute kann man Nutzpflanzen, wie Tabak und Weizen, bereits durch Isotopenbestrahlung zu Tausenden von neuen Arten künstlich anregen, von denen viele schlechtere, einige aber bessere Eigenschaften haben, z. B. Kältebeständigkeit für den Weizen in Nordkanada, oder bessere Schädlingssicherheit. Der Mensch greift stärker als je zuvor ein in das Schöpfungswerk der Natur.

Wir haben in Deutschland noch kein Atomkraftwerk und erzeugen keine Isotope. England baut zwölf solcher Werke für 3,6 Milliarden DM — das erste ist vor 14 Tagen in Betrieb genommen worden —, gibt 360 Millionen DM im Jahre für Atomforschung aus und hat 30 000 Sendungen von Isotopen aller Art in die Welt hinausgeschickt.

Die Automatisierung, Krönung des Rationalisierungsgedankens, trat nicht mit ähnlicher dramatischer Plötzlichkeit wie die von Otto Hahn entdeckte Kern-

spaltung in unsere Welt, aber die Auswirkungen der so bezeichneten Produktionsmethoden können in solchen Industrieländern vielleicht dramatischere Folgen haben, wo wirtschaftliche und technische Voraussicht planmäßig wirken und Normung und Typisierung hohe Stückzahlen ermöglichen. Ein warnendes Beispiel: Während es bei uns in Deutschland nicht weniger als 218 verschiedene Ausführungen von Autoscheinwerfern gibt, löst die Wirtschaft der Vereinigten Staaten für alle Personen- und Lastkraftwagen diese Aufgabe — man sollte es wirklich kaum für möglich halten — mit einer einzigen vereinheitlichten Type.

Wenn die moderne Werkzeugmaschine sich mit der Elektronik verknüpft, die ihre Funktionen automatisch steuert, wenn das Elektronengehirn, die große elektrische Rechenmaschine, den gesamten Ablauf eines Produktionsvorgangs von der Lagerhaltung bis zum Endpunkt der Taktstraße überwacht, um automatisch regelnd einzugreifen oder signalisierend den Menschen zum Eingreifen heranzurufen, werden Möglichkeiten für die Massenproduktion von Gütern erschlossen, die tiefste Folgen haben müssen: Freisetzung von Fach- und Hilfskräften, gleichzeitig stark erhöhte geistige Anforderungen an andere Arbeitskräfte in Fertigungsvorbereitung und -überwachung und schließlich neuen Einsatz von Arbeitskräften für die Entwicklung und den Bau der neuen Produktionseinrichtungen.

Wir haben gehört, daß ein erster Streik wegen Automatisierung in England bevorstand. Vorausschauende Planung muß unbedingt rechtzeitig den Betroffenen andere gleichwertige Arbeitsplätze nachweisen (Beifall). Die englische Regierung hat ein offizielles Werk über „Automation“ veröffentlicht. — Das englische Wort „automation“ scheint auch in Deutschland Anklang zu finden, obwohl die Sprachwissenschaftler der Ansicht sind, daß das sprachlich richtigere Wort „Automatisierung“ wäre. — Die erste automatische Fabrik, die in dem offiziellen britischen Heft abgebildet ist, ist übrigens eine Kolbenringfabrik in Moskau, die statt bisher 200 Arbeiter nur noch vier beschäftigt. Neben sorgfältiger Durchdringung der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen zeigt die Veröffentlichung Dutzende von packenden, wegweisenden und erregenden Beispielen. Wo ist ein solches Werk der deutschen Regierung?

Ein Beispiel aus dem Buch. Die Firma Lyons, deren Teestuben vielleicht mit den Aschinger-Betrieben in Berlin eine entfernte Ähnlichkeit haben, hat sich „Lyon's elektronisches Office“ geschaffen, abgekürzt „LEO“ (Heiterkeit). Die große Rechenmaschine berechnet und schreibt die Lohnzettel für 10 000 Beschäftigte in vier Stunden aus. Dies taten bisher 37 vollbeschäftigte Angestellte. Sie regelt die ganze Lagerhaltung für die Zentrale und alle Filialen, spart 1,2 Millionen Mark an bisherigen Angestelltingehältern ein, arbeitet mehr als die Hälfte des Tages in Lohn für andere Unternehmungen und macht sich in weniger als einem Jahr bezahlt.

Wissenschaftliche Forschung weist den Weg zu den angedeuteten Tatsachen. Hier besonders deutlich der Unterschied zur ersten industriellen Revolution! Damals setzte sich ein Werner Siemens gegen Zweifler aller Art durch; er allein mit schöpferischem Willen, aber geringen finanziellen Mitteln, schuf einen großen Teil des geistig-technischen Gebäudes der heutigen weltbedeutenden Elektrotechnik. So Otto und Diesel bei den Verbrennungsmotoren,

Liebig und Bunsen in der Welt der Chemie, Röntgen und Heinrich Hertz in der fortgeschrittenen Elektrotechnik. Der Genius einzelner, das Ingenium, der schöpferische Geist, auf den der Ingenieur so stolz ist, feierte Triumphe. Sind heute die gleichen Zweifler in der Wirtschaft oder im Staat mächtig, wie sie damals gegen Siemens standen — man lese nur die Reichstagsdebatten bei der Errichtung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt nach oder erinnere sich, daß nur 50 Teilnehmer sich zum ersten Berliner Telefonamt anmeldeten —, dann kann sich das Ingenium kaum noch durchsetzen. Die erforderlichen Voraussetzungen kann der noch so Schöpferische heute nicht selbst schaffen.

Unser Freund, Professor Walter Weizel aus Bonn, nennt folgende Zahlen: für die Wiederbeschaffung der Laboratoriumseinrichtungen von Faraday, mit denen er die Grundgesetze der Elektrizitätslehre entdeckte, wären 100 DM aufzuwenden, für den Neubau der Versuchsgeräte von Heinrich Hertz, die ihm die Erschließung der drahtlosen Wellen ermöglichten, 10 000 DM, ein physikalisches Laboratorium der 30er Jahre kostete 300 000 DM, heute aber ist ein physikalisches Universitätsinstitut unter einem Aufwand von 5 Millionen DM sinnlos, und ein Materialprüfreaktor, wie ihn die eine oder andere Technische Hochschule haben müßte, kostet 50 Millionen DM. Das Synchrophasotron, ein kernphysikalischer Teilchenbeschleuniger der Russen in der Nähe von Moskau, kostet eine halbe Milliarde DM; es dient nur der Grundlagenforschung.

Selbst wenn die notwendigen Mittel vorhanden sind, ist der einzelne hilflos, das Zusammenwirken von Forschungsgruppen, das Teamwork, ist notwendig. Die Vorbedingungen für wissenschaftliche Forschung haben sich gegenüber der früheren Zeit entscheidend verändert, die Aufgabe des Staates in der Hergabe von Forschungsmitteln ist gewaltig gewachsen. Mancher Finanzminister zögert, und der es tut, weiß nicht, daß kein Geld so profitbringend ist wie in der Forschung investiertes. (Lebhafter Beifall.) Der Amerikaner Ewell hat das wissenschaftlich untersucht und berichtet in der amerikanischen Zeitschrift „Chemistry and Engineering News“, daß die Profitrate aller Forschungsmittel von Staat und Industrie zusammengenommen in Amerika nicht 15, 20 oder 30 Prozent — wie man vielleicht meinen sollte —, sondern je Jahr 100 bis 200 Prozent beträgt. Die Forschungsaufwendungen von der Gründung der Vereinigten Staaten, von 1790 bis 1949 sind genauso groß wie von 1949 bis 1954 einschließlich.

Die industrielle Revolution schreitet mit Riesenschritten über die Erde. Die Weltbevölkerung, die sich in den Jahrtausenden der von uns zu übersehenden Geschichte nur sehr langsam in ihrer Zahl entwickelt hat, stieg in den letzten 100 Jahren von 800 Millionen auf 2,5 Milliarden, und sie wird nach sorgfältigen wissenschaftlichen Schätzungen in 150 Jahren 8 Milliarden Menschen umfassen, wobei dann immer noch 10 000 Quadratmeter bebaubaren Bodens auf jeden Einwohner dieser Erde entfallen. Wie klein ist dagegen die Zahl von 70 Millionen unseres Volkes!

Bei den industriell hochentwickelten Völkern wird der Lebensstandard weiter steigen. Die ständig höhere Anforderung an die Intelligenz aller Schaffenden führt zur Verbesserung des gesamten Ausbildungswesens. Solidarität der Schaffenden wird Ausbeutung verhindern; denken wir nur an den Erfolg der amerikanischen Gewerkschaften. Wenn kein Hitlergehirn einen sinnlosen

Krieg entfesselt, wird sich ein erheblicher Teil der Anstrengungen der bisherigen Industrienationen der Förderung der wirtschaftlich unterentwickelten Völker zuwenden. Das Gewicht ist auf das Wort „wirtschaftlich“ zu legen; wer dürfte es wagen, vom Kulturellen oder Sittlichen her gesehen einen Unterschied zwischen diesen Völkern alter Kulturen und uns hier im Westen zu machen (Beifall)! Sie werden aber aus ihrer Armut herausgerissen werden und ökonomisch, politisch und sozial gleichberechtigte Glieder in der Reihe der Nationen der Welt. Wahrhaft eine große Aufgabe für die technisch fortgeschrittenen Völker, den vorwärtstrebenden zu helfen, aber auch ein zunächst unerschöpfliches Wirkungsfeld für Exportindustrien in der Lieferung von Produktionsmitteln und Konsumgütern für den Aufbau der neuen Wirtschaftsgebiete draußen in Übersee.

Wehe aber der Nation unter den bisher führenden, die jetzt den technisch-wissenschaftlichen Anschluß verpaßt! Im Unterschied zur ersten industriellen Revolution können heute die politisch befreiten, bisher technisch unterentwickelten Völker Industrienationen werden. Durch Schulung, Universitäten, Forschung sind sie in der Lage, den Anschluß zu finden. Die geistige Leistungsfähigkeit ist überall vorhanden, es ist reiner Hochmut, etwas anderes anzunehmen (Beifall).

Umgekehrt können aber bisherige Industrievölker zurückfallen, wenn sie nicht alles daransetzen, im Rennen zu bleiben. Aufmerksame Beobachter können bei uns besorgniserregende Anzeichen in dieser Richtung feststellen. Solche Völker werden in Abhängigkeit zu denen geraten, die auf den neuen Gebieten die Führung übernommen haben, z. B. den Brennstoff Uran 235 in großen Mengen herstellen können. Ihr Lebensstandard wird zurückbleiben, ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit kann bis zu einer neuen Art kolonialer Abhängigkeit gefährdet werden. Lassen Sie mich den wesentlichsten Grundzug der zweiten industriellen Revolution hervorheben: Sie wandelt die Gesellschaft; wir sind eingetreten in die Phase der tiefen Einflußnahme von Wissenschaft und Forschung über Industrie und Produktion auf die Lebensumstände der Menschen in der ganzen Welt, in die soziale Phase der industriellen Entwicklung.

Meine sehr verehrten Gäste, liebe Genossinnen und Genossen! Was soll uns ein solcher Aufriß der Vorgänge draußen in der Welt? Die deutsche Politik der herrschenden Schichten war in den letzten 50 Jahren nicht sehr geneigt, den Blick nach außen zu wenden. Zweimal brachten wir das Kunststück fertig, aus lauter Kurzsichtigkeit gegen die ganze Welt in die Schranken zu treten und bis zur restlosen Erschöpfung in den beiden Weltkriegen unsere Kraft aufzehren zu lassen. Der Mangel an Umsicht und Weitblick in unserer Politik der letzten 70 Jahre, stets so stark mit dem Gefühl der Überheblichkeit „Deutschland in der Welt voran!“ gepaart, hat nach dem letzten Krieg eine merkwürdige, von der früheren Art recht verschiedene, aber doch untergründig verwandte Ausprägung gefunden.

Planung wird dogmatisch abgelehnt, das Wort als geradezu staatsfeindlich verworfen. (Beifall.) Hat man je den Einsatz des Verstandes, ruhiger, weit-schauender Voraussicht angeprangert? Schlimmer: Der Begriff Planung wird demagogisch gleichgesetzt mit Staatsdirigismus und Sozialismus, letzterer als eine Art organisierten Diebstahls verlästert. Planung wird als der Ruf

nach Bewirtschung, nach dem Bezugschein- und Kartensystem gedeutet, ein Wahlkampf mit dem Plakat geführt: „Willst du das Bezugscheinamt, dann wähle eine Partei, die für Planung eintritt!“

Genen wir einmal kritisch, aber unvoreingenommen den inneren Zusammenhängen nach, die zur Haltung einer bestimmten Art deutscher Wirtschaftspolitik geführt haben! Die sich überstürzenden Fortschritte der Technik, der Zwang, gleichen Schritt halten zu müssen, haben in der freien Welt zu neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Staat geführt, für die etwa die Arbeitsweise des britischen Ministry of Supply, eines Produktions- und Entwicklungsministeriums — begründet von Sir Stafford Cripps —, typisch ist. Ich lege hier einen Aufsatz eines mir gut bekannten hohen Beamten des dem Lordpräsidenten unterstehenden britischen Amtes für naturwissenschaftliche und industrielle Forschung, Dr. Alexander King, vor, über „Die Naturwissenschaften und der Wandel der Industrie“, mit dem Untertitel „Die soziale Phase“. Er ist erschienen in der Unesco-Zeitschrift „Einfluß der Naturwissenschaften auf die Gesellschaft“. So etwas gibt es in der Welt draußen!

Wehe dem bundesrepublikanischen Ministerialangehörigen, der Ausführungen wie dieser leitende Mitarbeiter der britischen konservativen Regierung machen würde über die Notwendigkeit von Operational research, Planungsforschung durch den Staat, von staatlichem Einfluß auf Rationalisierung oder Forschung!

Die von mir ins Auge gefaßte Arbeitsmethode in den Vereinigten Staaten und in England nahm ihren Ausgang im zweiten Weltkrieg. Kriegsproduktion, technische Kriegsentwicklung, das Heranziehen aller Mittel der Nationalwirtschaft, mußten sorgfältigst geplant werden. Die ungewöhnlich erfolgreichen Methoden der Heranziehung von Wissenschaftlern aller Art — gerade auch für die Planung —, die Durchführung sozusagen von Planungs-„Kriegsspielen“ für alle nur möglichen Aufgaben unter den verschiedensten Voraussetzungen wurden auf die Friedensaufgaben übertragen, natürlich aber geändert, mit viel mehr Spielraum für die freie Initiative der Industrie. Aber die Diskussion auf hohem Niveau und die Planungsarbeit auf weite Sicht hinaus blieben. Ich kenne einige von den besten Kräften Englands und bewundere sie, deren geistige Arbeit 20 Jahre vorausplant — kein weiter Zeitraum, wenn man an die Vorbereitung von Kernkraftwerken für 200 Megawatt denkt —, oder an Flugzeugentwicklungen, die allein bis zum Produktionsbeginn 8 bis 10 Jahre dauern.

Die Vereinigten Staaten haben eine besonders bewundernswerte Symbiose zwischen straffer staatlicher Planung und Privatwirtschaft gefunden; dies geschieht undoktrinär, die junge Generation lebt ohne weltanschauliche Schwierigkeiten in dieser durch Ratio und Zusammenarbeit bestimmten Welt.

Wie anders als in den Demokratien war im Krieg die Lage in Deutschland! Man war abhängig von den sogenannten „genialen Entscheidungen des Führers“, neben allem Dilettantismus im Strategischen besonders häufig auch ein Verkennen der technischen Situation. Am Schluß des Krieges herrschte in der obersten Führung, besonders gefördert durch die SS, vielfach geradezu technischer Aberglaube.

Und nun die merkwürdige Entwicklung nach Kriegsende in Deutschland: Da hieß es nicht, Hitler hat die Möglichkeiten der Technik schlecht begriffen, Planung und Koordinierung waren unter jeder Kritik, das muß jetzt im Frieden für die Aufgaben des Wiederaufbaus unter demokratischen Umständen aber wesentlich besser gemacht werden, sondern es hieß, die Technik und die Naturwissenschaften haben sich dem Diktator zur Verfügung gestellt, wir müssen uns von diesen materialistischen Dingen abwenden und echte kulturpolitische Aufgaben anstreben. So wurde zum Beispiel die Schulgesetzgebung mannigfach variiert. Die verheerenden Folgen der Zurückdrängung der Naturwissenschaften und der Mathematik und die Bevorzugung des Lateins schon durch Hitlers Erziehungsminister Rust wurden fortgesetzt. Es soll sogar Gebiete in Deutschland geben, wo in 90% der Oberprimen der höheren Schulen kein Mathematikunterricht mehr erteilt wird. Das beklagenswerte Niveau unserer Volksschulen im Vergleich zu manchen anderen Ländern draußen und die schlechte Bezahlung der Lehrer will ich hier nur streifen (Beifall). Planung war jedenfalls nach Kriegsende des Teufels, und das im gleichen Augenblick, als die übrige Welt die neuen, dort teilweise im Krieg entwickelten Planungsmethoden auf den friedlichen Aufbau übertrug.

Die Gründe für diese Entwicklung in Deutschland liegen offen. Die Alliierten lebten teilweise in gewissen Vorstellungen, die wir, ob mit Recht oder Unrecht unter dem Begriff „Morgenthau-Plan“ registrierten. Sie freuten sich, wenn sie als deutsche Partner Wirtschaftspolitiker fanden, die auf das ehrlichste überzeugte Gegnerschaft von wirtschaftlicher Planung beteuerten. Planung hätte den Wiederaufbau beschleunigt. Außerdem mußte die Überführung von Grundstoffindustrien in Gemeineigentum verhindert werden; denn sie hätte damals den weitaus besten Wirkungsgrad für die Ruhrindustrie durch großräumige Zusammenfassung ermöglicht. Das Tempo sollte aber doch verlangsamter, der Wirkungsgrad geschwächt werden. Ergebnis: Entflechtung als optisch demokratisches, Demontage als zusätzlich brutales Mittel. Denken wir hier nur an den Mut, mit dem Kurt Schumacher und Eric Nölting gegen die Demontage kämpften! (Beifall.)

In Deutschland entstand — halb zog es ihn, halb sank er hin — eine unwirkliche, in der übrigen Welt nicht anzutreffende Atmosphäre einer „Antiplanungsstimmung“. Die Unwirklichkeit wurde durch die Verbote auf den die höchsten Anforderungen stellenden Industrie- und Forschungsgebieten gesteigert: Flugzeugbau, Gasturbinen, Radar, Atomtechnik. Da wäre man nicht ohne Planung ausgekommen. Alles in allem ein erstaunlicher Unterschied des Vorgehens in Deutschland im Vergleich zum Bild der zweiten industriellen Revolution im Ausland, ja sogar in manchem zur ersten industriellen Revolution. Damals war die Wirtschaft nach vorn strebend, nicht konservativ, zwar sozial verschlossen, aber begierig, die Neuerungen des Auslands, insbesondere Englands, aufzunehmen. Heute hat die offizielle Wirtschaftspolitik — abgekapselt von den modernen Erfahrungen und den neuen Methoden Amerikas und Englands — einen wesentlichen Grundnenner: Restauration, denselben Grundnenner, der die ganze offizielle Politik in Bonn durchzieht. (Lebhafter Beifall.)

Dazu kommt Unkenntnis über die großen weltwirtschaftlichen Zusammenhänge. Wie wäre es sonst möglich, Indiens vor kurzem geäußerter Bitte um Ausbildung von 5000 jungen Indern in Deutschland größte Hilflosigkeit ent-

gegenzusetzen? Wenn es hoch kommt, werden es in der Bundesrepublik vielleicht 500 statt der erbetenen 5000 sein, falls sich nicht in den Ländern Aufgeschlossenheit zeigt. Die Menschen, die sich selbstlos des Kontaktes mit Indien annehmen, haben praktisch keinerlei Unterstützung, während die Ostzone 2000 und andere Oststaaten Tausende junger Inder aufnehmen wollen, Rußland schon 5000 abgerufen hat. Dabei braucht man nur daran zu denken, daß 1,5 Millionen indischer Dörfer ohne elektrischen Strom sind. Bei uns also: Restauration, Einsichtslosigkeit, auf wichtigen Gebieten Hilflosigkeit!

Nun aber das deutsche Wirtschaftswunder! Ist es nicht sehr undankbar, die großen Leistungen derjenigen Politiker nicht anzuerkennen, die sich das Verdienst daran ganz allein zuschreiben? (Heiterkeit.) Das deutsche Wirtschaftswunder ist das Wunder des Fleißes der Schaffenden aller Stände! (Lebhafter Beifall.) Sie haben mit größter Anstrengung und vor der Währungsreform zu Hungerlöhnen darnach gestrebt, für uns alle eine neue Existenz zu schaffen (Beifall). Mag das Entfesseln teilweise rücksichtsloser Initiative des einzelnen seine Vorteile gehabt haben, mag es zu spät sein, nachzuweisen, in welchem Maße durch Planung und Koordinierung der Effekt besser geworden wäre — erste Wirtschaftssachverständige, vor allem von der anderen Seite, sind der Ansicht, es wäre wesentlich besser geworden und erhebliche Fehlinvestitionen hätten vermieden werden können —, eindeutig ist jedenfalls, daß wir den Kontakt mit den modernen Methoden volkswirtschaftlicher Zusammenarbeit, wie sie in den fortgeschrittensten Staaten für die zweite industrielle Revolution kennzeichnend sind, nicht besitzen.

Das wird einem unheimlich klar, wenn man von hervorragenden deutschen Nationalökonomern hört, wie höhnisch über solche wichtigen amerikanischen Erkenntnisse wie die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, über die wegweisenden Arbeiten Leontiefs, über die Anwendung mathematischer Arbeitsmethoden auf volkswirtschaftliche Probleme und eben „operational research“, an den hohen Stellen deutscher Wirtschaftspolitik gedacht wird.

In der Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung gab vor einiger Zeit Professor Hoffmann von der Sozialforschungsstelle Dortmund in einer klarblickenden Analyse der amerikanischen Wirtschaftspolitik ein Bild von deren modernen Zielen und Instrumenten. Ein besonders wichtiger Gesichtspunkt ist das Streben nach stärkster Koordinierung der Regierungsstellen untereinander. In dieser Richtung wirkt ein offizieller „Beratungsausschuß für wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und Stabilität“, dessen Hauptaufgabe Präventivmaßnahmen zur Vermeidung von Stockungen in der wirtschaftlichen Expansion sind.

Solche Stockungen kann man voraus erkennen durch strenge ökonomische Durchrechnung der Wirtschaft bei verschiedenen Konstellationen. Die Bewegungen des Volkseinkommens werden durch modelltheoretische Berechnungen in Form des sogenannten Nationalbudgets im Zeitablauf verfolgt. Diese Aussage über die Einkommensströme ergänzt die „Input — output-Analyse“ durch die Analyse der Güterströme.

Mit Hilfe einer Matrix, einer Rechenoperation bestimmter Art, gibt Leontief das Bild der gesamten Wirtschaft wieder. Eine einfache Matrix mit 10 000 Zahlen, die die Arbeit von 20 ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftlern erfordert, gibt ein grobes Bild. Die einzelheitenreichste Matrix, die angesetzt wer-

den kann, hat 200 000 Zahlen. Ihr Ergebnis formuliert Leontief so: „Die Wirtschaft der USA arbeitet wie eine große Rechenmaschine, indem sie ständig Probleme löst, die sie sich selbst stellt; bei den üblichen Genauigkeitsansprüchen erweisen sich die erhaltenen Lösungen als ziemlich stabil.“ Die Input — output-Analyse gestattet die Aufstellung eines Systems linearer Differentialgleichungen für das dynamische Verhalten der Wirtschaft. Hinter diesen Koordinierungsbestrebungen der planenden Vorausschau, schreibt Hoffmann, „steht das Bewußtsein von der Gestaltungsfähigkeit gesellschaftlicher Vorgänge, ebenso wie man die Naturkräfte weitgehend glaubt bändigen zu können“.

Wie ist nun unsere deutsche Lage im Vergleich zur Welt? Die Königsallee in Düsseldorf als Maßstab genommen, sehr gut. Die nüchternen Zahlen sagen: Eisen- und Stahlerzeugung 1955 bei uns 129% von 1938, England 201%, die USA 402%; Investitionsgüterindustrie 1955 bei uns 203% von 1938, England 226%, die USA 512%; chemische Industrie 1955 bei uns 210% von 1938, England 325%, die USA 394%.

Wir sind mitten im deutschen Wunder eine erhebliche Strecke Weges hinter den anderen zurückgeblieben. Und da bricht nun plötzlich auf uns herein, uns aus dem Blickfeld entschwinden, die Notwendigkeit, den Anschluß zu finden auf den 10 Jahre lang ausgeklammerten Gebieten der Atomtechnik, des Radars, des Flugzeugbaus und der inzwischen draußen emporschießenden Automatisierung.

Nur ein Wort zum Flugzeugbau! Die Technik ziviler Flugzeuge treibt ganze, wichtige Industriezweige voran, z. B. durch ihre Anforderungen an die Leichtmetalle und den Leichtbau — beim Wiederaufbau der Rheinbrücken wurde durch Heranziehung von Flugzeugstatikern nur die Hälfte des Stahls wie beim ersten Bau dieser Brücken gebraucht — oder durch die neuen Konstruktionsmaterialien wie Glasgespinste für Zellenteile oder hochwarmfeste Stoffe für die Antriebe. Die gerade erst hochmoderne Gasturbine, die sich anschickt, sogar in das Auto einzudringen, wird möglicherweise für Flugzeuge abgelöst durch die viel einfachere Staustrahldüse. Das Atomtriebwerk für Flugzeuge steht vor der Tür. Der Senkrechtstart beginnt. Der Luftfrachtverkehr tritt dem Personenverkehr an Bedeutung zur Seite. Industriegüter werden künftig ohne Umladung in Häfen direkt hineingeflogen werden von den Erzeugungstätten in der ganzen Welt in die Zentren Afrikas, Indiens, Südamerikas oder Chinas. Der Flugzeugbau tritt an Schwergewicht neben den Schiffbau. Er löst seine Verbindung zum Militärischen, das auf ganz andere Ziele, die unbemannte Rakete, zusteuert. Ein Beispiel der letzten Tage: Die wunderschöne französische Caravelle ist ein reines Zivilflugzeug, ein Beispiel für die Richtung in der heutigen Technik! Auch Radar hat sich vom ursprünglich rein Militärischen gelöst. Die bei Nacht und Nebel rundum und mit großer Genauigkeit arbeitenden Radaraugen sichern Menschenleben zur See und in der Luft. Neue Welten werden dem Blick des Menschen durch die Radar-Astronomie erschlossen, mit ihrer Hilfe kopernikanische Entdeckungen über die Struktur unserer Milchstraße, eines der hundert Milliarden Spiralnebel des Weltalls, möglich.

Plötzlich inmitten der neuen Anforderungen auf den bisher verbotenen Gebieten und dem Zwang, in den in der Nachkriegszeit nicht oder weniger behinderten Zweigen der Produktion nicht in den Zuwachsraten zu weit zurück-

zubleiben, das Stoppsignal: Wir haben keine Arbeitskräfte frei, Techniker fehlen, Nachwuchs fehlt. Gleichzeitig soll eiligst eine Wehrmacht von 500 000 Mann, die viele Fachkräfte und Techniker braucht, aufgebaut werden.

Wir wollen in ernster Stunde keine billige Polemik üben. „Die Welt“, eine Zeitung, die bestimmt nicht unsere Politik vertritt, schreibt im Leitartikel der Nr. 108:

„Unsicher und schwankend treibt das Schiff unserer Wirtschaftspolitik dahin, wir haben keinen Kurs, keine Konzeption. Das Wirtschaftsministerium, das gegenwärtig in seiner Führung dezimiert ist, lebt nur noch von den genialen Improvisationen seines Chefs.“

(Heiterkeit und Beifall.)

So beurteilt eines der wichtigsten deutschen Blätter unsere Lage zu einem entscheidenden Zeitpunkt der zweiten industriellen Revolution. Das Rad der Geschichte ist schon oft über Nationen, die zurücksanken, hinweggegangen, sie haben es meist erst sehr spät — zu spät — bemerkt.

Genossinnen und Genossen! Kann einiges geschehen, um wenigstens den Anfang zu machen mit dem Versuch, den verlorengegangenen Anschluß wiederzufinden? Ich möchte mich auf die vorhin herausgehobenen besonderen Blickpunkte der großen Umwälzung beschränken und keine allgemeinen Ausführungen zur Wirtschafts- oder etwa die mit ihr im Zusammenhang stehenden Aspekte der Wehrpolitik machen.

Werden wir in dem Land Albert Einsteins und Otto Hahns künftig auf dem Gebiet der Atomwissenschaft und -technik noch mithalten können? Einer der größten deutschen Wissenschaftler dieses Jahrhunderts sagte mir kürzlich: Seien Sie nicht optimistisch, wir werden es nicht mehr schaffen. Sie können das heute in der Münchner Tagespresse über die gestrigen Verhandlungen des Bayerischen Landtags nachlesen; dasselbe Wort ist auch gestern gefallen. Der große deutsche Wissenschaftler hatte sich fünf Jahre lang mit seinen Warnungen wundgestoßen. Deutschland bemüht sich jetzt um Anfänge auf dem Atomgebiet, nachdem Jahre unnütz versäumt wurden, da die Verbote keineswegs die Ausbildung von Kernphysikern und Ingenieuren untersagten oder die Errichtung von Zyklotronen oder ähnlichen mittleren und größeren Versuchseinrichtungen. Nur Atommeiler waren verboten.

Die benötigten Mittel sind groß, und Koordinierung ist erforderlich, um überall rechtzeitig zu wirken: in den Kultusministerien bei der Errichtung neuer Lehrstühle und Assistentenstellen, in den Wirtschaftsministerien der Länder und dem Atomministerium in der Errichtung der erforderlichen Institute im Zusammenwirken mit den Hochschulen und der Max-Planck-Gesellschaft, in der Industrie beim Beginn von Entwicklungen und in den Ausbildungsstätten aller Art beim Nachholen in der Heranbildung des fast völlig fehlenden Nachwuchses.

Der Atomplan der SPD schlägt vor, eine unabhängige „Deutsche Atomkommission“ zu bilden, die von jeder Bindung an Staatsorgane frei (Beifall), sowohl aus eigenem Ermessen als auch ebenso auf Anforderung von Parlamenten und Regierungen der Länder und des Bundes, die erforderlichen Ziele und Wege für Deutschland auf diesem Gebiet aufzuzeigen hat. Die Mitglieder sollen auf eigenen Wunsch im In- und Ausland durch Augenschein sich ein-

Bild von der Lage machen können und, soweit sie nicht Beamte sind, durch einen Ehrensold in die Lage versetzt werden, die notwendige Zeit für diese so wichtige Aufgabe aufwenden zu können. Man kann von einem Wissenschaftler unmöglich verlangen, daß er ohne Vergütung einen erheblichen Teil seiner Arbeitskraft — und das ist hier notwendig — zur Verfügung stellt. (Lebhafter Beifall.) Der Atomplan der Partei, von ihrem Atomausschuß ausgearbeitet und dem Parteitag vorgelegt, umreißt in Kürze unsere Ziele auf dem gesamten Atomgebiet. Hoffen wir, daß jener große Gelehrte nicht recht hat; seien wir uns der überragenden Größe der Aufgabe, auf dem Felde der Atomwissenschaften wieder gleichzuziehen, und der finanziellen Opfer, die das verlangt, bewußt!

Ich möchte nur eine spezielle Sorge anklingen lassen aus dem weiten Feld der Probleme: Eine gute Aufbauleistung nach dem Kriege ist der Seeschiffbau auf den deutschen Werften der Küstenländer. Was wird in wenigen, vielleicht in zehn Jahren aus diesen Werften, wenn wir keine Schiffe mit Atomtrieb bauen können? Was wird aus unseren Maschinenfabriken, wenn wir nicht Kleinkraftwerke als Dieselmotorenersatz liefern können, wie etwa eine Flugzeugfirma in Amerika, mit der ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des technischen Ausschusses der Deutschen Lufthansa befreundet bin. Die Firma Glenn L. Martin hat vor vier Wochen in einer Pressekonferenz sieben Kisten vorgeführt, Kisten aus Aluminium, deren größte die Abmessungen $2,7 \times 2,7 \times 7$ m hat. Die Kisten sind durch Flugzeuge oder durch Lastkraftwagen zu transportieren. Die Kisten werden in der Arktis ins Eis eingegraben, einen halben Meter Eis darüber, oder sie werden im Urwald, z. B. am Ufer des Amazonasstroms, in den Kies eingegraben, einen halben Meter Kies darüber, am Ende kommt ein Kabel heraus. Diese sieben Kisten sind ein $1\frac{1}{2}$ Jahre lang unbedient und ungewartet laufendes, 10 000 Kilowatt lieferndes, das heißt für eine Stadt von 10 000 Einwohnern ausreichendes Atomkraftwerk. Was kostet es? Die ungewöhnlich geringe Summe von 1 Million Dollar.

Wie stehen wir zur Automatisierung? Die großen neuen Möglichkeiten der Steigerung der Wirtschaftskraft — Atomenergie und Automatisierung — dürfen nicht den Monopolinteressen einzelner zugute kommen. (Sehr richtig! — Lebhafter Beifall.) Die Kernbrennstoffe müssen wie in England und Amerika in der Hand des Staates bleiben. (Lebhafter Beifall.) Die zwangsläufigen Umsetzungen von Arbeitskräften bei Rationalisierungsmaßnahmen, wie der Automatisierung, müssen sorgfältig geplant werden; Vorteil hier, darf nicht Bürde, Aus-der-Bahn-geworfen-sein dort zur Folge haben. Alle, auch die in abhängiger Stellung Arbeitenden, müssen gerechten Anteil an der zu erwartenden Erhöhung des wirtschaftlichen Wirkungsgrades haben. Die Arbeitszeitverkürzung wird hier eine echte Ausgangsmöglichkeit finden. Bestehen bei uns gute Voraussetzungen zum Bau automatisierter Fabriken? Vom Können der Techniker her, ja, sonst nein. Die automatisierte Fabrik verlangt Breitenarbeit der Rationalisierung, insbesondere Normung und Typisierung, die große Serie ist ihr Feld. Unser Typenwirrwarr ist erstaunlich. 80 Prozent aller Automobile der westlichen Welt werden in den USA gebaut, und zwar in nur 20 Typen, die restlichen 20 Prozent der Automobile werden in europäischen Ländern hergestellt in weit über 100 Typen. Professor Beste (Köln) wies nach, daß bei uns 3000 verschiedene Taschen- und Armbanduhren, 6000 verschiedene Schaufeln, 130 verschiedene Waschmaschinen produziert

werden. In der Autobranche gibt es 36 000 verschiedene Kolbenringe, 100 Typen von Scheibenwischern, einige hundert Fahrtrichtungsanzeiger, Blinker und Winker. Ein Betrieb bietet allein 200 Typen von Tachometern an, eine Reifenfabrik stellt mehr als 500 Typen von Reifen für Personenkraftwagen her.

Die Normen, früher einmal verbindlich, sind nur Empfehlungen und werden teilweise wenig beachtet. Eine entschiedene Hinwendung zu Normung und Typisierung könnte große Reserven der Wirtschaftskraft erschließen, böte gleichzeitig erst die Voraussetzung zur Automatisierung; ohne planvolles Zusammenarbeiten geht das allerdings nicht.

Erstaunliche Reserven würden sich durch Betriebsvergleiche erschließen lassen. Das auf meinen Vorschlag hin gegründete Forschungsinstitut für Rationalisierung an der Technischen Hochschule Aachen hat nachgewiesen, daß bei Anwendung der besten Produktionsmethoden, die wissenschaftlich durch Arbeitszeit- und Kostenvergleich in einer größeren Anzahl von Werken ermittelt wurden, in der Gesenkerherstellung der Gesenkschmiedeindustrie 60 Prozent der Kosten und der Arbeitszeit einzusparen sind; daß nicht an einzelnen Stellen, sondern insgesamt 60 Prozent gespart werden können. 26 Firmen haben sich an diesem Methodenaustausch mit größtem Erfolg beteiligt. In der Zahnradindustrie, einer kapitalintensiven Industrie im Gegensatz zu der eben erwähnten lohnintensiven, bei 20 Firmen das gleiche Bild: bis zu 40 Prozent Unterschiede in den Herstellungskosten vergleichbarer Produkte; Ersparnisse von 40 bis 50 Prozent im Durchschnitt sind möglich. Die Gründe liegen in der nicht ausreichend wissenschaftlich fundierten Arbeitsmethodik der Werke. Hier liegen Möglichkeiten zur Rettung zahlreicher mittlerer Fabriken, häufig ohne kostspielige Neuinvestierungen, zur Hebung des Standards der Mittelindustrie — übrigens ein echtes Anliegen unserer Mitgliedschaft, entgegen den törichten Unwahrheiten unseres angeblichen Verstaatlichungsdranges. (Lebhafter Beifall.) Die Industrie hat vollste Zustimmung zu den Arbeiten des Instituts geäußert und offenen Erfahrungsaustausch nach Vorliegen der zunächst verschlüsselten Ergebnisse unter den einzelnen Firmen herbeigeführt. Sie haben einfach gesagt: Wir lassen die Geheimhaltung fallen und tauschen jetzt wirklich mal alle Erfahrungen untereinander aus. Die Bundesregierung hat trotz der Bitte des Regierungschefs Nordrhein-Westfalens vor einem Jahr keinen Pfennig für den Aufbau dieses einzigen europäischen Instituts für die Forschung auf dem Gebiet der Rationalisierung beigesteuert (Hört!).

Unsere Forderung muß sein: Rationalisierung wesentlich systematischer vorantreiben, steuerliche Förderung von Normung und Typisierung, Prüfung der Möglichkeit der Verbindlichkeitserklärung von Normen, breite Aufklärung über wissenschaftlich fundierte Produktionsmethoden. Wäre nicht eine der wichtigsten Hauptabteilungen im Bundeswirtschaftsministerium eine solche für Rationalisierung? Gibt es sie? Nein!

Die Atomforschung soll erheblich verbreitert werden. Eine echte Gefahr, dies einseitig zu tun. Alle Forschungsgebiete der Naturwissenschaften und Technik, der Medizin, der Gesellschaftswissenschaften müssen gleichzeitig gefördert werden; dann erst enthüllt sich der Segen wissenschaftlicher Arbeit. An vielen Stellen der Welt ist man sich bewußt, daß man Provinzen

des Geistes erschließen kann, und daß dies wesentlich besser ist, als Provinzen des Nachbarn erobern zu wollen (lebhafter Beifall). Die Alldeutschen oder Hitler hatten andere Vorstellungen. Hören wir nicht noch den Ruf von der Ukraine als deutschem Lebensraum? Was die zu erobernden Provinzen des Geistes anbelangt, so sind die Rufe in Deutschland wesentlich leiser.

Die Förderung der Forschung in Deutschland ist unzureichend, freundliche Verbeugungen bei Jahresveranstaltungen, Mäzenatentum mit kleinen Summen tun es nicht. Die Aufwendungen der anderen Völker sind ein Vielfaches, denken wir an die Zahl 360 Millionen DM für Atomforschung in England. Für die Forschung auf dem Gebiet der Kernverschmelzung sollen die Forschungsaufwendungen in den Vereinigten Staaten genau so groß sein wie auf dem gesamten übrigen Atomgebiet; allein für den Zusammenklang zwischen Atomforschung und Biologie stellt Amerika 200 Millionen DM jährlich zur Verfügung. Ich führte schon aus, ein einziges kernphysikalisches Gerät, herausgegriffen aus der gewaltigen Breitenarbeit Rußlands auf dem Atomgebiet, kostet eine halbe Milliarde DM. Die Professoren Bagge und Gentner, die mit hundert westlichen Kernphysikern vor wenigen Wochen in Moskau waren, schildern eindrucksvoll die dortigen Anstrengungen; jährlich bildet man dort 2000 Kernphysiker aus, bei uns vielleicht 25.

Der Ansatz für Forschungsmittel zur Durchführung von konkreten Forschungsaufgaben im Bundeswirtschaftsministerium betrug in diesem Jahr 2,5 Millionen DM. Der Ansatz für die ganze Atomforschung übrigens betrug in dem gedruckten Haushalt, den unsere Bundestagsabgeordneten bekommen haben, auch 2,5 Millionen DM. Aber diese 2,5 Millionen DM wurden herausgenommen und auf 40 Millionen DM erhöht. Die anderen 2,5 Millionen DM sind in diesem kleinen Betrag stehengelassen worden. Welch unverständliche, unwahrscheinlich lebensfremde Entscheidung des Bundestages! Der Antrag der SPD-Fraktion, diese 2,5 Millionen DM der traurig geringen Forschungsmittel für die gesamte Forschung außerhalb der Atomforschung auf 50 Millionen DM zu erhöhen, der sich mit dem sorgfältig fundierten Antrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft deckt, wurde abgelehnt. Warum, das zeigt eine wahre Begebenheit aus dem erwähnten Ministerium:

Als ein mir bekannter Oberregierungsrat vor einigen Jahren, als der Ansatz für die Forschungsmittel dieses Ministeriums für die ganze Breite der Forschung 1 Million DM betrug, eine Erhöhung auf 10 Millionen DM, auch im Hinblick auf die Anstrengungen Nordrhein-Westfalens in dieser Hinsicht, beantragte, wurde ihm von höheren Vorgesetzten eröffnet: „Sie verkennen den Geist des Hauses.“ (Heiterkeit und Beifall.) Der gute Kollege hat kürzlich in einer Versammlung in Dortmund, die ich abhielt und bei der er anwesend war, die Freundlichkeit gehabt, mir vor allen zu sagen: Jawohl, so war's, mir ist das passiert. — Jetzt geht's aber weiter: „Zurverfügungstellung von Forschungsmitteln ist Staatsdirigismus, forschen soll die Industrie. Sie werden verwarnt, die Null wird gestrichen, seien Sie froh, daß wir die Eins nicht streichen!“ (Heiterkeit). Das Ergebnis dieser Einstellung im Wirtschaftsministerium war übrigens die Schaffung eines besonderen Atomministeriums. Müssen auch ein Forschungsministerium und ein Produktionsministerium vom Bundeswirtschaftsministerium abgespalten werden?

Auf jeden Fall brauchen wir schleunigst einen Forschungsausschuß des Deutschen Bundestages, der den großen Entwicklungslinien und der Situation in

der Welt durch Anhören von Sachverständigen nachspüren muß; das britische Parlament hat beste Erfahrungen mit seinem Forschungskomitee, dessen Mitglieder — unter Leitung unseres Freundes Albu — kürzlich Deutschland besuchten, gemacht.

Müßten wir nicht auch einen unabhängigen „Deutschen Forschungsrat“, genau wie eine unabhängige Atomkommission, durch Gesetz begründen, der unaufgefordert ebenso wie auf Wunsch der deutschen Parlamente und Regierungen alle Forschungsnotwendigkeiten, auch im Vergleich zum Ausland, aufzeigen sollte? Ausreichende Etatmittel für seine Studien und ausreichende Ehrenvergütung für die Mitglieder wären erforderlich. Der Forschungsrat würde keine Konkurrenz zur deutschen Forschungsgemeinschaft sein, die ja auch umfangreiche Verwaltungsgeschäfte: Mittelverteilung, Institutsgründungen, Dokumentation und ähnliches, durchzuführen hat, er müßte mit ihr engstens zusammenarbeiten.

Bei aller nachzuholenden Förderung von naturwissenschaftlich-technischer Forschung dürfen wir die Geisteswissenschaften nicht vergessen. Die Universitas sollte eine Einheit sein, das ist schon schwer genug. Wie sieht das Bild aus, wenn der naturwissenschaftliche Forscher Mittel erhält, sein Kollege für wichtigste, ihm am Herzen liegende Forschungsaufgaben der Geschichtsforschung, der Soziologie, des Rechtswesens, der Kunstforschung leer ausgeht? Unmöglich!

Die Forschung muß frei sein. Der Staat muß kostspielige Institute errichten, sehr viel höhere Forschungsmittel als früher zur Verfügung stellen, aber der Forscher selbst muß frei sein, frei publizieren können. Der Staat darf sich nicht zum Dirigenten, auch nicht zum Teilhaber des Forschers machen, ihm muß genügen, daß alle Forschung zusammengenommen der ganzen Volkswirtschaft zugute kommt. (Beifall.) Ist das Theorie oder praktisch möglich? Parlament und Regierung in Düsseldorf haben seit sieben Jahren 1200 Forschungsaufgaben ohne Staatsdirigismus gefördert, 25 neue Institute zusätzlich zum Wiederaufbau der Hochschulen errichtet. Ergebnisse sind u. a. erste Lungendurchleuchtung ohne Röntgenstrahlen — mit Röntgenstrahlen ist es bei bestimmten Untersuchungen eine furchtbare Qual — mit Xenonisotopen, neue Werkzeugmaschinen als Ersatz spanabhebender, Mitwirkung an Zieglers Erfolg, Ausgangsmaterial für Kunststoffe statt bei 1000 Atmosphären bei normalem Druck herzustellen, Errichtung eines größeren Zyklotrons, Wiederaufbau von Luftfahrt- und Radarforschung — größtes radarastronomisches Gerät wird am 17. September durch Ministerpräsident Steinhoff eingeweiht — Mitwirkung an der Errichtung zahlreicher Gemeinschaftsforschungsinstitute der mittleren Industrie, Silikoseforschung gegen den Silikose Tod von 1000 Bergleuten jährlich, Forschung auf dem Felde der Arbeitsphysiologie, neue wesentliche Erkenntnisse zum Schutz der menschlichen Arbeitskraft bei gleicher Produktionsleistung. Staat und Forschung ohne Dirigismus braucht keine Theorie zu sein.

Aber auch die Industrieforschung ist zu fördern, Gemeinschaftsforschungsinstitute der mittleren und kleineren Industrien sind zu unterstützen. Die Forschungsabteilungen der großen Werke sollten steuerlich begünstigt werden. Bei aller großen Bedeutung kann die Industrieforschung es allerdings allein nicht. Die Gedankenverbindung zum wirtschaftlichen Erfolg ist nicht die aus-

schließliche Triebfeder des Geistes; deshalb neben ihr stärkster Ausbau der freien Forschung an freien Forschungsstätten.

Wo kommen die Menschen her, die in all den Laboratorien tätig sein werden, wenn wir uns den Ruck geben, den wir erstreben, unsere Zukunft entscheidend auf Forschung, geistige Arbeit und Planung auszubauen, um nicht völlig gegen andere Nationen, insbesondere den Osten, zurückzufallen, der nach englischen Quellen schon heute 15 Prozent der wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Welt, in zehn Jahren wahrscheinlich 40 Prozent ediert.

Einige sehr kennzeichnende Zahlen: England, in der Gefahr, gegen Rußland zurückzubleiben, beschloß dieses Jahr, für eine dreijährige Periode für Neubauten für den technischen Studienbetrieb, also nicht für Forschungsinstitute, für drei Jahre zusammengenommen 1,2 Milliarden DM aufzuwenden. Es beschloß weiter, obwohl die Stipendien in England bereits sehr hoch waren, jährlich noch einmal 133 Millionen DM für Stipendien zur Verfügung zu stellen.

Die russische Ausbildung der Armee der technischen Talente wurde durch einen zum Unterrichtsminister ernannten General S. A. Boubnow organisiert. Das Ergebnis: Rußland bildete 1950 28 000 Universitätsingenieure, also Diplomingenieure und Diplomphysiker aus, augenblicklich bildet es jährlich 60 000 Universitäts- und 70 000 Fachingenieure aus, 1960 200 000. Die für uns wichtige Zahl ist die der Universitätsingenieure; sie ist in Rußland in fünf Jahren von 28 000 auf 60 000 hinaufgegangen.

Die Vereinigten Staaten hatten 1950 eine Zahl von 50 000 Universitätsingenieuren. In den Vereinigten Staaten wird aber nur für 12 Prozent der höheren Schüler Mathematik-Fachunterricht erteilt. Das Physik- und das Ingenieurstudium sind sehr hart und sehr schwer. Das Ergebnis ist: Die Zahl der Universitätsingenieure in den Vereinigten Staaten ist im gleichen Zeitraum, wo sie in Rußland von 28 000 auf 60 000 stieg, von 50 000 auf 22 000 zurückgegangen. Sie können jetzt in den Zeitungen Annoncen lesen: Junger Amerikaner, studiere Mathematik, dein Volk braucht dich. Reinhold Schairer, in der Weimarer Republik Begründer des Deutschen Studentenwerks und dessen Leiter von 1919 bis 1933, jetzt in London, veröffentlichte vor sechs Wochen sein dramatisches Büchlein „Technische Talente“ mit diesen und ähnlichen aufsehenerregenden furchtbaren Zahlen. Ich nenne das kleine Büchlein immer: „Wem die Stunde schlägt.“

Trotzdem — die Menschen, die wir jetzt brauchen, wären in Deutschland da. Die Zahl der Weißbekittelten wird im gleichen Maße zunehmen, wie die der Männer in blauen Arbeitsanzügen abnimmt. Die Intelligenz der Angehörigen unseres Volkes reicht völlig aus. Was nötig ist: Ausbildung, nochmals Ausbildung, Reform des Schulwesens von unten bis oben. Hilfe für den Nachwuchs, Heranziehen auch des letzten begabten jungen Menschen aus den minderbemittelten Schichten. (Lebhafter Beifall.) Ohne die zusätzlichen 133 Millionen DM erhielten bisher 70 Prozent der englischen Studenten Stipendien, in den Vereinigten Staaten und in Rußland kann jeder studieren.

Sehen Sie sich gegenüber den Anstrengungen anderer Völker für ihren Nachwuchs einmal die Not, Überbürdung und nutzlose Werkstudentenarbeit in deutschen Universitäten an! (Beifall.) Ich habe bei dem eben genannten Professor Weitzel zwei Söhne im Studium; ich bin also mit den Studenten, denen es teilweise wirklich sehr schlecht geht, in ständigem Kontakt.

In Frankfurt hat man festgestellt: Ein Drittel der Studierenden wurde von den Eltern unterstützt. Weitere 26 Prozent erhielten eine teilweise Unterstützung von den Eltern. Ein volles Fünftel der Studentenschaft war dagegen ausschließlich auf eigenen Erwerb angewiesen, um das Studium zu finanzieren. 25 Prozent der Studenten standen während des Semesters in laufender Arbeit, davon arbeitete der dritte Teil im Semester über 45 Wochenstunden. Woher sollten diese überanstrengten jungen Menschen noch die Kraft zum Studium haben?

Das Problem ist so ernst und gleichzeitig traurig wie kaum eines in Deutschland.

Forschung voranzutreiben ist nicht so einfach, der Geist läßt sich nicht kommandieren, er weht, wo er will, auch Fehllege müssen gegangen werden. Das ganze Nachwuchs- und Ausbildungsproblem aber ist nur eine Organisationsfrage, sie setzt nur eine Anzahl politischer Willensakte voraus (Beifall).

Gegenüber den Milliarden für die Rüstung oder manchen anderen Staatsaufgaben sind die für das Ausbildungsproblem notwendigen Summen immer noch gering, genau wie für die Forschung, wenn sie auch zwanzigmal größer als jetzt sein müssen. Der Bundesinnenminister glaubte dem Bundestag etwas Erfreuliches sagen zu können, als er mitteilte, daß die Bundesrepublik insgesamt 95 Millionen DM für Forschung gibt und 14 Prozent der Studenten Stipendien erhalten. Welch groteske Auskunft — in der Relation zu den anderen Nationen —, die da dem deutschen Parlament gegeben wurde!

Bei der Behandlung der Frage stehen sich viele, viele Instanzen gegenüber, Kultusministerien, Kulturausschüsse, Fakultäten, Länderinstanzen, Bundesinstanzen. Soll es keine Katastrophe geben, ist höchste Eile zu klaren Entscheidungen geboten. Ein Probefall für die Demokratie in Deutschland!

Wir müssen jedenfalls fordern, daß im Rahmen eines Dreijahresplans allen Anforderungen auf Ausbildungsplätze entsprochen werden kann und im Laufe eines Jahres die erforderlichen Beschlüsse herbeigeführt werden, selbst wenn die Kultusministerkonferenz in Permanenz tagen müßte. (Heiterkeit und Beifall.) Ohne scharfe Forderung kommen wir in dieser Frage, die in der ganzen Welt ein Schlüsselproblem der zweiten industriellen Revolution ist, nicht weiter. Nicht schön, aber kennzeichnend für die Situation das Wort vom „Kampf der Klassenzimmer“.

Meine sehr verehrten Freunde! Im Rahmen eines solchen Referats läßt sich nur in Umrissen herausarbeiten: Wir stehen vor großen Gefahren. Wollen wir den Frieden in Freiheit in dieser vorwärtsstürzenden Welt gewinnen, müssen alle zusammenstehen. Das Problem ist nicht das einer Partei allein, es kann nur vom ganzen Volke gemeinsam angepackt, die Prüfung kann nur gemeinsam bestanden werden.

Aufrichtigkeit gebietet, festzustellen, daß auch bei Persönlichkeiten aus dem anderen Lager Verständnis und Bereitschaft vorhanden ist; Sie wissen, daß ich zehn Jahre mit dem Gewerkschaftler Karl Arnold auf dem Gebiete der Forschungsförderung genau so zusammengearbeitet habe wie jetzt mit unserem Freunde Fritz Steinhoff, dem energischen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten des Industriegebietes an der Ruhr. (Lebhafter Beifall.)

Die wenigen vier oder fünf Männer aber, die de facto die Bonner Politik in der Hand haben, stehen der tiefen Problematik der Zusammenhänge fern. Ihre Sorgen sind nicht die, die ich hier vortrug, noch dazu, wo diese Dinge mit dem nicht wegzuleugnenden Geruch von Planung, Operational research, naturwissenschaftlich-technisch-soziologischen Auseinandersetzungen und der Notwendigkeit weiter Voraussicht verbunden sind. „Die ganze Richtung paßt den Herren nicht.“ (Lebhafter Beifall.)

Man sagt, auf den Latifundien südlicher Staaten herrscht tiefes Elend; nach neuesten Meldungen ist die Zahl der Analphabeten in Süditalien 40 Prozent. Hat das Elend ihrer Arbeiter schon jemals die Latifundienbesitzer gestört? Um wen geht es, wenn wir in Deutschland in den Stürmen der zweiten industriellen Revolution versagen? Es geht um die schwächeren Schichten des Volkes, ihre Zukunft verdüstert sich, ihre Kinder werden vielleicht, wie vor hundert Jahren, nur den bitteren Weg des Auswanderns um jeden Preis vor sich sehen.

Deshalb, weil das so ist, beschäftigt sich dieser Parteitag der Partei schaffen der Menschen mit den Problemen von Forschung, Kernenergie und Automatisierung, von Planung für die Zukunft. Seit dem Beginn der Arbeiterbewegung weiß sie um die Freundschaft und die Hilfe der Wissenschaft für den Arbeiter, weil die Wissenschaft objektiv und gerecht ist, der Wahrheit dient. Wie bewegen die prophetischen Worte von Lassalle, die Genosse Mellies der Arbeit des Parteitages voransetzte!

Eine objektive, gerechte Einstellung allein verlangt der Schaffende auch seinen Problemen gegenüber, nicht Sentimentalität, aber er verträgt nicht die hochmütige Ablehnung mit dem Unterton der Deklassierung, jene typische Geisteshaltung der herrschenden Schichten dieser Bundesrepublik, die da wie vor 1914 heißt:

„Für Euch ist an unserem Tisch kein Platz, wir regieren — demnächst wird es wohl heißen: Wir regierten (starker Beifall) — auf jeden Fall ohne Euch und gegen Euch.“ (Stürmischer Beifall.)

In ernster Stunde ruft die Sozialdemokratische Partei zur Diskussion auf. Wie stehen wir auf den verschiedensten Gebieten der Technik und Produktion zum Ausland? Was geschieht, wenn die Russen, deren Stachanowssystem und doktrinär gelenkte Forschung wir ablehnen, Millionen Menschen aus den Regimentern in den Produktionsprozeß stecken und immer neue Laboratorien und Universitäten eröffnen? Was, wenn sich Massenprodukte automatisierter amerikanischer Fabriken auf den Weltmarkt ergießen? Gut, wir wissen, daß wir auf dem Atomgebiet entscheidend zurück sind. Können wir aufholen? Denkt man daran, eine gerechte Verteilung von Erfolg und Lasten bei den kommenden Produktionsumstellungen anzustreben, nicht die Last den wirtschaftlich Abhängigen aufzubürden, den Erfolg den anderen zuzuwerten?

Freunde, rufen wir das deutsche Volk zum Mitdenken und Mitplanen auf! Man lasse die alte Walze: Sie wollen wieder das Bezugscheinamt, wenn sie planen, sie wollen die Produktion verstaatlichen, die Initiative töten. Die Lage ist für diese Mätzchen zu ernst, unsere Haltung klar, wir schätzen persönliche Initiative und denken nicht daran, die Produktion einem Beamtenapparat in die Hände zu spielen; der Dortmunder Parteitag und die Konferenz in Köln haben dies eindeutig unterstrichen.

Genossinnen und Genossen! Deutschland steht an einem Scheidewege. Sichern wir trotz harter Ausgangsbedingungen seine Zukunft, auch für den Tag der Wiedervereinigung, auch für unsere Aufgaben beim Wiederaufbau des stark entvölkerten deutschen Ostens!

Helfen wir den wirtschaftlich unterentwickelten Völkern durch ehrliche Mitarbeit bei ihrem Weg nach oben! Strecken wir den Völkern dieser Welt die Hand entgegen zum gemeinsamen Wirken auf dem von jeher internationalen Felde geistiger Arbeit, bereiten wir den Boden für mehr, für breitere, für tiefere geistige Arbeit in Deutschland!

Not durch Geist bannen, ein Ziel des Sozialismus! (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Ich danke dem Genossen Leo Brandt für dieses sehr ernste, mahnende und aufrüttelnde Referat. Ihr Beifall hat dem Genossen Brandt sicher geholfen; ich glaube aber, er hat noch viel mehr zum Ausdruck gebracht: daß dieser Parteitag bereit und willens ist, die uns gestellten Probleme aufzugreifen.

Als zweiter Redner zum Thema „Zweite industrielle Revolution“ spricht nun zu uns der Genosse Prof. Carlo Schmid (Beifall).

Carlo Schmid, Frankfurt: Werte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen! Als ich vom Parteivorstand gebeten wurde, vor Ihnen ein Referat über die Auswirkungen der zweiten industriellen Revolution auf die Gesellschaft und den Menschen zu halten, bin ich erschrocken. Denn wie sollte man über Zukunftsdinge sprechen, ohne die Gabe der Prophetie zu besitzen? Diese Gabe habe ich nicht. Wie sollte man es wagen, eine einigermaßen gesicherte, der Nachprüfung standhaltende Prognose aufzustellen, wo so viele Unbekannte in der Gleichung sind und noch so viele Unbekannte dazu kommen werden? Wie sollte dieses Thema in einem Referat abgehandelt werden, für das nur wenig Zeit zur Verfügung steht und das darum notwendig äußerst unvollkommen sein müssen, ein Referat, in dem nur ein kleiner Ausschnitt auch der wesentlichsten Probleme wird angesprochen werden können. Ich habe das Wagnis schließlich doch auf mich genommen, weil ich der Meinung bin, daß auch das Unvollkommene dazu beitragen kann, die Geister und die Gemüter aufzurütteln und bereit zu machen, sich auf die Zeit einzustellen, die erbarmungslos auf uns zukommt.

Manches von Leo Brandt Gesagte wird wiederholt werden müssen, um die Verbindung von Ursache und Wirkung klarer zu machen; manches von ihm Gesagte enthebt mich wiederum, Ausführungen zu machen, die in das mir gestellte Thema gehörten. Beide Referate sollten als ein Ganzes genommen werden, das von zwei verschiedenen Blickpunkten angesehen, beschrieben und ausgewertet wird. Leo Brandt und ich umkreisen beide die Phänomene der neuen Wirklichkeit, suchen sie zu erfassen, und wir treffen uns beide am selben Kreuzweg, der da den Namen trägt: Wie kann das Leben des Menschen vermenschlicht werden? Ist es denn notwendig, bei Betrachtung der Dinge, von einer Revolution zu sprechen, von einer zweiten industriellen Revolution, wenn man die unsere Gegenwart und unsere nächste Zukunft bestimmenden Produktionsweisen und ihre Folgen bewerten will? — Dieses Wort „Revolu-

tion“, ist es eine bloße Redensart? Oder müssen wir nicht vielleicht andere Konsequenzen aus unseren Betrachtungen ziehen, je nachdem, ob wir von einer Revolution sprechen müssen oder nur von einer Entwicklung? Was heißt denn „Revolution“? Doch wohl eine solche Umwälzung der materiellen und geistigen Existenzbedingungen, daß sie zu einer völligen Umgestaltung der wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und auch der humanen Lebensordnungen führen muß. Bei bloßer Wandlung gegenwärtiger Verhältnisse mögen Verbesserungen des Alten genügen, um der neuen Lage gerecht zu werden. Wenn aber eine Revolution hereinbricht, genügen Verbesserungen nicht mehr; dann muß man die Lebensordnungen der Menschen ändern (Beifall).

Wo es sich nur um die Ablösung einer Phase einer organischen Entwicklung durch eine andere handelt, brauchen Versäumnisse nicht tödlich zu sein; das Versäumte kann da noch immer nachgeholt werden, wenn auch mit mehr Unkosten, als wenn man das Notwendige gleich getan hätte. Wenn es sich aber um Revolutionen handelt, sind Versäumnisse tödlich: wer das Notwendige versäumt, wird von der Revolution überfahren. (Starker Beifall.)

Ob man in einer Revolution lebt oder nur in einer neuen Phase einer kontinuierlichen Entwicklung, ist oft schwer zu erkennen; denn Revolutionen kommen oft auf leisen Sohlen daher, und das Neue tritt nicht überall mit gleicher Stärke und in gleicher Sichtbarkeit auf. Manche Revolution vollzieht sich in gedehnter Weise, und bei sehr vielen und sehr einschneidenden Revolutionen ist es zu Beginn unendlich schwer gewesen, sich von den Ereignissen des Anfangs aus die Zukunft einigermaßen richtig vorzustellen.

Vieles läßt sich noch, einigermaßen wenigstens, aus der Gegenwart heraus erklären und ist doch in Wirklichkeit schon der erste Akt einer Umwälzung. Das sicherste Zeichen, daß wir in einer revolutionären Phase stehen, ist, daß mit einem Male die Gleichungen, mit denen wir gestern noch unsere Zeit zu begreifen vermochten, nicht mehr aufgehen wollen. Wenn man dies bemerkt, ist es allerdings meistens zu spät, den neuen Tag zu meistern; dann pflegen die Menschen — das ist ein böses Ding — Erkenntnis und Gestaltungskraft durch Ideologie und Reaktion zu ersetzen, und das Unheil nimmt seinen Lauf. (Starker Beifall.)

Hat unsere Zeit denn nun wirklich nicht nur neue, sondern revolutionäre und revolutionierende Produktionsverhältnisse geschaffen? Ich glaube, nach dem Referat Leo Brandts kann darüber kein Zweifel mehr bestehen. Die Möglichkeit, durch Spaltung oder Anreicherung von Atomen ungeahnte Energien zu entbinden, die Automatisierung vieler Fabrikationsprozesse, das elektronische Gehirn sind Dinge, die mit nichts in unseren bisherigen Produktionsverhältnissen vergleichbar sind. Hier wird nicht nur schneller und mehr gearbeitet und getan, hier stehen wir nicht in einer Evolution, sondern hier geschehen, um einen Ausdruck aus der Biologie zu gebrauchen, Mutationen. Hier werden nicht etwa die Produktionsmethoden nur verändert, sondern hier erscheinen spontan, ohne kontinuierliche Verbindungen mit Bisherigem, Techniken, die den Produktionsprozeß zu etwas völlig anderem machen werden, als er heute ist und die darum unsere Gesellschaftsordnung, unsere politischen Lebensformen, ja die Formen des menschlichen Daseins selbst vielleicht im Kern verändern werden.

Worin hat denn die erste industrielle Revolution bestanden? Sie fing damit an, daß man die Steinkohle als Energiespender entdeckte — in England etwa um die Mitte des 18. Jahrhunderts, in Deutschland etwa vor 130 Jahren. Sie nahm ihren Fortgang, als aus dem Teekessel des James Watt die Dampfmaschine wurde, die die Muskelkraft des Menschen, die tierische Muskelkraft, dazu die Wasserkraft und die Windkraft ersetzte. Man konnte nun plötzlich mit sehr viel weniger Arbeitern ein Vielfaches an Gütern erzeugen. Die handwerkliche Produktionsform wurde abgelöst durch die arbeitsteilige industrielle Massenproduktion, die die Verwendung ungelernter Arbeitskräfte möglich machte und auf der anderen Seite die ganze handwerklich-patriarchalische Gesellschaftsordnung zerstörte. Es entstanden neue Schichten und Klassen, der Unternehmer und der Proletarier, die sich plötzlich, ob sie wollten oder nicht, in einem bitteren Klassenkampf gegenüberstanden.

Die neuen Transportmittel ermöglichten einen bisher ungeahnten Austausch von Gütern über die ganze Welt hinweg, und dies wiederum schuf die Voraussetzung für eine erstaunliche Vermehrung der Bevölkerung der Welt, die Malthus Lügen strafte, eine Vermehrung insbesondere in den Staaten, die von dieser ersten industriellen Revolution zu profitieren vermochten. Die weltpolitischen Konsequenzen sind bekannt.

Niemand hat die Kennzeichen der ersten industriellen Revolution besser geschildert als das Dioskurenpaar Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“.

Aber Karl Marx hat daneben ein anderes entdeckt. Er hat entdeckt, daß diese industrielle Revolution nicht nur die Produktionsprozesse umzustülpen drohte, sondern daß sie auch den Menschen in die Gefahr brachte, sich selbst zu entfremden, bis zu dem Grade, daß Idee und Wirklichkeit des Menschen nicht mehr zusammenfielen. So würde die große Masse der von dieser ersten industriellen Revolution betroffenen Bevölkerung für lange Zeiten die Kosten des neuen Überflusses nicht nur mit Verelendung in der ersten Zeit, sondern für die ganze Epoche mit einer Verringerung ihrer Menschenwürde bezahlen müssen.

Erst die Überführung der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung in die sozialistische würde die materiellen Voraussetzungen dafür schaffen können, daß Idee und Wirklichkeit des Menschen sich wieder decken können.

Es war nicht Anbetung der Materie, die Karl Marx und die Arbeiterbewegung beflügelten, über eine Veränderung der Existenzbedingungen auf dieser Welt nachzudenken. Es war die Trauer über die Degradierung des Menschen durch den erbarmungslosen Mechanismus seelenloser, politischer, ökonomischer und sozialer Prozesse, und es war die Erbitterung über den Materialismus der sogenannten Antimaterialisten, was sie dazu trieb, die Arbeiterschaft aufzurufen, das Werk ihrer Befreiung selbst in die Hand zu nehmen! (Tosender Beifall.)

In dieser ersten industriellen Revolution verdrängten Kohle und Eisen das Wasser und das Holz. So kam es, daß der industrielle Fortschritt und das industrielle Potential weitgehend standortgebunden blieben. In den Kohleländern ballte sich die Industrie, ballten sich die Siedlungen der Menschen zusammen und die Folge dieses Mangels an Streuung war neben einer Stei-

gerung der Ergiebigkeit der Arbeit in Zeiten der guten Konjunktur eine gesteigerte Anfälligkeit für Krisen, und Krisen bedeuteten im wesentlichen Arbeitslosigkeit der breiten Massen und die Schaffung jener industriellen Reservearmee, die es den Unternehmern gestattete, den Lohn an der Grenze der Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu halten.

Politisch brachte es diese Standortgebundenheit des Fortschritts mit sich, daß nur die Staaten, die auf der Kohle sitzen — und sie liegen alle auf der nördlichen Halbkugel —, die Möglichkeit hatten, bestimmend in die Geschehnisse der Welt einzugreifen, um sich damit die innere und äußere Unabhängigkeit zu bewahren: nur die Länder beiderseits des Kohlegürtels, sind in den letzten hundert Jahren geschichtsbestimmende Staaten geblieben oder geworden. Die anderen Staaten und Völker blieben industriell unterentwickelt, darunter manche, die einstmal die Wiege unserer Kultur gewesen sind (Beifall).

Die Elektrizität und der Explosionsmotor ermöglichten nach einem Jahrhundert freilich eine neue Streuung industrieller Unternehmungen und erlaubten die Mechanisierung auch kleinerer und mittlerer Betriebe. Ein neuer Mittelstand, eine neue Kategorie qualifizierter Handarbeiter entstanden. Das Sozialprodukt wuchs wesentlich rascher an, als die Bevölkerung sich vermehrte. Aber alles dies hielt sich noch innerhalb des Koordinationssystems, innerhalb dessen die Epoche sich selber begriff.

So behielten viele der Feststellungen und Voraussagen von Karl Marx ihre Richtigkeit auch für diese Phase der Epoche. Viele, doch nicht alle. Denn durch ihm noch unbekannt Wandlungen der Produktionsweisen und politische Möglichkeiten konnte zugleich mit der Zerstörung der alten Mittelschichten eine neuer Mittelstand von kleinen und mittleren Betrieben entstehen.

Die Landwirtschaft ist aus den gleichen Gründen im wesentlichen stabil geblieben, und die organisierte Arbeiterbewegung hat in Gesellschaft und Staat den Kampf gegen die Verelendung aufgenommen und in einem harten Ringen auf manchen Lebensgebieten diesen Kampf gewonnen. Langsam wurde in späten Jahrzehnten korrigiert, was die ersten Jahrzehnte der industriellen Revolution an Bösem und Schlimmem über die Arbeiterschaft gebracht hatten. Nicht in einem automatischen Prozeß wurde das korrigiert, sondern als Folge des Willens der Arbeiterschaft, nicht zu kapitulieren, sondern zu kämpfen (Begeisterter Beifall.) und kämpfend durch Steuerung und Veränderung der diese Zeit bestimmenden Faktoren *diese Welt in dieser Zeit zum Besseren zu verändern!*

Nun steht die Arbeiterbewegung vor neuen Aufgaben, denn sie steht am Beginn der zweiten industriellen Revolution.

Die Entbindung der atomaren Energie gestattet die Auslösung unvergleichlich größerer Energiemengen, als es je die Verbrennung von Kohle und Öl und die Ausnützung der Wasserkräfte vermocht hat und vermögen wird. Wo aber das Ausmaß der dem Menschen zur Verfügung stehenden mechanischen Energie in solchem Maße und mit der Vehemenz einer Explosion anwächst, kann nicht nur mehr und nicht nur schneller produziert werden — es muß dann anders produziert werden. Und gerade dieses „anders“ wirkt sich auf die Gesellschaft, auf den Menschen und auf die Politik als umwälzender, als revolutionierender Faktor aus.

Zunächst gestattet die atomare Energie eine Loslösung auch der Schwerindustrie von den Standorten der Kohle. Der Basler Nationalökonom Edgar Salin hat gezeigt, daß, wo bisher 100 Millionen Kilowatt elektrischer Energie 35 000 Tonnen Kohle und damit 3500 Eisenbahnwagen Transportmaterial benötigten, künftig die gleichen 100 Millionen Kilowatt elektrischer Energie nur 35 kg angereichertes Uran nötig haben werden, die in einem kleinen Köfferchen als Flugzeuggepäck mitgenommen werden könnten. Das ist kein bloßer Wandel heutiger Produktionsverhältnisse mehr, das ist eine Umwälzung, die die Welt verändern wird.

Denn diese neue Energiequelle gestattet mit dieser fast völligen Standortungebundenheit in ganz anderer Weise als bisher die Industrialisierung der Länder, die bei der ersten industriellen Revolution auf der Strecke geblieben sind. Man wird für ihre Industrialisierung keine riesigen elektrischen Leitungen mehr zu bauen haben; man wird keine Kohlenbergwerke abzuteufen haben; man wird keine kostspieligen Bahnbauten zu unternehmen haben. Einige wenige Transporte — Leo Brandt hat es schon gesagt —, die mit dem Flugzeug ausgeführt werden können, vermögen die zentralen Kraftstationen zu schaffen. Man wird zu allem hin nunmehr in diesen neuen Industriegebieten mit verhältnismäßig wenigen ausgebildeten Technikern auskommen. Das bedeutet: Man wird darauf verzichten können — was heute noch die Crux der unterentwickelten Länder ist —, in jahrzehntelanger riesige Investitionen erfordernder Arbeit einen breiten Stamm qualifizierter Arbeiter auszubilden. Das hat weiter zur Folge, daß die neuen Produktionsmethoden sich relativ leicht in die herkömmliche soziale Struktur dieser Länder werden eingliedern lassen. Dafür gibt es schon Beweise.

Während die erste industrielle Revolution die neuen Produktionsweisen auf Europa und Nordamerika konzentrierte und von diesen Zentren aus in die nichtkapitalistische Peripherie vortrug, kann in der zweiten Revolution diese Peripherie selbst zum eigentlichen Anwendungsgebiet der neuen Produktionsweisen werden. So könnte von diesem neuen, gewissermaßen exzentrisch gelegenen Mittelpunkt — man entschuldige das Paradox — eine spontane Transformation der Gesellschaft in eine sozialistische Ordnung ausgehen: in allen diesen Ländern werden ja nicht einzelne Kapitalisten, sondern nur die Gesamtheit der Nation die erforderlichen Mittel aufzubringen vermögen, es sei denn, daß diese Völker fremdem Kapital gestatten wollten, sich bei ihnen einzurichten — eine Entwicklung, die in Anbetracht des zwar friedlichen, aber leidenschaftlichen Nationalbewußtseins gerade dieser „unterentwickelten“ Völker kaum wahrscheinlich ist; denn dieser sogenannte Nationalismus ist ja nur die zeitbedingte Form, in der sich die soziale Emanzipation dieser Völker vollzieht.

Der Schweizer Gelehrte Adrian Turel hat schon vor vielen Jahren auf die Konsequenzen hingewiesen, die aus der Auswanderung der technischen Entwicklung aus ihrer einstigen nordamerikanisch-europäischen Domäne in die kolonialen Randgebiete erwachsen. Die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts beruhte im wesentlichen, nach den Worten Freyers, „auf der Einmaligkeit der europäischen Kohlenförderung, den weißen Arbeiterschaften und dem technischen Geiste, der in der abendländischen Seele erwachsen war . . .“

Heute aber schon zeigt sich, daß andere als die sogenannten „weißen“ Völker die industrielle Technik nicht nur verwenden, sondern auch weiterzuent-

wickeln in stande sind, ohne an früheren Fortschritten und Ursprüngen beteiligt gewesen zu sein. Die industrielle Entwicklung wird universal, sie erweist sich als die Zauberformel, die ganze Kontinente, nahezu über Nacht, in moderne Weltmächte verwandeln und zur Weltgeschichte erwecken kann.

Damit stehen Europa und Nordamerika vor bedeutsamen dialektischen Situationen und Wendungen. Ich darf wieder Freyer zitieren: „Das Abendland hat Gedanken gedacht, die in ihm selbst gar nicht zu Ende gedacht werden können, Machtmittel erdacht, die zuerst ihm selbst dienten, die aber außerdem ihrem Wesen nach herrenloses Gut sind.“ Nun, manchem erscheint dies als der Anfang des „Untergangs des Abendlandes“, aber in dieser Wendung der Dinge stecken auch, wie ich glaube, ungemein optimistische Perspektiven: zur Zeit ist die alte Welt in zwei große feindliche Lager zerfallen; es ist im Augenblick keine Möglichkeit zu sehen, wie diese beiden Lager zu einer vollen Verständigung kommen sollen; es ist aber möglich, sich vorzustellen — und das erscheint mir nicht utopisch —, daß die heute noch unterentwickelten Länder, gestützt auf die ungeahnten Möglichkeiten, die ihnen die technische und industrielle Entwicklung bietet, mehr und mehr in eine Vermittlerrolle hineinwachsen, die zwischen den bisherigen weltbeherrschenden Blöcken ausgleichend wirken können als eine Gemeinschaft von Völkern und Staaten, die in den entscheidenden weltpolitischen Auseinandersetzungen nun ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen vermag und den Gang der Geschichte bestimmen kann. In diesem Sinne haben die Führer der asiatischen Länder, zum großen Teile Sozialisten, ihre Aufgabe auf der Konferenz in Bandung im letzten Jahre begriffen.

Mit dieser Feststellung ist aber auch schon ein Dilemma angedeutet. Diese Länder werden, zunächst wenigstens, sehr von Staaten abhängig sein, die ihnen die neuen Produktionsmittel liefern, und die bereit sind, ihre Lehrer zu werden. Wer wird dies sein? Der Westen oder der Osten? Es wird nicht genügen, daß der Westen materielle Hilfe anbietet. Er wird im Wettbewerb mit dem Osten unterliegen, wenn er sich nicht bereit findet, die einzig mögliche Sozialordnung anzuerkennen, die für diese Völker in Frage kommt, und das ist die sozialistische (Beifall). Burma, Indien, China, Indonesien und manche andere noch werden sich mit den Lebensordnungen des kapitalistischen Systems nie mehr abfinden wollen; denn für diese Länder würde Kapitalismus in Wirklichkeit nicht bürgerliche Freiheit und Fortschritt bedeuten, sondern Rückfall in den Feudalismus der Maharadschas und der Paschas. Und um den weiter zu ertragen, haben diese Völker zu viel Selbstachtung! (Starker Beifall.)

Der Sozialismus ist heute nicht mehr auf den kapitalistischen Kern der Völker dieser Welt beschränkt. Als Karl Marx seine Bücher schrieb, lebte etwa ein Zehntel der Bevölkerung der Erde in industrialisierten Ländern der nördlichen Halbkugel. Heute hat sich da vieles geändert. Damals glaubte man, daß die Gesellschaftsordnung des Kapitalismus unserer Prägung sich auf den Rest der Welt ausdehnen würde. Man hat sich getäuscht. Die nichtkapitalistischen Länder beweisen eine ungemein starke Widerstandskraft gegenüber der gesellschaftsbildenden Funktion des kapitalistischen Systems der alten und der neuen Welt. Ein viel größerer Teil der Bevölkerung der Erde steht heute näher am Sozialismus als die alten Kernländer der industriellen Entwicklung umfassen. Und diese Völker haben ein anderes Weltbild als wir. Von ihnen

wird die sozialistische Idee mit Denkformen und Denkinhalten gespeist werden können, die ihr bisher fremd gewesen sind, mit Denkformen und Denkinhalten, die anderswoher kommen als aus der deutschen, englischen, französischen Philosophie, Soziologie und Ökonomie.

Die Zwangsläufigkeit der Aufeinanderfolge von Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus ist im Weltmaßstabe durch die zweite industrielle Revolution überholt. An der Peripherie der bisherigen kapitalistischen Welt wird wahrscheinlich die sozialistische Transformation der Gesellschaft nicht *nach*, sondern *vor* dem Sieg des Sozialismus in den alten Industrieländern stattfinden. Wir sollten diese Entwicklung beobachten; sie geht uns wahrhaftig etwas an! (Beifall.)

Lassen Sie mich nach diesem Exkurs zu den alten Industriestaaten zurückkehren! In diesen wächst der Bedarf an industrieller Energie ständig. Auf der Genfer Atomkonferenz vom letzten Jahre wurde festgestellt, daß im Jahre 1975 die Menschheit dreimal soviel Energie verbrauchen wird als heute, und im Jahre 2000 achtmal soviel.

Darum muß auch in den Kohle- und Ölländern atomare Energie erzeugt werden, selbst wenn diese heute noch teurer zu stehen kommen sollte als aus Kohle und Öl erzeugte mechanische Kraft. In Großbritannien werden innerhalb der nächsten 10 Jahre zwölf Atomkraftwerke mit einer Kapazität von 1,5 bis 2 Millionen Kilowatt errichtet werden, um den Neubedarf zu decken. In den Vereinigten Staaten von Amerika vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung, und auf der Genfer Atomkonferenz haben die sowjetischen Delegierten erklärt, daß in den nächsten Jahren schon die Atomkraftwerke der Sowjetunion nicht wesentlich weniger wirtschaftlich arbeiten werden als die bisherigen Kohle- und Wasserkraftwerke.

Solche Energiemengen können zum Nutzen der Gesamtheit nur unter Anwendung sozialistischer Methoden wirksam gemacht werden; denn nur dann wird nicht eine neue Form der Sklaverei über uns kommen. Die erforderlichen Kapitalien könnten von privater Seite nur über das Monopolkapital aufgebracht werden, dem so auch eine politische Macht zuwachsen würde, die weit über das hinausginge, was ihm heute schon an politischer Macht zur Verfügung steht, und das ist doch schon recht viel. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die Veröffentlichung in Heft 13 des Jahrgangs 1956 der Monatsschrift der Industriegewerkschaft Metall über die Gründung der „Physikalischen Studiengesellschaft“ in Düsseldorf hin. Will man eine solche Entwicklung vermeiden — und man muß sie vermeiden wollen —, kommt als Träger der neuen Entwicklung nur der demokratisch organisierte und kontrollierte Staat in Frage. Der Ihnen vorliegende Atomplan der Partei macht hierüber konkrete Vorschläge.

In den alten Atomländern, den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien, hat der Staat alle Probleme der Erzeugung atomarer Energie auch organisatorisch in die Hand genommen — unter Wahrung aller Freiheiten, ohne die schöpferische Initiativen selten sind —, denn er gedachte sie zunächst in erster Linie für militärische Zwecke zu verwenden. Ungeklärt ist die Lage noch in den „neuen“ Atomländern. Hier beginnt sich ein Wettlauf zwischen dem Monopolkapital und dem Staat anzudeuten.

Dieser Wettbewerb findet bei uns in Deutschland seinen Niederschlag in den verschiedenen Entwürfen, die zur gesetzlichen Regelung der Atomenergieerzeugung ausgearbeitet worden sind. Die Texte dieser Entwürfe machen es dem Leser oft nicht ganz leicht; denn die Fähigkeit der Industriejuristen, Machtansprüche hinter einer Tarnwand harmloser Worte zu verbergen oder in Verfahrensfragen umzumogeln, ist erstaunlich (Beifall). Wir werden da sehr wachsam sein müssen, insbesondere gegenüber dem Gesetzentwurf der Bundesregierung. Dieser Entwurf ist schlecht; er ist reaktionär. Er wird, wenn er Gesetz werden sollte, die Herrschaft über die neuen Energiequellen den Kartellen — den offenen und den heimlichen — in die Hand spielen. Glauben wir nicht, es gehe dabei nur um Wirtschaft! Es geht bei diesen Dingen nicht nur um die Beherrschung der Märkte, es geht auch um die Beherrschung der öffentlichen Meinung und damit der Menschen (Beifall).

Im Atomzeitalter kann unter dem Tarnmantel der Wirtschaftsfreiheit die monopolistische Marktbeherrschung und die Lenkung der öffentlichen Meinung durch unkontrollierte und unkontrollierbare Machtgruppen immer erfolgreicher praktiziert werden. Diese für uns alle tödliche Gefahr kann nur durch die Unterstellung der einschlägigen Unternehmen unter demokratische Verfügungsgewalt und Kontrolle und durch die Planung und Kontrolle des Ablaufs der dazugehörigen Wirtschaftsprozesse wirksam gebannt werden.

Freilich — Leo Brandt hat es schon ausgeführt — kann dabei das Ziel einer Partei des freiheitlichen Sozialismus nicht Abschaffung der Freiheit im Wirtschaftsleben sein, sondern nur die Sicherung unveräußerlicher Freiheitsrechte des Menschen, die durch die wirtschaftliche Scheinfreiheit im Kapitalismus gerade im neuen Zeitalter auf das tödlichste bedroht sind!

Die Aufgabe heißt: Vermenschlichung; eine Wirklichkeit, die den Menschen in eine neue Phase seines Schicksals führt, indem es ihn zu ihrem Herrn macht und nicht zum bloßen Objekt werden läßt. Zu ihrem Herrn wird der Mensch aber nur, wenn er, wie der Bürger im Staat, durch planende Bestimmung seiner Lebensordnungen zum Herrn des Ablaufs des neuen Prozesses gemacht wird. Geplant und gelenkt wird auf jeden Fall werden. Die Frage ist — Joachim Schöne hat es im Atomausschuß der Partei so formuliert —, ob die Kartelle planen und lenken werden, oder ob der demokratische Staat planen und lenken wird (Beifall). Die Kartelle sind heute schon am Werk. Es ist an der Zeit, daß der Staat, daß das Parlament sich rührt. Die Sozialdemokratische Partei hat diese Herausforderung der Zeit aufgenommen und wird auch unseren Staat zwingen, sich dieser Herausforderung zu stellen!

Wir stellen uns freilich die Planung und Lenkung nicht vor, wie sie im sowjetischen Herrschaftsbereich gehandhabt werden. Wir wollen auch auf diesem Gebiete keine Kommandowirtschaft, wir wollen auch hier nicht den Menschen dem Staat unterwerfen, sondern wir wollen auch hier den Staat wie die Wirtschaft dem Menschen unterworfen sein lassen. Mit den alten Unternehmungsformen wird man wohl nicht auskommen können. Wir sollten den Gedanken unseres Genossen Weißer aufgreifen und uns an die Konzeption und die Entwicklung neuer Unternehmungsformen machen. Ein weites Feld steht hier der Kraft unseres Geistes offen. Wenn wir es aber nicht bald unter den Pflug nehmen, wird Gestrüpp und Geröll es so verunreinigt haben, daß das Unkraut den Samen, den wir streuen wollen, ersticken könnte.

Manche glauben, die Wirtschaft könne heute schon durch Anwendung der bisherigen Mitbestimmungsgesetze demokratisiert und ausreichend kontrolliert werden. Ich halte dies, was die Atomenergie anbetrifft, für eine Illusion. Einmal ist das Mitbestimmungsrecht als solches seiner Mechanik nach für eine solche Kontrolle nicht geeignet, und dann — ich will das hier ganz offen heraussagen auf die Gefahr hin, manchen vielleicht zu kränken —, dann haben wir noch nicht genügend ausgebildete Menschen aus den Kreisen der Arbeiterbewegung, die dieses Mitbestimmungsrecht auch auf dem neuen Feld wirkungsvoll genug handhaben könnten (Beifall).

Deswegen ist die Brechung des allgemeinen wirtschaftlichen und technischen Bildungsmonopols so besonders wichtig, dieses Bildungsmonopols, das die Nutzbarmachung des geistigen Potentials unserer Nation so schrecklich einschränkt. Denn nur, wenn es gelingt, das bisherige Bildungsmonopol des Besitzes zu brechen, wird es möglich sein, die Macht zu bändigen, die bei Fortdauer der heutigen Verhältnisse in den Händen der Technokraten liegen wird, die an der Spitze der neuen Unternehmungen stehen werden. Bildung ist aber etwas, was man nicht von heute auf morgen schaffen kann. Sie ist noch immer das Produkt eines langen und langsamen Prozesses gewesen. Darum muß man heute schon auf den Fall von morgen hin auch die Organisation des Bildungswesens so planen, daß sie den Erfordernissen der zweiten industriellen Revolution gerecht werden kann (Beifall). Es nützt nichts, Entscheidungen zu treffen, wenn der Würfel schon gefallen ist; denn die Entscheidung fällt ja schon in dem Augenblick, in dem man den Würfel im Becher schüttelt. Die Übergangszeiten sind es, die von uns die großen Entscheidungen verlangen! Das vergessen wir gelegentlich!

Heute gehören wir Deutsche auf dem Gebiet der Atomforschung — Leo Brandt hat das in schmerzvoller Eindringlichkeit gesagt — zu den minderentwickelten Völkern. Uns ist die schwere Aufgabe der Selbstbehauptung und der Selbstbestimmung der Inhalte und der Formen unseres nationalen Lebens auch auf diesem Gebiet gestellt. Wir müssen verhindern, daß es so geht, wie es einmal Spanien gegangen ist, im Verhältnis zu dem wir einmal ein unterentwickeltes Land gewesen sind; und wie es anderen, einst so hochentwickelten Ländern gegangen ist, denen die Natur die Kohle verweigert hat. Tun wir das nicht, dann werden wir in zehn Jahren ein von den Atomländern abhängiger Staat geworden sein. Wir werden das Notwendige nur leisten können, wenn wir uns mit den Völkern zusammentun, die in ähnlicher Lage sind wie wir. Nur so haben wir eine Chance, auch künftig Inhalte und Formen unserer nationalen und politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Existenz — in Gemeinschaft mit anderen und frei — selbst bestimmen zu können. Darin liegt die eigentliche Bedeutung des EURATOM-Projekts. Nur dann, wenn sich die von der Natur weniger begünstigten Länder zusammenschließen und sich frei dafür entscheiden, einer für alle und alle für einen da zu sein, werden sie die Herren ihres Schicksals bleiben können.

Wir dürfen nicht zulassen, daß wir von fremdem Monopolkapital organisiert werden. Wir müssen alles tun, um den ganzen Entwicklungsprozeß und seine Ausstrahlungen in der Hand zu behalten. Aber das können wir nur unter Verwendung sozialistischer Methoden. Sonst wird es letztlich darauf hinauskommen, daß Verträge zwischen unserem Monopolkapital und dem ausländischen Monopolkapital bestimmen werden, was bei uns geschehen kann. Ich weiß,

daß manche Manager der deutschen chemischen Industrie sich die Zukunft so vorstellen. Wir könnten dann vielleicht eines Tages aufwachen und merken, daß wir nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch überfremdet sind, d. h., daß andere von außen her unsere ökonomischen, politischen und sozialen Lebensformen gestalten. Daran sollen wir in den nächsten Wochen und Monaten denken, wenn es darum gehen wird, das Gesetz über die Erzeugung atomarer Energie zu beraten und zu beschließen.

Aber, Genossinnen und Genossen, die Freimachung der atomaren Energie für industrielle Zwecke ist nicht der einzige Faktor, der unsere Produktionsmethoden radikal verändern wird. Vielleicht noch umwälzender wird sich zumindest für die nächste Zukunft die sogenannte „Automatisierung“ auswirken. Sicher wird sie sich schneller auswirken als die neue Atomwirtschaft. Schon hat sie sich, fast unbemerkt, auch bei uns eingeschlichen.

Das entscheidende Merkmal der Automatisierung liegt darin, statt Menschen Maschinen nicht nur für die Bedienung, sondern auch für die Steuerung und Kontrolle anderer Maschinen einzusetzen. Um eine Definition Pollocks hier zu zitieren: „Sie hat zum Ziel, die menschliche Arbeitskraft in den Funktionen der Bedienung, Steuerung und Überwachung von Maschinen sowie der Kontrolle der Produkte so weit durch Maschinen zu ersetzen, daß vom Beginn bis zur Beendigung des Arbeitsprozesses keine menschliche Hand das Produkt berührt. Zum erstenmal in der Geschichte der Mechanisierung ist es möglich, in weitem Umfang die Funktionen der Sinnesorgane des Menschen durch Maschinen ausführen zu lassen.“ Das Entscheidende bei der Automatisierung ist nicht etwa, daß wir künftig mehr Fabriken haben werden, in denen Automaten stehen, sondern das Entscheidende ist, daß die Fabrik selber zum Automaten geworden sein wird. Die zweite industrielle Revolution ersetzt im Gegensatz zur ersten nicht nur die Muskelkraft des Menschen durch Maschinen, sondern sie ersetzt auch das Gehirn des Menschen durch Mechanik. Automatische mechanische Vorgänge steuern, kontrollieren und scheiden Fehlleistungen aus, ohne daß sich eine menschliche Hand zu regen braucht. Diese durchlaufende quantitative und qualitative Selbstkontrolle des technischen Prozesses ist der entscheidende Unterschied zwischen der heutigen Automatisierung und der bisherigen Verwendung automatischer Maschinen in Fabriken.

Lassen Sie mich einige weitere Sätze aus dem schönen Buch von Professor Pollock über die Automatisierung zitieren: „Heute sieht man in einem Fabrikssaal noch abgehetzte Menschen in Laboratoriumskitteln und Arbeiter im Monteuranzug. Morgen werden wir in der Fabrik nur noch einige Angestellte sehen, die sich am Schaltbrett bewegen und dabei offenbar recht viel Zeit zum Überlegen haben. Übermorgen sitzt im Kontrollraum ein Angestellter, der die Zeitung lesen kann, weil er weiß, daß er nur in Ausnahmefällen gebraucht werden wird, für deren Lösung das Regelungsgerät gerade nicht eingerichtet ist.“ Die Folgen dieses neuen Daseins für die Arbeiterschaft werden ungeheuer sein. Die Fabriksäle werden klein und sehr leer werden. Es werden völlig andere Anforderungen an die Eignung und an die Ausbildung des arbeitenden Menschen gestellt werden. Industrielle Produktion wird etwas völlig anderes werden, als sie heute noch ist. Das wird die Struktur der Gesellschaft umwälzen. Es gibt niemanden, der davon nicht betroffen werden

würde. Weil dem so ist, sind die Unternehmer, wie jüngst die amerikanischen Gewerkschaften es kundgetan haben, heute geneigt, in der öffentlichen Meinung die Bedeutung und das Tempo dieses Prozesses herabzusetzen, weil sie fürchten, daß die im Gang befindliche Automatisierung die Arbeiterschaft zu unerwünschten Forderungen veranlassen könnte. Wir haben hier einen Verharmlosungsfeldzug vor uns, der nicht zum erstenmal von Unternehmerseite als Waffe benutzt worden ist. Aber weil dem so ist, hat einer der großen Führer der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, Walter Reuther, schon vor Jahren Lärm geschlagen — Fritz Erler und ich waren vor drei Jahren bei ihm, als er von diesen Dingen sprach — und klipp und klar es als eines der wesentlichsten Ziele der amerikanischen Gewerkschaftsarbeit bezeichnet, rechtzeitig die Wirkungen, die möglichen verhängnisvollen Wirkungen der Automatisierung abzufangen.

Häufig begegnet man der Vorstellung, daß die Automatisierung nur in wenigen Wirtschaftszweigen werde Anwendung finden können. Diese Auffassung ist falsch. Sie wird sich freilich sicher zuerst der Massengüterindustrie bemächtigen. Aber heute schon gehen mittlere Betriebe zur Automatisierung über, und die großen Werke Amerikas, die elektronische Maschinen bauen, produzieren in immer steigendem Umfange ihre Einrichtungen gerade für die mittleren Betriebe. In den Büros wird sich die Automatisierung besonders rasch durchsetzen, aber auch in sehr vielen Fabrikationsbetrieben mittlerer Ausdehnung wird dies der Fall sein; denn der Anwendungsbereich der Automatisierung ist fast unbeschränkt. Und, wie die amerikanische Rüstungsindustrie es bewiesen hat, bedarf sie zu ihrer Rentabilität durchaus nicht der hundertprozentigen Spezialisierung der Produkte. Freilich ist die Automatisierung am weitesten gediehen in der chemischen Industrie, bei den Ölraffinerien und bei den Mühlen. Eine Raffinerie, die früher 800 Menschen beschäftigte, kann heute die gleiche Produktion mit 12 Angestellten schaffen. Ein Werk Fords in Cleveland, in dem 6-Zylinder-Motorblöcke hergestellt werden, braucht heute für die völlige Herstellung eines Motorblocks vom Rohling bis zum fertigen Stück 15 Minuten, wo früher im modernsten Fließbandverfahren 9 Stunden gebraucht worden sind — und man braucht dabei nur ein Fünftel der Arbeiter, die im alten Verfahren nötig waren. Ein Versuchswerk, das jetzt gerade in Pittsburgh aufgebaut wird, soll mit 6 Mann Bedienung die Millionenstadt Pittsburgh mit Elektrizität versorgen.

Am stärksten aber wird sich die Vollautomatisierung im Büro auswirken. Dort wird sie die menschliche Arbeitskraft in heute unvorstellbarem Maße ablösen. In den Konstruktionsbüros leisten heute elektronische Rechenmaschinen eine Arbeit, für die früher Hunderte von Mathematikern und Ingenieuren monatelang rechnen mußten. In den Lohnbüros wird heute in wenigen Stunden der Lohn der ganzen Belegschaft elektromaschinell errechnet, mit allen Abzügen, Steuern, Buchungen usw. Die menschliche Arbeit reduziert sich dort auf das Ausdenken der besten Methode für die Lochung der Karten. Bei General Electric wird der Zahltag für 12 000 Arbeiter und Angestellte in zwei Stunden bis zur Nettoauszahlung ausgerechnet, in weiteren vier Stunden besorgt die Maschine die bargeldlose Lohnzahlung, füllt die Lohnlisten aus, besorgt die Personalberichte und die Eintragung in die Konten. Was die Maschine hier mit wenig Menschen in sechs Stunden leistet, dafür wurde vor kurzem noch ein großes Personal eine Woche lang beschäftigt.

Welches werden die Folgen sein? Zum ersten werden erhebliche Kosten erspart werden. Leo Brandt hat dafür Beispiele angegeben. Diese Gewißheit der Kostenersparnis wird schon aus Konkurrenzgründen die Unternehmer zwingen, die neuen Verfahren so rasch als möglich einzuführen — viel rascher, Genossinnen und Genossen, als wir heute denken!

Zum zweiten: Der Produktionsprozeß wird außerordentlich beschleunigt werden, und damit wird das Kapital sich erheblich schneller umschlagen.

Zum dritten: Es werden Arbeitskräfte erspart werden, brutaler ausgedrückt: Es werden Arbeiter entlassen werden.

Zum vierten: Im Betriebe selbst werden gewaltige Umschichtungen stattfinden. Die Relation zwischen Arbeiter und Ingenieur, zwischen Arbeiter und Angestellten, wird sich weiter zugunsten des Ingenieurs und des Angestellten verschieben. Es könnte der Fall eintreten, daß in manchen Betrieben auf zwei Arbeiter schließlich ein Ingenieur kommt.

Zum fünften: „Maschinen sind leichter zu kontrollieren als Menschen“, sagte ein bedeutender amerikanischer Unternehmer jüngst auf einer Industriellenkonferenz und dachte dabei wahrscheinlich nicht nur an technische Kontrollen...

Lassen Sie mich noch in einigen wenigen Worten einen weiteren Aspekt der Automatisierung andeuten: Die Ausarbeitung der Planung selbst wird nunmehr zu einer Sache der Mechanik. Wassilij Leontjew hat Maschinen konstruiert, die es erlauben, auf maschinelle Weise wissenschaftlich exakte Prognosen aufzustellen. Man kann die Beanspruchung jedes Einzelteiles der Wirtschaft durch jede neue Anforderung nunmehr exakt vorausberechnen. Leontjews mechanische Rechenmethode arbeitet mit 200 000 Einzelwerten, die alle miteinander auf mechanischem Wege in mathematische Wechselbeziehung gesetzt werden.

Ein Beispiel für die Vortrefflichkeit dieser Methode! Im Jahre 1947 erwartete die amerikanische Stahlindustrie einen Rückgang des Weltbedarfs an Stahl. Leontjew rechnete mit seiner Maschine das gegenteilige Ergebnis aus. Er behielt recht. Das Erstaunlichste ist, daß die Differenz zwischen seiner Prognose und dem wirklichen Stahlbedarf nur einige wenige 100 Tonnen betrug. Heute hat man die Leontjewschen Methoden so weit verfeinert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich heute dieser Maschinen sogar für politische und strategische Wahrscheinlichkeitsrechnungen bedient.

Welches sind die Reaktionen auf der Seite der Arbeiterschaft? Schon geschehen Dinge, die an die Maschinenstürmerei von vor 200 Jahren erinnern. Als in Coventry auf Grund der Automatisierung eines Betriebes 2500 Arbeiter eines Werkes entlassen wurden, legten 11 000 Arbeiter der Stadt aus Solidarität die Arbeit nieder — natürlich ohne Erfolg. Das ist kein Mittel, mit dem man mit dem neuen Wesen fertig werden kann.

Die amerikanischen Gewerkschaften haben von Anfang an richtig reagiert. Sie sind nicht gewillt, für ein mögliches Ansteigen ihres Lebensstandards in einer fernen Zukunft heute mit einer ähnlichen langanhaltenden Verelendung zu zahlen, wie sie sich nach der Erfindung der Dampfmaschine eingestellt hat. Sie wollen, daß die Arbeiter und Angestellten nicht erst in 30 Jahren, sondern sofort in den Genuß der Steigerung des Sozialprodukts kommen, die die neuen Produktionsmethoden ermöglichen. (Lebhafter Beifall.)

Sie denken darum nicht daran, die Einführung der Automatisierung zu sabotieren. Was sie durchsetzen wollen, ist ein planvoller Übergang vom Alten zum Neuen. Sie wollen Dämme aufwerfen, Schleusen einbauen — kurz, sie wollen die Flut, die die zweite industrielle Revolution entfesseln wird, kanalisieren, so kanalisieren, daß sie mehr Mühlen treiben kann, mehr Menschen besseres Brot schaffen kann, als es die erste industrielle Revolution vermochte, — und das alles ohne jeden utopischen Sinn.

Freilich hat jede Zeit ihre besonderen Utopien. Die Utopien der Zeit der ersten industriellen Revolution waren insgesamt optimistisch: Die Maschine wird das Glück erfinden und den Menschen frei machen. Die Utopien unserer Zeit sind demgegenüber dezidiert pessimistisch: Die neue Zeit wird den Menschen zum Roboter degradieren, wird ihn einer erbarmungslosen Gewalt Herrschaft der Technokraten unterwerfen, der letzte Rest menschlicher Freiheit wird der Perfektion der Technik geopfert werden. Orwell hat in seinem schrecklichen Zukunftsroman „1984“ diese Welt schauerlich gezeichnet.

Aber auch dort, wo man solche Bücher nicht liest, herrscht eine allgemeine Weltangst vor angesichts all dessen, was uns die Technik noch bescheren mag. Der Zivilisationspessimismus, die eigentliche Krankheit unserer Zeit, rührt nicht nur von der Angst vor der Wasserstoffbombe her. Seine Ursache ist auch, daß das Vertrauen in die gesellschaftsbildende Kraft der industriellen Entwicklung in unseren Tagen geschwunden ist. Die Menschen fürchten, daß die neuen Maschinen sie nicht befreien, sondern noch mehr zu Sklaven und schließlich selber noch zu Maschinen machen könnten — kurz, daß diese Selbstentfremdung, die Karl Marx dazu führte, sein Weltbild auszudenken, noch weiter fortschreiten wird.

Die Menschen fürchten die Gefahr des Absturzes der technischen Menschheit in einen neuen Infantilismus, in eine weitere Verarmung ihrer Seelenkräfte. Sie fürchten, daß sie zu Höhlenmenschen eines Zeitalters der Atomkraft und der Automatisierung werden könnten. Sie fürchten, daß ihre schöpferischen Kräfte bis auf einige wenige mathematische und technische Fähigkeiten einiger weniger Elitemenschen absterben könnten.

Franz Leopold Neumann hat in einem 1954 vor der Freien Universität Berlin gehaltenen Vortrag Ausführungen über diese Angst gemacht, die keiner vergessen wird, der sie gehört oder gelesen hat. Die Angst könne eine warnende Rolle spielen, meint er. Die Angst könne aber auch eine destruktive Rolle spielen, indem sie die Menschen unfähig macht, sich aufzuraffen. Schließlich aber könne die Angst auch eine reinigende Wirkung haben, sie könne den Menschen innerlich stärken. Wenn er sich bewiesen habe, daß er das Vermögen hat, der Ursachen dieser Angst Herr zu werden, sei er fähiger, Entscheidungen in Freiheit zu treffen, als jener, der nie mit einer Gefährdung zu ringen hatte. (Beifall.)

Ist mit dieser Feststellung F. L. Neumanns nicht der Kern des Problems umrissen, vor das uns die zweite industrielle Revolution stellt? Geht es denn in Wirklichkeit um etwas anderes als um die Meisterung der neuen Gewalten, auf daß sie nicht von den Zauberlehrlingen entfesselt und verselbständigt werden. (Beifall.)

Da gilt es zunächst, sich einiger sicherer Auswirkungen bewußt zu werden. Diese werden mannigfaltigster Art sein. Eine Reihe herkömmlicher Berufe wird zerstört werden. Neue Berufe werden entstehen. Eine starke Gruppe

qualifizierter Facharbeiter, die die Aristokratie der heutigen Arbeiterschaft darstellen, wird an Bedeutung verlieren. Sie wird wahrscheinlich zu einem Teil absinken und Arbeiten übernehmen müssen, die weit unter dem Niveau ihres Könnens liegen. Dazu liegen eine ganze Reihe aufschlußreicher Darstellungen aus amerikanischen Federn vor.

In vielen Industrien werden Arbeitskräfte „frei“, das heißt entlassen werden. Manche glauben, daß sie von den Industrien aufgenommen werden können, deren Produkte sie gerade freigestellt haben. Aber die Wirtschaft wird nicht Kostenfaktoren einsparen wollen, indem sie neue Kostenfaktoren schafft. Wo wir keine offene Arbeitslosigkeit bekommen werden, wird eine schleichende Arbeitslosigkeit uns bedrohen wie jetzt in Coventry. Schon heute bewegt sich die Zahl der Arbeitskräfte im umgekehrten Verhältnis zum Ansteigen der Produktion. Gerade bei den Fabriken, die elektronische Geräte erzeugen, hat sich die Produktion pro Kopf eines Angestellten in einem Jahrzehnt mehr als verdoppelt, das heißt, man braucht gerade die Hälfte von Angestellten, um eine gleichbleibende Produktion zu erzeugen.

Das Kaufkraftproblem wird neue Aspekte erhalten. Die Automatisierung erzwingt eine Wirtschaftsverfassung, in der man mit bestimmtem und beständigem Niveau der Beschäftigten und ihrer Kaufkraft rechnen kann. Stabilität der Einkommen wird ihr A und O sein.

Es werden erhebliche Umschichtungen in der gesellschaftlichen Struktur eintreten. Innerhalb der gesamten Arbeitnehmerschaft werden die Angestellten gegenüber dem Handarbeiter im Verhältnis mächtig zunehmen. Das stellt nicht nur soziale und soziologische Probleme, sondern — ich bitte, hier aufzumerken — auch ein politisches Problem. Wir wissen doch aus jahrzehntelangen schmerzlichen Erfahrungen, wie schwer es ist, gerade die Angestellten-schaft zu organisieren und politisch für Parteien zu gewinnen, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind! (Beifall.)

Das Managertum wird an Bedeutung noch zunehmen. Wir laufen Gefahr, einer Technokratie zu verfallen, die letztlich alles beherrschen könnte und ihre Entscheidungen nicht im Hinblick auf den Menschen, sondern im Hinblick auf das gute Funktionieren ihrer Automaten trifft, dem sie den Menschen opfert. Diese Technokraten werden auf die öffentliche Meinung — ich habe schon darauf hingewiesen — in einem sehr viel stärkeren Maß einzuwirken vermögen als die heutigen Manager.

Damit stellt sich das Problem der Funktionsfähigkeit der heutigen Methoden politischer Demokratie. Denn wo es nur um die Befriedigung materieller Bedürfnisse geht, ist die technokratische Diktatur der auf ethischen Überzeugungen und Ausgleich beruhenden Demokratie technisch überlegen. Darum wird es eine der wichtigsten Aufgaben sein, in den Menschen die geistigen Werte der Demokratie so lebendig zu machen, daß das Bewußtsein ihrer Unverzichtbarkeit die Menschen gegen die Versuchungen, die in der Perfektion der Technik liegen, immunisieren kann (Beifall).

Was gibt es hier zu tun? Viele halten die Entwicklung zum Guten wie zum Bösen für zwangsläufig. Ich glaube nicht an solche Zwangsläufigkeiten. Auch heute hängt alles vom Menschen ab. Auch in der zweiten industriellen Revolution besteht die Möglichkeit, mit den neuen Verhältnissen das anzufangen, was der Mensch in Kenntnis ihrer Gegebenheiten und Gesetzmäßigkeiten

aus ihnen machen will. (Lebhafter Beifall.) Auch heute noch gilt der Satz Sir Francis Bacons: „Natura parendo vincitur“ — man besiegt die Natur, indem man ihren Gesetzen gehorcht. Wir müssen die inneren Gesetze der neuen Faktoren studieren, wir müssen die Bedingungen ihrer Möglichkeiten analysieren und dann mit konstruktiver Phantasie, — ich möchte sagen — mit wissenschaftlich exakter Phantasie, ans Werk gehen. Sicher werden uns dabei Irrtümer unterlaufen, aber schließlich kann man auch über Fehler hinweg zur Wahrheit und zum Richtigen kommen!

Auf keinen Fall aber darf man kapitulieren! Auf keinen Fall darf man die Dinge der „Entwicklung“ überlassen — weder im optimistischen noch im pessimistischen Sinn. Auch hier ist der Mensch der Schmied seines Glücks und seines Unglücks:

Für uns ergeben sich aus dieser Feststellung eine Reihe von Forderungen:

Wir müssen mehr denn je den Primat der demokratischen und humanitären Postulate aufrichten, die da heißen: Menschenwürde und Freiheit (Beifall). Der Mensch darf sich auch in der neuen noch weiter technisierten Zeit nicht zum Objekt der Umweltfaktoren herabdrücken lassen. Es darf keine neuen Herren und keine neuen Knechte geben. (Lebhafter Beifall.) Es darf keinen neuen Reichtum und keine neue Armut geben!

Es hat keinen Sinn, den Lebensstandard einiger Gruppen zu erhöhen, wenn dadurch Millionen die Möglichkeit genommen werden sollte, von der Steigerung des Sozialprodukts Nutzen zu ziehen. Man muß darum von vornherein zu planen und zu lenken versuchen, um zu verhindern, daß der Übergang in die Welt der zweiten industriellen Revolution für Millionen zu einem Leidensweg wird.

Friedrich Pollock, der amerikanische Gelehrte, der kein Sozialdemokrat ist, führt in seiner beachtlichen Schrift über die Automation an, daß nur bei Planung auf lange Sicht verhindert werden könne, daß die Automatisierung den breiten Massen dieselben Übel bringt, die die erste Revolution ihnen gebracht hat. Nur, wenn in einem gesellschaftlich ausschlaggebenden Maß — schreibt er — der Wille bestehe, die neue Produktionsweise unmittelbar und planmäßig für das Wohl der Menschen nutzbar zu machen, könne sie den Segen bewirken, den heute viele allzu optimistisch von ihrer unkontrollierten Entfaltung erwarteten. Nur dann werde die Automatisierung nicht Arbeitsplätze überflüssig machen, nur damit Lohn eingespart und die Produktion billiger gestaltet werden, sondern dann könne sie vielmehr Arbeitskräfte freimachen, um sie für Aufgaben einzusetzen, die nicht mehr nur der Befriedigung unserer unmittelbarsten Bedürfnisse dienen und für die wir bis jetzt keine Hände frei hatten.

Die Planung dieses Prozesses müssen wir in der Hand behalten. Planung darf nicht in Kommandowirtschaft ausarten. Planung heißt zunächst, daß wir sämtliche Faktoren studieren müssen, die mit der zweiten industriellen Revolution in unser Leben getreten sind — nicht nur die technischen Faktoren im Bereich der gewerblichen Wirtschaft. Wir müssen den Einfluß der neuen Produktionsweisen auf die Volksgesundheit ebenso studieren wie die Möglichkeit ihrer Nutzbarmachung zum Beispiel für die Landwirtschaft (Beifall). Es müssen heute schon, vorausplanend, alle Anlagen geschaffen werden, die erforderlich sind um die Bevölkerung nicht nur vor unmittelbaren,

sondern auch vor mittelbaren, sich erst in den nächsten Generationen auswirkenden Schädigungen durch die neuen Produktionsmethoden zu schützen. Amerikanische und britische Gelehrtenkonferenzen haben in den letzten Tagen Warnungen ausgesprochen, denen wir unsere Ohren nicht verschließen sollten. Manche dieser Warnungen sagen uns, daß, wenn wir auf diesem Feld nicht hundertmal mehr tun als bisher, der biologische Bestand ganzer Völker niederzugesen droht.

Planung bedeutet, daß man dem neuen Wesen nicht erlauben darf, wie eine Naturkatastrophe über die Menschheit hereinzubrechen. Es gilt nicht, das Neue zurückzustauen; es gilt, den neuen Strom zu kanalisieren, damit er nicht die Mühlen wegreiße, die heute am Ufer des Alten stehen, sondern daß er uns die Kräfte spendet, neue Mühlen zu betreiben, in einem Rhythmus, den wir selber wollen (Beifall).

Planung heißt: Ermittlung des Bedarfs an Investitionsgütern und an Konsumgütern, Planung heißt Aufsuchen des Inbegriffs von Maßnahmen, die gestatten, heute schon den Lebensstandard so zu erhöhen, daß gerade diese seine Erhöhung eine noch größere Steigerung in der Zukunft zu bewirken vermag.

Planung heißt aber auch Berufslenkung, damit unsere jungen Leute nicht falsche Berufe auswählen, die in zehn oder zwanzig Jahren vielleicht keine praktikablen Berufe mehr sein könnten, sondern damit sie heute schon Berufe suchen, für die man sie in zehn und zwanzig Jahren brauchen wird. Planung heißt Schaffung von Ausbildungsstätten, Schaffung von Forschungsstätten, Aufsuchen neuer Lehrmethoden.

Planung heißt Berechnung der Probleme, die sich aus der Verlagerung der Standorte ergeben werden, wobei wir nicht vergessen dürfen, in welchem Maße der Arbeiter bei uns sich an sein Haus gebunden fühlt. (Vereinzelter Beifall.)

Planung heißt Studium und Vorbereitung der Mittel, mit denen wir einer eventuell drohenden Massenarbeitslosigkeit begegnen könnten. Darum müssen wir heute schon öffentliche Arbeiten planen, öffentliche Arbeiten aber, die neue Werte schaffen und nicht nur dazu dienen sollen, die Menschen schlicht zu beschäftigen. (Vereinzelter Beifall.)

Planung heißt, Maßnahmen treffen, die geeignet sind, die Kaufkraft zu erhalten und weiter zu steigern. In einer Wirtschaft, die sich immer weiter automatisiert, müssen die Löhne gesteigert werden, selbst dann, wenn die Arbeit weniger beschwerlich geworden sein sollte. (Sehr richtig!) Und schließlich bedeutet Planung heute, daß wir, wie die amerikanischen Gewerkschaften es nunmehr tun, an das Problem des garantierten Jahresarbeitslohns herangehen; denn er allein vermag die Kaufkraft zu stabilisieren und den technischen Fortschritt nach dem Maße des Menschen zu regulieren. (Beifall.) Der garantierte Jahresarbeitslohn wird aber auch durch den besonderen Zwang, den er ausübt, auf lange Sicht zu planen, den Unternehmer zwingen, den Einsatz der neuen Mittel in einer Weise zu kalkulieren, die den Arbeiter sehr viel besser als bisher gegen plötzliche Umstellungen und ihre Gefahren schützen wird.

Das entscheidende Problem aber wird das Problem der Regelung der Arbeitszeit sein.

Nur das ständige Anwachsen der Freizeit kann das Problem der Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft durch die Technik lösen. Die größere Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit durch die neuen Maschinen und die neuen Energiequellen ermöglicht sowohl die Verkürzung der Arbeitszeit als auch die Steigerung des Lohnniveaus. (Beifall.)

Darum streben die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten heute schon die Viertagewoche an, und jüngst erst hat die Handelskammer der Vereinigten Staaten in einer Denkschrift ihrer Meinung Ausdruck gegeben, daß man innerhalb der nächsten zehn Jahre in Amerika das dreitägige Wochenende erreicht haben werde.

Manche glauben, daß die Steigerung der Freizeit für sich allein und durch sich allein den Menschen das Glück bringen werde. Ich glaube nicht, daß das Problem so einfach liegt. Von selber kommt das Glück auch in der Freizeit nicht zu den Menschen. (Sehr gut!) Mögen die Bedingungen ihres Lebens sein, welche auch immer — in jedem Falle haben die Menschen ihr Glück selber zu schmieden! Aber durch die zweite industrielle Revolution könnten sie dafür besondere, noch nie dagewesene Chancen bekommen. (Sehr gut! — Beifall.) Die fortgesetzte Verringerung der Arbeitszeit zugunsten einer Ausdehnung der Freizeit, wie sie durch Automatisierung des Produktionsprozesses ermöglicht wird, könnte zum ersten Male in der menschlichen Geschichte einen realen Zustand schaffen, in dem der Mensch sowohl seinen Ort im Koordinatensystem unserer Wirtschaft und Gesellschaft bejahen kann, ohne auf Selbstachtung verzichten zu müssen, als auch darüber hinaus in seiner Lebens-tätigkeit selbst die Bestätigung seines menschlichen Wesens zu erblicken vermag. (Beifall.) So könnten Idee und Wirklichkeit des Menschen wieder zur Deckung kommen. So könnte endlich wieder einmal eine Welt entstehen, in der der Mensch nicht nur lebt, um zu arbeiten, sondern in der er arbeitet, um zu leben. (Starker Beifall.)

Bisher erfüllte die Freizeit drei Funktionen. Einmal diene sie dem Ausgleich der Spannungen und des Energieverzehr, dem der Mensch im industriellen Produktionsprozeß ausgesetzt ist. Die Freizeit leistete, was Karl Marx „Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft“ nannte.

Dann diene sie der Erholung von den Anstrengungen eines Hauptberufes, in dem die Persönlichkeit eines Menschen aufzugehen vermag. Freilich kam diese zweite Funktion nur einer kleinen Gruppe intellektueller Berufe und leitender Personen zugute. Hierüber hat der französische Soziologe Georges Friedmann in seinem Werk „Die Zukunft der Arbeiter“ sehr lehrreiche Untersuchungen angestellt.

Schließlich erfüllte die Freizeit bisher die Funktion, das Unbehagen an einer Lebenswirklichkeit zu betäuben, die der arbeitende Mensch im Tiefsten seines Herzens nicht bejahen konnte. Welches diese Betäubungsmittel sind, ist uns allen zur Genüge bekannt.

Diese traditionellen Funktionen der Freizeit müssen notwendig ihre ausschlaggebende Bedeutung verlieren, wenn sich die Freizeit so weit ausdehnt, daß sie mehr Zeit umfaßt als die eigentliche Arbeit im Produktionsprozeß. Dies rückt das Freizeitproblem in den Mittelpunkt aller sozialen Überlegungen, die durch die zweite industrielle Revolution herausgefordert werden. Mit der Verschiebung des Verhältnisses zwischen Freizeit und Arbeitszeit

zugunsten einer ständigen Zunahme der ersteren könnte eine Veränderung der Lebens- und Seinsordnung des Menschen selbst einhergehen. Warum? Bisher wurde der Mensch geprägt und bestimmt von der Arbeit im Betrieb. In der arbeitsteiligen Gesellschaft stellt Form und Inhalt abhängiger Arbeit für den Menschen aber nur in seltenen Fällen „Wesensbejahung“ dar, einen „Selbsterzeugungs- oder Selbstvergegenständlichungsakt“, wie es Karl Marx nennt. Diese Arbeit entfremdet; wie Marx uns gelehrt hat, den Menschen sowohl der Natur — ich gebrauche wieder Worte des jungen Marx — als sich selbst, als der menschlichen Gattung überhaupt. Künftig wird der Mensch geprägt und bestimmt werden können von der Freiheit und der Art, wie er seine Freiheit nützt. Der Entfremdungsprozeß hat in der modernen Gesellschaft den Menschen ergriffen, weil in der arbeitsteiligen Produktion die Arbeit den größeren Teil der Tageszeit beanspruchte. Wenn aber die Arbeitszeit an Volumen hinter der Freizeit zurücktritt, der arbeitende Mensch also Zeit hat, in Freiheit mit sich selber umzugehen und die Arbeit im Betrieb als etwas Komplementäres zu betrachten, könnte es sein, daß sich die Entfremdung des Menschen von selbst aufhebt. Faktisch würde damit der Zustand verwirklicht, den Karl Marx mit den Worten beschreibt, der Mensch sei frei, wenn er sich „in einer von ihm geschaffenen Welt anschaut“.

Diese Hypothese gilt natürlich nur im reinen Fall. Es gibt aber Faktoren, die in gegensätzlicher Richtung wirken könnten. Die Verwirklichung dieser Hypothese könnte an der Unfähigkeit des Menschen, seine Freiheit zu nutzen, ebenso scheitern wie an dem Mangel oder Versagen der gesellschaftlichen Integrationskräfte im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution, als da sind: Familie, Kirche, Gewerkschaften, Parteien, Schulen usw. Hier kann, glaube ich, was an Gefahren droht, nur überwunden und fruchtbar gemacht werden durch sozialistische Änderung der Struktur unserer Gesellschaft; vielleicht müssen wir mit diesen Strukturänderungen beginnen, um die neue Wirklichkeit einfangen und kanalisieren zu können. Hier dürfen wir nicht zuwarten, bis das neue Wesen uns mit der Unbarmherzigkeit seiner Dämonie sein Gesetz aufgezwungen haben könnte. Es könnte nämlich die Verwirklichung der angedeuteten Möglichkeiten daran scheitern, daß der Mensch den Zwang der entfremdenden Arbeit mit einem anderen Zwang, nämlich dem der Hörigkeit gegenüber ihm fertig angelieferter Zeit, „vertreibe“ vertauscht (Beifall).

Nur wenn der Mensch in seinem geistigen und seelischen Vermögen so gebildet ist, daß er auch ohne den Zwang der Arbeitsdisziplin etwas mit sich anzufangen vermag, wird die lange Freizeit für ihn ein Segen sein (Beifall). Sonst wird sie ein Fluch und dieser Fluch wird Langeweile heißen: geistige und seelische Verödung, der auch der höchstspezialisierte Diplomingenieur verfallen wird — auch er kann mitsamt seiner Mathematik zum Höhlenmenschen werden! Es wird also nicht genügen, daß wir die Menschen nur ausbilden, man wird sie *bilden* müssen in des Wortes weitester Bedeutung.

Es erscheint mir höchst zweifelhaft, ob das mit unserem bisherigen Schulsystem möglich sein wird (Beifall). Wir müssen heute schon anfangen, es zu verändern, denn die heute Zehnjährigen werden als Dreißigjährige, nämlich in zwanzig Jahren, den Gefahren einer leeren Freizeit ausgesetzt sein (Beifall). Also gilt es heute schon, die Bildungswege so zu gestalten, daß die künftigen 30-, 40-, 50jährigen imstande sind, ihre Freizeit als schöpferische Muße zu nutzen.

Bisher gab es Muße nur für die oberen gesellschaftlichen Schichten; künftig aber könnte es Muße für alle geben — dann erst wäre das Wort des Aristoteles gegenstandslos geworden, das in etwa besagt, die höheren Schichten kämpften, regierten und philosophierten, das Volk aber habe sich auf Arbeit zu beschränken.

Diese Veränderungen unseres Bildungswesens müssen bei der Grundschule anfangen und müssen über die höhere Schule, die Fortbildungsschule zu den Volkshochschulen und den Hochschulen weiterschreiten; denn in keiner dieser Schulgattungen ist der Stand bisher erreicht, der erreicht werden muß, wenn wir die neue Zeit sollen bestehen können (Beifall).

Leo Brandt hat über den beschämend niedrigen Stand unseres Stipendienwesens Ausführungen gemacht. Manches Volk hat seine spezifische Schande; mir erscheint es heute eine besondere deutsche Schande zu sein, daß wir auf diesem Gebiet die unterste Stelle einnehmen. (Starker Beifall.)

Diese Bildung kann nicht allein eine intellektuelle oder ästhetische, mathematische und naturwissenschaftliche Bildung sein. Sie muß auch eine moralische Bildung werden; sie muß dem Menschen Kriterien geben, mit denen er sein Verhältnis zu sich selbst und zu seiner Umwelt nach festen Maßstäben bestimmen kann — wo der Mensch also sowohl frei als auch tätiges Glied eines Ganzen zu sein vermag.

Damit ist das Problem der politischen Bildung angeschnitten. Es besteht ja eine unbestreitbare Affinität zwischen dem Denken des Nur-Ingenieurs und dem Denken der totalitären Machthaber. Das ist in diesem Zeitalter bedeutungsvoll. Demokratie aber ist das Gegenteil von Apparatdenken! (Beifall.)

Bildung ist nur dann wirkliche Bildung, wenn sie es vermag, den Menschen die Freiheit als die oberste Lebensmacht und nicht nur als ein Idol erscheinen zu lassen, also als etwas, das allein das Leben zu Leben macht und das man darum keinem anderen Gut, auch nicht dem des technischen Fortschritts unterwerfen darf, wenn er mit der Freiheit bezahlt werden müßte — dieses technischen Fortschritts, der seine letzte Rechtfertigung doch nur in dem Maße findet, in dem er dem Menschen die Chance gibt, sich von dem Zwange der äußeren Umstände seiner Lebensordnung freizumachen.

Wie schlimm wäre es, wenn die Freizeit, die die zweite industrielle Revolution dem arbeitenden Menschen geben wird, darauf hinausläufe, uns vollends auf eine Zivilisation zu beschränken, deren Hauptstücke die Illustrierten und Reader's Digest wären! (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Es ist Ihnen der Entwurf eines Atomplans vorgelegt worden. Seine Absätze gehen auch dort, wo sie ganz technisch zu sein scheinen, alle darauf aus, den Menschen zu retten. Wir können nicht auf die Idee des Menschen verzichten, die im Begriffe der Freiheit, des Schönen und des Guten wurzelt; und wir können nicht darauf verzichten, alles zu tun, was die Wirklichkeit des menschlichen Lebens wieder mit der Idee des Menschen zur Deckung zu bringen vermöchte — denn wenn wir darauf verzichteten, wären wir keine Sozialisten mehr. (Langanhaltender begeisterter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Ich danke dem Genossen Carlo Schmid für sein Referat. Es bildet in der Tat zusammen mit dem Referat Leo Brandts eine Einheit. Mit den beiden Referaten hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gesellschaftliches und politisches Neuland betreten und einen Weg beschritten, von dem wir nicht wissen, was uns auf ihm alles begegnen wird.

Mit den beiden Referaten sind gleichzeitig Richtungsweiser aufgezeigt für die heute nachmittag folgende Erörterung der Probleme. Damit ist auch zur Diskussion gestellt die Entschließung „Die zweite industrielle Revolution“, die Ihnen der Parteivorstand in Vorlage 4 auf den beiden letzten Seiten vorlegt. In dieser Entschließung ist auch der Atomplan inbegriffen.

Ferner stehen zur Diskussion die Anträge 18, 38 bis 42 und 82, des weiteren Antrag 101, ebenfalls eine Entschließung des Parteiausschusses zu den radioaktiven Gefahren. Diese Vorlage bezieht sich auf die Anträge 58, 41 und 42. Ferner steht zur Diskussion der Antrag 102 des Parteivorstandes und Parteiausschusses.

Alle diese Anträge bitte ich in die Diskussion mit einzubeziehen. Ich ersuche die Delegierten dringend, sie zu studieren, ehe wir heute nachmittag in die Diskussion eintreten.

Genossinnen und Genossen! Ich habe dann noch bekanntzugeben, daß durch eine Delegation dieses Kongresses an der Gedenkstätte für die Opfer des Konzentrationslagers Dachau eine Kranzniederlegung stattfindet. Ferner habe ich mitzuteilen, daß Anmeldungen für die Autobusfahrt nach Starnberg am Freitag und die Autobusfahrt nach Penzberg am Sonnabend, soweit noch nicht erfolgt, umgehend im Parteitagbüro, Abteilung Organisation, abzugeben sind. Eine erhebliche Teilnahme an der Veranstaltung in Penzberg am Samstag ist dringend erwünscht. Anmeldekarten für beide Veranstaltungen hat jeder Delegierte mit seinen Unterlagen erhalten.

Ferner habe ich bekanntzugeben, daß heute abend die landsmannschaftlichen Zusammenkünfte stattfinden. Die Münchner Parteiorganisation teilt mir mit, daß dort, wo die Zusammenkünfte mehrerer Bezirke in einem Lokal stattfinden, Vorsorge dafür getroffen ist, daß die Bezirke sich zunächst in besonderen Lokalen in allernächster Nähe zusammenfinden können, um ihre internen parteiorganisatorischen Angelegenheiten zu besprechen.

Genossinnen und Genossen! Ich muß Ihnen Dank sagen, daß Sie so hervorragend diszipliniert ausgehalten haben. Ich glaube, es war nicht nur die Disziplin, sondern auch das Interesse aller Delegierten an den großen Fragen unserer Zeit (Beifall).

Wir wollen den Kongreß jetzt für zwei Stunden unterbrechen. Ich bitte Sie wieder hierher um 15.30 Uhr.

(Die Sitzung wird um 13.30 Uhr unterbrochen.)

Nachmittagssitzung

(Beginn: 15.48 Uhr)

Vorsitzender von Knoeringen: Genossen und Genossinnen! Die Beratungen sind wieder eröffnet. Ich gebe dem Genossen Drexler das Wort zum Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Drexler, Berichterstatter: Genossinnen und Genossen! Im Auftrag der Mandatsprüfungskommission erlaube ich mir, dem Parteitag folgenden Bericht zu unterbreiten:

Von den ausgegebenen 388 Delegationen sind 385 Mandatsprüfungskarten abgegeben worden. In den einzelnen Gruppen sind anwesend:

Parteivorstand 28 von 29; die Genossin Dr. Elisabeth Selbert ist als krank entschuldigt; Parteiausschuß 33 von 34; ein Genosse ist inzwischen verreist. Von der Kontrollkommission sind alle 9 anwesend und von den 300 stimmberechtigten Delegierten der Bezirke sind 299 anwesend. Der Fehlende war gestern anwesend und mußte wegen Krankheit den Parteitag verlassen.

Unter den 385 Delegierten, die anwesend sind, befinden sich 341 Männer und 44 Frauen.

Die Prüfungskarten sind mit der Delegiertenliste verglichen worden. Ebenso sind die Mitgliedsbücher überprüft worden. Zwei Differenzen konnten mit den zuständigen Bezirken aufgeklärt werden. Es sind alle Beiträge bezahlt worden, und zwar in den einzelnen Beitragsgruppen zahlen unsere Genossen 8: DM 0,60 — 27: DM 1,20 — 16: DM 1,80 — 43: DM 2,40 — 31: DM 3,60 — 56: DM 6,00 — 22: DM 8,40 — 51: DM 12,00 — 28: DM 24,00 — 18: DM 30,00 — 82: DM 36,00 — und 3 Genossen zahlen einen Beitrag von DM 50,00.

Altersmäßig setzt sich der Parteitag folgendermaßen zusammen: Bis zu 30 Jahren: 10 — von 31 bis 40: 72 — 41 bis 50: 135 — 51 bis 60: 122 — über 61 Jahre 46 Delegierte. Das Durchschnittsalter dürfte bei ca. 47 Jahren liegen.

Erfreulich aus der Mandatsüberprüfung sind folgende Tatsachen: Einmal, daß 385 von 388 Gesamtmitgliedsdelegierten anwesend sind; daß sich, wie schon gesagt, keine Beitragsrückstände feststellen lassen und daß die Beitragsleistung etwas besser ist, als dies beim Parteitag 1954 der Fall war. Natürlich bieten diese Beitragsleistungen keinen Querschnitt für die Gesamtorganisation. Wir wollen aber hoffen, daß dies bald ein Querschnitt sein wird. Dann, glaube ich, wird Genosse Nau in finanziellen Fragen allgemein zugänglicher sein. (Heiterkeit.)

Trotzdem viele erfreuliche Feststellungen gemacht werden konnten, muß doch noch eine Kleinigkeit — ich sage: eine Kleinigkeit — erwähnt werden. Zunächst sei vorausgeschickt, daß die Mandatsträger ihre Mitgliedsbücher in mustergültiger Ordnung haben und daß die Beitragsleistung hervorragend ist. Aber es dürfte sich meiner Meinung nach um einen Irrtum handeln, wenn ein Mitglied des Bundestags nur Beitragsraten zu 6 DM pro Monat nachweist. (Hört, hört!) Ich glaube, daß das ein Irrtum ist. Oder aber, man stellt auch mitunter fest, daß der Ortsegoismus eine Rolle spielt. (Hört!) Hierzu möchte ich sagen: Der Mitgliedsbeitrag ist die zuverlässigste Kalkulations-

basis der Partei und aller ihrer Gliederungen. Ich glaube, auf Kosten der Beitragsmarke kann es keine Sonderleistungen geben. Ebenso dürfte ein Mitglied des Landtags eines großen Landes nur irrtümlich Beitragsmarken zu 6 DM im Mitgliedsbuch haben. Ich glaube, überzeugt sein zu können, daß beide schon morgen hier eine Korrektur vornehmen werden.

Nun eine weitere Feststellung. Dieses Jahr ist eine Frau weniger delegiert als vor zwei Jahren. Es waren vor zwei Jahren nicht viel, und ich glaube, daß der Prozentsatz der delegierten Frauen doch etwas höher sein könnte; denn, Genossinnen und Genossen, erstens nehmen die Frauen einen sehr hohen Prozentsatz der Wähler ein und zweitens entspricht die Zahl der Delegierten nicht ganz dem prozentualen Anteil der Frauen an der Mitgliederzahl. Aber darüber hinaus, glaube ich, geben mehr Frauen dem Parteitag ein anmutigeres Bild (Heiterer Beifall), und ich glaube, mehr Frauen hätten gestern abend am Nockherberg noch mehr Stimmung gebracht.

Zusammenfassend sei also gesagt: Die Mandate sind in Ordnung. Die Mandatsprüfungskommission anerkennt alle Mandate und bittet den Parteitag um Zustimmung (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Ich danke dem Berichterstatter für seinen Bericht. Die Mandatsprüfungskommission beantragt Anerkennung der Berichte über die Mandate insgesamt.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Keine. Einstimmige Zustimmung.

Genossinnen und Genossen! Wenn man die schwere Arbeit verrichten muß, die der Parteitag verlangt, dann darf man auch die Annehmlichkeiten bei diesen Geschäften nicht vergessen. Ich freue mich deshalb, berichten zu können, daß die Genossin Maria Prejawa, die hier als Schriftführerin tätig ist, heute ihren Geburtstag feiert; deswegen die roten Rosen (Beifall).

Zweitens: Wir alle haben die Broschüre „Revolution der Roboter“ überreicht bekommen. Ich glaube, im Namen des Parteitags Dank sagen zu können der „Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen Akademiker“ in München und nicht zuletzt der Landtagsfraktion unserer Partei, die hier in München durch Aufwendung vieler Mittel diese Arbeit ermöglicht und nun durch die Überreichung dieser Broschüre einen Ausschnitt ihrer Arbeit überreicht haben. Meinen herzlichen Dank im Namen des Parteitags an die Landtagsfraktion und an die sozialdemokratischen Akademiker.

Wir treten nunmehr in die Diskussion ein.

Ich erteile das Wort dem Genossen Dr. Werner Stein-Berlin; ihm folgt Max Brauer-Hamburg.

Werner Stein (Berlin): Genossinnen und Genossen! In dem bisherigen Verlauf der Parteitagserörterung ist der Münchner Parteitag von 1902 erwähnt worden. Ich kann nicht behaupten, daß ich dabei gewesen bin. Aber wenn ich in der Parteigeschichte richtig bewandert bin, ist das die Zeit gewesen, als in unserer Partei heftig um das Prinzip der Evolution oder der Revolution gekämpft wurde. Rückblickend ist es sicherlich eindrucksvoll, wie die Geschichte unabhängig von den Beratungen und ihren Ergebnissen eine der

größten Revolutionen in immer wachsendem Tempo vollzogen hat, die die Geschichte der Menschheit durchlaufen hat. Und heute vormittag sind wir darauf aufmerksam gemacht worden, daß wir nunmehr in eine neue Phase dieser Revolution getreten sind, die man die zweite technische Revolution nennt. Der Genosse Brandt hat gefragt, ob es überhaupt richtig ist, dies eine zweite Revolution zu nennen oder nur eine Fortsetzung der bereits bestehenden. Er hat sich aber doch dafür entschlossen, das erstere anzunehmen.

Ich möchte aber sagen, Genossinnen und Genossen, daß mir nicht so sehr die auftretende Atomenergie dafür ein Grund zu sein scheint, sondern vielleicht noch viel mehr die Tatsache, daß nunmehr in dieser Phase der technischen Revolution auch der vernachlässigte Teil der Menschheit, die sogenannten zurückgebliebenen Gebiete mit dem Ende der Kolonialherrschaft in diesen Prozeß der industriellen Revolution mit aufgenommen worden sind. Ich möchte sagen, daß ich es für ein außerordentlich gutes Vorzeichen halte, daß unsere Partei diesen ersten Schritt in das Atomzeitalter in Gegenwart vieler sozialistischer Freunde aus den asiatischen Gebieten tun kann; denn nunmehr gehören wir noch enger zusammen als bereits in den vergangenen Tagen. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir müssen uns ja deutlich machen, daß die Erde heute nicht mehr so groß ist wie etwa noch zu dem Parteitag von 1902. In knapp zwei Menschenaltern ist die Erde auf fast $\frac{1}{100}$ ihres Umfangs zusammengeschrumpft und heute im Begriff, zu einer Tagesreise zu werden und einen kleineren Umfang zu bekommen. Das hat zur Folge, daß es heute keine politische Ferne mehr gibt, sondern daß politisch gesehen alle Menschen Nachbarn sind, im guten wie im bösen Sinn, und daß es keine Sorgen, auch besonders keine politischen Sorgen eines Teils der Erdbevölkerung gibt, die von dem anderen Teil außer acht gelassen werden können.

Nun, wenn ich auch gesagt habe, daß vielleicht die Atomenergie nicht an erster Stelle als Grund genannt werden soll, daß wir in die neue Phase der industriellen Revolution eintreten, so sind wir doch alle darüber klar, wie außerordentlich wichtig diese neue Energieform für die weitere Entwicklung ist. Und, Genossinnen und Genossen, wir können bzw. wir müssen leider sagen, daß die friedliche Entwicklung der Atomenergie praktisch kaum begonnen hat, während die negative Auswirkung der Atomenergie auf militärischem Gebiet bereits sehr bedeutungsvoll geworden ist.

Ich möchte ein Wort zu einem Antrag sagen, den wir auf der Tagesordnung stehen haben. Es ist der Antrag, der die Regierung auffordert, mit dafür einzutreten, daß die Atombombenversuche beendet werden. Ich möchte diesen Antrag wärmstens unterstützen, muß aber sagen, daß mir seine Begründung insofern unvollständig erscheint, als hier nur die Gefahr der radioaktiven Verseuchung, die durch die Versuche entstehen kann, in den Vordergrund gestellt wird. Wir dürfen aber dieselbe Forderung stellen, auch wenn eine radioaktive Verseuchung mit dieser Waffe nicht verbunden wäre. Es ist eine politische Forderung, daß solche Versuche nicht fortgesetzt werden, und zwar bedeutet diese politische Forderung den ersten Schritt auf dem Weg vom Frieden aus Furcht, wie es gestern genannt wurde, zu einem echten Frieden, in dem echte Annäherungen zwischen den Menschen vor sich gehen können. Die radioaktive Verseuchung, von der heute gesprochen wird, ist ein ernstes Problem und muß im Auge behalten werden. Auch hier haben wir Forderungen

gen zu stellen. Es ist nicht länger angängig, daß die Bevölkerung über diese Gefahr aus der Feder von Leuten unterrichtet wird, die nicht den nötigen sachlichen Ernst aufbringen, sondern eigentlich nur nach dem Honorar gehen, das die illustrierten Zeitungen ihnen zahlen. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, aus lauterer Quelle unterrichtet zu werden, wie groß diese Gefahren sind. Deswegen müssen wir von der Regierung fordern, daß sie Vorkehrungen trifft, daß dieses Ausmaß der radioaktiven Verseuchung, soweit es bereits zu verzeichnen ist, laufend festgestellt und der Bevölkerung in klarer und verständlicher Form mitgeteilt wird. Ich habe das Gefühl, daß die Regierung deshalb versagt, weil sie weiß, daß, wenn sie überhaupt erst einmal auf das Thema der Atomenergie als Waffe zu sprechen kommt, sich herausstellen wird, wie fragwürdig ihre ganze bisherige Wehrpolitik im Licht dieser Betrachtung dastehen würde (Glocke). Wir haben aber die Forderung, daß die Bevölkerung klar und deutlich über diese Gefahr orientiert wird.

Ich glaube, in diesen zwei Phasen gibt es noch eine Gefahr, die wir als politische Menschen, besonders aber als Sozialdemokraten, ins Auge fassen müssen. Diese neue Energiequelle ist dem Laien verhältnismäßig so fremd, daß er hier besonders das Bedürfnis hat, Fachleute zu konsultieren. Da ich selber wenigstens ein bescheidener Fachmann als Physiker auf diesem Gebiet bin, sehe ich darin eine deutliche Gefahr. Es ist nämlich die Gefahr, daß mit der fachmännischen Beratung auch die politischen Entscheidungen an der falschen Stelle fallen (Beifall). Wir müssen stärker als bisher sehr deutlich die fachmännische Beratung von der politischen Entscheidung trennen. Ich sage „sehr deutlich“, weil auch die Kommission, die in dem Atomplan vorgesehen ist, der uns gestern vorgelegt wurde, sicherlich eine Notwendigkeit ist. Selbstverständlich müssen wir über diese neue Energie fachmännischen Rat haben, da wir nicht alle Physiker sein können. Die Gefahr ist aber, daß diese Fachleute gleichzeitig mehr oder weniger versteckt ihre politische Meinung hineinbringen und wir nicht mehr recht unterscheiden können, was fachmännischer Rat und was versteckte politische Vorentscheidung ist. Auf diese Gefahr hat auch der Genosse Carlo Schmid hingewiesen. Da müssen wir uns vorsehen. So wie die Bildungseinrichtungen bisher gestaltet waren, ist es nur natürlich, daß sehr viele Fachleute unserem politischen Denken nicht nahestehen und so versuchen werden, auf unsere politischen Entscheidungen Einfluß zu gewinnen.

Die beiden ausgezeichneten Referate, die wir heute vormittag gehört haben, haben klargemacht, mit welcher gewaltigen Kräften wir es zu tun haben. Ich bin der Meinung, wir müssen uns darüber klar sein, daß diese gewaltigen Kräfte nur gemeistert werden können, wenn wir unseren politischen Willen vergleichbar mit diesen wachsenden industriellen Kräften steigern. Wir müssen noch energischer und leidenschaftlicher für unsere Ziele eintreten, und wir können das auch, weil diese Kräfte, die jetzt neu in die Entwicklung eintreten, eindeutig in unsere politische Richtung weisen. Genossinnen und Genossen! Mit dem Parteitag in München in diesen Tagen sollte endgültig die Gefahr gebannt sein, daß die Partei sich von der demokratischen Plan- und Gemeinwirtschaft abwendet, während die technische Entwicklung ganz eindeutig in diese Richtung drängt (Beifall). Ich darf sagen, daß nicht wenige Genossen nach dem Kongreß in Köln solche Befürchtungen gehabt haben. Die Worte aber, die heute morgen von beiden Referenten gesprochen worden sind, geben uns die Gewißheit, daß die Forderung nach demokratischer

Plan- und Gemeinwirtschaft nach wie vor ein wesentlicher Programmpunkt der Sozialdemokratischen Partei ist (Beifall). Die neuen Energien gehören zu jenen Kräften, die die Produktivität der Wirtschaft weiterhin stark ansteigen lassen. Aber, Genossinnen und Genossen, wir müssen uns dabei vor Augen halten, daß die Produktivitätssteigerung nur der erste Schritt für uns ist. Der zweite und politisch wesentliche Schritt ist, dafür zu sorgen, daß das Produzierte sozialistisch, wenigstens aber sozial gerecht, verteilt wird. Diese Garantie gibt auch die Atomenergie nicht. Ohne unseren politischen Willen werden die Dinge nicht den Verlauf nehmen, den wir von ihnen erwarten, sondern nur dann, wenn wir laufend politisch auf diese Entwicklung Einfluß nehmen, werden wir auch die Erfolge erzielen, die in dieser neuen Entwicklung zweifellos für uns enthalten sind.

Genossinnen und Genossen! Wir wissen alle — und können das auch ruhig in Gegenwart unserer ausländischen Freunde aussprechen, daß seit dem ersten Weltkrieg der Gedanke des internationalen Sozialismus etwas notleidend geworden ist, und trotz aller menschlichen Sympathie, die über die Grenzen hinüber und herüber kommt, die alte Aktionsfähigkeit der Sozialistischen Internationale noch nicht wiedergewonnen ist. Im Atomzeitalter muß sie aber wiedergewonnen werden. Wir müssen fordern, daß die Sozialistische Internationale über einen unverbindlichen Gedankenaustausch hinauskommt und ein internationales Arbeitsprogramm entwickelt in Richtung des internationalen Sozialismus. Wenn man daran denkt, daß zwei Jahre Wehrbeitrag in Deutschland ausreichen würden, um den gesamten Colombo-Plan für Asien zu finanzieren, sieht man, welche wichtige Probleme heute zur Diskussion stehen und wie wir im internationalen Maßstab den Bolschewismus wirksamer bekämpfen könnten, als es sich die heutige deutsche Regierung vorstellt.

Genossinnen und Genossen! Das Atomzeitalter ist ohne Katastrophen nur als ein sozialistisches Zeitalter vorstellbar. Daß es aber sozialistisch wird, hängt in hohem Maße davon ab, wie starke politische Kräfte wir entfalten können, wie zielbewußt und umsichtig wir nach der politischen Macht greifen und sie verwalten können (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, einige erfreuliche Meldungen.

Wie sehr wir richtig gehandelt haben, als wir diesen Fragenkomplex auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitags setzten, mag unter anderem aus den vielen Grußtelegrammen hervorgehen, die wir bisher erhalten haben. Aus den vielen Telegrammen darf ich Ihnen nur zwei zur Kenntnis bringen:

An den Parteitag der SPD, München.

Der Verband der deutschen Studentenschaften dankt dem Parteitag der SPD, daß er mit Entschiedenheit die Bedeutung der Wissenschaft und Forschung für das Schicksal unseres Volkes angesprochen hat und sich für die Förderung des akademischen Nachwuchses voll mitverantwortlich fühlt.

Jösch
(1. Vorsitzender)

Ein zweites Telegramm hat folgenden Inhalt:

Die sozialistischen Studenten haben mit Begeisterung und Ergriffenheit den Appell des Parteitags der SPD gehört, die Forschung und Wissenschaft der Bundesrepublik aus ihrer unwürdigen Lage zu befreien. Wir unterstreichen die Notwendigkeit, für dieses Ziel das Bildungsmonopol der Begüterten zu brechen und alle Begabtenreserven unseres Volkes auszuschöpfen. Wir sind stolz darauf, daß unsere Partei mit solchem Ernst und solcher Verantwortung in dieser letzten Stunde bereit ist, eine für unser ganzes Volk gefährliche Entwicklung abzuwenden.

Sozialistischer Studentenbund
Bundesvorstand

(Beifall.)

Nummehr erteile ich dem Genossen Brauer das Wort. Ihm folgt Dr. Hermann Veit, Karlsruhe.

Max Brauer (Hamburg): Genossinnen und Genossen! Ich hatte in den letzten Monaten Gelegenheit, eine Studienreise nach den Vereinigten Staaten von Amerika zu unternehmen. Das wesentliche Ziel meiner Reise war, festzustellen, inwieweit sich die Automatisierung, die Einschaltung der elektronischen Technik und der Atomenergie für friedliche Zwecke in Amerika entwickelten. Ich will bekennen, daß ich mit einer gewissen Skepsis nach Amerika gegangen bin.

„Zweite industrielle Revolution“ — dieses Wort hat gewiß auch etwas Schlagwortartiges an sich. Aber ich muß sagen, was ich drüben gesehen habe, hat mich nicht nur bestätigt, daß die zweite Revolution im Gange ist, wie es die Referenten heute vorgetragen haben, sondern ich habe in Forschungsstätten, Fabriken, Büros und in den Verwaltungen überall diese neuen Entwicklungen bereits Wirklichkeit werden sehen. Was in wenigen Jahren in Amerika auf dem Gebiet der Automatisierung geschehen ist, geht so weit, daß es längst aus den Forschungsinstituten heraus ist und nicht nur die großen Unternehmungen dabei sind, ganze Betriebsvorgänge zu automatisieren, sondern die Automatisierung bereits weit in die Mittelbetriebe hineingreift. Sie können dieses große Land, das einen ganzen Kontinent umfaßt, bereisen und finden in jedem Ort und überall in Industrie und Verwaltung bereits die neuen Maschinen in Gang gesetzt. Es sind hier Beispiele angeführt, wie weit die Automatisierung in einzelnen Industrien gegangen ist. Ich kann eine ganze Reihe weiterer Beispiele hinzufügen, möchte es aber nur bei wenigen tun.

Die Automatisierung hat sich auf das amerikanische Fließband aufgebaut, und das Ergebnis in weiten Industriezweigen sieht so aus, daß man in der Autoindustrie damit rechnet, daß in kurzer Zeit die Arbeitsleistung von 1 Million Arbeitern in der Autoindustrie von 200 000 Arbeitern geleistet werden kann. Das heißt, von fünf Menschen, die in dieser Industrie tätig sind, sind vier überflüssig geworden, wenn man die gleiche Produktionskapazität erreichen will, die bei einer Million Arbeitern gegeben war.

Es ist aber nicht nur in der Autoindustrie so, wie ich schon sagte, sondern in allen Industrien, am stärksten wohl in dem Beispiel, das, glaube ich, Carlo Schmid angeführt hat, wo in modernen Raffinerien statt 800 Mann nur noch

ganze zwölf Mann tätig sind. Ich bin in einer automatischen Werkstätte der Fordwerke gewesen — Riesensäule und Riesenhallen, aber keine Menschen, und am Fließband, wo sonst an jeder Seite die Menschen standen, sind jetzt Maschinenblöcke, die die von den Gießereien kommenden Motorstücke bearbeiten und sie nach dem Arbeitsgang fix und fertig zum Versand abliefern. Mir wurde erklärt, hier werden 6000 solcher Maschinensätze hergestellt, und in der ganz großen Halle waren 52 Beschäftigte in zwei Schichten. Was sie machen, ist, an den Schalttafeln abzulesen, ob die Maschinen funktionieren oder nicht. Dieses Beispiel aber gilt für alle Industrien.

Es geht aber auch hinein in den Handel. Auch da ist, zwar nicht die Automatisierung, aber die Anwendung der Rechenmaschine, der sogenannten Combusters, so weit entwickelt, daß heute die Warenverteilung unter ungeheurer Vereinfachung nach ganz anderen Gesichtspunkten erfolgt. Vor allen Dingen wirkt es sich aber in den Büros aus. Es wurde schon darauf hingewiesen, wie die Gehaltslisten gemacht werden. In der großen Flugzeugfabrik in Los Angeles, die die Super Constellation baut, sind etwa 30 000 Menschen. Vor wenigen Monaten noch hat man die Gehaltszahlungen monatlich durchgeführt. Jetzt ist man zu wöchentlichen Zahlungen übergegangen, und die Gehaltslisten für 30 000 Menschen sind in eineinhalb Stunden fertiggestellt. Man steht vor diesen Dingen und hat keine Antwort. In der Metropolitan Life Insurance, der größten Lebensversicherung New Yorks, machen die Maschinen alle Funktionen bis zur Prämienausrechnung und Fertigung der Rechnungen an die Versicherten. In Philadelphia habe ich eine kleinere Sparkasse mit solchen Maschinen gesehen. Man hat mir erklärt, früher war die Jahresabrechnung, das Hinzuschreiben und Ausrechnen der Zinsen eine Sache, die wochenlang viele Kräfte beschäftigt hat. Mit den Maschinen machen sie diese Arbeit jetzt in 33 Stunden. Jeder, der weiß, was Jahresabschlüsse in Banken und Sparkassen manchmal für eine Belastung bedeuten, kann erkennen, wieweit hier die Maschine schon den Menschen ersetzt hat. Man hat in Amerika in einer solchen Unternehmung, die die Maschinen herstellen, welche die Automatisierung durchführen, eine Bank konstruiert, die die ganzen Bankgeschäfte automatisch durchführen kann. Wenn man mit seinem Scheck hinkommt, läuft die ganze Sache automatisch ab (Glockenzeichen). Ach, um Gottes willen, das ist schade!

Genossen, ich kann nur noch ganz wenige Worte sagen. Ich wollte zunächst auf das Tatsachenmaterial hinweisen und dann die Schlußfolgerungen ziehen, die sich daraus ergeben. Auch die amerikanischen Arbeiter stehen nicht wie die Maschinenstürmer der ersten industriellen Revolution, sondern mit dem Optimismus, der dort drüben üblich ist, der Entwicklung gegenüber. Sie sagen, wir werden diese neue Entwicklung zum Nutzen für das allgemeine Wohl durch kürzere Arbeitszeiten, Erhöhung des Lebensstandards und trotz alledem Vollbeschäftigung, gestalten. Das führt aber — ich möchte das unterstreichen — weit weg von dem uns in der Nachkriegszeit immer wieder von den Neoliberalen vorgesetzten alten Aufguß der Manchesterlehre aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Auch dort in Amerika hat man die großen Probleme der Planung und der Sicherung und Indienststellung der neuen Kräfte zum Wohle aller Menschen erkannt. Ich kann in diesem Augenblick, weil ich schon abgeläutet bin, nicht darüber reden, wie man über die Freizeitgestaltung in Amerika denkt und was man in dieser Beziehung schon

getan hat. Aber ich möchte, wie mein Vorredner schon sagte und der Genosse Carlo Schmid heute morgen bestätigt hat, in dieser großen neuen Entwicklung eine neue Bestätigung unseres sozialistischen Denkens sehen. Auf die erste industrielle Revolution folgte das, was Friedrich Engels in der Lage der arbeitenden Klassen geschildert hat. Es kam aber auch die Umwälzung der Wissenschaften, der Kampf gegen die Anarchie in der Wirtschaft und das sozialistische Gestaltungsbild und Gestaltungswollen, das wir durch die Jahrzehnte als sozialistische Bewegung verfochten haben. Durch das, was sich neu anbahnt, werden wir bei Aufrechterhaltung unserer demokratischen Freiheiten und unseres demokratischen Denkens die Wirtschaft zu dem gestalten, was in der Mitte des vorigen Jahrhunderts vielleicht eine Utopie oder ein Traum war, was sich aber jetzt vor uns als Notwendigkeit offenbart (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Genosse Dr. Hermann Veit-Karlsruhe; ihm folgt Erwin Welke-Lüdenscheid.

Hermann Veit (Karlsruhe): Werte Gäste, Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag steht unter einem glücklichen Stern. Die drei Probleme, die in den großen Referaten von gestern und heute behandelt worden sind, haben uns die große, weit über Deutschland hinausreichende Aufgabe eindringlich vor Augen geführt, die der deutschen Sozialdemokratie gestellt ist. Die Größe dieser Aufgabe ist es, und sie allein ist es, die uns gestern zu einer solchen Manifestation der Einmütigkeit und Geschlossenheit dieses obersten Parteiorgans zusammengeführt hat. Das läßt uns hoffen, daß wir den geschichtlichen Auftrag erfüllen werden.

Die beiden bedeutenden Referate des heutigen Tages haben neben vielen anderen Punkten auch das Gebiet der Wirtschaft berührt, und viele von uns haben das begrüßt, weil die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik in einer Partei, die vom Ökonomischen her angetreten ist, leider nicht mehr in der Weise im Vordergrund der Erörterungen steht, wie es früher der Fall war und wie es wieder werden muß. Die Ausblicke, die uns die Genossen Leo Brandt und Carlo Schmid in einer großartigen Schau gezeigt haben, ließen uns wieder erkennen, daß die großen Aufgaben, die der Menschheit gestellt sind, mit den Mitteln einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, auch nicht mit einer auf neu aufpolierten Wirtschaftsordnung zu lösen sind. Wir sind auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit von unseren Gegnern durch eine skrupellose und unwahre Propaganda zu stark in die Defensive gedrängt worden. Man wollte uns das menschenunwürdige System der Zwangswirtschaft anlasten, das in Deutschland eingeführt worden ist, als die Sozialdemokraten in den Konzentrationslagern und in den Zuchthäusern saßen, das von Menschen eingeführt worden ist, die zum Teil heute wieder verantwortliche Stellen in Bonn bekleiden (Beifall). Obgleich wir es auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik an sich nicht nötig haben, uns als Vorkämpfer für die Freiheit der Menschen, allerdings nicht einzelner Gruppen, sondern aller Menschen zu legitimieren, haben wir das tun müssen, weil wir einer lügnerischen Propaganda begegnen mußten. Vielleicht ist in dieser Auseinandersetzung von dem einen oder anderen zuviel gesagt worden, vielleicht hat mancher unseren Freiheitswillen so in den Vordergrund

gestellt, daß uns zur Verwirrung unserer Anhänger von den Gegnern fast nichts mehr zu trennen schien. Heute ist wieder alles klar geworden. Wir sind nicht das letzte Aufgebot der Brigade Erhard. Von ihm trennt uns immer noch eine Welt. Für uns ist nicht die Methode der Inbegriff unseres wirtschaftlichen Handelns, sondern der Mensch, seine Befreiung und seine Selbstverwirklichung. (Sehr richtig!) Die Wirtschaftspolitik hat uns die Aufgabe gesetzt, drei Ziele gleichzeitig und gleichwertig anzustreben: das Ziel der Vollbeschäftigung, das Ziel der gerechten Verteilung des Sozialprodukts und das Ziel der Stabilität der Währung. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß sich diese Ziele von selbst verwirklichen durch das freie Spiel der Kräfte. Es ist dies eine Täuschung, die sich durch die Entwicklung der letzten zehn Jahre und einen fast immer wolkenlos blauen Himmel dargestellt hat. Es ist ein Irrtum, der teilweise auch in unserer Partei Platz gegriffen hat, daß das Spiel der Kräfte allein diese Ziele erreichen könnte.

Wir haben aber feststellen müssen, daß schon zwei Erscheinungen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in ernste Bedrohung geführt haben. Einmal war es die Koreakrise. Sie erinnern sich noch an die Ausführungen des Bundeswirtschaftsministers vor dem Bundestag. Er hat damals sogar Mittel angekündigt, von denen wir alle längst nichts mehr wissen wollten und die den zwangswirtschaftlichen Methoden nahe kamen. Heute stellen wir fest, daß die Bundesregierung mit der Situation der Konjunkturüberhitzung nicht mehr fertig wird, daß sie es der Bank deutscher Länder überlassen muß, mit den sehr globalen und sehr harten, weil gleichmäßig Gerechte und Ungerechte treffenden Methoden einigermaßen diese Überhitzung abzumildern. Eine Wirkung ist bisher nicht eingetreten. Die Tatsache, daß wir in Deutschland einen Geldmarkt haben, der einen Zinsertrag von fast über 3 Prozent mehr bringt als in der übrigen Welt, hat ein Zinsgefälle entstehen lassen, das sich die Banken zu eigen gemacht haben, um Kapital vom Ausland nach Deutschland hereinzubringen, wodurch die Wirkung der Methoden der Bank deutscher Länder inhibiert werden. Wir haben also festzustellen, daß die Mittel der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, wenn man überhaupt von einer Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sprechen kann, nicht einmal mit diesen doch recht bescheidenen Auswirkungen, die in der letzten Zeit eingetreten sind, fertig zu werden vermag. Wie soll das einmal werden, wenn nun auch die großen Fragen zu lösen sind, die vor uns stehen. Die Bundesregierung hat sich die Aufrüstung in kurzer Zeit zur Aufgabe gestellt, und der Bundeswehrminister ist der Meinung, daß dieses Problem auch schon dadurch wirtschaftlich gelöst ist, daß man die finanziellen Mittel zur Verfügung stellt. Wie die Überhitzung übersteigert werden wird, wenn in kürzester Frist diese Wehrmacht aufgestellt und ausgerüstet wird, das werden wir in der nächsten Zeit erkennen, und die Situation, die schon jetzt gefährdend zu werden beginnt, wird sich in ihrer Gefährlichkeit steigern, wenn die Bundesregierung nicht in der Lage ist, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen mit der Situation fertig zu werden.

Die Probleme der Automatisierung und der Kernenergie, die wir heute morgen in so eindringlicher Weise vor Augen geführt bekamen, stellen neue, sehr ernste und schwierige Fragen: die riesige Frage, wie die Investitionen zu finanzieren sind, denen wir uns nicht entziehen können, weil wir auf beiden Gebieten nicht hinter anderen Völkern der Welt zurückstehen können, die

Frage der neuen Machtzusammenballung und der Bildung von Monopolen, die entstehen, wenn man es etwa der freien Wirtschaft überläßt, diese Probleme der Automatisierung und der Kernenergie nach eigenem Gutdünken zu lösen, die Fragen der gesellschaftlichen und sozialen Auswirkungen, die mit diesen Problemen aufstehen, die Fragen der Forschung und Bildung usw. Ich kann nur andeuten, daß die Veränderung des weltwirtschaftlichen Kräftespiels dadurch, daß beinahe eine Milliarde Menschen unter den Methoden der zentralen Verwaltungswirtschaft lebt, dem Spiel der Kräfte auf dem Weltmarkt jederzeit ernste Schwierigkeiten zu bereiten in der Lage ist. Hinzu kommt die Frage der Entwicklung befreiter oder erwachender Völker in Asien und Afrika. Wollen wir sie dem Spiel kapitalistischer Impulse überlassen? Dann werden viele Länder nicht entwickelt und andere werden ausgebeutet. Oder wollen wir sie dem Machtblock des Kommunismus überlassen? Da wäre es gut, wenn die sozialistischen Länder in Afrika und Asien, in denen gläubige Sozialisten leben, mit den Sozialisten Europas einen noch engeren Kontakt herstellen könnten, und wenn dies dadurch ermöglicht würde, daß in den Völkern Europas, Afrikas und Asiens die Gewißheit Platz greift, daß die Sozialisten aller Länder sich von der Idee des Kolonialismus abgewendet haben (Beifall).

Es sollten nachgerade alle Menschen erkennen, daß nicht mehr die Alternative gegeben ist zwischen der kapitalistischen Wirtschaft und dem Kommunismus, sondern, wenn die freie Welt bestehen will, nur noch die Alternative zwischen freiheitlichem Sozialismus der Menschenwürde und Humanität und der sozialen Sicherung für alle Menschen und Völker einerseits und dem totalitären, diktatorischen Zwangsstaat des Kommunismus andererseits. Mögen endlich die deutschen Menschen erkennen, wo ihr Platz ist! Mögen sie mit uns die Aufgabe sehen, mit dem freiheitlichen Sozialismus nicht nur das deutsche Volk, sondern die Menschheit vor der Barbarei oder dem Untergang zu retten (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Erwin Welke, Lüdenscheid. Ihm folgt Georg Kahn-Ackermann, München.

Erwin Welke (Lüdenscheid): Genossinnen und Genossen! Wir haben am heutigen Morgen in sehr eindrucksvoller Weise die Problematik empfunden, die hier an uns herangetragen wurde. Es klingt fast vermessen für denjenigen, der sich darum bemüht, hier einen Diskussionsbeitrag zu leisten und das in der Absicht zu tun, die Ausführungen zu vertiefen. Ich glaube aber, sie sollten in einem mir wesentlich erscheinenden Punkt ergänzt werden, ergänzt werden aus der praktischen Kulturpolitik der Partei heraus gesehen. Und da will es mir scheinen, als sei ein großer Teil der Problematik, die auf dem Bildungs- und Erziehungssektor liegt, in der Bundesrepublik dazu angetan, hier aufgezeigt zu werden im Zusammenhang mit der Frage, ob es denn wirklich einzig und allein nur darum gehen könne, Wissenschaft und Forschung so auszustatten, Nachwuchsprobleme der einzelnen Disziplinen so in den Vordergrund zu stellen, wie das bisher der Fall gewesen ist. Mir will es scheinen, als handle es sich hier um ein sehr weitgehendes Bildungsproblem, um die Frage, welches Menschenbild uns eigentlich vorschwebt in dem Augenblick, wo wir darangehen, die Aufgabe zu lösen, die uns unser Zeitalter stellt.

Genossinnen und Genossen, ich will damit zum Ausdruck bringen, daß wir es in erster Linie mit Menschenbildung auf breitester Grundlage zu tun haben. (Sehr richtig!) Man sprach hier sehr häufig, ganz klar und sicherlich zu Recht von den wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten. Ich möchte hier die Meinung vertreten, daß auf dem Bildungssektor die Bundesrepublik sicherlich auch zu einem unterentwickelten Gebiet gehört (Beifall).

Wir müssen die Frage stellen, wie die Bildungsmittel und Bildungseinrichtungen in der Bundesrepublik beschaffen sind, die wir brauchen und einsetzen müssen, um das Bildungsziel, das wir anstreben, auch erreichen zu können. Dann erfassen wir die Kalamität, in der wir uns befinden. Welches Menschenbild und welches Bildungsziel schwebt uns vor? Welche Bildungsträger müssen wir heranziehen, um das Bildungsgut weiterzutragen? Nun, wir haben in unserer Welt — und das haben die geistigen Väter des Sozialismus schon zu einem sehr trüben Zeitpunkt getan — umfassende Vorstellungen von diesem Menschenbild, wir leben aber nicht in einer sozialistischen Gesellschaft. Wir haben auch in neuerer Zeit im Kulturpolitischen Ausschuß der Partei und im Kulturpolitischen Ausschuß des Bundestags in der Fraktion ganz bestimmte Forderungen erarbeitet, die wir durchsetzen wollen und durchsetzen müssen. Es würde zu weit führen, sie hier im einzelnen aufzuzählen. Vielleicht darf ich aber einige wenige Stichworte geben: Die Frage nach der Lehrerbildung — das berührt ja das Problem der Bildungsträger von morgen —, untrennbar damit verbunden steht die Lehrerbeseoldung, die Frage nach der Lehr- und Lernmittelfreiheit und damit auch zugleich die Brechung des Bildungsmonopols, die uns schon immer vorgeschwebt hat und die, glaube ich, heute in ein entscheidendes Stadium eingetreten ist. Dazu gehört die Hochschulreform, dazu gehört die Frage nach der Grundschulreform. Und damit habe ich vielleicht einen der entscheidenden Punkte berührt: die Grundschule. Genossinnen und Genossen! Durch die Grundschule und die Berufsschule gehen 90 Prozent unserer Menschen. Die Grundschule ist also die echte Schule des Volkes, und nicht die Kaserne (Beifall). Wenn wir hier unsere klaren Vorstellungen realisieren wollen, ist es notwendig und unsere Pflicht, daß wir uns einmal darüber klarwerden, welche Verhältnisse wir in der Bundesrepublik und in den Ländern der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Grundschule haben. Die Kommunen sind die Träger. Das wissen wir. Wer aber heute einmal Umschau hält in den vielen großen und kleinen Gemeinden der Bundesrepublik und der einzelnen Länder, der erkennt doch, daß wir noch nicht einmal die wesentlichste Voraussetzung für eine echte Beschulung und damit auch für die Schaffung einer echten Plattform für die Menschenbildung geschaffen haben und schaffen konnten. Die Gemeinden sind weitgehend von den Ländern unterstützt worden, und hier spielt die Frage der finanzstarken und der finanzschwachen Länder natürlich eine entscheidende Rolle. Die heutige Situation ist aber doch die: die Kommunen als Träger des Schulbaus sind doch nicht mehr in der Lage — auf Grund der Tatsache, daß der öffentliche Kapitalmarkt zusammengebrochen ist —, die Finanzierungslücken zu schließen, die immer dort auftauchen, wo es sich um die Durchführung wichtiger und entscheidender Projekte handelt. Der öffentliche Kapitalmarkt hält mit seinem Geld zurück, und zwar in erster Linie deshalb, weil es jetzt gilt, die Aufrüstung zu finanzieren und weil dabei ein sehr viel besseres Geschäft zu machen sein wird als im Rahmen echter kommunaler Aufgaben. Notwendige Schulbauten konnten

nicht in Angriff genommen werden; in Angriff genommene Schulbauten liegen zum Teil schon seit zwei bis drei Jahren als Ruinen still, weil die Restfinanzierung nicht gesichert werden konnte.

Ein zweiter wichtiger Punkt, der zu meinen Anträgen gehört, ist dieser: Mit verblüffender Deutlichkeit wurde uns klar — und, damit meine ich die Genossinnen und Genossen, die im Rahmen der Arbeit der Bundestagsfraktion die Aufgabe haben, auch Verhandlungen mit den Kultusministern der Länder zu führen — — (Glocke) — Dazu muß ich noch einige Worte sagen.

Wir haben den Antrag eingebracht, eine Stiftung zur Förderung des Schulbaues auf Bundesebene einzurichten. Diese Stiftung sollte mit 100 Millionen DM ausgestattet werden. Es war geplant, damit jene Bauten fertigzustellen, die im Rahmen der Entwicklung nicht fertiggestellt werden konnten. Bei einer gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern der Länder waren es unter anderem auch sozialdemokratische Kultusminister, die die erste Frage nicht etwa im Blick auf die Aufgabe, die als zentrale Verantwortung des Bundes gesehen werden mußte, stellten, sondern die einzig und allein sich um die Klärung der Frage bemühten, wie viele Millionen den Ländern von der Stiftung eventuell gegeben werden könnten. Sie lehnten diese Stiftung ab, und zwar aus dem einfachen Grund, weil sie in erster Linie auf die im Grundgesetz verankerte Kulturautonomie der Länder pochten. Ich will mich hier nicht weiter verbreitern über die Tatsache des föderalistischen Aufbaues der Bundesrepublik. Ich will auch nichts sagen zu dem Antiweimar, das aus dieser Verfassung auf uns zukommt. Eines aber muß hier festgestellt werden: Echte zentrale Aufgaben, wie sie heute an uns herangetragen worden sind, können nur zentral gelöst werden (Beifall). Wir wollen und müssen es durchsetzen, Genossinnen und Genossen, daß wir endlich soviel Angleichung — ich sage jetzt nicht Vereinheitlichung, weil ich die Uniformierung wie jeder andere hier ablehne — einführen sollten wie nötig ist, und soviel freie Entwicklung und echtes Wachstum aus dem Brauchtum heraus wie möglich zulassen sollten. (Erneut Glocke).

Einige Worte auch zu unseren Anträgen im Zusammenhang mit der Vorlage „Die zweite industrielle Revolution“, der Begabtenauslese. Heute fördern 22 verschiedene Stellen in der Bundesrepublik durch Stipendien, und keine weiß von der anderen, was sie tut. Es wird gefördert nach dem „Gesangbuch“, nach der Zugehörigkeit zu einer Verbindung; es wird gefördert nach allen möglichen Gesichtspunkten, aber es wird selten oder nie gefördert nach der Aufgabenstellung, die wir uns nach diesen Referaten noch zu erarbeiten haben (Beifall). Das, liebe Genossinnen und Genossen, können wir uns auf die Dauer nicht gefallen lassen. Eine einzige Organisation, die Stipendienstiftung des deutschen Volkes in Bad Godesberg, fördert echt zentral. Sie betreibt — und kein Wort dagegen; es ist ihre Aufgabe — echte Elitenförderung. Es ist erreicht worden, daß ihre Mittel wesentlich erhöht wurden. Gerade in diesem Zusammenhang müßten wir nicht nur ein Programm für Begabtenauslese fordern, sondern unendlich viel weiter gehen und die Forderung erheben, eine Stiftung für die allgemeine Begabtenförderung zu schaffen. Wir haben bereits einen Antrag gestellt, eine solche Stiftung mit 20 Millionen DM auszustatten.

Als letztes ein Wunsch: Ich wollte, der Parteitag wäre in der Lage, die Kultusminister der Länder, soweit sie Sozialdemokraten sind, dazu zu bewegen, ein ganz klein wenig Föderalismus aufzugeben im Interesse unserer großen Sache. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Genosse Kahn-Ackermann.

Georg Kahn-Ackermann (München): Genossinnen und Genossen! Wie Sie habe ich heute morgen den beiden erregenden Referaten zugehört, und wie dem Genossen Welke ist mir dabei klar geworden, wie sehr doch auch wir darauf bedacht sein müssen, bei den Aufgaben, die uns in der Zukunft gestellt sind, nicht auf einem Fundament zu bauen, das diese Dinge nicht zu tragen vermag. In beiden Referaten von heute morgen ist die Rede davon gewesen, daß die Bildungsinstitutionen der Bundesrepublik von unten bis oben den Aufgaben, die jetzt an sie gestellt sind, ganz zu schweigen von Aufgaben, die sie in der Zukunft übernehmen müssen, nicht gewachsen sind. Ich glaube, es war der Genosse Brandt, der heute morgen sagte, daß die Inder 5000 Freistellen bei uns gewünscht hätten, an unseren Ingenieurschulen, Technischen Hochschulen, Universitäten und sonstwo.

Genossen! Wir könnten sie ihnen heute gar nicht geben, weil die Plätze gar nicht vorhanden sind. Man muß sich doch daran erinnern, daß alles, fast alles bei uns wieder aufgebaut ist bis auf die Institutionen des Bildungswesens, wo heute noch fast die Hälfte unserer Kriegsverluste, trotz all dem, was schon geleistet worden ist, erst wieder aufgebaut werden muß.

Genossen! Wir haben vor einiger Zeit im Bundestag darüber gesprochen und der Öffentlichkeit Zahlen darüber mitgeteilt, wo und woran es noch fehlt. Aber, Genossen, wenn man von der Neuorganisation des deutschen Bildungswesens spricht, das in unmittelbarem Zusammenhang mit all den Problemen steht, die heute morgen vorgetragen worden sind, mit dem technischen Nachwuchs, mit der politischen Bildung, mit der Heranziehung von Wissenschaftlern, mit der Vermehrung der Mittel für Forschung und Wissenschaft und mit der Aufrüstung unserer Universitäten, muß man sich doch auch darüber klar sein, welch ungeheures Paket von Problemen leider Gottes hinter der Lösung dieser Aufgaben heute in der Bundesrepublik steht. Wir haben es ja in der Vergangenheit so oft erleben müssen, daß hier auf diesem Gebiet das gemeinsame Anliegen zurücktritt, das gelöst werden muß, vor formellen Hindernissen.

Und Genossen, es ist hier gesagt worden: Die Kultusminister müßten in Zukunft in Permanenz tagen. Genossen! Wir haben die Kultusminister zehn Jahre erlebt. Ich will ihnen keinerlei Vorwürfe machen; es ist auch eine Menge geleistet worden. Aber wenn wir die Leistungen mit dem vergleichen, was heute morgen hier an Forderungen aufgestellt worden ist, so stellt sich uns die Frage: Ist jene Grundlage erreicht, auf der wir das aufbauen können, was morgen geschaffen werden muß? — Diese Frage müssen wir leider Gottes verneinen.

In diesem Zusammenhang, Genossen, möchte ich eines sagen! Wenn wir diese Forderungen erheben, müssen wir auch den Mut haben, die politischen Konsequenzen auf allen Gebieten zu ziehen, wo wir sie ziehen müssen. Das ist doch eine der entscheidenden Fragen, die hier in jedem Falle gelöst werden müssen. Ich wäre sehr froh, wenn dieser Parteitag sozusagen das Startsignal für uns würde, daß wir endlich in die Lage versetzt werden, die politischen Konsequenzen aus diesen Forderungen zu ziehen, jedenfalls auf den Gebieten, wo sie notwendig sind. Ich möchte wie mein Vorredner sagen: Es geht nicht

darum, die Kulturautonomie und den Föderalismus der Bundesrepublik zu zerschlagen, im Gegenteil! Wir haben ja stets dem Grundsatz gehuldigt: So föderalistisch wie möglich, so zentralistisch wie notwendig! Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre, Genossinnen und Genossen, haben uns zu der Erkenntnis geführt, daß auf einigen Stätten unseres Bildungswesens, unseren Universitäten, z. B. in diesem Punkte etwas geändert werden muß, und es geht nicht an, daß in den ärmeren Ländern die Aufgaben nicht so gemeistert werden, daß dringende Probleme im Zusammenhang mit der Forschung und der Wissenschaft, mit der Gewährung von Stipendien, mit dem Ausbau von Universitäten zurückstehen müssen, weil die Mittel nicht da sind, obwohl es in unserem gesamten Interesse notwendig wäre, daß diese Mittel dann von einer Zentralstelle gegeben werden.

Sehen Sie, Genossen, wenn wir nicht anfangen, hier wirklich mit Hilfe der politischen Schlüsse und Entschlüsse, die wir daraus ziehen müssen, die etwa notwendigen Änderungen vorzunehmen, dann, Genossen — und das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen —, machen auch wir uns mitschuldig an dieser Situation des Mangels in der Bundesrepublik auf dem Gebiet des Bildungswesens, deren eine Folge davon ist, daß in vielen Ländern der Bundesrepublik immer noch eine reaktionäre Kulturpolitik getrieben werden kann. Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, daß wir hier einige Änderungen herbeiführen, und das bezieht sich auch — wenn ich das sagen darf — auf die bei uns dringend notwendige Universitätsreform.

Genossen! Die Organisationsform und der Lehrbetrieb an unseren Universitäten sind auf die Forderungen, die von den Genossen Brandt und Carlo Schmid heute morgen erhoben worden sind, nicht eingerichtet. Wir können die wissenschaftlichen Aufgaben mit der Organisationsform und dem Lehrbetrieb, wie sie heute an unseren Universitäten herrschen, nicht lösen, und eine Voraussetzung für die Lösung dieser Fragen ist eben jene Reform, die jahrelang auf sich warten lassen wird, wenn wir nicht in die Lage versetzt werden, von oben in einer politischen Entscheidung, ohne die Unabhängigkeit der Universitäten anzutasten, hier Änderungen herbeiführen, um diesen Dingen eine Bahn zu brechen.

Genossen! Sie haben heute morgen gehört, daß, abgesehen von diesen Hindernissen, darüber hinaus in unserem Grundgesetz und den verfassungsmäßigen Zuständigkeiten ein schwieriges Hindernis liegt, zudem wir ja auch noch den Widerstand unserer politischen Gegner in dieser Frage brechen müssen. Wie wenig weit die Erkenntnis gediehen ist, mögen Sie daraus ersehen: Heute morgen ist hier mitgeteilt worden, Großbritannien gebe 1,2 Milliarden zur Förderung des technischen Nachwuchses aus. Bei uns in der Bundesrepublik haben sie uns in diesem Jahr bei den Haushaltsberatungen kümmerliche 20 Millionen zur Lösung dieser dringenden Aufgaben abgelehnt. Auf diese Art und Weise kann aber in der Bundesrepublik diese Angelegenheit nicht in Angriff genommen werden, und ich möchte noch einmal erneut den Appell an Sie richten: So, wie die Dinge heute organisiert sind, und so, wie auch verschiedentlich in unseren eigenen Reihen auf diesen Zuständigkeiten, die fallen müssen, beharrt wird, können wir die großen Aufgaben, die uns hier zukünftig gestellt sind, nicht lösen. Hier muß etwas geändert werden, und das kann nur aus dem politischen Entschluß der Partei heraus geschehen, und

wenn man uns in Bonn dazu in die Lage versetzt, diesen Beschluß auszuführen. Es ist Ihnen wahrscheinlich allen klar, daß diese Zusammenarbeit nicht möglich ist bei der Unterschiedlichkeit, wie sie in den einzelnen Ländern nun einmal gegeben ist. Es ist aber nicht so, daß wir Anklagen erheben. Wir wissen, daß sehr viel geleistet worden ist. Aber die Erfahrung der letzten Jahre bewegt uns leider dazu. Lassen Sie mich, Genossen, mit einem Wort des Dankes an die bayerische Landtagsfraktion, an die sozialdemokratischen Akademiker in München schließen, die es durch ihre jahrelangen Bemühungen dahin gebracht haben, daß dieses Thema heute im Mittelpunkt der Erörterungen der deutschen Öffentlichkeit steht. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Waldemar von Knoeringen, anschließend der Genosse Herbert Wehner.

Waldemar von Knoeringen (München): Genossinnen und Genossen! Für uns ist das heute ein großer Tag. Die ausgezeichneten Referate von heute vormittag haben uns in ihrem wesentlichen Inhalt schon seit Jahren beschäftigt. Wir erleben nun den historischen Augenblick, in dem eine große Partei, nämlich die unsrige, solche Gedanken einer praktischen politischen Verwirklichung zuführt. Aber, Genossinnen und Genossen, es geht nicht nur darum, die Situation von heute zu erkennen. Es ist, wie wir gehört haben, höchste Zeit, etwas zu tun (Beifall). Die Voraussetzung für dieses Tun aber ist, geistige Unruhe in unsere Partei hineinzutragen (Beifall). Wir dürfen nicht erwarten, daß der Vorstand schon das Richtige tut, die richtigen Entschlüsse faßt. So wie einst bei der ersten industriellen Revolution die Sozialisten mit naturwissenschaftlichen Lehrbüchern in der Tasche herumgegangen sind, so müssen auch wir wieder anfangen zu lernen und zu studieren, um die Aufgaben der Zeit meistern zu können. (Lebhafter Beifall.)

Es ist gestern davon gesprochen worden, daß man sich der Remilitarisierung widersetzen, die Wehrpflicht wieder rückgängig machen solle. Da habe ich mir gedacht, es werden wahrscheinlich nicht 10 Jahre vergehen, bis wir wieder ein neues Gesetz ähnlich Artikel 131 schaffen müssen, um die überflüssig gewordenen Soldaten wieder in einen normalen zivilen Beruf zurückzuführen (Beifall). Denn, Genossinnen und Genossen, die revolutionäre Entwicklung, die sich heute auf Grund der zweiten industriellen Revolution auch auf dem Gebiet der modernen Waffentechnik vollzieht, ist heute in ihren Auswirkungen noch nicht zu übersehen. Ich will mich darüber nicht verbreitern, aber neue Probleme fordern neues Denken, fordern neue Formen des Handelns, fordern einen neuen Stil in der deutschen Politik (Beifall).

Der Vorstand hat Ihnen eine EntschlieÙung vorgelegt, die sieben Punkte enthält. Diese sieben Punkte sollen nicht nur allgemeine Forderungen, sondern ein Programm sein, das wir Punkt für Punkt annehmen und verwirklichen.

Ich mache folgenden konkreten Vorschlag: Im September wird eine Konferenz sämtlicher sozialdemokratischer Landtagsfraktionen unter Beteiligung der Bundestagsfraktion und des Parteivorstandes einberufen (Sehr gut!). Diese Konferenz sozialdemokratischer Parlamentarier hat die Aufgabe, eine gemeinsame Richtlinie für ihre Politik in den einzelnen Ländern in diesen sieben Punkten zu entwickeln. (Sehr gut! — Beifall.) Wir gehen zurück in unsere Landtage und stellen in jedem Parlament der Bundesrepublik dieselben

Anträge und werden in allen Parlamenten der Bundesrepublik die Auseinandersetzung um die Finanzierung dieser Fragen erzwingen. (Lebhafter Beifall.)

Punkt 2 dieser sieben Forderungen verlangt ein umfassendes Programm zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, Einigung zwischen Bund und Ländern über Schwerpunktaufgaben für Wissenschaft und Forschung und anderes. Das ist nicht zu verwirklichen ohne einen Finanz- und Zeitplan.

Wir sind nicht mehr in der Lage, in den einzelnen Ländern die Geldmittel aufzubringen, die heute allein die wissenschaftliche Forschung von uns verlangt. Das ist auch vom Genossen Leo Brandt gesagt worden. Wenn unsere Partei im Bundestag eine Anfrage stellt, sagt der Herr Bundesinnenminister: Tut mir leid, ist eine Angelegenheit der Länder. Gehen wir zu unserem Länderfinanzminister, was sagt er?: Tut mir leid, ich hab' kein Geld. Und dann bleibt die Sache, wie sie ist, und wir fallen zwischen den Sesseln durch. Dieses System reicht in der Zeit der zweiten industriellen Revolution nicht mehr aus. Wenn es möglich ist, für die Bundeswehr neun Milliarden jährlich auszugeben, wird es auch möglich sein, für die neuen Aufgaben neun Milliarden auszugeben. (Sehr starker Beifall.) In den einzelnen Ländern werden wir zu verlangen haben, daß unsere Ministerpräsidenten nicht nur gelegentlich auf Besprechungen zu Tagesordnungspunkten dieser Art Stellung nehmen, sondern wir werden zu verlangen haben, daß sie sich als Ministerpräsidenten dieser Sache dringendst annehmen, daß sie eine Form für die Zusammenarbeit der Länder finden und mit dem Bund entsprechende Absprachen für die Finanzierung eines großen Planes zur Durchführung dieser sieben Punkte erstellen.

Genossinnen und Genossen! Die Stunde des Föderalismus — das möchte ich mit allem Ernst und Nachdruck sagen — hat geschlagen, wenn die Länder nicht aufwachen und gemeinsam handeln. (Starker Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich bin gegen die wachsende Zentralisierung. Sie wird zwangsläufig kommen — das liegt in der Natur der Sache —, aber wir müssen die Gefahren der wachsenden Konzentration von Macht erkennen, und wir müssen alle Kontrollmöglichkeiten ansetzen, um diese Macht unter Kontrolle zu bringen.

Hier liegt die Wurzel meines Föderalismus. Ich bin der Meinung, die Länder müssen sich untereinander verständigen, aber sie müssen bei der Kontrolle, wenn es um die Durchführung dieser Dinge geht, eingeschaltet bleiben. Aus diesem Grunde werden wir sehr ernsthaft arbeiten müssen, um in den einzelnen Landesparlamenten die geeigneten Vorschläge zu machen, um einen entsprechenden Finanzierungsplan vorzulegen, um in der Öffentlichkeit eine Bewegung zu erzeugen. Und ich sage Euch, der kleine Mann auf der Straße ahnt etwas von diesen Dingen. Unterschätzen wir das heute nicht, unterschätzen wir unsere Jugend nicht. — Das Telegramm der deutschen Studentenverbände ist ein Beweis dafür; es war die erste Stimme aus dem deutschen Volk, die zu uns gekommen ist und ja gesagt hat zu dieser Debatte auf unserem Parteitag. (Starker Beifall.) 1800 Mark für einen Studenten, 18000 Mark für einen Soldaten — das ist kein Verhältnis im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution.

Neue Probleme treten vor uns hin. Wir können sie nicht lösen, wenn wir aus irgendeinem Büchlein das Rezept abschreiben. Wir können uns auch nicht

führen lassen in die neue Zeit von irgendeinem großen Theoretiker der Vergangenheit. Wir müssen selbst aus dieser Zeit heraus die modernen technischen Methoden entwickeln. Indem wir das tun, werden wir als Partei ein neues Gesicht zeigen — aber nur dann und nicht aus propagandistischen Gründen. Genossinnen und Genossen! Unsere Propaganda wird gut sein, wenn sie aus einem gläubigen, überzeugten Herzen kommt (Beifall).

Unterschätzen wir die Problematik nicht, seien wir nicht überheblich, gehen wir bescheiden, aber mit Leidenschaft an die Dinge heran — nicht mit Fanatismus, das ist schlecht —, aber mit Leidenschaft, die uns vorwärtsbringt, weil wir wissen, daß eine große Stunde der Menschheit da ist. Wenn die große Auseinandersetzung zwischen Ost und West sich entwickelt — ich habe das bestimmte Gefühl, es wird nicht mehr die Auseinandersetzung der Atombomben sein, sondern es wird sich die Auseinandersetzung auf technischem und ökonomischem Gebiet abspielen, auf den großen Arbeitsfeldern der Wissenschaft wird um die Führung in dieser Welt gerungen werden —, wenn heute die Russen zu uns kommen und von Ort zu Ort gehen, von der Ziegelfabrik bis zum Atommeiler alles anschauen, um, wie mir kürzlich einer gesagt hat, das Beste hinüberzunehmen — was ist es dann anderes, als der Siegeszug abendländischen Geistes in der Welt, der sich heute durch die Technik alle Länder der Welt erobert? Hier haben wir die Chance, hier ist der Beitrag unseres Volkes zu einer Neuordnung Europas — deshalb auch der Punkt 7, der eine internationale Politik auf diesem Gebiet verlangt.

Genossen, es wäre stundenlang zu reden und man würde nicht müde werden. Immer, wo wir es getan haben, haben wir Menschen für diesen Gedanken gewonnen. Klammern wir uns nicht nur an die Fragen der Wehrpolitik. Sie wird mit überrannt werden von den neuen Problemen, die hier auftauchen. (Sehr gut!) Mißachten wir sie nicht, nehmen wir sie ernst, aber schauen wir über sie hinaus und seien wir uns darüber klar, daß man das Problem nicht meistern kann, wie es die Russen versuchen, d. h. durch Technik plus politischer Macht. Hinzu gehört die Freiheit des Geistes, die Freiheit der Forschung und der Wissenschaft auf allen Gebieten. Wir werden die Technik nicht bewältigen, wenn wir nicht aus der geistigen Sphäre des Menschen heraus überlegen sind. Und wir werden überlegen sein! Diese Freiheit der Wissenschaft kann Rußland nicht gewähren, weil die Freiheit wissenschaftlicher Forschung gegen die Fundamente jeder Diktatur gerichtet ist. (Sehr gut! und starker Beifall.)

Indem die Sozialdemokratie diese Freiheit fordert, indem sie verlangt, Politik und Wissenschaft zu vereinen, indem wir politische Bildung an unsere Universitätsprofessoren zuerst herantragen, indem wir ihre Verantwortlichkeit, ihre Mitverantwortlichkeit entwickeln, werden wir auch die Fundamente schaffen, die uns als Demokraten und Sozialisten eine Politik entwickeln lassen, die die Partei weiterträgt in eine neue Zeit. (Anhaltender starker Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Herbert Wehner, dann Genosse Fritz Erler.

Herbert Wehner (Bonn): Genossinnen und Genossen! Das Thema, das uns heute fesselt, ist ein erregendes Thema — wir alle merken es. Es handelt

sich dabei nicht um Zukunftsträumereien, sondern auch diese Zukunft hat schon begonnen. Ich glaube, die ganze Partei wird es den beiden Sprechern dieses Tages danken, und viele außerhalb der Partei werden es ihnen und der Partei danken, daß sie diesen Problembereich in dieser Weise heute hier zum zentralen Thema gemacht haben. Danken wird man ihnen besonders das eine, daß sie diesen Problembereich mitten in unsere Gegenwart hineingestellt haben, und daß es ihnen gelungen ist, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

Es ist hier gesagt worden, daß *jetzt* etwas getan werden muß. Vieles von dem, worüber hier gesprochen wurde, befaßt sich gerade mit dem, was jetzt zu tun ist. Die Weichen werden nämlich jetzt gestellt, und dem gilt meine Bemerkung: Wir müssen feststellen, daß gerade in der Bundesrepublik offenbar von gewissen Interessenskreisen mit um so größerer Verbissenheit versucht wird, diese Weichen in einer bestimmten Richtung zu stellen, als wir in Deutschland in der Entwicklung dessen, worauf es ankommt, noch sehr weit zurück sind.

Die Bundesregierung hat kürzlich — das ist bisher in der deutschen Öffentlichkeit nicht recht bekannt geworden — den eigentümlichen Standpunkt eingenommen, daß sie von sechs beteiligten Regierungen, die sich um die Bildung einer europäischen Gemeinschaft zur Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke bemühen, die einzige Regierung war, die sich gegen eine Regelung des Eigentumsverhältnisses an den Kernbrennstoffen gewendet hat, in dem Maß, wie sie alle anderen fünf Länder gewollt haben. (Hört, hört!) Das ist bemerkenswert. Es ist um so bemerkenswerter, als der Sprecher des Auswärtigen Amtes zugeben mußte, daß das, was die fünf Länder mit dem Eigentumsrecht an den Kernstoffen wollten, nichts anderes sei als die auf die Praxis dieser Gemeinschaft zu übertragende Erfahrung und Praxis in den Vereinigten Staaten, von denen heute morgen Leo Brandt so klar gesprochen hat.

Wenn das so ist, müssen wir um so hellhöriger sein gegenüber dem, was hierbei geschieht, ohne daß eine breite Öffentlichkeit es erfährt. Unsere Partei hat durch die Teilnahme an dem Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa unter Jean Monnet den Versuch gemacht, an einem Gemeinschaftswerk mitzuwirken, das allen beteiligten Ländern und Völkern zugute kommen sollte.

Ich möchte sagen, daß diejenigen, die uns immer vorgeworfen haben, wir seien Nationalisten, wir argumentieren gegen die europäischen Pläne von einem nationalistischen Standpunkt aus, daß diejenigen, die das taten, als es um die EVG ging, nun plötzlich sehr lahme Europäer geworden sind, dort, wo es um konstruktive Dinge geht, dort, wo es um Dinge geht, die nicht einfach mit einem ideologischen Stempel versehen oder mit der Fortführung von Blockpolitik verglichen werden können. Bei der Gemeinschaft zur Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke ging es doch um etwas Neues, um eine Ordnung für die Meisterung neuer Entwicklungen. Jetzt besteht allerdings die Gefahr, daß diese Gemeinschaft eine ganz leere Hülle bleibt, von der nur noch die Bezeichnung an die ursprünglichen Absichten erinnern mag. Das ist deshalb so, Genossinnen und Genossen, weil die Kräfte von gestern ihre Privilegien in die Welt von morgen hineinretten möchten, damit sie diese Welt auch weiterhin nach ihren Vorstellungen von gestern unter völlig neuen Gegebenheiten unter ihrer Gewalt halten könnten.

Es ist nicht zufällig, daß im Zusammenhang mit der Atomenergie und den Problemen, die uns heute morgen hier dargelegt worden sind, so starkes Gewicht auf die Frage der Ausbildung gelegt worden ist, auf die Bildungsfrage schlechthin. Ich war in dem Zusammenhang besonders froh, die Bemerkungen, die Leo Brandt in bezug auf Indien und das kurzsichtige und engstirnige Verhalten des Amtes in Bonn machte, zu hören. Das müssen wir hier scharf herausstellen. Hier ist doch der Angelpunkt für die Auseinandersetzungen zwischen Ost und West — wenn man so sagen will — in der vor uns liegenden Periode. Hier sind die eigentlichen Ansatzpunkte (Beifall).

Es ist so, Genossinnen und Genossen, für die Staaten mit demokratischer Verfassung, zu denen wir uns rechnen, ist es heute, schlicht gesagt, lebensnotwendig, ihre Kraft und ihre Fähigkeiten mit dem Willen jener Völker und Staaten zu vermählen, die um ihre Entwicklung ringen. Wenn man aber im eigenen Land — das hat hier, glaube ich, Erwin Welke dargelegt — kein Verhältnis zur Anwendung der Demokratie auf die Probleme der Schule, der Hochschulbildung und der Ausbildung hat, dann kann man kaum erwarten, daß dieselben Leute zu den neuen Problemen, die über die Grenzen hinaus weltumspannend sich stellen, ein Verhältnis finden können. Wer heute von sozialer Sicherheit redet, muß von diesen Problemen ausgehen; denn es gibt in den größten Ländern keine soziale Sicherheit, ohne daß sie diesen Aufgaben gerecht werden.

Schließlich möchte ich noch bemerken, daß ich froh war, als ich mit einigen anderen Genossen zusammen beim Parteitag der schwedischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei dabei sein durfte und eine Schrift in die Hand bekam, die dort für die Debatte eine wesentliche Bedeutung hatte. Ich wünschte, wir würden in solchen Schriften mehr Austausch pflegen, wir würden daraus lernen können. (Beifall.) Diese Schrift trägt den schlichten Titel — ich übersetze ihn wörtlich —: „Die Politik des Fortschritts.“ Dort wird ausgeführt, daß das Ausbildungsproblem das Schlüsselproblem der Entwicklung sei. Daraus können wir lernen — das war ja auch der Tenor unserer beiden Redner von heute morgen.

Ich wollte dazu nur das eine sagen: hier zeigt sich etwas Verbindendes, Gemeinsames der sozialistischen Parteien in den alten Ländern mit den demokratischen Kräften in den Ländern, die nun ihre Selbständigkeit begründen und entwickeln wollen. Genossinnen und Genossen! Das darf uns glücklich machen; denn es ist so, daß der demokratische Sozialismus eine Idee und einen Plan verkörpert, einen konstruktiven Gestaltungswillen für die Menschheit. Es ist gut, daß wir das heute hier feststellen können (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Fritz Erler, dann folgt Walter Krause, Mannheim.

Fritz Erler (Pforzheim): Liebe Genossinnen und Genossen! Ich hoffe, daß es demjenigen nicht verübelt wird, der zum zweitenmal auf dem Parteitag auf dieser Tribüne das Wort nimmt. Ich hoffe, daß es vielleicht in eigener Sache ein kleiner Beitrag dazu ist, daß endlich einmal jener Brandstempel aus der öffentlichen Diskussion verschwindet, der Brandstempel vom Wehrexperthen. (Sehr gut!) Das kommt gleich nach dem Fachidioten! Wehe dem Politiker, dem bei seinen Entscheidungen der Überblick über die Gesamtheit der Probleme

und ihre Zusammenhänge verlorengelassen, wehe dem Politiker, der glaubt, sich bei seinen Entscheidungen ausschließlich und allein auf die Experten verlassen zu können! Der ist verloren! (Beifall.) Was nicht etwa heißen soll, daß zur Beurteilung bestimmter Probleme ein gewisses Maß an Sachkunde nicht auch ganz nützlich ist. (Vereinzelt Heiterkeit.)

Und nun zu dem Thema, das wir hier und heute als erste deutsche Partei — das können wir mit Stolz feststellen — behandeln. Von diesen Fragen hängt die Zukunft nicht nur unseres Volkes ab, sondern der künftige Zustand der menschlichen Gesellschaft überhaupt.

Es ist hier ein gutes Bild gebraucht worden, nämlich, daß wir lernen müßten, nach der Bändigung der Naturkräfte auch die von den Menschen selbst entfesselten gesellschaftlichen Kräfte zu beherrschen. Wir können den Strom nicht bergauf fließen lassen, wir können aber dafür sorgen, daß wir den Strom nützen, statt in ihm zu ertrinken. Wie notwendig es ist, daß wir auch jetzt und heute bestimmte Forderungen zu diesem Problem anmelden, das ergibt sich aus einer sehr einfachen Überlegung aus der Geschichte unseres Volkes heraus.

Der erste Weltkrieg hat in den Ländern, die ihn ausgefochten haben, eine ganze Reihe von technischen Entwicklungen gebracht, die nach Beendigung des Krieges ihre Fortsetzung in der Friedensindustrie gefunden haben, in der Welle dessen, was man damals die Rationalisierung nannte. Wir wissen alle, daß es einen inneren Zusammenhang zwischen der Tatsache gegeben hat, daß man diese Rationalisierungswelle wie einen Sturzbach über die Völker sich ergießen ließ, ohne die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen zur Bewältigung dieser Probleme zu schaffen, daß es einen inneren Zusammenhang zwischen dieser Tatsache, zwischen der Rationalisierungswelle und der Massenarbeitslosigkeit Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre gibt (Beifall). Wer das einsieht, begreift, daß es auch einen Zusammenhang gibt zwischen diesem Problem und dem Heraufkommen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland und damit dem Ausbruch des zweiten Weltkriegs.

Wenn wir hier um diese Dinge ringen, dann ringen wir nicht nur um die Zweckmäßigkeit einer künftigen neuen gesellschaftlichen Ordnung, sondern dann ringen wir damit auch um Krieg und Frieden, das heißt um den Bestand der Menschheit (Beifall). Es darf nicht so werden, daß die technischen Fortschritte des zweiten Weltkriegs, die sich dann im Automationsprozeß ausgewirkt haben, der jetzt die Wirtschaft von immer mehr Ländern erfaßt, sich später auch, weil man nicht rechtzeitig vorausplant, vorausdenkt und voraushandelt, niederschlagen in gewaltig steigenden Produktionsmöglichkeiten auf der einen Seite und Massenarbeitslosigkeit und Massenelend auf der anderen. Wer das nicht will, der muß begreifen, daß es Aufgabe gestaltender Wirtschaftspolitik, Aufgabe der gestaltenden Kräfte in der Gesellschaft ist, dafür zu sorgen, daß die technischen Errungenschaften mit dem zu erwartenden Warenstrom auf der anderen Seite auch die ständig aufnahmebereite, kaufkräftige Nachfrage finden.

Und hier besteht ein innerer Zusammenhang — Herbert Wehner wies eben schon darauf hin — zwischen dem Problem der Automation und dem, was uns unter dem Stichwort der Sozialreform bewegt. Das ist mehr als eine Frage

der Lohnpolitik, das ist auch mehr als eine Frage zusätzlicher Freizeit. Der Warenstrom der automatisierten Produktion z. B. erlaubt nicht nur, sondern er wird erzwingen, wenn wir nicht in ihm ersaufen wollen, eine Versorgung der Alten, die garantiert, daß auch die Alten beim Ausscheiden aus der Produktion nicht wie bisher aus der Verbrauchersphäre ausscheiden, sondern daß sie drinbleiben (Beifall).

Ein anderes Problem in diesem Zusammenhang: Otto Bauer hat zur ersten Rationalisierungswelle ein kluges Buch geschrieben und hat darauf hingewiesen, daß sich privatwirtschaftlich das Rationalisieren für manchen Unternehmer lohnt, daß aber, wenn die Gesellschaft einen Konstruktionsfehler hat, diese privatwirtschaftlich rentable Rationalisierung für die Gesellschaft eine sehr teure Angelegenheit wird, wenn nämlich die Ersparnisse des einzelnen Betriebs niedriger sind als die Kosten, die die Gesamtgesellschaft für den Unterhalt der Arbeitslosen, für Umschulung, Umsiedlung und ähnliches aufwenden muß. Auch daraus sehen wir, daß wir den Automationsprozeß nicht einfach blind wie ein Naturgeschehen hinnehmen können, sondern daß dafür gesorgt werden muß, daß die gesamten gesellschaftlichen Auswirkungen dabei beobachtet werden, damit er sich nicht zum Nutzen der wenigen, sondern zum Nutzen der vielen auswirkt.

Dann ist hier mit Recht auf das Entstehen neuer Machtpositionen hingewiesen worden, auf Macht nicht nur zentral beim Staat, sondern auf die genauso, vielleicht noch gefährlicher wirkende unkontrollierte Macht in den Händen sehr weniger einflußreicher Privatpersönlichkeiten! (Sehr gut!) Überall — das haben wir bei einem anderen Thema gestern diskutiert — ist es unsere Aufgabe, die Aufgabe derer, die über die Freiheit wachen, daß dort, wo Macht entsteht, auch das Instrumentarium geschaffen wird, um die neu entstehende Macht zu kontrollieren, und zwar von Anfang an (Beifall).

Hier war in der Diskussion um das Eigentum schon die Rede von dem spaltbaren Material. Es geht doch nicht nur um die Gefahr, die daraus entsteht, daß derartige Rohstoffe Energie produzieren können oder unter Umständen auch Atombomben, sondern es geht auch um die Gefahren für die Gesundheit unserer Mitmenschen, die nur dadurch abgewendet werden können, daß von Anfang an eine wirklich ernsthafte öffentliche Aufsicht dafür sorgt, daß das Profitstreben seine Grenzen in dem Interesse der Allgemeinheit, an der Gesunderhaltung unserer Menschen findet.

Noch vieles wäre hier zu sagen. Ich will zum Schluß nur noch auf ein Problem aufmerksam machen. Es war die Rede von Erziehung, Forschung und Lehre. Das bedeutet unter anderem eine Unterstützung unserer Forderung nach dem 9. Schuljahr. Denn die Stofffülle in der Schule ist heute schon so groß, daß sie in der bisherigen Schulzeit nicht mehr bewältigt werden kann. Aber, Genossinnen und Genossen, eines muß ganz klar sein. Wir meinen damit nicht nur die technische Ausbildung, wir meinen nicht nur die Ausbildung dazu, in der automatisierten Produktion nützliche Dienste zu leisten, wir wollen nicht nur Fachidioten ausbilden — um das Wort noch einmal zu bringen —. Sozialismus ist mehr als rationell betriebene Schafzucht. Uns geht es um den ganzen Menschen, um die Entwicklung seiner Persönlichkeit (Beifall), um die Freiheit der Wissenschaft, nicht nur, weil dann vom Baum der Wissenschaft bessere Äpfel gepflückt werden können, sondern weil sie überhaupt aus Prinzip sich frei entwickeln können muß. Uns geht es auch um die Freiheit

der Kunst, uns geht es darum, daß die Menschen auch wieder ein Verhältnis zur Kunst als Ausdrucksmittel ihrer Zeit gewinnen, auch ein Verhältnis zu den schönen Dingen des Lebens. Uns geht es um das Menschenbild, um das schöne Wort von Erwin Welke aufzugreifen. Wir wollen, daß der Mensch sein Leben selbst gestalten kann, und zwar in seiner ganzen bunten Fülle. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat Walter Krause-Mannheim. Ihm folgt Ludwig Preller-Kassel.

Walter Krause (Mannheim): Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen! Die Referate von Leo Brandt und Carlo Schmid haben den Delegierten dieses Parteitags bewußt gemacht, daß Wandlungen von weltweiter Bedeutung im Gange sind, Wandlungen, die wir heute erst zu einem Teil überschauen, die wir in weiten Teilen in ihrem vollen Ausmaß aber noch nicht abzuschätzen vermögen. Klar ist der Trend, daß immer mehr Arbeit der Vorbereitung, der Planung, der Rechnung, der Konstruktion dient, daß der Anteil der ausführenden Arbeit immer weniger wird. Nicht sicher sind wir über das Ausmaß der Umschichtungen, die sich in den Betrieben ergeben werden, und nur tastend können wir die Umschichtung der Gesellschaft abzuschätzen versuchen. Aber wir wissen eines, wir wissen, daß die Entwicklung sich überstürzt, daß sie mit einem noch unglaublichen Tempo über uns herfällt und daß es sehr wohl zu spät sein kann mit der Erkenntnis und dem Ziehen von Folgerungen.

Ein ganzes Bündel von Problemen wird vor uns ausgebreitet, ein Bündel von Problemen, von denen jedes einzelne eine gründliche Untersuchung erfordert. Heute, auf dem Parteitag, können wir sie nur in großen Zügen diskutieren und einige Anregungen dazu geben.

Die erste Aufgabe, die vor uns steht, ist, Klarheit zu gewinnen, Klarheit über Art und Umfang der Entwicklung und über die Tendenzen dieser Entwicklung. Die zweite Aufgabe ist, praktische Folgerungen zu ziehen, das, was heute hier gesagt worden ist, in konkrete Anträge umzumünzen, daraus konkrete Vorschläge zu machen. Das wird heute auf dem Parteitag nicht möglich sein, das erfordert Kommissionsarbeit. Insofern ist ein erster Anfang mit dem Antrag 102 gemacht, der dem Parteitag vorliegt, und mit der Anregung des Genossen von Knoeringen auf eine gemeinsame Konferenz der Abgeordneten der Landtage und des Bundestags.

Ich möchte noch auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der mir in den Erörterungen nicht von ungefähr aufzutauchen scheint: Es ist die Frage der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik. Sie kommt gar nicht zufällig in diese Debatte herein. Denn tatsächlich ist es doch so, daß alle Konsequenzen oder ein Großteil der Konsequenzen auf dem Gebiet der Kulturpolitik zu ziehen sind, für das in der Bundesrepublik die Länder zuständig, und die Zuständigkeiten des Bundes im Grundgesetz sehr beschränkt sind. Auf der anderen Seite ist im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern eine Regelung getroffen, die vielleicht in Widerspruch mit dieser Verteilung der Zuständigkeiten gerät. Auch diese Frage muß in diesem Zusammenhang erörtert werden. Ich

möchte behaupten, daß die Lösung dieser Fragen nicht allein dadurch erschwert ist, daß die Bundesregierung hier untätig ist oder „daß ihr vielleicht die ganze Richtung nicht paßt“. Es werden auch eine ganze Reihe objektiver Schwierigkeiten im Wege sein, die wir zu überwinden haben. Ich möchte das an zwei Beispielen deutlich machen:

Das eine ist das Thema „Technischer Nachwuchs“. Nachdem der Verein Deutscher Ingenieure mit seiner Denkschrift die Öffentlichkeit auf den großen Mangel an Ingenieuren und Technikern in der Bundesrepublik aufmerksam gemacht hat, war es das Verdienst Waldemar von Knoeringens und der bayerischen Landtagsfraktion der SPD, diese Frage in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gebracht zu haben. Wir haben gleiche Debatten in den anderen Ländern geführt, in Baden-Württemberg z. B. und in anderen Landtagen mit — man mag sagen — zunächst bescheidenen Ergebnissen. Auch die Kultusminister haben darüber debattiert und kamen zu der Erkenntnis, daß es gemeinsamer Anstrengungen des Bundes und der Länder bedarf. Und was ist im Bundestag geschehen? Einige Genossen, die aus dem Bundestag kommen, haben es hier schon gesagt: Die Antwort des Bundesinnenministers auf die Großen Anfragen im vergangenen Monat war eine Antwort von lakonischer Kürze: „Der Bundesregierung sind die Schwierigkeiten bekannt, sie ist dafür jedoch nicht zuständig und kann deshalb auch nichts tun.“ Wenn bei einer Frage von weltweiter Bedeutung solche Antworten gegeben werden, können wir uns damit nicht abfinden, sondern müssen nach Wegen suchen, um auch den Bund einzuschalten mit seinen ganz anderen finanziellen Möglichkeiten, die hier eingeschaltet werden müssen.

Das andere Thema, bei dem wir zu ähnlichen Ergebnissen kommen, ist das Thema der Begabtenförderung. Hier ist gesagt worden, daß sich in der Bundesrepublik 22 verschiedene Stellen darum bemühen. Diese Zahl ist wahrscheinlich zu niedrig; es gibt eine noch größere Zahl privater Institutionen, die auch Stipendien geben. Es fehlt an der Koordinierung, und vielfach weiß eine Stelle nicht, was die andere tut. Das Bemühen um eine Koordinierung ist an der und jener Hochschule vorhanden. Aber man kann natürlich nicht alles erfahren. Aus der Praxis kann ich nur sagen: Das Schwierigste ist das Suchen nach der geeigneten Quelle, die im Einzelfall zuständig ist. Dem einen kann man mit dem Bundesversorgungsgesetz helfen, dem anderen mit der Ausbildungsbeihilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz, der dritte kommt in den Genuß der „Studienstiftung des Deutschen Volkes“, der vierte hat das Glück, in einem Land zu sein, in dem es eine ausreichende Begabtenförderung gibt — in Baden-Württemberg haben wir dafür einen relativ hohen Betrag im Haushalt —, der fünfte hat das Glück, in einer Gemeinde zu sein, die viel dafür tut. Aber viele, viele haben das Pech, daß sie weder bei der einen noch bei der anderen Stelle zum Zuge kommen. Das ist das große Übel bei der Begabtenförderung. Ich glaube nicht, daß man alles in einen Topf werfen kann; dann werden die Spender, die das Geld geben, nicht mehr bereit sein, diese Mittel aufzuwenden. Wenn man das Problem wirklich lösen will, muß der Bund mit nennenswerten Beträgen einsteigen, mit Beträgen, mit denen man das Niveau der Begabtenförderung spürbar heben kann. Daß heute das Werkstudententum in der Bundesrepublik ein sehr großes und bedenkliches Ausmaß hat, ist bekannt. Um so nötiger ist, die zutreffenden Maßnahmen zu koordinieren und gemeinsame Lösungen zu finden.

Ich möchte mit diesen beiden Beispielen dartun, daß die zur Diskussion gestellten Probleme aus der Sicht des Bundes *und* der Länder gesehen werden müssen, daß dazu gemeinsame Beratungen der Abgeordneten der Parlamente des Bundes und der Länder dringend notwendig sind. Ich bin der Meinung, daß der Vorschlag von Knoeringens ein ausgezeichneter Vorschlag ist und daß er *den* konkreten Weg zeigt, auf dem wir vorangehen müssen. Je mehr die Bundesregierung diese Fragen vernachlässigt, um so mehr müssen wir der deutschen Öffentlichkeit die Verantwortung bewußt machen.

Der künftige Parteivorstand muß die Initiative ergreifen, um diese Gespräche und diese Beratungen herbeizuführen, damit wir über den Anruf der deutschen Öffentlichkeit hinaus, der von diesem Parteitag ausgeht, in Kürze schon konkrete Wege aufzeigen, gründlich durchdachte Anträge stellen und sie in einer koordinierten Aktion in den Parlamenten in Bund und Ländern durchsetzen können (Beifall).

Vorsitzender von Knoeringens: Das Wort hat Prof. Ludwig Preller, Stuttgart. Ihm folgt Eichler, Bonn.

Ludwig Preller (Stuttgart): Liebe Genossinnen und Genossen! Die großartigen Referate, die wir heute morgen gehört haben, und die Diskussion, haben, glaube ich, völlig klargestellt, daß es der arbeitende Mensch ist, der durch diese Revolution ergriffen wird und der in dieser Revolution steht. Von dieser Tagung muß — das ist schon ausgedrückt worden — eine Welle der Erörterung, der Diskussion, nicht nur in der Partei, sondern weit über die Partei hinaus, ausgehen. Soweit der Sozialpolitische Ausschuß der Partei in Betracht kommt, werden wir uns dort dieser Dinge ganz intensiv anzunehmen haben, weil es sich um Fragen handelt, die gerade auf das Gebiet der Sozialpolitik sehr stark ausstrahlen.

Jetzt und hier können nur einige Schlaglichter auf das geworfen werden, was dabei zu erörtern ist. Zuvor muß man sich klarzuwerden versuchen, welche Unterschiede zwischen der ersten und der zweiten industriellen Revolution bestehen, soweit der arbeitende Mensch selbst in Betracht kommt. Mir scheint, der Unterschied für den arbeitenden Menschen ist darin zu suchen, daß die erste industrielle Revolution die Technik der Hand in die Technik der Maschine überleitete und den arbeitenden Menschen dabei nur als einen Teil dieser Maschine und Apparatur behandelte, als eine Kalkulationsgröße, wie die sachlichen Produktionsmittel. Nun aber, in der zweiten industriellen Revolution, wird weder die Hand, werden auch nicht mehr die Sinne des Menschen — wie Pollock sagte — gebraucht, aber um so mehr der Intellekt des arbeitenden Menschen. Der arbeitende Mensch kann damit Herr der Teile des Produktionsprozesses werden, mit denen er es zu tun hat. Dazu muß er aber etwas können, mehr können als bisher. Es ist hier bereits von der Notwendigkeit verbesserter Berufsausbildung gesprochen worden; ich mag das nicht wiederholen. Mir erscheint es nur wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Berufsausbildung der Arbeiterschaft für die automatisierten Betriebe umfassend sein muß. Wir werden uns ein so aufgesplittertes Spezialistentum wie bisher nicht weiter leisten können; wir brauchen umfassend, voll ausgebildete Facharbeiter für diese automatisierten Betriebe. Dieser Facharbeiter für den

automatisierten Betrieb wird — das ist auch anderweitig schon festgestellt worden — eine Art Techniker sein müssen. Die Folgerungen, die daraus für das Schulwesen, für das Ausbildungswesen zu ziehen sind, sind hier erörtert worden; ich brauche darüber nicht zu sprechen.

Mir liegt an etwas anderem. Mir scheint, daß wir uns nicht dem verhängnisvollen Irrtum hingeben sollten, etwa zu glauben, mit der Automatisierung verschwände jede Arbeit heutiger Art. Es gibt amerikanische Berechnungen; ich weiß nicht, ob sie stimmen. Danach ist jedenfalls für die USA berechnet worden, daß etwa 25% der Arbeiterschaft von dieser Automatisierung ergriffen werden können und daß die restlichen 75% zwar noch stärker mechanisierte Betriebsarbeit leisten würden, aber jedenfalls nicht in Betrieben, in denen eine Automatisierung möglich ist. Man wird somit auf der einen Seite hochqualifizierte Fachkräfte in den automatisierten Betrieben haben und andererseits in den sonstigen mechanisierten Betrieben Teilnehmer der heutigen Art. Vom soziologischen Standpunkt aus heißt dies nichts anderes, als daß neue Schichtungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft entstehen und daß die Klassenbegriffe klassischer Art neu durchdacht werden müssen in bezug auf diese Situation. Das gilt auch — lassen Sie mich das mit aller Deutlichkeit und Offenheit aussprechen — für die Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern. Ich weiß nicht, ob die Schicht der Angestellten so stark wachsen wird, wie Carlo Schmid annahm. Das werden wir sehen. Aber eines, glaube ich, können wir heute schon feststellen: Begriff und Inhalt der Angestelltentätigkeit werden sich nach Vollendung der zweiten industriellen Revolution weniger noch als heute nach Standesgesichtspunkten richten können, sondern diese Begriffe können sich lediglich nach der Funktion richten, die der Angestellte oder der Arbeiter hat. Das wird für die Angestellten — wie die Arbeitergruppe wechselweise verschiedene Auswirkungen haben. Damit erhebt sich nun endgültig die Frage, ob Angestellte und Arbeiter weiterhin lediglich nach dem Katalog eines Paragraphen eines Versicherungsgesetzes geschieden werden können.

So wie der Unterschied zwischen der Angestelltentätigkeit und der Arbeitertätigkeit neu durchdacht werden muß, muß man auch erkennen, daß sich jene Kluft zwischen den Facharbeitern der automatisierten Betriebe und den Arbeitern der anderen Betriebe auf tun kann und wird. Leo Brandt mußte ja leider auch darauf aufmerksam machen, daß die Gefahr besteht, daß die Bundesrepublik heute schon im Bereich der Automatisierung rückständig ist. Stimmt dies, dann könnte die deutsche Arbeiterschaft international gesehen einmal sogar zu den Ausgeschiedenen der zweiten industriellen Revolution gehören. Dagegen müssen wir uns rechtzeitig wenden.

Ein anderes: Carlo Schmid hat Pollock zitiert, der sagte: „Der Angestellte wird im automatisierten Betrieb künftig die Zeitung lesen können, bis er irgendwie gebraucht wird.“ Pollock hat noch weitere Äußerungen dieser Art gemacht. Genossen und Genossinnen, ich möchte davor warnen, diese Tätigkeiten in der automatisierten Fabrik zu unterschätzen, sie für wenig anstrengend für Geist und Seele des Menschen zu halten. Im Gegenteil, ich glaube, daß auch bei einer sehr verkürzten Arbeitszeit trotzdem die Anstrengung größer sein wird als in der längeren Arbeitszeit heute; und da liegen wieder die Zusammenhänge zwischen Sozialreform und den Gesundheitsfragen, die ich gestern behandelt habe, und dieser Automatisierung.

Ein anderes: Carlo Schmid hat mit Recht am Ende seines Referates von den Fragen der Bildung gesprochen. Dabei fiel mir ein und auf: auch der Liberalismus hat damit begonnen, der Arbeiterschaft Bildung zu empfehlen. Bebel z. B. ist seinerzeit aus einem Arbeiterbildungsverein hervorgegangen. (Glocke.) Der Liberalismus wollte durch Bildung den Arbeiter in den Stand setzen, mehr in der Fabrik leisten zu können. Was Carlo Schmid heute hier gefordert hat, ist dagegen eine Bildung, die nicht mehr nur der Hebel für das persönliche Fortkommen sein soll, sondern sozialistisch wird nun eine Bildung gefordert, die zur schöpferischen Einordnung der Persönlichkeit in die Gemeinschaft beitragen soll.

Da das Glockenzeichen ertönt ist, will ich von der Arbeitslosen- und der Lohnfrage hier nicht sprechen. Lassen Sie mich eines nur zum Abschluß noch sagen! Die zweite industrielle Revolution kann den Menschen zu einem Roboter entwürdigen; das liegt auch in ihr. Sie kann aber, wie ich eben sagte, den Menschen auch anregen zum schöpferischen Mittun, d. h. zur vollen Entfaltung seiner selbst. Ein wenig ist mir heute zuviel von Ratio und Verstand gesprochen worden. Aber Theodor Heuss hat, wie mir vorhin gesagt worden ist, irgendwann einmal gesagt, das Elektronengehirn könne eines nicht: es könne nicht träumen und es könne nicht phantasieren. Ich glaube, das ist ein rechtes Wort zur richtigen Zeit. Wir sollten uns daran erinnern, daß wir trotz aller Automatisierung, trotz aller Rationalisierung das Selbst, die Persönlichkeit, nicht vergessen dürfen. (Glocke.) Das heißt — lassen Sie mich das am Ende aussprechen — eine Persönlichkeit, die bereit ist, sich nicht nur an materielle Dinge zu halten, sondern die weiß, daß es neben den materiellen metaphysische Dinge gibt, jene Dinge, die man nur noch ahnen kann im Verhältnis des Menschen zum Kosmos.

Weil die zweite industrielle Revolution droht, eventuell ein Werk nur von Technokraten, von Managern zu werden, deshalb muß sie — das haben wir gehört — sozialistisch angepackt werden. Und das heißt: die zweite industrielle Revolution kann, Genossinnen und Genossen, nur dann ein Segen für die Menschheit werden, wenn sie nicht nur eine Revolution der menschlichen Verhältnisse wird, sondern auch eine Revolution des menschlichen Verhaltens zueinander, des demokratischen Verhaltens zueinander von Menschen, die zueinander stehen und umeinander wissen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Willi Eichler. Ihm folgt Philipp Brück, Koblenz.

Willi Eichler (Bonn): Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben heute in den beiden ausgezeichneten Referaten die zweite industrielle Revolution vom sozialistischen Gesichtspunkt aus dargestellt bekommen. Ich habe inzwischen in einer Zeitung den Standpunkt eines Liberalen zur Sozialpolitik gelesen. Man soll sich über Zeitungen nicht aufregen: Aber ich muß sagen, ich habe es diesmal nicht fertiggebracht.

Prof. Hayek — er ist weit bekannt — hat in Zürich eine Rede gehalten. Er hat sich dort erregt über die „Abwertung der Moral durch den Begriff des Sozialen“. Früher — so sagte er — hätte man sich unter sozial vorgestellt, daß man schwachen Leuten, die sich nicht selber helfen können, helfen muß. Heute aber seien soziale Begehren häufig ein Ausdruck des Neides, und indem

das Individuum sich einer sozialen Forderung unterordnet, ersterbe das Verantwortlichkeitsgefühl. Die Ideale der Freiheit, der Unabhängigkeit, des Respekts, der Persönlichkeit seien angeblich zurückgedrängt durch die Scheinmoral des Sozialen.

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, der Mann ist kein Einzelgänger, und wir sehen hier, in welch unerträglicher Weise das, was uns hier vor-schwebt, herabgewürdigt wird; denn wenn die Schwachen sich damals nicht selber helfen konnten und niemand ihnen half — wer sollte ihnen helfen als sie sich selber? Staat, Wissenschaft und Kirche in ihrer Dreigestalt haben es damals nicht verstanden oder nicht gewollt, ihre Verpflichtung, die sie der Freiheit der Persönlichkeit gegenüber haben, einzulösen, und zwar im wesentlichen, weil sie im wesentlichen mit Freiheit und Persönlichkeit der herrschenden Klassen beschäftigt waren. Gerade in damaliger Zeit haben Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle auf die Notwendigkeit der Verbindung von Wissenschaft und Politik hingewiesen. Die sozialistische Bewegung inspirierte und organisierte nicht Neid, sondern die unverschuldete erbärmliche Not in einem scheußlichen System. Das stand an der Wiege des modernen Sozialismus. Und diese Bewegung zu diffamieren zu suchen durch den Hinweis auf Neid und angebliche Verantwortungslosigkeit und Lust am Dirigieren, dazu, scheint mir, gehört die ganze arrogante Unkenntnis eines Menschen, der glaubt, er sei ein Liberaler, der vor der eigenen Persönlichkeit die der anderen nicht mehr sieht. Das alles ist zudem in einer Sprache geschrieben, die schon im Jahre 1850 als überholt gelten mußte.

Genossinnen und Genossen! Der Kampf der Arbeiterklasse hat die Würde des Menschen, seine Freiheit und die Gerechtigkeit eigentlich erst wieder ins rechte Licht gerückt. Er hat sie erst aus ihrer ideologischen Verhüllung befreit. Und nun tauchen selbstverständlich neue Probleme auf, vor denen wir stehen, und neue Aufgaben, die vorher nicht da waren. Es ist ja schon gesagt worden, daß sie nicht eisern genug und schnell genug angefaßt werden können. Die schlimmste Ausrede, die hier vorgebracht werden könnte, ist die der fehlenden Zuständigkeit oder der angebliche Mangel an Geld. (Richtig!) Hier scheint mir nun die Notwendigkeit der Bildung und der politischen Bildung geradezu an die erste Stelle gerückt zu sein. Wir brauchen eine technische Bildung, weil die Wirtschaft sie braucht. Wir brauchen eine *politische* Bildung, weil die *Demokratie* sie braucht, sie notwendig und dringend braucht zur Möglichkeit der Kontrolle offener und versteckter Machtgruppen. Und nicht einmal die technische Erziehung ist, wie wir gehört haben und wie wir alle wissen, heute geleistet worden, weil eine geradezu metaphysisch irrsinnige Furcht vor der Planung die Leute gehindert hat, selbst solche Investitionen vorzunehmen, die sich, wie wir gehört haben, sogar noch besser rentieren als die Investitionen, die man heute gemeinhin vorgenommen hat. Wir haben heute durch die neue Entwicklung immer mehr freie Zeit zu erwarten. Es wird eine längere Schulzeit geben. Es wird eine andauernd wachsende Arbeitszeitverkürzung geben.

Und nun ist gestern gefragt worden: Sollen wir eigentlich immer betonen, wie notwendig für uns die Freiheit ist? Sollte das nicht eigentlich bei dem Leumund, den wir haben, selbstverständlich sein? Genossinnen und Genossen! Mir scheint das keineswegs selbstverständlich. Gerade weil in der zweiten Revolution die Planung noch reichlich viel mehr vonnöten und unerlässlich

ist, besteht die Gefahr, daß auch das über die Planung Notwendige hinaus geplant wird.

Es ist von Carlo Schmid auf gemeinsame Tendenzen der modernen Technik und der Systeme der Diktatur hingewiesen worden. Sie haben etwas gemeinsam, nämlich die Neigung und die Möglichkeit und Fähigkeit, zu organisieren und zu regulieren. Es liegt die Verführung nahe, daß man auch den Menschen, weil die Normierung und Typisierung bei Autos von Nutzen, notwendig und schön ist, zu typisieren und zu normieren versucht. Ich habe noch nicht gelesen, wie viele Typen dafür als Maximum genannt werden und ob es dafür ein Maximum an Lenkbarkeit gibt. Wir sind also immer in Verführung, uns durch genormte Bildung und materiellen Lebensstandard eintullen zu lassen. Hier beginnt die eigentliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus; denn wer die Freiheit riskiert oder aufgibt, weil er glaubt, dafür Sicherheit eintauschen zu können, wird alsbald Freiheit und auf die Dauer auch die Sicherheit verloren haben (Beifall).

Hier liegen unsere Chancen in der Konkurrenz um Asien und Afrika. In dieser Konkurrenz wird es nicht nur darauf ankommen, materiell zu helfen. Es wird darauf ankommen, auch in Freiheit zu helfen und in unseren Demokratien ein Vorbild zu liefern, und ich glaube, es ist richtig, was gesagt worden ist, daß wir in bezug auf Kultur keineswegs übermäßig viel Exportmittel anzubieten haben. Menschen, die einen solchen Kampf führen und solche Mittel zur Aufrechterhaltung der Demokratie und ihrer eigenen Persönlichkeit aufbringen wollen, müssen überzeugt sein, daß der Sinn des Lebens nicht der Profit ist, daß der Mensch nicht lebt, um zu essen, sondern daß er ißt, um leben zu können. Der Mensch ist nicht, was er ißt, sondern er ist das als Mensch, was er in Freiheit und schöpferischer Selbstgestaltung aus sich selber macht in Solidarität mit seinen Mitmenschen — trotz oder gerade wegen der zweiten Revolution! (Beifall).

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Philipp Brück. Ihm folgt Willy Brandt-Berlin.

Philipp Brück (Koblenz): Genossinnen und Genossen! „Zweite technische Revolution“ — dieser Ausdruck zur Bezeichnung des heute zur Aussprache stehenden Fragenkomplexes des bevorstehenden Eindringens der Automation in den Produktionsprozeß und in die Betriebs-, Kommunal- und Staatsverwaltungen, hat sowohl von den beiden Hauptreferenten als auch von den Diskussionsrednern die Frage aufwerfen lassen, ob es sich hier nur um eine propagandistische Formulierung handelt, oder ob diese Begriffsbestimmung auch wissenschaftlich fundiert ist. Die Erörterung ist keine müßige Begriffstreiterei, sondern es steht die Frage der Einsicht in das Wesen wirtschaftstechnischer Veränderungen dahinter, die für politische Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung sein kann.

Das Wort Revolution hat einen schimmernden Glanz und birgt für viele eine gewisse Romantik in sich.

Ich bin der Auffassung, daß jede größere Veränderung in der Technik das Ergebnis einer kontinuierlichen Entwicklung ist, von der Erfindung und Einführung des Rades und des Flaschenzuges bis zur heutigen Automation und Auswertung der Atomenergie. Jede Entwicklung vollzieht sich nach be-

stimmten Bewegungsgesetzen, die es zu entdecken gilt, wenn man die Vergangenheit verstehen, die Gegenwart erkennen und die Zukunft gestalten will. Aus der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen sind die treibenden Kräfte zu erkennen, um sie politischer Zwecksetzung nutzbar machen zu können. Jede Entwicklung ist bis zu einem gewissen Grade vorausschaubar. In dem Heute sehen wir schon das Morgen.

Jede gehemmte Evolution muß nun früher oder später zu einer Revolution, d. h. zum gewaltsamen Einbruch der gestauten Kräfte führen, die nun plötzlich umgestalten, was sich in längeren Zeiträumen ohne größere Erschütterungen und in allmählicher Folge durchgesetzt hätte.

Darum ist es für die Partei lebensnotwendigstes Erfordernis, in größerem Maße als bisher im Zeitalter der Automation und Atomenergie, die wissenschaftlichen Grundlagen zu überprüfen und durch Förderung der theoretischen Forschung eine zuverlässige Prognose zu ermöglichen, durch deren Auswertung eine erfolgreiche Politik auf die Dauer allein in der Zukunft getrieben werden kann.

Die technische Revolution erfordert auch eine Revolutionierung unseres gesamten Denkens. Es ist höchste Zeit, daß wir uns endlich ein richtungweisendes Programm nach 10 Jahren schaffen. Das Aktionsprogramm kann es nicht ersetzen. Es gibt nur Richtlinien für unser nächstes Tun. Politik aus dem Tage für den Tag machen heißt in den Tag hinein politisieren.

Am Beginn der ersten technischen Revolution, als sich die ersten Keime der kommenden Entwicklung zeigten, stand Karl Marx und hat das Bewegungsgesetz des modernen Kapitalismus enthüllt, das nach 100 Jahren noch gilt. Die Kapitalkonzentration — vergessen wir es nicht — hat erst die wirtschaftliche und finanzielle Grundlage geschaffen, ohne die es keine Auswertung der Automation und Atomenergie gäbe. Wir waren damals politisch noch zu schwach, um zu verhindern, daß aus dem Triumphzug der Technik ein Trauerzug für die Arbeitnehmer der Übergangszeit wurde.

Am Beginn der zweiten technischen Revolution hoffen wir, daß ein großer Teil des Gedankengutes, des Künders der I. Revolution, auch im künftigen Parteiprogramm verankert werden muß.

Die Referate haben gezeigt, daß wir nicht gewillt sind, uns von der technischen Entwicklung überraschen zu lassen. Wir werden uns nicht willenlos von ihr treiben lassen und damit ihr Opfer werden.

Automation und Atomenergie sind für uns unentrinnbares Schicksal geworden. Die Art, das Tempo, die Formen des Einsatzes müssen wir zu bestimmen suchen.

Diese Entwicklung liegt auf dem Wege zum Sozialismus. Jedoch muß eine technische Revolution nicht zwangsläufig zu einer fortschrittlichen, politischen und sozialen Umgestaltung führen.

Sie kann auch, wenn wir nicht stark und wachsam bleiben, die restaurativen Kräfte stärken. Sie können sich alles beherrschende wirtschaftliche und politische Machtpositionen aus dieser Entwicklung schaffen, aus denen sie unvertriebar sind. Das Wort von der Notwendigkeit, mit der der Sozialismus kommen muß, bedeutet keine zwingende, automatische — unser Kampf wäre sonst überflüssig —, sondern Vernunftsnotwendigkeit. Es ist eine Frage des Über-

lebens und besagt nichts über den Ausgang des Kampfes. Die Verwirklichung des Sozialismus kann nur das Werk der Sozialisten sein.

Wenn die Regierung Adenauer bisher nichts unternommen hat zur Lösung des Problems der Automation und Atomenergie, so darum, weil sie keine Gedanken hat und weil sie bewußt durch „ihre Außenpolitik“ das deutsche Volk ablenken will, sich mit dieser Frage zu befassen. Die deutsche Unternehmerschaft, das englische und amerikanische Kapital haben bereits ihren Feldzugsplan entworfen.

Was uns hier als Preissteigerung entgegentritt, ist der Versuch, durch Drosselung des zivilen Verbrauchs sich die Rohstoffe und die Kapitalmittel zu beschaffen und zu sichern. Denn Erhaltung des heutigen Lebensstandards und Einführung der Automation und Nutzbarmachung der Atomenergie, sowie Aufrüstung zugleich, ist bei unserem Rohstoff- und Finanzpotential gleichzeitig nicht möglich.

Wenn wir unsere historische Aufgabe erfüllen wollen, muß der Parteitag auch eine Wende in unserem theoretischen Denken und praktischen Handeln bringen, eine Wende im inneren Klärungsprozeß der Partei.

Wir müssen zu der grundsätzlichen Erkenntnis kommen, daß es künftig nicht mehr damit getan ist, im kapitalistischen Hause da und dort eine schadhafte Ecke auszubessern oder eine komfortablere Wohnung zu besitzen. Der vollkommene Neubau der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus ist erforderlich. Nur die sozialistische Gesellschaft kann Atomenergie und Automation planvoll in ihre Wirtschaftsordnung einbauen, unter Wahrung der persönlichen Freiheit, sozialen Sicherheit und Lebensstandarderhaltung und -erhöhung. Nur sie kann es schaffen, daß die technische Revolution zum Segen der Menschheit und nicht zu ihrem Fluche gereiche! (Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Willy Brandt, Berlin.

Willy Brandt (Berlin): Liebe Genossinnen und Genossen! Ich muß mich auf zwei bis drei Randbemerkungen zu dem umfassenden Problembereich beschränken, der heute morgen durch die beiden Referate vor uns ausgebreitet worden ist. Das erste ist dies: Ganz anders als Ende der 20er und zu Beginn der 30er Jahre besteht unsere Sorge heute und morgen in Deutschland und in Europa nicht darin, fragen zu müssen, was aus dem sogenannten akademischen Proletariat wird, sondern die Sorge besteht darin, wie wir in der Lage sein werden, eine genügend breite Schicht umfassend ausgebildeter Menschen zu haben, und zwar nicht nur Ingenieure und Mathematiker, sondern neben den Naturwissenschaftlern auch humanistisch und allgemein gebildete Menschen, auf die die Gesellschaft von morgen zurückgreifen kann (Beifall). Die Gesellschaft, von der heute andeutungsweise gesprochen worden ist, und die Wissenschaft, auf der sie fußt, werden viel weniger als in der Vergangenheit geprägt sein durch die geniale Einzelpersönlichkeit als durch das Team-work,

das Zusammenwirken, das Zusammenarbeiten, das aber auch für den gesamten gesellschaftlichen Prozeß die entscheidende Bedeutung erlangt und erlangen muß, wenn wir völlig unmögliche gesellschaftliche Verzerrungen verhindern, mit den freiheitsgefährdenden Tendenzen des Robotertums fertig werden, die Verselbständigung von Technik und Bürokratie auffangen und etwas dazu beitragen wollen, daß wir zu einer Einheitssicht gelangen in einer Zeit, in der durch die heute besprochenen und andere Entwicklungen die Gefahr des Auseinandergleitens von Einzelmensch und Gesellschaft immer größer wird.

Genossinnen und Genossen! Ich sage, die Sorge wird in dem immer größeren Bedarf an umfassend ausgebildeten Menschen bestehen. Das sagen wir in einer Zeit, in der, wie wir alle wissen, ungeheure Bildungsreserven in unserem Volke brachliegen. Wir kennen die geschichtlichen Gründe und kennen den harten materiellen Zwang, unter dem Arbeiterkinder und Arbeiterfamilien überhaupt standen und stehen, ich habe ihn selbst gespürt. Wir kennen auch heute noch die couleurte Borniertheit an unseren Universitäten (Beifall), die zu einer sozialen Einengung führt. Aber mir liegt daran, und ich bitte um wohlwollende Aufnahmebereitschaft des Parteitags, wenn ich hier auch ein Wort an unsere eigene Adresse, ein Wort an die deutsche Arbeiterbewegung richte. Ist es nicht so, daß neben den anderen angedeuteten geschichtlichen und materiellen Gründen auch in unserer deutschen Arbeiterschaft — verständlicherweise, das ist klar — noch ein gut Stück Voreingenommenheit steckt, und daß Hemmungen da sind, die wir helfen müssen zu überwinden, um den deutschen Arbeiter, den wir vertreten, dahin zu bringen, daß er es nicht mehr als Ausnahme, sondern als Regel betrachtet, daß der begabte deutsche Arbeiterjunge und das begabte deutsche Arbeitermädchen den Weg zur Universität finden (Beifall)?

In diesem Appell liegt der Wunsch, daß auch wir unseren Beitrag zur Brechung des Bildungsmonopols leisten, wo es noch besteht, in dem klaren Bewußtsein, daß in den Hörsälen und Laboratorien weitgehend über die Welt von morgen entschieden wird.

Und das Zweite ist dies: Man hat uns ein gutes Programm vorgelegt über das, was erforderlich ist, um Forschung und Lehre in Deutschland zu fördern. Dazu möchte ich nur einen Punkt unterstreichen und ergänzen, der in dem Programm schon enthalten ist. Wie auch sonst in unserer Partei müssen wir über die Sache hinaus an den Menschen denken, an den unter unwürdigen Verhältnissen lebenden 28- bis 30jährigen, verheirateten wissenschaftlichen Assistenten, der unter Hungerbedingungen arbeiten muß (Beifall). Wir haben heute mittag das Telegramm vom VDS, vom Verband Deutscher Studentenschaften, bekommen. Wir haben uns darüber gefreut, und wir sollten das Wort zurückgeben, nämlich das Wort, daß sich dieser Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hinter das Programm stellt, das der VDS kürzlich in Hamburg entwickelt hat und das im Kern nichts anderes bedeutet als daß dem, der dazu geistig in der Lage ist, von der Öffentlichkeit her die Möglichkeit geboten wird, zu studieren. Wir haben uns unter unseren besonderen Berliner Bedingungen bemüht, ein Stipendienwesen zu entwickeln, das über die gegenwärtigen Möglichkeiten im Bund hinausgeht. Ein Bürokrat in einem der zuständigen Ministerien in Bonn hat dazu jüngst gesagt: Möge es uns erspart

bleiben, daß das sozialistische Förderungsparadies aus Berlin auf den Bund übernommen wird. (Hört, hört!) Dann müßte man emigrieren! — Soll er emigrieren! (Beifall.)

Vielleicht hat Franco noch Platz für ihn (Heiterkeit).

Und ein Letztes: Wir spüren heute, an diesem Tage, stärker als in unserer täglichen Arbeit, wie sehr und wie streng unser ganzes Denken und Handeln in dieser Zeit unter dem Zwang der Wissenschaft steht. Das bedeutet auch, liebe Genossinnen und Genossen, eine harte Forderung an uns selbst. Die Politik ist und bleibt der Kompaß und der Koordinator, aber es ist völlig abwegig, zu glauben, daß zu allem anderen Fachwissen gehöre, nur nicht zur Politik. Der geistige Normalverbraucher mag anderen willkommenes Stimmvieh sein; er ist das Gegenteil einer sozialistischen Idealfigur (Beifall). Ich wäre von Herzen froh, wenn von diesem Parteitag aus etwas ausginge, einerseits in unsere Parteiorganisation hinein, und ihren Blick weitete, aber auch hinaus in das Lager der deutschen Wissenschaft und des geistigen Deutschlands überhaupt in dem Sinne, daß diese Schicht, um die es geht, spürt, daß wir sie nicht als Werkzeug, als technische und wissenschaftliche Kulis wollen, sondern daß wir sie als Bundesgenossen wollen (Beifall). So, wie der Sozialismus entstanden ist als ein Bündnis der Denkenden und der Leidenden, ein Bündnis, das in dieser Zeit viel zwingender geworden ist, und wir sollten wissen, daß die sozialistische Bewegung geschichtlich daran gemessen wird, ob sie dieses Bündnis der Denkenden mit der leidenden Menschheit weiter zu entwickeln und zu vollenden imstande sein wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Zur Geschäftsordnung hat der Genosse Karl Delorme, Mainz, das Wort.

Karl Delorme (Mainz): Genossinnen und Genossen! Ich möchte Schluß der Debatte beantragen. Zur Begründung möchte ich folgendes sagen: Wir hatten heute vormittag zwei Referate gehört, die so vorzüglich und umfassend das gestellte Thema umrissen haben, daß eine Diskussion fast überflüssig gewesen wäre (Widerspruch). Darüber hinaus haben wir in einer mehrstündigen Diskussion noch wesentliche Beiträge zum Thema gehört. Als ich mich jetzt erkundigt habe, mußte ich feststellen, daß noch neun Wortmeldungen vorliegen. Ich glaube, daß sich bei diesen künftigen Diskussionsbeiträgen Wiederholungen kaum werden vermeiden lassen. Ich meine, der Parteitag könnte sich diese im Interesse der Sache ersparen. Ich bitte daher, meinem Antrag zuzustimmen und auf Schluß der Debatte zu votieren (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Will jemand gegen diesen Antrag sprechen? Genosse Hermann Polenz hat das Wort.

Hermann Polenz (Stuttgart): Genossinnen und Genossen! Ich wäre im Prinzip mit dem Antrag auf Schluß der Debatte einverstanden, wenn man sagen könnte, daß wirklich schon alle Probleme, die im Augenblick vor uns stehen, diskutiert worden wären. Ich war vorhin bei dem Genossen von Knoeringen,

um festzustellen, wie viele Diskussionsredner noch gemeldet sind. Ich war aber auch noch aus einem anderen Grunde dort, um festzustellen, ob unter diesen Diskussionsrednern eventuell einer wäre, der in dieser Diskussion die Stellung der Gewerkschaften zu diesen Problemen anschnneiden würde. Genossen! Dazu ist in der Diskussion bis jetzt noch nichts gesagt worden. Ich glaube, daß gerade in dieser Frage noch eine ganze Menge für unsere Genossen in den Gewerkschaften zu sagen wäre. Aus diesem Grunde bitte ich, dem Antrag auf Schluß der Debatte nicht zuzustimmen (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wer dem Antrag auf Schluß der Debatte seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke, ich bitte um die Gegenprobe. — Das Ergebnis ist zweifelhaft, wir müssen auszählen. Ich bitte nochmals: Wer dagegen ist, wolle aufstehen. — (Es wird ausgezählt.) — 96 dagegen. Ich bitte um die Gegenprobe, wer für den Schluß der Debatte ist, den bitte ich, aufzustehen. — (Es wird ausgezählt.) — Danke schön! Mit 110 gegen 96 Stimmen ist der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Damit ist Schluß der Debatte. Ich erteile dem Genossen Prof. Leo Brandt das Wort zum Schlußwort.

Leo Brandt: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben erkannt, daß Ausbildung, Bildung und Forschung die großen Sorgenthemen sind, die uns packen. Wir wissen, daß etwas geschehen muß. Wir müssen daran denken, daß Zehntausende darauf warten, daß ihr Bildungsweg verbessert wird, daß sie zum Beispiel über den zweiten Bildungsweg zur Hochschule kommen können. Wir müssen daran denken, daß Zehntausende deutscher Studenten auf eine wirkliche Verbesserung ihrer Lage warten. Wir müssen handeln und dürfen es nicht nur bei einer Zustimmung zu schönen Zielen belassen. Lassen Sie mich deshalb hier ganz nüchtern zum Schluß den Vorschlag unterstreichen, den Waldemar von Knoeringen gemacht hat. Können wir etwas tun? — Jawohl! Wir können handeln. Wir haben fünf Männer unter uns, die handeln können, das sind die fünf Ministerpräsidenten der SPD in den deutschen Ländern (Beifall). Sie sind dazu in der Lage. Das Grundgesetz gibt ihnen die Möglichkeit. Haben sie ein Recht zu handeln auch aus ihrer Person heraus? Hat nicht Genosse Hoegner in Bayern weit vorausschauend für Forschung und Atomforschung etwas getan? Hat nicht Genosse Zinn in Hessen einen Forschungsrat eingerichtet, der die Dinge dort zusammenfaßt? Hat nicht Genosse Suhr die Fürsorge für die Freie Universität und die Technische Universität in Berlin mit ihren vorzüglichen Einrichtungen? Hat nicht Genosse Kaisen ein Volksbildungswerk in Bremen, wie kaum in einer anderen Stadt? Hat nicht Genosse Steinhoff in Nordrhein-Westfalen die Forschung zusammengefaßt und ein großes Atomprogramm aufgestellt? Haben nicht diese fünf Männer auch aus persönlichem Wirken heraus ein Recht, etwas zu tun? Ja. Wenn wir nun mit den deutschen Ministerpräsidenten, den Kultus- und Wirtschaftsministern zusammen die Aufgaben in die Hand nehmen, dann können wir zumindest klar erkennen, was getan werden sollte. Dann können sie die Aufgaben und Forderungen an den Bundesrat heranbringen und können erreichen, daß dort und im Bundestag ein Ausschuß für die Fragen von Forschung und Ausbildung geschaffen wird.

Genossinnen und Genossen! Es ist außerordentlich wichtig, daß Ausschüsse von verantwortlichen Parlamentariern hinausfahren und sich ansehen, was die anderen Nationen tun. Man wird erstaunliche Feststellungen machen können. Man wird sehen, daß andere Nationen, wie zum Beispiel Frankreich, das genau wie die Bundesrepublik 50 Millionen Einwohner zählt, und England, das ebenfalls 50 Millionen Einwohner hat, und Schweden und Holland Erstaunliches und Hervorragendes leisten. Wenn unsere Parlamentarier das sehen, dann werden sie zu der Überzeugung kommen, daß gehandelt werden muß. Dann wird auch der Bundestag handeln.

Liebe Genossinnen und Genossen! Es kam mir außerordentlich viel darauf an, zu sagen, daß es nicht bei schönen Worten bleiben darf, sondern daß sofort gehandelt werden muß. Wir wünschen uns alle, daß ein wirklicher großer, durchschlagender Erfolg, eine große Veränderung in etwas mehr als einem Jahre erfolgt, dann nämlich, wenn eine deutsche Bundesregierung unter unserer maßgeblichen Leitung sich für die hohen Ziele einsetzt, die heute hier erörtert worden sind: Hilfe für den Menschen — mehr Menschwerden des Menschen — Friede und Freiheit! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Genossinnen und Genossen! Ich erteile das Wort dem Genossen Prof. Carlo Schmid.

Carlo Schmid: Genossinnen und Genossen! Ich will nur einige wenige Worte an Sie richten, weil es sich so gehört, daß man als Referent das Schlußwort spricht, und weil ich Ihnen dafür danken möchte, daß Sie in so ernster und lebendiger Weise an dieser Aussprache teilgenommen haben. Das Thema unserer Referate lautete: Die zweite industrielle Revolution, und manch einer draußen, der uns nicht kennt, wird wohl gemeint haben, wir würden hier nun ein weitgespanntes technisches Gespräch über Maschinen führen. Wir haben über Maschinen und was sie bringen, gesprochen. Aber nach wenigen Sätzen schon war die Debatte zu diesem Thema in diesem Haus eine Bildungsdebatte geworden. (Sehr gut!) Damit ist dieser Kongreß der alten, der Urtradition der deutschen Arbeiterbewegung treu geblieben, denn die deutsche Arbeiterbewegung ist, wenn man auf den Kern ihrer Motive geht, aus dem Bedürfnis der Menschen nach mehr Bildung und damit nach mehr Menschlichkeit entstanden (Beifall). Man hat sehr oft und gedankenlos das Wort nachgesprochen, Sozialismus sei eine Magenfrage; es gehe der Arbeiterbewegung nur darum, höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Freizeit für die Arbeiter zu erkämpfen. Und das nannte man und nennt man unseren „Materialismus“.

Am erstaunlichsten erschien mir dabei immer, daß diese unsere Bestrebungen von Leuten als Materialismus denunziert wurden, die nichts anderes tun, als höheres Einkommen für sich erstreben (Beifall). Genossinnen und Genossen! Diese „materialistischen Bestrebungen“ hatte die deutsche Arbeiterbewegung deswegen auf ihre Plakate — nicht auf ihre Fahnen — geschrieben, weil ohne ein Mindestmaß an Freiheit, an sozialer Bewegungsfreiheit, es dem Menschen nicht möglich ist, seine Existenz ohne Verzicht auf Selbstachtung zu akzeptieren. Aus Gründen der Selbstachtung hat die deutsche Arbeiterbewegung ihre Forderungen erhoben, die man ihr als Materialismus ausgelegt hat! Worum es ihr im Letzten und im Kern ging, und worum es uns heute geht — und

die heutige Debatte hat ja bewiesen, in welchem Maße es uns heute darum geht —, ist, dem Menschen Lebensbedingungen zu verschaffen, die es ihm erlauben, sich ganz zum Menschen auszuformen — nicht nach irgendeiner Willkür des Denkens und Vorstellens, sondern auf Grund eines Wissens dessen, was die Bestimmung des Menschen ist. Und die Bestimmung des Menschen ist es, sein Leben so zu gestalten, daß er es in Freiheit führen kann; mit der Verantwortung dieses seines individuellen Lebens macht er sich fähig, die Verantwortung für seine Mitmenschen mitzutragen.

Die Bestimmung des Menschen ist es, nie zu dulden, daß er als Mittel, als bloßes Mittel für außer ihm selbst liegende Zwecke mißbraucht wird. Und seine Bestimmung ist es, der Versuchung zu widerstehen, sein Wissen — die Macht, die ihm sein Wissen zu geben mag — dazu zu mißbrauchen, Herr über andere Menschen zu werden, Menschen durch Menschen ausbeuten zu lassen. Das hat von Anbeginn die sozialistische Arbeiterbewegung als ihr Wesen und ihren Sinn proklamiert.

Darum freue ich mich über den Verlauf dieses Parteitags. Er hat bewiesen, daß die alten Tugenden der Arbeiterbewegung noch lebendig sind. Er hat bewiesen, daß bei uns nicht alte Schablonen nachgebetet werden, sondern daß aus der Spontaneität unseres Erlebens das, was einst unsere Vorfahren bewegt hat, uns auch — jenseits der Formeln und Dogmen — heute noch zu bewegen vermag und durch uns hindurch die Welt.

Wir sollten aber nicht auseinandergehen, ohne im Rahmen dessen, was uns möglich ist, etwas dazu beigetragen zu haben, daß etwas geschieht. Ich möchte den Parteitag bitten, sich den Vorschlag des Genossen Waldemar von Knoeringen zu eigen zu machen, die Partei aufzufordern, in allen ihren Instanzen im Sinne seines Vorschlages zu handeln (Beifall). Wenn es uns auf Grund Ihres Auftrags gelingen sollte, im September oder Oktober unsere Landtagsfraktionen zusammenzurufen und über sie auf die Regierungen Einfluß zu nehmen, dann werden wir vielleicht eine Kugel ins Rollen gebracht haben, die weitere Kugeln ins Rollen bringen wird. Man muß den Mut haben, auch in großen Dingen klein anzufangen! (Sehr gut!)

Damit möchte ich mein Schlußwort beenden und Sie herzlich bitten, den Anregungen des Genossen Waldemar von Knoeringen — er hat sie nicht als formellen Antrag eingebracht — so zuzustimmen, als hätte er einen förmlichen Antrag an den Parteitag gestellt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Genossinnen und Genossen! Ihr Beifall zu den Schlußanregungen des Genossen Schmid ist gleichzusetzen mit dem Beschluß, den Landtagsfraktionen die Auflage zu machen, daß sie in Bälde zusammenkommen und sich nachhaltig mit diesen Fragen beschäftigen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über Punkt 3 der Tagesordnung. Im Antrag 100 liegt Ihnen eine EntschlieÙung vor. Es war beabsichtigt, am Schluß dieser EntschlieÙung noch einige Ergänzungen anzufügen. Es ist aber nicht mehr möglich gewesen, weil durch die Annahme des Antrags auf Schluß der Debatte dieser Antrag nicht mehr begründet werden konnte. Er enthält aber nur einige Ergänzungen. Ich schlage vor, daß wir den Antrag 100 annehmen,

und, was an Ergänzungen in der einen Entschließung gebracht worden ist, dem Parteivorstand als Material mit übergeben. In der Vorlage ist zugleich Bezug genommen auf die Anträge 18, 38 bis 42 und 82. Diese genannten Anträge wären erledigt, wenn der Antrag 100 angenommen wird. Wir kommen zur Abstimmung.

(Ein Genosse weist aus der Mitte der Versammlung durch Zuruf darauf hin, daß der Antrag 82 nur insofern überholt ist, als er sich auf das Problem der zweiten industriellen Revolution bezieht. Der übrige Teil des Antrags bleibe aufrechterhalten und stehe noch bei Punkt 8 der Tagesordnung zur Debatte.)

Der Antrag 82 hat zwei verschiedene Fragen aufgeworfen. Ein Teil bezieht sich auf diesen Punkt der Tagesordnung, und mit der Annahme dieser Entschließung ist er insoweit dann erledigt. Der zweite Teil kommt später noch zur Sprache.

Wir stimmen also ab über den Antrag 100. Wer seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? Der Antrag ist bei 2 Stimmenthaltungen, sonst einstimmig angenommen.

Nun zum Antrag 101. Er bezieht sich gleichzeitig auf die Anträge 18, 41 u. 42. Die Annahme des Antrags 101 hätte also zur Folge, daß diese genannten Anträge hinfällig werden. Zu diesem Antrag 101 sind einige Veränderungsvorschläge hier zum Schluß nach der Debatte eingereicht worden. Ich habe vorhin schon gesagt, ich bitte damit einverstanden zu sein, daß die neuen Anregungen dem Parteivorstand zusätzlich als Material überwiesen werden. Aber geschäftsordnungsmäßig können wir sie jetzt nicht zur Entscheidung vorlegen. Wer dem Antrag 101 zustimmen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Danke schön! Die Gegenprobe! — Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? Der Antrag 101 ist bei einer Gegenstimme, sonst einstimmig angenommen. Dann kommen wir zum Antrag 102. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke! Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit wäre dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß wir dem Genossen Otto Suhr, Regierenden Bürgermeister in Berlin, folgendes Telegramm schicken:

Lieber Otto Suhr! Der Parteitag bedankt sich herzlich für Deine Grüße. Wir wünschen Dir baldige völlige Genesung und weiterhin erfolgreiche Arbeit.

(Allgemeiner Beifall.)

Ich darf den Beifall so auslegen, daß Sie mit der Absendung dieses Telegramms im Namen des Parteitags einverstanden sind. Ich stelle das fest.

Damit sind wir am Schluß unserer heutigen Beratungen angekommen. Heute abend sind an den den Delegierten mitgeteilten Stellen die landsmannschaftlichen Zusammenkünfte. Ich hoffe, daß sie nicht so lange dauern, daß wir morgen früh hier nicht pünktlich wieder anfangen können (Heiterkeit). Im

übrigen wünsche ich den Veranstaltungen einen guten Verlauf und gutes Wetter für heute und morgen. Morgen früh fangen wir hier um 9 Uhr wieder an.

Wenn neue Vorschläge zur Wahl des Parteivorstandes gemacht werden sollten, möchte ich Sie dringend bitten, diese morgen vormittag, möglichst bis 9 Uhr (Zuruf: 9.30 Uhr), bis 9 Uhr bzw. 9.30 Uhr hier schriftlich einzureichen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 18.30 Uhr)

VIERTER VERHANDLUNGSTAG

FREITAG, DEN 13. JULI 1956

(Beginn der Sitzung: 9.06 Uhr)

Vorsitzender Steinhoff: Ich bitte Platz zu nehmen. Genossinnen und Genossen! Ich eröffne die Sitzung und bitte damit einverstanden zu sein, daß wir zunächst den Arbeitsbericht des Parteivorstands entgegennehmen, dann den Bericht über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion und schließlich abschließend die Wahlen vornehmen. Diese Umstellung ist aus technischen Gründen erforderlich; die Vorstandswahl kann ja erst vorgenommen werden, wenn der Bericht des Parteivorstandes den Delegierten erstattet worden ist.

Damit aber jetzt schon jeder Delegierte weiß, auf welcher Grundlage die Wahl des Parteivorstandes vorgenommen werden muß, werde ich zunächst über Punkt 7a der Tagesordnung entscheiden lassen, das ist Antrag 106. Parteivorstand und Parteausschuß schlagen folgenden Beschluß vor:

Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, fünf besoldeten und 23 unbesoldeten Mitgliedern.

Dieser Beschluß muß an jedem Parteitag neu gefaßt werden, und zwar vor der Vorstandswahl. Die Annahme dieses Vorschlags würde auch bedeuten, daß Antrag 56, der sich auf eine Änderung des Organisationsstatuts bezieht, hinfällig wird.

Wünscht jemand zu diesem Punkt das Wort? — Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung: Wer dem Antrag 106 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Danke. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen 8 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen so beschlossen. — Damit ist, wie schon gesagt, Antrag 56 auch mit erledigt.

Ich bitte, eventuelle Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes, wenn möglich sofort, schriftlich hier einzureichen. Um 9.30 Uhr wird die Liste geschlossen. Wer also noch Vorschläge hat, den bitte ich, so freundlich zu sein, sie sofort schriftlich hier einzureichen.

Wir treten dann in die Beratung der Arbeitsberichte ein; zunächst erteile ich dem Genossen Kukil das Wort.

Arbeitsberichte des Parteivorstandes

Max Kukil—Organisation: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Meine Ausführungen zu Punkt 5a — Organisation — sollen dies im Rahmen dieser Berichterstattung möglich ist, Ergänzungen zu den Veröffentlichungen im Jahrbuch darstellen. Mehr denn je sehen unsere Gegner auf diesen Parteitag und die auf ihm gefaßten Beschlüsse. Das trifft auch für die Organisation zu, weil auf den in den letzten Monaten stattgefundenen Parteitagen anderer Parteien in der Bundesrepublik die Bedeutung der politischen Organisation stär-

ker als sonst hervorgehoben wurde. Die CDU hat in Stuttgart zu erkennen gegeben, daß sie sich bemüht, aus dem Zustand einer Wählerpartei herauszukommen, eine verstärkte Organisation aufzubauen, um dadurch mehr Mitglieder und eine größere politische Stabilität zu gewinnen. Finanzielle Mittel in unbeschränkter Höhe scheinen den politischen Erfolg für die Dauer allein nicht zu garantieren. (Sehr gut.) Deshalb wird bei der CDU unter anderem Wert darauf gelegt, daß, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in allen Bundestagswahlkreisen hauptamtliche Sekretäre tätig sind — ein Zeichen dafür, wie wichtig die bevorstehenden Auseinandersetzungen genommen werden. Auch bei einer Reihe unserer Bezirke sollten Überlegungen angestellt werden, in welcher Form die Zahl unserer Sekretariate vermehrt werden kann, und wie die hauptamtlichen Kräfte in größerem Umfang als bisher vornehmlich organisatorische Arbeiten leisten können. Wir wissen um die Vielfältigkeit der Arbeit in unseren Sekretariaten. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß zur Verbreiterung unserer Idee, zur Gewinnung von neuen Wählern und Mitgliedern, zu einem politischen Erfolg also, ein entsprechendes politisches Klima und eine schlagkräftige und einsatzfähige Organisation gehören. Letztere kann nur geschaffen werden, wenn man der Organisationsarbeit eine erhöhte Bedeutung beimißt. Arbeit in der Organisation war einst für viele unserer Parteifreunde die erste und oft auch die beste Schule für ihre spätere Funktion, die sie in Staat, Parlament oder in der Verwaltung bekleidet haben. Der Sekretär der Sozialdemokratischen Partei ist nicht *nur* Angestellter, sondern der gewählte Vertrauensmann, der seine Funktion hauptamtlich ausübt. Organisationsfragen sind in den letzten zwei Jahren auf zahlreichen Konferenzen behandelt worden. Wir sind stolz auf die erzielten Erfolge, sprechen aber auch die Schwächen an und bemühen uns gemeinsam, sie abzustellen.

Bis auf Hamburg und Baden-Württemberg fanden in allen übrigen Ländern in der Berichtszeit Landtagswahlen statt, die der Partei gegenüber der Bundestagswahl 1953 erhebliche Erfolge brachten. Bei diesen Wahlkämpfen zeigte sich zum großen Teil die stärkste Aktivität und Einsatzbereitschaft unserer Mitglieder und Vertrauensleute. Dort, wo die Erfolge unter dem Durchschnitt lagen, müssen wir nach den Ursachen forschen und für Abstellung sorgen.

Ich sprach von erheblichen Erfolgen. Hierfür gibt es Beweise. Wenn man die bei den Landtagswahlen für die CDU und für unsere Partei abgegebenen Stimmen auf die einzelnen Bundestagswahlkreise in den Ländern Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen umrechnet, so hätte praktisch die CDU statt 140 nur 95 Direktmandate und unsere Partei anstatt 39 jetzt 99 Direktmandate. Bei der Bundestagswahl 1953 konnte die CDU im Lande Nordrhein-Westfalen in 54 von 65 Wahlkreisen die 40-Prozent-Grenze überschreiten; bei der Landtagswahl 1954 gelang ihr dies nur noch in 33 von 65 Bundestags-Wahlkreisen. Den größten Stimmenrückgang in einem Bundestagswahlkreis in Nordrhein-Westfalen mußte die CDU mit rund 33 000 Stimmen im Wahlkreis Bonn Stadt und Land hinnehmen. Es handelt sich hier um den Wahlkreis von Dr. Konrad Adenauer. Während unsere Mitgliederbewegung im Jahre 1954 noch mit 3,6 Prozent rückläufig war, ist sie 1955 erfreulicherweise stabil geblieben. Die Zahl unserer Mitglieder betrug Ende 1954 585 479 und Ende 1955 585 158; mit dem Bezirk Saar betrug sie sogar am 31. 12. 589 051. Besonders hervorzuheben ist, daß eine Reihe von Bezirken einen nicht unwesentlichen Zugang an Mitgliedern aufzuweisen

haben. An der Spitze der Erfolge liegt der Bezirk Franken. Dieser und einige andere Bezirke haben den Beweis erbracht, daß durch entsprechende Vorarbeiten, durch immer wiederkehrende Hinweise und durch planmäßige Werbung ein Erfolg nicht ausbleibt (Beifall). Allen, die hier mitgearbeitet haben, gebührt unser besonderer Dank (Beifall).

Im Herbst 1955 begann eine verstärkte Werbung, wobei bis Ende Dezember 10208 neue Mitglieder gewonnen werden konnten. Bei diesen Aufnahmen handelt es sich nur um solche, die durch neue Aufnahmescheine registriert und deren Zweitschrift an den Parteivorstand geschickt wurden. In Wirklichkeit liegt die Zahl höher. Im Jahre 1954 waren es insgesamt 26811 und im Jahre 1955 39177 Neuaufnahmen. Die verstärkte Werbung wird 1956 weitergeführt. Sie ist und muß eine Daueraufgabe für die gesamte Partei sein. Vom 1. Januar bis 30. Juni 1956 wurden dem Parteivorstand 17870 Neuaufnahmen gemeldet, so daß die von uns erfaßten Neuaufnahmen vom Oktober 1955 bis 30. Juni 1956 sich auf 28078 belaufen. Die Neuaufnahmen an der Saar sind hierbei nicht berücksichtigt.

Die Neuaufnahmen haben wir berufs- und altersmäßig erfaßt. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, es ist für unsere kommende Arbeit, aber auch für unsere Einstellung notwendig, über diese Zahlen etwas zu sagen. 53,3 Prozent der neuen Mitglieder sind Arbeiter, 14,6 Prozent sind Angestellte, 12,7 Prozent sind Hausfrauen. Die restlichen Prozente verteilen sich auf übrige Berufe. Die altersmäßige Gliederung der neuen Mitglieder ergibt folgendes Bild: 27,5 Prozent befinden sich im Alter von 18 bis 30 Jahren, 23,9 Prozent stehen im Alter von 31 bis 40 Jahren, 23,3 Prozent von 41 bis 50 Jahren. Das heißt, daß von den neuen Mitgliedern 51,4 Prozent im Alter bis zu 40 Jahren stehen und 74,7 Prozent bis zum Jahrgang 1905, also bei den 50jährigen anzusetzen sind.

Ich darf ferner berichten, daß nach den Abrechnungen vom 1. Quartal 1956 von 19 Bezirken unserer Partei 18 Bezirke nicht nur einen Brutto-, sondern einen Netto-Zugang an Mitgliedern aufweisen können. Hinzu kommen noch die Zugänge des Landesverbandes Saar. Die Behauptungen unserer Gegner, daß unsere Mitgliederbewegung rückläufig sei, wird durch diese Tatsachen widerlegt. Für die neuen, besonders die jungen Mitglieder haben wir aber eine besondere Verpflichtung, indem wir uns um sie kümmern, sie für die praktische Parteiarbeit interessieren. Sie müssen sich in der Partei wohl fühlen; denn diese jungen Mitglieder von heute sind die Vertrauensleute von morgen.

Im Saargebiet bestanden im Jahre 1955 nach der Zulassung der deutschen Sozialdemokratischen Partei zwei sozialdemokratische Parteien. Die deutsche Sozialdemokratische Partei Saar hat am 19. November 1955 die Umbenennung in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ beschlossen. Damit ist die Zahl unserer Parteibezirke von 19 auf 20 gestiegen. Nachdem die saarländische Bevölkerung sich gegen das Saarstatut und damit für die Eingliederung des Saargebiets in die Bundesrepublik entschieden hatte, gab es für zwei sozialdemokratische Parteien an der Saar keine Daseinsberechtigung mehr. Am 18. März 1956 hat die Sozialdemokratische Partei Saar — SPS — auf einem außerordentlichen Parteitag mit 228 gegen 21 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen beschlossen, sich aufzulösen und ihren Mitgliedern empfohlen, die Mitgliedschaft in der SPD zu erwerben (Beifall). Wir hoffen und wünschen,

daß es in der kommenden Zeit möglich sein wird, durch erhöhte Tatkraft die sozialistische Position an der Saar weiter auszubauen. Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden. — Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch unseren Dank sagen den Bezirken und unseren Sekretären, die in zwei Wahlkämpfen unter großer Mühewaltung ihre Arbeit für die sozialdemokratische Partei an der Saar geleistet haben (Beifall).

Ein besonderes Problem für die Organisation sind die Großstädte und die heute in den Großstädten wohnenden Menschen geworden. In den durch Kriegseinwirkungen zum Teil schwer zerstörten Großstädten wurden nach 1945 insbesondere von Sozialdemokraten große Arbeitsleistungen vollbracht. Inzwischen haben die Großstädte die Vorkriegsbevölkerungszahlen zum Teil überschritten. Die Zahl der Einwohner in den 50 Großstädten einschließlich West-Berlin stieg allein von 1950 bis 1955 um mehr als 2 Millionen Menschen. Nicht alle Großstädte zeigen eine Entwicklung auf wie Dortmund, wo zum Beispiel im Jahre 1955 die Zunahme der Einwohner 2,6 Prozent und die unserer Mitglieder 5,1 Prozent betrug (Beifall). In einer Reihe von Großstädten hat sich die Zunahme der Mitglieder nicht in gleichem prozentualen Umfang erhöht wie die der Bevölkerung. Dabei besteht für die Dauer gesehen die Gefahr, daß die Partei nicht nur in ihrem Mitgliederbestand, sondern auch bei den Wahlen zahlenmäßig zurückbleibt. Hier zeichnet sich eine Entwicklung ab, der größte Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Berücksichtigt werden muß auch die allgemeine Umschichtung weiter Bevölkerungsgruppen, die in erster Linie in den Großstädten ihren Niederschlag findet. Durch den Zuzug von Menschen aus Mittel-, Kleinstädten und Dörfern nach den Großstädten, durch den Einstrom von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen ergibt sich eine völlig neue Bevölkerungsstruktur. Besonders in den neu erbauten Stadtteilen, vor allem an der Peripherie der Städte, sind Wohnviertel mit einem Eigenleben abseits der bisherigen Großstadt entstanden. Die heutige schnelle Zeit, in der die Kulturaufgaben vielfach in eine Kulturkonfektion mit ihrer Vergnügungsindustrie ausmünden, bringt es mit sich, daß der Großstadtmensch sich weniger der Gemeinschaft verbunden fühlt. Er neigt dazu, anonym zu leben. Die Menschen aus dieser Anonymität herauszuholen ist damit eine politische Aufgabe für die Partei. Besonders die neuen Bewohner der Großstädte müssen in anderer Form als bisher und mit anderen Methoden angesprochen werden. Hierzu gehört unter anderem die Schaffung zeitgemäßer Bildungseinrichtungen und das Interesseerwecken für kommunalpolitische Angelegenheiten, die auch den einzelnen betreffen. Von unserer Partei ging früher in den Großstädten stärker als heute eine politische und organisatorische Kraft aus. Es genügt deshalb nicht, neben Distrikts- und Abteilungsversammlungen gelegentlich auch im Ortsverein allgemeine Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen abzuhalten. Es fehlen vielfach die regelmäßigen Funktionärsversammlungen der Ortsvereine. Der Kreis der Vertrauensleute muß erweitert werden, und zwar auf alle Sozialdemokraten, die eine Funktion, gleich an welcher Stelle oder in welcher Organisation, ausüben. Wir werden demnächst einige Zahlen unserer Großstadtorganisation den Bezirken an die Hand geben, damit von ihnen überprüft werden kann, in welcher Form schon im Herbst dieses Jahres eine verstärkte politische Arbeit einsetzen kann. Hier müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um unsere Position planmäßig auszubauen. Dabei sollte man nicht vergessen,

auch an alte, bewährte Arbeitsmethoden zu erinnern. Ich denke dabei nur an das Straßenvertrauensleutesystem, dessen Art und Bedeutung oft völlig falsch beurteilt wird. Unsere Parole für die Arbeit in den Großstädten muß lauten: Verstärkt die Position unserer Partei mit dem Ziel: mehr Städte mit sozialdemokratischer Mehrheit!

Die politische Entwicklung unserer Partei in den Großstädten sowohl positiv als auch negativ läuft parallel mit der Entwicklung der industriellen Schwerpunkte in der Bundesrepublik. In manchem der Betriebe dieser Schwerpunkte müßte unser Einfluß erheblich stärker sein, zumindest stärker in Erscheinung treten. An anderen Stellen, zum Beispiel im Bochumer Verein, in einer Reihe von Betrieben in Bremen, Hamburg, Hessen und anderwärts, haben wir dagegen eine imponierende Aktivität und damit einen organisatorischen Auftrieb zu verzeichnen. Während an einer Reihe von Plätzen ein erheblicher Teil der Mitgliederneuaufnahmen in den Betrieben erfolgt ist, läßt an anderen Orten mit Großbetrieben die Werbung für die Partei manches zu wünschen übrig. Diese positive und negative Feststellung ist in etwa auch ein Spiegelbild unserer sozialdemokratischen Betriebsorganisation, ihres Standes und ihrer Aktivität. Was für die Mitgliederwerbung gesagt werden muß, gilt in ähnlicher Form auch für die in den Betrieben stattgefundenen Wahlen, im positiven Sinne unter anderem für Bremen, wo wir seit Jahren eine politisch aktive und organisatorisch gefestigte Betriebsgruppenorganisation haben.

Unter dem Gesichtspunkt,

daß insbesondere die Belegschaften der Großbetriebe den entscheidenden Teil der Arbeiterschaft repräsentieren und damit den Kern unserer Partei, daß diese Betriebe immer mehr zum Brennpunkt auch der politischen Auseinandersetzung werden,

daß nicht nur die KPD, sondern auch andere politische und weltanschauliche Kräfte und Gruppen sich immer mehr auf diese Betriebe konzentrieren,

daß es außerdem immer schwieriger wird, über die Wohngebiete allein die Menschen anzusprechen und zur demokratischen Aktivität zu bringen,

hat der Parteivorstand nach eingehenden Beratungen und Überlegungen nach Mitteln und Wegen gesucht, die Betriebsorganisation zu fördern, auszubauen und lebendig zu gestalten. Wir gingen davon aus, daß die Organisationsform der Wohngebiete für die aktive Arbeit — besonders in den Großstädten — allein nicht mehr ausreicht und daß sie deshalb zusätzlich durch die politische Betriebsarbeit ausgebaut und gefestigt werden muß. Dabei muß betont werden, daß die Betriebsgruppenarbeit keine Ressorttätigkeit, sondern vielmehr eine politische Verpflichtung sein muß, und zwar der gesamten Partei. Unsere Erfolge bei Parlamentswahlen, in der Kommunalarbeit, in der Werbung, kurzum auf allen Gebieten, hängen mehr und mehr von unserem Einfluß in den Betrieben ab. Der Parteivorstand hat sich deshalb entschlossen, zum weiteren Ausbau der Betriebsorganisationen und zu ihrer speziellen Betreuung einen erfahrenen Genossen aus einem Großbetrieb zusätzlich anzustellen. Wir appellieren auch an dieser Stelle an die gesamte Parteiorganisation, die Arbeit dieses Genossen tatkräftig zu unterstützen. Wir appellieren ebenso an die einzelnen Parteibezirke, dort, wo es noch nicht geschehen ist, die Betriebsgruppenarbeit organisatorisch, materiell und personell mehr als bis-

her zu fördern. Es bedarf auf dem Parteitag auch der Erwähnung, daß viele Berichte, Tagungen und Konferenzen der Partei zeigen, wie erfreulich das Bedürfnis nach stärkerem Ausbau unserer Betriebsgruppenorganisation und ihrer offensiven politischen Gestaltung gewachsen ist. Die Betriebsgruppenorganisation soll aber nicht nur eine Art Feuerwehr sein, sondern vor allem eine politische und positive Stoßkraft für die Partei entfalten zur Verwirklichung ihrer Ziele.

In diesem Zusammenhang auch noch ein paar Worte an unsere Vorstände im allgemeinen. Sorgt bitte dafür, daß Organisationsfragen regelmäßig und eingehend in Euren Vorstandssitzungen als ordentlicher Punkt der Tagesordnung behandelt werden. Die Probleme der Organisation sind zu wichtig, als daß sie nur unter „Ferner liefen . . .“ angesprochen werden. Etwas Ähnliches gilt auch für unsere Mandatsträger. Es ist notwendig, daß auch sie trotz ihrer umfangreichen parlamentarischen Tätigkeit und der politischen Aufklärung der Wähler in Versammlungen sich um den Stand der Organisation in ihrem Wahlkreis kümmern und den Vorständen und Sekretären bei dem Ausbau der Organisation mit ihrem Wissen zur Verfügung stehen. Dort, wo es bisher geschehen ist, sind nach beiden Seiten die besten Erfolge aufzuweisen.

Nicht unerwähnt bleiben darf die vielfach erfolgreiche Tätigkeit der verschiedensten Arbeitsgemeinschaften in der Partei. Diese Arbeitsgemeinschaften sind keine besonderen Organisationsgliederungen, sondern, und zwar ausschließlich, Bestandteil der Gesamtpartei. Dort, wo die Arbeitsgemeinschaften auf ihren Fachgebieten aktiv tätig sind, können sie sowohl für die Vorstände, die Fraktionen, als auch bei der Werbung wirksame Arbeit leisten. Mit der Vielfältigkeit der Interessen der Menschen ist auch die Arbeit der Partei vielfältiger und umfangreicher geworden. Daß die Arbeiten auf den verschiedensten Gebieten geleistet werden konnten und die Zahl der sozialdemokratischen Mitglieder und Wähler gestiegen ist, das danken wir unseren Vertrauensleuten, allen Genossinnen und Genossen, ganz gleich, an welcher Stelle sie stehen, und gleich, ob sie haupt- oder nebenamtlich für die Partei tätig sind. Sie leisten diese Tätigkeit oft unter den größten Schwierigkeiten und persönlichen Opfern, besonders auf dem flachen Land. Dafür auf diesem Parteitag unseren besonderen Dank. (Beifall.)

Auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart wurde im Geschäftsbericht gesagt, der Funktionär der Sozialdemokraten paßt nicht zu uns, zur CDU. Das glauben wir gern. Die Struktur, das Wirken und Wollen beider Parteien ist so verschieden, daß auch der Vertrauensmann unserer Partei ein völlig anderer als der der CDU sein muß. Unser Vertrauensmann mit seiner Arbeit, seiner Opferbereitschaft und seiner inneren Überzeugung ist das Rückgrat der Partei. Es war immer schwerer, Sozialdemokrat, Sozialist zu sein, als einer anderen, sogenannten bürgerlichen Partei anzugehören. Deshalb stellt auch unsere Partei erhöhte Anforderungen an das einzelne Mitglied, besonders an den Vertrauensmann. In diesem Bewußtsein und mit dieser unerschütterlichen Kraft haben wir alle Anstürme, auch die der finstersten Reaktion, überwunden und sind in der Bundesrepublik zahlenmäßig zur stärksten Partei geworden. Die CDU spricht von 245 000 Mitgliedern, die ihr am 1. Januar 1956 angehörten. Wenn diesen 245 000 Mitgliedern der CDU rund 600 000 sozialdemokratische Mitglieder, und zwar solche, die auch ihre monatlichen Parteibeiträge entrichten, gegenüberstehen, so möchte ich sagen, daß wir damit nicht nur mit-

gliedermäßig die stärkste Partei in der Bundesrepublik sind, sondern nach allen echten Verlautbarungen mindestens so viele Mitglieder haben wie alle anderen Parteien in der Bundesrepublik zusammen. (Beifall.)

Es gilt nun, die 600 000 Mitglieder politisch und organisatorisch stärker zu aktivieren, und zwar im Sinne der Herner Beschlüsse. Sorgen wir dafür, daß zu den bisherigen Zehntausenden von Vertrauensleuten weitere Tausende insbesondere aus den neuen Mitgliedern der jüngeren Jahrgänge hinzukommen. Erfüllen wir die uns gestellten politischen und organisatorischen Aufgaben, dann werden wir nicht nur mitgliedermäßig, sondern auch bei den Wahlen in der Bundesrepublik und in einem freien Gesamtdeutschland die stärkste Partei werden (Beifall).

Ich komme nun zu den gestellten Anträgen.

Antrag 53 Kreisverband Rosenheim-Land:

Die Zahl der Delegierten von 300 wird für ausreichend angesehen. Der Antrag, die Delegierten auf die Zahl von 600 zu erhöhen, würde bedeuten, daß an Stelle der bisher 300 Delegierten allein jetzt nach der Mitgliederzahl der Bezirke in der Bundesrepublik 600 Delegierte entsendet werden müssen. Ein Ausgleich durch die Reduzierung der Gastdelegierten würde dadurch nicht erzielt werden, da die Zahl der Gastdelegierten bei 20 Bezirken nur 60 beträgt. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen Ablehnung des Antrags 53.

Antrag 54 Unterbezirk Frankfurt/Main:

Es ist nicht nur ein alter Brauch, daß die Bundestagsfraktion ein Zehntel ihrer Mitglieder zu den 300 Delegierten der Bezirke als Delegierte auf den Parteitag entsendet, sondern eine Notwendigkeit aus der politischen Arbeit der Fraktion heraus. Dies hat sich bestens bewährt. Diesen Zustand sollte man aufrechterhalten. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen deshalb Ablehnung des Antrags.

Antrag 55 Unterbezirk Frankfurt/Main ist zurückgezogen.

Antrag 56 Unterbezirk Frankfurt/Main ist durch die vorhin erfolgte Abstimmung erledigt.

Antrag 57 Unterbezirk München:

Auf Grund einiger Vorkommnisse, die sich auf die Infiltrationstätigkeit der KP und ihrer Tarnorganisationen beziehen, glaubten die Münchner Genossen, daß der § 27 bezüglich der Einleitung von Parteiordnungsverfahren in seiner Formulierung erweitert werden müsse. Die Münchner Genossen sind dabei vom Parteiinteresse ausgegangen, und man wollte verdeutlichen, was parteischädigend ist. Das mag gut sein; denn wir haben darauf zu achten, daß unsere Reihen politisch sauber bleiben. Aber um zersetzende Kräfte aus unserer Partei zu entfernen, dazu brauchen wir keinen umfangreichen Katalog, sondern den Willen, Verstöße eingehend zu untersuchen und nach dem Recht der Partei und ihren Interessen zu entscheiden. Dazu genügen aber die bisherigen Bestimmungen der §§ 26 bis 29 in ihrer Gesamtheit. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen aus diesem Grunde, dem Abänderungsantrag nicht stattzugeben.

Antrag 58 Bezirk Hannover:

Nach Rücksprache im Parteiausschuß wurde eine Übereinstimmung mit den Genossen des Bezirks Hannover über eine Neuformulierung erzielt. Es wird vorgeschlagen, die Neuformulierung des § 29 anzunehmen.

Antrag 59 Kreisverband Rosenheim-Land:

Die Antragsteller wünschen, daß sich der Parteitag mit der Frage der Mitbestimmung der Mitglieder bei wichtigen politischen Entscheidungen befaßt und gegebenenfalls den Mitgliedern eine demokratische Möglichkeit gibt, bei wichtigen politischen Entscheidungen mitzubestimmen. In unserer Partei hat jedes Mitglied die Möglichkeit, mitzubestimmen und mitzuentscheiden, wenn es sein Recht als Mitglied oder Delegierter wahrnimmt. Sollte sich dieser Antrag allerdings auf eine Urabstimmung der Mitglieder beziehen wie die Anträge 60, 61 und 62, so möchte ich sagen: Forderungen nach Urabstimmung der Mitglieder haben gelegentlich auch früher in der Partei eine Rolle gespielt. Sie sind aber bei der Gesamtpartei nie zum Tragen gekommen, weil die Entscheidungen über gestellte Anträge auf Konferenzen vom Ortsverein bis zum Gesamtparteitag getroffen werden. Wichtiger als die Urabstimmung in der Partei ist die aktive Mitarbeit eines jeden Mitglieds. Dadurch ist jeder in der Lage, seinen Einfluß in seiner Organisationseinheit zur Geltung zu bringen. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen deshalb Ablehnung der Anträge 59 bis 62.

Liebe Genossinnen und Genossen! Gestattet mir zum Schluß einige Ausführungen über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten. Die Zentralstelle der AvS ist neben der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen dem Organisationsbüro angeschlossen. Die Wahrnehmung der Interessen aller durch den Nationalsozialismus Verfolgten ist eine Aufgabe, die auf der politischen Ebene entschieden wird (Sehr wahr!) und an keiner anderen Stelle. Unsere Partei wird sich stets dieser Probleme annehmen und sich darin von niemand übertreffen lassen. Aus dieser politischen Aufgabe ergibt sich unser Beschluß: Die Verfolgtenorganisation der Sozialdemokraten ist die AvS und nicht irgendein Verein oder eine besondere Organisation, gleich welcher Prägung (Beifall). Diese Auffassung entspricht den Beschlüssen der Gesamtpartei.

Mit der Verfolgtenorganisation unserer österreichischen Bruderpartei haben wir die besten Verbindungen. Wir hoffen und wünschen, daß sich die Widerstandskämpfer aller sozialistischen Parteien im Rahmen der Sozialistischen Internationale zusammenfinden. (Erneuter Beifall.)

In der Berichtszeit haben die Zentralstelle und die meisten Bezirksarbeitsgemeinschaften der AvS umfangreiche Arbeiten erledigt. Ich möchte an dieser Stelle allen Genossinnen und Genossen danken für die im Interesse der politisch, rassisch und religiös Verfolgten geleistete Arbeit, sei es durch Beratung, durch Vertretung vor den Gerichten, sei es bei der Erarbeitung von Vorschlägen für die Novelle oder durch die Arbeit im Parlament und in den Ausschüssen. Eine Reihe unserer Vorschläge konnte durch die 3. Novelle zum BEG verwirklicht werden. Es sei aber nicht verschwiegen, daß auch jetzt noch in dem Gesetz eine Reihe von Mängeln vorhanden ist. Neben einigen materiellen Fragen ist es leider nicht gelungen, eine verbesserte Präambel mit der Forderung, daß der gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft

geleistete Widerstand ein Verdienst um das Wohl des deutschen Volkes und des deutschen Staates war und daß dieser Rechtssatz Behörden und Gerichte bindet, als § 1 im Gesetz zu verankern. Wir bedauern das außerordentlich. Entgegen der bisher geübten Praxis und sogar der ursprünglichen Regierungsvorlage ist es künftig den Verfolgtenorganisationen auch nicht gestattet, die Geschädigten vor den Landgerichten (Entschädigungskammern) zu vertreten. Trotzdem, die AvS hat nun eine verstärkte Tätigkeit aufzunehmen. Es gilt, den Verfolgten und ihren Angehörigen mit Rat und Tat zu helfen. Es gilt zu achten auf die schnellste Erledigung der aufgerufenen Ansprüche. Aber ich möchte sagen, damit ist die Arbeit unserer Arbeitsgemeinschaft nicht erschöpft. Neben der Übermittlung der Erfahrungen an die Zentralstelle, an die Landtags- und Bundestagsfraktionen haben wir auch noch politische Aufgaben zu erfüllen. Diese bestehen

1. in der Abwehr der Angriffe und der Verleumdungen jener Unbelehrbaren gegen die Widerstandskämpfer oder ihrer Angehörigen (Sehr wahr!) und in dem Einsatz dafür, daß der deutschen Jugend in Schulen und Hochschulen die wahre Bedeutung des Widerstands gegen das unmenschliche System der Diktatur vermittelt wird; (Starker Beifall.)

2. in der Aufdeckung und Beseitigung eines Übelstandes in der Bundesrepublik, in der es möglich ist, daß die Hauptverantwortlichen Regreßansprüche an Gemeinden, Länder und den Bund stellen (Sehr gut!) und die Peiniger und Henker der Opfer des Hitler-Systems, die wirklich Schuldigen, durch hohe Pensionen belohnt werden. (Sehr richtig!)

Hier geht es nicht mehr um diesen oder jenen Einzelfall. Hier steht mehr auf dem Spiel, nämlich das Ansehen der Demokratie, das untergraben wird durch Gleichgültigkeit, Fahrlässigkeit und Absicht. (Sehr richtig! und Beifall.) Wir wollen endlich Aufklärung darüber, welche Versorgungsbezüge bzw. Übergangsgelöhner an alle Lautzs, Schörners und Schröders (Sehr gut!), an die Hauptschuldigen insgesamt und deren Angehörige, die wirklichen Nutznießer des Hitler-Systems und die wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit Verurteilten usw. in der Bundesrepublik gezahlt werden. (Lebhafter Beifall.) Wenn die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, um diese Mißstände zu beseitigen, dann ist es Aufgabe aller ehrlichen Demokraten, für eine bessere Gesetzgebung zu sorgen. Darum nicht länger warten, hier heißt es handeln, ehe es zu spät ist! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Zum Arbeitsbericht Finanzen erteile ich das Wort dem Genossen Alfred Nau.

Alfred Nau — Finanzen: Genossinnen und Genossen! In den hinter uns liegenden Berichtsjahren haben 50 000 Frauen und Männer als Haus- und Ortsvereinskassierer daran gearbeitet, die finanzielle Basis der Partei zu stärken. Das Resultat ihrer Bemühungen besteht darin, daß wir 1955 die höchste Beitragseinnahme seit der Währungsreform zu verzeichnen haben. (Lebhafter Beifall.) Dieser Erfolg, der die Summe von 7,2 Millionen DM beinhaltet, wird noch unterstrichen, wenn wir das Ergebnis der Einnahmen und die Mitgliederbewegung der hinter uns liegenden Jahre vergleichen. Das gilt nicht nur für die Zeit nach 1945. Das gilt auch für das beste Jahr der organisatorischen Erfolge in der Weimarer Republik. Ich meine das Jahr 1928. In dem vergleich-

baren Gebiet der heutigen Bundesrepublik betrug die Beitragseinnahme damals etwa 4,5 Millionen DM. Bei fast gleicher Mitgliederziffer liegt 1955 die Einnahme in diesem Gebiet um rund 2,7 Millionen DM höher. Diese — ich möchte sagen — positive Entwicklung verdanken wir im wesentlichen zwei Faktoren:

1. der gestiegenen Beitragsleistung. 1955 betrug die durchschnittliche Beitragsleistung 93,9 %. Das bedeutet, daß im Bundesgebiet im Durchschnitt alle Mitglieder 11,3 Monatsbeiträge in einem Jahr entrichtet haben. Es gibt weder in Deutschland noch in Europa eine politische oder ähnliche Organisation, die eine solche Leistung bei ausschließlich ehrenamtlicher Kassierung aufweisen kann (Beifall);
2. der Verbesserung der Beitragsehrlichkeit. Im vergangenen Jahr haben 9,4 % aller Mitglieder einen Beitrag über 1,20 DM gezahlt. Die Durchsetzung einer alle befriedigenden Beitragsehrlichkeit bedarf einer langen, zähen und unermüdlichen Aufklärungsarbeit bei Funktionären und Mitgliedern. Aber die bisherige Entwicklung, liebe Genossinnen und Genossen, zeigt von Jahr zu Jahr eine ständig steigende Erhöhung. Während 1950 nur 4,6 % der Mitglieder einen Beitrag über 1 DM entrichteten, hat sich 1955 die Zahl auf 9,4 % verdoppelt. Bemerkenswert ist: diese Tendenz hält an. Im 1. Quartal 1956 haben wir die 10 % bereits überschritten.

Genossinnen und Genossen! Gestatten Sie mir, zur Verdeutlichung dieser Gegenüberstellung einige Zahlen zu nennen. 1950 betrug der Erlös aus dem höheren Beitragsaufkommen rund 970 000 DM, 1955 rund 2 180 000 DM. Entsprechend dieser Tatsache erhält diese Einnahme aus dem Verkauf höherer Wertmarken eine immer größer werdende Bedeutung. 1950 war der Verkauf höherer Wertmarken mit 19 % und 1955 mit 30,3 % an der gesamten Beitragseinnahme beteiligt.

Neben den Einnahmen aus regulären Mitgliedsbeiträgen wurden zusätzlich rund 2,5 Millionen DM vereinnahmt, und zwar aus:

1. Abgaben der sozialdemokratischen Abgeordneten der Parlamente auf allen Ebenen der Organisation bzw. Verwaltung und Staat, angefangen von den SPD-Mitgliedern des Gemeinderats bis zum Bundestag, und
2. **Sammellisten und Wahlfonds** bei Gemeinde- und Landtagswahlen.

Die Feststellung dieser Summe von 2,5 Millionen DM ergibt sich zum Teil auf Grund von schriftlichen Berichten und realen Schätzungen. Das liegt daran, daß eine Reihe von Ortsvereinen sowohl gegenüber dem Bezirk als gegenüber dem PV einen geradezu charmanten Mangel an Offenheit zeigen. Nun, liebe Freunde, was uns angeht, müßte doch eigentlich unsere Zurückhaltung bei Ansprüchen aus solchen Sonderbeiträgen längst bekannt sein. Wenn der Parteivorstand von jeder Mark Einnahme nur 15 Pfennig erhält bzw. erhalten soll, scheint uns das doch ein besonderer Ausdruck unserer Bescheidenheit zu sein (Heiterkeit). Von den Beitragseinnahmen verbleibt somit dem Parteivorstand im Jahre etwas mehr als 1 Million DM, während mehr als 6 Millionen DM bei den Ortsvereinen und Bezirken bleiben. Eine genaue Übersicht der Einnahmen und Ausgaben befindet sich neben weiteren ausführlichen Angaben im Jahrbuch.

Ich möchte mich deshalb hier darauf beschränken, über die Zusammensetzung der Ausgaben beim Parteivorstand einige kurze Bemerkungen zu machen: Von den insgesamt 2,7 Millionen DM Ausgaben verwendet der Parteivorstand 48 % für Agitation und Information der Wähler und Mitglieder. Nicht enthalten sind in dieser Summe der Aufwand für Tagungen, Versammlungen und Konferenzen. Wenn wir diese Beträge einrechnen, erhöht sich der Aufwand für die allgemeine Agitation auf 58 %. Der Anteil der Gehälter einschließlich der notwendigen Sozialabgaben beträgt 28,1 % und für die Unkosten der allgemeinen Verwaltung 13,5 %.

Im Berichtsabschnitt, Genossinnen und Genossen, konnte endlich nach sorgfältiger Vorbereitung eine Sicherung der hauptamtlichen Funktionäre bei Arbeitsunfähigkeit und ihrer Familien im Todesfall vorgenommen werden. Auf Empfehlung des Parteivorstandes haben 1954 die Bezirke — Berlin kam etwas später hinzu — für die Parteisekretäre eine Höherversicherung bei der Angestelltenversicherung abgeschlossen. In Ergänzung dieser ersten Maßnahme wurde die Gründung eines Unterstützungsfonds beschlossen. Aus den Mitteln dieses Fonds sollen die Genossen, die bereits seit vielen Jahren ihre Arbeitskraft hauptamtlich der Partei zur Verfügung stellen — ohne den Verlockungen von Verwaltung, Wirtschaft und Staat zu folgen —, so gestellt werden, als ob eine Höherversicherung bereits bei Beginn ihrer hauptamtlichen Tätigkeit bestanden hätte. Die Gründung dieses Fonds wurde ermöglicht, nachdem der PV dafür eine beträchtliche Summe zur Verfügung gestellt hat. Inzwischen mußten bereits Leistungen aus diesem Unterstützungsfonds in Anspruch genommen werden. In drei Fällen werden Unterstützungen an Frauen gezahlt, deren Männer in den Sielen starben; in zwei weiteren Fällen bekommen ehemalige Sekretäre wegen Erreichung der Altersgrenze Unterstützungen. Hier haben wir durch solidarische Haftung eine menschliche Verpflichtung erfüllt.

Ein weiteres ehrenhaftes Kapitel solidarischer Haltung der Partei war das Ergebnis einer Sammlung für den Aufbau unseres neuen Parteibezirks an der Saar. Obwohl der PV sich nur an die Bezirksvorstände gewendet hatte, haben in einigen Gebieten eine Reihe von Ortsvereinen sich beteiligt. Hier waren es besonders kleine und kleinste Ortsvereine, oftmals nur mit einem Mitgliederstand von 10 und 20, die 5, 10 und 20 DM und mehr gegeben haben (Beifall).

Genossinnen und Genossen, wenn wir hier über finanzielle Entwicklungen und Probleme vor Presse und Funk in aller Öffentlichkeit berichten, so geben wir damit ein aus Gründen der politischen Sauberkeit nachahmenswertes Beispiel und setzen gleichzeitig bewährte Gepflogenheiten fort.

Zum ganz überwiegenden Teil gehören unsere Mitglieder kleinen Einkommenschichten an. Diese Frauen und Männer zahlen regelmäßig ihren Obolus an die Partei ihres Vertrauens. Sie erfüllen damit eine politische Aufgabe, ja noch mehr, sie schaffen damit darüber hinaus eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Partei als Träger an der politischen Willensbildung im Volk mitarbeitet — ein Auftrag, den das Grundgesetz den Parteien zuweist. So vollbringen Hunderttausende von Sozialdemokraten auch durch ihre Beitragszahlung eine bemerkenswerte staatsbürgerliche Leistung für die Demokratie (Beifall).

Liebe Genossinnen und Genossen! Wie anders, wesentlich anders verläuft die Entwicklung bei den anderen Parteien. Bisher war die CDU nicht in der Lage, auf ihrem Parteitag irgendwelche verlässliche Angaben über ihre Finanzierung zu machen. Sie beschränkte sich darauf, mitzuteilen, daß beispielsweise im Rheinland die Mitglieder zu 60 % Beiträge bezahlen. Die Freie Volkspartei, die weder frei ist, noch mit dem Volk etwas zu tun hat, wie dieses neue Gebilde treffend eine ausländische Zeitung kennzeichnet, will bei 2000 Mitgliedern 600 Parteisekretäre beschäftigen. Es sei mir gestattet, hier einzuschalten, daß die Sozialdemokratische Partei mit ihren fast 600 000 Mitgliedern im ganzen Bundesgebiet nur 270 hauptamtliche Kräfte beschäftigt. Gestatten Sie mir auch ein Wort zu den Finanzquellen der bürgerlichen Parteien. Diese Quellen der Parteien rechts von der SPD sind dunkel und geheim. Zum schwärzesten Kapitel der jungen deutschen Demokratie gehört jene Entscheidung der Mehrheit des Bundestages vom November 1954, welche die Finanzierung der bürgerlichen Parteien durch Industrie und Wirtschaft steuerlich begünstigt. (Sehr wahr!) Die sogenannten Spenden an die politischen Parteien werden in skandalöser Weise steuerlich stärker begünstigt als z. B. der soziale Wohnungsbau oder die Anstrengungen der Flüchtlinge um den Wiederaufbau ihrer Existenz. Die Regierungsparteien haben damit einen Weg beschritten, der zur Korruption des öffentlichen und des politischen Lebens führt. (Lebhafte Zustimmung.)

Seit Jahren redet man von dem Parteiengesetz. Jetzt hat der Bundesinnenminister eine Studienkommission eingesetzt, die ein Gutachten für die Vorbereitung eines solchen Gesetzes erstellen soll. Die Aufgabe der Kommission besteht u. a. darin, eine Ausarbeitung vorzunehmen über die Stellung der Parteien in Staat und Gesellschaft, ihre innere Ordnung, ihre Finanzierung und die Kontrolle ihrer Finanzgebarung. Wir haben hohen Respekt vor den 16 Professoren und hohen Respekt vor ihrem Vorhaben, und wir sind der Meinung, Genossinnen und Genossen, daß die Parteien in der Erfüllung der Funktion eines Verfassungsorgans geschützt werden müssen gegen Einflußnahme anonymer Mächte. Es ist aber doch ein offenes Geheimnis, daß die bürgerlichen Parteien seit Jahr und Tag fast ausschließlich von Interessentengruppen finanziert werden. Wir wissen, daß neben der laufenden Unterhaltung durch finanzstarke Unternehmerkreise die Subventionen ins Gigantische ansteigen, wenn wahlpolitische Auseinandersetzungen beginnen. In allen Bundesländern werden Bestrebungen der industriellen Unternehmerschaft, des Groß- und des Außenhandels bekannt, durch Umlagen auf den Kopf der Beschäftigten wieder Riesenwahlfonds anzusammeln, mit deren Hilfe der nächste Wahlkampf geführt werden soll. Die Bemühungen um den Wähler, die in einer parlamentarischen Demokratie von dem Gewicht sachlicher Argumente getragen werden sollen, werden offensichtlich ersetzt durch das Blendwerk einer Propagandalawine. Angesichts dieser Tatsache haben wir weder zu Schröder noch zur ganzen Bundesregierung das Vertrauen, daß die anonyme Finanzierung durch ein Gesetz oder andere Maßnahmen wirklich verhindert wird. Solange diese Parteien nicht auf diese direkte oder indirekte Finanzierung verzichten, solange halte ich die Pläne der Regierung und der sie tragenden Parteien auf Einführung einer Finanzkontrolle für völlig unglaubwürdig. Und nun zu den Anträgen.

Der Antrag 63 ist zurückgezogen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich sagen, daß der PV den Kampf gegen die Kräfte, die politische Macht durch Subventionen kaufen, weiterführen wird. Die Wiederherstellung der Sauberkeit in der politischen Öffentlichkeit ist eine Lebensfrage für die Demokratie. Das scheint uns eine wesentliche Voraussetzung dafür zu sein, daß das Unbehagen in der Bevölkerung gegen die Parteien abgelöst wird zugunsten einer größeren Aufgeschlossenheit gegenüber den staatspolitischen Aufgaben der berufenen Träger der politischen Willensbildung.

Der Antrag 64 der Landesorganisation Hamburg will die Aufhebung der progressiven Beitragsstaffel. Das bisherige Beitragssystem soll ersetzt werden durch Grundbeiträge. Die Genossen von Hamburg glauben, daß eine solche Änderung die Werbekraft der Partei in allen Schichten der Bevölkerung stärken würde. In Übereinstimmung mit der antragstellenden Organisation bitten wir den Parteitag, den Antrag 64 dem Parteivorstand zur Prüfung zu überweisen. Wir haben mit den Hamburger Genossen verabredet, daß das Beitragsproblem unter Berücksichtigung der von den Hamburgern aufgeworfenen Gesichtspunkte in den zuständigen Gremien der Partei unter Hinzuziehung der Hamburger Freunde geprüft und beraten wird.

Ich bitte um die Genehmigung, daß ich jetzt den Antrag 67 des Landesverbands Berlin behandeln darf, der ebenfalls die Einführung von Grundbeiträgen wünscht. Wir haben gestern in einer Aussprache mit der Berliner Delegation über dieses Problem vereinbart, daß wir weiterhin im Gespräch bleiben und neue Möglichkeiten erörtern wollen. Daraufhin haben unsere Berliner Freunde ihren Antrag zurückgezogen.

Die Anträge 65, Unterbezirk München, und 66, Solingen, wünschen, daß die Beiträge auf der Basis des Netto-Einkommens berechnet werden sollen. Wir haben Zweifel, ob eine solche Regelung gerechter sein wird, da bekanntlich die sozialen Abgaben bei Verheirateten kleiner sind als bei Junggesellen, und dadurch höhere Beiträge für die Verheirateten herauskommen würden. Ich möchte dazu folgendes allgemein und ergänzend sagen: Unsere Beitragstabelle ist weder ein starrer Lohnsteuer- noch Einkommensteuertarif, und unsere Hauskassierer sind keine Steuererheber. Wir möchten der Erwartung Ausdruck geben, daß unsere Mitglieder bei der Selbsteinschätzung ihres Beitrages durch unsere Hauskassierer so beraten, aber auch angehalten werden, daß auch bei Berücksichtigung von unterschiedlichen persönlichen Verhältnissen die gerechte Verpflichtung gegenüber der Partei erfüllt wird. Der Antrag München wünscht weiter die Prüfung der Frage der Erhebung einer Parteisteuer sowie Änderung der Beitragsätze durch eine Vorlage zum nächsten Parteitag.

Der Solinger Antrag beschäftigt sich im zweiten Teil mit der Tatsache, daß die Steigerungsbeträge in den mittleren Beitragsstufen zu groß sind. Wir glauben, daß auch die Wünsche der Münchener und Solinger Genossen eine gründliche Prüfung und Erörterung verdienen und bitten deshalb, auch diese beiden Anträge dem Parteivorstand zu überweisen.

Der letzte Antrag unter 5b) der Tagesordnung ist der Antrag 68 von Hessen-Nord. Hier wird ein Problem angeschnitten, das, meine ich, als ein bedeutendes für die Partei bezeichnet werden kann. Es besteht der Wunsch, daß Bezirke, deren politische Arbeit durch eine ungünstige soziale und wirtschaft-

liche Struktur erschwert wird, einen finanziellen Zuschuß durch eine Ausgleichskasse erhalten, zu der alle Bezirke gleichmäßig beisteuern. Die Beitragskommission, die auf Beschluß des Berliner Parteitagcs konstituiert wurde, hat sich eingehend mit diesem Problem beschäftigt. Als Berichterstatter darf ich bemerken, daß sich dabei Anregungen ergeben haben, die vielleicht einen anderen Weg mit einem anderen finanziellen und materiellen Ausgleich ergeben könnten. Die Beratungen darüber sind noch nicht abgeschlossen, sie sind noch im Fluß, und deshalb bitten wir, auch diesen Antrag dem PV zu überweisen.

Ich darf hier vielleicht noch bemerken, daß der Parteivorstand von sich aus laufend bemüht war, den Bezirken zu helfen, deren zentrale Förderung ein Gebot politischer und organisatorischer Verpflichtung ist. So haben wir aus dem Geist der sozialistischen Verbundenheit die Organisationen in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Berlin gefördert.

Wenn hier über Verbesserung der Beitragsleistung und Erhöhung der Beitragseinnahmen berichtet werden konnte, so ist das im besonderen ein Verdienst der Hauskassierer. Es ist mir eine innere Verpflichtung, vor diesem Parteitag diesen Genossinnen und Genossen für ihre Leistung herzlichst zu danken. (Lebhafter Beifall.) Sie erfüllen mit ihrer Arbeit eine echte politische Funktion. Ihre Aufgabe wird in den nächsten Wochen und Monaten darin liegen, erneute starke Anstrengungen zu unternehmen, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, um die Gemeindewahlen in 5 Ländern erfolgreich zu bestehen. Angesichts dieser Wahlen und der Auseinandersetzungen um einen neuen Bundestag ist es ein Anliegen aller Sozialdemokraten, dafür zu sorgen, daß wir uns einen starken Wahlfonds ansammeln können. Wenn wir morgen und übermorgen von unseren Mitgliedern etwas mehr für die Partei erbitten, wenn wir ihnen sagen, daß als Mindestbeitrag ein Stundenlohn im Monat die Regel sein sollte, dann ist das ein Appell an die Solidarität aller Sozialdemokraten.

Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, daß ihre Finanzierung durch die sauberen Groschen und Pfennige ihrer Mitglieder erfolgt. Im Gegensatz zu allen übrigen Parteien bewahrt sie damit ihre Unabhängigkeit und die völlige Freiheit des politischen Handelns. (Lebhafter Beifall.) Laßt uns alle gemeinsam daran arbeiten, wenn wir morgen wieder an unsere Arbeit zurückkehren, unsere Partei größer und stärker zu machen. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Genosse Fritz Heine.

Fritz Heine — Presse und Propaganda: Liebe Genossinnen und Genossen! Zunächst ein Wort über die Presse! Das äußere Bild der wirtschaftlichen Entwicklung der Presse ist in den beiden Berichtsjahren günstiger geworden. Die Zeitungsumfänge sind gewachsen, die Gesamtauflage ist gestiegen, die höheren Herstellungskosten konnten größtenteils durch mehr Anzeigen aufgefangen werden. Darin liegt aber zugleich eine Gefahr. Der Leser kauft dieses Produkt — die Zeitung — zum halben Herstellungspreis, eine wohl einmalige Erscheinung im Wirtschaftsleben. Die andere Hälfte wird durch Anzeigen gedeckt, vor allem von Handel und Industrie, und beide Wirtschaftszweige sind ja nicht gerade gemeinnützige Wohlfahrtseinrichtungen. Teilweise

versuchen sie neben Anzeigenspalten auch politischen Einfluß zu kaufen. Manche dieser Wirtschaftswunder-Männer werfen ja schon jetzt ihre steuerhinterzogenen Millionen zugunsten der Einparteikoalition in die Waage.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Presse ist uneinheitlich. Die größeren Zeitungen prosperieren, viele kleinere Blätter dagegen führen einen tragischen Existenzkampf. Für viel zu viele ist er bereits entschieden. Mehr als die Hälfte der bundesdeutschen Blätter sind schon wieder in 62 Zeitungsringen zusammengeschlossen, die zumeist Redaktionsgemeinschaften mit Maternversand bilden. Fast 30 Prozent der Gesamtauflage erscheint in diesen Zeitungsringen. Aber die Konzentrationsbewegung geht noch weiter. Von den 1500 deutschen Zeitungen haben nur noch 225 eigene politische Redaktionen. Fünf Sechstel der deutschen Presse bestehen aus Kopfblättern, Nebenausgaben und Maternzeitungen.

Die inhaltliche Gestaltung auch des Sechstels der selbständigen Zeitungen bereitet Journalisten wie Politikern gleichermaßen Sorge. Wir meinen beispielsweise, daß ausreichende Parlamentsberichterstattung und umfassende politische Information zu den Voraussetzungen einer gesunden parlamentarischen Demokratie gehören. Die Zeitungen, und zwar die Zeitungen in aller Welt, erfüllen diese Funktion heute nicht mehr voll, im Gegensatz zu Rundfunk und Fernsehen, die sich hier Verdienste erworben haben. Eine Ursache dafür ist der Wandel des Lesergeschmacks, wobei man streiten kann, ob Journalisten und Verleger diesem Verlangen zu sehr Folge leisteten oder ob Staat, Parlament und Parteien nicht die politischen Ausdrucksformen finden, die dieser Wandlung gemäß wären. Tatsache ist jedenfalls, daß der Zeitungstyp, der sich am radikalsten von der Meinungspresse im alten Sinne entfernt hat — ich meine die 10-Pfennig-Straßenblätter — den größten Zulauf hatte und heute bereits fast ein Drittel der Gesamtauflage ausmacht.

Wer Sorgen um die Pressefreiheit diskutiert, denkt unwillkürlich sofort an die „zuständigen“ Regierungsinstitutionen, die uns diese Sorgen abnehmen wollen. Sie wollen das Beste — aber gerade das möchten wir bekanntlich doch lieber selbst behalten. Wenn hohe und höchste Regierungsstellen die Begriffe „Presse“ und „Druck“ miteinander in Beziehung bringen, dann wird fraglich, ob das in dem Sinne geschieht, der bei Gutenbergs Jüngern der anderen schwarzen Kunst üblich ist.

Das etwas schizophrene Bundespresseamt, dessen Auslandsabteilung sich gelegentlich vorteilhaft von der Inlandsabteilung abhebt, ist in Aufgabenstellung und Umfang nicht Umschlagstelle und Hüterin der freien Meinung — sondern eine Gefahr für die Demokratie (Beifall). In dem Haus steckt der Korrumperungswurm. Daran ändert auch nichts die Umbesetzung in der Spitze. Ist es vielleicht symbolisch, daß der neuallte Bundespressechef von Eckardt der Autor des Films „Weiße Sklaven“ ist? Was wir in diesen zwei Jahren an Pressionen und Einflußnahmen, an Mißbrauch öffentlicher Mittel für die Lenkung der öffentlichen Meinung an Sprachregelungen und Infiltration in die letzten Bereiche unabhängiger Publizistik erlebt haben, das ist kein Ruhmesblatt für die Nation und eine Schande für die Verantwortlichen (Beifall). Die Öffentlichkeit kennt einige eklatante Fälle, in denen prominente unabhängige Publizisten zur Strecke gebracht worden sind. Die Öffentlichkeit kennt aber nicht die unendlich vielen Aktionen gegen nicht so bekannte aber ebenfalls politisch unbeliebte Journalisten und vor allem gegen Sozialdemokraten im

Pressewesen. Die Unduldsamkeit und der Haß gegen die SPD haben manchmal zu einem wahren Kesseltreiben geführt. Die Gleichschaltungsbemühungen sind bei einem gewissen Teil der Verleger nicht ohne Erfolg geblieben. Zwischen dem etwa, was viele der doch sehr qualifizierten Bonner Korrespondenten denken und schreiben, und dem, was dann in ihren Heimatverlagen erschienen ist, gab es nicht selten verzweifelt wenig Ähnlichkeit. Wir stellen aber erfreut fest, daß ein namhafter Teil der Verleger und Chefredakteure sich verweigert hat und daß auch bei den anderen in den letzten Wochen eine erfreuliche Wandlung eingetreten ist (Beifall).

Der so offenkundig gewordene Zerfall der Adenauer-Koalition hat die Beeinflussungsmöglichkeiten der Regierung erheblich vermindert. Verschiedene Verleger scheinen einzusehen, daß sie besser daran getan hätten, mehr und rechtzeitig auf ihre Bonner Korrespondenten zu hören.

Über die sozialdemokratische Pressearbeit und die uns nahestehenden Verlage haben wir im Jahrbuch ausführlich berichtet. Die uns nahestehenden Druckereien und Verlage sind ein bedeutender Faktor im graphischen Gewerbe. Sie haben einen Jahresumsatz von fast 140 Millionen DM, etwa 15 000 Beschäftigte und eine tägliche Gesamtauflage von rund 1,5 Millionen Zeitungsexemplaren (von all den anderen Publikationen abgesehen). Sie verfügen über insgesamt etwa 75 Rotationsmaschinen und rund 500 Setzmaschinen, Schnellpressen und Tiegel.

Trotz der speziellen Schwierigkeiten für unsere Unternehmungen ist die Aufwärtsentwicklung mindestens der größeren Betriebe eindrucksvoll. Der Maschinenpark wurde modernisiert, Druckerei- und Verlagsgebäude neu errichtet und modernste technische Einrichtungen in Betrieb genommen. Auf einigen dieser Gebiete sind wir allen Konkurrenzunternehmen voraus. Der von uns durchgeführte Betriebsvergleich, eine umfassende, betriebswissenschaftliche und eminent praktische Gemeinschaftsarbeit, hat wohl in der ganzen Industrie nicht seinesgleichen.

Für die inhaltliche Gestaltung der uns nahestehenden Blätter gelten die gleichen Probleme, die ich eingangs bezüglich der Presse im allgemeinen erwähnte. Auch sie sind nicht in der Lage, ausreichende politische Informationen zu bringen. Sie stehen täglich vor der Aufgabe, das richtige Verhältnis zwischen politischen Notwendigkeiten und den anderslautenden Wünschen der nichtpolitischen Lesermehrheit zu finden. Wir wünschten uns wahrhaftig noch mehr Politik auch in den uns nahen Blättern, aber das setzt leider mehr an der Politik interessierte Leser voraus.

Die Betreuung dieser Verlage ist selbstverständlich nur ein Teil unserer pressepolitischen Aufgaben. Ständige Kontakte mit anderen Redaktionen, Verlagen, Agenturen und Publizisten, Ausbau unserer verschiedenen Pressedienste, Einrichtung einer Pressestelle bei der Bundestagsfraktion, Schaffung neuer Publikationen und anderes wurden in den Berichtsjahren durchgeführt.

Zu Pressefragen liegt der Antrag 73 vor. Mit allem Respekt vor den Antragstellern, muß ich doch feststellen, daß die im Antrag aufgestellte Behauptung völlig unfundiert ist. Wir bitten daher um Ablehnung.

Zu Propagandafragen zunächst ein Wort über die diesbezüglichen Aktivitäten der Bundesregierung. Wir bestreiten der Regierung selbstverständlich nicht

das Recht, Informationen über die geleistete Arbeit zu geben. Sie hat jedoch, statt sich auf Informationen zu beschränken, Regierungs- und Parteipropaganda mit Steuergeldern betrieben (Beifall) und damit nicht nur öffentliche Mittel inkorrekt verwendet, sondern auch typische Parteienfunktionen an sich gezogen. Das ist, prinzipiell gesehen, ein Schritt zu einem autoritären Regime, in dem Parteien nur mehr dekorativer Wurmfortsatz sind. (Beifall.) Sie betreibt diese ihre Propaganda zum Teil mit Tarnnamen und Tarnorganisationen. Wir haben bereits auf dem Berliner Parteitag darauf hingewiesen.

Inzwischen hat die Bundesregierung das zum System erhoben. In Vorbereitung des Wahlkampfes und wohl auch, weil eine offene Propaganda für diese Bundesregierung keine Abnehmer mehr findet. Die Regierung hat direkt oder indirekt das Gebiet der Bundesrepublik mit einem dichten Netz von Tarnorganisationen überzogen. Ich habe hier eine Liste von mehr als einem Dutzend solcher Regierungs-Tarnorganisationen, zu denen noch eine Reihe von Verlagen, Korrespondenzbüros usw. kommen, die alle so oder so von der Bundesregierung ausgehalten werden und deren Aufgabe es ist, die politischen und parteipolitischen Ziele der Regierung unter falscher Flagge zu verbreiten. Die Verlagerung der Regierungspropaganda auf solche Tarnorganisationen gibt dann anderen Behörden, zum Beispiel der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, den Vorwand, Hilfestellung zu leisten.

Sieht man denn in der Regierung nicht, welche Gefahren dadurch heraufbeschworen werden? Daß man sich so selbst den restlichen moralischen Kredit in der Bekämpfung kommunistischer und neofaschistischer Tarnorganisationen verscherzt?

Ein besonderes Kapitel ist die offene und getarnte Aufrüstungspropaganda, die Blanksche Gesundheitsbeterei und Zahnsanierung, in die Millionen DM hineingesteckt werden.

Die Regierungspropaganda steht im Zeichen des Bundestagswahlkampfes, der mit kompaktem Einsatz der aufgesammelten Millionen-Fonds und ohne Skrupel geführt wird. Bedenken in CDU-Kreisen, ob gewisse Aktionen gegen politische Sauberkeit verstoßen, wurden vom maßgebenden Meinungsmacher mit den Worten abgetan: „Was Sauberkeit ist, bestimmt der Sieger.“ Nun, wir können wohl selbst auf Grund ihrer eigenen Meinungsforschung unterstellen, daß sie weder die Sieger noch die Bestimmenden sein werden (Beifall). Der CDU-Wahlplan, soweit er bis jetzt in unserem Besitz ist, sieht vor, neben dem Rückblick auf die sieben satten CDU-Jahre an die Furcht zu appellieren und den Wählern Angst vor der SPD einzujagen. Man will dem Wähler weismachen, die auf Raten gekaufte Fernsehtruhe sei bei einem sozialdemokratischen Wahlsieg in Gefahr. Und Herr Lenz will den Widerwillen gegen die Aufrüstung mit dem Argument bekämpfen, daß die heutige Jugend respektlos sei und durch den Wehrdienst zur Ordnung erzogen werden müsse. Sie alle, liebe Genossinnen und Genossen, haben ja in den letzten Wochen das Geschrei um die sogenannten „Halbstarken“ vernommen, das von gewissen Magazinen gestartet worden ist. Das ist bereits von der Bodensee-Giftküche der CDU angezettelt worden als Seelenmassage für den Wahlkampf. Man diffamiert die junge Generation, um die Wahlposition zu retten (Beifall). Sie planen den Masseneinsatz von Filmen, die verstärkte Infiltration der Wochenschauen, eine kostspielige Anzeigenkampagne und eine große Plakataktion.

Bei sämtlichen Plakatanschlagfirmen der Bundesrepublik liegen schon jetzt zwei Aufträge für die Plakatierung zur Bundestagswahl vor, darunter ein 4-Bogen-Riesenplakat für die letzten vier Wochen. Im Auftrag heißt es wörtlich: „Der letzte Anschlagtag muß der Wahlsonntag sein.“

Wir versprechen ihnen, alles zu tun, damit der Wahlsonntag zugleich auch ihren letzten Anschlag auf den deutschen Wähler beendet (Beifall).

Was nun unsere Werbe- und Propagandatätigkeit in den beiden Berichtsjahren betrifft, so möchte ich auch hier auf das Jahrbuch verweisen. Wir haben uns bemüht, aus den Erfahrungen zu lernen, die Arbeit der Parteizentrale weiter zu verbessern und die der Gesamtorganisation noch mehr zu unterstützen. Wir sind dabei auf unendlich viel guten Willen gestoßen. Die Leistungen der vielgeplagten Sekretäre und der Zehntausende ehrenamtlicher Vertrauensmänner könnten noch gesteigert werden, wenn in allen Vorständen der Partei die Aufgeschlossenheit für die moderne Werbe- und Organisationsarbeit vorhanden wäre.

Unserer zentralen Arbeit steht jetzt ein Werbe- und Propaganda-Ausschuß zur Seite, dem Werbeberater, Grafiker, Meinungsforscher, Journalisten, Politiker und Organisationsleiter angehören. Ein weiterer Werbeberater ist in unseren engeren Mitarbeiterstab aufgenommen, und zahlreiche Lehrgänge wurden durchgeführt.

Die Materialanforderungen sind gestiegen, wir haben eigene Schallplatten hergestellt, die neue Wählerzeitung „Debatte“ entwickelt und eine Mitgliederwerbung als Dauerkampagne begonnen, über deren erste Erfolge Max Kukil berichtet hat. Besondere Aufmerksamkeit galt den auf Auge und Ohr wirkenden technischen Mitteln. Wir haben Filme, Wochenschauen, Hörfolgen und Tonbildserien hergestellt. In diesen letzteren Bereichen stehen wir heute an der Spitze aller sozialistischen Parteien, und wir bemühen uns, in diesem freundschaftlichen Wettbewerb an der Spitze zu bleiben.

Zur Werbung und Propaganda liegen vier Anträge vor. Antrag 69: Wir haben gemeinsam mit den Antragstellern die ersten Maßnahmen bereits ergriffen und empfehlen Annahme des Antrages.

Ebenfalls anzunehmen empfehlen wir Antrag Nr. 70, der verstärkte Filmbeschaffung fordert. Wir tun das zwar bereits seit über vier Jahren, aber vielleicht bringt die Annahme des Antrages die Antragsteller dazu, von den vorhandenen Einrichtungen erstmalig Gebrauch zu machen (Heiterkeit). Antrag 71 bitten wir dem Parteivorstand zu überweisen.

Antrag 72 empfehlen wir zur Annahme; der darin ausgedrückte Wunsch befindet sich bereits in Bearbeitung.

Ein abschließendes Wort über die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Es ist eine unserer Hauptaufgaben, die Bevölkerung der Zone über die sozialdemokratische Politik zu unterrichten. Das ist unseren Genossen in der Zone mit unserer Hilfe in verstärktem Maße gelungen, obwohl die SED ihre Maßnahmen gegen sozialdemokratische Publikationen verschärft hat. Für die Zone allgemein erscheint die Zeitung „Sozialdemokrat“, für die Industriearbeiter der SBZ unsere „Tribüne“ und für die Jugend monatlich die „Freie Junge Welt“. In der ideologischen Auseinandersetzung mit den Lehren des totalitären Kommunismus

mus spielt unsere, für die Zone bestimmte, theoretische Zeitschrift die „Einheit“ eine große Rolle. Das Echo aus der Zone zeigt zweierlei:

1. Es gibt in der Sowjetzone keine größere Stadt, keinen Landkreis mehr, wo nicht unser Material kursiert.
2. Die Bevölkerung der Zone, die von keiner anderen Partei der Bundesrepublik in diesem Ausmaß orientiert wird, erkennt immer mehr an, daß die Sozialdemokraten es sind, die es mit ihrer gesamtdeutschen Verpflichtung ernst meinen.

Unsere Untergrund-Propaganda beschäftigt sich nicht nur mit der Politik der SED, sondern sie stellt vor allem dar, was wir hier, in der Bundesrepublik, für die Wiedervereinigung tun. Wenn die Inaktivität der Bundesregierung in dieser Frage nicht zu einer Lähmung des Widerstandswillens in der Zone geführt hat, dann ist das wohl auch ein Verdienst unserer Politik und ihrer Bekanntgabe durch unsere Aufklärungsarbeit (Beifall).

Heute gibt es innerhalb der SED eine Reihe von Oppositionsgruppen, deren ideologische Grundlagen vom demokratischen Sozialismus beeinflusst sind. Einige dieser Gruppen haben Verbindung mit uns aufgenommen. Sie geben, ebenso wie zahlreiche rein sozialdemokratische Widerstandsgruppen, eigene in der SBZ illegal hergestellte Flugblätter heraus, die unsere Aufklärungsarbeit auf eine noch breitere Basis stellt.

Die Reaktion der SED-Führung auf all dies ist ein indirektes Eingeständnis dafür, daß sie mit unserer Propaganda nicht fertig wird. In der Vergangenheit hat die SED den „Sozialdemokratismus“ durch Terror und Gegenpropaganda zu bekämpfen versucht. Jetzt möchte sie die Einstellung unserer gesamtdeutschen Arbeit und Auflösung des Ostbüros der Partei erreichen. Nun, das wird ihr nicht gelingen. Wir werden diese unsere Aufgabe fortsetzen und zu steigern suchen. Das ist Sinn und Zweck der Arbeit, die wir in der Sowjetzone leisten, bis zu dem Tag, an dem wir unsere sozialdemokratischen Auffassungen frei und öffentlich in die Zone tragen können. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Es spricht über die Kulturpolitik der Genosse Willi Eichler.

Willi Eichler — Kulturpolitik: Liebe Genossinnen und Genossen! Die industrielle Revolution des Atomzeitalters und der Automatisierung hat die politische Bildung, wie auch die gestrigen Diskussionen gezeigt haben, in der Tat zu einer Schicksalsfrage der Demokratie gemacht. Viele haben heute begriffen, daß die Demokratie sich nicht auf allgemeines Wahlrecht und Parlamentarismus, Koalitions- und Zensurfreiheit beschränken kann. All diese Einrichtungen, so notwendig sie sind, verfehlen ihren Zweck, wenn nicht der Freiheitswille der einzelnen Menschen und ihre schöpferische Mitgestaltung Tragpfeiler von Staat und Kultur sind.

Davon ging unsere kulturpolitische Arbeit aus: Aufbau, vor allem aber Inhalt der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen in der Bundesrepublik waren ihr gewidmet. Die vielen Landtagswahlkämpfe, die größtenteils um kulturpolitische Streitfragen gingen, haben wir in Zusammenarbeit mit den Genossen

aus den Ländern sorgfältig vorbereitet. Es ging vor allem um die Gemeinschaftsschule, die Lehrerbildung, die politische Bildung, die Abwehr klerikaler Übergriffe, Lehr- und Lernmittelfreiheit und das neunte Schuljahr, das endlich eine allgemeine Forderung aller deutschen Landtage werden sollte (Beifall).

Eine nach wie vor wichtige Aufgabe bleibt die Gemeinschaftsschule. Die Aufspaltung der Erziehung nach Konfessionen ist ein Verhängnis, denn sie erschwert die Erziehung zur Toleranz. Wenn wir Toleranz, mit Kant, nicht einfach als einen Akt hochmütiger Duldung auffassen, sondern als bewußte Achtung des weltanschaulich Andersdenkenden, dann muß ein solches Zusammenleben in der Gemeinschaft schon in der Schule als Vorbild gezeigt werden (Beifall). Unsere Bemühungen um die Gemeinschaftsschule sollten stärker werden; es lohnt sich. Genossen, überall dort, wo Eltern sich mit Entschiedenheit für diese Schule einsetzen, überzeugen sie oft auch andere Eltern von deren Notwendigkeit. Es geht hier um eine politische Frage. Die Konfessionsschule wird von der Kirche nicht als religiöses Dogma behandelt — sie ist ein politisches Kampfobjekt. Wie um solche Objekte gerungen wird, das beschreibt der Jesuitenpater J. Cavalli einmal im offiziellen Organ seines Ordens. Dort heißt es:

„Die katholische Kirche nimmt für sich allein das Recht der Freiheit in Anspruch, da dieses allein der Wahrheit, niemals aber dem Irrtum zugestanden werden darf. Zwar geht sie auch gegen die anderen Religionen nicht mit dem Türkensäbel vor, aber sie wird verlangen, daß deren Ausbreitung mit gesetzlichen, menschlichen Mitteln verhindert wird.

In einem Lande mit katholischer Mehrheit verlangt die Kirche, daß dem Irrtum keine rechtliche Daseinsberechtigung gewährt wird. In einigen Ländern werden die Katholiken selbst die Glaubensfreiheit für alle in Anspruch nehmen. Über diesen inneren Widerspruch darf die Kirche weder in der Theorie noch in der Praxis Erörterungen beginnen.“

Soweit Cavalli. Die Gemeinschaftsschule verletzt also keine religiösen Überzeugungen, sondern politische Machtansprüche.

Wir haben im Kulturpolitischen Ausschuß Leitsätze für die Lehrerbildung erarbeitet; sie sind im Jahrbuch abgedruckt. Dem Volksschullehrer muß eine Ausbildung an der Universität oder an einer Pädagogischen Hochschule von mindestens sechs Semestern gesichert sein. Auch die Volksschüler brauchen wissenschaftlich gebildete Lehrer, schon wegen der höheren Anforderungen, die das wirtschaftliche und technische Leben heute an den jungen Menschen stellt. Für alle Schulprogramme haben jedes Mal Lehr- und Lernmittelfreiheit und das neunte Schuljahr, die Berufsausbildung, sowie die politische Bildung eine Rolle gespielt. Bereits in der Volksschule ist eine Einführung in das politische und wirtschaftliche Leben unseres Volkes möglich und nötig, insbesondere auch eine Einführung und Aufklärung über seine jüngstvergangene Geschichte. Der Lehrer muß natürlich entsprechend vorgebildet sein. Wir brauchen deshalb überall Lehrstühle für die Wissenschaft von der Politik, politische Seminare und Möglichkeiten der politischen Diskussion.

Unser Hochschulreformprogramm geht auf die Vorarbeiten des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes zurück. Es wurde auf der öffentlichen Tagung der sozialistischen Hochschulgemeinschaft in Marburg unter Anwesenheit zahl-

reicher Studenten, Professoren, Ministerialbeamten und Politiker vorgetragen und gebilligt. Es fand zum Teil einen Niederschlag auf der Hochschulkonferenz von Honnef und spielte auch eine bedeutende Rolle auf dem Vierten Deutschen Studententag in Hamburg, der Tagung des Verbandes Deutscher Studentenschaften, der Gesamtvertretung der deutschen Studenten, deren Botschaft wir gestern hier mit so großer Freude zur Kenntnis genommen haben. Einige bürgerliche Blätter bezeichneten diesen Studententag als „Studententag in Rot“. Wir freuen uns, daß die von uns entwickelten Gedanken in weiten Kreisen der Studenten und Dozenten Zustimmung finden und daß viele überzeugt sind, unsere Partei sei die einzige, die eine freiheitliche und moderne Schul- und Hochschulreform durchsetzen kann und will.

Zustimmung für unsere Arbeit finden wir zunehmend auch bei Künstlern, Schriftstellern, Wissenschaftlern, Juristen, Ärzten, Architekten und Technikern. Zum Paulskirchenmanifest haben sich viele Angehörige freier Berufe öffentlich bekannt — ein hoffnungsvolles Zeichen für die Demokratie. Alle Bemühungen als Ausdruck dieser Erkenntnis unterstützen wir selbstverständlich tatkräftig. Sie zeigten sich weiter zum Beispiel in der Aktion des sogenannten Grünwalder Kreises gegen die neofaschistische Literatur. Es gibt vielfältige Bestrebungen dieser Art. Besonders bemerkenswert ist der Erfolg der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker in München und der Vereinigung für politische Bildung „Neue Gesellschaft“ in Hamburg. Sie haben Vorträge über brennende Zeitfragen veranstaltet, die weit über unseren Parteikreis hinaus Menschen angezogen und Diskussionen ausgelöst haben. Die Vorträge sind in Buchform veröffentlicht. Ich möchte deshalb hier auch die Gruppe sozialistischer Verleger und Buchhändler erwähnen, die zunehmend moderne wissenschaftliche und politische Literatur herausgebracht hat. Sie gehört in alle öffentlichen, gewerkschaftlichen und Betriebsbibliotheken. Dabei können viele Genossen hilfreich die Hand bieten.

Die parteigenössische Bildungsarbeit hat Fortschritte gemacht. Sie ist vertieft und ausgedehnt worden. Das zeigte sich in den Berichten unserer Kulturobleute, die sich vor einigen Monaten auf einer zentralen Veranstaltung trafen. Wir haben diese Entwicklung vorbereitet durch frühere zentrale Zusammenkünfte, in denen wir gemeinsame Aufgaben der Bildungsarbeit erörtert haben. Ein Mangel ist, daß diese Arbeit oft von der Initiative einzelner abhängt. Es gibt noch nicht in jedem Bezirk einen aktiven kulturpolitischen Ausschuß, dem etwa Vertreter der Falken, der Jungsozialisten, der Studenten, der Frauen, Lehrer, Juristen, Ärzte sowie Genossen, die in anderen kulturellen Organisationen tätig sind, angehören sollten. Unsere Bildungsarbeit kann nicht vielfältig genug angelegt sein.

Unsere Wanderlehrer sind nach wie vor sehr begehrt. Die Berichte über ihre Kurse zeigen, wie erfolgreich auch kleinere Gruppen mit der Bildungsarbeit unserer Partei verbunden sind. Unsere Lehrplankommission hat ein Programm entworfen, das wir seit einiger Zeit in der Bildungsarbeit durchführen — die Tätigkeit der Wanderlehrer fügt sich dem ein. Einer von ihnen, der Genosse Junker, ist an die Heimvolkshochschule Bergneustadt gegangen.

Der Koordinierung der Bildungsarbeit dient eine Arbeitsgemeinschaft einer Reihe von Bildungswerken unserer Bezirke. Sie verstärkt den ständigen Kontakt und wir hoffen, auf diese Weise zu Aufbaukursen zu kommen, in denen

die jeweils vordringlichen Aufgaben behandelt werden. Ein ökonomischer Vorteil ist dabei, daß wir weniger zentrale Kurse zu veranstalten haben.

Hauptgegenstand der Bildungsarbeit war das Aktionsprogramm, wobei wir die in Berlin geschlossene Präambel nicht vergessen sollten. Das Aktionsprogramm ist längst nicht allgemein und gründlich genug bekannt. Das bedeutet Schwierigkeiten in der geschlossenen Vertretung unserer Ansichten.

Ein weiterer unerläßlicher Bestandteil unserer Bildungsarbeit ist die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Seine bloße Ablehnung begründet noch keinen eigenen Standpunkt. Man darf den Kommunismus nicht nur nach seinen politischen Aktionen beurteilen, sondern muß verstehen und erörtern, was an Erkenntnissen und psychologischen Beweggründen dahintersteckt. Diese Auseinandersetzungen müssen gerade die Sozialisten ernst nehmen, denn es gibt außer ihnen viele, die den Kommunismus ebenfalls ablehnen, die aber unversehens oder auch absichtlich dahin gelangen, zusammen mit dem Leninismus, Stalinismus auch Marxismus und Sozialismus in einen Topf zu werfen. Die Gegner unserer Gegner sind also keineswegs immer unsere Bundesgenossen.

Wir hatten die Ehre, ein kulturpolitisches Seminar der Sozialistischen Internationale vorzubereiten und zu leiten. Ermutigend war, daß etwa 40 junge Sozialisten aus elf europäischen Ländern in sozialistischer Grundhaltung und kulturpolitischer Tätigkeit einig waren, obwohl die gesellschaftlichen Bedingungen der einzelnen Länder zum Teil sehr verschieden sind.

Für unsere kulturpolitische Tätigkeit ist die Mitarbeit in der allgemeinen Erwachsenenbildung wichtig, insbesondere in der Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“, aber auch in anderen Institutionen, sowohl öffentlichen als auch privaten und konfessionellen. Die sogenannten Begegnungen erfreuen sich dabei eines immer größeren Zuspruchs und können eine zunehmende Demokratisierung bedeuten. Man kommt von den Monologen ab, um, verständlich und pädagogisch richtig, die gegeneinanderstehenden Standpunkte von deren Vertretern in Streitgesprächen vorgetragen zu hören. Solche Begegnungen sind eine Übung, eine Bewährung und können für den Sozialismus werbend wirken. In einer der letzten Aussprachen, die wir durchführten, in einer Aussprache zwischen protestantischen Pfarrern und sozialdemokratischen Politikern wurde im Anschluß an diese Begegnung im Kommuniqué erwähnt, und zwar einstimmig von allen gebilligt, daß das Christentum kein Vorwand sein dürfe zur Verschiebung politischer Probleme. Ich glaube, auf diese Weise kann am besten den Menschen nahegebracht werden, worum es eigentlich in unserer heutigen politischen Situation geht.

Die Zusammenarbeit mit den uns befreundeten Jugendorganisationen hat im Kulturpolitischen Ausschuß und im Jugendpolitischen Ausschuß zur Erörterung von Fragen geführt, die im Jugendplan der SPD angesprochen sind. Ich verweise hier auf die gedruckten Berichte. Darüber hinaus haben wir eine Einrichtung geschaffen, die sich bei den konkreten Anlässen sehr bewährt hat, vor denen wir und die Jugend selbst standen. Wir haben Vertreter aller mit uns befreundeten Jugendorganisationen eingeladen und mit ihnen gemeinsam Aufrüstung, Wehrgesetzgebung, Grundgesetzänderungen, Kriegsdienstverweigerungsgesetz, Kontakte mit der Bevölkerung des Ostens und andere mehr besprochen. Daß die deutsche Aufrüstung ganz besonders die

Jugend erregt, liegt auf der Hand. Vielleicht ist dadurch die eigentliche Erziehungsarbeit etwas zu kurz gekommen, aber ich glaube, es hat wenig Sinn, der Jugend aus dieser Beschäftigung, die manchem zu betont erscheint, einen Vorwurf zu machen. Es ist für uns und die Demokratie sicher bedeutsamer, eine sich ihre Urteile frei bildende Jugend zu haben, als eine bequeme und gleichgeschaltete. Übertriebene politische Urteile lassen sich bei ausgebildeter Verständigungsbereitschaft korrigieren — Urteils- und Standpunktlosigkeit in der Politik sind schlechthin verhängnisvoll (Beifall). Die Jugend wird gerade diese Freiheit ihrer Urteilsbildung als eines der Wesenselemente sozialistischer Erziehung und Politik schätzen lernen und sich damit dem Sozialismus besonders tief verpflichtet fühlen. Das hat sich übrigens in der politischen Arbeit, bei Wahlen und auch sonst durchaus gezeigt.

Unsere Stellungnahme zum Sport, insbesondere die Aufnahme bestimmter Verpflichtungen dem Sport gegenüber im Aktionsprogramm, hat uns in Sportkreisen Beifall gebracht. In der Zusammenarbeit von Ländern, Gemeinden und den im Sport Tätigen muß viel mehr geschehen — noch immer ist die Leibeseziehung weit hinter der Notwendigkeit zurück. Wir haben von der Freizeitgestaltung anderer Länder viel zu lernen: das wird angesichts der zu erwartenden dauernden Verkürzung der Arbeitszeit besonders dringlich. Bestrebungen, eine unabhängige Körperschaft für Freizeitgestaltung zu schaffen, sollten wir unterstützen. Im Antrag Nr. 78 wird auf einen Beschluß der Sozialistischen Internationale Bezug genommen, der eine Zusammenfassung der im Sport und in der Kulturarbeit tätigen Genossen vorsieht. Wir bitten, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

In unserer Rundfunkarbeit haben uns die Versuche der Bundesregierung und der Länderregierungen beschäftigt, Einfluß auf den Rundfunk durch bevorrechtigte Sendezeiten zu gewinnen. Das haben wir im großen und ganzen verhindern können. Wir bitten unsere Genossen, sich diesen Bestrebungen einhellig zu widersetzen. Bei der Trennung des Nordwestdeutschen Rundfunks waren es die Kirchen, die ein Sonderrecht beanspruchten. Das haben sie nicht erhalten, ohne daß sie dabei benachteiligt wurden. Der Rundfunk scheint mir im übrigen eine der wenigen Einrichtungen zu sein, bei denen es halbwegs objektiv zugeht beim freien Meinungs austausch. Er hat den Mut gezeigt, manche heiße Eisen anzufassen: die schändliche Behandlung der Wiedergutmachung, das Anwachsen des Neofaschismus, Eingriffe in die Pressefreiheit und die Erinnerung an die zu leicht vergessenen Schandflecke der jüngsten deutschen Geschichte. Ein Skandal ist und bleibt, daß der seit Jahren geplante Langwellensender mit der Aufgabe, in die SBZ hineinzu strahlen, deswegen nicht errichtet werden konnte, weil sich starke Kräfte, in erster Linie die Bundesregierung, der Einrichtung einer Redaktion in Berlin widersetzen. Der Widerstand der Bundesregierung gegen Berlin als Sitz des Langwellensenders ist kennzeichnend für ihr dauerndes Bestreben, sich einen unmittelbaren Einfluß auf den Rundfunk zu sichern, dem wir auch in diesem Falle schärfstens entgegentreten müssen (Beifall).

Der Parteitag sollte deshalb eine Entscheidung treffen und ausdrücklich den Beschluß der Bundestagsfraktion unterstützen, die vorhat, zur Einrichtung der Langwelle in Berlin im Bundestag aktiv zu werden.

Die Vertiefung und die zusammenhängende Darstellung unserer sozialistischen Überzeugungen ist nach wie vor eine dringende Aufgabe. Wir brauchen ein

Parteiprogramm, das über das Aktionsprogramm hinaus ein Wegweiser ist, — gleichsam ein Leitbild für die sozialistische Umgestaltung unserer Gesellschaft (Beifall). Diese Aufgabe sehen wir seit langem, sie ist eine der schwierigsten, vor der wir stehen. Keine Partei der Sozialistischen Internationale hat sie bisher gelöst, was kein Trost ist, aber die Kompliziertheit des Vorhabens bestätigt. Auf dem Berliner Parteitag habe ich über einige Vorarbeiten berichtet. Die dort genannte Gruppe sozialistischer Forscher hat auf einer mehrtägigen Arbeitskonferenz die sogenannten Mehlemer Thesen erarbeitet. Wir haben sie zum Teil in der „Neuen Gesellschaft“ und vollständig im vorliegenden Jahrbuch der Partei abgedruckt. Sie sind für die Programmarbeit eine wichtige Hilfe.

Wir haben die Anregung aufgenommen, eine Gruppe junger sozialistischer Wissenschaftler zu bilden, die vor allem die Analyse moderner Zeiterscheinungen in Angriff nimmt, soweit sie für die sozialistische Arbeit wesentlich sind. Sie hat die Situation des Arbeiters in der Industriegesellschaft erörtert, aufbauend auf Ergebnissen bestimmter in größerem Rahmen durchgeführter Untersuchungen und persönlichen Umfragen soziologischer Institute. Ihre nächste Tagung wird sich den Fragen der Mitbestimmung widmen. Diese Gruppe ist eine kontinuierliche Erweiterung der Gruppe wissenschaftlicher Forscher, sie ist auch als Koordinierungsstelle der Arbeiten dieser jüngeren Wissenschaftler wichtig.

Eine weitere Hilfe für die Diskussion am Grundsatzprogramm sind viele Beiträge in der „Neuen Gesellschaft“. Ich möchte hier einige Bemerkungen über diese Zeitschrift einschieben. Ihr Leserkreis ist größer als die optimistischsten Erwartungen voraussagten, sehr viel größer als der der vergleichbaren Veröffentlichungen der Weimarer Zeit. Sie wird gelesen von Politikern, Beamten, leitenden Funktionären in Partei, Gewerkschaften und Berufsverbänden, Professoren, Studenten, Lehrern, auch von denen in der Erwachsenenbildung und von Gewerkschaftsschulen, sowie relativ vielen Pfarrern beider Konfessionen. Die in der Zeitschrift begonnene Diskussion über die Aufgaben der SPD vor den Bundestagswahlen soll fortgesetzt werden. Auch der Erörterung des Grundsatzprogramms wird sie weiten Raum geben. Bedeutende Arbeit für das Grundsatzprogramm selbst stellt auch die Arbeit im neugebildeten Atomausschuß beim Parteivorstand dar. Die beiden Reden von Carlo Schmid und Leo Brandt haben wir selbst gehört. Der Parteivorstand hat die auf dem Berliner Parteitag angekündigte Programmkommission im Frühjahr 1955 berufen. Der größte Teil der an den Vorarbeiten Beteiligten ist Mitglied dieser Kommission. Sie hat als Ergebnis ihrer ersten Sitzung mehrere Unterausschüsse gebildet, darunter einen Grundsatzausschuß, der sich mit den Grundlagen und dem Aufbau des Programms befaßt hat. Wir haben in diesem Grundsatzausschuß in gründlichen Referaten und Diskussionen die Klassensituation der Gesellschaft erörtert und die Frage geprüft, wieweit Klassenkämpfe nach wie vor die gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen oder bestimmen. Einen größeren Raum nahmen ferner Untersuchungen über Demokratie und Totalitarismus ein, über die Gefährdung der Demokratie durch monopolistische und anonym wirkende Kräfte in der Wirtschaft und in der Manipulierung der Meinungsbildung im Erziehungswesen, in der Presse und in der sogenannten Kulturindustrie. Eine Partei, die sich nicht durch Formen faszinieren lassen will, darüber waren wir uns einig, kann an den Klassen,

dem Klassenkampf, den Monopolbildungen, insbesondere dem Monopol am Produktionsmitteleigentum, aber auch nicht an der Bürokratisierung und den neuen Abhängigkeiten vorübergehen, die sich aus der zunehmenden Organisation des gesellschaftlichen Lebens ergeben.

Sie hat diese grundlegenden Punkte programmatisch zu behandeln. Das gleiche gilt für die Beseitigung des Bildungsmonopols auf allen Gebieten. Das gesamte Schul- und Bildungswesen muß hier umgestaltet werden; erst dann öffnet sich der Weg, Freiheit und Gerechtigkeit in einer Demokratie zu verwirklichen, die im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben jedem Menschen die Möglichkeit gibt, von seinen eigenen Kräften den ihm eigenen Gebrauch zu machen. Für den Totalitarismus jeder Farbe ist dies eine unmögliche Vorstellung, wenn er sich nicht selbst aufgeben will.

Als Grundwerte haben wir Freiheit, Gerechtigkeit, Friede und Solidarität vorangestellt, wobei wir den Versuch aufgaben, eine weitere philosophische oder religiöse Begründung dieser Werte zu geben. Über die grundlegende Bedeutung dieser Werte waren wir uns einig. Wir sind nicht der Auffassung, sie seien überholt. Wir wissen aber auch alle, daß sie durch Ideologien, die aus diesen Werten notdürftige Verschleierungen bloßer Machtansprüche gemacht haben, diskreditiert worden sind. Wir müssen sie in ihrer ursprünglichen Bedeutung sehen und die Konsequenzen, die sie in praktischer Anwendung auf die Gestaltung der Gesellschaft erfordern, klar herausstellen. So ergibt sich ein konkret gezeichnetes Bild einer sozialistischen, diesen Werten entsprechenden Gesellschaft.

Dies ist die Hauptaufgabe, die die Kommission erkannt und in Angriff genommen hat. Dabei ist sie aber selbstverständlich nicht an der Programmatik der sozialistischen Bewegung der letzten hundert Jahre vorbeigegangen: sie hat sie studiert und in ihre Arbeit einbezogen. Nachdem der Grundsatzausschuß dem Plenum der Kommission über seine Arbeiten berichtet hat, die im Plenum diskutiert worden sind, wird die Gliederung des Programms hier etwa so aussehen: Zeitanalyse, Grundwerte unserer Überzeugungen, daraus sich ergebende Grundanforderungen an die Gestaltung der Gesellschaft, Auseinandersetzung mit Monopolkapitalismus, Neoliberalismus, Bolschewismus und Ständestaat, die wichtigsten Mittel zur Verwirklichung unserer Ziele und Grundanforderungen, die Verbindung von sozialistischer Tradition, und schließlich das Bild einer sozialistischen Demokratie — wenn man so will, eine Art moderner Utopie. Die Arbeiten für die Zeitanalyse, die sich daraus ergebenden programmatischen Konsequenzen sind auf vier Unterausschüsse verteilt: Wirtschafts- und Sozialstruktur und die politische Situation; Weltpolitik; Verfassungspolitik im weitesten Sinne; Kulturpolitik und Pädagogik.

Mancher wird sagen — und mancher hat es gesagt —, daß man all dies vielleicht noch schneller bewältigen könnte. Wir teilen den Wunsch nach Beschleunigung, aber abgesehen davon, daß wir alle mit vielen anderen wichtigen und zeitraubenden Dingen beschäftigt sind: eine Welt, die sich dauernd verändert, selbst in der wissenschaftlichen Aussage über ihre Grundlagen, können wir unmöglich in einigen Sätzen programmatisch erfassen. Selbst die Tatsachenkenntnis über den Menschen und die gesellschaftlichen Zusammenhänge wird durch die heutige Wissenschaft noch nicht eindeutig und unbestritten vermittelt. Trotzdem lohnt sich der Versuch, den wir ja unternehmen, vom

heutigen Stand der Erkenntnisse ausgehend etwas Solides zu schaffen, wenn wir auch wissen, daß es nicht für die Ewigkeit gültig sein wird. Selbstverständlich muß der Entwurf eines Programms, den wir hoffen, in etwa 15 Monaten vorlegen zu können, wobei einige Vorarbeiten weiter auch früher veröffentlicht werden könnten, die Parteiöffentlichkeit durch Kritik und Weiterarbeit beschäftigen. Dieses Programm kann und soll nur Ergebnis einer tätigen Mitarbeit aller sozialistischen Kämpfer sein. Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir keine Arbeit und Anstrengung scheuen, dies voranzubringen. Im Zusammenhang mit diesem Bericht stehen einige weitere Anträge zum Parteitag. Parteivorstand und Parteiausschuß schlagen vor, Antrag 74 durch diesen Bericht als erledigt zu betrachten, die Anträge 75 und 80 anzunehmen und die Anträge 76, 77 und 79 dem Parteivorstand zu überweisen.

Zum Schluß möchte ich noch mitteilen, daß es uns gelungen ist, das Karl-Marx-Haus in Trier dank vieler Hilfe so auszubauen, daß es mehr sein kann als eine würdige Gedächtnisstätte für einen großen Führer der modernen Arbeiterbewegung (Beifall). Das Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte hat uns dankenswerterweise Hunderte von Kopien bedeutender Briefe von Karl Marx und anderen Originalarbeiten zukommen lassen, die nun im Karl-Marx-Haus studiert werden können. Wir haben auch bereits einen bescheidenen Grundstock für eine Marx-Bibliothek, der noch sehr ausgebaut werden muß. Hier geht unser Appell an die Genossen, uns dabei zu unterstützen, indem sie ihre Bücherbestände auf Schriften von Marx und Engels und deren Schülern untersuchen, sowie auf die Arbeiten bedeutender Kritiker, und sie uns für unsere Bibliothek zur Verfügung stellen (Beifall).

Vorsitzender von Knoeringen: Ich danke dem Genossen Willi Eichler für seinen Bericht. Es folgt jetzt Punkt 5e, Bericht des Frauensekretariats. Ich erteile das Wort der Genossin Herta Gotthelf. (Starker Beifall.)

Herta Gotthelf — Frauensekretariat: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Bevölkerungsgruppe in der Bundesrepublik, die heute für unsere politische Entwicklung entscheidend ist, sind die Frauen. Die Frauenarbeit in der Partei ist deshalb eine wichtige politische Arbeit, die von uns allen und ganz besonders auch von den Genossen ernst genommen werden muß. Das heißt erstens, daß in den Bezirksbüros die organisatorischen Vorbedingungen für unsere Arbeit geschaffen sein müssen. Das ist leider nicht überall der Fall. Das heißt weiter, daß die Versuche unserer Frauen, neue und wirksame Wege der Werbung und Propaganda zu finden, auch von den Genossen unterstützt werden sollen. Auch da ist leider noch nicht alles, wie wir es uns wünschen würden. Und nicht zuletzt heißt das, Genossen, daß wir nicht so bescheiden sein und unser Licht nicht unter den Scheffel stellen sollen.

Wir sollen gerade bei der Kandidatenaufstellung zu Gemeinde-, Landtags- und Bundestagswahl und zu sonstigen Führungsgremien der Partei zeigen, wie viele tüchtige und sachverständige Frauen wir in der Partei haben (Beifall). Unsere Frauen in den Gemeinde- und Landesparlamenten und ganz besonders im Bundestag haben gezeigt, wie sachkundig sie sind, und daß es sich für die Partei und für das ganze deutsche Volk lohnt, Frauen in die Parlamente zu schicken (Beifall). Wir haben eine ganze Reihe von Genossinnen, die in Wahlkreisen gewählt worden sind. Sie haben klar gezeigt, daß es Un-

sinn ist, wenn man immer wieder sagt, Frauen könnten einen Wahlkreis nicht holen. Im Gegenteil! Wir haben bei einigen Wahlen erlebt, daß die Genossin einen unsicheren Wahlkreis geholt hat, während es manchen Genossen gab, der einen sicheren Wahlkreis nicht geholt hat.

Wenn in den Bezirken gut gearbeitet wird, zeigt sich auch, daß wir die Möglichkeit haben, Frauen nicht nur als Wähler, sondern auch als Mitglieder zu gewinnen. Ich freue mich, Euch folgendes berichten zu können. Wir haben im letzten Jahre 2600 neue Frauen für die Partei gewonnen, und bereits im ersten Quartal dieses Jahres haben wir 1100 Frauen neu in die Partei aufnehmen können (Beifall).

Wir bemühen uns aber nicht nur um neue Mitglieder, sondern versuchen auch, die Menschen, die zu uns kommen, bei uns heimisch zu machen. Fast überall sind es die Frauen und die Frauengruppen, die als erste und oft auch als einzige in der Partei den Mut haben, neue Formen der Arbeit auszuprobieren. Leider finden die Frauen aber nicht überall die Unterstützung unserer Genossen bei ihren Versuchen. In diesem Zusammenhang danke ich unseren Genossen aus Hamburg für ihren Antrag Nr. 81, in dem sie unsere Arbeit unterstützen und uns bestimmte neue Vorschläge machen. Parteivorstand, Parteiausschuß und der Frauenausschuß bitten, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen, damit wir noch die Möglichkeit haben, ihn recht gründlich gemeinsam durchzudiskutieren.

Wir können auch feststellen, daß von Jahr zu Jahr erfreulicherweise mehr junge Genossinnen verantwortliche Funktionen in unserer Partei übernehmen. Da wir als Frauen der Meinung waren, es hat gar keinen Zweck, immer nur über die Jugend zu sprechen, sondern daß es notwendig ist, auch einmal mit der Jugend zu sprechen, haben wir im Herbst 1954 eine besondere Arbeitstagung mit unseren jungen Genossinnen durchgeführt. Von den 100 Teilnehmerinnen waren 50 zwischen 20 und 30 Jahren alt, und die übrigen 50 waren Genossinnen, die heute im mittleren Alter sind und zumeist aus der alten SAJ kamen. Die Aussprache zwischen jung und alt wurde in voller Offenheit und gegenseitiger Toleranz geführt, und wir haben dabei entdeckt, wie viele tüchtige junge Frauen wir eigentlich in den Bezirken haben. In derselben Zusammensetzung haben eine ganze Reihe von Bezirken ähnliche Tagungen durchgeführt, und sie haben sehr zur Belebung unserer Arbeit beigetragen. Genossen, ich glaube, es wäre ganz nützlich, wenn nicht nur die Frauen, sondern die Partei allgemein solche Tagungen durchführen würde. Manches Mißverständnis zwischen jung und alt könnte dabei aus dem Weg geräumt werden.

Neben den Problemen der Gewinnung des Nachwuchses haben wir uns ganz besonders mit dem Schicksal der Millionen alleinstehender Frauen in Deutschland befaßt und als einzige und erste in der Bundesrepublik das Problem der alleinstehenden Frauen auf einer zentralen Frauenkonferenz in Hersfeld 1955 diskutiert. Dabei haben wir etwas sehr Interessantes feststellen können. Wir haben dieses Thema nicht nur unter wirtschaftlichen und sozial-politischem Aspekt behandelt, sondern auch in einem besonderen Referat über die psychologischen Probleme der alleinstehenden Frauen gesprochen. Das Echo, das gerade dieses Thema weit über unsere eigenen Reihen hinaus fand, hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, bei unserem Kampf um die wirtschaftliche und politische Befreiung des Menschen auch seine seelischen Nöte

nicht zu vergessen. Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang noch etwas anfügen, Genossen. Wir haben den Mut besessen, bei dieser wichtigen Zentralkonferenz eine völlig unbekannte junge Psychologin als Hauptrednerin herauszustellen, und gerade das war die Sensation unserer Konferenz. Ich bin überzeugt, daß wir nicht nur viele tüchtige junge Frauen finden, sondern auch viele junge Menschen in den Bezirken hätten, die wir bei etwas Mut mehr herausstellen könnten (Beifall).

Genossen! Von den vielen Anträgen der Frauenkonferenz möchte ich nur einen erwähnen, weil uns das Problem in wachsendem Maße mit Sorge erfüllt. Wir haben uns auf der Frauenkonferenz in einem besonderen Antrag dagegen gewandt, daß das Ministerium Blank versucht, nicht nur die Frauen- und Wohlfahrtseinrichtungen in den Dienst seiner Wehrpropaganda zu stellen, sondern auch die Schulen für die Wehrpropaganda mißbraucht. Wir lehnen das ab (Beifall). Da ausgerechnet in der vom Blank-Ministerium herausgegebenen „Bundeswehrkorrespondenz“ vom 4. Juli 1956 behauptet wird, sozialdemokratische Frauen seien für die Wehrpflicht, weil sie diese als eine gute Erziehungsmaßnahme betrachten, möchte ich hier in aller Deutlichkeit erklären, die sozialdemokratischen Frauen lehnen die Wehrpflicht ab (Beifall). Sie sind der Meinung, man soll die jungen Menschen dazu erziehen, für den Frieden zu leben und zu arbeiten, und nicht dazu, aus Sterben, Töten und Zerstören einen neuen Mythos zu machen (Beifall). Ich bin überzeugt, ich spreche hier nicht nur für die sozialdemokratischen Frauen, sondern für einen großen Teil der Frauen unseres Volkes. Wir sind auch der Meinung, daß es nicht gerade für die politische Intelligenz der Staatsmänner aller Länder spricht, wenn sie auch heute noch, im Zeitalter der Atom- und Wasserstoffbombe, das Soldatenspielen nicht lassen können (Beifall).

In unserer Frauenarbeit haben wir neben den Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die gerade die Hausfrauen so beschäftigen, besonders den Kampf um die Wiedervereinigung und den Frieden in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt. Als Ausdruck dafür, daß wir nicht wie gewisse Persönlichkeiten in der Bundesrepublik der Meinung sind, daß wir es uns leisten können, in der Frage der Wiedervereinigung geduldig zu sein, veranstalten wir alljährlich große Frauentreffen mit Tausenden von Frauen entlang der Zonengrenze, um diesen unseren Willen zur Wiedervereinigung zu dokumentieren. Vielleicht darf ich besonders den Bezirk Hannover erwähnen, der das größte dieser Frauentreffen an der Zonengrenze veranstaltet hat (Beifall). Unsere Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag haben in beiden Berichtsjahren im Zeichen des Kampfes gegen das Wettrüsten und für die Wiedervereinigung gestanden. Unsere Frauentagsveranstaltungen, besonders die riesigen Grenzveranstaltungen, in denen Tausende unserer Frauen sich mit vielen Hunderten von Frauen aus den Ländern an unseren Grenzen treffen, sind ein immer erfolgreicherer Bestandteil unserer Arbeit geworden. Ich möchte nur erwähnen, daß 1954 nicht nur Frauen von draußen zu uns kamen, sondern daß über 700 bayerische Frauen nach Wien gefahren sind, um mit den Wiener Genossinnen zusammen ihren Frauentag zu feiern. Wir treffen uns aber nicht nur auf internationalen Kundgebungen. In den Bezirken Schleswig-Holstein und Dänemark hat sich seit Jahren die Tradition deutsch-dänischer Studienwochen entwickelt, die abwechselnd in Deutschland und in Dänemark stattfinden.

Etwas Ähnliches machen unsere Genossinnen in Baden mit den Genossinnen aus der Schweiz und dem Elsaß. Wir legen auch in unserer internationalen Arbeit besonderen Wert auf das gegenseitige menschliche Verstehen.

Wir haben im Jahrbuch einen sehr ausführlichen Bericht vorgelegt; darum will ich, weil Sie schon eine ganze Menge Berichte hören mußten, nur noch einiges hervorheben. Besonderen Wert legen wir nach wie vor auf unsere Betriebsarbeit und auf die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Wir sind stolz darauf, daß alles, was in bezug auf die Schutzgesetzgebung für die arbeitenden Frauen im Bundestag durchgebracht worden ist, auf die Initiative der Sozialdemokratischen Partei hin geschehen ist.

Wir Frauen sind ja sehr bescheiden. Aber erlauben Sie mir auch einmal zu loben. Ich bin nämlich ganz besonders stolz und froh darüber, daß hier unter den Betriebsratsvorsitzenden, die als Ehrengäste am Parteitag teilnehmen, sich eine junge Berliner Genossin befindet, die Betriebsratsvorsitzende der Großberliner Firma Telefunken ist. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! In unserer Schulungsarbeit legen wir nicht nur Wert auf die Übermittlung von Sachwissen, sondern ganz besonders auf die Schaffung dieser besonderen Atmosphäre menschlicher Verbundenheit, die uns ja gerade erst die Kraft gibt für unsere schwere Arbeit und die uns davor bewahrt — in dieser Gefahr stehen wir ja alle —, politische Roboter zu werden. Seitdem wir fast auf den Tag vor zehn Jahren mit unserer zentralen Frauenarbeit nach dem Zusammenbruch wieder begonnen haben, waren wir immer bestrebt, die politische Arbeit zu vermenschlichen, um zu zeigen, daß Sozialdemokrat sein mehr heißt, als einen Parteibeitrag zu zahlen und alle paar Jahre einmal SPD zu wählen (Beifall).

Gerade in einer Zeit, die auch im politischen Leben immer seelenloser wird, haben wir versucht, Sozialismus als Lebenshaltung und Erziehungsaufgabe aufzufassen. Wir glauben, Genossinnen und Genossen, diese Art unserer Arbeit ist daran schuld, daß die Frauen, wenn sie erst einmal Mitglieder in der Partei geworden sind, sehr viel beständigere Mitglieder sind; denn wenn sie erst einmal in der Partei sind, dann bleiben sie auch dabei.

Genossen und Genossinnen, wir sind selbstverständlich nicht zufrieden mit unserer Arbeit. Wir werden es erst dann sein, wenn es uns gelingt, die Mehrheit der Frauen davon zu überzeugen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als einzige deutsche politische Partei sich ohne Vorbehalt für ihre volle politische, wirtschaftliche, soziale und zivilrechtliche Gleichberechtigung einsetzt und daß sie ihre Interessen als Hausfrau, als Mutter und als Arbeitnehmerin vertritt. Und da es Frauen sind, um deren Mitarbeit und Gefolgschaft wir werben, wird letzten Endes immer wieder unsere menschliche Haltung ausschlaggebend sein. Darum bemühen wir uns, nicht nur Wählerinnen zu werben und Mitglieder zu gewinnen, sondern vor allem Sozialisten zu erziehen und selbst Sozialisten zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Ich danke der Genossin Herta Gotthelf für ihren Bericht.

Es wird jetzt vorgeschlagen, Punkt 6 der Tagesordnung gleich anzuschließen: Bericht der Kontrollkommission.

Ist der Parteitag damit einverstanden? — Ich stelle die Zustimmung fest und bitte den Genossen Adolph Schönfelder, den Bericht zu erstatten.

Adolph Schönfelder, Berichterstatter (von Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Der Bericht der Kontrollkommission kann kurz sein wie immer. Nicht deswegen, weil der Berichterstatter nicht gern lange Reden hält, sondern das beruht auf der Tatsache, daß die Aufgabe der Kontrollkommission, soweit sie als Beschwerdeinstanz über den Parteivorstand tätig sein muß, nicht sehr umfangreich ist. Das scheint mir ein Beweis dafür zu sein, daß der Parteivorstand seine Geschäfte so geführt hat, daß wenig Beschwerden aufgetreten sind. Und wenn, dann war das Bemühen der Kontrollkommission nicht darauf gerichtet, etwa in schiedsrichterlicher Art Recht oder Unrecht zu entscheiden, sondern es war unser Bemühen, zu schlichten und einen Ausgleich zu schaffen. Das ist uns auch gelungen. Deswegen erübrigt es sich, darüber dann noch lange zu reden.

Nur noch ein kurzes Wort im Auftrag der Kontrollkommission! Der Genosse Nau hat die Entwicklung unserer Finanzen im Hinblick auf unsere jetzige Beitragsregelung soeben geschildert. Auch die Kontrollkommission hat mit lebhaftem Interesse diese Entwicklung verfolgt und mit großer Freude die günstige Entwicklung gesehen. Es ist aber nicht zu verkennen, daß zwischen Mitgliederbeiträgen und Mitgliederwerbung ein starker innerer Zusammenhang besteht und daß es sich wohl lohnen würde, das Problem der Beitragsregelung einmal von dieser Seite her eingehend zu prüfen. (Beifall.) Ich empfehle deshalb, die Beitragsanträge in der Weise zu verabschieden, wie der Genosse Nau Ihnen das vorgeschlagen hat.

Genossinnen und Genossen! Sie haben im Jahrbuch die Abrechnung gelesen und darunter die Unterschriften der Mitglieder der Kontrollkommission. Das beweist, daß sie alles geprüft und für richtig befunden haben. Ich habe deshalb nur noch einen Antrag zu stellen, einen Antrag, den ich mit Freude und Anerkennung für unseren Parteivorstand jetzt stelle, nämlich dem geschäftsführenden Vorstand Entlastung zu erteilen. (Großer Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Auch dem Genossen Adolph Schönfelder Dank für seinen Bericht.

Es hat sich nun der Genosse Franz Bögler gemeldet, um als Vorsitzender des deutsch-spanischen Hilfskomitees zu berichten. Ist der Parteitag damit einverstanden? — Dann erteile ich ihm das Wort.

Franz Bögler, Vorsitzender des deutsch-spanischen Hilfskomitees: Genossinnen und Genossen! Im August des vergangenen Jahres nahm ich als Vertreter unserer Partei am Parteitag der spanischen Bruderpartei im Exil in Toulouse teil.

Die spanische politische Emigration ist eine Massenemigration, und die spanische Exilpartei ist eine Massenpartei im Gegensatz zu manchen anderen. Allein im Raum von Toulouse leben 80 000 Exilspanier einschließlich der Frauen und Kinder. Darüber hinaus leben in Mexiko und in anderen Staaten weitere Zehntausende Spanier, die das faschistische Regime aus ihrer Heimat vertrieben hat. Diese große Partei in der Emigration hat ihre besonderen

sozialen und politischen Probleme. Der Vorsitzende des Parteitags, der Genosse Luis de Asoa, ehemals Professor der Madrider Universität und Präsident des spanischen Parlaments und während des spanischen Bürgerkriegs Botschafter seines Landes in Prag, richtete auf dem Parteitag einen erschlitternden Appell an die Bruderparteien, der spanischen Emigration zu helfen. Er wandte sich dabei in deutscher Sprache mit tränenerstickter Stimme an mich und rief in den Saal: „Ihr deutschen Freunde kennt das Schicksal der Emigration; helft uns spanischen Sozialisten, helft uns, denn ihr seid dazu in der Lage!“ Ich habe über diesen Vorgang dem Parteivorstand berichtet, und der Appell unserer spanischen Freunde ist nicht ungehört verhallt. (Lebhafter Beifall.) Der Parteivorstand hat ein deutsch-spanisches Hilfskomitee eingesetzt, und ich bin heute in der Lage, mitzuteilen, daß ich unserem Freund Llopis einen Betrag von 20 000 DM als erste Hilfe hier übergeben kann. (Unter dem lebhaften Beifall der Versammlung übergibt der Redner dem Genossen Llopis einen Scheck).

Liebe Freunde, ich darf betonen: Diese spanische Partei hat besonders soziale Probleme. Unsere französischen Freunde tun seit mehr als 15 Jahren, was sie können. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Vermittlung von Arbeitsplätzen, um die ständige Erteilung der Aufenthaltsgenehmigungen für diese Zehntausende und um manche andere Hilfe mehr. Aber das allein genügt nicht. Die spanischen Mütter, 17 Jahre in der Emigration, und die spanischen Kinder bedürfen der Betreuung. Kinder und Mütter müssen in Erholungsheime gebracht werden. Dafür sind große Summen notwendig, die wir und andere Bruderparteien gemeinsam zur Verfügung stellen sollten.

Ein vielleicht wichtigeres Problem aber ist die Nachwuchsschulung dieser in der Emigration heranwachsenden spanischen sozialistischen Jugend. (Beifall.) Wir müssen uns ernsthaft überlegen, ob wir nicht auch bei uns solche spanischen Jugendlichen in Arbeit nehmen können und sie in unseren Organisationen in der Partei und in den Gewerkschaften wirken lassen können, damit sie das Rüstzeug erhalten, das sie brauchen, wenn die spanische Partei siegreich in ihre Heimat zurückkehrt. (Lebhafter Beifall.)

In der freien Welt, Genossinnen und Genossen, reden wir und vielleicht alle oft gedankenlos und ohne Einschränkung von der freien Welt. Dabei muß hier zum Ausdruck gebracht werden, daß in der freien Welt mit einem Staat paktiert wird, der ein kriminelles faschistisches Regime hat. (Lebhafter Beifall.) Unser spanischer Freund — das klang in der Begrüßungsansprache unseres Genossen Llopis an — hat es als erfreulich begrüßt, daß von den Aufständen und den Widerstandsaktionen hinter dem Eisernen Vorhang in der freien Welt so ausgiebig berichtet wird und daß aus diesen Vorgängen die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen werden. Was unsere spanische Partei aber bedrückt, ist der Umstand, daß in dieser freien Welt nicht in gleicher Weise von den großen spanischen Arbeiterstreiks und den Aufständen an den spanischen Universitäten berichtet wird, und daraus die Schlußfolgerungen gezogen werden (Beifall).

Der Genosse Llopis sprach gestern abend hier in München vor deutschen Studenten. Er sagte mir vorhin, die deutschen Studenten hätten ihm eine Grußadresse an die spanischen Studenten übergeben, und er versicherte mir, daß die in der Illegalität lebende spanische Partei in der Lage ist, diese Grußadresse nach Spanien zu übermitteln (Beifall).

Er fügte hinzu, daß diese Sympathiekundgebung deutscher Studenten bis heute die einzige Aktion dieser Art geblieben ist.

Genossinnen und Genossen! Ich glaube nicht, daß es meinen Auftrag überschreitet, wenn ich Sie auffordere, zum Ausdruck zu bringen, daß die Sozialdemokratische Partei sowohl als Organisation wie auch dann, wenn sie in der Regierung an der Macht ist, an dem Tage, an dem die spanische Partei selbst die Geschicke in ihrem Vaterland wieder mitbestimmt, ihr bestimmt jede Hilfe angedeihen lassen wird, die dann notwendig sein wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich will zum Schluß allen unseren Parteibezirken und der Arbeiterwohlfahrt dafür danken, daß wir heute in der Lage sind, dem Genossen Llopis diesen Scheck zu überreichen. Neben einer erheblichen Summe, die die Arbeiterwohlfahrt dazu gespendet hat, führt unsere Arbeiterwohlfahrt seit langem fortlaufend Hilfsaktionen für die spanische Emigration durch. Auch das wollte ich bei dieser Gelegenheit mitteilen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Ich darf im Namen der Partei den Genossen Bögler für seinen erschütternden und eindrucksvollen Bericht aufrichtig danken.

Das Wort hat jetzt der Vertreter der spanischen Emigration, Genosse Llopis.

Rodolfo Llopis (mit stürmischem Beifall begrüßt):

(**Vorsitzender von Knoeringen:** Die Ausführungen übersetzt der Genosse Bögler.)

Ich habe diese zu Herzen gehende Kundgebung nicht erwartet. Während 33 Monaten haben wir mit der Waffe in der Hand gekämpft. Wir wurden geschlagen, aber nicht besiegt. Kein Sozialist darf sich je besiegt geben (Beifall). Wir können eine Schlacht verlieren, aber wir werden den Endsieg an uns reißen (Beifall). Der Ausdruck der internationalen Solidarität, den ich hier soeben erlebt habe, ist etwas Großes. Und zu der finanziellen Hilfe gehört, was mehr wert ist, auch die moralische Hilfe, obwohl ich zum Ausdruck bringen muß, daß für die Fortsetzung unserer Arbeit die moralische Unterstützung allein nicht ausreicht. Ihr deutschen Freunde habt Ähnliches erlebt, Ihr habt die gleichen Sorgen und Schwierigkeiten kennengelernt, die wir haben, und Ihr habt auch heute noch schwere Sorgen. Aus dieser Situation der eigenen Sorgen, die Ihr heute noch habt, habt Ihr begriffen, daß es anderwärts Sozialisten gibt, denen Hilfe nottut. Ich danke Euch für das, was Ihr für uns tut. Das gibt uns den Mut, unseren Kampf fortzusetzen. Wir werden ihn fortsetzen, bis die Spanische Sozialistische Partei gesiegt hat. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Genossinnen und Genossen! Durch diese feierliche Erklärung, die zuerst in dem Bericht des Genossen Bögler und nun auch in dieser Antwort zum Ausdruck kam, hat dieser Parteitag erneut bewiesen, daß wir Sozialisten auf dieser Welt eine Einheit sind. Ich darf nur hoffen, daß die Grüße, die von hier von der deutschen Sozialdemokratie ausgehen, hinüberdringen nach Spanien und dort den Genossen das Gefühl geben,

daß sie nicht allein sind und daß wir den Tag herbeisehnen, an dem sie vielleicht mit uns ein neues Europa aufbauen können (Beifall).

Ich darf bekanntgeben, daß unter dem Eindruck dieses Berichtes der Unterbezirk Düsseldorf unserer Partei sofort 500 DM gestiftet hat (Beifall). Es wäre eine schöne Geste, wenn dieser Einzeichnung vielleicht noch andere folgen würden.

Genossinnen und Genossen! Nun zu einer geschäftlichen Mitteilung. Wir haben eine Korrektur vorzunehmen in der vorliegenden Delegiertenliste. Unter den als Mitglieder des Parteiausschusses aufgeführten Genossen ist die Eintragung eines Genossen nicht erfolgt — aus besonderen Gründen — nämlich die des Genossen Dr. Siegfried Bärsch. Er muß nachträglich eingefügt werden. Sein Mandat wurde überprüft. Damit erhöht sich die Mandatzahl von 385 auf 386 Delegierte.

Weiter sind einige Namenskorrekturen vorzunehmen, auf die Wert gelegt worden ist. Unter den Delegierten von Schleswig-Holstein ist der Name Werner Bartsch aufgeführt; es muß heißen: Dr. Hans Werner Bartsch. Dann ist unter den Delegierten von Hamburg-Nordwest aufgeführt der Genosse Paul Strutz; es muß heißen Karl Strutz. In der Liste Hannover ist aufgeführt der Name des Genossen Böllersen, ohne Vorname. Er heißt Helmuth Böllersen. In der Liste westliches Westfalen erscheint der Name der Genossin Karola Zorcald; es muß heißen: Zorwald.

In unserer Mitte ist inzwischen noch eingetroffen der Delegierte der Sozialdemokratischen Partei in Kanada. (Lebhafter Beifall.) Es ist der Genosse Russell Bell, Forschungsdirektor der Co-operative Commonwealth Federation in Canada. Ich frage den Genossen Russell Bell, ob er zum Kongreß sprechen will. — Das ist der Fall; ich erteile ihm das Wort.

Russell Bell, Kanada (Übersetzung): Liebe Genossinnen und Genossen! Es tut mir leid, daß ich erst heute zu Ihrem Parteitag kommen konnte und daß ich erst viel zu kurz in Deutschland bin, um Sie in Ihrer eigenen Sprache begrüßen zu können. Ich bin sehr glücklich, hier zu sein und Ihnen die Grüße der C.C.F. überbringen zu dürfen. Ich bin bereits sehr beeindruckt von der großen Zahl von Delegierten und Gästen, die hier versammelt sind, denn sie ist ein Kennzeichen für die Stärke des demokratischen Sozialismus in Deutschland.

Wir verfolgen mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung der SPD und hoffen, daß sie bei den Wahlen im nächsten Jahr erfolgreich sein und eine sozialdemokratische Regierung bilden wird.

Wir in Kanada sind der Meinung, daß die SPD die einzige demokratische Partei Deutschlands ist. Wir betrachten mit großer Sorge die Politik des Bundeskanzlers Adenauer und sind froh und beruhigt, daß die SPD da ist und eine demokratische Entwicklung Ihres Landes sichern wird.

Ich wünsche Ihrer Arbeit vollen Erfolg (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Ich danke Genossen Russell Bell, der uns vor allem zu der großen Zahl von Delegierten beglückwünscht, die hier versammelt sind. Er wünscht uns zu dem großen Kampf, der uns bei den kommenden

Bundestagswahlen bevorsteht, vollen Erfolg und übermittelt uns die brüderlichen Grüße seiner Organisation. Der genaue Text seiner Begrüßungsansprache wird zu Beginn der Nachmittagssitzung den Delegierten schriftlich vorgelegt (Beifall).

Genossen! Unser Ruf hat schon Erfolg gehabt. Ich habe hier weitere Zeichnungsbeträge. Der Unterbezirk Frankfurt spendet für den spanischen Kampf 500 DM (Beifall), der Bezirk Rheinhessen, der, wie ich hinzufügen darf, der kleinste Bezirk der Bundesrepublik ist, spendet 200 DM (Beifall), der Unterbezirk Dortmund spendet 500 DM (Beifall). Ich danke all diesen spontanen Spendern. Ich höre soeben, daß Schleswig-Holstein 500 DM spendet (Beifall). Hier kommt gleich das bare Geld, Franz Neumann: Für die Hilfsaktion „Spanische Partei“ vom Landesverband Berlin 1000 DM. (Lebhafter Beifall.) In Ost-Berlin läuft zur Zeit eine Sammlung. Des weiteren wird mir mitgeteilt: Der Bezirk Franken spendet 500 DM (Beifall). Genossinnen und Genossen — es kommt noch einer (Heiterkeit): Bezirk Hamburg-Nordwest 1000 DM (Beifall); der Genosse Valentin Baur, Augsburg, 150 DM (Beifall), der Unterbezirk Darmstadt-Großgerau 300 DM (Beifall), der Bezirk Hessen-Süd 1000 DM (Beifall), der Bezirk westliches Westfalen 1000 DM (Beifall), eine Spende der Saar für die spanischen Sozialisten 50 000 frs. (Beifall), der Bezirk östliches Westfalen 1000 DM (Beifall).

Genossinnen und Genossen! Eindrucksvoller konnte dieser Ruf an die Partei nicht zum Ausdruck gebracht werden. Er hat Erfolg gehabt. Ich bin überzeugt, daß unsere Bemühungen auch weiterhin nicht erlahmen werden, den Genossen in Spanien nicht nur brüderliche Grüße zu schicken, sondern ihnen auch Waffen zu liefern in diesem Kampf, nämlich die materiellen Grundlagen mit-schaffen zu helfen (Beifall).

Ich möchte aber nicht vergessen, noch einmal ausdrücklich denen zu danken, die dazu beigetragen haben, die zuerst genannten 20 000 DM hier zustande zu bringen (Beifall).

Ich möchte nun Genossen Gerrich bitten, zu uns zu kommen. Er ist nicht bei seinen Delegierten. Ich habe ihm eine Mitteilung zu machen.

Es gingen noch einige Spenden ein. Vom Unterbezirk München, der, wie ich betonen möchte, eine große Last und finanzielle Verantwortung in diesen Tagen zu tragen hat, 500 DM (Beifall). Genossen! Weitere Meldungen werden jetzt schweigend in eine Liste aufgenommen; man wird sie beim nächsten Parteitag hervorheben.

Wir treten nun in die Aussprache ein zu den Berichten, die Sie gehört haben. Es stehen dabei zur Erörterung alle Anträge zu diesen Tagesordnungspunkten, die auf der Vorlage Nr. 4 aufgeführt sind, ferner die Anträge, die im dritten Nachtrag zur Vorlage 4 zu diesem Tagesordnungspunkt aufgeführt sind und ferner der Antrag, der von der Mandatsprüfungskommission auf Erteilung der Entlastung hier vorgetragen worden ist.

Zur Aussprache haben sich bisher 10 Genossen gemeldet. Ich rufe auf den Genossen Alfred Frenzel; ihm folgt Fritz Rück, Stuttgart. Genosse Frenzel hat das Wort.

Alfred Frenzel (Klosterlechfeld): Genossinnen und Genossen! Wenn wir die Aufgaben, wie sie sich aus den hervorragenden Referaten der letzten beiden Tage ergeben, realisieren wollen, müssen wir den Organisationsfragen einmal

ein weit größeres Augenmerk zuwenden, als das in der Vergangenheit der Fall war. Wir alle in den Organisationen draußen wissen, daß es leichter ist, Genossen und Funktionäre für eine politische Aufgabe zu gewinnen. Wir alle wissen aber auch, wie schwierig es ist, sie mit den Organisationsfragen so vertraut zu machen, wie es im Interesse der Partei notwendig erscheint. Ich bin der Meinung, daß gerade die Organisation das Um und Auf der Partei darstellen muß. Wir stehen im Jahre 1957 sicherlich vor dem schwersten Wahlkampf.

Wir haben uns vorgenommen, diesen Wahlkampf zu gewinnen. Wir können ihn aber nur gewinnen, wenn wir versuchen, aus dem Vergangenen zu lernen, wenn wir versuchen, die Organisation bis in den kleinsten Ort zu stärken, wenn es uns möglich wird, einen weiteren Ausbau auf organisatorischem Gebiete zu erreichen. Wir haben vorhin den Bericht des Genossen Kukil gehört. Ich glaube aber sagen zu müssen, daß uns dieser Bericht nicht befriedigen kann. Sicher, es ist keine rückläufige Bewegung in der Mitgliederzahl mehr vorhanden, aber wir haben auch nicht jenen Aufschwung feststellen können, den wir uns vor zwei Jahren vorgenommen haben und den wir im nächsten Jahre so dringend benötigen. Es muß also gerade die Frage der Organisations-tätigkeit vom Parteivorstand an bis hinunter zum kleinsten Ortsverein in den nächsten Wochen und Monaten in den Vordergrund der Arbeit gestellt werden. Wir sollten versuchen, das, was wir bisher nicht erreicht haben, in den nächsten Monaten zu verwirklichen. Ich weiß nicht, ob es angezeigt ist, da wir heute hier in München tagen, einmal auf die Erfolge unserer österreichischen Genossen auf organisatorischem Gebiet hinzuweisen. Österreich ist sicherlich ein anderes Feld als die Bundesrepublik. Es wird für uns, wenigstens in den nächsten Jahren, kaum möglich sein, so weit zu kommen, daß jeder zehnte Einwohner der Bundesrepublik Mitglied der Sozialdemokratischen Partei wird, wie das in Österreich der Fall ist. Ich glaube aber, daß trotzdem dort einiges vor sich gegangen ist, was wir abgeändert in unsere Organisationsform übernehmen sollten, weil wir den Versuch unternehmen müssen, in die breite Masse vorzudringen. Ich glaube, daß die Situation für die Sozialdemokratische Partei in Westdeutschland noch nie so gut gewesen ist wie im gegenwärtigen Zeitpunkt. Wenn wir die Möglichkeit haben — und die haben wir ja alle —, mit den jungen Menschen draußen zu reden, dann werden wir feststellen müssen, daß gegenwärtig ein Pfand auf uns ruht, das auszunutzen unsere Arbeit in den nächsten Herbst- und Wintermonaten sein muß. Wenn wir zur wirklichen Massenpartei kommen wollen, müssen wir bei den Unterorganisationen über die Bezirke hinweg bis in die Ortsvereine hinaus weiter vordringen, um jene Menschen zu gewinnen, die eigentlich schon längst bei uns sein müßten. Ich habe mich besonders gefreut, als hier ausgeführt werden konnte, daß der Parteivorstand ein so großes Augenmerk der Betriebsgruppenarbeit zugewendet hat. Wieviel leichter würde sich diese Arbeit aber gestalten können, wenn wir die Möglichkeit hätten, entsprechende finanzielle Hilfe hier zu leisten. Leider sind die Mittel in den Bezirken und Unterbezirken nicht vorhanden. Wir haben diese Arbeit nur mit unseren ehrenamtlichen Funktionären durchzuführen. Trotzdem haben wir auf den verschiedensten Gebieten beachtliche Erfolge zu verzeichnen. Ich bin überzeugt, daß, wenn wir die Arbeit so ernst nehmen, wie wir sie ernst nehmen müssen, diese Erfolge in der kommenden Zeit auch größer sein werden. Ich darf aber darauf hinweisen, daß sich unsere Arbeit, wie es oftmals geschieht, nicht nur auf die Städte beschränken darf. Sicherlich ist

es einfacher, in den Städten neue Mitglieder für die Partei zu gewinnen. Unser großes Reservoir aber, liebe Genossinnen und Genossen, liegt noch immer draußen auf dem flachen Land. Dieses Land haben wir — ob wir es uns eingestehen wollen oder nicht — sehr oft vernachlässigt. Es wird jetzt die höchste Zeit, daß wir dort nachholen, was wir versäumt haben. Ich weiß, daß dort, wo ernstlich an diese Arbeit herangegangen worden ist, auch auf dem Land Mitglieder für die Partei zu gewinnen, der Erfolg nicht ausblieb. Wollen wir also bei unserer Werbung der nächsten Monate — um zu dieser Massenpartei zu kommen — nicht vergessen, auch das Land, und zwar individuell anzusprechen; denn es wird überall verschieden sein. Es dürfte dann auch bei der Bundestagswahl so sein, daß wir die Propaganda individuell hinausbringen müssen, die in dem betreffenden Landstrich am besten anspricht.

Lassen Sie mich noch ein Wort sagen zu dem, was hier heute ebenfalls festgestellt wurde, zur Organisation verfolgter Sozialdemokraten. Mein innigster Wunsch ist es heute, daß diese Organisation in allen Ländern so ausgebaut würde, wie es im Interesse der politisch verfolgten Sozialdemokraten und überhaupt aller politisch Verfolgten notwendig wäre. Ich darf Ihnen sagen, daß es niemand besser weiß als wir, die wir diese Arbeit geleistet haben, welche Bedeutung es hat, daß dieser § 183 in dieser Form in das Gesetz hineingebracht worden ist, die wir nicht haben wollten. Niemand weiß besser als wir, was es bedeutet, wenn auch die Vertreter der Organisation die Möglichkeit haben, unsere politischen Menschen bei den Gerichten zu vertreten. Es wird notwendig sein, uns auch im kommenden Herbst Gedanken darüber zu machen, wie eine Revision, eine Änderung noch durchgeführt werden kann. Es ist mir leider nicht möglich, die Vorschläge in der Frage des Beitragsaufkommens hier vorzutragen. Wenn es auch, wie Genosse Nau vortragen hat, besser geworden ist, so stehe ich doch auf dem Standpunkt, daß noch eine Menge weiterer Wege möglich und offen sind, die gegangen werden sollen. Ich werde mir erlauben, diese meine Vorschläge, die ich auf Grund des Zeitablaufs heute nicht mehr vortragen kann, in den nächsten Tagen schriftlich an den Parteivorstand weiterzugeben.

Abschließend, Genossinnen und Genossen, möchte ich auf den Ernst hinweisen, der uns vor allem beseelt, daß wir von diesem Parteitag ausgehend eine Organisation schaffen müssen, von der wir in zwei Jahren auf dem nächsten Parteitag sagen können, das ist die Massenorganisation — das ist die Massenpartei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Genosse Fritz Rück, Stuttgart. Ihm folgt Franz Pelzl, Rosenheim.

Fritz Rück (Stuttgart): Genossinnen und Genossen! Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß, wie aus dem Bericht des Genossen Nau hervorgeht, die Betriebsarbeit und Gewerkschaftsarbeit der Partei in nächster Zeit entscheidend verstärkt werden soll. Der Parteitag hat u. a. auch angezeigt, daß ein neuer Wendepunkt im Verhältnis von Partei und Gewerkschaft eingetreten ist. Es ist kein Zufall, daß sämtliche Vorstände der Industriegewerkschaften an diesem Parteitag als Gäste teilgenommen haben und daß sie nicht nur bei der Eröffnung, sondern auch bei den meisten Verhandlungen des Parteitags anwesend waren. (Beifall.) Das ist auch aus dem Grunde von entscheidender Bedeutung, weil sich darin die Tatsache ausdrückt, daß die Gewerkschaften in

den letzten Jahren immer klarer erkennen mußten, mit wem sie im Parlament und sonst zusammenarbeiten können und wo sie die meiste Unterstützung für ihre berechtigten Forderungen finden.

Gegenwärtig sind es drei große Fragen, in denen Gewerkschaft und Sozialdemokratische Partei in einer gemeinsamen Richtung und auf einer Linie marschieren. Die erste Frage ist die der Sozialreform. In den Fragen der Sozialreform gibt es nur kleine Unterschiede zwischen dem Vorschlag des DGB und dem Gesetzentwurf der Sozialdemokratischen Partei. Es wäre nur zu wünschen, daß die Propaganda und die Aufklärung für und über diese Sozialreformen stärker als bisher von beiden Organisationen hinausgetragen würde, weil sie ja im Zeichen des Kommenden zugleich eine politische Frage ist.

Die zweite Frage ist gestern behandelt worden. Es ist die Frage der Automatisierung und der Verwertung der Atomkraft. Auch hier sind Partei und Gewerkschaft auf derselben Linie und haben dieselben Probleme zu erörtern.

Die dritte und vielleicht entscheidendste Frage ist — es gilt auch heute noch, was vor Jahren auch von seiten der Gewerkschaften gesagt worden ist: Wir brauchen einen besseren Bundestag. Das wird eine Parole sein, wo die Gewerkschaften an Hand der vergangenen vier Jahre ihren Mitgliedern sagen müssen, wo die wirklich Verbündeten sind, mit denen man zusammengehen muß. Dieser bessere oder — sagen wir — andere Bundestag muß ja nicht gleich der Ausgangspunkt dafür werden, daß etwa die Partei die Gefangene einer Koalitionsregierung wird. Es gibt hier gewisse Hoffnungen. In der heutigen Nummer der „Welt“ steht unter anderem der Satz: „Die deutsche Sozialdemokratie ist, im Hinblick auf eine gesamtdeutsche Entwicklung gesehen, eine Partei der Mitte geworden.“ Nun, das ist vielleicht ein Wunschgedanke; denn wir glauben: die deutsche Sozialdemokratie muß die entscheidende Partei der Sammlung aller Arbeitenden, aller tätigen Schichten der Bevölkerung sein, und es soll links von ihr nichts geben, sondern sie soll den Ort ausfüllen, der ihr sozialpolitisch zugewiesen ist.

Zu einer anderen Frage: Ich bin ja nicht aus eigenem Trieb, sondern der Not gehorchend Bundesvorsitzender der Naturfreunde geworden, einer uns befreunden Organisation. Wir haben in dieser Organisation die Feststellung machen müssen, daß man zwar immer dann an die Organisationsleitung herantritt, wenn irgendwo etwas nicht klappt oder wenn vorhandene Bestimmungen oder eine besondere Einstellung der Jugend zu Folgen führt, die keineswegs zu verantworten oder zu verteidigen sind, daß wir aber die Arbeit unserer Parteigenossen auch in dieser wichtigen sozialistischen Kulturorganisation sehr stark vermissen. Man kann nicht im letzten Moment kommen, sondern man muß da planmäßige Mitarbeit leisten. Die Organisation der Naturfreunde wird mit ihren 320 Häusern in der Bundesrepublik mit ihren internationalen Beziehungen in der Frage der Arbeitszeitverkürzung und der Freizeitgestaltung eine entscheidende Rolle spielen. (Beifall.) Die Naturfreunde gehören zu den Organisationen, die am stärksten eine aktive Jugend besitzen. 40 Prozent aller Mitglieder sind Jugendliche. Mit dieser Jugend gibt es — wie überall — Schwierigkeiten; aber diese Jugend kann man gewinnen, wenn sie davon überzeugt ist, daß nur die Sozialdemokratie den historischen Fortschritt verwirklicht und daß sie das, was gesagt wurde, als Programm betrachtet, den Sozialismus als eine Gegenwartsaufgabe anzusehen und danach zu handeln. (Beifall.)

Franz Pelzl (Rosenheim): Genossinnen und Genossen! Nach den erhebenden Eindrücken dieser letzten Tage finde ich es selbstverständlich, daß wir uns mit Organisationsfragen beschäftigen müssen. Nicht umsonst sind wir stolz darauf, daß unsere Partei eine sehr gut ausgerichtete Organisation hat. Ich behaupte, daß gerade diese Organisation die Grundlage für einen Erfolg sein kann und muß.

Bezüglich der Anträge, die zur Diskussion gestellt worden sind, möchte ich zur Änderung des Delegiertenschlüssels etwas sagen. Ich finde das Bemühen um eine Erweiterung sehr erfreulich, obgleich die praktische Durchführung schwer und die Einwendungen unseres Genossen Nau als Kassier selbstverständlich sind. Meine Empfehlung würde lauten, nicht den Antrag abzulehnen, wie es der Parteivorstand vorschlägt, sondern den Antrag als Material dem Parteivorstand für den nächsten Parteitag zuzuweisen. Vielleicht ist ein Kompromiß möglich, daß auf je 1500 Mitglieder ein Delegierter entfällt, wenn sich die heute ausgesprochene Erwartung erfüllt, daß die Finanzlage der Partei sich bessert.

Zu den Anträgen Nr. 59 und 62 „Urabstimmung in der Partei“.

Genossen! Früher, als sich das Rad der Geschichte noch langsamer drehte, gab es viel mehr Möglichkeiten und Gelegenheiten, Gesetze vor der Verabschiedung in den Parteigremien zu diskutieren. In der heutigen schnelllebigen Zeit aber ist es kaum mehr auf Landesebene möglich, geschweige denn auf der Bundesebene, zumal zahlreiche Kreise der Partei über keinen Bundestagsabgeordneten verfügen. Gewiß, die Mittel zur Information durch moderne Einrichtungen der Presse, des Films, des Rundfunks, des Fernsehens sind vorhanden. Aber Sie wissen alle: Wir hören dauernd Klagen, in welchem Umfang uns diese Einrichtungen zur Verfügung stehen. Augenfällig erscheint aber eine solche Urabstimmung dort, wo die Fraktionen in weniger wichtigen Grundsatzfragen keine einheitliche Meinung vertreten oder es sich um eminent wichtige Fragen handelt, wie es die Wehrfrage war und ist. In diesem Sinne möchte ich die beiden Anträge verstanden wissen. Wenn Sie dazu beitragen, daß unsere Parlamentarier — anerkannt, daß sie wenig Zeit und wenig Möglichkeit haben — mehr als bisher in die Lage versetzt werden und auch selbst bemüht sind, den Kreis- und Ortsverbänden Gelegenheit zu einer Diskussion, zur Beratung und Vorbesprechung dieser Arbeit zu geben, dann glaube ich, wird der Erfolg sicher und der Zweck erfüllt sein. Dann brauchen wir die Urabstimmung in der Partei nicht durchzuführen (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat nun Genossin Jeanette Wolff-Berlin.

Jeanette Wolff (Berlin): Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste! Einiges aus dem Referat des Genossen Kukil veranlaßt mich, heute zu einem Punkt Stellung zu nehmen, zu dem er gesprochen hat, nämlich zur Frage des Neofaschismus und der Wiederkehr des Althergebrachten aus dem Nazi-regime. Wenn mich etwas bestärkt hat, hier an dieser Stelle das zu sagen, so war es der Bericht, den Genosse Llopis über Franco-Spanien gegeben hat und über diejenigen, die es bekämpft haben und heute, nach 15 Jahren, nicht in der Lage sind, ihre Heimat wieder zu betreten und dort den Kampf um die Menschlichkeit zu führen. Wir und mit uns sehr viele haben zu unserer Bundesregierung nicht das Vertrauen, daß Sie ganz ernsthaft alle neofaschisti-

schen Dinge bekämpft, die unter der Oberfläche schmoren, weil die Einstellung in den verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsstellen, auch innerhalb der Bundesregierung sehr eigenartig ist und die Haltung der Bundesregierung nicht dazu beitragen kann, Vertrauen in ihre Demokratie zu setzen. Wenn ich daran denke, mit welch einer Wärme man seitens des Innenministeriums seinerzeit die Anerkennung der Legion Condor im Bundestag durchgeföhnt hat, so ist das, was ich sagte, begründet: Die Angehörigen der Legion Condor wurden in das Gesetz zu Artikel 131 GG mit der Maßgabe eingereiht, daß man ihnen die in Spanien verbrachte Zeit der Bekämpfung demokratischer Ideen als doppelte Dienstzeit anrechnet (Pfuirufe).

Weiterhin ist die Bundesregierung ziemlich blind für manche Dinge, die sich innerhalb der Bundesrepublik abspielen. Man denke an die Aufmärsche von kleinen Jugendgruppen in Uniform, an den Stahlhelm mit seinen Ambitionen, an das Säbelrasseln und die eigentümliche Einstellung, als es darum ging, die Rückkehr des Komponisten Abraham nach Deutschland zu ermöglichen. Denken Sie im Gegensatz dazu daran, wie Herr Straßer in die Bundesrepublik zurückgekehrt ist. Wir haben alle Veranlassung zu sagen: Genossen, seid wach! Wir sind die einzigen, wir haben zu wachen. Vor mehr als 30 Jahren habe ich als junge Frau auf dem Heidelberger Parteitag aufmerksam gemacht auf den beginnenden Antisemitismus der Weimarer Zeit. Ich habe darauf hingewiesen, daß in Nürnberg jüdische Menschen auf den Straßen niedergeschlagen wurden. Ich habe darauf hingewiesen, daß man diese Vorkommnisse nicht nur beachten, sondern auch etwas dagegen tun soll. Ich wiederhole diese Warnung heute noch einmal; denn auch in dieser Bundesrepublik scheint mir nicht alles gewillt zu sein, diese Kräfte zu bekämpfen, die unterirdisch die Demokratie zu unterhöhlen versuchen (Beifall).

Liebe Genossen! Wir bekämpfen die kommunistische Diktatur; das ist hier sehr deutlich aus allen unseren Worten hervorgegangen und geht auch aus unseren Taten hervor. Aber, liebe Genossen, es hat mal einer gesagt, nicht jeder, der zu jedem Frühstück ein halbes Dutzend Kommunisten verzehrt, ist für uns schon ein Demokrat. Darin wollen wir uns mit ihm einig fühlen. Viele, die ständig innerhalb der Bundesrepublik von der Bekämpfung des Kommunismus reden, sind, wenn sie richtig durchleuchtet werden, weiß Gott keine Garanten für eine wirkliche Demokratie (Beifall).

Ich möchte hier an dieser Stelle etwas sagen, was gesagt werden muß, damit die in- und ausländische Presse einmal davon Notiz nimmt. Die Bundesregierung und der Herr Bundeskanzler haben viele Propagandafonds zur Verfügung, aus denen sie die Glorie des Bundeskanzlers und der Bundesregierung bestreiten können. Es wird in den fremden Ländern durch die wunderbare Arbeit des Presseamtes mit dem Reptilienfonds so dargestellt, als ob der Bundeskanzler und die Bundesregierung recht wiedergutmachungsfreudig seien und die Opfer des Faschismus es ihnen zu danken hätten. Nein, verehrte Anwesende! An die Presse wende ich mich, sie soll das bringen: Ohne die Sozialdemokratie hätten wir bis heute noch keine befriedigenden Entschädigungsgesetze für die Opfer des Nationalsozialismus (Beifall). Jeder soll sich so viele Federn zulegen, wie er zu seinem Schmucke braucht, auch wenn es indianischer Häuptlingsschmuck ist (Beifall). Wir werden es nicht dulden, daß man das Verdienst unserer Partei bezüglich der Wiedergutmachung dem Bundeskanzler und seinen Anhängern zuspricht. Auch eine anständige Presse,

die noch Wert auf Pressefreiheit legt, darf nicht dulden, daß hier dauernd von einem Verdienst der Bundesregierung gesprochen wird. Hier haben wir einzig und allein — das habe ich auch im Ausland gesagt — wir Sozialdemokraten als ewige Mahner, das Verdienst am Zustandekommen. Man wird mir entgegenhalten, das Abkommen mit Israel sei doch abgeschlossen worden. Liebe Anwesende, liebe Presse! Außenpolitische Momente waren dafür Veranlassung. Für innenpolitische Perspektiven hat man für gewöhnlich nicht das notwendige Verständnis gehabt. Wir Sozialdemokraten haben als Prüfstein der Demokratie die Wiedergutmachung an den Opfern des Nationalsozialismus betrachtet. Indem wir die Diktatur von gestern bekämpfen, die unterirdisch in die Verwaltungen hineinschlüpfen will, bekämpfen wir auch den Kommunismus; denn die eine Diktatur ist nicht besser als die andere (Beifall). Drüben bei den Kommunisten, bei der kommunistischen Diktatur sind ja viele alte Nazis als Lehrmeister eingeschleust worden. Wir sind der Ansicht, daß wir nicht aufhören dürfen zu mahnen. Wir wenden uns an alle Verfolgten des Nazi-regimes. Denkt daran, wer euch zur individuellen Wiedergutmachung verholfen hat und laßt euch nicht von jenen leiten, die aus irgendwelchen materiellen Gründen die Führung einer Organisation der Verfolgten übernehmen wollen, nicht etwa um den Verfolgten zum Recht zu verhelfen, sondern um eigener Vorteile willen. Diese Propheten durchleuchten wir. Denkt daran, daß die Sozialdemokraten es waren, die euch zum Ziel verholfen haben.

Hier spreche ich eine Mahnung aus: Die Bundesregierung gibt Geld aus, um Bücher zu bekämpfen, die ihr nicht passen. Dazu ist der Reptilienfonds gerade gut genug, um Gegenpropaganda gegen gewisse Bücher zu treiben, die der Bundesregierung politisch nicht in den Kram passen. Wir sind der Ansicht, daß die Bundeszentrale für Heimatdienst ihre Gelder nicht besser verwenden könnte, als wenn sie Bücher herausgäbe, die die wirkliche Geschichte des Widerstandes, den Ablauf der nationalsozialistischen Diktatur schildern. Die Junglehrer in den Seminaren sollten mit dieser Geschichte vertraut gemacht werden, damit sie den jungen Menschen das Rückgrat geben, der Demokratie zu dienen (Beifall). Man soll auch gegen alle antisemitischen Hetzschriften vorgehen, die schon uralt sind und heute wieder herausgegeben werden. Die Bundesregierung sollte nicht darauf warten, bis sie von Verfolgtenorganisationen oder von Auslandsorganisationen den Anstoß erhält.

Genossinnen und Genossen! Antisemitische Propaganda ist antidemokratische Propaganda. Es fing harmlos an im Jahre 1920. Seien wir auf der Hut! Laßt uns den Dingen wehren, damit sie uns nicht über den Kopf wachsen. Unseren Genossen, die als Minister in den Ländern und Verwaltungen verantwortlich tätig sind, gilt eine Bitte: Seid aufmerksam und wachsam auf die Propagandaschriften ehemaliger Nationalsozialisten, die hier und da auftauchen. Geht rigoros vor und sorgt in euren Ländern dafür, daß das Gesetz der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts endlich durchgeführt wird. Es hat lange genug gedauert. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Kade, Lübeck. Ihm folgt Walter Möller, Frankfurt.

Herbert Kade (Lübeck): Genossinnen und Genossen! Ich möchte zu drei Punkten Stellung nehmen und mit dem Bericht der Genossin Herta Gotthelf beginnen. Wenn die Frauen in ihrer Mehrheit auch heute noch in der politi-

schen Bewußtseinsbildung hemmend wirken, so ist es wahrlich nicht die Schuld der Frauen. Wenn sie seit Menschengedenken immer in mehrfacher Abhängigkeit gelebt haben, so sollten wir, Genossen, alles tun, hier Wandel schaffen zu helfen. Wenn die Frauen nicht mit unserer Hilfe, also mit der Hilfe der männlichen Genossen, zum politischen Denken und Handeln kommen, wird es sicherlich sehr schwerfallen, die uns notwendigen 51 Prozent zu erhalten, die wir für eine echte sozialistische Politik brauchen.

Aus dieser Sicht heraus ist es mir immer unverständlich geblieben, daß in der Organisation so manche Genossen die Frauenarbeit und die Frauenabende als Kaffeeklatschabende betrachtet haben. Wir als Genossen sollten uns doch einmal prüfen, ob der Stammtisch oder der Bierabend der Männer etwas wesentlich anderes ist (Beifall) als der sogenannte Kaffeeklatsch der Frauen. Modeschauen, seit dem Bremer Wahlkampf besonders deutlich als Mittel der Werbung, des Ins-Gespräch-Kommens herausgestellt, werden von manchen Genossen als bürgerlicher Quatsch bezeichnet. Nun, Genossinnen und Genossen, sollen sich denn Arbeiterfrauen nicht nett kleiden? Oder sollen Sozialisten nicht auf allen Gebieten zu Hause sein? Umfaßt Sozialismus nicht alle Gebiete des Lebens? Seien wir Funktionäre also aufgeschlossen allen diesen Dingen gegenüber und helfen wir, wo wir können! Seien wir nicht zu eng, sondern unterstützen wir alle Vorhaben, die geeignet sind, unsere Genossinnen zusammenzuführen, miteinander ins Gespräch zu bringen! Und glauben wir nicht immer so oft, daß diese Gespräche unter dem Niveau der Gespräche der Männer liegen! (Beifall.)

Nun, Genossinnen und Genossen, zu den Ausführungen des Genossen Fritz Heine! Er hat in seinem Bericht auf unsere Arbeit in der Zone und auf die Arbeit des Ostbüros unserer Partei hingewiesen. Der Beifall, den der Genosse Heine erhalten hat, beweist, wie die Delegierten zu diesen Ausführungen stehen. In dieser Frage aber, in der Frage der Ostzone und allem, was damit zusammenhängt, müssen wir uns immer und überall und in jedem Punkte klar sein. In der letzten Zeit hatte ich nicht immer den Eindruck, daß in dieser Frage diese Klarheit bestand.

Ich denke dabei — und ich möchte das vor dem Parteitag in aller Öffentlichkeit sagen; vielleicht kann es berichtigt werden — an das Prawda-Interview eines Parteivorstandsmitglieds. Ich nehme an, daß dieses Interview mit Billigung des Parteivorstandes gegeben wurde. Aber gerade das möchte ich von meiner kleinen Warte aus kritisieren. Denn durch solche Dinge wird unsere Arbeit in der Ostzone erschwert und hier und da als eine solche mit doppeltem Boden empfunden. Die klaren Ausführungen der Genossen Erich Ollenhauer und Fritz Heine lassen zwar hier auf dem Parteitag keinerlei Zweifel zu, wie wir stehen, jedoch sollten wir auch mit Interviews etwas sorgfältiger umgehen, damit bei den Genossen im Lande keine Verwirrung eintreten kann. (Sehr gut!)

Im Antrag 72 ist Aufklärung über die Stalinsche Ära gefordert worden. Man kann dem nur zustimmen. In der nahen Vergangenheit wäre wohl eine Möglichkeit gewesen, in diesem Propagandafeldzug noch etwas zusätzlich zu tun, nämlich die Geheimrede Chruschtschows zu publizieren. Leider muß es die bürgerliche Zeitung „Die Welt“ sein, die diese Geheimrede in einem Sonderdruck für 30 Pfennig an alle interessierten Menschen zur Versendung ge-

bracht hat. Ich halte es für einen Mangel, daß es nicht unsere Partei war, die damit als erste herauskam. Sollte es aber doch herausgekommen sein, dann ist es noch nicht bis zu uns nach Lübeck gedrungen.

Ich wäre erfreut, wenn ich zur Frage 1, Prawda-Interview, und zur Frage 2, Chruschtschow-Geheimrede, eine Auskunft erhalten könnte (Beifall).

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Möller, Frankfurt. Ihm folgt Heinz Westphal.

Walter Möller (Frankfurt): Genossinnen und Genossen! Ich möchte den Antrag 73 begründen, der eine größere Diskussionsfreiheit in unserer Parteipresse fordert und der vom Parteivorstand zur Ablehnung empfohlen worden ist. Wir haben hier oben die alte Fahne unserer Partei, auf der der Leitspruch der Arbeiterbewegung steht: Einigkeit macht stark. Und, Genossen, wir haben den leidenschaftlichen Appell des Genossen von Knoeringen von gestern noch in den Ohren, der ausrief, daß eine geistige Unruhe nicht nur die Partei, sondern die ganze deutsche Öffentlichkeit ergreifen müßte, eine Unruhe um die Gestaltung der vor uns liegenden Aufgaben. Bei einem flüchtigen Beschauer kann sich der Eindruck bilden, als stünden diese beiden Forderungen der Einigkeit und der ständigen geistigen Unruhe in einem Widerspruch. Aber, Genossen, wir sind zutiefst überzeugt, daß das nicht der Fall ist. Denn die Stärke unserer Partei beruht gerade auf dem wechselseitigen Verhältnis einer freien Diskussion auf der einen und des gemeinsamen Handelns auf der anderen Seite.

Genossen! Vor diesem Parteitag schrieb der „Vorwärts“ in einem Sperrdruck: Das Parteibarometer steht auf Sturm. Nun, wir haben hier erlebt, daß daraus im Grunde ein recht erträgliches Sommerlüftchen geworden ist. Manche Zeitungen haben aus der einstimmigen Annahme der wesentlichsten politischen Resolutionen sogar geschlossen, in unserer Partei herrsche so etwas wie eine geistige Uniformität. Eine solche Schlußfolgerung kann nur dort entstehen, wo man mit dem Wesen und mit der Praxis der Partei nicht verbunden ist. Denn das, was auf diesem Parteitag geschieht, ist doch das Ziehen einer Bilanz einer ständigen geistigen Auseinandersetzung von zwei Jahren, wie sie sich auch in den Resolutionen des Parteivorstands niedergeschlagen hat.

Dabei, Genossinnen und Genossen, gleich ein Wort zu meinem Vorredner! Ich bin der Meinung, daß wir keinerlei Anlaß haben, dem Genossen Wehner irgendein Wort der Kritik zu sagen (Beifall), sondern, Genossen, ich glaube, daß wir dem Genossen Wehner zu Dank verpflichtet sind, daß er mutig die Aufgabe angepackt hat, aus der kompromißlosen Sicht eines freien Sozialisten unsere Gedankengänge in die entscheidende kommunistische Welt hinüberzutragen, die gleichfalls nach Möglichkeiten sucht, mit den Ideen der freien Sozialdemokraten des Westens bekannt zu werden, und daß er damit den Boden einer Auseinandersetzung erschließt, die von uns gesucht werden muß, wenn wir eine Politik machen wollen, die eine echte Alternative zur Adenauer-Politik aufweisen soll (Beifall).

Genossen! Bei diesen Auseinandersetzungen muß man natürlich immer sorgfältig die Grenze sehen, was der Partei nutzt und was ihr schadet. Wir haben ein Beispiel; das ist die „Andere Zeitung“. Ich möchte dieses Problem hier offen

zur Diskussion stellen; denn es bewegt die Genossen draußen. Ich zähle zu denen, die das Erscheinen dieser Zeitung zunächst begrüßt und sogar an ihr mitgearbeitet haben, weil ich glaubte, es entstehe hier ein Publikationsorgan, das der Partei nützen könne. Aber wir wurden enttäuscht und haben sehr bald erkannt, daß diese Zeitung nicht für, sondern gegen die Partei arbeitet. Genossen! Wer das Recht beansprucht, die Fehler und Versäumnisse des Westens in schärfster Weise anzuprangern, muß natürlich auch die Pflicht sehen, die Unterdrückung der freien Arbeiterbewegung auf der Seite der Kommunisten durchaus sachlich, aber in aller Schärfe aufzuzeigen. (Sehr gut! und Beifall.) Und dieser Pflicht hat sich diese Andere Zeitung entzogen. Damit kann sie nicht mehr ein Organ sein, das der SPD nützen kann, sie kann nicht mehr den Anspruch erheben, ein linkes Organ darzustellen.

Genossen! Und trotzdem müssen wir feststellen, daß diese Zeitung, wie ich überzeugt bin, auch in unseren Reihen mehr gelesen wird als unser Zentralorgan, der „Vorwärts“. Ganz offen sollen wir das sehen, und wir müssen uns fragen, woran das liegt und wie wir das ändern können. (Zuruf: Es ist ja nicht richtig, was Sie da sagen!) — Das mag bei Euch zutreffen; insgesamt habe ich den Eindruck — es ist nicht nachprüfbar —, aber es ist doch jedenfalls beunruhigend, daß ein solches Organ in manchen Kreisen unserer Partei überhaupt Widerhall finden kann. Ich bin der Überzeugung, daß der Grund dafür wesentlich darin liegt, daß unsere eigene Parteipresse der Diskussion nicht genügend Raum gibt. Wir haben eine Diskussion über die theoretischen Grundsätze unserer Partei, aber ich glaube, auch die aktuelle politische Praxis draußen muß einer Kritik unterzogen werden können, wenn sie im Bewußtsein der Verantwortung vor den Interessen der gesamten Partei erfolgt. Dabei muß man natürlich auch zu echter Mitarbeit bereit sein; denn auch dann hapert es, ich kenne diese Sorgen der Redaktion. Aber ich möchte ganz deutlich sagen: Es waren viele Genossen, die verantwortlich in der Partei handeln und die mit den besten Absichten versuchten, zur Parteidiskussion etwas beizutragen, deren Beiträge nicht nur nicht veröffentlicht wurden, sondern die von der Redaktion des „Vorwärts“ noch nicht einmal eine Antwort erhielten. Ich glaube, daß eine solche Praxis nicht geeignet ist, die fruchtbaren Impulse in die Auseinandersetzung hineinzutragen, die wir brauchen.

Genossen! Wir haben als Delegierte vor diesem Parteitag zum Teil Schriften ins Haus bekommen, von links bis ganz rechts, die Forderungen aufstellten von direkten Verhandlungen zwischen Partei und SED bis zu dem als unlösbar bezeichneten Verbleiben der Bundesrepublik im Atlantikpakt, in der NATO. Diese Schriften kamen natürlich anonym, sie kamen mit fingierten Unterschriften. Aber ich frage mich: Warum wird diese ganze Diskussion nicht in aller Öffentlichkeit geführt? Ich bin der Meinung, unsere Partei ist eine besondere Partei, und sie wird stark und schreitet vorwärts in einem ständigen geistigen Ringen. Und darum sollte der Vorstand weit mehr als seither dieses Ringen selbst dort herausfordern, wo die Notwendigkeit nicht bereits von sich aus sichtbar ist. Der „Vorwärts“, Genossinnen und Genossen, als unser Zentralorgan, sollte seinen Namen dadurch rechtfertigen, daß er sich zum Spiegel der ganzen geistigen Spannkraft der Sozialdemokratie in Deutschland macht.

Und darum möchte ich Sie sehr ernsthaft bitten, dem Antrag 73, der nichts weiter fordert als eine Parteidiskussion zum Nutzen unserer Gesamtbewe-

gung, zum Ansporn aller Genossen, die glauben, einen Beitrag leisten zu können, zuzustimmen (Beifall).

Vorsitzender von Knoeringen: Genossen! Ehe ich dem nächsten Redner das Wort erteile, muß ich um Zustimmung dazu bitten, daß ich es tun darf. Der Genosse Heinz Westphal ist, wie Sie wissen, der erste Vorsitzende der Falken, er ist aber nicht Delegierter. Ich möchte also erst fragen, ob sich eine Einwendung dagegen erhebt. (Zurufe: Nein!) — Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich ihm das Wort.

Heinz Westphal (Bonn) — (mit Beifall begrüßt): Liebe Genossinnen und Genossen! Zuerst herzlichen Dank für die Zustimmung, mir die Möglichkeit zu geben, hier im Rahmen der Diskussion zu sprechen! Man ist geneigt, wenn man die Chance bekommt, als Sprecher des Jugendverbandes zum Parteitag zu sprechen, die ganzen Sorgen und Nöte des Jugendverbandes auszupacken, aber auch einmal über die Erfolge zu berichten, von denen man doch, wenn man selbst in dieser Arbeit steht, manchmal annimmt, daß sie nicht immer so ganz genügend beachtet werden. Aber es geht nicht in zehn Minuten, daß man in ausführlicher Weise alles vorträgt, was uns in der Arbeit des Jugendverbandes bewegt. Dazu bräuchte man — möchte ich fast sagen — einen eigenen, besonders dafür angesetzten Parteitag. Ich muß mich also auf wenige, thesenartig formulierte Bemerkungen beschränken.

Zum Bereich der Jugendpolitik möchte ich sagen, daß das wesentlichste Anliegen, das uns in der Arbeit des Jugendverbandes, verbunden mit allen denen, die in den verschiedensten Bereichen der Jugendpolitik tätig sind, bewegt, der Zusammenhang zwischen den Problemen der Sozialreform und der Jugend ist. Wir haben in den vergangenen zehn Jahren seit Ende des Krieges im Bereich der Jugendpolitik Bemühungen gehabt, die selbstverständlich erst-rangig darauf gerichtet waren, die Notstände des Krieges zu überwinden. Von vielen einzelnen ist in diesem Felde Enormes geleistet worden, wenn auch von unserer Sicht aus nicht in jedem Fall befriedigend. Aber zehn Jahre nach dem Krieg kommt es darauf an, die Politik zu überwinden, die darauf gerichtet ist, die Notstände zu beseitigen, um auch die Jugendpolitik an der Einordnung der jungen Generation in die künftige moderne Gesellschaftsordnung, in die demokratische Gesellschaftsordnung, zu orientieren (Beifall).

Hiervon ausgehend, ist es erschreckend zu sehen, welche der Grundforderungen für eine solche Einordnung der jungen Generation in den demokratischen Staat noch nicht erfüllt sind. Ich darf stichwortartig erinnern an das Problem der Berufsausbildungshilfen für junge Menschen, die in den verschiedenartigsten Gesetzen völlig verschiedenartig geregelt sind und bei denen von sozialer Gerechtigkeit noch immer nicht die Rede sein kann. Ich darf an das große Problem erinnern, das für alle jungen Menschen im Zusammenhang mit der Sozialreform gestellt ist, an das Problem der Sicherung der Grundchance für den Weg ins Leben für diese jungen Menschen. Hier kommt es ganz entscheidend darauf an, den Erziehungsanspruch des jungen Menschen weit über das hinaus, was unsere Gesetzgebung heute besagt, auszudehnen und die platonische Formel, die im § 1 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes das Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung des Jahres 1922 war, zu konkretisieren. Dieser § 1 RJWG, der dem jungen Menschen das Recht

gibt, von der Gesellschaft gefördert zu werden, mit seiner guten, aber platonischen Formulierung, muß geändert werden in ein Recht, das dem einzelnen jungen Menschen gegeben wird, damit er den Start ins Leben, in seiner Grundchance gesichert, vornehmen kann.

Der zweite Bereich, zu dem ich eine Bemerkung machen möchte, ist der Bereich der gesamten Erziehungs- und Bildungsarbeit: Hier kann ich mich darauf beschränken, meine besondere Freude darüber zum Ausdruck zu bringen, wie stark gerade am gestrigen Tag die Diskussionen des Parteitags von dieser Problematik der Erziehungs- und Bildungsarbeit getragen waren. Laßt mich sagen, daß gerade die in dieser Arbeit Stehenden das mit ganz besonderer Genugtuung zur Kenntnis genommen haben, und daß sie sich bemühen, wie es in den Worten des Genossen von Knoeringen anklang, die praktischen Konsequenzen noch mehr als bisher zu ziehen. Dies soll sowohl im eigenen Raum — in bezug auf die Bewegung — als auch nach außen hin erfolgen, denn es geht darum, die Voraussetzungen zu schaffen, daß die jungen Menschen von heute die Gestaltung der neu sich entwickelnden Kräfte in der Gesellschaft von morgen auch zu meistern in der Lage sind. Ein ganz besonderer Gesichtspunkt dabei ist noch, daß all die Mächte in der Gesellschaft, die Wirtschaftsmächte, die Macht in der Öffentlichkeit, die von der Presse usw. ausgeübt wird, heute auch noch die Wehrmacht, sich unter alten geistigen Vorstellungen wiederhergestellt haben, restauriert worden sind. Im Gegensatz dazu hat der Bereich, den man als pädagogische Macht bezeichnen könnte, nicht die Kraft entwickelt, die notwendig wäre, um die vor uns stehenden Probleme des gesellschaftlichen Lebens auch endlich meistern zu können: er hinkt hinten nach. Es geht, um nur eine der Forderungen herauszugreifen, ganz entscheidend auch um eine bessere Bewertung der menschenbildnerischen Kräfte in allen Bereichen, um diese pädagogische Macht zu stärken.

Zu einem dritten Problem glaube ich, ist es notwendig und fair, ein Wort zu sagen. Das ist das Verhältnis des Jugendverbandes zur Partei. Eine Überlegung sei vorausgeschickt: Die Mitarbeiter des sozialistischen Jugendverbandes sind genauso Mitarbeiter und Funktionäre der Parteiarbeit wie jeder von Euch, die Ihr draußen im Lande für die Partei wirkt (Beifall). Es gilt auch zu beachten, daß dieser junge Mensch, der die große Verantwortung im Bereich der Jugendarbeit übernimmt und damit für die Gesamtbewegung tätig ist, nicht in dem gleichen Maße in der aktiven und organisatorischen Tätigkeit der Partei stehen kann, daß er aber trotzdem den gleichen Anspruch darauf hat, verantwortlich als Teil, als Mitarbeiter der Gesamtbewegung anerkannt zu werden. Er hat den gleichen Anspruch wie Ihr, die Ihr die direkte Arbeit der Partei leistet.

Was das Verhältnis des Jugendverbandes zur Partei auf der zentralen Ebene angeht, so ist es so, daß wir manche Schwächen und Schwierigkeiten in der letzten Zeit miteinander — ich darf einmal sagen — auszuboxen hatten. Ich darf sagen, daß wir durchaus die Dinge nicht so sehen, daß wir einseitig hier oder dort die Schuldfrage aufwerfen würden. Uns scheint nur, daß die Diskussion um solche Schwierigkeiten, wie sich dies auch schon aus dem Bericht von Willi Eichler ergeben hat, zu sehr beschränkt ist auf die Aussprache über die „Pannen“ und nicht genügend an der Gesamtproblematik orientiert ist.

1951 haben wir seitens des Jugendverbandes zum Ausdruck gebracht, daß wir gern drei Genossen des Parteivorstands in direkte Zusammenarbeit mit unserem Vorstand bringen wollten. Das ist durchaus nicht gelungen. Wir haben aber darüber mehrfach gesprochen. Ich hoffe, daß in der kommenden Periode der Arbeit nach diesem Parteitag — das ist aus den Besprechungen mit dem Parteivorstand schon hervorgegangen — diese Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit, um die wir uns bemühen, auf der Ebene des Vorstands noch erweitert und verbessert wird. Hier möchte ich sagen, daß wir eine Aktivierung des Jugendpolitischen Ausschusses der Partei, besonders in Richtung auf die Durchführung all dessen, was an Gutem und Sachlichem dort besprochen worden ist, für notwendig erachten.

Genossinnen und Genossen, die Jugend des sozialistischen Jugendverbandes steht zur Partei! Es gibt in ihr viel Kritik, und diese Kritik dringt bei einem solchen Verband, wie wir es sind, leichter nach oben und außen, als in einer so großen Organisation wie der Partei. Denn junge Menschen, so wie es Willi Eichler gesagt hat, gehören trotz dieser Kritik ganz eng zu dieser Bewegung; sie sind von sich aus gewillt, Mitglied dieser sozialdemokratischen Familie zu sein, deren Vater und Mutter gleichzeitig die Partei ist. Gewiß, sie wollen ein selbständiges Mitglied dieser Bewegung sein, sie fühlen sich insofern schon als erwachsen, und ich glaube, daß ihnen das auch zugestanden wird und daß wir in dieser Frage in den Grunddingen völlige Einigkeit und Klarheit haben. Gerade das, was dieser Parteitag zu dem die jungen Menschen so entscheidend bewegenden Problem der Wehrfrage gesagt hat, eint uns in ganz besonderer Weise; ebenso das, was gegen die verfahrenere Politik in der Frage der Einheit Deutschlands seitens der Bundesregierung getan wird. Das ist das einigende Element in der ganzen politischen Seite unserer gemeinsamen Bemühungen. In dieser Frage gilt es, in der Zukunft, in diesem kommenden Jahr, die Einigkeit in allen Phasen aufzuzeigen. Mancher mag skeptisch sein. Ich möchte sagen, den Beweis für diese Gemeinsamkeit des Handelns gerade auf politischem Feld wird der Jugendverband im nächsten jetzt beginnenden Wahlkampf antreten. (Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Genossinnen und Genossen! Es liegen noch fünf weitere Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, jetzt die Aussprache abzubrechen und am Nachmittag fortzusetzen. — Der Kongreß ist damit einverstanden. — Dann möchte ich das Wort zu einer persönlichen Erklärung dem Genossen Dr. Helmuth Schmidt, Hamburg, erteilen.

Helmuth Schmidt (Hamburg): Genossinnen und Genossen! Gemäß Ziffer 11 der Geschäftsordnung des Parteitags möchte ich eine persönliche Erklärung abgeben. — Zunächst darf ich aber sagen, daß der Genosse von Knoeringen mir soeben zu Unrecht einen akademischen Titel beigelegt hat.

Eine sehr angesehene hiesige Tageszeitung, die auch wir durchaus schätzen, hat heute morgen darüber Betrachtungen angestellt, wie denn die Einmütigkeit des Parteitags in der Debatte am Mittwoch zustande gekommen sei. In diesem durchaus lesenswerten Kommentar findet sich als Aufhänger eine Bemerkung über eine angebliche Parteitagsregie — eine Bemerkung, die schon am Mittag, d. h. ziemlich unmittelbar nach Erich Ollenhauers Referat gefallen sei. Dem Leser wird der Eindruck erweckt, als sei ich so etwas Ähnliches wie ein

Regieassistent des Parteivorstandes. Der Parteivorstand kann über eine solche Unterstellung kaum erstaunter sein als ich selbst (Heiterkeit). Im übrigen war jedenfalls für mich in der Mittagspause am Mittwoch noch keineswegs klar, daß sich die Nachmittagsdebatte in so weitgehender Einmütigkeit entwickeln würde. Ich glaube, die Delegierten werden selbst am besten wissen, ob sie am Mittwoch bei meinem Antrag auf Schluß der Debatte überfahren worden sind, oder ob sie nicht vielmehr gleich mir den Eindruck hatten, daß angesichts der zwar vielleicht zunächst nicht überall erwarteten, tatsächlich aber doch überzeugend einhelligen Einstellung des Parteitag eine Verlängerung der Diskussion bis in die Abendstunden wirklich nicht erforderlich war. — Ich danke für die Aufmerksamkeit (Beifall).

Vorsitzender von Knoeringen: Genossinnen und Genossen! Der Vorsitzende des Unterbezirks Wiesbaden, Genosse Wittrock, und der Delegierte des Untertaunuskreises, Genosse Endres, haben uns auf die schwere Unwetterkatastrophe hingewiesen, die sich gestern im Taunusstädtchen Hiltstein ereignet hat. Ich glaube, es ist gerechtfertigt, wenn dieser Parteitag zum Ausdruck bringt, daß wir die tiefste Sympathie empfinden mit der heimgesuchten Bevölkerung und unser aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck bringen (Beifall).

Ich habe dann noch folgendes bekanntzugeben: Heute nachmittag um 15 Uhr pünktlich beginnt die Wahl des Vorstandes, anschließend soll die Auszählung der Stimmen erfolgen. Punkt 15 Uhr werden die Wahlvorschläge ausgegeben. Wir bitten also die Delegierten, zu diesem Zeitpunkt wieder hier zu sein. Wir werden dann die Fortsetzung der Diskussion ansetzen und den Referenten, wenn notwendig, noch das Schlußwort erteilen. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Anträge; bleibt uns dann noch Zeit, wird Genosse Dr. Walter Menzel seinen Bericht zu Punkt 4 der Tagesordnung erstatten.

Kurz möchte ich noch mitteilen, daß wir heute abend also mit dem größten bayerischen Dampfschiff (Heiterkeit) eine Fahrt auf dem Starnberger See durchführen werden. Das Dampfschiff wird illuminiert sein. Es ist alles vorgesehen, daß kein Unglück passiert. In der letzten Zeit ist sehr oft in der Presse etwas über ein Schiff erschienen, das nicht ganz so gut gebaut worden ist; dieses hat, als es zu Wasser gelassen wurde, eine kleine Schlagseite erhalten — ein Zeichen, daß wir Bayern niemals die Weltmeere erobern werden. Das Schiff, mit dem wir fahren, ist sturmerprobt und außerdem noch illuminiert (Heiterkeit). Wir freuen uns also, wenn die Delegierten, die sich gemeldet haben, sich an dieser Fahrt beteiligen.

Es ist vorgesehen, daß zehn Omnibusse um 17.30 Uhr von der Zeppelinstraße, beim Austritt aus der Kongreßhalle dort am rechten Isarufer im Anschluß an unsere Tagung abfahren. Es braucht keiner hinzugehen, bevor wir geendet haben. Das Schiff fährt nur dann, wenn der Parteitag geschlossen eingetroffen ist. Die Privatfahrer sollen sich vom Museumshof hier, bzw. von der Isarbrücke aus, der Kolonne anschließen. Im Interesse einer geordneten Verkehrsabwicklung wird gebeten, den Anweisungen der Verkehrspolizei Folge zu leisten und das Spitzenfahrzeug der sogenannten „Weißen Mäuse“ nicht voreilig zu überholen. Wir werden also in einem geschlossenen Demonstrationzug dahin fahren. Unsere Parteiordner verteilen zur Kennzeichnung der Pkw, die zu uns gehören, Klebmarken, die an der Windschutzscheibe

anzubringen sind; ich bitte also, diese sichtbar anzubringen. In Starnberg wird die Einweisung der Pkw auf die Parkplätze durch die Landpolizei erfolgen. Zutritt zum Dampfer in Starnberg hat nur, wer eine weiße oder hellblaue Teilnehmerkarte in Händen hat. Ich bitte, das zu beachten, und damit guten Appetit!

(Unterbrechung der Sitzung: 13.05 Uhr)

Nachmittagssitzung

(Wiedereröffnung der Sitzung: 15.01 Uhr)

Vorsitzender Steinhoff: Genossinnen und Genossen! Wir treten wieder in die Beratungen ein.

Bevor ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich eine kurze Mitteilung machen. Ich bitte die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission hier heraufzukommen, um die Stimmzettel für die Wahl des Parteivorstandes abzuholen und sie an die Delegierten zu verteilen. Es ist erforderlich, daß sich jeder Delegierte mit einem Stimmzettel begnügt. Wir haben nur so viele Stimmzettel drucken lassen, wie notwendig sind. Wie bekannt, setzt sich der Parteivorstand aus den beiden Vorsitzenden, fünf geschäftsführenden und 23 ehrenamtlichen Mitgliedern zusammen. Es dürfen also bei der Wahl nicht mehr als die Gesamtzahl gewählt werden. Es sind deshalb entsprechende Streichungen vorzunehmen. Vorgeschlagen sind 27 Mitglieder, von denen nur 23 gewählt werden können. — Ich lasse jetzt die Stimmzettel verteilen. Inzwischen können wir in der Diskussion fortfahren. Dabei können die Delegierten ihre Stimmzettel ausfüllen. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden dann die Stimmzettel einziehen und dabei auf der Delegiertenkarte den Abschnitt I abtrennen, damit eine Kontrolle vorhanden ist, daß nicht jemand wählt, der nicht wahlberechtigt ist. Es ist dann auch noch eine Kontrolle vorhanden, daß nicht jemand versehentlich zweimal wählt. Ich darf bitten, die Stimmkarten bereit zu halten, wenn Sie den ausgefüllten Stimmzettel abgeben.

Gleichzeitig soll die Kontrollkommission gewählt werden. Es sind 9 Mitglieder vorgeschlagen. 9 Mitglieder können auch gewählt werden.

Wir fahren in den Beratungen fort. Ich erteile dem Genossen Drexler das Wort. Ihm folgt Genosse Jansen aus Lippstadt.

Ferdinand Drexler (Nürnberg): Herr Präsident, liebe Genossen! Wir haben vom Genossen Kukil erfreulicherweise gehört, daß die Mitgliederzahl im Jahre 1955 stabil geblieben ist, daß also die rückläufige Bewegung aufgehört hat. Das ist in der Tat sehr erfreulich. Genosse Kukil hat dabei erwähnt, daß der Bezirk Franken in der Erhaltung der Mitgliederzahl am besten abgeschnitten hat. Der Bezirk Franken hat im Jahre 1955 die Mitgliederzahl um 1715 erhöhen können und hat im ersten Quartal 1956 einen Mitgliederüberschuß von 810 erreicht. Das sind zweifellos, gemessen an den früheren Zahlen, erfreuliche Fortschritte. Aber dieses Ergebnis — damit möchte ich eine sehr ent-

scheidende Frage anschneiden — kann und konnte nicht erreicht werden durch die sogenannte zeitlich begrenzte Werbeaktion. Der Bezirksvorstand hat daher die Werbung zur Daueraufgabe erklärt und sie in den Mittelpunkt der Aufgaben des Ortsvereins gestellt, wobei selbstverständlich betont werden mußte, daß die Dauerwerbung nur möglich ist in Verbindung mit einer ständigen politischen Aufklärungsarbeit. Wir glauben, daß die Mitgliederwerbung von so großer Bedeutung ist, daß sie nicht nur Angelegenheit einer zeitlich begrenzten Aktion sein kann. Ich halte es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß die einzelnen Ortsvereine genauestens auf die Mitgliederwerbung, auf die Fortentwicklung der Mitgliederzahl überprüft werden. Wenn wir hier zu einer auf die Dauer befriedigenden Lösung kommen wollen, ist die Qualität eines Ortsvereins nach der Werbewirksamkeit zu beurteilen. Was für die Ortsvereine gilt, gilt selbstverständlich auch für die Kreis- und Unterbezirksvorstände in bezug auf die Gründung neuer Vereine. Wir sollten die Qualität der Kreisvorstandschaften und Unterbezirksvorstandschaften messen nach dem Grad, in dem sie in Gemeinden, wo wir eine gute Wählerbasis haben, auch wirklich Ortsvereine gründen.

Erfahrung und Praxis haben gezeigt, daß es hierbei sich nicht nur darum handelt, eine dringende Aufgabe zu erfüllen, nämlich die Organisation mitgliedermäßig zu stärken, mehr aktive Mitstreiter unserer Partei zuzuführen, sondern die Betrachtung der Werbung als elementare Daueraufgabe hat noch eine außerordentlich gute Begleiterscheinung, nämlich das ständige Drängen, das ständige Hinweisen auf diese Aufgabe hat zur Folge, daß mancher starr gewordene oder überaltete Ortsverein zu neuem Leben übergegangen ist. Es ist also mehr erreicht worden als nur die Erweiterung der Mitgliederzahl. Wir glauben dabei sagen zu müssen, daß Großveranstaltungen in den großen Städten zweifellos eine Notwendigkeit sind. Aber daß die großen Veranstaltungen als solche nicht jene Werbewirkung haben, die wir haben wollen, ist zweifellos. Die Werbung ist vielmehr aufzulockern. Sie soll in kleineren Versammlungen erfolgen, wo man mit den Teilnehmern besser ins Gespräch kommen kann. Das sollten die Referenten, vor allem unsere Spitzenreferenten in solchen Veranstaltungen nicht übersehen. Es ist darauf hinzuweisen, daß es nicht genügt, Wähler der Partei zu sein, die Leute sind vielmehr aufzufordern, Mitglieder der Partei zu werden. Wir müssen leider feststellen, daß diese Aufforderung nicht immer und nicht überall befolgt wird.

Dabei glaube ich, daß es nicht richtig ist, wenn wir die Werbung neuer Mitglieder von der finanziellen Seite her betrachten oder sie gar finanziell begründen, so bedeutsam diese Frage auch sein mag. Die große Bedeutung der Mitgliederwerbung liegt vielmehr auf der politischen Ebene. Der Beitritt zur Partei muß politisch begründet werden. Genosse Max Kukil betonte, daß wir 600 000 Mitglieder zählen und daß alle übrigen Parteien wahrscheinlich zusammen keine höhere Zahl erreichen als die SPD. Das würde heißen, daß eine gute Million der Einwohner der Bundesrepublik Mitglieder politischer Parteien sind. Bei uns ist das Verhältnis relativ noch am besten. Auf 14 SPD-Wähler kommt ein SPD-Mitglied. Man kann, glaube ich, sagen, daß auf 100 SPD-Wähler ein aktives SPD-Mitglied kommt. Genossinnen und Genossen! Das ist zweifellos zuwenig. Ich glaube, solche Betrachtungen zeigen, wie notwendig es ist, einen höheren Prozentsatz von Wählern als Mitglieder zu gewinnen. Warum? Die Parteien sind die Träger der Demokratie. Die Festigung

der Demokratie kann nur erreicht werden, wenn wir mehr Menschen überzeugen können, daß ihre Mitarbeit in den politischen Parteien notwendig ist. Die Festigung der Demokratie hat jenen Grad, in dem die Zahl der aktiven Mitarbeiter im Verhältnis zu den wahlberechtigten Bürgern steht.

Auf lange Sicht betrachtet, würde die Frage der Mitarbeit in den politischen Parteien wohl leichter zu lösen sein, wenn man in den Schulen dazu übergehen würde, den staatsbürgerlichen Gedanken zu pflegen und den staatsbürgerlichen Unterricht, verbunden mit den Bemühungen, politisches Verantwortungsbewußtsein bei unserer heranwachsenden Jugend zu erreichen. Aber ich sagte „auf lange Sicht“. Es wird noch ein langer Weg sein. Daraus müssen wir erkennen, wie wichtig und bedeutsam gerade jetzt die Werbung durch die politischen Parteien ist. Wir haben mit dem Antrag Nr. 69 die bisherigen Bemühungen des Parteivorstandes unterstützen wollen. Ich glaube, daß dieser Antrag einem sehr bedeutsamen Zweck dient. Ich meine, daß jeder Genosse und jede Genossin es sich zur Verpflichtung machen müßte, auch ihren Teil zur Werbung beizutragen. Für die Werbung ist niemand zu gut. Das müßte mehr als bisher erkannt und ausgesprochen werden. Denn von der Werbung neuer Mitglieder hängt nicht nur die Zukunft unserer Partei, sondern auch die Festigung und der Ausbau der deutschen Demokratie ab.

Vorsitzender Steinhoff: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich wunschgemäß auf die Fußnote des Stimmzettels aufmerksam machen. Es sind insgesamt 30 Mitglieder zu wählen. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind ungültig. Nach dem Organisationsstatut müssen dem Parteivorstand mindestens vier Frauen angehören. Das Wort hat nunmehr Genosse Jansen.

Wolfgang Jansen (Lippstadt): Genossinnen und Genossen! Da draußen vor der Tür kann man für ein paar Deutsche Mark die Parteitagsprotokolle seit 1948 erstehen. Wenn man darin liest, dann stellt man fest, daß die Sozialdemokratische Partei einer Art Jubiläum entgegengeht. Wenn wir uns nämlich im Jahre 1958 zum nächsten Parteitag versammeln, sind es genau zehn Jahre her, daß der Parteitag in Düsseldorf beschloß, „unverzüglich eine Programmkommission einzusetzen und den Entwurf für ein Parteiprogramm der Gesamtpartei zur Diskussion zu unterbreiten“.

Genossinnen und Genossen! 1948 lag die Währungsreform hinter uns, die Wahl vor uns. Da erhob man in Hamburg den Finger und erklärte, „den Beschluß des Parteitages in Düsseldorf, ein grundsätzliches Programm der Sozialdemokratie aufzustellen, beschleunigt durchzuführen“. Das Ergebnis dieser Mahnung war immerhin das Aktionsprogramm; aber daß man sich schon in Dortmund 1952 über den Unterschied zwischen einem Aktionsprogramm und einem Grundsatzprogramm klar war, beweist der damals eingelaufene Antrag zur beschleunigten Fertigstellung eines Parteiprogramms. In Berlin haben wir dann das Parteiprogramm verlängert und verändert, und daraufhin haben wir beschlossen, „Aufgaben und Ziele der Sozialdemokratischen Partei in einem Grundsatzprogramm festzulegen“. Da heißt es ultimativ weiter: „Dieses Grundsatzprogramm, das spätestens dem Bundesparteitag 1956 vorzulegen ist, soll sich durch klare Formulierungen und Kürze auszeichnen.“ Heute haben wir den Parteitag 1956. Was wir nicht haben, ist bedauerlicherweise das Parteiprogramm.

Statt dessen werden wir hier, wie es die Empfehlung des Parteivorstandes vorweist, erneut eine Entschließung annehmen, daß möglichst bald ein Parteiprogramm vorgelegt und beschlossen werden soll. Dieser Beschluß wird dann mit den anderen draußen vor der Tür verkauft. Auf ihre Ausführung warten draußen Tausende von jungen Menschen, die sich unserer Partei zuwenden möchten, und die uns immer wieder fragen: Wie ist es denn, Genossen und Genossinnen, sagt doch einmal, nach welchen Grundsätzen wollt ihr eure Politik aufbauen? Ihr habt zwar für den Augenblick ein ganz schönes Rezept, aber was sind denn eure Prinzipien?

Ich gehöre ja nun nicht zu den Leuten, Genossinnen und Genossen, die dem Parteivorstand aus einer Verzögerung in den ersten Jahren nach 1948 einen Vorwurf machen. Die Sozialdemokratische Partei hatte damals zunächst zu einer vollkommen veränderten Welt Stellung zu nehmen. Daß sie es ermöglicht hat, eine gültige Stellung einzunehmen, das ist darauf zurückzuführen, daß sie eine große Tradition hat, auf die wir alle Grund haben, stolz zu sein. Es ist wohl keiner anderen Partei gelungen, derart konsequent ohne Programm, nur auf Grund der Tradition gültige Aussagen zu den Ereignissen der Nachkriegszeit zu machen. Eine Tradition aber kann man nicht beharren lassen; eine Tradition muß man weiterführen, sonst wird aus dieser Tradition ein Turmbau von Babel, an dessen Füßen ein babylonisches Sprachgewirr entsteht, oder es wird ein Acker daraus, auf dem Weizen und Unkraut üppig nebeneinander wuchern. Ich habe das Gefühl, Genossinnen und Genossen, daß wir diesem Zeitpunkt bedenklich nahe sind.

Genossinnen und Genossen! So könnten wir uns mit den freundlichen Worten, die Willi Eichler heute morgen an uns gerichtet hat, begnügen, wenn wir uns nicht alle darüber klar wären, daß unserer Partei eine wachsende Sympathie entgegengebracht wird. Die Pressestimmen, die wir von der Deutschen Presseagentur vorgelegt bekommen haben, sind doch ein Barometer für die zunehmende Sympathie. Denn niemand — und das kann ich als Journalist selbst am besten beurteilen — beobachtet die Dinge so genau und so eingehend wie gerade die Journalisten. Wenn die Presse unserem Parteitag eine solche Bedeutung zuwendet, dann zeigt das, daß sie die Bedeutung der Sozialdemokratischen Partei in bezug auf die künftige Politik wesentlich höher einschätzt, als sie es bisher getan hat. Diese wachsende Sympathie sollten wir dadurch nutzen, daß wir den Menschen rechtzeitig immer wieder ganz klar sagen: Wir haben nicht nur ein Rezept, sondern wir haben auch Grundsätze anzubieten. Und so bedauere ich es eigentlich, daß der Antrag des Unterbezirks Frankfurt so ein wenig in der Versenkung verschwinden soll, der sagt, man soll möglichst bald, noch vor dem nächsten Parteitag, ein solches Grundsatzprogramm beschließen. Ich möchte aber diese Betrachtung nicht abschließen, ohne zu sagen, daß wir uns aus dem Frankfurter Antrag jene Sätze zu Herzen nehmen sollten, die eine deutliche, klare Sprache und Formulierung fordern, wie das auch schon in den Berliner Beschlüssen festgelegt wurde. Denn, Genossinnen und Genossen, mich hat heute in dem Vortrag des Genossen Eichler etwas merkwürdig berührt. Vielleicht irre ich mich. Vielleicht kann Genosse Eichler im Schlußwort dazu noch etwas sagen. Er sprach davon, daß man jetzt eine tieferschürfende und philosophische und religiöse Begründung dieses Parteiprogramms vorsehe. Gut, ein Parteiprogramm muß bis ins letzte bedacht sein. Aber schlimm, wenn alles hineingeschrieben wird, Dann mag es als eine Doktor-

dissertation für einen Studenten ausgezeichnet sein, für unsere Arbeiter draußen im Land wird es aber unlesbar werden. Ich bin daher der Überzeugung, daß solche Begründungen in einem Kommentar gegeben werden sollten, wie wir das im allgemeinen tun. Ich möchte sowohl dem Parteitag wie auch dem Parteivorstand noch einmal ernsthaft zu erwägen geben, man solle noch vor den Bundestagswahlen einen Beschluß über dieses Parteiprogramm fassen; denn nur wenn wir den Menschen klar und eindringlich sagen, nach welchen Grundsätzen wir handeln wollen — das sind die gleichen Worte, mit denen ich zu diesem Thema schon in Berlin gesprochen habe —, werden sie uns einen Auftrag geben, nur dann werden wir unsere Vorstellungen verwirklichen können: Einheit, Friede, Freiheit und soziale Gerechtigkeit (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich noch eine Berichtigung zum Protokoll der Anwesenheitsliste bekanntgeben. In der Delegiertenliste des Bezirks Niederrhein heißt es nicht „Ernst“ Katzor, sondern „Horst“ Katzor.

Welche Beachtung unsere gestrige Beratung auch in wissenschaftlichen Kreisen gefunden hat, möge aus einem Telegramm hervorgehen, das ich zur Kenntnis bringe:

„Ich begrüße mit Freude Entschliebung gegen Atomwaffenversuche und für vernünftige Verwendung der Atomkernenergie. Professor Bechert-Mainz.“

(Beifall.)

Die Mandatsprüfungskommission hat die Stimmzettel verteilt. Ich frage: Hat jeder stimmberechtigte Delegierte die ihm zustehenden Stimmzettel erhalten? — Ich höre keinen Widerspruch und kann daher annehmen, daß jeder Delegierte im Besitz eines Stimmzettels ist.

Das Wort hat die Genossin Martha Breiter-Frankfurt; Ihr folgt Franz Grassl-Regensburg.

Martha Breiter (Frankfurt): Liebe Genossen und Genossinnen! Gute Schulen sind Voraussetzung für eine gute Staatsführung. Ich komme aus einem Lande, von dem man schon sagen kann, daß es eine fortschrittliche Kultur- und Schulpolitik betreibt. Das ist Hessen. Die großen Forderungen, die wir schon früher, schon vor 1933, in unserem Kulturprogramm hatten, sind bei uns längst erfüllt. Wir haben nämlich glücklicherweise die Gemeinschaftsschule, und wir werden auch versuchen, sie in alle Zukunft zu halten. Dank der Machtverhältnisse in Hessen ist das möglich. Als Sozialisten begreifen wir eigentlich gar nicht, daß man einerseits von Friede und Völkerverständigung, von Völkerversöhnung spricht, daß man andererseits die jungen Menschen in seelische Konflikte bringt, indem man sie konfessionell spaltet in den Konfessionsschulen (Beifall). Es ist gar nicht abzusehen, was man in der jungen Kindesseele damit anrichtet und welcher Zwiespalt entsteht, besonders in Mischehen. Auch die Schulgeldfreiheit in allen Schulgattungen ist bei uns in Hessen verwirklicht. Wo sie in der Bundesrepublik noch nicht besteht, sollte die Partei Anlaß nehmen, bei allen Gelegenheiten durch ihre Kultusminister darauf hinweisen zu lassen, wie wichtig es ist, daß diese Schulgeldbefreiung auch in den höheren Schulen und auch in den Hochschulen bestehen muß. Wenn wir, wie es gestern geschehen ist, von der Brechung des

Bildungsprivilegs sprechen, dann ist diese Schulgeldfreiheit eine Voraussetzung dazu, ebenso wie die Lehr- und Lernmittelfreiheit.

Gewiß, Schulpolitik ist Sache der Länder! Daraus ergibt sich, daß das Schulwesen uneinheitlich organisiert ist. Das zeigt sich in der Verschiedenheit der Einschulungstermine, der Ferienordnung, der Erteilung von Fremdsprachenunterricht, der Lehrpläne und Lernmittel. Aber eine Einheitlichkeit in der ganzen Bundesrepublik besteht lediglich darin, daß wir überall noch eine große Anzahl zerstörter Schulen, einen großen Klassenraummangel, überfüllte Klassen und Lehrermangel haben. Man müßte überall darauf hinweisen, daß wir zwei Milliarden für die Aufrüstung ausgeben wollen, aber für die genannten Aufgaben zuzüglich der Schulbauten nicht einmal die erforderlichen Millionen zur Verfügung haben. Deshalb: Schulen statt Kasernen! Schulhöfe für die Kinder, statt Exerzier- und Schießplätze. Darum auch weg mit dem Schichtunterricht mit seinen uns bekannten psychologischen und pädagogischen Schäden, mit seinen gesundheitlichen Folgen und schließlich — das darf nicht vergessen werden, das wissen wir Hausfrauen und Mütter am allerbesten — mit seiner Unruhe, die er in die Familie trägt. Jeder Klasse ihren eigenen Unterrichtsraum! Verringerung der Klassenstärken, Hebung des Niveaus der Volksschule! (Beifall.)

Wie Sie gestern gehört haben, gehen etwa 90 Prozent der Kinder unseres Volkes durch diese Volksschule. Sie ist also im besten Sinne des Wortes eine Schule des Volkes. Um das Niveau der Volksschule zu heben, ist es erforderlich, das 9. Schuljahr zu schaffen. Wir wissen aus den Berichten der Ärzte, der Psychologen und Pädagogen und schließlich auch aus persönlicher Erfahrung als Eltern, daß unsere Kinder gegenüber früher körperlich zwei Jahre voraus sind, daß aber mit dieser Entwicklung die geistige Entwicklung der jungen Menschen keinesfalls Schritt gehalten hat, so daß zwischen körperlicher und geistiger Verfassung eine erhebliche Diskrepanz besteht. Denken wir daran, daß diese jungen Menschen — es sind in der Regel Arbeiterkinder — unfertig in das Erwerbsleben hinausgestoßen werden. Die Forderung lautet also: 9. Schuljahr und Vorbereitung eines 10. Schuljahres. Nicht zu vergessen ist der weitere Ausbau der Berufsschule. Ich kann nicht einsehen, daß mit Rücksicht auf den Lehrermangel der so wichtige Unterricht in der Berufsschule noch weiter gekürzt werden soll. Denken wir auch an die neue Einrichtung der sogenannten Tagesheimschulen, der Kinderhorte, in denen gerade die Kinder der arbeitenden Klasse, vor allen Dingen dann, wenn die Mutter aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen ist, einem Erwerb nachzugehen, sich einfinden können, um die Möglichkeit einer ruhigen Arbeit für die Schule zu haben (Beifall). Eine andere Forderung ist die der Lehrerausbildung. Ich habe mich gefreut, daß heute morgen in dem Kulturbericht davon die Rede war, daß wir nach wie vor die Hochschulbildung des Volksschullehrers verlangen (Beifall). Für die Ablehnung dieser berechtigten Forderung wird von den Gegnern nicht nur die größere finanzielle Belastung geltend gemacht, sondern es gibt darüber hinaus auch Meinungen, daß für die Aufgabe der Volksschule auch ein mittelmäßig ausgebildeter Erzieherstand genüge. Wir haben auch die Aufgabe, die Kulturwerte *allen* Menschen zu erschließen. Dazu ist ein gründlicher staatsbürgerlicher Unterricht erforderlich, der zu einer echten demokratischen Grundhaltung führt. Das erfordert aber, daß die Lehrer selbst von einer wirklichen demokratischen Pflichterfüllung durchdrungen sind. Aus der Erfah-

rung heraus wissen wir, daß es da manchmal noch sehr im argen liegt. Der Lehrer als Vorbild seiner Schüler muß selbst von den großen Idealen erfüllt sein. Im Vordergrund hat eine ganzseitige Bildung des Menschen zu stehen. Wenn gestern in den beiden ausgezeichneten Referaten zum Ausdruck kam, daß man mathematisch und naturwissenschaftlich den jungen Menschen bilden soll, dann möchte ich aber daran erinnern, daß man die sprachliche Bildung nicht vernachlässigen darf, gerade im Sinne einer Völkerverständigung. Daneben muß auch der musischen Erziehung des jungen Menschen ein Platz eingeräumt werden. Ich freue mich über den Antrag Nr. 77 aus Frankfurt, der dem Parteivorstand als Material überwiesen wurde. Er enthält die Probleme, die von mir hier erörtert worden sind. Wir müssen darauf achten, daß die neuen Bildungspläne einzelner Länder gemäß dem ungeheuren Wandel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur Rechnung tragen. Die Errungenschaften der zweiten industriellen Revolution können auch nur dadurch verwirklicht werden, daß die gewonnene Freiheit — und das ist eine Sorge für uns alle — von den jungen Menschen nutzbringend angewendet wird; sie soll der Menschheit zum Segen — nicht zum Fluche gereichen. Der junge Mensch von heute soll ja der Träger des Staates von morgen sein (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Haben Sie mittlerweile Ihre Stimmzettel ausfüllen können? — Können wir sie jetzt einsammeln lassen? — Ist die Mandatsprüfungskommission bereit zum Einsammeln der Abschnitte 1 mit 2? — Beide Stimmzettel werden zu gleicher Zeit abgegeben, und es genügt zur Kontrolle, wenn ein Abschnitt dabei ist.

Wir unterbrechen dann die Diskussion, bis die Stimmzettel eingesammelt sind.

(Unterbrechung der Diskussion von 15.31 bis 15.38 Uhr und Einsammeln der Stimmzettel.)

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben worden? — Sind alle Stimmzettel eingesammelt? Ich höre keinen Widerspruch. Also ist die Wahlhandlung geschlossen.

Wir fahren in den Beratungen fort. Das Wort hat der Genosse Franz Grassl aus Regensburg; ihm folgt Dr. Hans-Werner Bartsch, Mölln.

Franz Grassl (Regensburg): Liebe Genossinnen und Genossen! Durch alle Referate und Berichte klang die Notwendigkeit der Intensivierung der politischen Bildungsarbeit und überhaupt der gesamten Erziehungsarbeiten. Das ist mit von unserem eigenen Standpunkt aus eine der wichtigsten Aufgaben. Wollen wir für die Zukunft unserer Partei wirklich etwas tun, so glaube ich, müssen wir in erster Linie an der Gewinnung von jungen Menschen für unsere Partei mit einsetzen. Wenn heute hier der Vertreter des Verbandes der sozialistischen Jugend, der Genosse Heinz Westphal, den Wunsch auf eine engere Zusammenarbeit zwischen der sozialistischen Erwachsenenbewegung und der Jugendbewegung ausgesprochen hat, so glaube ich, haben wir dem mit Rechnung getragen durch die Vorlage unseres Antrags 107.

Genossinnen und Genossen! Ich habe mir die Mühe gemacht und habe einmal die Zusammensetzung der Jugendlichen in der sozialistischen Jugend betrachtet von dem Standpunkt, aus welchem Elternhaus sie herauskommt. Und jetzt, Genossinnen und Genossen, passen Sie genau auf: Wenn man fest-

stellen muß, daß im Durchschnitt in der sozialistischen Jugend nur 30% der Mitglieder aus einem Elternhaus kommen, wo entweder der Vater oder die Mutter oder beide Teile in der sozialistischen Erwachsenenbewegung sind, so gibt mir das irgendwie zu denken, vor allen Dingen, wenn hier noch ein Beispiel genannt wird: In dem roten Hessen, wenn man das Land so bezeichnen will, sind es nur 12% der Mitglieder des Sozialistischen Jugendverbandes!

Genossinnen und Genossen! Wo bleibt hier die sozialistische Familie? Wo bleibt die Erziehung zu Hause? Mit welchem Recht möchte ein Genosse jemand anderen von unserer sozialistischen Idee überzeugen, wenn er nicht in der Lage ist, seine eigene Frau und seine Kinder dazu zu bewegen? (Starker Beifall.) Genossinnen und Genossen! Und bedauerlich ist es, daß gerade auch bei einem Teil unserer führenden Genossen, einem Teil unserer Funktionäre es der Fall ist, daß ihre Kinder und ihre Frauen unserer eigenen Bewegung — sei es die sozialistische Erwachsenenbewegung oder die Jugendorganisation — fernstehen.

Ich glaube, hier liegt auch mit eine Aufgabe für die Zukunft, mehr darauf zu achten, daß wir in erster Linie doch unsere eigene Familie von unserer Idee überzeugen müssen. Wenn die sozialistische Jugend, wie ich gehört habe, heuer im Herbst eine Werbeaktion für die Gewinnung neuer Mitarbeiter startet, so ist es, glaube ich, auch an uns, der sozialistischen Erwachsenenbewegung, den Jugendverband dabei kräftig zu unterstützen in seiner Werbung für neue Mitarbeiter und neue Helfer, die Kinder- und Jugendgruppen übernehmen. Soweit mir bekannt ist, bildet die sozialistische Jugend selbst geeignete junge Menschen heran. Aber leider sind sie es dann, die nicht die nötige Unterstützung, Achtung und Anerkennung von seiten der Erwachsenenbewegung, von seiten der Genossen haben. Der Genosse Heinz Westphal hat das heute bereits ausgeführt. Ich glaube, daß ein gutes Wort, ein kleines Lob von seiten unserer Organisation diese Menschen in der Sozialistischen Jugend mehr anspornen würde als bisher.

Wir haben Ihnen aus diesem Grund heute einen Antrag vorgelegt, der angenommen werden sollte, damit wir auch hier versuchen, der Jugendarbeit mehr Unterstützung als bisher von seiten der Erwachsenenbewegung angedeihen zu lassen. Wir gehen von dem Standpunkt aus: Wenn ungefähr im Verhältnis 1:10 ein sozialistischer Jugendortsverband gegenüber einem Verband der SPD, einem Ortsverband besteht, so müßten wir versuchen, die jungen Menschen dadurch zu unterstützen, daß wir in einem Ortsverband, in dem noch keine sozialistische Jugendgruppe oder Kindergruppe ist, versuchen, einen geeigneten Genossen oder eine Genossin aus unserem Ortsverein der Partei zu gewinnen, der als Erziehungsreferent wirkt, der vorbereitend arbeiten soll für die Aufgaben des späteren jungen Helfers, der die Betreuung der Jugend in diesem Bereich übernimmt.

Wir haben bereits Rücksprache genommen mit dem Genossen Heinz Westphal und Lorenz Knorr vom Verbandsvorstand der sozialistischen Jugend, und sie haben sich bereit erklärt, jederzeit die Genossinnen und Genossen, die bereit sind, aktiv mitzumachen, mit Material zu unterstützen. Wenn wir so in der Ortsverbandsebene zu wirken beginnen, können wir die jungen Menschen für uns gewinnen und vielleicht noch mehr junge Nachwuchskräfte für unsere Partei heranziehen. Dann, Genossinnen und Genossen, braucht uns für die Zukunft nicht bange zu sein (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Dr. Hans-Werner Bartsch, Mölln.

Hans-Werner Bartsch (Mölln): Meine Genossinnen und Genossen! Erlauben Sie mir zu der Frage der Diskussionsfreiheit in unserer Partei und damit zu der von Walter Möller angeschnittenen Frage der „Anderen Zeitung“ etwas zu sagen. Ich spreche damit zugleich in eigener Sache, nicht nur weil ich häufiger in der „Anderen Zeitung“ geschrieben habe, sondern auch weil ich Geistlicher der Evangelischen Kirche bin, für den eine Beschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, wie sie z. B. von der Landesorganisation Hamburg gegen die Andere Zeitung angeregt worden ist, unmöglich ist (Oho-Rufe). Die politische Entwicklung hat dazu geführt, daß unserer Partei in den letzten Jahren eine Bundesgenossenschaft zugewachsen ist, die ich nicht zu unterschätzen bitte und die, wenn sie erhalten bleiben soll, eine derartige Diskussionsfreiheit fordert. Es freute mich, in dem Referat des Genossen Ollenhauer den positiven Hinweis auf die Paulskirchen-Bewegung gehört zu haben. Unsere Schleswig-Holsteinische Landeskirche ist ausgesprochen konservativ-lutherisch eingestellt. Ich habe mit anderen Kollegen zur Unterschrift des Manifests aufgefordert, und es bedeutet etwas, daß wir immerhin 20 unserer Amtsbrüder dazu bewegen konnten und dazu eine ganze Reihe von Theologiestudenten, dieses Manifest zu unterzeichnen, und daß bei dieser Aktion zugleich sechs Pastoren unserer Landeskirche der SPD beitraten. Der Kieler Propst Asmussen, der bekannt ist wegen seiner Parteinahme für die CDU, meinte von einer wachsenden Linksorientierung der Evangelischen Kirche sprechen zu müssen, die ihn dazu führte, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Ich bitte, daraus die Konsequenzen zu ziehen und zu sehen, daß unserer Partei Kräfte zugewachsen sind, die manche vielleicht auch als eine Belastung empfinden werden. Die Kreise der Evangelischen Kirche, die in dieser politischen Situation zu uns gestoßen sind, tun das in einer echten, von ihrem Gewissen geforderten politischen Entscheidung (Beifall). Sie drängen darum aber auch konsequent auf ein radikales Nein zur Wiederaufrüstung, ohne dabei grundsätzliche Pazifisten zu sein, sondern weil, wie das der Baseler Theologieprofessor Karl Barth, unser Schweizer Genosse, gesagt hat, weil der Christ heute in der jetzigen politischen Situation keine andere praktische Möglichkeit sieht, als in einem solchen radikalen Nein seinem an Gott gebundenen Gewissen gehorsam zu sein (Beifall). Ich muß dieses Nein, meine Genossinnen und Genossen, aussprechen in seiner ganzen Schärfe auch dann, wenn die praktischen politischen Notwendigkeiten die Bundestagsfraktion vielleicht nötigten, in ihrem Handeln einen Weg zu gehen, auf dem diese Radikalität nicht in gleicher Weise sichtbar wird. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß gerade dieser Parteitag und ebenso die Gespräche mit Genossen, die in der politischen Verantwortung stehen, mich zur Anerkennung der Haltung der Bundestagsfraktion geführt haben und daß ich mein Ja zu dem Antrag freier und lieber gegeben habe, als es mir anfänglich möglich erschien. Ich meine aber, daß daneben das radikale Nein der Genossen, die z. B. gegen die Grundgesetzänderung stimmten, notwendig war, um den Willen unserer Partei sichtbar bleiben zu lassen (Beifall). Ich meine darum, daß es in dieser Frage in unserer Partei beides geben kann, die nüchterne Erwägung dessen, was politisch klug und nützlich ist, und zugleich die klare Entscheidung, die nicht so viel nach Klugheit und Nützlichkeit fragt, sondern nur nach dem, wozu das Gewissen

drängt. Beides ist nötig (Beifall). Wie in der Bundestagsfraktion dieses Nebeneinander seinen Platz und sein Recht hat, muß auch bei uns in der Partei selbst beides möglich sein. Und da meine ich, im Grunde ist es einerlei, in welchen Organen die Diskussion geführt wird (Widerspruch). Wir in der „Anderen Zeitung“ glauben, eine Meinung frei vertreten zu können. Ich kenne den Chefredakteur als einen aufrechten und ehrlichen Sozialdemokraten. Ich konnte frei auch über den ideologischen Marxismus und Kommunismus diskutieren. Wo dies geschieht, ist gleich. Wenn aber der Parteivorstand dem Blatt sachliche Vorwürfe machen kann, so bitte ich, dies zu diskutieren, nicht aber Stimmen der Besorgnis, die aus echter Sorge um unsere Partei erwachsen sind, schon gleich zu parteischädigenden Stimmen zu machen. Es ging mir darum, gegenüber der kommunistischen Infiltration, die vielfach als Gespenst gemalt wird, die Exfiltration der linken Kräfte, die aufrechte Sozialdemokraten sind, zu den Kommunisten zu verhindern (Beifall). Es sollte bei der Frage von Veröffentlichungen zur Politik nur die eine Frage entscheidend sein, ob ein Genosse von dem ehrlichen Streben nach dem gemeinsam erkannten Ziel erfüllt ist, auch dann, wenn der Weg, den er geht, vom Parteivorstand nicht gebilligt wird.

Gerade die weitreichende Spanne unserer Partei muß es ihr ermöglichen, eine echte Volkspartei zu werden. Freiheit der Diskussion ist zugleich Stärke. Möge der Parteivorstand das Zeichen dieser Stärke geben! (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Damit ist die Diskussion geschlossen. Ich erteile das Schlußwort dem Genossen Max Kukil.

Max Kukil (Bonn): Liebe Genossinnen und Genossen! Der Genosse Frenzel hat bei seinen Betrachtungen über die Geschäftsberichte auch auf die Mitgliederbewegung und die Bedeutung der Arbeit auf dem flachen Lande sowie in den Großstädten hingewiesen. Ich möchte sagen, nach den Ergebnissen, die uns aus dem Jahre 1955 und für das 1. Quartal 1956 zahlenmäßig vorliegen, können wir mit Überzeugung davon sprechen, daß der erste Schritt zur Aufwärtsentwicklung der Mitgliedschaft getan worden ist. Ich sage: der erste Schritt! Der zweite Schritt sollte nach den Anfangsergebnissen des Jahres 1956 am Ende dieses Jahres dahin ausmünden, daß wir die 600 000er Grenze an Mitgliedern erheblich überschreiten. Ich glaube, daß es Aufgabe aller Bezirke sein sollte, ihren Mitgliederstand zu überprüfen und alle vorbereitenden Arbeiten zu treffen, damit auf den einzelnen Sektoren keine Rückgänge mehr eintreten können. Wir sind uns klar darüber, daß auf dem weiten Feld des flachen Landes es nach wie vor mehr denn je möglich ist, für die Partei Wähler und Mitglieder zu gewinnen. Wir dürfen aber nicht vergessen, auch die Großstädte immer wieder anzusprechen, weil sie in der Vergangenheit das große Reservoir und das Rückgrat für die Sozialdemokratische Partei gewesen sind. Aus diesem Grund sollten wir darauf achten, daß diese Großstädte wieder zu den alten sozialdemokratischen Hochburgen werden, damit von ihnen aus organisatorisch und propagandistisch die Kraftquelle auch für das flache Land ausströmt. Das scheint mir immerhin von entscheidender Bedeutung zu sein.

Der Genosse Rück hat in seinen Ausführungen die Bedeutung der verschiedensten Gebiete, die sich mit den Gewerkschaften berühren, angesprochen.

Auch wir haben in diesen Tagen des Parteitags das Gefühl gehabt, stärker denn je, daß unsere Partei berufen ist, den politischen Raum auszufüllen, der heute noch leer ist und der von uns erobert werden muß. Wir haben mit voller Absicht die Frage der Betriebsorganisation in starkem Umfang auf diesem Parteitag berührt, weil wir der Auffassung sind, daß auf diesem Sektor eine größere politische Aktivität geleistet werden muß. Selbstverständlich, Genosse Rück, gibt es auch noch andere Kräfte, neben den Arbeitern, Angestellten und Beamten, die kleinen und mittleren Selbständigen des Handwerks, des Handels und des Gewerbes und die freiberuflich Tätigen. Wir sind von der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung dieser Schichten überzeugt und haben sie deshalb auch neben all den anderen Arbeitsgemeinschaften, die Facharbeitsgemeinschaften sind, in der Arbeitsgemeinschaft der selbständig Schaffenden nicht nur erfaßt, sondern wir haben an einer Reihe von Plätzen aktive Gruppen dieser Arbeitsgemeinschaft der selbständig Schaffenden. Mit der Arbeit in den Betrieben und bei den selbständig Schaffenden dokumentieren wir, daß die Sozialdemokratische Partei die legitime Vertreterin dieser Bevölkerungsschichten in der Bundesrepublik ist.

Es ist dann noch ein Nachtrag zu Nr. 4 eingegangen, der Antrag 107, unterzeichnet von den Bezirken Niederbayern, Oberpfalz, Franken, Niederrhein, Hessen-Nassau, Westliches Westfalen, Südbayern und Hessen-Nord. Der Antrag, zu dem auch gesprochen wurde, befaßt sich mit der Sozialistischen Jugend Deutschlands. Der Parteivorstand ist grundsätzlich nicht nur mit dem Antrag einverstanden, sondern bejaht die Förderung der Organisation und ihre Stützung durch die Partei (Beifall).

Wenn wir den Antrag durchlesen, dann können wir ihn, was seinen Inhalt anlangt, so nicht verabschieden, weil hier davon gesprochen wird, daß die Ortsvereine der SPD geeignete Genossen bzw. Genossinnen als Erziehungsreferenten ernennen bzw. beauftragen sollten. Genossen, denken wir an die große Anzahl der ländlichen Ortsvereine und die Schwierigkeiten, die dort die politische Arbeit macht, abgesehen von der auf dem kulturellen Sektor. Man sollte deshalb an Stelle der Erziehungsreferenten eine Bezeichnung wählen, die bei den Ortsvereinen besser verstanden würde. Aus diesem Grund bitten wir, obwohl, wie ich noch einmal betonen möchte, der Antrag von uns grundsätzlich bejaht wird, den Antrag dem Parteivorstand als Material zu überweisen (Beifall).

Vorsitzender von Knoeringen: Es spricht der Genosse Fritz Heine.

Fritz Heine (Bonn): Genossinnen und Genossen! Der Genosse Möller hat in seiner Rede offenbar den Eindruck erwecken wollen, als ob in der Partei nicht oder nicht genug Diskussionsfreiheit gegeben sei, als ob es des Antrags Nr. 73 bedürfe, um hier Versäumtes oder Unterdrücktes zu ändern. In diesem Antrag heißt es:

Die Berichte unserer Parteipresse geben zum größten Teil die Meinungen und Reden unseres Parteivorstandes wieder. Kritiken an diesen Stellungnahmen werden in kurzen Notizen übergangen.

Dazu muß ich in aller Offenheit und mit aller Deutlichkeit erklären: diese Behauptungen sind einfach nicht wahr. Wer da meint, daß in unserer Partei-

presse — ein Wort, das ja den heutigen Zeitungstyp gar nicht mehr deckt — eine Zensur durch den Parteivorstand erfolgt, der unterstellt etwas, was mit den Tatsachen aber auch nicht im geringsten in Einklang steht.

Parteivorstand und Parteiausschuß haben in ihrer gemeinsamen Sitzung am Montag auch zu diesem Antrag Stellung genommen. Sie haben einmütig die Ablehnung empfohlen. Sie sind sich dabei sicher auch mit den Antragstellern und der gesamten Partei einig, daß volle Diskussionsfreiheit ein Lebens-
element der Sozialdemokratischen Partei ist. Wenn wir bei der Empfehlung der Ablehnung bleiben, dann selbstverständlich nicht, weil wir uns etwa gegen die Diskussionsfreiheit wenden, sondern deshalb, weil wir uns gegen die Unterstellung wenden, es gebe in der Partei gegenwärtig diese Freiheit nicht.

In dem Zusammenhang ein Wort zu der sogenannten „Anderen Zeitung“! Wir halten im Gegensatz zu dem Genossen Bartsch diese Zeitung in Auflage und Inhalt für bedeutungslos, und wir haben keinen Zweifel, daß es sich nicht um ein Organ der freien Aussprache, sondern um eine eindeutig gegnerische Publikation handelt (Beifall).

Genosse Kade hat ein in einer sowjetischen Zeitung veröffentlichtes Interview eines Parteivorstandsmitglieds angesprochen. Wir sind auch hier nicht der Meinung, daß der Parteivorstand eine Zensur ausüben oder daß die Interviews oder Artikel von Parteimitgliedern, die unter ihrem Namen und ihrer Verantwortung erscheinen, vorher mit dem Parteivorstand verabredet oder abgesprochen werden sollten.

Was die Geheimrede Chruschtschows und ihre Verbreitung betrifft, so kann ich mitteilen, daß wir zunächst bemüht waren, sie in der sowjetischen Besatzungszone zu verbreiten, weil das als vordringlichste Aufgabe erschien angesichts der Tatsache, daß sie dort natürlich unterdrückt worden ist. Wir haben sie in der Bundesrepublik in zum Teil sehr umfassenden Auszügen in den uns nahestehenden Zeitungen veröffentlicht, und sie ist von unseren verschiedenen Pressediensten eingehend kommentiert worden. Eine broschürte Ausgabe befindet sich zur Zeit in Druck. Die Bemerkung des Genossen Kade bezüglich einer noch weitergehenden Verbreitung werden wir im Rahmen unserer begrenzten finanziellen Möglichkeiten als Anregung verwerten.

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Willi Eichler.

Willi Eichler (Bonn): Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe nur zu zwei Diskussionsreden kurz etwas zu bemerken.

Der Genosse Jansen hat die Geschichte des Parteiprogramms angesprochen. Ich muß sagen, daß ich seine Gefühle teile, um so mehr, als ich seit dem Düsseldorfer Parteitag immer ein solches Programm gefordert habe. Wir alle wissen, daß wir bis 1951, bis zur Erklärung der Sozialistischen Internationale, nicht dazu kamen, weil es selbst für die Genossen, die zur Abfassung eines solchen Programms aus der Kenntnis der Geschichte und der Theorie heraus in der Lage sind, schwierig gewesen wäre, dieses Programm vor der Gründung der Internationale in Angriff zu nehmen. Wir haben uns dann entschlossen, das Aktionsprogramm vorzubereiten. Wir haben es fertiggestellt und die Grund-

sätze, damit sie nicht verstreut liegen bleiben, in der Berliner Präambel gesammelt, die allerdings kaum zur Kenntnis genommen ist. Ich möchte wiederholen, daß allen Beteiligten sehr an einer Beschleunigung dieser Arbeit liegt. Wenn nicht etwas Unvorhergesehenes oder Unvorhersehbares eintritt, wird der nächste Parteitag über dieses Programm zu befinden haben. Wir werden auch bemüht sein, eine deutliche und verständliche Sprache zu sprechen, wie es in dem Antrag heißt, damit es nicht nur der Akademiker verstehen kann. Der hat es, so muß ich sagen, bisher mit am wenigsten zur Kenntnis genommen.

Was die Genossin Breiter sagte, so bin ich einverstanden. Die gewissen Schwierigkeiten, die sich auch in den Diskussionen des Kulturpolitischen Ausschusses gezeigt haben, bestehen darin, wie man die Ausbildung der Volksschullehrer — an Universitäten oder an Pädagogischen Hochschulen — vornehmen soll. Ich kann nur sagen, daß die Erfahrungen auf beiden Gebieten gut, zum Teil auch weniger gut sind. Im allgemeinen herrschte bei uns der Eindruck vor, daß, abgesehen von Sonderumständen, der Ausbildung an Pädagogischen Hochschulen, wenn sie mit geeignetem Lehrpersonal ausgestattet werden, der Vorzug zu geben ist (Beifall).

Vorsitzender von Knoeringen: Damit haben wir Punkt 5 und 6 der Tagesordnung so weit erarbeitet, daß wir zu den Abstimmungen schreiten können.

Ich bitte zur Hand zu nehmen die Beilage Nr. 4, Anträge 1 bis 94, den dritten Nachtrag zur Vorlage Nr. 4, Antrag 104, und den vierten Nachtrag zur Vorlage Nr. 4, Antrag 107.

Wir stimmen der Reihe nach ab. Zuerst kommen die Anträge zu Punkt 5a der Tagesordnung. Der erste Antrag ist der Antrag Nr. 53 des Kreisverbandes Rosenheim-Land. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen die Ablehnung dieses Antrags. Abgestimmt wird durch Erheben der Karte.

Wer für die Ablehnung dieses Antrags ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Gegen etwa 14 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 54 des Unterbezirks Frankfurt. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen die Ablehnung.

Ich komme zur Abstimmung. Wer für die Ablehnung ist, den bitte ich um das Abstimmungszeichen. — Die Gegenprobe. — Genossen, ich bitte, unbedingt die Stimmkarte zu erheben; die erhobenen Hände zählen nicht. Soeben wird auch vorgeschlagen, über den Antrag abstimmen zu lassen und nicht über den Vorschlag des Vorstandes. Soll ich so verfahren? — (Zustimmung.) — Gut. Ich bitte also noch um die Stimmenthaltungen. — 4 Stimmenthaltungen. Der Antrag ist also, wie der Vorstand empfohlen hat, abgelehnt.

Antrag 55 des Unterbezirks Frankfurt am Main ist zurückgezogen worden und damit erledigt. Ebenso ist der Antrag 56 des Unterbezirks Frankfurt erledigt.

Antrag 57, Unterbezirk München. Zu diesem Antrag wird Ablehnung empfohlen.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — 7. Die Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — 1. Mit allen gegen 7 Stimmen bei 1 Enthaltung ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 58, Bezirk Hannover. Dazu liegt ein Abänderungsantrag vor, und zwar im dritten Nachtrag, der Antrag 104. Es wird empfohlen, den Abänderungsantrag anzunehmen.

Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Die Gegenprobe. — 5 Gegenstimmen. — Stimmenthaltungen? — Bei 2 Stimmenthaltungen und 5 Gegenstimmen ist der Abänderungsantrag angenommen. Damit ist der Antrag 58 erledigt.

Antrag 59, Rosenheim-Land. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Stimmzeichen. — 14. Die Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — Mit allen Stimmen gegen 14 bei 3 Stimmenthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 60, Bezirksverein Mittelrhein: Dazu ist Ablehnung empfohlen. Wer für diesen Antrag stimmen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. — 6 Stimmen für den Antrag. — Gegen den Antrag? — Stimmenthaltungen? — 8 Stimmenthaltungen. — Der Antrag ist damit abgelehnt.

Antrag 61, Ortsverein Dortmund, auch hier wird Ablehnung empfohlen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — 18 Stimmen. — Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — 7 Stimmenthaltungen — der Antrag ist damit abgelehnt.

Wir kommen zu Antrag 62, Ablehnung wird empfohlen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — 12 Stimmen. — Stimmen gegen den Antrag? — Stimmenthaltungen? — Mit allen Stimmen gegen 12 Stimmen und 7 Stimmenthaltungen ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Dann ist hier einschlägig der bereits erörterte Antrag 107. Vom Referenten wurde empfohlen, ihn an den Vorstand zu überweisen mit dem Zweck der Beratung für die geeignete Durchführung dieses Antrags. Wer für Überweisung des Antrags 107 ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Niemand da? — Stimmenthaltungen? — Damit ist einstimmig Überweisung an den Vorstand beschlossen.

Wir kommen dann zu Punkt 5b der Tagesordnung. Antrag 63, Ortsverein Tailfingen, ist zurückgezogen und damit erledigt.

Antrag 64, Landesorganisation Hamburg — hier wird Überweisung beantragt. — Wer für die Überweisung dieses Antrags ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. 2 Gegenstimmen. — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist damit überwiesen.

Antrag 65, Unterbezirk München, wird ebenfalls zur Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. — 4 Gegenstimmen. Keine Stimmenthaltung. — Damit ist der Antrag überwiesen.

Antrag 66, Unterbezirk Solingen; auch hier wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Hand-

zeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — 2 Gegenstimmen. — Stimmenthaltungen? — Keine. Der Antrag ist damit überwiesen.

Antrag 67, Landesverband Berlin, ist zurückgezogen und damit erledigt.

Antrag 68, Bezirk Hessen-Nord: Hier wird Überweisung an den Parteivorstand beantragt. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Gegen 5 Stimmen bei 1 Enthaltung ist die Überweisung gebilligt.

Wir kommen zu Punkt 5c der Tagesordnung. Antrag 69, Bezirk Franken, wird zur Annahme empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Antrag 70, Ortsverein Velbert, wird ebenfalls zur Annahme empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist gegen 1 Stimme angenommen.

Antrag 71, Ortsverein Schongau, wird zur Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. — 14 Gegenstimmen. — Stimmenthaltungen? — Damit ist die Überweisung des Antrags beschlossen.

Antrag 72, Unterbezirk Frankfurt/Main, wird zur Annahme empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Antrag 73, Unterbezirk Frankfurt/Main, wird zur Ablehnung empfohlen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — 41 Gegenstimmen zähle ich. — Eine Hand, die sich gehoben hat, habe ich nicht mitgezählt, weil sie keine Stimmkarte hatte. — Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei 15 Stimmenthaltungen ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt. Damit ist auch Punkt 5c erledigt.

Wir kommen zu Punkt 5d. Antrag 74 des Unterbezirks Frankfurt/Main kann als erledigt betrachtet werden.

Antrag 75, Bezirk Hessen-Nord, wird zur Annahme empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Antrag 76, Ortsverein Koblenz, wird zur Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. Stimmenthaltungen? — Gegen 3 Stimmen bei 1 Enthaltung ist Überweisung beschlossen.

Antrag 77, Unterbezirk Frankfurt/Main, wird zur Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Wer für die Überweisung ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — 1 Gegenstimme. — Stimmenthaltungen? — Keine Stimmenthaltung. Damit ist die Überweisung des Antrags beschlossen.

Antrag 78, Unterbezirk Frankfurt/Main. Hier wird ebenfalls Überweisung an den Parteivorstand vorgeschlagen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Hand-

zeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich zähle 8 Gegenstimmen. — Stimmenthaltungen? — Damit ist die Überweisung an den Vorstand beschlossen.

Antrag 79, Landesorganisation Hamburg: Wird zur Annahme empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Zeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist angenommen.

Genossen, ich stelle fest, daß einige sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Ich betrachte das als einen Mißbrauch des Mandats. (Sehr gut! Beifall.)

Wir kommen zu Antrag 80, Landesorganisation Hamburg. Auch er wird zur Annahme empfohlen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 5e. Hier liegt nur ein Antrag vor, nämlich der Antrag 81, Landesorganisation Hamburg. Hier wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Gegenprobe? — Gegen 1 Stimme. — Stimmenthaltungen? — Damit ist der Antrag überwiesen und Punkt 5e der Tagesordnung auch erledigt.

Wir kommen zu Punkt 6. Der Genosse Adolf Schönfelder hat den Bericht der Kontrollkommission erstattet und hat den Antrag gestellt, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — Ich stelle damit fest, daß der Parteitag dem Parteivorstand einstimmig die Entlastung erteilt hat (Beifall).

Damit sind die Punkte 5 und 6 der Tagesordnung abgeschlossen.

Vorsitzender Steinhoff: Liebe Genossen! Es ist hier ein Antrag mit den vorgeschriebenen Unterschriften aus verschiedenen Bezirken folgenden Inhalts eingegangen:

Wir beantragen, die Reden von Professor Brandt und Professor Carlo Schmid in einer Großauflage drucken zu lassen, damit sie zumindest an allen deutschen Hochschulen verteilt werden können.

(Beifall.)

Obwohl der Beifall schon zum Ausdruck gebracht hat, wie Ihre Entscheidung ausfällt, will ich formal abstimmen lassen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Keine. Also ist der Antrag einstimmig angenommen.

(Zuruf: Ergänzung: „An alle Volks- und Berufsschulen!“) — Ich lege es also so aus:

... in Großauflage drucken und überall zur Verteilung bringen zu lassen, wo es angebracht und förderlich ist.

(Beifall.)

Dann hat sich ein Genosse zu Wort gemeldet, Sachlich oder zur Geschäftsordnung? (Der Delegierte spricht mit dem Vorsitzenden.)

Vorsitzender von Knoeringen: Von dem Genossen wird empfohlen, auch die zu diesem Punkt angenommenen Entschließungen mit abzudrucken. Ich glaube, das ist zu erwägen. Ist der Parteitag damit einverstanden, daß dies erwogen wird? (Zustimmung.) Ich danke.

Dann, Genossinnen und Genossen, kommen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung, der noch zu behandeln ist, zu Punkt 4:

Die Arbeit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Dazu ist Referent der Genosse Dr. Walter Menzel. Ich erteile ihm das Wort.

Walter Menzel (Bonn): Genossinnen und Genossen! Trotz der ausgezeichneten Referate der letzten Tage und der so viele Probleme umfassenden Aussprache bleibt mir mit dem Bericht über die Arbeit der Bundestagsfraktion nicht nur eine Art Nachlese. Denn ich meine, daß die Bundestagsfraktion nach dem, was sie in den beiden Jahren nach dem Berliner Parteitag im Bundestag geleistet hat, ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen braucht. Obwohl also in diesen Tagen bereits viele Themen angesprochen wurden, ist das Bukett der politischen Probleme in der Bundesrepublik doch so üppig, daß es doch noch der Erörterung mancher Fragen bedarf, wenn sich auch natürlich Überschneidungen mit den bisherigen Referaten und Debatten nicht immer vermeiden lassen.

Als ich im Sommer 1954 auf dem Berliner Parteitag über die Arbeit unserer Bundestagsfraktion zu berichten hatte, war die Lage auch für die Fraktion völlig anders als heute. Die SPD-Fraktion war damals die einzige Oppositionspartei. In fast eiserner Entschlossenheit standen wir allen anderen Fraktionen des Parlamentes gegenüber. Was immer die SPD forderte, es wurde häufig deshalb abgelehnt, weil der Vorschlag von ihr kam, und welche Ansinnen auch immer von Adenauer an das Parlament gestellt wurden, sie waren gut, allein schon aus dem Grunde, weil Adenauer es so wollte.

Von einer Solidarität der Gewerkschaftler zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen war nichts zu spüren; fast immer reihten sich die Gewerkschaftler in die Reihen Adenauers ein.

Die politischen Geschehnisse der letzten Monate haben auch die deutsche Innenpolitik in Bewegung gebracht. Was damals niemand für möglich gehalten hätte — in die Front der Restauration eine Bresche zu schlagen — ist Ereignis geworden. Auch im Bundestag blieb der Übermut des Siegers vom 6. September 1953 nicht aus, aber dieser Übermut blieb auch nicht ungestraft. Er führte auf die Dauer zu einem unerträglichen Machtdünkel, zur politischen Selbstherrlichkeit, der im Laufe der Zeit auch nicht vor einer Brüskierung der eigenen kleinen Koalitionsfreunde zurückschreckte.

Der BHE wurde aus der Koalition herausgedrängt, die FDP schlug sich seitwärts in die Büsche. So ging die innenpolitische Entwicklung seit 1949 über Adenauer hinweg.

Seit das geschah, hat sich das Bild auch im Bundestag erstaunlich gewandelt. Kontrastierende Schwarz-Weiß-Bilder gibt es nun immer weniger. In der Aussprache gibt es nicht mehr wie früher fünf gleichgeschaltete Sprecher der

Regierung und ihrer Vasallenfraktionen auf der einen und nur einen Redner der sozialdemokratischen Opposition auf der anderen Seite. Die Debatte ist jetzt lebendiger, nuancierter, und die Attacken gegen die Bundesregierung erfolgen jetzt von mehreren Seiten. Diese neue Entwicklung bedeutet aber keinesfalls eine Uniformierung der Meinungen mit den neuen Oppositionellen — vor allem nicht bei den Grundsatzfragen —, aber es bahnt sich in zunehmendem Maße die Möglichkeit einer zeit- und teilweisen Gemeinsamkeit in der parlamentarischen Aktion an. Das gibt zugleich neue Chancen für unsere politische Arbeit auch außerhalb des parlamentarischen Lebens, d. h., konkret ausgesprochen, in den Ländern und in den Gemeinden, und das gilt wiederum — noch konkreter gesagt — für die Wahlvorbereitungen zu den Gemeindewahlen 1956 und die Bundestagswahlen 1957.

Zu diesem Kapitel über die Überheblichkeit des Kanzlers und seiner Fraktion gehört ein Wort über die Vorgänge der letzten Woche im Bundestag. Habe ich nicht recht, wenn ich heute feststelle, daß ein befreiendes Aufatmen durch die Reihen unserer Anhänger ging, als die SPD-Fraktion in der zweiten Lesung des Wehrpflichtgesetzes endlich einmal aus dem Bundestag auszog? Nachdem die Mehrheit des Verteidigungsausschusses die Abstimmung über das Wehrpflichtgesetz bereits im Ausschuß erzwungen hatte, ohne daß überhaupt der im Ausschuß erarbeitete Text vorlag, peitschten die gleichen Regierungsparteien dann das Wehrpflichtgesetz auch im Bundestag durch. Der Kanzler, der seit Jahren all seine Kräfte und seine ganze Entschlossenheit nicht auf das Ziel der Wiedervereinigung, sondern auf das Ziel der deutschen Wiederaufrüstung gerichtet hatte, brüskierte den Bundestag, indem er von der zweiten Lesung weglieb und zur gleichen Stunde, als dem deutschen Volke die Wehrpflicht aufgezwungen wurde, beim Papst in Rom über ein neues Konkordat verhandelte. (Hört, hört!)

Wochen vorher schon hatte Adenauer es auf dem Stuttgarter Parteitag erleben müssen, daß er auch innerhalb seiner eigenen Partei in die Defensive geraten ist. Der Adenauer-Mythos schwindet. Die Woge der Begeisterung nach dem Jahre 1953, die eine Zeitlang fast einen plebiszitären Charakter anzunehmen schien — wenigstens in der Vorstellung der Anhänger Adenauers —, ist längst versickert. Auch der Kriegsschmuck nordamerikanischer Indianer, in dem er sich letztlich in den Vereinigten Staaten zu zeigen wünschte, wird kein Come-back bringen. Immer mehr zeigt sich, daß der Auftrag der Wähler, der vor allem der Person Adenauers und erst in zweiter Linie seiner Partei galt, nicht erfüllt worden ist.

Die beiden Schlappen, die die Unions-Partei in Düsseldorf bei der Regierungs-umbildung und in Bonn bei der Behandlung der Wahlrechtsfrage erlitten hatte, führten zu einer tiefen Beunruhigung und Mutlosigkeit unter den Abgeordneten der Bonner Regierungsparteien. Die CSU hatte es zu ihrem Leidwesen einige Zeit vorher selbst erfahren müssen, wie schnell man sich aus einer jahrelang als sicher angesehenen Position und aus einer Landesregierung herausmanövrieren kann. Mit Sorge sieht man nun die gleiche Gefahr im Bunde.

Längst gilt in Bonn nicht mehr der abgewandelte Spruch:

„Und wenn der große Konrad kommt und klopft nur auf die Hosen,
dann läuft die ganze Reichsarmee, Panduren und Franzosen.“

Das ist im Zeichen einer wirtschaftlichen Konjunktur, im Zeichen also einer weitgehenden Befriedigung vieler materiell-egoistischer Wünsche, vor allem aber im Zeichen der absoluten Mehrheit der CDU/CSU — mit oder ohne Satelliten — besonders bemerkenswert.

Wir haben in diesen Tagen viele Gründe gehört, die zu der allenthalben festzustellenden *Unsicherheit und Unruhe im Volke* geführt haben; ihr Kern sind und bleiben die Versuche der Bundesregierung, die durch die östliche Nachbarschaft entstandenen Probleme nur mit einer Politik der Stärke, mit der Drohung zur Errichtung einer Armee von 500 000 Soldaten meistern zu wollen. Als ob auf den Spitzen von Bajonetten jemals eine gesunde und erfolgreiche Politik möglich gewesen wäre.

Anstatt in dieser Situation, in der wir uns befinden, in erster Linie an den Einsatz nichtmilitärischer Waffen zu denken, anstatt eine Politik des Zusammenschlusses, der Konsolidierung und der sozialen Gerechtigkeit zu führen, anstatt zu erkennen, daß unser gesamtes Wirtschafts- und Sozialsystem zur Debatte steht und man den Auseinandersetzungen hierüber einfach nicht mehr ausweichen kann, greift man zu den ältesten, primitivsten Mitteln der Politik, der Neuschaffung militärischer Einheiten.

Nirgends mehr als bei diesem Ost-West-Problem zeigte sich auch der für uns Deutsche unlösbare Zusammenhang zwischen der Außen- und der Innenpolitik; Zusammenhänge, die andere Nationen, die ihre Einheit bewahren konnten, nicht kennen, und die daher auch die Tragweite jener durch die Außen- und Innenpolitik Adenauers immer größer werdenden Kluft zwischen der SBZ und der Bundesregierung nicht zu überschauen vermögen.

Ob diese Unruhe, von der ich sprach, anhalten und zu einer Neuorientierung oder zu einer wirklichen Wandlung unserer Innenpolitik führen wird, bleibt völlig offen. Lassen wir uns nicht täuschen. Der Mythos des einen Mannes mag im Verblassen sein, aber die Position jener Kräfte, die seit 1949 die neue Gesellschaftsordnung geschaffen haben — wirtschaftlich, sozial und vor allem kulturell — und für die Adenauer im wesentlichen nur seinen Namen hergab, ist, glaube ich, kaum erschütterter.

Dabei würden gerade die jüngsten Hoffnungen, die der Welt durch die Automatisierung der Industrie und die Ausnutzung neuer Energiequellen durch die Atomspaltung zu friedlichen Zwecken gegeben werden, neue Chancen und neue Wege ermöglichen. Denn noch hat der Westen auf diesem Gebiete den Vorsprung.

Das waren einige allgemeine Vorbemerkungen, die ich den einzelnen Sonderabschnitten voranstellen mußte; sie stellen so etwas wie einen Generalnenner dar, unter dem die beiden letzten Jahre unserer Bundestagsarbeit zu werten sind.

Da die Probleme aus dem Bereiche der Außenpolitik, verbunden mit den Fragen der Wiedervereinigung und der neuen Wehrgesetzgebung, in diesen Tagen durch besondere Referate behandelt worden sind, gehe ich auf sie im Rahmen des Berichtes über die Fraktionsarbeit im Bundestage nicht mehr ein. Auch dieses Mal verweise ich, wie auf dem Parteitag 1954, ergänzend auf den schriftlichen Bericht in unserem Partei-Jahrbuch über die Arbeit der Bundestagsfraktion. Er enthält eingehendes für die politische Orientierung und für

unsere Propaganda vorzüglich geeignetes Material über die von uns eingereichten Gesetze, über unsere Anträge zu den Gesetzesvorschlägen der Regierung oder anderer Fraktionen, über unsere großen und kleinen Anfragen. Neben den großen Debatten über die Außen- und Wiedervereinigungspolitik standen die Haushaltsberatungen im Mittelpunkt unserer Bundestagsarbeit. Wenn ich einiges darüber an den Anfang meines Berichtes stelle, so deshalb, weil der Haushalt und die durch ihn in Anspruch genommenen Finanzmassen zugleich die Grundlage für die Wirtschafts- und Sozialpolitik bilden.

Auf dem Stuttgarter Parteitag der CDU hat Adenauer den Bericht über 10 Jahre Arbeit seiner Partei mit folgenden Worten begonnen:

„... Lassen Sie mich beginnen bei der wirtschaftlichen Lage, weil die wirtschaftliche Lage auch von entscheidender Bedeutung ist für die geistige Situation...“

Genossen! Welche marxistische Anwendung des Herrn Bundeskanzler! Welche plötzlich von ihm und seiner Partei bisher so erbittert bekämpfte Erkenntnis, daß der wirtschaftliche Unterbau weitgehend den geistigen Überbau bestimme. Wir können nur feststellen: Konrad Adenauer zwischen Karl Marx und Carlo Schmid!

Die Haushaltspläne geben uns seit langem nicht mehr genügend Einblick, was wirtschafts- und sozialpolitisch in der Bundesrepublik vor sich geht.

Jede gründliche Durchleuchtung des Haushaltes ist heute unmöglich. So geht jede wirkliche und wirksame Kontrolle verloren. Das stärkt die Allmacht der Bürokratie. Wer von uns Abgeordneten kann noch mit ehrlichem Gewissen sagen, was in den Einnahme- und Ausgabeschätzungen des Bundesfinanzministers Dichtung und Wahrheit ist?

Der neue Haushalt für 1956 liegt in Einnahmen und Ausgaben von rund 35 Mrd. DM um rund 5 Mrd. DM höher als der des Vorjahres. 1950 betrug er 14,6 Mrd. DM, 1951 20,8 Mrd. DM, 1954 28,2 Mrd. DM, d. h. rund das Doppelte von 1950. Das Aufkommen der Umsatzsteuer, der Einkommen- und Körperschaftssteuer liegt bei rund 11 bis 12 Mrd. DM. Zölle und weitere Verbrauchssteuern ergeben rund 5 Mrd. DM.

Die Ausgabenseite wird wesentlich bestimmt durch die Verteidigungs- und die Besatzungskosten von zur Zeit 12 Mrd. DM. Diese Belastung wird nach den Ankündigungen des Bundesfinanzministers in den nächsten Jahren auf rund 15 Mrd. DM steigen. Lange Zeit hatte die Bundesregierung die Gesamtkosten der Aufrüstung verschleiert. Erst durch ein Versehen der Finanzbürokratie erfuhr die Öffentlichkeit davon, als die Presse mitteilte, die Bundesregierung wolle die Vereinigten Staaten um 4½ Mrd. DM anpumpen mit der Begründung, der Aufbau der deutschen Bundeswehr würde in den nächsten drei Jahren 45 Mrd. DM verschlingen, Deutschland aber sei nicht in der Lage, diese Summe alleine aufzubringen.

Hierbei sind die Kosten für den Schutz der Zivilbevölkerung noch nicht berücksichtigt.

Damit wird auch in Zukunft mehr als ein Drittel des Gesamthaushaltes für eine wirtschaftlich unproduktive Aufgabe verlorengehen. Auf die Idee, das, was zunächst an Milliarden gespart werden konnte, weil die Aufstellung der Wehrmacht nicht so schnell erfolgte, wie Adenauer es wünschte, für die soziale Aufrüstung aufzuwenden, kam die Bundesregierung nicht. Man zahlte

dieses ersparte Geld lieber freiwillig und zusätzlich an die westlichen Alliierten für Stationierungskosten.

Noch steht unsere Wirtschaft vor den ungelösten Problemen, die die deutsche Remilitarisierung mit sich bringen wird. Der vielbeklagte Juliusturm ist nur eine Voraustruppe, sozusagen der Quartiermacher der neuen Milliardenkosten, die in den nächsten Jahren vor uns liegen werden, und für die wir Jahr um Jahr, Monat um Monat und Woche für Woche von unseren Löhnen und Gehältern werden Mark für Mark bezahlen müssen.

Der Juliusturm der Wilhelminischen Zeit barg in gut geprägten Goldstücken einen Kriegsschatz von 120 Millionen DM. Aus den Millionen von damals wurden die Milliarden von heute, denn auch sie wurden für die Aufrüstung gehortet.

Bisher hat das alles, was im Haushalt des Verteidigungsministeriums für die ersten militärischen Einrichtungen in Bonn, Andernach und Wilhelmshaven usw. etatisiert wurde, noch nicht viel gekostet im Verhältnis zu dem, was es später einmal kosten wird. Aber schon sind die gleichen Kreise, die sich der Adenauerschen Außen- und Aufrüstungspolitik mit Haut und Haaren verschrieben haben, die gar nicht schnell genug die politischen Voraussetzungen für die Remilitarisierung der Bundesrepublik gegen unseren Willen erzwingen konnten, jetzt die ersten, die den Bundesfinanzminister wegen seiner auf dieser Remilitarisierung beruhenden Finanzpolitik auf das heftigste attackieren.

Vorsitzender Steinhoff: Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, Drexler.

Drexler: Genossinnen und Genossen! Die Wahl der Vorsitzenden hat folgendes Ergebnis gebracht: Von 386 wahlberechtigten Delegierten haben 379 gültige Stimmen abgegeben. Ungültig war keine Stimme. Davon erhielt der Genosse Erich Ollenhauer als Vorsitzender 368 Stimmen (anhaltender stürmischer Beifall). Der Genosse Wilhelm Mellies erhielt als stellvertretender Vorsitzender 306 Stimmen (erneuter anhaltender Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Wir fahren in unseren Beratungen fort.

Walter Menzel (Bonn): Genossinnen und Genossen! Das war eine angenehme Unterbrechung.

Ich sprach von der Hortungspolitik und dem Julius-Turm. Diese Hortungspolitik — und das kann man angesichts der kommenden Bundestagswahlen der Öffentlichkeit gar nicht häufig genug sagen und klarmachen — ist nichts weiter als ein vorweggenommenes Stück Wahltaktik Konrad Adenauers. Er weiß genau, daß alle diese Milliarden an Verteidigungskosten nur aufgebracht werden können, wenn die Steuerschraube eines Tages weiter angezogen wird. Das aber soll auf keinen Fall vor dem Herbst 1957 geschehen, genau aus den gleichen Gründen, wie nach den Ankündigungen Blanks kein Deutscher vor dem Herbst 1957, d. h. vor den Wahlen, zum Militär eingezogen werden soll.

Ein Staatsbürger meinte vor einiger Zeit nicht zu Unrecht, es sei doch recht schade, daß man in der Bundesrepublik nicht alle zwei Jahre vor neuen Wahlkämpfen stünde, dann würde man doch häufiger als jetzt von Steuersenkungsplänen hören.

Ganz ungeniert haben die Regierungsparteien zugegeben, daß ihre Steuer-senkungspläne nicht für die Dauer, sondern nur für zwei Jahre gedacht seien, also bis kurz nach den Wahlen.

Die Sozialdemokratie griff bei diesen Auseinandersetzungen um die Steuer-senkung im wesentlichen auf ihre früheren, von den Regierungsparteien abgelehnten Anträge zurück. Sie forderte u. a. die Streichung oder Senkung einer Reihe von Verbrauchssteuern, eine lineare Zollsenkung von 40%, eine Herabsetzung der Gewerbesteuer zugunsten der kleinen und mittleren Selbständigen, eine gestaffelte Einkommensteuersenkung und eine Erhöhung des Arbeitnehmer-Freibetrages. Z. B. Zucker, Salz, Tee, Kaffee, Leuchtmittel sollen nach den SPD-Vorschlägen völlig von den Verbrauchssteuern befreit werden. Um die Preise zu senken und die Importschleusen zu öffnen, haben wir in zwei Konjunkturdebatten, im Oktober 1955 in Berlin und im Juni 1956 in Bonn, vorgeschlagen, alle Zölle um 40% linear zu senken.

Da aber Schäffer bei jedem Taler, den der Staatsbürger weniger an Lohn- und Einkommensteuer zu zahlen hat, nur auf 1 DM zu verzichten braucht, die Länder jedoch von diesem Taler 2 DM verlieren, riefen die Vorschläge der Bundesregierung auf Senkung der Einkommen- und Körperschaftssteuer die Länder auf den Plan. Sie wiesen mit Recht darauf hin, daß ihre Haushaltslage eine weitere Schmälerung nicht vertragen könne, und sie sich im Falle einer Senkung der Einkommen- und Körperschaftssteuern ihrerseits an den Gemeinden schadlos halten würden. Um das zu vermeiden, entschloß sich unsere Fraktion, die völlige Aufhebung des Notopfers Berlin in Höhe von 1,2 Mrd. DM, da sie allein zu Lasten des Bundes gehen würde, zu fordern.

Selbstverständlich haben wir diesen Antrag in voller Übereinstimmung mit unseren Berliner Genossen gestellt; denn Berlin würde dadurch nicht eine D-Mark weniger an Bundeshilfe erhalten. Schäffer lehnte — wie immer — ab. Bei den Auseinandersetzungen hierüber bewies er erneut, wie sehr er sich von einem einst von seinen Freunden so gefeierten Finanzgenie zu einem knickrigen Vereinskassierer entwickelt hat.

Bei dieser Gelegenheit flammte noch einmal der jahrelange Streit zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung der Steuererträge auf. Kurz vorher hatte der Bundestag diesen Streit durch ein seit Jahren fälliges Gesetz zu Art. 107 GG über den Finanzausgleich beendet, wonach der Bund für die nächsten drei Jahre zu einem Drittel und ab 1958 zu 35% an dem Aufkommen aus den Einkommen- und Körperschaftssteuern beteiligt sein wird, während ihm die Umsatzsteuer allein verbleibt und er das Recht erhält, von sich aus in beliebiger Höhe Zuschläge zu den Einkommen- und Körperschaftssteuern als Bundessteuer zu erheben.

Unsere Bemühungen um die Schaffung eines nationalen Budgets werden fortgesetzt werden. Dem Bundestag liegt zur Zeit ein von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion eingebrachter Gesetzentwurf zur Förderung eines stetigen Wachstums der Gesamtwirtschaft vor.

Wie im vorigen Jahr spielten auch bei der Haushaltsdebatte 1956 die Kosten für den zivilen Luftschutz eine erhebliche Rolle. Das Gesamtprogramm wird 15 bis 20 Mrd. DM verschlingen, aber im Haushalt 1956 sind nur 88 Mill. DM vorgesehen.

Die Fragen des Luftschutzes haben den früheren Rahmen lediglich technischer Probleme längst gesprengt.

Sie haben sich inzwischen zu wesentlichen Problemen der Innen-, der Außen- und auch der Aufrüstungspolitik ausgewachsen.

Wenn man von der Bonner Politik und ihren Unterlassungen der letzten Jahre spricht, dann darf man an ihren Versäumnissen, im Verteidigungsfalle 50 Millionen zivile Deutsche schutzlos zu lassen, nicht vorübergehen. Es erhebt sich zwangsläufig die Frage, was sich die Bundesregierung bei diesem Blinde-Kuh-Spielen gegenüber der Bevölkerung gedacht hat, und aus welchen Gründen sie glaubt, im Kriegsfall 50 Millionen Menschen schutzlos dem Bombenhagel und der Vernichtung preisgeben zu können.

Vielleicht ist die Bundesregierung der Auffassung jenes alliierten Fliegergenerals, der da meinte, der nächste Krieg würde nur sieben Minuten dauern. Dann wären Luftwarnung und Alarm, Evakuierungen und Luftschutzanlagen in der Tat überflüssig — dann aber auch 12 deutsche Divisionen.

Und wenn das Verteidigungsministerium, nach seinen Plänen für den zivilen Luftschutz befragt, erklärt, daß dies alles zwar sehr ernste Probleme aufwerfe, aber das Verteidigungsministerium nichts angehe, denn dafür sei das Innenministerium zuständig, dann kann man nur fragen, wie mögen die Sandkastenspiele jenes Militärs aussehen, der glaubt, das Schicksal von 50 Millionen Menschen mit Kompetenzfragen abtun zu können. Wie muß sich in jenen Köpfen die Welt spiegeln; welche Überheblichkeit und welcher sträfliche Egoismus: wenn ich nur meine Soldaten bekomme, was schert mich dann die Zivilbevölkerung!

Bei ihrem Vorgehen hat die Bundesregierung jahrelang Schützenhilfe durch die westlichen Alliierten erhalten. Das begann bereits zur Zeit des Korea-Konfliktes. Besatzungsmächte und Bundesregierung versuchten durch öffentliche Meinungssteuerung die Probleme vor der Bevölkerung zu verschleiern. Im Rausch einer „Politik der Stärke“ nahm eine breite Öffentlichkeit von diesen Problemen keine Notiz.

Zweifellos beruht die Haltung der Bundesregierung auch mit darauf, die deutsche Öffentlichkeit nicht vor den Bundeswahlen 1957 über die riesigen Lasten des zivilen Luftschutzes — darunter eine achtprozentige Mieterhöhung für Luftschutzkeller — als Folge ihrer verfehlten Außen- und Aufrüstungspolitik zu unterrichten.

Kein anderes Volk ließe sich eine derartige Behandlung gefallen. Aber auch keiner Presse anderer Länder — soweit sie nicht von Diktatoren regiert werden — würde man zumuten, diesen Feldzug des Schweigens und Verschweigens mitzumachen.

Wir aber sind nicht bereit, diese Verschleierungspolitik und dieses Glücksspiel mit dem Schicksal von Millionen Menschen länger zu dulden.

Wenn schon gegen unseren Willen wieder aufgerüstet wird, so müssen wir um so mehr an den Schutz der Zivilbevölkerung denken, mag man unseren Antrag, 1 Milliarde DM vom Verteidigungsetat abzuweichen und für Luftschutzbauten zu verwenden, auch immer wieder ablehnen.

Kein Wunder, daß das allgemeine Durcheinander auf der Regierungsbank nicht ohne Rückwirkungen auf die Wirtschaftspolitik blieb. Das Ahlener Programm der CDU ist längst vergessen; weder der Fraktionsvorsitzende Dr. Krone noch der Bundeskanzler haben es auf dem Stuttgarter Parteitag der CDU erwähnt. Heute schämt man sich der damaligen Bereitschaft, auch in der Wirtschaft nach 1945 neue Wege gefordert zu haben.

In der Maßlosigkeit einer von der CDU gar nicht begriffenen oder wider besseres Wissen diffamierten planmäßigen Wirtschaftspolitik lehnten die Regierungsparteien jedes Ordnungsprinzip überhaupt ab. Und nun wird Erhard die Geister, die er rief, nicht mehr los. Vergeblich versucht er jetzt, Handel und Produktion zum Maßhalten zu bewegen, vergebens beschwört er die von ihm so verwöhnten Kreise, durch weitere Erhöhung der Preise nicht die Gewerkschaften zu neuen Lohnforderungen zu zwingen. Vergeblich versucht er, die Verbände davon zu überzeugen, daß ihr Weg in die Kosteninflation zu einer schleichenden Kapital- und Geldentwertung führen muß, nachdem er selbst jahrelang die freie Wildbahn als das ideale Übungsgelände für die sogenannte freie Marktwirtschaft zur Verfügung gestellt hatte.

Schon der letzte Sommer brachte die ersten konjunkturellen Krisenanzeichen. In seiner Berliner Sitzung vom Oktober 1955 nahm der Bundestag hierzu auf Grund eines geschlossenen sozialdemokratischen Konjunkturprogramms Stellung. Aber unsere Vorschläge wurden wieder einmal in den Wind geschlagen. Eine weitere Konjunkturdebatte nach dem Krach im Gürzenich zu Köln wurde zunächst von der Bundesregierung abgelehnt mit der Begründung, die Bundesregierung müsse sich erst einmal schlüssig werden, was sie selbst wolle. Die Konjunkturdebatte, die dann im Bundestag im Juni d. J. endlich stattfand, zeigte erneut, wie weit die Bundesregierung bereits den Interessen ausgeliefert und nicht in der Lage ist, die konjunkturellen Schwierigkeiten zu meistern.

Seit Jahren waren und sind die Zonenrandgebiete unsere Sorgenkinder. Es hat langer Kämpfe im Bundestag bedurft, um in den Jahren seit 1953 wenigstens einen einmaligen Betrag von 120 Mio DM für Frachthilfe und Sonderabschreibungen durchzusetzen. Für die mittelständische Wirtschaft geschah nichts. Auch eine zinsverbilligte Kreditaktion in Höhe von 50 Mio DM, Vorschläge für ein 60-Mio-DM-Arbeitsbeschaffungsprogramm und schließlich ein Straßenbauprogramm von 65 Mio DM wurden abgelehnt oder blieben in den Ausschüssen unerledigt liegen.

Das gleichzeitig von uns beantragte 25-Mio-DM-Programm für Jugend, Schule und Sport schmolz durch den Widerstand der Regierungsparteien auf winzige 5 Mio DM zusammen. Anträge auf weitere Hilfe für die Zonenrandgebiete liegen seit fast zwei Jahren unerledigt in den Ausschüssen.

Bezeichnend für die Abhängigkeit Adenauers von seinen Wahlgeldgebern ist, daß der Kanzler auf der Kölner Tagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sogar seine eigenen Minister Erhard und Schäffer wie dumme Jungs behandelte, wie er ja überhaupt mit seinen Ministern viel Ärger hat. Gegenüber den Hausfrauen machte es sich der Bundeskanzler noch einfacher. Er löste das Problem der ständig steigenden Preise dadurch, daß er die Hausfrauen ermahnte, mehr als bisher wieder mit dem Pfennig zu rechnen.

Wer die Prinzipien der freien Marktwirtschaft vertritt, darf sich über das Durcheinander auch auf weiteren Teilgebieten unserer Gesamtwirtschaft nicht wundern. Nirgends ist das Versagen der Bundesregierung für den einzelnen Staatsbürger so leicht erkennbar wie bei ihrer Verkehrspolitik, weil jeder jeden Tag ihre Unzulänglichkeiten auf seinem Weg von und zur Arbeitsstätte selbst zu spüren bekommt. Über Versprechungen und kümmerliche Pläne ist die Bundesregierung trotz aller Vorschläge seitens der Sozialdemokratie, insbesondere auf ihrem Hamburger Kongreß am 23. und 24. Juni d. J., nicht

hinausgekommen. Das 35-Milliarden-Programm des Herrn Seebohm verliert schon wegen seiner Größenordnung an Glaubwürdigkeit, es sei denn, die Bundesregierung verzichtet auf die Aufrüstung. Allmählich werden die Verkehrsprobleme zu einer innenpolitischen Bedeutung ersten Grades. Die Todeskurve steigt. Im letzten Jahr forderte der Moloch Verkehr mehr als eine halbe Division Tote. Für den gleichen Zeitraum gingen die Körper- und Sachschäden in die Hunderte von Millionen.

Um die hohen Defizite der Bundesbahn zu beseitigen und Mittel für den *völlig vernachlässigten* Straßenbau zu beschaffen, wurden dem *Straßenverkehr neue Lasten* auferlegt.

Diese Maßnahmen brachten zwar der Bundesbahn einige Erleichterungen und erhöhten die Etatmittel für den Straßenbau, sie reichten aber keineswegs aus, um die Bundesbahn zu sanieren und den teilweise verheerenden Zustand unserer Straßen auch nur einigermaßen zu verbessern.

Daher sehen sich Zehntausende von Fuhrunternehmen durch die Verkehrspolitik der Bundesregierung in ihrer Existenz bedroht. In überfüllten Massenversammlungen protestierte das Transportgewerbe gegen die mittelstandsfeindliche Politik. Links- und rechtsradikale Gruppen hielten ihre Stunde für gekommen, um aus der Ideenlosigkeit des Bundesverkehrsministeriums politischen Gewinn zu ziehen.

Für uns Sozialdemokraten ist das Verkehrsproblem zugleich auch ein soziales Programm, daher fordern wir nicht nur die Sanierung unseres Straßenbaues und die Beseitigung der unbewachten Schienenübergänge; wir wollen, daß endlich auch etwas Entscheidendes für die Eisenbahn unternommen wird, damit sich die bei ihr investierten Milliarden unseres Volksvermögens nicht weiter entwerten.

Wir fordern ebenso energisch, daß endlich alles geschieht, um den Güter- und Frachtverkehr zu rationalisieren, vor allem aber den Berufsverkehr zu erleichtern. Wer einmal in den Früh- oder Abendstunden mit ansehen muß, wie die übermüdet von der Arbeit kommenden Menschen in alten, ausgeleierten Waggons zusammengepfercht werden, wird die Bedeutung unserer Forderung für die arbeitenden, auf die Bahn angewiesenen Schichten nicht mehr überhören können.

Die Strukturwandlungen unserer Wirtschaft, und damit unserer gesamten Gesellschaftsordnung, sind auch an der Landwirtschaft nicht spurlos vorübergegangen. Das wurde durch den ersten Grünen Bericht des Bundesernährungsministers ersichtlich.

Das Übergewicht liegt auch heute noch bei den Hunderttausenden von Klein- und Mittelbauern sowie bei den Familienbetrieben. Aber noch immer haben sie sich nicht aus der politischen und geistigen Vormundschaft des Großbesitzes frei machen können. Die Bundesregierung ist ihrerseits vor wirklichen Reformen zurückgeschreckt; vor allem hat sie es nicht vermocht, die Bodenreform und die Flurbereinigung stärker voranzubringen, obgleich gerade in Deutschland die Ideen eines Adolf Damaschke bahnbrechend gewesen sind.

Auch für den Bauern ist das Ergebnis seiner Arbeit von den Preisen der Produkte und den Kosten seiner beweglichen Produktionsmittel abhängig. Aber entscheidend für seine gesellschaftliche Position ist immer noch, wie seit jeher, sein Besitz und sein Verfügungsrecht über Grund und Boden.

Eine Partei wie die unsere darf an den Sorgen des Bauern nicht vorübergehen. Die Ungleichheit der Entwicklung in der allgemeinen Wirtschaft und in der Landwirtschaft ist der eigentliche Herd der Unzufriedenheit. Die Preisschwankungen der landwirtschaftlichen Produkte machten den Bauern klare Dispositionen bei der Aufzucht von Tieren und bei der Ackerwirtschaft unmöglich. Daher der von uns vorgelegte Gesetzentwurf über die Marktordnung von Getreide, um die deutsche Landwirtschaft aus den Schwankungen der Weltpreise im Rahmen des Erträglichen herauszuhalten. In der gleichen Richtung lagen unsere Bemühungen um die Veredelungsbetriebe und bei der Milchpreisgestaltung.

Daß alle unsere Bemühungen auf diesem Gebiet immer in Übereinstimmung mit dem Interesse der Verbraucher zu bringen waren, verstand sich von selbst. Und noch ein anderer Grund bewegt mich, diese Probleme auf einem Parteitag der SPD anzusprechen: Die Wahlen in den letzten Jahren haben uns gerade auf dem flachen Lande einen größeren Zuwachs an Wählerstimmen gebracht. Dieses Reservoir sollten wir mehr als bisher beachten und für die Werbung ausnützen.

Seit jeher hat sich die SPD für den bäuerlichen Familienbesitz eingesetzt. Ich erinnere an die Forderung nach einem stabilen Preisgefüge, nach der Aufteilung der Latifundien, nach einer Förderung des Siedlungswesens. Nirgends findet sich in unserer Parteiliteratur auch nur die geringste Andeutung einer Gegnerschaft gegen den Bauern. Nur der Großgrundbesitz war es, vor allem in seiner ostelbischen Prägung, den wir als politische Exponenten ebenso bekämpft haben wie den Großbesitz an Eisen, Stahl und Kohle, weil dieser Besitz politisch mißbraucht wurde und seine Träger die zähesten Verteidiger der jeweiligen restaurativen Innen- und Außenpolitik gewesen waren. Das Verhältnis zwischen Industriearbeiterschaft und bäuerlichem Kleinbesitz hat sich ebenfalls in den letzten Jahrzehnten entscheidend geändert — und sollte sich weiter ändern. Der Industriearbeiter ist längst nicht mehr der besitzlose Proletarier, und der Bauer längst nicht mehr der Grandseigneur, der unbeschränkte Herrscher und Gebieter auf seiner Scholle. Die Technik des letzten Jahrhunderts hat beide wirtschaftlich und sozial einander nähergebracht. Unsere Aufgabe wird es sein, dies beiden Teilen auch zum Bewußtsein zu bringen.

Nur so wird es gelingen, die noch immer bestehende Mauer der gegenseitigen Ablehnung abzubauen, eine Mauer aus mißverständener Kritik, aus Unkenntnis über die soziale Lage sowohl des Industriearbeiters als auch des kleinen Bauern und aus dem so alten Mißtrauen zwischen Stadt und Land.

Die Aufrüstung und ihre Folgeerscheinungen werden auch das sozialpolitische Gefüge der Bundesregierung weitgehend beeinflussen.

Eine wirkliche Sozialreform ist von dieser Bundesregierung und von diesem Bundestag nicht mehr zu erwarten; obwohl Adenauer sie bereits in seiner Regierungserklärung von 1953 versprochen hatte, ist er auf Grund der Unentschlossenheit und der Uneinigkeit innerhalb seiner eigenen Fraktionen kaum weitergekommen. Die Geister, die man 1953 gerufen hatte, um die Rentner für Adenauer an die Wahlurne zu locken, möchte man jetzt allzugerne wieder loswerden.

So werden für die Aufrüstung rund 12 Mrd. DM jährlich, für eine wirklich durchgreifende Sozialreform aber nicht einmal ein Bruchteil dieser Summe

zur Verfügung stehen. Zufriedene Soldaten sind dieser Bundesregierung offensichtlich lieber als zufriedene Rentner; unzufriedene Rentner haben ja auch keine Schießgewehre.

Jetzt, da die Zeit drängt, der Wahltermin des Jahres 1957 näherrückt und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion auf Grund unseres Kölner Kongresses vom Januar dieses Jahres ein bis ins einzelne gehendes Gesetz über die Altersversicherung der Arbeitnehmer jeglicher Art der Öffentlichkeit vorgelegt und im Bundestag eingebracht hat, sieht sich die Bundesregierung gezwungen, endlich etwas zur Beschwichtigung der an der Lösung dieser Probleme unmittelbar beteiligten Bevölkerungskreise zu tun.

Daher ist der neue Regierungsentwurf über die Renten ein Produkt aus Angst und überstürzter Hast. Aus Angst vor den Wahlen 1957, und aus überstürzter Hast wegen des zunehmenden Druckes der Öffentlichkeit. Der Vorschlag der Regierung, die Renten künftig nur alle fünf Jahre dahin zu überprüfen, ob sie dem inzwischen gestiegenen Lohn- und Preisniveau angepaßt werden müssen, bedeutet, daß die Renten auch weiterhin den davoneilenden Preisen nachhinken würden, falls es dabei bliebe. Man würde damit zugleich die Millionen Rentner gegenüber den stetig steigenden Preisen und der trotz allem Leugnem langsam fortschreitenden Entwertung der D-Mark machtlos machen. Offensichtlich hofft die Bundesregierung, sich damit das dauernde Drängen der Opposition auf Anpassung der Renten an das jeweils gestiegene Preisniveau besser vom Leibe halten zu können.

Bei diesen Bemühungen bekam die Bundesregierung eine unerwartete Unterstützung durch die Bank deutscher Länder. Nachdem das „deutsche Wirtschaftswunder“ sowieso schon an den Rentnern vorbeigegangen ist, warnt ausgerechnet die Bank deutscher Länder den Bundestag vor einer umfangreichen Sozialreform. Wie kann sie übersehen, daß die Sozialversicherung der Rentner einer der wichtigsten innenpolitischen Stabilisierungsfaktoren und zugleich eine Garantie für ein stetiges Wachstum des Sozialproduktes sein würde? Nicht ungerügt sollte das Bankkapital erneut versuchen dürfen, sich nun auch in dieser Bundesregierung ebenso wieder zu einem entscheidenden, keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegenden Machtfaktor zu entwickeln, wie wir das früher schon erleben mußten. Wahrscheinlich stecken hinter der Bank deutscher Länder auch jene Kräfte, die bei den ersten Anzeichen für eine neue Sozialreform zu den merkwürdigsten Ausreden Zuflucht nehmen. Plötzlich glaubt man zu entdecken, daß der erforderliche Mehraufwand für die Renten den Markt und die Preise völlig durcheinanderbringen würde. Mit Mißvergnügen stellen wir fest, daß diese Einwendungen nur immer dann kommen, wenn es um die Verbesserung der Lebenshaltung der breiten Masse geht, daß man davon nichts hörte, als die Bundesregierung das Vielfache dieses Betrages in die Aufrüstung hineinzupumpen beschloß.

Die Vorschläge der SPD-Fraktion zur Sozialreform beruhen auf klaren Vorstellungen über die Rolle und die Funktion des arbeitenden Menschen in der heutigen Wirtschafts- und Staatsordnung. Der Sozialpolitische Ausschuß beim Parteivorstand hatte der Fraktion bereits im Sommer 1955 bestimmte Grundthesen für die politisch-parlamentarische Arbeit unterbreitet, die maßgebend waren für die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe über den Arbeitsschutz für Jugendliche und die Fortzahlung des Lohnes bei erkrankten Arbeitern für die Dauer von sechs Wochen. Ferner sei der für die alten Leute so wichtige Antrag erwähnt, die Rente künftig ins Haus zu bringen, damit die unwürdigen

Schlangen für den Wartenden vor den Postschaltern am Monatsletzten endlich beseitigt werden. (Lebhafter Beifall.)

Diese Forderungen beruhen auf der Erkenntnis, daß in dem Maße, in dem der moderne Staat seine Bürger erfaßt, kontrolliert, aber auch betreut und sie weitgehend zu Teilstücken einer großen Maschinerie des Staates macht, der Staatsbürger seinerseits Gefahr läuft, seine persönliche Freiheit zu gefährden, und daß er in der Tat nur allzuleicht um der Befriedigung seines immer vordringlicher werdenden Sicherheitsbedürfnisses bereit ist, seine persönliche Freiheit weitgehend zu opfern. Viele haben diese Entwicklung bereits seit langem gesehen. Da sie aber unbequem war, wurde sie vertuscht.

Stehen wir somit vor der unabänderlichen Tatsache, daß Staat und Staatsbürger immer abhängiger voneinander werden, dann müssen wir von Anfang an dafür sorgen, daß die Abhängigkeit nicht zu einer ständigen Quelle des Unbehagens, des Mißvergnügens oder gar der autoritären Staatsführung wird. Bei dem Kampf um eine gerechtere Verteilung des Sozialproduktes und um eine bessere Sozialfürsorge spielen zweifellos die Höhe der Renten und die Höhe der sonstigen sozialen Leistungen eine entscheidende Rolle. Aber bei den Auseinandersetzungen über die Pfennigbeträge wird leider nur zu häufig die tiefe Kluft übersehen, die uns immer noch von den Vorstellungen der anderen trennt. *Unsere* Sozialpolitik unterscheidet sich nicht nur graduell von der der Bundesregierung und ihren Fraktionen, sie beruht auf der Idee eines Rechtsanspruches und auf den unerläßlichen Schlußfolgerungen, die wir aus der Gesellschaftsordnung unserer Zeit zu ziehen haben. Das alles aber steht im klaren Gegensatz zu den Grundsätzen der bürgerlichen Parteien, die noch immer von den Prinzipien der Subsidiarität, des Almosens, ausgehen, das erst dann gegeben werden soll, wenn Sippe und Familie versagen.

Wie wenig Verständnis die Bundesregierung für die Rentner aller Kategorien hat, beweist allein schon die Tatsache, daß der Bundesinnenminister der erstaunten Öffentlichkeit vor einiger Zeit mitteilte, man brauche zum Leben in der Bundesrepublik monatlich nicht mehr als 57,32 DM, wenn man die Miete unberücksichtigt lasse. Und, damit die Bezieher dieser Rente nicht Gefahr liefen, verschwenderisch zu werden, rechnete er ihnen gleich vor, wie sie diese enorme Summe für Ernährung, Feuerung, Kleidung, Wäsche usw. im einzelnen aufteilen müßten.

Ist es bei dieser Grundeinstellung der Bundesregierung verwunderlich, daß sie auch gegenüber den Kriegsoffern und ihren Hinterbliebenen jeden vernünftigen Maßstab verloren hatte?

Bereits im Herbst 1955 hatte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Kriegsofferrenten über rd. 900 Mio DM eingereicht. Bundesregierung und Regierungsparteien waren zur Bewilligung von nur 140 Mio DM bereit. Während der monatelangen Verhandlungen des Ausschusses für Kriegsoffer- und Heimkehrerfragen hat die SPD-Fraktion durch ein wahres Trommelfeuer von nicht weniger als 27 Publikationen und durch mehrere Pressekonferenzen auf die Regierung und die Öffentlichkeit eingewirkt. Nur durch diesen stetigen Druck und dadurch, daß wir die breite Öffentlichkeit so mobilisiert haben, gelang es schließlich, im Frühjahr dieses Jahres fast alle unsere Forderungen zugunsten der Kriegsoffer durchzusetzen. Wer Zeit und Muße hätte, den Irrweg dieser fünf Novellen zum KOV-Gesetz zu schreiben, würde damit zugleich einen Teil der Tragödie der deutschen

Sozialpolitik nach 1945 überhaupt schreiben, und zu ihr würde dann auch zugleich die Geschichte des schlechtesten Kindergeldgesetzes Europas gehören. Der soziale Wohnungsbau war seit jeher ein wesentlicher Bestandteil sozialdemokratischer Sozialpolitik. Mit Zähigkeit haben wir auch in den letzten zwei Jahren des Bundestages das 1950 einstimmig verabschiedete Wohnungsbaugesetz zu verteidigen versucht. Es ist uns nicht gelungen. Noch fehlen nach den eigenen Angaben der Bundesregierung rund drei Millionen Wohnungen, und trotzdem versucht man schon jetzt, den Wohnungsbau und die Mieten den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft zu unterwerfen.

Vergeblich haben wir bei der Verabschiedung der von uns im Bundestag abgelehnten beiden Novellen zum Wohnungsbaugesetz von 1953 und 1956 vor einer weiteren Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaues gewarnt, vergeblich auf die durch die letzten Novellen verursachten zu erwartenden Mietpreissteigerungen bis zu 2,— DM pro qm hingewiesen. Auch unser Antrag, die Zuschüsse für die Kleine-Leute-Wohnungen von rund 700 Mio DM auf eine Mrd. DM zu erhöhen, fanden trotz des Wehretats von 12 Mrd. DM keine Zustimmung.

Aufgabe einer künftigen sozialdemokratischen Regierungspolitik wird es sein, insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, den sozialen Wohnungsbau für Millionen von Familien voranzutreiben, ohne daß darunter der gesunde Eigenheimgedanke zu leiden braucht.

Für die Fraktion der SPD verstand es sich von selbst, daß sie mit ihren Forderungen nach einer besseren sozialen Gestaltung der freien Welt nicht an den Grenzen der Bundesregierung haltmache.

So haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion von Anfang an darauf gedrängt, daß den wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Maßnahmen der Montanunion auch ein entsprechendes Vorgehen auf dem sozialpolitischen Sektor folgen müsse.

In dem Jahresbericht 1955/56 wurde von unseren sozialdemokratischen Mitgliedern mit Recht kritisiert, daß — gemessen an der Wichtigkeit der Aufgaben der Montanunion — die sozialpolitischen Maßnahmen völlig unzulänglich geblieben seien.

Nur der Initiative unserer Bundestagsfraktion ist es auch zu verdanken, daß Deutschland einer Reihe von Empfehlungen der *Internationalen Arbeitsorganisation* beigetreten ist.

Hierzu gehören die Abkommen über das Verbot von Zwangs- und Pflichtarbeit, über die Vereinigungsfreiheit, über das Recht zu kollektiven Verhandlungen und über die Gleichheit des Entgeltes männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit.

Wir haben jedoch nicht nur *unsere* Sorgen gesehen und die Zusammenarbeit der europäischen Länder gefördert. Der Westen war bisher in seinem Aufrüstungs- und Militärdanken so festgefahren, daß er gegenüber den unterentwickelten — oder richtiger gesagt, gegenüber den technisch und wirtschaftlich noch entwicklungsfähigen — Ländern völlig versagt, obwohl Deutschland nach dem 2. Weltkrieg selbst nicht weniger als 13 Mrd. DM an Hilfsgeldern erhalten hat.

Die *Sozialdemokraten* waren es, die im Bundestag erstmalig und mutig die Verpflichtung zur Sprache brachten, die der Westen, und damit auch die Bun-

desrepublik, gegenüber jenen Gebieten haben. Sie waren es, die erstmalig zur Hilfe für die Menschen jener Länder aufgerufen haben, die im Elend leben und von Hunger und Seuchen geplagt werden.

Sie waren es, die nach vielem Widerstand im Bundestag durchsetzten, daß der Haushalt für 1956 einen Betrag von 50 Mio DM für die unterentwickelten Länder vorsieht.

Diese Aufgaben dürfen wir uns nicht aus der Hand nehmen lassen. Wir müssen diesen Ländern bei der Intensivierung ihrer Bodenwirtschaft und ihrer Technik mit Rat und Tat zur Seite stehen. Diese Hilfe kann in erster Linie darin bestehen, daß wir die unterentwickelten Länder in den Stand setzen, sich selbst zu helfen. Mit der Schaffung künstlichen Booms, mit der überstürzten Ausfuhr von Artikeln, die wir bei uns nicht mehr gebrauchen können, ist jenen Ländern jedoch nicht geholfen. Was gegeben wird, muß frei sein von politischen Auflagen. Gegenüber den veralteten Kolonialgedanken muß ein klarer Trennungsstrich gezogen werden.

Hüten wir uns, jene Völker durch eine falsche Politik zu einer farbigen Front gegen den Westen zusammenzuschweißen.

Für uns Sozialdemokraten gibt eine solche Aktion zugleich auch eine neue Chance internationaler Zusammenarbeit mit den Sozialisten aller Länder. Längst hat dieses Europa seinen Führungsanspruch in der Welt verloren. Aber für den Sozialismus bleibt die Verpflichtung, nicht nur den Menschen unserer Nation, sondern allen eine geistige Heimat zu bieten, gleichgültig welcher Rasse sie angehören oder welcher Hautfarbe sie sind.

Auch in der Innenpolitik ist der Führungsanspruch der CDU/CSU ins Wanken geraten. Hier sogar noch sichtbarer als in der Außenpolitik. Das hat seinen Grund darin, daß Adenauers Selbstüberschätzung in der Innenpolitik nie so groß gewesen war wie auf dem Gebiet der Außenpolitik, und zweitens darin, daß die Fehler der Außenpolitik und die Auswirkungen dieser Fehler nicht so leicht und nicht so schnell wieder sichtbar sind wie bei den Fehlern der Innenpolitik.

Adenauers Abstieg begann mit seiner Niederlage beim Freiwilligen- und beim Personalgutachterausschußgesetz. Er setzte sich fort bei dem Begräbnis des Grabensystems und dem Sturz der Arnold-Regierung in Düsseldorf. Es folgt das Versagen seiner Regierung bei der von ihm mit soviel Feuerwerk angekündigten Sozialreform, und es bleibt der Zweifel, ob er bei dieser Frage — ebenso übrigens wie hinsichtlich der Wiedervereinigung — überhaupt jemals den ernstlichen Willen gehabt hat, etwas Entscheidendes zu tun.

Welchen Schock die Düsseldorfer Ereignisse auslösten, bewies der Fraktionsbericht des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Krone auf dem Stuttgarter Parteitag. Er besaß die Geschmacklosigkeit, die Düsseldorfer Koalition mit der Harzburger Front Hugenbergs zu vergleichen und übersah, daß nicht Steinhoff, sondern er dem Ermächtigungsgesetz des Reichstages vom 21. März 1933 zugestimmt hatte, während Steinhoff seinen Widerstand gegen Hitler mit vielen Jahren seiner Freiheit bezahlen mußte. Krone ließ auch die Frage unbeantwortet, warum ein FDP-Minister in der Regierung Arnold ein zuverlässiger Vorkämpfer des christlichen Abendlandes sein konnte, der gleiche FDP-Minister in dem Kabinett Steinhoff aber zu einem Hugenbergianer à la Harzburg wird.

Die innenpolitische Szenerie wurde blitzartig durch die Weigerung der Bundesregierung beleuchtet, als im Bundestag eine Aussprache über das Verbleiben der Bundesminister Oberländer und Kraft, die beide ihrer Partei die Treue gebrochen hatten und trotzdem im Kabinett — oder vielmehr gerade deswegen? — bleiben konnten, mit geschäftsordnungsmäßigen Kniffen niedergeknüppelt wurde.

Durch diesen Streich bleibt es also bis auf weiteres dabei, daß wir nach wie vor sechs ehemalige Minister aus der FDP und dem BHE ohne jede parlamentarische Vertrauensbasis haben.

Damit werden die einfachsten Grundregeln jeder demokratischen Verfassung auf das Größte verletzt. Diese Vorgänge beweisen, wie wenig selbst in Kreisen der Bundesregierung seit 1949 ein demokratisches Grundgefühl gewachsen ist.

Die innerdeutsche Entwicklung hat in den letzten Jahren überhaupt jene Grenzen gesprengt, die wir uns 1949 durch das Grundgesetz gesetzt hatten. Auch überzeugte Föderalisten, wie z. B. der Bundesfinanzminister Schäffer, sind den Weg zum Unitaren, und was noch bedenklicher ist, den Weg zum Aufbau zentralistischer Machtpositionen gegangen. Die Finanzpolitik des Bundes unterhöhle weitgehend die Selbständigkeit der Länder und der Gemeinden. Obwohl dem Bund keine eigene Exekutive zugestanden werden sollte, verschaffte er sich nicht nur eine Bundesgrenzschutzbehörde, sondern auch kasernierte Bereitschaften; das Bundesverfassungsschutzamt gewann zunehmend Einfluß auf die Landesverfassungsschutzämter; neue Bundesbehörden zum Lastenausgleich und bei der Wehrverwaltung wurden oder werden errichtet.

Die Zeit ist kurzlebig. Viele haben bereits wieder die Hintergründe, auf denen wir noch 1949 das GG aufzubauen gezwungen waren, vergessen. Es gehört inzwischen zum guten Ton, an dem GG keinen guten Faden zu lassen. Geflissentlich übersieht man, wie vielen Auflagen und welchen Befehlen der Besatzungsmächte wir unterlagen. Wer mit Hochmut auf den Parlamentarischen Rat zurückblickt, sollte zunächst vor den eigenen Türen kehren und sich fragen, ob die Gesetze des Wirtschaftsrates von Frankfurt a. M. und die Gesetze, die die Mehrheit des Bundestages später in ruhigeren Zeiten verabschiedete und die dem Eingreifen der Besatzungsmächte nicht mehr unterlagen, besser sind.

Ich sage das, weil die *Form* dieser Kritik eine große Gefahr in sich birgt. Neonazistische und restaurative Kräfte scheuen sich schon längst nicht mehr, heute diejenigen, die nach 1945 an die praktische Arbeit gingen, zu fragen: „Habt auch Ihr mit den Besatzungsmächten zusammengearbeitet?“ Wir wissen genau, was sie damit bezwecken: Disqualifizierung und Diffamierung, weil sie hoffen, daß die Menschen nur allzugerne bereit sind, das Damals zu vergessen — heute, da es ihnen wieder besser geht.

Einer der wichtigsten innenpolitischen Vorgänge der letzten Zeit war die Verabschiedung eines neuen Wiedergutmachungsgesetzes im Frühsommer dieses Jahres mit einem weiteren Aufwand von drei Milliarden DM für die Opfer des Faschismus.

Wenn dieses Kapitel nunmehr auch einigermaßen abgeschlossen ist, so bleibt es doch ein schlechtes Zeichen unserer innenpolitischen Entwicklung nach 1945,

daß fast ein Dutzend Jahre vergehen mußte, ehe die Bundesregierung zu einer vernünftigen Regelung der Wiedergutmachung bereit war. Die Peiniger jener Opfer hatten längst ihre Vermögen und ihre von Hitler garantierten Einkommen zurückerhalten, ehe man sich darüber Gedanken machte, was aus ihren Opfern geworden war und werden sollte.

Aufgabe der Länder, ihrer Verwaltungen und der von den Ländern einzu-richtenden Kammern bei den Gerichten wird es sein, für eine schnellere und loyalere Durchführung zu sorgen, als wir es bisher erleben mußten. Denn das beste Gesetz ist sinnlos, wenn die Menschen, die es anzuwenden haben, an ihre Arbeit nur mit halbem Herzen und innerem Widerstreben herangehen, wenn sie nicht spüren, wie wir alle miteinander verpflichtet sind, das, was zwischen 1933 und 1945 geschah, gemeinsam gutzumachen, um der Wiedererlangung unseres nationalen Ansehens draußen in der Welt, noch mehr aber, damit wir Überlebenden vor der Generation nach uns nicht mit Schande bedeckt bleiben.

Aus der gleichen Gesinnung heraus haben wir versucht, den ehemaligen politischen Häftlingen aus der SBZ für die erlittenen Gesundheitsschäden und für die Freiheitsentziehung in Anlehnung an die Heimkehrerentschädigung zu helfen. Es gelang zwar, eine gesetzliche Regelung für Gesundheitsschäden, die durch den Vollzug der Straftat entstanden waren, durchzusetzen, aber ein Rechtsanspruch auf Haftentschädigung wurde verweigert und durch von Fall zu Fall zu bewilligende Beihilfen ersetzt.

Bei diesen Auseinandersetzungen fiel die rüde Äußerung Oberländers, die Zubilligung einer Haftentschädigung würde die Machthaber der SBZ geradezu anreizen, Tausende von Deutschen in der SBZ einzusperrern, sie dann freizulassen und dann in die Bundesrepublik abzuschleppen, um damit die Finanzen der westdeutschen Bundesrepublik durcheinanderzubringen. Das sagte der gleiche Oberländer, der allen Eifer daransetzte, Männern von der Art Claubergs, des „eisernen Gustav“ und des „Pistolen-Schubert“ die Spätheimkehrerhilfe von 6000 DM zu zahlen.

Nirgends waren die Vorwehen des Wahlkampfes 1957 so deutlich zu spüren wie bei den Auseinandersetzungen über das Gesetz zu den Wahlen für 1957. Alle Beteuerungen im 1. Bundestag, mit der Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes nicht wieder bis zum letzten Tage der Wahlperiode zu warten, sondern die Entwürfe alsbald zu Beginn der neuen Wahlperiode des 2. Bundestages einzubringen, waren vergessen. Auch die Bundesregierung konnte sich nicht zu einer Vorlage aufraffen, da sie auch in der Wahlrechtsfrage auseinanderfiel.

Die sozialdemokratische Fraktion war daher die erste, die im Frühjahr 1955 den Entwurf zu einem neuen Wahlgesetz einreichte. Ihr Vorschlag ging von den Grundlagen des Wahlgesetzes von 1949 aus. Sie lehnte die Zweitstimme des Wahlgesetzes von 1953 ab und sah eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten von 502 auf 420 einschließlich der Abgeordneten des Landes Berlin vor. Gleichzeitig forderte sie die Gleichstellung Berlins mit den übrigen Ländern und damit die unmittelbare Wahl von zwölf Abgeordneten in ebensoviele Wahlkreise, und von weiteren acht Abgeordneten über eine Landesliste Berlin. Dieser Wunsch, Berlin noch enger an die Bundesrepublik zu binden, scheiterte an dem Widerstand Adenauers. Angebliche alliierte

Wünsche, man müsse auf die russische Empfindlichkeit Rücksicht nehmen, wurden zum billigen Vorwand.

Hier offenbarte sich die ganze Unehrllichkeit der Regierung und der hinter ihr stehenden Fraktionen gegenüber Berlin. Aus Angst vor unmittelbaren Wahlen in Berlin steckte man sich hinter jenen Viermächtestatus, der schon so häufig als Vorwand gedient hatte, die demokratischen Rechte der Berliner zu verstümmeln. Daß die CDU ein schlechtes Gewissen behielt, beweist die Tatsache, daß sie auf ihrem Stuttgarter Parteitag auf die Frage nicht mehr zurückgekommen ist.

So werden die Berliner Bürger nach dem Willen dieser Bundesregierung auch weiterhin den Gesetzen eines Bundestages unterworfen sein, zu deren Beratung und Verabschiedung sie selbst keinen Abgeordneten wählen dürfen. Mitten in die Verhandlungen des Wahlrechtsausschusses platzten die Vorschläge der CDU/CSU über das sogenannte „Grabensystem“. Die FDP meuterte. Sie berief sich auf Zusagen des Kanzlers anläßlich der Koalitionsverhandlungen 1953, bei dem künftigen Wahlgesetz die Wünsche der FDP zu berücksichtigen. Von der Presse auf diese Zusage und darauf hingewiesen, daß die FDP dem Kanzler bei den Grundgesetzänderungen anläßlich der Pariser Verträge im Februar 1955 und vorher bei der Annahme des EVG-Vertrages geholfen habe, ohne ihre Zustimmung hierzu von einer vorherigen Verständigung über das Wahlrecht abhängig zu machen, ließ Adenauer dahin beantworten, daß es ja nicht *seine* Aufgabe sei, die FDP auf Chancen hinzuweisen, und an der FDP hätte es gelegen, besser aufzupassen. Damit wurde der Kampf Adenauer—Dehler zu einem Kampf Adenauer—FDP. Die politische Hochmütigkeit und Arroganz der Regierungsparteien kitteten die FDP wieder zusammen.

Den Regierungsparteien ging es bei den Auseinandersetzungen über das Wahlrecht gar nicht um die Frage, ob das relative Mehrheitswahlrecht oder das Verhältniswahlrecht das bessere und für die deutschen Verhältnisse passendere sei. Für die Regierungsparteien ging es allein und entscheidend darum, ihre jetzige Position im Bundestag für alle Zukunft durch eine Täuschung des Wählers zu verewigen.

Es ging den Regierungsparteien auch nicht um die Schaffung eines Zweiparteiensystems, sondern nur um die Einführung eines Zweiblocksystems, hie bürgerlich — hie sozialdemokratisch, d. h. um die Errichtung einer weiteren tieferen Kluft im deutschen Volke. Demgegenüber bewies die Öffentlichkeit ein viel gesünderes Gefühl für politischen Anstand und dafür, daß selbst in der Politik nicht alle Kniffe erlaubt sind. Diese Ablehnung war so stark, daß später kein Abgeordneter der Regierungsparteien mehr die Vaterschaft für das sogenannte Grabensystem anerkennen wollte. Selbst der Bundeskanzler verleugnete in aller Öffentlichkeit Erfindung und Erfinder. Aber er verlor durch seine Versuche, bei dem Wahlrecht zu manipulieren, einen seiner willigsten Gefolgsleute — Arnold — und eine seiner stärksten Positionen in der Bundesrepublik — die Regierung von Nordrhein-Westfalen.

Die Möglichkeit von Wahlvereinbarungen in den einzelnen Wahlkreisen ist gegen den Widerstand unserer Fraktion bestehengeblieben. Obwohl Wahlvereinbarungen den Mehrheitswahlrechtlern der CDU/CSU-Fraktion ein rechter Greuel sein müßten, beharrten die Regierungsparteien darauf, denn nur

so können sie allen jenen Splitterparteien helfen, die schon jetzt ihre Gefolgschaftstreue auch für die Zeit nach 1957 zugesagt haben. DP und FVP (Blücher-Gruppe) haben ihre Wahlkreiszusagen bereits in der Tasche, während sich die CSU die Bayernpartei mit der 5%-Klausel vom Halse halten kann. So wird der Wahlkampf des Jahres 1957 im Zeichen des Buhlens und der Wahlhilfe für die kleineren Parteien durch die CDU/CSU stehen.

Wie häufig im politischen Leben, so wird auch beim Wahlrecht die richtige Entscheidung in der Mitte zwischen den beiden Extremen: Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht liegen. Unser Mischsystem hat sich eingespielt. Es ist für den Wähler einigermaßen übersichtlich. Es hat sich bei den beiden Wahlen 1949 und 1953 bewährt, und wir vermögen nicht einzusehen, warum man ihm keine weitere Chance geben will, zumal, da der Bundestag bereits früher fast einstimmig das Verhältniswahlrecht für die künftigen gesamtdeutschen Wahlen zu einem europäischen Parlament akzeptiert hatte.

Die Hoffnungen, das Wahlsystem in das Grundgesetz einzubauen, um es endlich aus dem ewigen Streit der Meinungen und aus der Gefahr herauszubringen, daß jeder Bundestag erneut in die Versuchung gerät, ein eigenes Wahlgesetz für die ihm folgende Wahlperiode zu machen, sind leider nicht in Erfüllung gegangen.

In den meisten Ländern der Deutschen Bundesrepublik sind im Herbst Gemeindewahlen. Sie werden nicht unbedingt als Maßstab für die Bundestagswahl 1957 zu gelten haben, aber sie werden weitgehend und je nach ihrem Ausgang Hoffnungen erwecken und zu politischen Spekulationen Anlaß geben. Zu den besten Traditionen sozialdemokratischer Politik gehört seit Jahrzehnten ihre Arbeit in den Gemeinden. Daher ist es Pflicht dieses Parteitages, des großen Schöpfers der deutschen Selbstverwaltungsidee, des Freiherrn vom Stein, zu gedenken, dessen 125. Todestag wir in diesem Jahr feiern. Er war es, der erstmalig die Bedeutung des gemeindlichen Lebens und der Mitarbeit der Gemeindebürger über die Gemeinden hinaus am Staatsganzen erkannte.

Wie dem auch sein möge, unsere Aufgabe wird es sein, den Gemeindebürgern die immer sichtbarer werdenden Auswirkungen der Bundespolitik auf das gemeindliche Leben, vor allem auf die Gemeindefinanzen, klarzumachen.

Das hat nichts zu tun mit der von so vielen befürchteten Politisierung unseres gemeindlichen Lebens; aber wenn die vom Verfassungsgesetzgeber in Art. 28 GG feierlich garantierte Selbstverwaltung durch die jetzige Bundespolitik immer weiter eingeengt und u. a. durch die Bundesfinanzpolitik in Gefahr gebracht wird, dann haben gerade wir Sozialdemokraten die Pflicht, warnend unsere Stimme zu erheben.

An wen wendet sich schließlich der Staatsbürger, wenn er eine Wohnung haben will, an wen wendet er sich, wenn er den Bau weiterer Schulen fordert, damit die Überfüllung der Klassen und der Vor- und Nachmittagsunterricht nicht weiterhin die Gesundheit der Kinder gefährden, von wem erhofft er für sich und seine Familie die erste Hilfe, wenn er in Not gerät, und von wem erwartet er den Bau von Sport- und Spielplätzen — von den Hoffnungen auf ein regeres geistiges oder kulturelles Leben in den Gemeinden ganz zu schweigen — als von *seiner* Gemeinde. Daran, wie diese Gemeinde auf seine Wünsche reagiert, daran, wie sie ihm hilft oder aber versagt, wird er nicht nur seine Gemeinde, sondern auch den über ihr stehenden Staat bewerten.

Bei diesen Gemeindewahlen wird die Selbstverwaltung erneut ihre Bewährungsprobe zu bestehen haben. In Bonn liebt man die Selbstverwaltung nicht, denn sie entzieht sich der Befehlsgewalt der Bundesregierung, und zwar auch da, wo man gezwungen ist, den Gemeinden die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen; denn man gibt in Bonn nicht gerne Geld, ohne dafür ein Stück Macht einzuhandeln.

Daher haben wir Sozialdemokraten ein legitimes Interesse und ein legitimes Recht, den Gemeinden durch eine gute Bundespolitik zu helfen, wo immer es geht, und den Bürgern im kommenden Gemeindewahlkampf das Versagen der Bundesregierung und deren kommunalfeindliche Einstellung vor Augen zu führen.

Denn was sind die Versuche des Bundesfinanzministers, Milliarden D-Mark zu horten und gleichzeitig den Anteil der Länder und ihrer Gemeinden am Steueraufkommen zu verkürzen, anderes als kommunalfeindlich? Wo bleibt — von dem Bundesinnenminister bereits bei dem ersten Luftschutzgesetz schmählich im Stich gelassen — der Schutz der Selbstverwaltung, wenn das künftige Luftschutzprogramm von mindestens 15 Mrd. DM zur Hälfte von den Gemeinden finanziert werden muß? Was wir für die Kasernen ausgeben, wird uns bei den Schulbauten fehlen, und was man für Waffen braucht, hat man nicht mehr für den sozialen Wohnungsbau.

Weil wir Sozialdemokraten uns an dieser Entwicklung nicht mitschuldig machen wollten, haben wir auch in den beiden letzten Jahren unserer Parlamentsarbeit immer wieder versucht, die Gemeinden aus diesem Sog zu ihrer Entmachtung und zu ihrer finanziellen Schwächung herauszuhalten.

Daher bedauern wir es, daß der Bundesrat sich noch immer nicht mit den auf die Initiative der SPD hin vom Bundestag beschlossenen Änderungen des Art. 106 GG befaßt, wonach die Gemeinden künftig endlich wieder einen unmittelbaren Rechtsanspruch auf die den Ländern zufließenden Einkommen- und Körperschaftssteuern erhalten sollen. Hier wäre es Aufgabe unserer Genossen in den einzelnen Landtagsfraktionen, ihre Länderregierungen auf eine baldige Verabschiedung dieser Grundgesetzänderung im Bundesrat zu drängen.

Es war recht kläglich, was Parteien und Bundesinnenminister bei der Aussprache über die Verwaltungsreform im Oktober 1955 im Bundestag zu sagen hatten. Über allgemeine Redewendungen ging man nicht hinaus. Man erschöpfte sich in den recht simplen Vorschlägen, bei den Behörden möglichst viel Kräfte einzusparen, einige Autos zu streichen und Zuschüsse aller Art zu kürzen. Davon mag einiges richtig sein, aber das alles geht an dem Kern des Problems vorbei.

Es ließe sich zu dem Problem manches sagen: davon, daß in vielen Fällen anstatt der Bürokratie der Gesetzgeber des Bundes und der Länder auf der Anklagebank sitzen müßte, weil er zu viel und sehr häufig auch unzulängliche und unübersichtliche Gesetze erläßt — vgl. Kindergeldgesetz —; davon, daß jedes neue Gesetz neue Verwaltungen oder die Verstärkung vorhandener Verwaltungen bedingt.

Entscheidend ist — und hierbei muß ich mich bei einem nur allgemeinen Überblick über die im Bundestag geleistete Arbeit beschränken

1. Bund, Länder und Gemeinden dürfen nicht getrennt vorgehen. Der große Wurf einer wirklichen *Verwaltungsreform* kann nur gelingen, wenn alle drei nach einheitlichen Grundsätzen vorgehen und sich zumindest untereinander über eine Abgrenzung der Zuständigkeiten einigen.

2. Mehr als bisher müssen wir die *Kontrolle über die Bürokratie* verstärken — auch auf die Gefahr hin, zusätzlich finanzielle Mittel aufbringen zu müssen — damit die Bürokratie uns nicht noch mehr über den Kopf wächst.

3. Die Streichung von Ausgaben und die Einsparung von Behörden darf niemals dazu führen, die *soziale Gesetzgebung* oder die *sozialen Einrichtungen* zu gefährden; wohl sie zu vereinfachen, aber nicht abzubauen. Und niemals darf eine Verwaltungsreform dazu benutzt werden, den Schutz des sozial Schwachen und Hilfsbedürftigen zu verringern, denn er ist es, der den Schutz und die Hilfe des Staates am allerersten braucht.

Vieles Unzulängliche in unserer Verwaltung hat seinen Ursprung in den unorganischen Ländergrenzen, die uns seinerzeit aufgezwungen wurden, und darin, daß die wenigsten Länder in sich sozial und wirtschaftlich ausgeglichen sind. Die Bemühungen der Sozialdemokratie, schon zur Zeit des Zonenbeirates in Hamburg, eine vernünftige Neuordnung der Ländergrenzen durchzusetzen, scheiterten damals an der Uneinsichtigkeit der Besatzungsmächte.

Über unsere Sorge zur kulturpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik habe ich bereits auf dem Parteitag 1954 in Berlin einiges sagen müssen. Der Kölner Kongreß Anfang des Jahres hat uns und einer breiten Öffentlichkeit noch einmal die Gefahren der Restauration mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt.

Für uns blieb die Schaffung und die Garantie gleicher Chancen für jeden Staatsbürger auch in den letzten Jahren das entscheidende Kriterium unserer Kulturpolitik und unserer Anträge im Parlament.

Nach dem Grundgesetz sind zwar die Länder für die Kulturpolitik verantwortlich. Man mag verschiedener Meinung darüber sein, ob sich diese föderalistische Aufteilung der Kulturpolitik segensreich ausgewirkt hat. Ich brauche nur an die vergeblichen Versuche zur Schaffung einheitlich aufgebauter Schulen und Unterrichtspläne zu erinnern. Nicht einmal über einen einheitlichen Schulbeginn konnte man sich bisher einigen.

Über 40 000 Schulräume müssen in der Bundesrepublik noch gebaut werden; aber die Finanzminister bleiben hart. Daher werden unsere Kinder noch lange in doppelschichtigen, d. h. in Vor- und Nachmittagsunterricht geistig und gesundheitlich überbeansprucht werden. Ich bin gewiß: Bei Kasernenbauten wird man längst nicht so knickrig sein.

Auch die Förderung von Forschung und Wissenschaft durch den Bund läßt nach wie vor zu wünschen übrig. Vor allem haben wir das bei den unzulänglichen Maßnahmen des Bundes für den Nachwuchs in den technischen und naturwissenschaftlichen Berufen festgestellt. 40 000 Ingenieure fehlen. Wie will Deutschland exportfähig bleiben und den neuen Anforderungen gerecht werden, die die Automatisierung und die Ausnutzung der Atomspaltung für friedliche Zwecke an die deutsche Wirtschaft stellen, wenn hier nicht alsbald und gründlich Abhilfe geschaffen wird. Bei den Haushaltsberatungen 1956 ist es uns wenigstens gelungen, die Mittel zur Forschung und Wissenschaft zu erhöhen. Es hätte auch nahegelegen, daß sich die Bundesregierung mehr um

die finanzielle Sicherung der Abiturienten und Studenten aus der SBZ gekümmert hätte. Aber auch hier ist nichts Entscheidendes getan worden, die Hauptlast hat man einmal wieder Berlin überlassen.

Alle auf diesem Gebiet von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion eingereichten großen Anfragen wurden nur unzulänglich und kümmerlich beantwortet. Aber man fand Zeit und Muße, sich um den politischen Stil des Sozialistischen Studentenbundes zu kümmern und ihm die Mittel zu sperren, und man fand Zeit und Muße, eine sinnlose Konkordatsklage gegen das niedersächsische Schulgesetz einzureichen.

Der Bund verschanzt sich nur allzu gerne hinter die Kulturhoheit der Länder. Aber zugleich sind diejenigen Kreise, die sich hinter diese Länderhoheit verstecken, die gleichen, die das im Jahre 1933 von Hitler mit Rom geschlossene Konkordat unter allen Umständen und unter Mißachtung der Schul- und Kulturhoheit der Länder aufrechterhalten wollen.

Es ist unerträglich, daß die Bundesregierung, die sich sonst so hartnäckig weigert, die Rechtsnachfolgeschaft nach dem früheren Deutschen Reich anzuerkennen — ich erinnere nur an die Wiedergutmachung —, jetzt mit allen Mitteln versucht, das von Hitler vor einem Vierteljahrhundert abgeschlossene Konkordat als gültig hinzustellen.

Es war das erste Konkordat, das jemals zwischen Deutschland und dem Vatikan abgeschlossen worden ist. Das kaiserliche Deutschland und die Weimarer Republik hatten die Anerkennung derartig weitgehender, in die deutsche Souveränität eingreifender Rechte auswärtiger Mächte verweigert. Von Hitler bekam Rom, was es wollte.

Die Bundesregierung ist sonst so stolz darauf, daß sie der deutschen Bundesrepublik die Souveränität gegenüber den westlichen Alliierten erkämpft habe. Aber warum klammert sich dann die gleiche Bundesregierung an einen von Hitler abgeschlossenen Vertrag, der Deutschland auf weiten Gebieten unserer Kultur- und Schulpolitik jeder Souveränität beraubt und das Schicksal dieser Fragen einzig und allein an die Entscheidung einer außerdeutschen Macht kettet?

Beide Vertragspartner sollten auch endlich einsehen, daß man den neuen demokratischen Staat nicht mehr an einen Vertrag fesseln darf, den einer der schrecklichsten Diktatoren der Neuzeit gegen den wahren Willen dieses Volkes abgeschlossen hat. (Beifall.)

Überall sind die *Sittenrichter* am Werke. Nicht genug, daß wir die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“ in Bonn haben. Die heimlichen Schnüffler sind überall am Werke. Bedarf es hierzu vieler Beweise, wenn z. B. das Kultusministerium eines Landes auf den Wink eines bischöflichen Ordinariats hin die Überarbeitung so klassischer Novellen wie „Pole Poppenpäler“ und „Gustav Adolfs Page“, Novellen von Theodor Storm und Conrad Ferdinand Meyer, anordnet, weil einige Stellen dieser Romane das katholische Empfinden verletzen würden?

Das ist alles um so unerträglicher, weil man sich gegenüber der neueren neozaristischen Pornographie so blind und taub stellt.

Seit Jahren stehen wir vor den Versuchen, die Grundrechte auszuhöhlen, ihre wirkliche Anwendung zu erschweren und ihren Sinn zu verfälschen. Das klerikale Schulgesetz von Rheinland-Pfalz, dessen offensichtliche Verstöße

gegen das GG von der Bundesregierung weder gerügt noch, im Unterschied zur Konkordatsklage, vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gebracht worden ist, und die Versuche, in Niedersachsen die dissidentischen Lehrer recht- und friedlos zu machen, sind nur ein Teilausschnitt aus den Versuchen einer weiteren Klerikalisierung unseres öffentlichen Lebens und den Versuchen zur weiteren Unterdrückung der geistigen Freiheit in der Bundesrepublik.

Zweifellos waren diese Versuche mit einer der Gründe für die Rebellion der Freien Demokraten in Düsseldorf, obwohl auch sie ein gerütteltes Maß an Schuld tragen, daß es soweit kommen konnte. Jahrelang standen die Sozialdemokraten im Kampf um die Erhaltung der Grundrechte allein, wann immer sie im Bundestag gegen die restaurativen Versuche der Bundesregierung ankämpften. War es doch Dehler selbst, der Adenauer vor noch nicht allzu langer Zeit als den großen und letzten Liberalen dieses Jahrhunderts gefeiert hatte. Aber daran will jetzt keiner mehr erinnert werden.

Die Hintergründe jener die kulturelle Freiheit zersetzenden Kräfte sind offensichtlich. Man braucht nur an die Haltung der Bundesregierung zu denken, die sie bei den Versuchen um die Erhaltung der in Deutschland seit 80 Jahren gültigen Zivilehe eingenommen hat.

Auf Veranlassung unserer Fraktion beschäftigte sich der Bundestag mit den zunehmenden Verstößen katholischer Geistlicher gegen das *Personenstandsgesetz*. Unsere Anfrage, was die Bundesregierung zu tun gedenke, um künftig kirchliche Trauungen vor den standesamtlichen zu verhindern, wurde von der Bundesregierung zurückhaltend und unbefriedigend beantwortet. Aus der Antwort des Innenministers offenbarte sich, daß die deutsche Regierung nicht gewillt ist, mit der genügenden Energie die Beachtung deutscher Gesetze durch manche katholische Geistliche zu fordern.

Gegen welche Welt wir anzukämpfen haben, wurde durch die Verteidigung jener katholischen Geistlichen offenbar, die wegen jener Verstöße gegen das Personenstandsgesetz angeklagt wurden. Es war ein Lehrer des öffentlichen Rechts an einer deutschen Universität, der die Aussprache des Bundestages über die Verletzungen des Personenstandsgesetzes als „fast einen Skandal“ bezeichnete und erklärte, die katholische Kirche habe niemals die obligatorische Zivilehe anerkannt und werde sie auch niemals anerkennen, und man könne deutschen Staatsbürgern, die die zivile Ehe als einen Hintergrund ansehen, nur empfehlen, nach Österreich auszuwandern.

Bei dieser Situation ist es kein Wunder, daß wir in zunehmendem Maße die Aushöhlung unserer Grund- und Freiheitsrechte zu beklagen haben. Über die gräßliche Verletzung des Kriegsdienstverweigerungsrechtes, das wir mit Art. 4 des GG gesichert zu haben hoffen, ist in diesen Tagen des Münchner Parteitages vieles und Gutes gesagt worden.

Diese Politik der Bundesregierung war im wesentlichen auch nur möglich und konnte nur deshalb von Erfolg gekrönt sein, weil ihr Machtapparat in immer stärkerem Maße die Freiheit der Presse einzuengen vermochte. Aber niemand kann sich über diese zum Teil erfolgreichen Methoden wundern, wenn er weiß, daß der letzte vorläufige Chef des Bundes-Presseinformationsamtes einer der glühendsten Bewunderer Adolf Hitlers gewesen ist, der schon in den Jahren 1933/34 dafür gesorgt hatte, daß die von ihm betreuten katholischen Studentenverbände ohne jeden Vorbehalt in die nationalsozialistische Politik

einschwenkten. „Jeder Student sollte das SA-Hemd tragen — einen Smoking brauche er nicht“ — das war die damalige Devise des letzten Pressechefs der Bundesregierung.

Mit Hilfe unzähliger Millionen D-Mark von Haushaltsmitteln und Unternehmerspenden oder durch die Androhung des Entzugs von Inseraten stehen wir vor den Gefahren einer Korrumptierung eines Teils der Presse. Allein für die Propagierung des Wehrgedankens wurden in den Haushalt 1956 erstmalig 7,8 Millionen DM eingestellt.

Was wir auf dem Gebiete der rechtsradikalen Literatur erleben müssen, ist durchweg unerfreulich.

Um die Bemühungen des Bundespräsidenten, mit allen Machtmitteln unseres Staates den neonazistischen Symptomen zu Leibe zu gehen, ist es leider wieder still geworden. Werfen auch hier die kommenden Bundestagswahlen ihre Schatten voraus, daß man diese Schichten, die hinter diesen neonazistischen Erscheinungen stehen, doch ganz gern an der eigenen Wahlurne haben möchte?

Die heftige Kritik, die der Bundestag im vorigen Jahr gegen die zunehmenden Umzüge ehemaliger Nazis und des Stahlhelms geführt hat, ist nicht ohne Wirkung geblieben. So hat z. B. der Stahlhelm in diesem Jahr auf sein Bundestreffen verzichtet mit der ausdrücklichen Begründung, daß er sich nicht wieder einer öffentlichen Polemik und Kritik des Bundestages aussetzen möchte.

Ich erwähnte bereits, wie großzügig man mehr und mehr gegenüber der zielbewußten Verherrlichung der Nationalsozialisten ist. So veröffentlichte ein deutscher Verlag vor kurzem den Nachlaß Rosenbergs, worin der Nationalsozialismus als die „edelste Idee“ aller Zeiten gepriesen wurde, der Deutschland 1933 vor der Weimarer Republik, einem Staat des Verrats, der wirtschaftlichen Verwahrlosung und der kulturellen Ver lumpung, gerettet habe; das Führerprinzip wird dem Gift der Demokratie gegenübergestellt. Die politischen Parteien, die nur Spaltpilze der Volksgemeinschaft seien, so heißt es in anderen Neuerscheinungen, müßten wieder verschwinden, und es würde eine Zeit kommen, da sich die Enkel schämen würden, daß man die Nationalsozialisten als Verbrecher angeklagt habe, denn Hitler sei die personalisierte Treue gewesen, treu vor allem gegenüber Volk und Vaterland.

Von diesen Äußerungen ist es zu den wiederholt erhobenen Forderungen, mit den nach Deutschland zurückgekehrten Juden genauso zu verfahren wie unter Hitler — wo man die Juden ja nur in Lager und besondere Stadtviertel umquartiert hätte —, nur ein kleiner Schritt.

Natürlich bleiben dann auch die Widerstandskämpfer und die Männer und Frauen des 20. Juli nicht verschont. „Widerstandskämpfer sind Rechtsbrecher“, schrieb vor kurzem eine Zeitung in Bayern, und diese Rechtsbrecher hätten sich — so heißt es weiter — unter dem Schutz der Alliierten längst in die vorgeplanten Posten und Pfründe gesetzt und mit den Siegermächten gemeinsame Sache gegen das eigene Volk gemacht, denn sie seien ja schließlich nichts anderes als ‚kriminelle Elemente‘, die man als ‚Elite der Abgefeimten‘ bezeichnen müsse; daher wäre es an der Zeit, alle Denkmäler, die zur Glorifizierung des Widerstandes errichtet worden seien, wieder einzureißen und alle Vereinigungen der Widerstandskämpfer zu verbieten, da es sich offensichtlich um ‚Vereinigungen von Rechtsbrechern‘ handle. Selbstverständlich müß-

ten auch alle auf Grund der bisherigen Gesetze gezahlten Wiedergutmachungsbeträge zurückgezahlt werden.

In diese Gesellschaft passen Männer wie Schörner, Clauberg u. a., die wieder einmal von dem Langmut und der Großzügigkeit der neuen Demokratie leben dürfen.

Diese Tendenzen werden leider dadurch ermutigt, daß es in der Bundesregierung Männer gibt, die ihre Versammlungen lieber unter schwarzweißbroten Fahnen und bei zackiger Militärmusik veranstalten, als unter den Fahnen der Bundesrepublik. Dazu kommen die Stahlhelmkundgebungen unter dem wenig rühmlichen Kesselring und die Tagungen sogenannter vaterländischer Verbände, von denen wir erfreulicherweise in diesem Sommer bisher verschont geblieben sind, nachdem der Bundestag sich auf Grund einer Intervention der SDP mehrfach mit diesen unerfreulichen Dingen befaßt und jene Veranstalter, auch soweit sie im Bundestag zu den Regierungsparteien gehören, in aller Öffentlichkeit auf die Finger geklopft hatte.

Es wäre gut, wenn unsere Genossen in den Länderparlamenten ebenso wachsam wären und sich mit der gleichen Energie gegen die Kundgebungen ehemaliger Nazis in den einzelnen Ländern zur Wehr setzen würden.

Daß ich hier einige dieser Vorfälle zitiere, geschieht nicht, um sie in ihrer politischen Auswirkung überzubewerten. Auch wir haben kein Interesse an einer Dramatisierung. Es entspräche auch nicht der wirklichen Sachlage. Im Gegenteil, es ist erfreulich, festzustellen, mit welcher scharfer Ablehnung fast alle Bevölkerungskreise reagierten. Nicht nur in der Arbeiterschaft und in den hinter der Sozialdemokratie stehenden Kreisen, sondern darüber hinaus bis weit in die Schichten des Mittelstandes und des Bürgertums reichte die eindeutige Ablehnung.

Am wenigsten anfällig gegen jede Infiltration von rechts und links ist auch diesmal wieder die in den Gewerkschaften und der SPD organisierte Arbeiterschaft. Die vielen Tarnorganisationen von links und die rechtsradikalen Gruppen wenden sich an ganz andere Kreise, denn nach ihren guten Erfahrungen aus der Zeit vor 1933 wissen sie, daß sie im Bürgertum bessere Chancen haben als bei uns.

So vermissen wir auch in dem Bericht, den der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. Krone, auf dem Stuttgarter Parteitag über die Arbeit seiner Fraktion gegeben hat, jeden Hinweis auf diese neonazistische Wühlarbeit und Vorschläge, wie ihr wirksamer begegnet werden könnte.

Vor dieser Entwicklung haben wir seit Jahren vergeblich gewarnt und die Bundesregierung um ein Eingreifen ersucht. Ihr stand vor allem jener Artikel 18 unseres GG zur Verfügung, der demjenigen die Ausübung der Grundrechte, d. h. auch das Recht auf Pressefreiheit, versagt, der es lediglich dazu benutzen will, um eben diese Grundrechte auszuhöhlen, um unsere Freiheit und unsere demokratische Grundordnung zu vernichten — von der außenpolitischen Auswirkung solcher Schmutzereien ganz abgesehen. Wir bedauern es, daß sich die Bundesregierung noch immer nicht zur Anwendung dieser klaren Verfassungsbestimmung hat entschließen können.

Auch die Landesjustizverwaltungen hätten schneller zugreifen müssen. Die Vorschriften des Strafgesetzbuches würden durchaus ausreichen. Wir erwarten, daß sich die Staatsanwaltschaften stärker als bisher aus ihrem Gewissen her-

aus der neuen freiheitlichen Grundordnung verpflichtet fühlen und zupacken. So gibt unsere Rechtsordnung durchaus die Möglichkeiten, gegen jene Elemente vorzugehen, die nicht nur nichts gelernt haben, sondern heute wieder versuchen, das Rad der Geschichte auf den 30. Januar 1933 zurückzudrehen. Sie sind es, die es uns allen so schwer machen, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Denn das würde voraussetzen, daß jene, die gefehlt haben, nicht mit den gleichen Schmutzkübeln beginnen wie damals. Wie feige sie übrigens sind, beweist am besten die Tatsache, daß sich die Schreiberlinge zumeist im Zwielficht der Anonymität bewegen.

Das alles wird gefördert durch die auch in den Kreisen der Bundesregierung vorhandene Neigung, die Geschichte erst seit 1945 beginnen und die Jahre vorher in Vergessenheit geraten zu lassen. Allzu gern möchte selbst die Bundesregierung die Zeit jener Jahre des Terrors als einen in der heutigen Zeit gar nicht mehr möglichen „Betriebsunfall“ ansehen, über die man eine Decke des Schweigens legen könnte. Man fühlt sich im Grunde noch beunruhigt über das, was war und über das, was man heute wieder zuläßt, aber man will diese Unruhe nicht wahrhaben und man will sie übersehen. Das sind auch die Hintergründe, die zu den Protesten der Bundesrepublik in Cannes gegen jenen „Nacht-und-Nebel“-Film führten, der ein Kapitel aus Deutschlands dunkelster Zeit zeigte. Es war das schlechte Gewissen, daß man geflissentlich alles übersehen will, was war, und man nimmt dafür gern in Kauf, daß die gleichen Elemente, die damals jenes Grauenhafte schufen, wieder an Glanz gewinnen und sich heute erfolgreich in die gleichen Funktionen, die sie dereinst unter Hitler hatten, wieder hineinmogeln dürfen.

Den Wahlgang 1957 wird die CSU allein mit ihren Satelliten von der DP und FVP durchzustehen haben, um die Politik Adenauers, die seine und nur die seine war, zu verteidigen. BHE und FDP werden dann entdecken, wie falsch die Politik Adenauers nicht erst seit diesem Jahre, sondern schon seit 1949 gewesen ist. Wir werden diese Neu-Oppositionellen nicht von uns stoßen, aber wir werden den Wählern mit aller Deutlichkeit klarzumachen haben, daß es auch FDP und BHE gewesen sind, die Beifall klatschten, wenn Adenauer die sozialdemokratische Opposition so behandelte, wie er jetzt mit ihnen verfuhr, und daß sie auch an dem Entstehen des Adenauerschen Mythos ein gerüttelt Maß an Schuld mit auf sich geladen haben.

Wir werden uns bei den Wahlen 1957 einem noch größeren und kostspieligeren Propagandaaufwand gegenübersehen als 1953. Man wird nicht nur alle Register, man wird vor allem Registriertassen ziehen, um das Land mit Pamphleten und Flugblättern zu überschwemmen, und wir werden wieder gleichen Verleumdungen und Lügen ausgesetzt sein wie 1953. Adenauer hat das mit dem ihm eigenen Zynismus bereits angekündigt, als er in der Plenarsitzung des Bundestages vom 7. April 1954 zu seiner Lüge über Schroth/Scharley erklärte:

„... Wenn Sie dieses Auftreten und Reden einige Millionen Stimmen gekostet hat, dann bin ich sehr froh darüber.“

Und das stenographische Protokoll verzeichnet:

(Beifall bei den Regierungsparteien — Entrüstete Zurufe von der SPD: Unerhört! — Unverschämt! — Lügen! — Du sollst nicht falsch Zeugnis reden! — Unruhe)

„... es ist sehr gut, wenn Sie meine Methode kennenlernen; lernen Sie doch etwas dazu!“

(Große Heiterkeit. — Anhaltende Zurufe. — Beifall bei der CDU/CSU).

Diese Worte Adenauers waren und sind das moralische Symbol der zu Ende gehenden Adenauer-Epoche, sie waren und sind zugleich ihr Kainszeichen geworden.

Es ist gut, daß wir das schon jetzt wissen. Wir werden den Wählern diese moralische Haltung des Regierungschefs immer wieder einhämmern, aber ihnen durch unsere eigene Haltung zugleich beweisen, daß wir diesen Appell an den inneren Schweinehund im Menschen nicht mitmachen.

Wir haben nicht vergessen, daß wir nach dem letzten Wahlkampf die Gerichte in nicht weniger als 40 Fällen gegen Verleumdungen in Anspruch nehmen mußten, während es in der gesamten Bundesrepublik nicht einen einzigen Fall gegeben hat, in dem gegen die SPD Strafanzeige eingereicht oder Klage gegen sie erhoben worden ist, obwohl der Kanzler, so robust und rücksichtslos er sein kann, wenn es sich um die Verunglimpfung seiner politischen Gegner handelt, so sehr empfindlich ist, wenn er auf seine eigene Unzulänglichkeit hingewiesen wird.

Das letzte Jahr der Bundestagsarbeit bis zu den Wahlen 1957 wird nicht leicht werden. Die Bemühungen, die Gesetzgebung nur auf das Mögliche, vor allem aber auf das Notwendige zu konzentrieren, wird dem Taktieren und dem Wünsche nach Wahlgeschenken und danach, sie zu verteilen, zum Opfer fallen. Adenauer stehen für diese Wahlgeschenke nicht nur die Millionen seiner Geheimfonds, sondern auch die Milliarden des Schäfferschen Juliusturmes zur Verfügung.

Die Ziele der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion für den weiteren Kampf in Bonn sind unverrückbar. Solange die Bundesregierung mit Hilfe jener ewig Gestrigen, die jeden Fortschritt hemmen, regiert und jene makabren Kräfte in ihren Kreisen duldet, die einst das Regime des Hakenkreuzes stützten, solange bleiben alle Fortschritte in der Wirtschaft, die höheren Löhne und Gehälter und die noch höheren Dividenden nur eitel Stückwerk.

Was wir über die Außenpolitik der Vergangenheit und der nächsten Zeit, was wir über die neu vor uns stehenden Probleme der Automatisierung und der friedlichen Ausnutzung der Kernenergiespaltung in diesen Tagen auf unserem Parteitag gehört haben, ist zugleich auch ein Teil des Arbeitsprogrammes unserer Fraktion. Denn diese Fraktion ist nicht nur ausführendes Organ, nur die geschäftige und geschickte Hand unserer Gesamtorganisation, auch sie steht nach wie vor mitten in den Spannungen der täglichen Auseinandersetzungen der einzelnen Schichten unseres Volkes. In diese Spannungen hineingestellt hat sie die Aufgabe, aus der Analyse der jeweiligen Situation, ihre eigene Position für die Strategie und die Taktik der Gesamtpartei immer wieder neu zu durchdenken und durch ihre parlamentarischen Aktionen zur Willensbildung der Gesamtpartei beizutragen. Hier teilt sie ihre Aufgabe mit den sozialdemokratischen Landtagsfraktionen, den sozialdemokratischen Gemeindevertretern und allen jenen, die in der täglichen Arbeit der Organisation, in den Versammlungen oder in der Exekutive tätig sind.

Was dieser Bericht zeigen sollte, war, daß sich auch die Bundestagsfraktion als eines der wichtigsten Instrumente sozialdemokratischer Politik bei jeder ihrer einzelnen Aktionen immer bewußt gewesen ist, daß uns auch in der Politik nichts geschenkt wird, daß wir unsere Position von Jahr zu Jahr — auf den parlamentarischen Kampf des Bundestages abgestellt, von Plenarsitzung zu Plenarsitzung — immer wieder neu erkämpfen mußten.

Dabei genügt es nicht, Anträge zu stellen oder Gesetzentwürfe im Parlament einzubringen, es war ebenso wichtig, diese Initiativen der Öffentlichkeit nahezubringen. Wir hätten manches nicht erreichen können, wenn wir durch unsere Pressestelle nicht das Ohr der Öffentlichkeit gefunden hätten. In den letzten 1½ Jahren hat die Fraktion durch ihre Pressestelle nicht weniger als rund 1000 Presseveröffentlichungen herausgegeben, die in rund 18 000 größeren Zeitungen abgedruckt wurden.

Hinzu kommen die Nachrichtensendungen der Rundfunkanstalten und die Abdrucke in den Lokalzeitungen, die nicht erfaßt wurden.

Wir werden so häufig gefragt, was wir zu tun gedenken, wenn uns die Wahlen des Jahres 1957 zur Macht verhelfen. Es sind, auf einen kurzen und klaren Nenner gebracht, die unerfüllten Forderungen der letzten Jahre unserer Bundestagsarbeit, die zugleich unser Regierungsprogramm sein werden.

Wir wollen unseren Anspruch, an die politische Macht kommen zu wollen, gar nicht verhehlen, denn das „Nicht-mitwirken-dürfen“ führt zu leicht zur Lethargie. Ohnmacht ist kein Magnet, und nur die Macht zieht an. Vielleicht sollten wir auch in der praktischen Politik draußen viel mehr, als das bisher geschehen ist, bei uns das Gefühl für die Notwendigkeit der Macht und der Anwendung von Macht entwickeln. Daß dies in der Weimarer Zeit zu wenig geschehen ist, war wohl mit einer der vielen Gründe ihres Unterganges.

Aber ebenso selbstverständlich ist es für uns — und hierin unterscheiden wir uns von vielen anderen Parteien —, daß wir die Macht nur wollen auf Grund gleicher und geheimer Wahlen, auf Grund einer freien Entscheidung des Volkes; denn wir wollen nur die Macht, die vom gesamten Volke selbst kommt, damit sie wiederum für das ganze Volk ausgeübt werden kann. (Starker Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Ich danke dem Genossen Menzel für dieses Referat. Wir werden die Diskussion darüber morgen früh zu führen haben.

Wir haben die Zeit eigentlich bereits überschritten. Um 17.30 Uhr sollte abgefahren werden. Aber die Ergebnisse der Wahlen sind noch nicht bekannt; wir werden nicht warten können, bis die Auszählung abgeschlossen ist. Wenn wir das erst noch bekanntgeben wollten, wird es eine zu große Verzögerung sein; ich schlage daher vor, daß die Bekanntgabe des Wahlergebnisses morgen früh um 9 Uhr erfolgt.

Wir wären dann für heute am Ende der Beratungen, Genossen! Jetzt noch einmal: In der Zeppelinstraße stehen die Omnibusse. Die Privatwagen wollen sich anschließen! Die Omnibusse fahren voraus in Richtung Starnberg. Ich wünsche einen fröhlichen Abend!

(Schluß der Sitzung: 17.52 Uhr)

FÜNFTER VERHANDLUNGSTAG

SAMSTAG, DEN 14. JULI 1956

(Beginn der Sitzung: 9.08 Uhr)

Vorsitzender von Knoeringen: Genossinnen und Genossen! Ich eröffne unsere Beratungen und erteile dem Genossen Drexler das Wort zur Bekanntgabe der Ergebnisse der Vorstandswahl.

Ferdinand Drexler (Nürnberg): Genossinnen und Genossen! Die Wahl hat folgendes Ergebnis gebracht.

Zunächst die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder: Abgegebene Stimmen 379 von 386 Stimmberechtigten. Alle 379 Stimmzettel waren gültig. Es entfielen auf:

Alfred Nau	359 Stimmen
Willi Eichler	346 "
Herta Gotthelf	331 "
Max Kukil	321 "
Fritz Heine	304 "

Von den unbesoldeten Vorstandsmitgliedern erhielten:

Waldemar v. Knoeringen	360 Stimmen
Georg August Zinn	359 "
Fritz Steinhoff	357 "
Herbert Wehner	355 "
Carlo Schmid	353 "
Adolf Arndt	352 "
Walter Menzel	332 "
Fritz Erler	331 "
Luise Albertz	324 "
Erwin Schoettle	323 "
Max Brauer	315 "
Franz Neumann	300 "
Lisa Albrecht	292 "
Ella Kay	282 "
Emil Groß	280 "
Kurt Conrad	279 "
Heinrich Albertz	265 "
Willi Birkelbach	263 "
Marianne Gründer	250 "
Fritz Wenzel	236 "
Franz Bögler	222 "
Hermann Veit	218 "
Erwin Welke	213 "

Ferner erhielt der Genosse Haas 209 Stimmen, der Genosse Franke 204 Stimmen, der Genosse Brandt 194 Stimmen, der Genosse Kühn 186 Stimmen, und je 1 Stimme entfielen auf den Genossen Seidel und den Genossen Brünen. Die Wahl der Kontrollkommission hatte folgendes Ergebnis:

Abgegeben wurden 379 Stimmen; 1 Stimmzettel war durchgestrichen, also sind gültig 378 Stimmen. Davon erhielten:

Paul Löbe	375 Stimmen
Adolph Schönfelder	375 "
Fritz Ulrich	370 "
Jakob Steffan	364 "
Christian Wittrock	363 "
Walter Damm	362 "
Heinrich Höcker	358 "
Grete Rudoll	353 "
Ernst Herder	352 "

Vorsitzender Steinhoff: Ich danke dem Berichterstatter und frage, ob einer der Gewählten — Parteivorstand oder Kontrollkommission — die Wahl nicht annehmen will. — Ich höre keine Stimme. Ich kann also feststellen, daß die Gewählten die Wahl annehmen.

Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt:

Die Arbeit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

und treten in die Diskussion ein.

Als erster erteile ich das Wort der Genossin Gretl Swoboda, München. Ihr folgt der Genosse Willy Könen aus Düsseldorf.

Gretl Swoboda (München): Genossinnen und Genossen! Für das üppige Blumenbukett politischer Probleme, wie Genosse Menzel gestern ausführte, gebührt der Bundestagsfraktion unser besonderer Dank; denn mancher harte Strauß war auszufechten, bevor dieser Blumenstrauß gebunden werden konnte. Darunter waren auch manche stachelige Gewächse wie z. B. das „schlechteste Kindergeldgesetz“, das je eine politische Bühne passiert hat (Beifall). Unsere Fraktion wurde seinerzeit dabei eiskalt niedergestimmt; denn man hatte es bekanntlich nicht nötig, sich nach dem besseren Sachverstand zu richten.

Genosse Menzel nannte als einen der wichtigsten innenpolitischen Stabilisierungsfaktoren die soziale Reform. Auf dem Gebiet der Sozialreform hat unsere Fraktion für die Neuordnung der Rentenversicherung ein großartiges Werk geschaffen, das an Stelle des veralteten Systems der Rentenberechnung gleitende Renten einführt, die jeweils an die gestiegenen Löhne und an die gestiegenen Preise angeschlossen werden. Genossinnen und Genossen! Auch das ist eine Revolution, aus altem sozialistischem Gedankengut geboren; denn schon auf dem Dortmunder Parteitag haben wir gefordert, daß die Renten der Kaufkraft angeschlossen werden müssen. Dies geschieht z. B. heute schon bei den Beamtenpensionen ohne viel Aufhebens. Aber wenn man nun vor zwei Jahren diese Ansicht geäußert hat, lief man immer Gefahr, von einem Inquisitionsgericht der sogenannten klassischen Sozialversicherung als Ketzer verbrannt zu werden.

In konsequenter Weiterführung des Gedankens, daß am Beginn des Zeitalters der Automatisierung nicht nur die Arbeitszeit kürzer wird, setzte die SPD die Altersgrenze herab, und zwar zunächst für gesundheitlich besonders gefährdete Berufe und für die Frauen.

Wie lange muß denn heute eine Frau ihre unbestrittene Doppelfunktion von hausfraulicher und beruflicher Tätigkeit ausüben, und wann kann sie sich wenigstens mit einer dieser Funktionen zur Ruhe setzen?

Über die Notwendigkeit der Frauenarbeit brauche ich in diesem Rahmen nichts Besonderes zu sagen. Die heutige Bundesregierung, vertreten durch den Minister Storch, ist aber nicht geneigt, aus der unwiderleglichen Tatsache, daß 84 Prozent aller Frauen vor Erreichung der Altersgrenze invalide werden, die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Minister Storch hat es folgendermaßen formuliert: „Für diese Leute, die in Wirklichkeit verbraucht sind, besteht gar kein Bedürfnis, die 60-Jahr-Grenze festzusetzen; denn sie machen weitgehend Gebrauch von der Untersuchung, ob ihre Arbeitskraft verbraucht ist. Herr Minister Storch sollte sich einmal die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Frauen an Ort und Stelle ansehen; denn hier gilt das Wort: „Nur wer die Last hob, kann von Schwere sagen; noch besser, wenn er sie getragen!“

Die Bundesregierung stellt sich dabei bewußt in Gegensatz zu den Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation auf Herabsetzung der Altersgrenze für die Frauen um 5 Jahre. 24 Länder rings um uns herum gönnen ihren berufstätigen Frauen einen Ruhestand schon vom 60. Lebensjahr ab, einige bereits vom 55. Die Heimatländer folgender internationaler Gäste auf dem Parteitag haben sich dieser Regelung angeschlossen: Dänemark, England, Griechenland, Luxemburg, Österreich. Daß auch die Ostzone diese Regelung durchführt, sollten wir nicht vergessen.

Herr Storch beruft sich darauf: Wenn man den Frauen schon vom 60. Lebensjahr ab die Altersrente gibt, werden sie früher entlassen, weil der Arbeitgeber auf sie nicht mehr Rücksicht zu nehmen braucht. Man hat es aber bis heute nicht erlebt, daß eine 60jährige Frau aus diesem Grunde geschützt worden wäre. Die Erkenntnis, daß eine Frau nach biologischen Grundsätzen früher ihre Arbeitskraft verbraucht hat, wird sich bei uns erst Bahn brechen, bis die ewig Gestrigen, die diese Regelung nicht für notwendig halten, von der politischen Bühne abgetreten sind.

Was der SPD-Entwurf den Frauen ersparen will, ist der zermürbende Rentenkampf vor den überlasteten Sozialgerichten, die am 31. Dezember 1955 insgesamt 328 000 unerledigte Streitfälle liegen hatten, davon über 51 000 Invalidenrentenstreitsachen. Die invalidenversicherten Frauen sind ja diejenigen, die von der heutigen Regelung am meisten betroffen sind. 40% aller berufstätigen Frauen sind invalidenversichert, 19% angestelltenversichert und nur 1,2% gehören dem Berufsbeamtentum an. Nur dieser kleine Prozentsatz hat Aussicht, seine Altersrente bei einigermaßen erträglichen Arbeitsbedingungen zu erreichen. Es ist ja doch ein Unterschied, ob ich mich vor einer lärmenden Maschine plage oder ein ruhiges Einzelzimmer als Arbeitsstätte habe.

Wir wissen uns bei dieser Forderung einig mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft.

Bisher hat ein deutsches Gesetz ja auch schon die Altersgrenze für Frauen um 5 Jahre herabgesetzt, nämlich das Kriegsschadenrentengesetz aus dem Lastenausgleichsgesetz.

Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag sollte nicht vorbeigehen, ohne auch ein Wort an die Familie zu richten. Wir sozialdemokratischen Frauen hoffen, daß bei einem gesteigerten Sozialprodukt, wie es von der Automation zu erwarten ist, auch die Familie einen gerechten Anteil bekommen wird und auch die Hausfrauen mit ihrer staaterhaltenden, volkswirtschaftlich unerläßlichen Tätigkeit dadurch eine Erleichterung und Anerkennung erfahren werden. Diese Erwartung können wir von der Zukunft hegen.

Für die heutigen berufstätigen Frauen besteht ein großer Unterschied zwischen *Arbeitenkönnen* und *Arbeitenmüssen* bis zum Umfallen. Der SPD-Entwurf sieht auch die Möglichkeit vor, wenn eine Frau weiterarbeiten kann und will, daß sie ohne weiteres bis zum 65. Lebensjahr arbeiten kann.

Die von der SPD vorgesehene Regelung der 60-Jahr-Grenze für Frauen widerspricht auch nicht dem Grundgesetz. Es ist längst höchstrichterlich zugunsten der Frauen entschieden, daß das für die Frauen erlassene Mutterschutzgesetz, die Arbeitsschutzbedingungen und das Hausarbeitstagesgesetz dem Grundsatz der Gleichberechtigung nicht zuwiderlaufen. Heute aber möchten die maßgebenden Regierungsparteien sich hinter die Gleichberechtigung verschanzten, wenn es um eine soziale Maßnahme geht, die Regierungsparteien, die sonst alles zu tun geneigt scheinen, um die Gleichberechtigung in der Familiengesetzgebung zu verhindern.

Genossinnen und Genossen, 6 Millionen unselbständig erwerbstätige Frauen zählen wir heute, und diese 6 Millionen werden im nächsten Jahr an die Wahlurne gehen. Wir wollen nicht hoffen, daß man in Abwandlung des bereits zitierten Wortes von Aristoteles den Frauen zumutet, sie hätten sich nur mit Arbeit zu begnügen, und das nach der Meinung von Storch bis ins hohe Alter.

Genossinnen und Genossen, helfen Sie uns bei der Aufklärung, daß die Frauen ein ruhiger Lebensabend erwartet, wenn sie *unserer* Rentenreform zum Durchbruch verhelfen (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Genossinnen und Genossen! Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß sich gemäß § 25 unserer Satzung die Kontrollkommission konstituiert hat. Zum Vorsitzenden wurde wieder Adolph Schönfelder gewählt.

Der Genosse Fritz Erler wird heute 43 Jahre alt und ist gleichzeitig am heutigen Tag 25 Jahre Mitglied der Partei. (Stürmischer Beifall.) Unsere herzlichsten Glückwünsche! Sie gelten gleichzeitig für alle Geburtstagskinder, die unter Umständen hier anwesend sind und von denen wir nicht wissen, daß sie heute Geburtstag haben. (Erneuter Beifall.)

Es stehen bei der angefangenen Debatte außer den Anträgen Nr. 82 und 94 mit zur Debatte der Antrag Nr. 36, unter Punkt 4 die Anträge 49 und 50 und die Anträge 105, 107 und 108. Die Anträge werden, wenn die Diskussion abgeschlossen ist, zur Entscheidung gestellt.

Ich erteile das Wort dem Genossen Willy Könen.

Willy Könen (Düsseldorf): Genossinnen und Genossen! Der Landesverband Berlin hat den Antrag 49 eingereicht, der fordert, daß das 131er Gesetz geändert werden soll, damit den ehemaligen aktiven Nazis keine Pension gezahlt und ihnen jede Möglichkeit genommen werde, im öffentlichen Leben tätig zu sein. Ich bin hier heraufgegangen, Genossinnen und Genossen, um aus dem großen Paket eine kleine Kleinigkeit bekanntzugeben, um darzutun, daß es sich bei dem Berliner Antrag nicht um einen Antrag unter vielen Anträgen handeln darf, sondern daß hier eine Lebensfrage unserer Bundesrepublik angeschnitten worden ist. (Starker Beifall.)

Ich habe hier eine Liste von 24 leitenden Kriminalbeamten im Lande Nordrhein-Westfalen. Bei 10 Minuten kann ich es also bei nur einer halben Minute pro Nazi nicht schaffen. Ich bitte dafür Verständnis zu haben, wenn ich nur über die Tatsachen etwas sage und mich irgendeiner Kommentierung enthalte. Die Schlußfolgerung darf ich denen überlassen, die es angeht.

Genosse Behrich hat von den braunen Wanzen im Trümmerschutt gesprochen. Wenn man den Trümmerschutt beim Aufbau wieder verwenden will, muß man die Wanzen dadurch unschädlich machen, daß man nicht an Zement spart, wenn der Beton angerührt wird, damit der Zement hart wird. Dann sind auch die braunen Wanzen nicht mehr schädlich. Da scheint es mir also notwendig zu sein, daß *wir* allmählich etwas hart werden.

Von diesen 24 leitenden Kriminalbeamten im Lande Nordrhein-Westfalen sind 20 ehemalige Sturmbann- und Sturmhauptführer des SD, 4 davon waren „nur“ SS-Sturmhauptführer. Für die jüngeren Genossen unter uns, die nicht wissen was SD ist — zum Glück haben wir ja einige Delegierte, denen man zumuten könnte, daß sie es nicht wissen — darf ich sagen, der SD war der Sicherheitsdienst des Dritten Reiches, eine Organisation der Bluthunde des Blutsäufers Adolf Hitler (Beifall). Die Leute, von denen ich hier rede — ich lege Wert darauf, das zu betonen —, sind nicht etwa irgeleitete kleine Nazis, auf denen ich mit einem lächerlichen Haß herumreiten möchte. So ist es nicht. Aus Bluthunden aber kann man keine Lämmer machen! (Beifall.) Sie können auch nicht für sich das Recht des politischen Irrtums oder des Ich-habe-es-nicht-gewußt in Anspruch nehmen; denn sie waren die Ausführenden der Verbrecherclique in Berlin. Von diesen 24 waren 11 SS-Sturmbannführer im Sicherheitsdienst, 2 SS-Sturmhauptführer im Sicherheitsdienst, 7 SS-Führer im Sicherheitsdienst, davon mindestens 5 Sturmhauptführer im SD, 4 waren SS-Sturmhauptführer. 6 von diesen heute leitenden Kriminalbeamten saßen im Reichssicherheitshauptamt. Genosse Schröder von Berlin, mit dem ich gestern darüber sprach, hat bei dieser Gelegenheit einen wiedergefunden, den er schon lange sucht, weil er mit ihm etwas abzurechnen hat. 5 davon waren im Einsatz im Ausland. Diese Leute verteilen sich wie folgt: 1 leitender Beamter auf der Bundesebene, 3 leitende Beamte auf der Landesebene in Nordrhein-Westfalen, 3 auf der Regierungspräsidialebene, als Leiter der Kriminalabteilungen beim Polizeipräsidium 12, 1 stellvertretender Leiter, 2 Polizeidirektoren, sonstige leitende Beamte 2. Ein erschreckendes Bild.

Ich habe noch 5 Minuten, da will ich die Schlimmsten herausuchen:

Kriminaloberrat Fritz Weber, derzeit im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen als der oberste Kriminaldirektor tätig. Der Mann hat eine interessante Geschichte. 1933 zum preußischen Innenministerium, weil im

Sinne des NS-Staates besonders zuverlässig, 1942 in Kassel — vielleicht kennen ihn einige von euch — dann SS-Sturmbannführer im SD und im Luxemburg-Einsatz. Anfangs dann ein kleiner Kriminalinspektor in Hessen bei der Regierung und 1955 wieder Kriminaloberrat.

Kriminalrat Dr. Maly. Er leitet augenblicklich die Kriminalabteilung im Polizeipräsidium in Bonn. Er war SS-Sturmbannführer im SD, er war im Holland-Einsatz als Leiter der Sicherheitspolizei beim Befehlshaber der Polizei. Im Jahre 1956 ist er wieder Kriminalrat. Er war einer der Personalsachbearbeiter im Reichssicherheitshauptamt Berlin.

Und damit er, wenn er in Urlaub ist, auch richtig vertreten wird, hat er sich einen SS-Sturmbannführer mitgebracht, seinen Stellvertreter Kriminalrat Otto Wensky im Polizeipräsidium Köln. Genossinnen und Genossen, es eckelt einen an.

Dann der Kriminalrat Dr. Wehner, Leiter der Kriminalpolizei in Düsseldorf. Er war im SD-Einsatz in Griechenland und auf Kreta. Alter Parteigenosse vor 1933, alter SS-Mann vor 1933 mit dem Traditionswinkel.

Ich mache Schluß, Genossinnen und Genossen. Sturmbann- und Sturmhauptführer der SS, die im Sicherheitsdienst tätig waren, sie sind heute diejenigen, die in den neuralgischen, in den empfindlichen Stellen, nämlich bei der Kriminalpolizei leitende Beamte sind. Ich werfe nicht die Frage auf, wer die Schuld daran trägt, wen man dafür verantwortlich machen soll. Ich möchte nur um folgendes bitten. Wenn das 131er Gesetz in seiner jetzigen Form nicht dazu geeignet ist, diese Dinge unmöglich zu machen, dann müssen wir es gefälligst und baldigst ändern. Und alle Genossen, ob in den Parlamenten oder in Behörden, in den Ministerien oder anderen Behördenstellen sollten einstimmig die Forderung erheben: Räumt diesen Saustall aus! (Starker Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Hesselbach, Hessen-Süd.

Walter Hesselbach (Frankfurt): Genossinnen und Genossen! Der Antrag 82 ist durch die vorliegenden Entscheidungen zum Teil bereits erledigt. Drei Dinge haben uns auf diesem Parteitag besonders bewegt. Einmal die Erkenntnis von der weltumspannenden Kraft des Sozialismus, der gemeinsamen Weltansicht aller arbeitenden Menschen und Völker der Erde, die so deutlich demonstriert wurde, zum zweiten die lebendige Tradition unserer Partei, dargestellt einmal durch den Genossen Wissell, und zum anderen fühlbar gemacht durch die Arbeiterlieder, die hier ertönten und auch heute noch in uns etwas zum Schwingen zu bringen vermögen. Und das dritte, der große und ernsthafte Versuch, hier über den Tag hinaus zu denken, eine Brücke in die Zukunft zu schlagen und den Sozialismus an die Seite der Wissenschaft zu stellen. Dies alles, Genossinnen und Genossen, kann uns mit Stolz und Zuversicht erfüllen, und es ist zugleich eine große Verpflichtung, wenn ein Genosse, was mir besonders in Erinnerung ist, davon sprach, daß die sozialistischen Parteien der Welt besonders auf die SPD schauen, weil in diesem Land die Wiege des Sozialismus gestanden hat. Daraus, glaube ich, Genossinnen und Genossen, können wir klar erkennen, wie groß unsere Verantwortung ist. Nach dieser Einleitung folgendes. Ich habe persönlich eine

außerordentliche Hochachtung vor unseren volkswirtschaftlichen Experten. Die von Ihnen entwickelten Gedanken sind zweifellos richtig. Die Verhinderung der Krise ist nach den Erkenntnissen der Wirtschaftswissenschaft heute möglich. Die Erreichung und Erhaltung der Vollbeschäftigung ist durchaus möglich, und die Steigerung der Produktivität ebenfalls. Das ist unbestreitbar. Alle diese Dinge und Erkenntnisse sind richtig und sie dienen der Findung neuer Wege und Methoden zur Erreichung des Sozialismus. Aber, Genossinnen und Genossen, sie sind nicht bereits Sozialismus. Sie erfüllen allein nicht die Postulate, die wir zu stellen haben, die Postulate nach der Befreiung des Menschen aus politischer, sozialer und geistiger Hörigkeit, der Beseitigung der Ausbeutung in jeglicher Form und der sozial gerechten Verteilung des Sozialprodukts. Neue Erkenntnisse verändern die Wege und Methoden, aber nicht das Ziel.

Wir haben folgende Faktoren zu verzeichnen. Der immer wieder gepriesene sogenannte Unternehmergeist ist keine ausschlaggebende wirtschaftsbewegende Kraft und verliert in steigendem Maße an Bedeutung. Das Privateigentum verliert mehr und mehr an Bedeutung, wird mehr und mehr funktionslos. Es steht nur noch im leeren Raum, zum Schaden der Allgemeinheit als eine unkontrollierte und gefährliche wirtschaftliche und politische Macht, ohne daß es hiefür noch Zweckmäßigkeitsargumente gäbe. Die Ausbeutung hat zwar ihre frühere Brutalität verloren, aber sie ist noch nicht überwunden. Die Konzentration des Kapitals ist unaufhaltsam. Aus diesen Erkenntnissen heraus und im Hinblick auf die Entwicklungstendenzen der sogenannten zweiten industriellen Revolution wird der scheinbare Ladenhüter der Vergesellschaftung heute wieder hochaktuell, und ich meine, wer das nicht erkennt, hat etwas zuviel Ballast abgeworfen.

Ein Weiteres, Genossinnen und Genossen! Das Spannungsverhältnis in der Einkommensverteilung hier in diesem Land beträgt etwa 1 : 1500, das heißt 4000 Einkommensbezieher an der Spitze der Pyramide beziehen etwa so viel an Einkommen wie die 6 Millionen am Fuß der Pyramide. Das ist ethisch unerträglich und politisch für die Demokratie gefährlich.

Wir haben den Antrag 100, der die zweite industrielle Revolution betraf, angenommen. Die in diesem Antrag getroffenen Feststellungen sind ungeheuer wichtig. Man darf sich — wie wir es hier getan haben, Genossen — dahinterstellen, und auch die daraus gezogenen Forderungen sind ohne jede Einschränkung zu bejahen. Aber ich möchte sagen, daß sie noch nicht ganz ausreichend sind. Ich glaube, daß sie präzisiert, ergänzt und konkretisiert werden müssen. Denn es geht nicht nur darum, daß die Sozial- und Wirtschaftsordnung dem Beginn der zweiten industriellen Revolution angepaßt werden; es geht vielmehr darum, daß eine völlige Neuordnung der Gesellschaft und Wirtschaft in sozialistischem Sinne erfolgen muß, weil diese Neuordnung im sozialistischen Sinne allein der zweiten industriellen Revolution angepaßt ist.

Es geht um die Koordinierung von Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik, Geld- und Kreditpolitik, und es geht darum, daß ein wesentlicher Teil der Wirtschaft in den Griff der Allgemeinheit kommt, wodurch die Erkenntnisse der Wissenschaft überhaupt erst verwirklicht und voll zur Wirkung kommen können. Das heißt aber, Genossinnen und Genossen, eine konsequente Durch-

führung des betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer, vertreten durch die Gewerkschaften. Und das heißt, daß dort, wo es zweckmäßig und notwendig ist — und man soll es aussprechen —, die Vergesellschaftung, natürlich in hierfür zu entwickelnden neuen Formen, herbeizuführen ist, die zugleich eine wirksame Kontrolle der staatlichen Macht beinhaltet und damit einen Mißbrauch unmöglich macht.

Wir müssen also, Genossinnen und Genossen, neue Formen finden und vor allem das Bewußtsein des Menschen bilden. Das Bewußtsein bilden heißt aber auch, dem Menschen klarmachen, in welcher Klassenlage er sich befindet. Was soll das Gerede davon, daß jeder seines Glückes Schmied sei und man bloß tüchtig zu sein brauche, um in dieser Welt Erfolg zu haben. Genossen und Genossinnen, das sind Fiktionen und Illusionen. Bei den arbeitenden Menschen wird durch die Ausnahme die Regel bestätigt, daß das Schicksal des einzelnen nur dann entscheidend besser wird, wenn die soziale Frage seiner Klasse gelöst wird. (Vereinzelter Beifall.) Es ist nicht unsere Aufgabe, Genossinnen und Genossen, Halbbildung zu vermitteln, es ist nicht unsere Aufgabe, Illusionen zu erwecken und Menschen zu verführen, mit falschen sozialen Trümpfen zu spielen. Es ist unsere Aufgabe, aufzuklären und zu sagen, was ist. Das gilt in erster Linie für die stets zunehmende Schicht der Angestellten, bei denen die Bewußtseinsbildung und die Erkenntnis der Klassenlage weniger denn je zuvor vorhanden ist. Es gilt nicht, Genossinnen und Genossen, den Kapitalismus zu reformieren und darin bereits das Ziel zu sehen. Die Herrschaft des Kapitalismus ist nicht zu beeinträchtigen, sondern sie ist zu beseitigen, da letzten Endes nur so der Kommunismus gebannt werden kann!

In diesem Zusammenhang, liebe Genossinnen und Genossen, ein Wort zum Kölner Kongreß. Der Kölner Kongreß brachte einen ganz bedeutenden Diskussionsbeitrag. Was dort gesagt worden ist, kann nicht eingehend genug studiert und beachtet werden. Aber — und das wollen wir auch aussprechen — er brachte keine verbindlichen Erklärungen und konnte keine programmatischen Erklärungen abgeben, weil er kein gewähltes und dazu bestimmtes Organ der Partei war. Nur soviel dazu!

Aber gleichzeitig — um es nochmals zu unterstreichen — meine volle Anerkennung für alles, was dort ausgesprochen und an wertvollen Gedanken entwickelt wurde. (Glocke des Präsidenten.)

Dies alles, Genossinnen und Genossen, was ich ausführte, sollte der Antrag⁸² des Unterbezirks Frankfurt am Main besagen. Er ist unvollkommen formuliert und hat eine Fülle von Mängeln. Außerdem ist er bereits durch angenommene Anträge weitgehend erledigt. Ich glaube aber, es würde dem Geist dieses Parteitags nicht entsprechen, wenn er abgelehnt würde. Daher meine ich, sollte er als Material dem Parteivorstand überwiesen werden, und hierum bitte ich den Parteitag, weil dies die konsequente Fortsetzung des Geistes wäre, in dem wir bisher hier diskutiert und uns gegenseitig vom richtigen Wege zu überzeugen versucht haben. Es ist klar, unmißverständlich und unzweideutig ein Ziel zu formulieren, damit es nicht nur in die Köpfe der Intellektuellen, Genossinnen und Genossen, sondern auch eingehe in die Herzen der arbeitenden Massen, der arbeitenden Menschen eingeht, damit sie wieder erfüllt sind von dem hohen Ziel und sie dazu angeregt werden, mit uns für die Erreichung dieses großen Zieles zu kämpfen (Beifall).

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Dr. Martin Schmidt. Ihm folgt der Genosse Helmuth Schmidt aus Hamburg.

Martin Schmidt (Hannover): Genossinnen und Genossen! Ich bin dem Genossen Walter Menzel dankbar, daß er zum erstenmal so ausführlich in einem solchen Bericht auf die Fragen der Landwirtschaft und ihrer Menschen eingegangen ist. Ich möchte das unterstreichen und einige Ergänzungen dazu machen. Die deutsche Landwirtschaft, und damit die Masse der Klein-, Mittel- und Familienbetriebe, befindet sich in einem Umwandlungsprozeß, der nicht nur eine technische und eine betriebliche, sondern auch eine menschliche und soziale Seite hat. Und hier haben wir als Partei eine besondere Aufgabe. Wir haben die Aufgabe, diese Entwicklung positiv zu beeinflussen. Wir können ihnen dafür keine Rezepte angeben. Die wird es auf diesem Gebiet niemals geben; aber wir haben klare Vorstellungen anzubieten, in deren Mittelpunkt diese Klein-, Mittel- und Familienbetriebe stehen. Und schon das allein unterscheidet uns von den anderen. Wir sollten uns als Partei und in der Partei mehr denn je darüber bewußt bleiben, daß gesellschaftspolitisch in der Landwirtschaft gewaltige Unterschiede bestehen. Die Landwirtschaft ist keine ökonomische und keine soziale Einheit. (Vereinzelter Beifall.) Ich möchte das noch einmal sagen, was Walter Menzel gestern gesagt hat: Das gesellschaftliche Sein der Bauern wird bestimmt durch das Verfügungsrecht über den Boden, über das Arbeitseigentum, und wir sollten Maßnahmen treffen, die dieses Arbeitseigentum sichern.

Wir haben seit 10 Jahren im Bundestag versucht, die Siedlung, die Eingliederung der Heimatvertriebenen, die Flurbereinigung, die Regelung des Grundstückverkehrs usw., usf., vorwärtszutreiben. Wir haben dabei nur geringe Fortschritte erzielt, weil die Koalition nur mit Widerwillen an diese Fragen herangegangen ist. Nun, es gibt ja auch ein Regierungsprogramm, Genossinnen und Genossen, aber das Regierungsprogramm setzt man nicht dadurch in die Tat um, daß man nur darüber redet. Wir haben seit einigen Jahren auch einen besonderen Beirat im Ernährungsministerium für diese Fragen. Aber dieser Beirat hat es nach drei Jahren in diesen Monaten gerade fertiggebracht, sich über die Begriffsbestimmungen zu einigen. Inzwischen aber klettern die Bodenpreise in eine wahnwitzige Höhe, die Bodenspekulation nimmt ein beängstigendes Maß an, und wenn die Kurve so weiter ansteigt, wird das letzten Endes eines schönen Tages zu einer Gefahr für unsere ganze Wirtschaft.

Die jetzige Mehrheit im Bundestag hat dafür kein Verständnis. Sie kennt die Bodenprobleme nicht, und sie will sie auch nicht kennen, weil in diesen Problemen der Spaltplatz für sie sitzt. Obwohl die Koalition immer vorgibt, der alleinige Beschützer des Eigentums zu sein, läßt sie ständig die Aushöhlung des bäuerlichen Eigentums zu. Das haben wir bei den Beratungen über das Schutzbereichsgesetz gesehen. Die Koalition war in diesen Fragen nicht initiativ. Das blieb uns überlassen. Und ich möchte annehmen, daß auch bei den Beratungen des Landbeschaffungsgesetzes für Verteidigungszwecke es uns allein vorbehalten bleiben wird, den bäuerlichen Besitz, die bäuerliche Existenz, vor ihrer Vernichtung zu bewahren. Wir sind also aus vielen Gründen für die Erhaltung und Förderung dieser Familienbetriebe. Sie haben seit Jahrzehnten im Schatten der deutschen Agrarpolitik gelebt, und es ist unsere Aufgabe, diese Betriebe aus dem Schatten herauszuführen. Das wird unser Beitrag zur Wende der deutschen Politik sein.

Wir haben im kommenden „Grünen Plan“ die Gelegenheit, die Leistungskraft dieser Familienbetriebe nach allen Seiten hin zu stärken. Die Geschenke des Bundeskanzlers an die Kundgebungen von Köln, Münster und Hannover dürfen sich nicht wiederholen. Sie standen im Widerspruch zu den Ergebnissen des „Grünen Berichts“.

Nun, Genossinnen und Genossen, wir haben im Herbst auf dem Agrarpolitischen Kongreß Gelegenheit, diese Forderungen zu präzisieren. Dabei brauchen wir die anderen nicht mit Forderungen zu übertrumpfen. Ein Wenig kann oft ein Mehr sein. Wenn wir unsere Forderungen richtig sehen und sie aus vollem Herzen vorwärtstreiben, wird uns der Erfolg auch nicht versagt bleiben.

Nur auf eines kommt es an, das lassen Sie mich auch noch sagen. Es ist wichtig, daß Wort und Tat in Übereinstimmung stehen. Man kann Agrarpolitik nicht nur mit taktischen Mitteln treiben; denn nichts auf dem Lande ist schlimmer, als wenn man ungläubwürdig wird. Ich habe daher den Appell an Sie zu richten und bitte Sie, mitzuhelfen, daß die gesamte Partei diese sozialen und ökonomischen Probleme des Landes anerkennt und sich ihrer aktiv annimmt. Diese Probleme, Genossinnen und Genossen, sind der Partei nicht fremd und können ihr nicht fremd sein. Sie sind kein Fremdkörper in dieser Partei; sie sind uns zum Teil unmittelbar auf den Leib geschrieben. Ich erinnere als Beispiel nur an die Fragen der Bildung auf dem Lande. Wir kennen doch den Tatbestand, daß die Bildungsmöglichkeiten auf dem Lande im Vergleich zu denen in den Städten denkbar schlecht sind. Es wäre eine Aufgabe der Kultusminister, das zu ändern. (Vereinzelter Beifall.)

Außerdem sollten wir in der Frage der Alterssicherung der Bauern und Landwirte die Initiative ergreifen. Die CDU hat sich durch ihren Sprecher Horn bereits davon distanziert. Es wird also unsere Aufgabe sein, diese Alterssicherung auf dem Lande zu verwirklichen. Und wenn es zutrifft, was uns am Dienstag vormittag hier gesagt wurde, daß das Verständnis für unsere Partei auf dem Lande im Wachsen begriffen ist und daß ein Viertel der noch schwankenden Wahlberechtigten auf dem Lande wohnt, kann es doch nur eines geben: Ran an die Arbeit! Wir haben nichts zu verlieren, aber viel zu gewinnen (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Genosse Helmuth Schmidt. Ihm folgt der Genosse Schellenberg, Berlin.

Helmuth Schmidt (Hamburg): Genossinnen und Genossen! In der Diskussion über die Referate von Carlo Schmid und Leo Brandt hat es einige Vorgriffe auf einen Gegenstand gegeben, der eigentlich erst gestern durch das Referat von Menzel zur Diskussion gestellt wurde. Ich meine die Wirtschaftspolitik. Carlo Schmid hatte in seinem Referat die wichtige Rolle der Planung und Lenkung des industriellen Prozesses hervorgehoben, der jetzt bei der großen Umwälzung in Gang kommt. In der darauf folgenden Diskussion haben dann aber einige Interpretationskunststücke und Akzentverschiebungen begonnen. So hat z. B. Hermann Veit gemeint, es sei durch das Referat von Carlo Schmid in unserer Wirtschaftspolitik „wieder alles klar“. — So wörtlich! — Ein anderer weniger prominenter Debatteredner hat bei Carlo Schmid sogar eine

Übereinstimmung mit seiner eigenen Kritik am geistigen Gehalt des Kölner Kongresses herauslesen wollen. Eine ähnliche Kritik bringt auch in einer recht polemischen Formulierung der Antrag 82 zum Ausdruck.

Gegenüber diesen Bemerkungen, meine ich, sollte hier jedoch mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß die im Dortmunder Aktionsprogramm konzipierte Wirtschaftspolitik unserer Partei mit ihrer Synthese von Leistungswettbewerb und gesamtwirtschaftlicher Planung auf dem Berliner Parteitag erneut bestätigt wurde und seitdem in vielen Bundestagsdebatten ihre objektive Richtigkeit, Angemessenheit und Überzeugungskraft unter Beweis gestellt hat. Diese auf dem Kölner Kongreß von Deist in zusammengefaßter Form erneut dargestellte wirtschaftspolitische Konzeption ist eine unter schwierigen Klärungsprozessen erarbeitete Errungenschaft unserer Partei (vereinzelter Beifall), eine Errungenschaft, deren Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit man nicht leichtfertig gefährden darf.

Dieses wirtschaftspolitische Programm ist übrigens bereits eine beachtliche Vorleistung im Sinne des vorgestern angenommenen Antrags des Parteivorstandes zur zweiten industriellen Revolution mit seinen sieben Punkten. In diesen sieben Punkten steht nämlich mit Recht: Kontrolle der wirtschaftlichen Macht, volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Nationalbudget, Investitionssteuerung. Das sind doch seit Jahr und Tag die wesentlichen Bestandteile, ja das ist doch geradezu das Rückgrat der sozialdemokratischen wirtschaftspolitischen Methodik, wie sie seit vier Jahren immer wieder von unseren wirtschaftspolitisch arbeitenden Genossen in allen Einzelheiten vorgetragen wird. Das sind gleichzeitig auch die entscheidenden wirtschaftspolitischen Mittel — um mit Carlo Schmid zu sprechen — „zur „Kanalisation“ der neuen industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung, wie er sie verlangt hat.

Ich darf darauf hinweisen, daß das wirtschaftspolitische Kapitel des Aktionsprogramms, das die wichtige wirtschaftspolitische Methodik und das Instrumentarium sehr ausführlich und weitgehend darstellt, 17 Seiten umfaßt. Ich gebe zu, daß es vielleicht nicht gerade sehr volkstümlich und populär verständlich abgefaßt ist. Ich gebe zu, daß es wahrscheinlich dringend notwendig ist, es allgemeinverständlich zu kommentieren. Aber der geistige Gehalt des Aktionsprogramms, soweit es sich um die Wirtschaftspolitik handelt, ist nicht anzutasten, und man sollte bei Äußerungen in der Öffentlichkeit recht vorsichtig sein, wenn man Kritik übt.

Erst vor einigen Tagen hat die Bundestagsfraktion einen im wesentlichen auf Karl Schiller zurückgehenden Gesetzentwurf eingereicht — Walter Menzel hat das schon gestreift —, nach dem die Bundesregierung zur alljährlichen Vorlage volkswirtschaftlicher Gesamtbilanzen und Nationalbudgets pro futuro verpflichtet werden soll. Die Wirtschaftspolitik unserer Partei und Fraktion ist also durchaus auf einem Weg, der auch den neuen Aufgaben der zweiten industriellen Revolution und ihrer Kanalisation dient. Daran sollte uns — und das sage ich zu Hermann Veit — nicht irre machen, daß seit einiger Zeit der Minister Erhard bei uns Unterstützung sucht, wenn sogar ihm der unverhüllte und unverschämte Interessendruck des Bundesverbands der deutschen Industrie über die Hutschnur geht. Es sollte uns nicht irre machen, daß er unsere Hilfe sucht, wenn ihm der wirtschaftspolitische Dilettantismus seines Bundeskanzlers ins Handwerk pfuscht (Beifall). Das ist doch ein Verdienst der Klarheit unserer Wirtschaftspolitik (Beifall).

Zum Frankfurter Antrag Nr. 82 und auch besonders zum Genossen Hesselbach, der ihn hier vertreten hat, möchte ich folgendes sagen: Sie haben die wichtige These, die richtige Forderung Carlo Schmid's nach Planung unterstrichen. Bitte beherzigen Sie aber ebenso auch seinen Ruf nach Aufrechterhaltung und Erweiterung der Freiheit des einzelnen Menschen. (Vereinzelter Beifall.) Mehr als bisher zwingt uns die moderne Entwicklung, im geschlossenen Gesamtrahmen der Volkswirtschaft zu planen, Kapitalströme und Investitionen zu lenken. (Vereinzelter Beifall.) Ebenso werden wir aber angesichts der technokratischen Gefahr mit äußerster Skepsis und Wachsamkeit noch mehr als bisher jede Einzwängung des Menschen in privatwirtschaftliche und staatliche Unterordnungssysteme bekämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Sowohl die Freiheit des Geistes und die Unverletzlichkeit der Person als aber auch der freie Raum ihrer Bewegungs- und Handlungsfähigkeit als Arbeitnehmer oder Selbständiger, als Erzeuger oder als Verbraucher ist uns ein sehr ernstes menschliches Anliegen. (Beifall. Zuruf: Wir sind dagegen!)

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Schellenberg, Berlin. Ihm folgt Heinrich Deist.

Es wird gewünscht, daß die Genossin Lemke zu einer Sitzung des spanischen Komitees kommt.

Der Genosse Schellenberg!

Ernst Schellenberg (Berlin): Walter Menzel hat in seinem Referat eine Frage angesprochen, die vielleicht unter dem Eindruck der Vorstandswahlen nicht die rechte Resonanz gefunden hat, nämlich den Tatbestand, daß bei der bürgerlichen Sozialpolitik die Eigenhilfe im Vordergrund steht und bei uns der allgemeine und unbedingte Rechtsanspruch auf soziale Sicherung. Für den Bereich der wirtschaftlichen Leistungen, die Renten, ist dieser unser Grundsatz des Rechtes auf diese Leistungen weithin schon durchgesetzt. Wir ringen und kämpfen noch um den Umfang, um die Höhe dieser Sicherungsleistung.

Aber für einen anderen Bereich der sozialen Sicherung, die gesundheitliche Leistung, ist diese unsere Forderung auf Rechtsanspruch noch keineswegs durchgesetzt. Das beginnt bei der Geburt, bei dem Anspruch auf Wochenhilfe und endet bei dem traurigen Schicksal des alten Menschen, der als sogenannter Pflegefall keinen Anspruch auf gesundheitliche Leistung der Krankenversicherung mehr hat. Und hier, Genossen, muß die Bundestagsfraktion stärker als bisher ansetzen. Wir werden mit diesen Dingen nicht im organisatorischen Bereich beginnen, nicht bei der Frage der Krankenkassen oder der Gesundheitsämter, sondern im Bereich der Leistungen.

Der erste Schritt ist getan durch den Antrag der SPD-Fraktion auf Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall durch den Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes (Beifall). Das ist nicht nur eine Forderung auf wirtschaftliche Gleichstellung, sondern es hat auch weitgehende Auswirkungen auf gesundheitliche Leistungen. Denn die Lohnfortzahlung bildet erst die Voraussetzung für die gleiche gesundheitliche Leistung an Arbeiter und Angestellte. Aber, Genossen, wir müssen in dieser Hinsicht noch weitere Schritte

tun, noch in diesem Bundestag weitere Schritte tun. Einige wenige Beispiele: Es muß beseitigt werden der unwürdige Tatbestand, daß der kranke Mensch, wenn er länger krank ist, wenn er die gesundheitliche Hilfe besonders dringend benötigt, ausgesteuert wird (Beifall). Es muß eine gesundheitliche Leistung ohne zeitliche Begrenzung gewährt werden (Beifall).

Ein Zweites: Die gesundheitliche Leistung des Heilverfahrens, der Verschickung, darf nicht mehr an den Tatbestand einer Einsparung zukünftiger Renten gebunden werden. Sie muß von den gesundheitlichen Notwendigkeiten abhängig gemacht werden. Es muß ein unbedingter Rechtsanspruch darauf für den in Arbeit Stehenden, aber auch für den Alten und die Hausfrau festgelegt werden.

Und ein Drittes: Es muß damit Schluß gemacht werden, daß die Mehrzahl der gesundheitlichen Leistungen heute sogenannte Kann-Leistungen sind, vom Zahnersatz bis zur Prothese des Menschen, der ein Bein oder einen Arm verloren hat. Die Kann-Leistung muß ein Rechtsanspruch, muß eine Pflichtleistung werden, auf die jeder Mensch einen Anspruch hat, der diese Leistung benötigt (Beifall).

Noch ein weiteres Beispiel: Es muß ein gemeinsamer unabhängiger ärztlicher Gutachterdienst geschaffen werden, damit nicht eine unterschiedliche Begutachtung der gleichen gesundheitlichen Tatbestände durch verschiedene Institutionen stattfindet (Beifall).

Genossen! Diese Forderungen nach Rechtsanspruch auf die gesundheitlichen Leistungen haben wir in diesem Bundestag zu stellen. Die Regierung wird sie nicht anpacken. Es ist eine Aufgabe der Sozialdemokraten, diese konkreten Forderungen schon heute und morgen zu erheben. Wir werden in dieser Hinsicht die Zustimmung der Bevölkerung finden, wenn wir uns mit allem Nachdruck und mit aller Intensität dafür einsetzen.

Genossen, noch ein letztes Wort zum Schluß! In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden — und das findet einen Widerhall in der Presse der letzten Tage —, daß das Interesse der Partei — wie einige große Zeitungen geschrieben haben — an sozialen Fragen nachgelassen habe, weil sie nicht so sehr im Mittelpunkt der Arbeit dieses Parteitags standen. Genossinnen und Genossen! Das ist ein Mißverständnis, das klarge stellt werden muß, bevor wir auseinandergehen. Der Parteitag hat mit Recht vorwiegend die Fragen diskutiert, über die wir uns erst eine gemeinsame Meinung bilden und erarbeiten müssen. Über die Rolle der Sozialpolitik gibt es bei uns keine Meinungsverschiedenheiten (lebhafter Beifall), weder über den Weg noch über das Ziel. Deshalb sei der Öffentlichkeit gesagt: Die soziale Frage mag hier im Hintergrund gestanden haben, aber die Bundestagsfraktion wird dafür Sorge tragen, daß sie in der politischen Arbeit die Rolle einnimmt, die ihr zur Sicherung der sozialen Existenz der Menschen gebührt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Heinrich Deist, westliches Westfalen. Ihm folgt der Genosse Kalbitzer.

Heinrich Deist (Neufrankenforst): Genossinnen und Genossen! Seit einigen Tagen fängt die öffentliche Presse wieder an, über die Grundlagen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik zu rätseln. Mir scheint es richtig zu sein,

daß man in diesem Augenblick sehr deutlich noch einmal feststellt, daß die Grundlagen unserer sozialdemokratischen wirtschaftspolitischen Auffassung in zwei Tatsachen, in zwei wichtigen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zu suchen sind, und nicht nur in einer, nämlich erst einmal in den Erfahrungen der leidvollen zwölf Jahre nazistischen Regiments, ebenso in den Erfahrungen kommunistisch-totalitärer Systeme, deren Ergebnisse wir heute noch verfolgen können. Wir wissen, wie stark die Freiheit im politischen Raum mit Freiheit im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Raum verbunden ist (Beifall). Denn wir wissen genau, daß es kein totalitäres System gibt, das nicht zu gleicher Zeit politische Freiheit und wirtschaftliche Freiheit beseitigt. Wir wissen, daß es wirtschaftliche Freiheit ohne politische Freiheit nicht gibt. Wir wissen ebenso genau, daß man eine staatliche Kommando-, eine zentrale Verwaltungswirtschaft nicht aufbauen kann, ohne zugleich im Politischen das staatliche Kommando zum herrschenden Element zu machen. Es war niemand anderer als einer unserer besten sozialdemokratischen Theoretiker, Rudolf Hilferding, der nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in einer interessanten Arbeit, die er im Exil geschrieben hat, etwa folgendes feststellte:

Indem der totalitäre Staat diese sich im wesentlichen selbst regulierende Wirtschaft unter staatliches Kommando stellt, beseitigt er zu gleicher Zeit die politische Freiheit, die Meinungsfreiheit und die menschliche Freiheit. (Beifall.)

Wir sollten ein solches Zeugnis nicht überhören! Aber das ist nur die eine Erkenntnis, die wir gewonnen haben.

Es gibt eine zweite Erkenntnis. Sie ist jene, daß die Großunternehmung, ihre Zusammenschlüsse und damit die großen industriellen Verbände, die man als ein Verbandssystem bezeichnen kann, für die moderne Gesellschaft und für den Freiheitsraum in der Gesellschaft eine ungeheuerere Bedeutung gewonnen haben und den Freiheitsraum in unzulässiger Weise einschränken und bedrohen. (Sehr richtig!) Das geht so weit, daß dieses Verbandssystem der modernen Gesellschaft eine Stärke und eine Bedeutung erhält, daß es den Anschein hat, als erhöbe es den Anspruch, als eine gleichberechtigte Macht dem Staate gegenüberzutreten und den Staat und sein demokratisches Funktionieren zu untergraben. Und das ist die zweite Seite. Und darum hängen für uns als Sozialisten die Fragen der Freiheit der Wirtschaft und die Fragen der staatlichen Intervention und Planung zusammen wie zwei Seiten derselben Wirklichkeit.

Genossinnen und Genossen! Darum trägt in unserem Aktionsprogramm — das sollten wir nicht vergessen; der Genosse Schmid hat schon darauf hingewiesen — ein wichtiges Kapitel der Wirtschaftspolitik die Überschrift „Planung und Wettbewerb“. Wenn wir uns heute über Planung und Wettbewerb unterhalten, sollten wir auch daran denken, daß in diesem Kapitel z. B. der Satz steht:

Der Wettbewerb der Unternehmen muß ergänzt werden durch eine volkswirtschaftliche Planung, damit in wechselnden Wirtschaftssituationen die Stabilität der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gesichert wird.

Genossinnen und Genossen! Das ist das Große und, ich glaube, Gute an unserem Aktionsprogramm, daß es eine Weite und eine Breite unserer Wirt-

schafts- und gesellschaftspolitischen Auffassungen schafft, die uns in die Lage versetzt, alle Möglichkeiten wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Tätigkeit einzusetzen, um das Ziel, das wir haben, nämlich die Umgestaltung der Gesellschaft, zu erreichen. Denn diese Gesellschaft ist nicht ein einfacher, primitiver und unkomplizierter Tatbestand, sondern ein sehr differenzierter und komplizierter Tatbestand, dem wir nur mit einer großen und weiten Auffassung über alle Möglichkeiten wirtschaftspolitischer Tätigkeit beikommen können. Wir verengen diese Größe und Weite unserer wirtschaftspolitischen Konzeption, wenn wir in dem Augenblick, in dem wir über die Mittelschichten und über den Wettbewerb sprechen, meinen, der Wettbewerb wäre die zentrale Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik; sie ist eine in ihrem Bereich. Wir verengen unsere Aufgabe auch, wenn wir bei Planung und Lenkung — sie ist eine wichtige Aufgabe gerade im Rahmen der Entwicklung, die wir vorgestern geschildert bekommen haben — meinen, damit wäre der Inhalt unserer wirtschaftspolitischen Aufgaben erschöpft. Wir verengen unseren Gesichtskreis, wenn wir meinen, daß es der alleinige und zentrale Inhalt unserer Wirtschaftspolitik sein müßte, für die Kohlenwirtschaft und die Atomwirtschaft eine gemeinschaftliche Ordnung einzuführen.

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wer sich so monomanisch auf einen Blick oder auf eine Vorstellung beschränkt oder sie in den Vordergrund stellt, verkennt einmal, wie ungeheuer vielgestaltig die Tatbestände sind, die wir zu ordnen haben; der verkennt aber auch eines, was wichtig ist: Wenn wir in diesen Tagen unseren Willen zur politischen Macht so drastisch und deutlich zum Ausdruck gebracht haben, dann liegt doch darin, daß wir bereit sind, die Probleme zu lösen, die heute und morgen vor uns liegen (Beifall). Dazu gehören die Probleme der Wirtschaft in ihrer Vielschichtigkeit, wie sie sich uns heute darbieten.

Wir wollen auch eines nicht vergessen: Bei diesem Kampf um die politische Macht wenden wir uns an Millionen und aber Millionen Menschen, die in den verschiedensten Schichten des Volkes beheimatet sind und die von uns wünschen, daß wir ihnen eine sozialistische Lösung, aber eine Lösung auch für *ihre* Probleme geben, nicht nur für Probleme eines bestimmten, und sei es noch so wichtigen Kreises der deutschen Gesellschaft.

Genossinnen und Genossen! Wenn eines in den Ausführungen von Leo Brandt und Carlo Schmid für mich beglückend war, dann ist es das, daß sich gezeigt hat, wie sich die Vorstellungen über die Lösung dieser Probleme zwanglos und selbstverständlich und ohne Schwierigkeiten in den weiten Rahmen unserer sozialistischen Auffassung über Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik einfügen, die wir seit dem Jahre 1945 entwickelt und praktiziert haben (Beifall). Genossinnen und Genossen! Wir sollten uns die Freude daran, daß unsere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, wie sie in der Vergangenheit im Aktionsprogramm, in Berlin, auf unseren Kongressen in unserer praktischen Tätigkeit und hier wieder in den Darlegungen zur Entwicklung der zweiten industriellen Revolution festgelegt wurde, wir sollten uns dieses glückliche Gefühl, das sich hier zeigt, daß es eine einheitliche Politik aus einem Guß ohne Bruch ist, wir sollten uns dieses Gefühl nicht nehmen lassen! (Vereinzelter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wenn uns in den letzten Jahren seit den Septemberwahlen 1953 eines gelungen ist, dann ist es doch wohl das,

der Öffentlichkeit die Überzeugung beizubringen, daß wir sozialistische Vorstellungen in einem geschlossenen und gültigen Programm haben, das keinerlei Mißdeutungen ausgesetzt zu sein braucht, sondern das sich zu behaupten anschickt. Das gilt nicht nur für die Außenpolitik, das gilt nicht nur für die Wehrpolitik, das gilt nicht nur für die Innenpolitik, das gilt auch für unsere wirtschaftspolitische Tätigkeit.

Genossinnen und Genossen! Wir sollten diese klare eindeutige Linie unserer Wirtschaftspolitik nicht verwässern lassen. Klarheit und Eindeutigkeit in Fragen der Wirtschaftspolitik bedeutet aber nicht, eine Einbahnschiene entlangzuwandern, sondern Klarheit und Eindeutigkeit in der Wirtschaftspolitik bedeutet klare Abgrenzung gegen „links und rechts“, klare Abgrenzung gegen totalitäre Systeme, weil wir Anhänger einer freien Gesellschaftsordnung sind, aber auch klare Abgrenzung gegen die liberalen Systeme; denn liberale Systeme wollen am Ende den Ablauf der Wirtschaft im wesentlichen sich selbst überlassen. Da beginnt der Unterschied zu unserer sozialistischen Auffassung, hier unterscheiden wir uns von ihnen. Denn unser Wille ist es, Wirtschaft und Gesellschaft bewußt neu zu gestalten. Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß wir sagen können: Es ist uns gelungen, das in der Praxis unserer Tätigkeit unter Beweis zu stellen. Wir brauchen, wie das heute oder gestern in der Presse zum Ausdruck kam, keine Abkehr von Neoliberalismus, weil wir niemals neoliberal gewesen sind. (Vereinzelter Beifall.) Wir sind und bleiben das, was wir immer waren: Eine freiheitliche Partei, aber auch eine Partei, die die Aufgabe hat, Gesellschaft und Staat umzugestalten, das heißt eine sozialistische Partei. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Kalbitzer. Ihm folgt der Genosse Schiller.

Hellmut Kalbitzer (Hamburg): Genossinnen und Genossen! Der Vorsitzende unseres Wirtschaftspolitischen Ausschusses, der Genosse Hermann Veit, hat schon anläßlich der Debatte über die bewundernswerten Referate von Brandt und Schmid einiges über die Wirtschaftspolitik gesagt. Er hat davon gesprochen, daß etliche unserer Anhänger in der Vergangenheit über unsere Wirtschaftspolitik verwirrt waren und daß jetzt endlich Klarheit gefunden ist. Ich würde meinen, daß wir es nicht nötig haben — und insbesondere nicht der Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der SPD —, in eine solche Selbstbeschuldigung auszubrechen. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß die beiden Referate über Automation ihre Bedeutung haben in der Problematik, die außerhalb der Wirtschaftspolitik liegt, und daß das, was die beiden Genossen über Wirtschaftspolitik gesagt haben, keinerlei Anlaß zu der Vermutung gibt, daß wir mißverstanden worden seien, um dann zu solchen Selbstbeschuldigungen zu kommen. Die Schwäche unserer sozialdemokratischen Agitation in der Wirtschaftspolitik, meine ich, ist in der Vergangenheit gewesen. Wenn wir von Schwächen sprachen, liegen sie jeweils so weit zurück, daß wir uns in eine Diskussion über sie jetzt nicht einzulassen brauchen.

Daß wir uns in eine Diskussion über Schlagworte eingelassen haben, war eine Schwäche unserer Politik. Es war eine Schwäche unserer Politik, wenn wir uns

in eine Gegenüberstellung Planwirtschaft — soziale Marktwirtschaft eingelassen haben. Das waren allgemeine Reden, mit denen Erhard in seiner bekannten Art die Dinge verdreht und um die wirklichen Probleme herumgeredet hat. Die Stärke unserer wirtschaftspolitischen Arbeit in den letzten Jahren dagegen ist, daß wir von dieser Schlagwortdiskussion abgekommen und zu einer Diskussion über konkrete Punkte gekommen sind, z. B. in der Frage der Konjunkturdebatte in den letzten Wochen. Bei dieser Gelegenheit hatten wir die Möglichkeit, Erhard zu stellen; Erhard mußte bei dieser Gelegenheit Farbe bekennen zur konkreten, zur praktischen Politik. Bei dieser Auseinandersetzung, meine ich, ist Erhard nur zweiter Sieger geblieben. Diese Form der Auseinandersetzung über Wirtschaftspolitik erscheint uns außerordentlich fruchtbar. Wir haben es außerdem möglich gemacht, in der Kartelldebatte — die ja gelaufen ist und die weiterlaufen wird — unseren Standpunkt klar hervorzuheben und die Schwächen der Erhardschen Position aufzudecken. Die Schwächen Erhards sind doch, daß er abhängig ist von Interessentenklüngeln verschiedenster Art und daß alles, was er im Prinzip vielleicht möchte, dadurch nicht zur Wirklichkeit werden kann, daß er nicht Herr seiner wirtschaftspolitischen Entschlüsse ist. Seine Schwäche besteht darin, daß er also eine Politik betreibt, die nicht, wie es seine Aufgabe als Wirtschaftsminister wäre, dem ganzen Volk und der ganzen Wirtschaft zugute kommt, daß er also eine Politik der Interessenklüngel — im Interesse des Bundesverbandes der Industrie, im Interesse einzelner partieller Agrarinteressen usw. — betreiben muß. Er ist also der Gefangene derjenigen Kreise, die den Wahlkampf von Erhard und Konsorten in der Vergangenheit finanziert haben. (Beifall.)

Ich würde es für gut halten, und ich meine, wir sollten auch im nächsten Jahr — bis zur Wahlauseinandersetzung — an dieser gezeichneten Politik festhalten und Erhard bei den konkreten Aufgaben der Wirtschaft und bei der Frage „Wie zügeln wir die Konjunktur und erhalten zugleich die Vollbeschäftigung?“ von Mal zu Mal zu stellen. Unsere Politik muß es sein, zu zeigen, daß wir für den Augenblick, für die wirkliche wirtschaftliche Entwicklung die besseren Argumente, die bessere Übersicht und die erfolgreicherer Vorschläge haben; wir müssen ihm zeigen, daß er nicht Herr einer wirtschaftspolitischen Konzeption ist, sondern daß bei ihm die Phraseologie und die harte Welt der Wirklichkeit, die Realität der Tatsachen, auseinanderklaffen. Wir würden Erhard und damit der Adenauerschen Politik den allergrößten Gefallen tun, wenn wir im kommenden Jahr wieder in die Schwächen einer überwundenen Vergangenheit verfielen und ihm die Gelegenheit gäben, wieder auf seine propagandistische Pauke zu hauen. Das ist nämlich gerade, was Erhard von uns erwartet. Wenn wir uns die Berichte der letzten Tage — die Presse hat ja über unseren Parteitag außerordentlich positiv, fruchtbar und ausführlich gesprochen — ansehen, müssen wir bemerken, daß sie gerade in der Wirtschaftspolitik — die nach Lage der Dinge auf diesem Parteitag nicht übermäßig zu Wort gekommen ist, was allerdings kein Negativum sein muß — skeptisch geworden ist, weil man von unserer Seite nicht darauf gedrängt hat, zu den konkreten wirtschaftlichen Fragen unsere im Bundestag und im Aktionsprogramm dargelegte Politik auch hier festzulegen. Wir sollten also — damit möchte ich schließen — Erhard bei seinem Wort nehmen, bei seiner wirklichen Wirtschaftspolitik stellen und sollten ihm nicht Gelegenheit geben, der konkreten Diskussion auszuweichen und in die Phrasen zu entweichen, die er in der Vergangenheit so meisterlich zu führen wußte. (Starker Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Zu dem jetzt neu angesprochenen Fragenkomplex hat sich nachträglich Genosse Prof. Karl Schiller zu Wort gemeldet.

Karl Schiller (Hamburg): Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, gerade bei diesem Punkt im Anschluß an das Referat des Genossen Menzel unsere Bundestagsfraktion zu beglückwünschen zu der wirtschaftspolitischen Aktivität, die sie in den letzten eineinhalb Jahren im besonderen Maße entfaltet hat. Genossinnen und Genossen! Es ist einigermaßen erstaunlich, daß angesichts der Tatsache, daß unsere Bundestagsfraktion in der Wirtschaftspolitik seit eineinhalb Jahren der Bundesregierung um mehrere Längen voraus ist in der Initiative für die großen Fragen der Konjunkturstabilisierung, hier und an anderer Stelle von Genossen von Verwirrung der Meinungen oder von Unklarheit gesprochen wird. Ich finde, gerade das Gegenteil ist der Fall.

Die Situation ist doch so, daß die Bundesregierung seit über einem Jahr die Kontrolle über die Hochkonjunktur verloren hat. Wie ich schon einmal an anderer Stelle gesagt habe, gleicht die deutsche Volkswirtschaft einem in immer rasenderer Fahrt dahingleitenden D-Zug, bei dem der Lokomotivführer die Nerven verloren hat, bei dem die Heizer immer mehr Kohlen ins Feuer werfen, wo im Zug entlang der Schaffner Erhard läuft und das Publikum beruhigt, um die Seele des schaffenden Menschen ringt und einige Beruhigungstabletten und zollverbilligten Baldrian verteilt (Heiterkeit). In diesem Zug hat nur ein einziger kühle Nerven behalten, das ist der Bremser, in diesem Fall die Notenbank, so daß unsere volkswirtschaftliche Entwicklung in ihrer Geschwindigkeit, in ihrem Tempo, zur Zeit ausschließlich durch den Bremshebel reguliert wird. Eine solche Entwicklung, Genossinnen und Genossen, ein solches Tempo und die Regulierung des Tempos ist sicherlich nicht organisch, und auch sehr unbequem; auf die Dauer ist das so nicht zu halten.

Gegenüber diesem Bild und diesen Tatsachen hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion im September und Oktober vorigen Jahres in der Berliner Debatte und jetzt wieder im Juni einen klaren Fahrplan vorgelegt, der Zeit, Tempo, Zugfolge und Zugauslastung unserer Volkswirtschaft zu regeln geeignet ist. Dies zeigt sich besonders in einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen kurzfristiger Art und in dem von Helmuth Schmidt zitierten Gesetz zur Förderung eines stetigen wirtschaftlichen Wachstums, eben unserem Gesetzenwurf über ein Nationalbudget.

Genossinnen und Genossen! Diese Aktivität, diese wirklich konstruktive Opposition ist doch nur möglich gewesen, weil Dortmund einmal war, und weil das Berliner Programm einmal aufgestellt worden ist. Auf der Linie Dortmund — Bochum — Berlin — Köln ist doch alles das erarbeitet worden, was in den letzten Jahren in der Arbeit der Bundestagsfraktion Früchte getragen hat. Vor diesem Hintergrund sollte man alles vermeiden, um diese erarbeiteten Instrumente, die reichhaltig sind — darauf ist verwiesen worden —, auf die eine oder andere Lösung monomanisch zu beschränken. Aus einem Guß sollte die Wirtschaftspolitik sein. Das war ja die Forderung an die Bundesregierung. Genau dieser Satz steht seit Dortmund in unserem Programm, und wir haben in Dortmund festgelegt, was zu einer Wirtschaftspolitik aus einem Guß, die aus Planung und Wettbewerb besteht, gehört.

Genossinnen und Genossen! Es ist sehr leicht, ein irreales Programm — ich sage ruhig, ein blutrünstiges, utopisches Programm — aufzustellen. Das kennen wir aus der Weimarer Zeit. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik führt das dann dazu, daß, wenn man dann in der Regierung ist, man das natürlich nicht anwenden kann, und dann verfällt man — denken wir an die Weimarer Zeit — in einen Verlegenheitsliberalismus, dann weiß man nämlich nicht mehr, was man machen soll. So blieb damals nur der Glaube an den Mechanismus der Goldwährung. Das ist es ja, was uns Sozialdemokraten damals so enttäuscht hat, weil das irreal, utopische Programm in der Praxis nicht realisiert werden konnte.

Jetzt, seit Dortmund und Berlin, haben wir ein reales Programm, das verwirklicht werden kann. Dieses reale Programm von Planung und Wettbewerb hat in diesem Jahr — so möchte ich schließen — seinen kleinen Befähigungsnachweis erbracht. Nun sollten wir doch auch alles dafür tun, auch hier in der Debatte, daß wir alle Gelegenheit haben, mit diesem Programm vom Jahre 1957 ab zu arbeiten, damit es dann seinen großen Befähigungsnachweis ablegen kann (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Mellies.

Wilhelm Mellies (Bonn): Genossinnen und Genossen! Nur noch ein paar Bemerkungen zu den Anträgen 36 und 82. Auf den sachlichen Gehalt dieser Anträge will ich dabei nicht eingehen, das ist durch die Vorredner schon hinreichend geschehen. In diesen beiden Anträgen, insbesondere im Antrag 36, ist harte Kritik an den Konferenzen geübt worden, die wir in den letzten Monaten durchgeführt haben. Ich glaube aber, der Erfolg, der durch diese Konferenzen für die Partei entstanden ist, beweist am besten, daß diese Kritik nicht berechtigt ist. Was wollen wir durch diese Tagungen erreichen? Wir wollen erreichen — ich habe das bei der Eröffnung der Tagungen wiederholt betont —, daß die Öffentlichkeit viel stärker, als das bisher möglich war, über die Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei auf bestimmten Gebieten unterrichtet wird. Wer die Berichte nicht nur in der Tagespresse gelesen, sondern sie nachträglich auch in der Fachpresse verfolgt hat, muß sagen, daß dieses Ziel, das wir uns gesteckt haben, in einem überraschenden Maße auch tatsächlich erreicht worden ist. Ich möchte aber noch einmal ausdrücklich feststellen: auf keiner dieser Tagungen sind Beschlüsse gefaßt worden, es ist nichts gesagt worden, was über das Aktionsprogramm oder über die Beschlüsse der Bundestagsfraktion hinausging. Wir haben sogar die Vorsicht — wenn ich so sagen darf — walten lassen, daß wir die Redner auf diesen Kongressen vorher gebeten haben, in einer Sitzung des Parteivorstandes kurz darzulegen, was auf diesen Kongressen gesagt werden soll. Wir werden auch in Zukunft so verfahren. Wir haben auf dem Kölner Kongreß im Januar und auf dem Kongreß über Fragen der Mittelschichten den Weg gewählt, daß wir die Darlegungen noch dadurch vertieft haben, daß einzelne Genossinnen und Genossen zu besonderen Fachfragen gesprochen haben. Auf den Kölner kommunalpolitischen Konferenzen haben wir seit Jahren die Übung entwickelt, daß nach den Referaten Arbeitsgemeinschaften zusammentreten, um das Gehörte noch weiter durcharbeiten und dann am nächsten Tag Bericht zu erstatten. Auf der Verkehrskonferenz in Hamburg haben wir zum erstenmal

den Versuch gemacht, auch eine Diskussion laufen zu lassen. Aber, Genossinnen und Genossen, ich bitte, hier die Schwierigkeiten zu sehen: Eine Diskussion muß sich naturgemäß in dem Rahmen bewegen, der durch das Ziel solcher Konferenzen gesteckt ist. Ich glaube aber, wenn im Münchner Antrag gesagt worden ist, daß solche Tagungen schädlich seien, dann geht das doch über das Maß einer berechtigten Kritik hinaus. Den Parteitag möchte ich auch darüber nicht im Zweifel lassen, daß wir etwas hartnäckige Sünder sind, und daß wir die Absicht haben, auf diesem Wege weiter fortzufahren. (Beifall.) Fritz Heine hat gestern schon angekündigt, daß wir im Herbst eine agrarpolitische Konferenz abhalten wollen. Ich habe die böse Absicht, den neugewählten Parteivorstand in seiner ersten oder spätestens in seiner zweiten Sitzung mit weiteren Vorschlägen für die Abhaltung von solchen Konferenzen bekannt zu machen, weil ich der Auffassung bin, daß es für uns von außerordentlichem Nutzen ist, wenn wir die Menschen ansprechen auf den Gebieten, die sie nun einmal aus ihrer beruflichen oder sonstigen Tätigkeit heraus in ganz besonderem Maße interessieren.

Genossinnen und Genossen! Wir bitten deshalb, den Antrag 36 abzulehnen. Wir sind damit einverstanden, daß der Antrag 82, wie der Genosse Hesselbach ausgeführt hat, dem Parteivorstand als Material überwiesen wird. Wir haben nur die Bitte, daß er überwiesen wird ohne die Formulierung, es habe sich beim Kölner Kongreß um die Monologe sogenannter Experten gehandelt. Im übrigen darf ich noch sagen, daß der Parteivorstand in einer seiner nächsten Sitzungen darüber zu beraten haben wird, wie die Tätigkeit des Wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand in stärkerem Maße als bisher aktiviert werden kann.

Ich bitte, aus diesen kurzen Darlegungen zu entnehmen, daß wir uns bemühen wollen, soweit das irgend möglich ist, durch solche Kongresse das Interesse der Öffentlichkeit auf die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei zu lenken (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Da Genosse Menzel auf ein offizielles Schlußwort verzichtet, erteile ich ihm das Wort zur Stellungnahme zu den Anträgen.

Walter Menzel (Bonn): Genossinnen und Genossen! Ich teile die Vorschläge des Parteivorstandes und des Parteiausschusses zu den Anträgen 43 bis 51, 83 bis 94 und 105 bis 108 mit.

Der Antrag 43 des Bezirks Hannover befaßt sich mit unserem Gesetzentwurf zur Neuordnung der Rentenversicherung. Dieser Antrag schlägt vor, die Sicherung der Altersversorgung durch bestimmte Richtlinien zu ergänzen, so wie sie in dem Antrag im einzelnen aufgeführt werden. Dieser Antrag schlägt außerdem vor, auch an die Altersversicherung der selbständig Arbeitenden heranzugehen. Der Parteivorstand schlägt Überweisung an die Fraktion vor.

Der Antrag 44 des Bezirks Südwest schlägt als „Schlagwort“ für die kommende Bundestagswahl vor „Pension für alle“. Es wird Überweisung an den Parteivorstand und an die Fraktion vorgeschlagen.

Der Antrag 45 des Unterbezirks Göttingen beschäftigt sich ebenfalls mit dem Sozialplan und gibt Anregungen zu einigen wichtigen Punkten dieses Planes,

vor allem zu der Frage der Vollbeschäftigung und den Problemen der jahreszeitlich bedingten Arbeitslosigkeit. Er fordert einen Gesamtrahmenplan und beschäftigt sich weiter mit dem Problem der sogenannten vorbeugenden Gesundheitsfürsorge. Er weist ferner auf die wichtige Frage des Finanzierungsprogramms zum Sozialplan hin. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Auch Antrag 46 des Kreisvereins Flensburg befaßt sich mit der Sozialreform. Es wird Überweisung an den Parteivorstand vorgeschlagen.

Der Antrag 47 des Unterbezirks Pirmasens behandelt die Frage des Vertrauensarztwesens. Es wird Überweisung an Parteivorstand und Fraktion vorgeschlagen.

Der Antrag 48 des Landesverbandes Berlin fordert die Bundestagsfraktion auf, sich für die Beibehaltung der einheitlichen Krankenversicherung in Berlin einzusetzen. Es wird angeregt, diesen Antrag der Fraktion zu überweisen. Den gleichen Vorschlag machen wir zum Antrag 49 des Landesverbandes Berlin hinsichtlich einer für notwendig gehaltenen Novelle zum Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes.

Es sei mir gestattet, vor allem auf Grund des Beitrages des Genossen Willy Könen-Düsseldorf einige kurze Bemerkungen zu machen. Die Probleme des Gesetzes zu Artikel 131 des Grundgesetzes sind seit Inkrafttreten des Gesetzes umstritten. Ich persönlich glaube kaum, daß wir bei der Zusammensetzung des jetzigen Bundestags Aussicht haben, neue Bestimmungen in das Gesetz einzubauen, die den Kreis der durch das Gesetz zu Artikel 131 Berechtigten einengen könnten. Aber ein Zweites ist zu sagen: Um das entscheidende Problem des Gesetzes zu Artikel 131 erkennen zu können, muß darauf hingewiesen werden, daß unter den 131ern nicht nur die ehemaligen Nationalsozialisten zu verstehen sind, sondern auch drei weitere Gruppen. Es sind das die ehemaligen Pensionäre der früheren Reichsbehörden, und zwar völlig unabhängig von ihrem Dienstgrad und völlig unabhängig von ihrer früheren Zugehörigkeit zu einer politischen Partei; die zweite Gruppe sind die früheren Angehörigen der Weimarer Wehrmacht. Drittens wird durch dieses Gesetz eine Regelung der Rechte der Vertriebenen zu erreichen versucht, also jener Beamten, Angestellten und zum Teil auch Dauerarbeiter, deren Dienstherr jenseits der Oder-Neiße-Linie z. B. die Stadt Breslau oder der Landschaftsverband Ostpreußen war. Es handelt sich also um große Gruppen ehemaliger öffentlicher Bediensteter, die in keinerlei Verbindung mit der früheren NSDAP gestanden haben. Genosse Könen hat seine Bedenken gegen die weitgehende Wiedereinstellung von Mitgliedern der ehemaligen NSDAP vorgetragen. Hier läßt sich von der gesetzgeberischen Seite kaum noch eine Änderung durchführen. Es wird nämlich immer wieder übersehen, daß auch das jetzige Gesetz zu Artikel 131 — ich zitiere wörtlich — festlegt, daß „Ernennungen und Beförderungen, die wegen enger Verbindung zum Nationalsozialismus vorgenommen worden sind, unberücksichtigt bleiben und daß das gleiche gilt für Verbesserung des Besoldungsdienstalters und der ruhegehaltfähigen Dienstzeit“. Die Entscheidung hierüber trifft die oberste Dienstbehörde, also das Land. Sie sehen, wie wichtig es ist, daß unsere Genossen in den Gemeinden, in den Kommunalverbänden und in den Landtagen aufpassen, daß die Bürgermeister und die Länderinnenminister mehr als bisher

von den Vorschriften des § 7 und § 9 des Gesetzes zu Artikel 131 Gebrauch machen, daß sie vor allem auch bei der Auswahl ihrer Mitarbeiter und Personalreferenten etwas vorsichtiger vorgehen, als es bisher geschehen ist. Der Bundesgesetzgeber allein schafft es nicht, wenn die Länderexekutive versagt.

In Antrag 50 fordert der Landesverband Berlin die Bundestagsfraktion auf, mit allen Mitteln das Inkrafttreten der von der Bundesregierung vorgelegten 4. Strafrechtsnovelle zu verhindern. Wir schlagen die Annahme dieses Antrags vor.

Der Antrag 51 des Bezirks Hessen-Nord befaßt sich mit dem Nachrichtendienst Gehlen. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag sowohl der Fraktion als auch dem Parteivorstand zu überweisen.

Bei Antrag 83 des Ortsvereins Velbert geht es um die Unterstützung der Ferienaktion für Kinder und Jugendliche aus Mitteldeutschland. Wir schlagen die Annahme dieses Antrags vor.

Nach dem Antrag 84 des Landesverbandes Berlin sollen sich alle Gremien der Partei auf „Bundes-, Bezirks-, Kreis-, Orts- und Abteilungsebene“ noch mehr als bisher und in jeder Form und bei jeder Gelegenheit der Heimatvertriebenen annehmen. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag anzunehmen. Das gleiche gilt für den Antrag 85 des Kreisverbandes Rosenheim-Land, der sich mit der personell ungenügenden Besetzung der Lastenausgleichsämtler befaßt.

Der Antrag Nr. 86 der Landesorganisation Hamburg berührt das sehr wichtige Problem der Bereinigung des außerordentlich zersplitterten Arbeitsschutzrechtes. Wir schlagen die Annahme dieses Antrags vor.

Der Antrag 87 des Unterbezirks Frankfurt am Main wird ebenfalls zur Annahme empfohlen. Es geht hierbei um die Durchführung der 40-Stunden-Woche auch in anderen Bereichen der Industrie, in der Wirtschaft und in der Verwaltung.

Antrag 88 des Ortsvereins Tailfingen befaßt sich mit der Frage der Stabilität des Geldes. Es wird Überweisung an die Fraktion vorgeschlagen.

Bei Antrag 89 des Unterbezirks Frankfurt am Main über die Notwendigkeit der Erhaltung gewinnbringenden Bundesvermögens wird Annahme empfohlen.

Der Antrag 90 des Kreisverbandes Rosenheim-Land, der sich mit Gewinnen aus Börsenmanipulationen befaßt, soll der Fraktion überwiesen werden.

Der Antrag 91 des Kreisverbandes Rosenheim-Land soll der Fraktion und dem Parteivorstand überwiesen werden. Er behandelt die Probleme um die Preissteigerungen.

Der Antrag 92 des Landesverbandes Berlin wird zur Annahme mit folgender kleinen stilistischen Änderung empfohlen: „Der Parteitag macht der Bundesregierung zum Vorwurf, daß sie bei den Preissteigerungen der letzten Wochen nicht eingegriffen und der notleidenden Bevölkerung im letzten harten Winter keine genügende Hilfsstellung gegeben hat.“ Es sind also nur die Worte „in diesem“ durch „im letzten“ geändert und das Wort „genügende“ eingefügt worden. Der Absatz 2 bleibt in der vorgeschlagenen Fassung. Es wird Annahme empfohlen.

Der Antrag 93 des Ortsvereins Gronau befaßt sich mit der Änderung des Grundsteuerrechts. Wir schlagen vor, ihn der Fraktion zu überweisen.

Das gleiche wird bei Antrag 94 des Kreisverbandes Rosenheim-Land angeregt, der sich mit dem vor einiger Zeit im Bundestag diskutierten Problem der Verfälschung von Lebensmitteln befaßt.

Es folgt Antrag 105 auf dem Sonderdruck, der von verschiedenen Bezirken unterschrieben ist und sich mit der Notwendigkeit einer weiteren Verbesserung der Kriessopferversorgung befaßt. Wir schlagen die Annahme des Antrages vor.

Der gleiche Vorschlag wird bei Antrag 108 des Unterbezirks Nürnberg gemacht, der die durch die Diskonterhöhungen der Bank deutscher Länder entstandenen Schwierigkeiten bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaues umreißt. Auch hier wird die Annahme empfohlen.

Vorsitzender von Knoeringen: Ich danke Kollegen Menzel für seine Schlußworte. Sie haben nun die Beurteilung der Anträge gehört, die zur Entscheidung stehen. Ich möchte jetzt zur Abstimmung schreiten und bitte Sie, die entsprechenden Anträge vorzunehmen. Mit dieser Abstimmung werden auch gleich die für Punkt 8 unserer Tagesordnung — dort heißt es „Sonstige Anträge“ — vorgesehenen Anträge mit behandelt. Es werden also jetzt der Antrag — ich will sie noch einmal aufrufen — 36, ferner die zu Punkt 4 der Tagesordnung abgedruckten Anträge, die Anträge 43 bis 51, die zum Punkt 8 der Tagesordnung vorliegenden Anträge 82 bis 94 und die in der besonderen Vorlage aufgeführten Anträge 105, 107 und 108 erledigt.

Ich komme zu Antrag 36. Der Genosse Mellies hat den Ablehnungsvorschlag begründet. Ich lasse darüber abstimmen und bitte Sie, durch Erheben der Delegiertenkarte Ihren Willen zu bekunden. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — 29 Stimmen. — Die Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag 43. Es wird die Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer für die Erledigung dieses Antrags durch Überweisung an die Bundestagsfraktion stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — 1 Stimmenthaltung; sonst einstimmig angenommen.

Antrag 44: Es wird Überweisung an den Parteivorstand und die Fraktion vorgeschlagen. Wer für diese Überweisung ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Antrag 45: Es wird Überweisung an den Parteivorstand vorgeschlagen zur Bearbeitung im Sozialpolitischen Ausschuß. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Antrag 46: Überweisung an den Parteivorstand wird vorgeschlagen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Einstimmig beschlossen.

Antrag 47: Überweisung an den Parteivorstand und an die Fraktion wird vorgeschlagen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig beschlossen.

Antrag 48: Überweisung an die Fraktion wird vorgeschlagen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Einstimmig so beschlossen.

Antrag 49: Dazu wird Überweisung vorgeschlagen. Es wollten vorhin zwei Genossen zu diesem Punkt noch sprechen, da sie erklärten, es sei ihnen der Antrag auf Überweisung nicht bekannt gewesen. Es wurde aber ausdrücklich festgestellt, daß dieser Antrag noch einer genaueren Erörterung bedürfe und daß sich der Vorstand bemühen werde, mit den Genossen, die den Antrag gestellt haben, noch über die Einzelheiten des Antrages zu beraten. Das wollte ich hier geklärt haben. — Wer für die Überweisung und die Weiterbehandlung des Antrages ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Gegenprobe. — 18. — Stimmenthaltungen? — Die Überweisung ist beschlossen.

Antrag 50: Es wird Annahme des Antrags empfohlen. Ich bitte um das Zeichen. — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Es ist so beschlossen.

Antrag 52, der noch hier steht, ist bereits durch den Tagesordnungspunkt 3 und die entsprechende Behandlung der Vorlage erledigt.

Wir kommen nunmehr zur Behandlung der Anträge zu Tagesordnungspunkt 8.

Antrag 82: Dazu hat Genosse Mellies vorhin gesprochen. Es ist festgestellt, daß dieser Antrag, soweit er die Kritik an der Konferenz beinhaltet, abgelehnt ist. Alles übrige, was in dem Antrag enthalten ist, soll als Material an den Vorstand weitergeleitet werden. Wer mit dieser Behandlung des Antrages einverstanden ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe. — 12 Stimmen. — Stimmenthaltungen? — 2. — Angenommen.

Ich rufe auf Antrag 83. Hierzu wird Annahme empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Einstimmig so beschlossen.

Antrag 84: Es ist ebenfalls Annahme empfohlen. Ich bitte um das Zeichen. — Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — 1 Enthaltung; sonst einstimmig angenommen.

Antrag 85: Es wird Annahme empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe. — Enthaltungen? — So beschlossen.

Antrag 86: Es wird Annahme empfohlen. Ich bitte um das Zeichen. — Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig so beschlossen.

Antrag 87: Es ist Annahme empfohlen. Ich bitte um das Zeichen. — Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Es ist so beschlossen.

Antrag 88: Überweisung an die Fraktion wird vorgeschlagen. Wer mit dieser Behandlung einverstanden ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe. 5 Stimmen. — Stimmenthaltungen? Keine. So beschlossen.

Antrag 89: Er wird zur Annahme empfohlen. Ich bitte um das Zeichen. — Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — So beschlossen.

Antrag 90: Es wird Überweisung an die Fraktion vorgeschlagen. Ich bitte um das Zeichen. — Gegenprobe. — 1 Gegenstimme. — Stimmenthaltungen? — 1 Enthaltung. (Zuruf: 2!) — 2 Gegenstimmen? Keine Enthaltung? (Zuruf: 1 Gegenstimme, keine Enthaltung.) — Hier war eine Gegenstimme. Ich stelle fest, 1 Gegenstimme, 2 Enthaltungen. Der Antrag ist überwiesen.

Es folgt der Antrag 91. Es wird Überweisung an Parteivorstand und Fraktion vorgeschlagen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — So beschlossen.

Antrag 92: Hier soll im ersten Absatz, wo es heißt:

Der Parteitag macht der Bundesregierung zum Vorwurf, daß sie bei den Preissteigerungen der letzten Wochen nicht eingegriffen und der notleidenden Bevölkerung in diesem harten Winter keine Hilfestellung gegeben hat.

„in diesem harten Winter“ ersetzt werden durch „im letzten harten Winter keine genügende Hilfestellung gegeben hat“.

Wer mit dieser Änderung einverstanden ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — So beschlossen.

Antrag 93: Es wird Überweisung an die Fraktion vorgeschlagen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — Einstimmig so beschlossen.

Antrag 94: Es wird Überweisung an die Fraktion vorgeschlagen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — So beschlossen.

Antrag 105: Es wird Annahme empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — Es ist so beschlossen.

Dann folgt als letzter Antrag der Antrag 108. Es wird Annahme empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? Bei 1 Stimmenthaltung so beschlossen. Genossinnen und Genossen! Damit haben wir auch diesen Punkt erledigt. Im Rahmen der Geschäftsordnung möchte ich mitteilen, daß sich ein Genosse Otto Köhler oder Höhler beim Postamt unten einfinden soll. Es ist Geld für ihn eingetroffen (Beifall).

Genossen, es folgt noch der Antrag 51; ich danke für diesen Hinweis. Es ist die Überweisung an die Fraktion vorgeschlagen. Es handelt sich um den Antrag, der sich mit der Organisation Gehlen beschäftigt. Wer für die Überweisung an die Fraktion ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — Es ist so beschlossen. Auch dieser verspätete Nachläufer ist damit erledigt.

Damit, Genossinnen und Genossen, haben wir alle Anträge behandelt. Über den weiteren Verlauf darf ich mitteilen, daß nach Abschluß des Parteitages heute nachmittag in Penzberg um 16 Uhr eine Kranzniederlegung und eine Abschlußkundgebung erfolgen, die vor allem den Opfern des Faschismus und aller Tyrannei und Gewaltherrschaft gewidmet sind. Dazu werden um 14.30 Uhr wieder wie gestern die Omnibusse in der Zeppelinstraße bereitstehen. Die Personenkraftwagen sollen sich vom Museum aus wie gestern anschließen. Wir werden denselben Weg wie gestern bis kurz vor Starnberg fahren, und von da aus ungefähr noch einmal so lang entlang dem Starnberger See, bis wir zu dem Bergarbeiterort Penzberg kommen. Dort ist an der Straßenkreuzung der Straße Nr. 11 bei Staltach—Iffeldorf ein besonderes Ehrenmal für die Opfer aus Dachau, die bei dem großen Todesmarsch der Dachauer Häftlinge 1945 noch bis dorthin gekommen sind. An dieser Straßenkreuzung

soll ein erster Kranz niedergelegt werden. Ein zweiter Kranz soll im Namen des Kongresses auf dem Friedhof in Penzberg niedergelegt werden. Dann wird sich der Parteitag, als besonderer Zug formiert, zu dem Ehrenmal begeben, wo die Hinrichtungen vieler Genossen stattfanden. Dort werden der Genosse Ollenhauer und acht Vertreter sozialistischer Parteien sprechen.

Ich bitte, diese Mitteilungen zu beachten und, wenn möglich, im Konvoi dort hinauszufahren. Abfahrt ist um 14.30 Uhr.

Damit ist diese geschäftliche Mitteilung erledigt. Zum Abschluß der politischen Beratungen erteile ich das Wort dem Genossen Erich Ollenhauer.

Erich Ollenhauer (von starkem Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst dem Parteitag noch eine Mitteilung machen.

Wir haben gestern nachmittag telegraphisch den Wortlaut eines Briefes des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands erhalten, der vorher, gestern morgen, in der „Prawda“ veröffentlicht worden ist. In diesem Brief wird die Sozialdemokratische Partei aufgefordert, sich für die Wiedervereinigung Deutschlands durch Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow einzusetzen und außerdem einer Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien zuzustimmen. Der sachliche Inhalt dieser beiden Forderungen ist durch die hier gefaßten einstimmigen Beschlüsse des Parteitags bereits beantwortet, und ich kann deshalb ohne weitere Bemerkungen diese Feststellung beschließen.

Genossinnen und Genossen! Wir stehen jetzt am Ende eines der arbeitsreichsten Parteitage in der Geschichte unserer Partei. Ich möchte zunächst dem Parteitag persönlich für das ungewöhnliche Maß von Vertrauen danken, das mir gestern durch meine Wiederwahl zum Parteivorsitzenden zum Ausdruck gebracht worden ist (Beifall). Diese Wahl ist eine große Stärkung für die Aufgaben, die wir alle gemeinsam in den nächsten Monaten zu leisten haben, und sie ist vor allem auch eine Unterstreichung unseres Willens, in Kameradschaft und Solidarität an diese Arbeit zu gehen. Ich danke Euch dafür. Ich möchte auch danken im Namen aller übrigen Vorstandsmitglieder, vor allem im Namen von Wilhelm Mellies, dem stellvertretenden Vorsitzenden unserer Partei, für das Vertrauen, das diese Wahl den Mitgliedern des Parteivorstandes zum Ausdruck gebracht hat (Beifall). Außerdem darf ich in diesem einzigen Fall, in dem wir der Kontrollkommission etwas zu sagen haben, im Namen der Mitglieder der Kontrollkommission dem Parteitag auch für ihre Wiederwahl hier den Dank zum Ausdruck bringen (Beifall).

Der Parteivorstand hat sich in seiner Zusammensetzung aus verschiedenen Gründen, teils durch Verzicht einzelner Mitglieder, teils durch die Entscheidung des Parteitags selbst, geändert. Ich möchte auch dazu einige Worte sagen. Ihr habt gestern auf der Vorschlagsliste, die zur Abstimmung stand, den Namen des Genossen Wenzel Jaksch nicht wiedergefunden. Der Genosse Wenzel Jaksch hat vor dem Parteitag mir und später dem Parteivorstand in der vorbereitenden Sitzung am letzten Sonntag mitgeteilt, daß er nicht mehr für den Parteivorstand zu kandidieren wünsche. Ich habe im Einvernehmen und in Übereinstimmung mit allen anderen Mitgliedern des Parteivorstandes den Genossen Jaksch gebeten, diese seine Entscheidung zu ändern und wieder dem Parteitag als Kandidat für den Vorstand zur Verfügung zu stehen, weil

ich aus persönlichen und sachlichen Gründen glaubte, daß die weitere Mitgliedschaft von Wenzel Jaksch im Parteivorstand eine gute Sache gewesen wäre. Ich bedauere, daß der Genosse Wenzel Jaksch sich nicht hat entschließen können, seine Ablehnung zurückzuziehen. Wir waren deshalb gezwungen, von seiner Entscheidung Kenntnis zu nehmen. An diesen Tatbestand sind in der Presse einige Kombinationen geknüpft worden, die sich vor allem auf das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den ihr jetzt angehörenden früheren Mitgliedern der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei beziehen, unseren sudetendeutschen Genossen.

Ich möchte, um allen derartigen Spekulationen von vornherein entgegenzutreten, hier — sicher im Einvernehmen mit den jetzigen sudetendeutschen Genossen, die heute in der Partei eine sehr verdienstvolle aufbauende Arbeit leisten — erklären, daß sich durch die Entscheidung des Genossen Wenzel Jaksch an dem positiven Verhältnis dieser Genossen zur Partei und der Partei zu ihnen nicht das geringste ändern wird. (Starker Beifall.) Wir sind und bleiben Mitglieder einer Partei und werden gemeinsam unsere Kraft einsetzen, um die besonderen Sorgen und Belange, die unsere heimatvertriebenen Genossen haben, noch mehr zu befriedigen, als es in der Vergangenheit der Fall war (Beifall). Ich bin sicher, daß unsere sudetendeutschen Freunde wissen, daß es eine Realisierung ihrer Vorstellungen und Wünsche, die unsere sind, nur geben wird, wenn wir eine geschlossene und starke deutsche Sozialdemokratie in der Bundesrepublik haben (Beifall).

Dann ist ausgeschieden auf eigenen Wunsch unsere Genossin Elisabeth Selbert. Sie ist krank und hat weitgehende berufliche Verpflichtungen. Wir haben deshalb ihren Wunsch zur Kenntnis genommen. Ich möchte aber im Namen des Parteitags der Genossin danken für ihre Mitarbeit nicht nur im Rahmen des Parteivorstands, sondern auch für ihre energische und zielbewußte Arbeit in der Gesetzgebung zur Durchführung der Gleichberechtigung der Frau (Beifall).

Dann hat unsere Louise Schröder sich entschlossen, ebenfalls auf eine neue Kandidatur für den Parteivorstand zu verzichten. Wir alle empfinden diesen Beschluß als eine Angelegenheit der ganzen Partei, weil der Name und die Leistungen von Louise Schröder, vor allem in den schweren Jahren nach dem Krieg in Berlin, mehr sind als nur der Ausdruck der Mitgliedschaft in der leitenden Körperschaft. Sie hat sich durch ihre Leistungen in der ganzen Partei, vor allem für das Volk von Berlin und für die Sache der Freiheit des deutschen Volkes unschätzbare und unvergeßliche Verdienste erworben. (Anhaltender starker Beifall.) — Louise, du bist nicht mehr Mitglied unseres Vorstandes, aber wir alle hoffen, daß wir dich noch recht lange frisch und munter und in deinem alten Geist der Arbeit und des Kampfes in unserer Mitte sehen werden. (Erneuter Beifall.)

Von den bisherigen Mitgliedern sind durch die Entscheidung des Parteitags von gestern nicht wiedergewählt worden die Genossen Franz Haas und Heinz Kühn. Ich möchte beiden Genossen danken für ihre Mitarbeit im Parteivorstand und der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir weiterhin mit ihnen gemeinsam arbeiten in den Funktionen, die sie innerhalb der Partei unabhängig von der Mitgliedschaft im Parteivorstand haben werden. Wir sind sicher, daß

das in ihrer eigenen Auffassung liegt und daß sie als Mitarbeiter und Freunde weiter in unseren Reihen stehen werden (Beifall).

Genossinnen und Genossen! In diesem Zusammenhang ein Dankwort an die Delegierten des Parteitags für die loyale Durchführung der Wahl zu den leitenden Körperschaften, die gestern erfolgt ist. Ihr wißt, wir haben nach dem Berliner Parteitag einige Sorgen gehabt. Wir haben darüber auch intern gesprochen, und ich freue mich, heute feststellen zu können, daß die Delegierten von ihrem höchsten Recht der Wahl der leitenden Körperschaften in einer so umfassenden und loyalen Weise Gebrauch gemacht haben.

Das ist eine Voraussetzung für die Stärkung des Vertrauens zu den leitenden Körperschaften der Partei innerhalb und außerhalb der Partei (Beifall).

Dann, Genossinnen und Genossen, möchte ich ein sehr herzliches Wort des Dankes an unsere internationalen Gäste sagen. Wir haben eine große Zahl von sehr repräsentativen Vertretern der sozialistischen Parteien in Europa, Asien und Amerika in unserer Mitte gesehen. Wir haben sie hier gehört, und jeder von ihnen hat in seinen Ansprachen mehr gegeben als ein brüderliches Wort, vielmehr auch sehr wichtige sachliche Informationen und Anregungen. Sie haben dadurch zu einer wesentlichen Bereicherung unserer Arbeit und zur Stärkung des Bewußtseins unserer Verbundenheit mit allen Teilen der internationalen Arbeiterbewegung beigetragen, und wir danken ihnen. (Starker Beifall.)

Darf ich an dieser Stelle noch ein anderes Wort sagen: Seit gestern weilt der Ministerpräsident von Indien, Nehru, auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland. Wir freuen uns, daß Ministerpräsident Nehru diesen Besuch der Bundesrepublik abstattet, und wir hoffen, daß er dazu führt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern enger zu gestalten und weiter auszubauen. (Lebhafter Beifall.) Ich möchte hier im Namen des Parteitags feststellen — ich glaube, daß ich das tun darf —, daß wir dem indischen Ministerpräsidenten und dem indischen Volk unsere herzlichsten Grüße und die besten Wünsche für die weitere Aufwärtsentwicklung des großen indischen Volkes senden möchten. (Langanhaltende begeisterte Zustimmung.)

Die Durchführung des Parteitages hat es mit sich gebracht, daß ich Ministerpräsident Nehru erst morgen abend am Schluß seines Besuches in Bonn sehen werde. Aber ich nehme an, daß der Parteitag damit einverstanden ist, wenn ich ihm diese Grußbotschaft der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands morgen auch persönlich überbringe. (Erneute begeisterte Zustimmung.) Und nun, Genossinnen und Genossen, habe ich eine angenehme Pflicht zu erfüllen gegenüber unseren Gastgebern, d. h. gegenüber der Bayerischen Staatsregierung, gegenüber der Stadt München, gegenüber der Parteiorganisation und ihren Mitgliedern in München. Wir haben hier in München nicht nur alle Voraussetzungen für eine reibungslose und erfolgreiche Durchführung des Parteitags gefunden, sondern wir haben auch bei allen Beteiligten ein Maß der Gastfreundschaft und der Hilfe gefunden, die uns das Gefühl gegeben hat, daß wir in dieser Stadt München und im Land Bayern als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie uns wirklich heimisch fühlen konnten. (Großer Beifall.) Die geselligen Veranstaltungen haben den Nichtbayern in unserem Kreis auch einen tieferen Einblick in das bayerische Wesen gestattet.

(Heiterkeit und Beifall.) Freilich, die Eindrücke waren teilweise so stark und so unüberhörbar, daß wir sie nicht vergessen werden. (Erneute heitere Zustimmung.) Aber immerhin haben Sie gefühlt, welche echte Verbundenheit hinter all diesen Veranstaltungen stand, und es hat sich gezeigt, daß die sozialdemokratische Mehrheit, die Thomas Wimmer in direkter Volkswahl wieder zum Oberbürgermeister gewählt hat, tief begründet ist in Treue und Sympathie gegenüber der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Lebhafte Zustimmung.)

Und dann, Genossen und Genossinnen, möchte ich danken sehr vielen Namenlosen, angefangen von den Münchner Genossen, die Gäste in Quartier genommen haben, bis zu den Ordnern hier im Saal und zu den vielen, die hier kaum in Erscheinung getreten sind, weil sie hinter den Kulissen die Maschinerie einer so großen Tagung zu bewältigen hatten, seien es ehrenamtliche Funktionäre der Partei oder seien es die Mitarbeiter des Parteivorstands, die in diesen Tagen — es sind 10 Tage allein hier in München — wirklich ohne jede Rücksicht auf ihre persönlichen Wünsche und Annehmlichkeiten dafür gesorgt haben, daß dieser Parteitag auf der technischen Ebene in so vorbildlicher Weise durchgeführt werden konnte. (Lebhafter Beifall.) Es gibt genug hämische Leute in Deutschland, die, wenn sie von der Sozialdemokratie sprechen, mit einem Nasenrumpfen von dem „Apparat“ sprechen. Natürlich, diese Partei hat einen Apparat, weil er eine Voraussetzung für das Funktionieren eines solchen Organismus ist. Aber hier ist wieder einmal wie jeden Tag draußen in der namenlosen Kleinarbeit demonstriert worden, daß dieser Apparat getragen wird von Menschen, die aus Überzeugung und mit Hingabe dieser Partei zu dienen bereit sind. (Großer Beifall.)

Und dann, Genossinnen und Genossen, ein Wort des Dankes an Presse, Film, Rundfunk und Fernsehen. Dieser Parteitag hat das Interesse der öffentlichen Meinung gefunden wie kein anderer zuvor, und wir haben in allen Organen der öffentlichen Meinungsbildung einen Widerhall des Parteitags von ungewöhnlicher Stärke gefunden. Wir danken das den Männern und Frauen, die hier diese Arbeit auf sich genommen haben. Ich möchte nur sagen: Sie werden uns zugeben, daß auch wir uns bemüht haben, Ihnen etwas zu bieten (heiterer Beifall), vielleicht nicht all die Sensationen, die manche von Ihnen erwartet haben, aber ein gutes Stück solider Arbeit, und eine große geistige politische Leistung, auf die dieser Parteitag stolz sein darf. (Begeisterte Zustimmung.)

Ich möchte auch — sicher in Eurem Namen — das Präsidium des Parteitags in diesen Dank einbeziehen. Waldemar und Fritz haben eine verschiedene Art, zu kritisieren (Heiterkeit). Aber sie haben uns alle beide in ihrer Art ziemlich an die Kandare genommen, sonst wären wir nicht in so geordneter Weise durch das Riesenspensum unserer Arbeit gekommen. Ich möchte deshalb ihnen beiden und den anderen Mitgliedern des Präsidiums für diese Leistung danken. (Stürmischer Beifall.)

Wir haben unter uns eine Reihe von Genossen und Genossinnen, die auf eine lange Erfahrung bei sozialdemokratischen Parteitagen zurückblicken können und Vergleichsmöglichkeiten haben. Ich glaube, wir können es annehmen, wenn die uns sagen, daß dieser Münchner Parteitag 1956 zu den

besten und fruchtbarsten Parteitagen gehört, die die Partei jemals durchgeführt hat. (Brausender Beifall.) Genossen und Genossinnen, nicht nur wegen der Einstimmigkeit in den entscheidenden Fragen, und ich meine, wir sollten uns diese sauer erarbeitete Einstimmigkeit nun nicht wieder von allen möglichen Leuten vermiesen lassen. (Bravo-Rufe und brausender Beifall.) Ich kenne — und mit mir die Mitglieder des Parteivorstands — jede Einzelheit der Vorbereitung dieses Parteitags, von den Bezirksparteitag hier bis zu den vorbereitenden Besprechungen von Parteiausschuß und Parteivorstand. In diesen Arbeiten und Leistungen ist um die Klärung gerungen worden. Und wenn wir uns hier zu einmütigen Beschlüssen gefunden haben, dann war das nicht das Resultat einer geschickten Regie oder einer geschickten Lenkung des Parteitages, es war das Resultat einer Leistung einer frei gewählten demokratisch parlamentarischen Institution. (Stürmischer Beifall.) Sie ist zustande gekommen, weil wir politisch ein solches Resultat zu erreichen uns bemühten, und sie ist zustande gekommen, weil es hier auf diesem Parteitag nicht ein einziges böses Wort gegeben hat, sondern weil hier auch bei sachlichen Meinungsverschiedenheiten gerungen wurde im Geist der Toleranz und im Geist der Verbundenheit mit der gemeinsamen Sache. Darauf können und sollen wir stolz sein. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich will keine weiteren politischen Themen hier behandeln. Ich will nur eines feststellen: Der Verlauf und die Resultate dieses Parteitags sind ein gutes Vorzeichen für die kommenden Aufgaben. Dieser Parteitag hat den Blick der Sozialdemokratie nach vorwärts gerichtet. Wir haben uns nicht nur gefunden in der Festlegung der Aufgaben für die Zukunft, sondern wir haben den Anfang gemacht, die Aufgaben der Partei hineinzustellen in die große Perspektive der auf uns zukommenden geschichtlichen Entwicklung in Wissenschaft und Technik. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat auf diesem Parteitag Tritt gefaßt im Rhythmus der modernen Zeit. (Stürmischer Beifall.)

Es bleibt nichts anderes zu tun, als daß wir weggehen mit dem Willen, jenen Appell an das Volk Wirklichkeit werden zu lassen, der am Ende unserer Entschließung über die sozialdemokratischen Aufgaben auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Atomenergie und der ganzen technischen Entwicklung steht. Da heißt es, und das ist eine unserer Parolen an das deutsche Volk:

Gebt der Sozialdemokratie die politische Führung in eine neue Zeit! (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Wir sind damit am Ende dieses Parteitags. Die Arbeit wurde geleistet, und es bleibt mir nur noch, ein paar Worte als Beauftragter des Präsidiums zu sprechen.

Zunächst einmal, Genossinnen und Genossen, will ich Dank sagen und Anerkennung dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Erich Ollenhauer, Dank sagen dafür, daß er seit Jahren mit sicherer Hand das Steuer des Schiffes gelenkt hat, das er von unserem unvergeßlichen Kurt Schumacher übernommen hat. (Starker Beifall.) Erich Ollenhauer ist ein Mann der Sachlichkeit, der Verantwortung, des Ernstes; das hat seine große Rede auf diesem Parteitag erneut bewiesen. Er ist ein fairer Politiker, er ist ein Mann des Ausgleichs, ohne dabei den kämpferischen Mut vermessen zu lassen. Er

ist klug in seinen Entscheidungen, und oft habe ich ihn bewundert, wie er aus der Vielfalt der Meinungen immer jene Linie entwickelte, die unser aller Auffassung dann entsprach. Wir wünschen und hoffen, daß er noch viele Jahre an der Spitze dieser Partei steht und daß er dafür die Verantwortung trägt, daß diese Partei ihre Beschlüsse durchführt, die sie in demokratischer Weise sich gegeben hat (Beifall). Im Oktober wird Genosse Ollenhauer zum erstmalig als deutscher Sozialdemokrat in den Fernen Osten reisen zu der großen Konferenz der asiatischen Sozialisten. Dieses Ereignis ist bedeutsam in der Geschichte der asiatischen Sozialdemokratie, und ich glaube, dieser Parteitag sollte in diesem Augenblick ihm feierlich die Grüße mit auf den Weg geben, damit er sie dort verdolmetscht, und erklären, daß wir alle, welcher Rasse und welchem Volke wir angehören, demokratische Sozialisten sind und daß dieser Geist der Gemeinschaft uns bindet. Ich bin überzeugt, Erich Ollenhauer wird diesen Wunsch übermitteln und wird den Genossen dort sagen können, daß wir genau wie sie unsere Aufgabe und unsere Pflicht an dem großen Werk erfüllen.

Dann, Genossinnen und Genossen, möchte ich Dank sagen euch allen für die hervorragend disziplinierte Mitarbeit, die es dem Präsidium möglich gemacht hat, die Arbeiten so gut abzuwickeln.

Sozialdemokratische Parteitage sind Meilensteine, sie sind wie Scheinwerfer, die das Licht sammeln und es vorauswerfen auf den Weg, der vor uns liegt. Sie sind für uns alle Quellen der Kraft. Als wir in der Vorbereitung dieses Parteitags die vergilbten Protokolle von 1902 durchgeblättert haben, da war mir bewußt, was jene Zeilen bedeuten, die in diesem alten Protokoll der Partei drinstehen. Und aufgestanden ist der Geist derer, die damals gekämpft haben und von denen heute noch einer als Delegierter unter uns weilt. Aber, Genossinnen und Genossen, es waren dieselben Sozialdemokraten! Und wir in München sind stolz darauf, daß wir diesen bedeutenden Parteitag in unseren Mauern heute abschließen können. Wenn einstmals spätere Generationen die Protokolle zur Hand nehmen, die jetzt die Stenographen niederschreiben, und lesen werden, was wir uns bemüht haben zu tun, dann werden sie vielleicht feststellen können: Damals an der Wende der deutschen Politik hat die deutsche Sozialdemokratische Partei als erste den Schritt in eine neue Zeit getan, und wir hier sind dabeigewesen!

Nun, Genossinnen und Genossen, geht hinaus, hinaus in die Lande, zurück an die Stätten der Pflicht! Lassen wir die Geschlossenheit, den Geist, der in diesem Raum in diesen Tagen lebendig war, hinausdringen in die Ortsvereine, in die Organisationen! Reißen wir die Müden auf, die Zaudernden mit und geben wir ihnen ein Stück des Glaubens, der uns hier beseelt hat!

Die Partei — wir wissen es alle — ist unsere Heimat, die Partei ist unser Leben.

Und darum: Es lebe diese unsere Partei, es lebe die deutsche Sozialdemokratie, es lebe die Internationale, es lebe die menscheitumgreifende Idee des demokratischen Sozialismus! (Anhaltender brausender Beifall.)

Der Parteitag 1956 ist geschlossen.

(Mit dem Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ und dem Ruf „Freundschaft“ schließt der Parteitag.)

(Schluß des Parteitages: 11.45 Uhr.)

ANGENOMMENE ENTSCHEIDUNGEN UND ANTRÄGE

Forderungen der Sozialdemokratischen Partei zur deutschen Wiedervereinigungspolitik

I. Grundlegende Erfordernisse für die Außenpolitik der Bundesrepublik

1. Zu einer dauerhaften Friedensordnung in Europa gehört die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit. Die Außenpolitik der Bundesregierung muß alle Bestrebungen fördern, die einer solchen dauerhaften Friedensordnung in Europa dienen. Die vier Mächte, die eine unmittelbare gemeinsame Verantwortung für die Regelung der deutschen Frage haben, müssen zur Lösung der untrennbar miteinander verbundenen Probleme der europäischen Sicherheit und der Wiedervereinigung Deutschlands bewogen werden. Dazu werden allseitige Verhandlungen erforderlich sein, in denen Mißtrauen überwunden und Vertrauen geschaffen wird.
2. Die Teilung Deutschlands kann nur überwunden werden, wenn Ost und West die Absicht aufgeben, ein wiedervereinigtes Deutschland so in ihr militärisch-politisches System einzubeziehen, daß es die andere Seite als Bedrohung empfindet. Die Pariser Verträge und das Warschauer Abkommen haben die Bundesrepublik in das militärische Verteidigungssystem der NATO und die sowjetisch besetzte Zone in das Verteidigungssystem der Ostblockstaaten einbezogen. Eine neue Außenpolitik der Bundesrepublik muß alle Anstrengungen machen, um auf die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa hinzuwirken. Dazu muß zunächst die Bundesrepublik auf die Großmächte einwirken, durch eine Revision der Verträge von Paris und Warschau die beiden Teile Deutschlands gleichzeitig von ihren militärischen Verpflichtungen zu entbinden.
3. Durch eine solche neue Außenpolitik kann die Voraussetzung für die Verständigung der vier Mächte über ein in einen europäischen Sicherheitspakt eingegliedertes wiedervereinigtes Deutschland geschaffen werden, das an diesem Sicherheitspakt mit gleichen Rechten und Pflichten teilnimmt. Das erfordert ein Übereinkommen über den militärischen Status des wiedervereinigten Deutschlands, dem alle vier Mächte zustimmen können und das auch die Sicherheit des deutschen Volkes garantiert.
4. Eine neue Außenpolitik der Bundesrepublik muß alle Schritte fördern, die auf eine Verminderung der internationalen Spannungen, auf die Einschränkung des Rüstens, die Verringerung der Truppenstärken und das Verbot atomarer, biologischer und chemischer Vernichtungsmittel hin-

streben. Sie muß die Bemühungen um ein Abkommen über die international kontrollierte Abrüstung unterstützen. Die Verminderung der noch auf dem deutschen Boden befindlichen ausländischen Truppen und die Festsetzung von Höchststärken der Truppen beider Teile Deutschlands sollten als erste Maßnahme angestrebt werden.

II. Die Beziehungen zur Sowjetunion

5. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR ist im September 1955 von beiden Regierungen in Moskau vereinbart und vom Deutschen Bundestag einstimmig gebilligt worden. Nunmehr müssen die erforderlichen Schritte getan werden, damit die Regierungen beider Staaten zu tatsächlichen normalen Beziehungen gelangen. Die schweren Erschütterungen, denen ganz besonders die deutsch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren der Hitlerherrschaft, des Krieges und der Besatzungszeit ausgesetzt worden sind, können nur so überwunden werden. Dabei muß die Außenpolitik der Bundesrepublik stets von dem Bemühen getragen sein, die freundschaftlichen Beziehungen zu den Westmächten und die erstrebten normalen Beziehungen zur UdSSR nicht gegeneinander auszuspielen.
6. Die Bundesregierung muß im Interesse der Verbesserung der Beziehungen ein Handelsabkommen oder einen Handelsvertrag mit der Regierung der UdSSR abschließen. Derartige Abmachungen zwischen beiden Staaten können über die rein wirtschaftliche Bedeutung hinaus die gegenseitigen Beziehungen günstig beeinflussen.

III. Das Verhältnis zu den Ostblockstaaten

7. Zwischen den Staaten, die in Europa oder Asien zum Ostblock gehören, und der Bundesrepublik sollte die Normalisierung der Beziehungen als ein Beitrag zur Politik der Entspannung angestrebt werden.
8. Die bisherigen Handelsbeziehungen zu einigen Ostblockstaaten, die noch auf der Grundlage der von den Besatzungsmächten getroffenen Vereinbarungen unterhalten werden, müssen in zweckdienlicher Weise zu Handels- und diplomatischen Beziehungen ausgebaut und entwickelt werden. Das gilt vor allem für die unmittelbaren Nachbarstaaten Deutschlands. Durch geregelte Wirtschaftsbeziehungen wird die Bundesrepublik zu einem der Verständigung dienenden Verhältnis gegenüber diesen Staaten gelangen; sie wird auch die Interessen der noch in einigen dieser Staaten lebenden Deutschen wirksamer wahrnehmen können.

Zur Volksrepublik China ist durch den Abschluß eines Handelsvertrages die Grundlage zu normalen Beziehungen zu schaffen.

IV. Die Regelung der innerdeutschen Beziehungen

9. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit kann nicht durch Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Regierung der SBZ erreicht werden, weil das für die Wiedervereinigung unerläßliche Sicherheitsabkommen eine Übereinkunft der vier Mächte voraussetzt. Die Bun-

desregierung muß alle Ansinnen zurückweisen, Abmachungen zu treffen, durch die die Verantwortlichkeit der vier Mächte für Gesamtdeutschland verletzt oder eingeschränkt würde.

10. Solange die Regierung der SBZ nicht aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangen ist, kann die Bundesregierung zu ihr auch nicht normale Beziehungen aufnehmen, weil bei der Knebelung der staatsbürgerlichen Freiheiten im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands nicht die *Bevölkerung* der SBZ als Gesprächspartner auftreten kann. Andererseits muß die Bundesregierung bestrebt sein, das Zusammenleben der Deutschen während der noch andauernden Spaltung Deutschlands zu erleichtern und dadurch auch Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands unter einer freigewählten Regierung zu schaffen.
11. Um der Welt zum Bewußtsein zu bringen, daß die Teilung Deutschlands vom deutschen Volk nicht hingenommen wird, und um der Wiedervereinigung unter einer frei gewählten deutschen Regierung zu dienen, tritt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für den Abbau der Schranken durch gesetzgeberische und Verwaltungsmaßnahmen beider deutscher Seiten und durch technische Abmachungen der zuständigen Dienststellen beider Seiten ein. Möglichst viele Sachgebiete menschlicher Beziehungen und Tätigkeiten sollen nach dem Grundsatz größtmöglicher Freizügigkeit für den gesamtdeutschen Verkehr und Austausch freigegeben werden. Die Grenzen für Verkehr und Austausch auf diesen Gebieten ergeben sich aus einer notwendigen Übereinkunft, daß beide Seiten darauf verzichten, diese Beziehungen zu militärischer und Wirtschaftsspionage auszunützen. Politische Propaganda wird von dem Augenblick an frei betrieben werden können, in dem beide Seiten übereinkommen, die Freiheit der politischen Betätigung in Wort und Schrift zu gewährleisten. Bis dahin ist die Sozialdemokratische Partei gezwungen, die Methoden ihrer politischen Aufklärungsarbeit in der sowjetisch besetzten Zone den Bedingungen anzupassen, die sich durch die Unmöglichkeit freier Betätigung ergeben.
12. Als nächste Maßnahmen fordert die Sozialdemokratische Partei:
 - a) Durch den Ausbau der Treuhandstelle für den Interzonenhandel und gegebenenfalls durch die Errichtung weiterer Treuhandstellen oder entsprechender interzonaler Organe ist das System der Verrechnung und der Genehmigung zur Erleichterung des Personen- und Güterverkehrs und zur Abwicklung aller Zahlungsverpflichtungen zu normalisieren.
 - b) Um dem Auseinanderleben der Teile Deutschlands entgegenzuwirken, sind in Kultur- und Unterrichtsfragen Regelungen anzustreben, die den Austausch von Studenten und Dozenten, von wissenschaftlicher und Fachliteratur, von Künstlern und Vortragenden fördern.

V. Die innere Gestaltung Deutschlands

13. Die Gestaltung des Wirtschafts- und Sozialsystems des wiedervereinigten Deutschlands unterliegt allein den freien Entscheidungen eines frei gewählten gesamtdeutschen Parlaments.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich für eine sozialistische Neugestaltung Deutschlands ein, deren unveräußerlicher Bestand-

teil die Demokratie sein wird. Sie lehnt es ab, die innere Gestaltung des wiedervereinigten Deutschlands fremden Interessen und Geboten unterzuordnen.

14. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich stets gegen die unter dem Schlagwort „Errungenschaften“ vorgenommenen Eingriffe der sowjetischen Besatzungsmacht in das politische und wirtschaftliche Leben des von der Sowjetmacht besetzten Teils Deutschlands gewandt. Sie wendet sich aber auch entschieden dagegen, unter dem Schlagwort der „freien Wirtschaft“ die Wiedervereinigung mit einer Reprivatisierung des enteigneten Großbesitzes und der Überführung neu aufgebauter Werke in Privatbesitz zu verknüpfen.

Die Rückgabe früheren agrarischen Großbesitzes zu Lasten selbständiger Bauern oder die Rückgabe der Schlüsselindustrien an frühere Besitzer und die Übergabe von Eigentum der öffentlichen Hand an Private sind nicht geeignet für die Lösung der mit der Wiedervereinigung zusammenhängenden Wirtschafts- und Sozialprobleme.

Neben der Arbeiterschaft müssen die Bauern, die kleinen und mittleren Selbständigen des Handwerks, des Handels, des übrigen Gewerbes und die freiberuflich Tätigen wieder zu selbstverantwortlichen Kräften in Gesellschaft und Wirtschaft erhoben und gefördert werden.

Die Notwendigkeit einer Entschädigung der früheren Besitzer bleibt unbestritten.

Soweit der organisatorische Aufbau des Schul- und Hochschulwesens den allgemeinen Zugang zur Bildung und Ausbildung erleichtert hat, dürfen diese Änderungen nicht rückgängig gemacht werden, nachdem die Parteiprivilegien der SED beseitigt sein werden.

Die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit bedeutet nicht den Anschluß des einen Teils an den anderen.

Die SPD tritt dafür ein, daß in einem wiedervereinigten Deutschland jegliches Besitz- und Bildungsmonopol gebrochen wird. Daher wird sie unter demokratischen Bedingungen, unter Überwindung aller parteiegoistischen Machtpositionen, die Forderungen zu verwirklichen suchen, die sie in ihrem Aktionsprogramm aufgestellt hat.

Entschliebung zur Lage in der Sowjetzone

Der Münchener Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist in unerschütterlicher Solidarität mit den 17 Millionen Deutschen der Sowjetzone und Ost-Berlins verbunden, die im 12. Jahr unter einem ihnen aufgezwungenen totalitären Regime leben müssen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird, gemeinsam mit den Deutschen jenseits der Zonen- und Sektorengrenze, den Kampf fortsetzen, der zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit führt.

Das SED-Regime hat in den vergangenen Jahren die Unterdrückungsmaßnahmen fortgesetzt, die sich gegen die demokratischen Rechte der Bevölkerung und die Verbundenheit der Deutschen in Ost und West richten. Die Gesetze gegen „Staatsverrat“, „Abwerbung“ und „Beihilfe zur Republikflucht“ haben die Rechtsunsicherheit noch weiter verstärkt.

Der 2. Fünfjahresplan sieht die weitere Monopolisierung der Produktionsmittel durch die sogenannte Staatsbeteiligung an den verbliebenen privaten Kleinbetrieben vor. Das Handwerk soll durch zwangsweise Eingliederung in staatliche Kollektivbetriebe völlig gleichgeschaltet und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft weiter vorangetrieben werden. Hand in Hand damit laufen Maßnahmen zur fortgesetzten Normenerhöhung und Lohnrückstufung. Alle diese Maßnahmen sind nicht nur antisozialistisch, ihre Auswirkungen sind um so verderblicher, als sie die Spaltung Deutschlands vertiefen. Die SED, die in der sowjetisch besetzten Zone gegen die Mehrheit der Bevölkerung regiert, verharrt auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU im brutalen Stalinismus. Trotz aller Selbstkritik auf der Parteikonferenz der SED, trotz der kritischen Äußerungen gegen die Benjamin und Melsheimer sind keine sichtbaren Veränderungen in bezug auf die Schaffung rechtlicher Garantien zu verzeichnen.

Die unumschränkten Befugnisse des „Staatssicherheitsdienstes“ sind bisher nicht angetastet worden. SSD und Justiz dienen immer noch als Gewaltinstrumente gegen die Bevölkerung. Von „Rechtssicherheit“ ist zwar gesprochen worden, sie ist aber nach wie vor in keiner Weise gewährleistet. Zahlreiche politische Gefangene werden weiter in Haft gehalten.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verlangt, daß die Sowjetregierung in ihrer Deutschlandpolitik endlich auf die Anwendung des Stalinismus verzichtet, dem deutschen Volke das Recht auf Selbstbestimmung einräumt und den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker respektiert. Demokratie und Rechtssicherheit müssen auch in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands zur Entfaltung gelangen. Der Parteitag der SPD erklärt erneut seine solidarische Verbundenheit mit den Sozialdemokraten und der gesamten freiheitlich gesinnten Bevölkerung Mitteldeutschlands. Die Sozialdemokratie wird ihre aktive Wiedervereinigungspolitik verstärkt fortsetzen.

Entschließung zur Wehrfrage

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verlangt, daß die Politik der Bundesrepublik Deutschland das Zustandekommen eines Abrüstungsabkommens fördert.

Die Aufstellung einer Armee von 500 000 Mann auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht wird den Weg zu einer wesentlichen Verminderung der Rüstungen der anderen Staaten erschweren. Außerdem steht die vorgesehene Aufrüstung nicht im Einklang mit den militärischen Erkenntnissen, die sich aus der Entwicklung der modernen Massenvernichtungswaffen ergeben.

Die Einschmelzung der beiden Teile Deutschlands in feindlich einander gegenüberstehende Militärböcke vertieft die Spaltung Deutschlands, führt zu weiterer Entfremdung und schafft neue Hindernisse für die Wiedervereinigung unseres Landes. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ist eine zusätzliche Verschärfung dieses Zustandes.

Die Sozialdemokratische Partei hat alles getan und wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Hindernisse für eine erfolgreiche Politik der Abrüstung und der Wiedervereinigung zu beseitigen.

Der Parteitag billigt die Haltung der Bundestagsfraktion im Kampf gegen die Verabschiedung aller Gesetze, welche die Aufstellung der Armee im Rahmen der schädlichen Politik der Bundesregierung zum Ziele hatte. Die Wehrgesetze sind von einer Parlamentsmehrheit beschlossen worden, die aus den Wahlen des Jahres 1953 hervorgegangen ist. Diese Mehrheit hat das Grundgesetz im März 1954 gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion so geändert, daß die Wehrgesetze erlassen und die Wehrpflicht eingeführt werden konnte.

Das Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, die verfehlte Außen- und Wehrpolitik umzugestalten, ihre bestehenden vertraglichen Verpflichtungen im Einvernehmen mit den Vertragspartnern zu revidieren und das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben.

Die Sozialdemokratische Partei ruft das deutsche Volk auf, ihr bei den nächsten Wahlen die für die Erreichung dieses Zieles notwendige Stärke zu geben. In jedem Fall wird aber die Sozialdemokratische Partei Deutschlands alle Möglichkeiten parlamentarischer Demokratie ausnutzen, um auch in Zusammenarbeit mit anderen Kräften eine Änderung der verhängnisvollen deutschen Wehrpolitik zu erreichen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich erneut zu den Beschlüssen ihres Berliner Parteitages, wonach sie in jedem Fall für eine demokratische Wehrverfassung zu kämpfen habe. Die Sozialdemokratische Partei wird alle Kräfte einsetzen, um die bewaffnete Macht der politischen Gewalt und der Kontrolle des Parlaments zu unterwerfen.

Der Parteitag erkennt die erfolgreichen Anstrengungen der Bundestagsfraktion an, durch die Einfügung von Bestimmungen in das Grundgesetz zum Schutz der demokratischen Einrichtungen und der Bürger unseres Staates wesentliche Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Aufgabe durch ein selbstbewußtes Parlament geschaffen zu haben.

Die Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Knechtschaft ist mehr als nur eine Frage militärischer Macht. Darum kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für eine Ordnung geistiger Freiheit und politischer, wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit.

Entschließung zur allgemeinen Politik

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich für eine Neuorientierung der Politik der Bundesrepublik ein, durch die das deutsche Volk in einer sich wandelnden Welt zu gerechten Lösungen seiner Lebensfragen gelangen kann. Der Parteitag billigt und bestätigt die Politik des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion, die dazu beigetragen hat, die Grundlagen für diese Neuorientierung zu schaffen.

Das politische Leben in der Bundesrepublik muß von der durch die Regierung Adenauer gezüchteten und jetzt im Schwinden begriffenen Blockpsychose völlig befreit werden. Durch neue Mehrheitsverhältnisse ist die Grundlage zu konstruktiver Zusammenarbeit der politischen Kräfte zu schaffen, die aufrichtig für eine Politik der internationalen Verständigung, für die Sicherung ungeschmälerter demokratischer Rechte aller Mitbürger, für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit für alle wirken wollen.

Die dringendsten Erfordernisse einer Neuorientierung der Politik der Bundesrepublik sind:

1. Beiträge der Bundesrepublik zur Verminderung der internationalen Spannungen.
2. Aktivität der Bundesrepublik, um in allseitigen internationalen Verhandlungen, unter Ausnutzung aller diplomatischen Verbindungen, die vier Mächte, die eine gemeinsame Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands tragen, zur Lösung der Probleme der europäischen Sicherheit und der Wiedervereinigung Deutschlands tragen, zur Lösung der Probleme der europäischen Sicherheit und Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit zu bewegen.
3. Bereitschaft der Bundesrepublik, ihre vertraglichen militärischen Verpflichtungen in Verhandlungen den Notwendigkeiten anzupassen, die sich aus den Bemühungen um die Begrenzung der Rüstungen, der Truppenstärken und der Ausschaltung atomarer, biologischer und chemischer Waffen und Kampfstoffe als Mittel zur Austragung von Streitigkeiten ergeben.
4. Teilnahme der Bundesrepublik an allen Bemühungen, die europäische und die weltumspannende wirtschaftliche Zusammenarbeit aus der Erstarrung fruchtloser ideologischer und regional begrenzter Integrationsversuche zu lösen und sie auf die gesunde Grundlage der Förderung des gemeinsamen Wohls zu stellen. Unterstützung der in der Entwicklung befindlichen Völker und Staaten ehemaliger und jetzt in Auflösung oder Umwandlung befindlicher Kolonialreiche. Die Entfaltung eines Welthandels, der die Türen offen hält für alle und gleichberechtigte Partnerschaft, ist wichtige Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben der Nationen.
5. Sicherung der demokratischen Stabilität der Bundesrepublik auch für die bevorstehenden politischen Auseinandersetzungen um die innere Gestaltung des wiedervereinigten Deutschlands durch die Gewährleistung der sozialen Sicherheit für alle Mitbürger. Stetige Bemühungen um durchgreifende Verbesserung des Mißverhältnisses zwischen Preisen und

Arbeitseinkommen sowie Sozialrenten, unter dem breite Bevölkerungsschichten leiden. Der Gruppenegoismus bevorzogter und begünstigter Schichten darf nicht das beherrschende Element bleiben. Die Wirtschaftskraft muß dem allgemeinen Wohl nutzbar gemacht werden.

6. Wachsamkeit in der Bundesrepublik, damit alle Mitbürger in den vollen Genuß der demokratischen Rechte kommen. Die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik muß uneingeschränkt erhalten bleiben.
7. Abbau des die Entfaltung der geistigen Kräfte der Nation einengenden Bildungsmonopols durch die Schaffung von Einrichtungen und Bereitstellung von Mitteln, die jedem eine seinen Fähigkeiten angemessene Bildung und Ausbildung ermöglichen.

Der Parteitag richtet an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratischen Partei die Aufforderung, alles zu tun, die Sozialdemokratie zu stärken, daß nach den Bundestagswahlen 1957 ohne die Sozialdemokratische Partei nicht mehr regiert werden kann.

EntschlieÙung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker

Die Sozialdemokratische Partei bekennt sich erneut uneingeschränkt zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und drückt den nach Unabhängigkeit strebenden Völkern ihre Sympathie aus.

Die Delegierten des Parteitages anerkennen die wachsende Bedeutung des asiatischen Kontinents als einen Faktor der Weltpolitik. Das trifft besonders zu für die Länder, die im letzten Jahrzehnt ihre Unabhängigkeit erhalten haben.

Die Sozialdemokratische Partei drückt ihre besondere Verbundenheit mit ihnen aus und beauftragt ihre Bundestagsfraktion, auch weiter geeignete Schritte zu unternehmen, um diesen Ländern nach besten Kräften Hilfe angedeihen zu lassen.

Die Sozialdemokratische Partei bekundet insbesondere ihre Solidarität mit den Sozialisten Asiens und beauftragt den Vorstand, die Beziehungen zu ihnen weiter auszubauen.

EntschlieÙung „Die zweite industrielle Revolution“

Dampfkraft, Elektrizität und maschinelle Produktion waren die bewegenden Elemente der industriellen Revolution. Sie hat vor 150 Jahren begonnen. Unter schwersten menschlichen Opfern wurde der Ertrag der Arbeitskraft gewaltig gesteigert. Die politischen, gesellschaftlichen und sozialen Probleme dieser Entwicklung sind noch nicht gelöst. Wir stehen aber bereits an der Schwelle der zweiten industriellen Revolution. Drei Elemente kennzeichnen sie:

Eine neue Energiequelle von heute noch unvorstellbarem Ausmaß, die *Atomenergie*.

Die Entwicklung der Produktionsmethoden, die den Menschen aus dem maschinellen Arbeitsprozeß zu verdrängen beginnen und erneut eine Steigerung der Massenproduktion zur Folge haben, die *Automation*.

Neuartige Hilfsmittel der Forschung, die immer weitere Gebiete der Wirtschaft mit wissenschaftlichen Methoden erschließen und immer neue naturwissenschaftliche und technische Fortschritte ermöglichen, *elektronische Maschinen*.

Die Entfesselung der neuen Kräfte kann zur Vernichtung allen Lebens auf dieser Erde, ihre Bändigung zu nie geahntem Wohlstand für *alle* Menschen führen. Zum ersten Male können Armut und Hunger auf der ganzen Erde gebannt werden.

Weder die Diktatur noch die Methoden kapitalistischer Wirtschaft können die Menschen auf eine höhere Stufe führen.

Der Umbau unserer gesellschaftlichen Ordnung ist das Gebot der Stunde.

Das entscheidende Merkmal dieser neuen Ordnung ist: Planung in Freiheit und Planung für die Freiheit des Menschen.

Sie erfordert das verantwortungsbewußte Zusammenwirken der einzelnen und der Völker. Sie ruht auf der Anerkennung unveräußerlicher Menschenrechte und der demokratischen Selbstbestimmung. In ihr müssen sich wissenschaftliche Erkenntnis und politische Entscheidung zum Wohle aller verbinden.

Die Zusammenballung technischer, wirtschaftlicher und politischer Macht verlangt erhöhte und wirksamere Kontrolle der Macht. Diese Kontrolle muß in der politischen Urteilsfähigkeit und in der Entscheidungsbereitschaft des ganzen Volkes wurzeln. Politische Bildung wird damit zur Schicksalsfrage der Demokratie.

Eine Neuordnung ist zugleich die Voraussetzung für die freie Entfaltung der geistigen und kulturellen Kräfte des Menschen; sie ist ohne Freiheit des Geistes und des Glaubens nicht denkbar.

Die Diktatur kann diese Freiheit nicht gewähren, ohne die Fundamente ihrer Macht zu zerstören. Das ist die Chance der freien Völker. Es ist unsere Pflicht, sie zu nützen.

Die Aufgabe der Sozialisten

Seit hundert Jahren wissen die Sozialisten, daß die fortschreitende Beherrschung der Naturkräfte und die Verbesserung der Produktionstechnik auch die Formen des gesellschaftlichen Lebens verändern. Der Sozialismus will die

Befreiung des Menschen aus politischer, sozialer und geistiger Hörigkeit. Eine Gesellschaft des Friedens und der Gerechtigkeit kann geschaffen werden, wenn die Menschen nur wollen. Sie müssen sich politisch entscheiden. Die gesellschaftliche Entwicklung in ihrer Bedeutung zu erkennen und sie auf das sozialistische Ziel kämpferisch hinzuführen, das ist die Aufgabe der Sozialisten.

Die deutsche Situation

Deutschland ist geteilt. Es liegt im Spannungsfeld der Weltgegensätze. Im Zeitalter der Wasserstoffbomben ist die militärische Auseinandersetzung ohne physische Vernichtung aller nicht denkbar. Um so mehr messen sich die Kräfte auf dem technisch-ökonomischen Feld. Hier liegen die Möglichkeiten friedlicher Entwicklung.

Dazu kann auch Deutschland beitragen. Seine wissenschaftliche und technische Tradition und die Arbeitskraft seines Volkes kann es einsetzen im Dienste des Friedens und der Wiedervereinigung seines Landes. Das ist die übertragende Aufgabe deutscher Politik.

Vor dieser Aufgabe hat die Bundesregierung versagt. Sie hat sich jenen Kräften verschrieben, die nur den materiellen Gewinn der Stunde sehen. Die Einsichtslosigkeit und Starrheit der gegenwärtigen deutschen Politik ist zu einer ernststen Gefahr für die Zukunft unseres Volkes geworden. Darum muß die Sozialdemokratie eine Wende der deutschen Politik erzwingen.

Unsere Forderungen

Die deutsche Sozialdemokratie verlangt:

1. Eine *ständige Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung*. Einsetzung eines unabhängigen Forschungsrates in der Bundesrepublik. Er soll die gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und technischen Erscheinungen der industriellen Revolution ständig beobachten und Folgerungen daraus ziehen.

Dazu gehört ein besonderes Institut für die Erarbeitung praktischer Vorschläge zur Lösung der aus der Automation erwachsenden wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Probleme.

2. Ein *umfassendes Programm zur Förderung von Wissenschaft und Forschung*. Garantie der Freiheit und Unabhängigkeit von Wissenschaft und Forschung. Einigung zwischen Bund und Ländern über Schwerpunktaufgaben für Wissenschaft und Forschung.

Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften und der Grundlagenforschung.

Aufbauprogramm für Bildungs- und Forschungsstätten.

Verbesserte Besoldung der Wissenschaftler und ihrer Assistenten.

3. Ein *Programm für Begabtauslese und Begabtenförderung*, beginnend bei der Volksschule. Studentenhilfe durch Ausbau des Stipendienwesens.
4. *Verstärkte Förderung des technischen Nachwuchses nach besonderen finanziellen Vereinbarungen von Bund und Ländern*.

5. *Anpassung unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung an die Bedingungen der zweiten industriellen Revolution.* Sozialreform, Bereitstellung von Mitteln für Berufumschulung, Arbeitszeitverkürzung, vorbeugende Gesundheitsfürsorge, insbesondere im Hinblick auf Zivilisationskrankheiten. Neue Formen der Kontrolle wirtschaftlicher Macht, volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Nationalbudget und Investitionssteuerung.

Atompolitik nach den im „Atomplan der SPD“) festgelegten Richtlinien.

6. *Politische Bildung des ganzen Volkes.* Entwicklung von Methoden der politischen Bildung für alle Ebenen der Erziehung, beginnend mit der Volksschule. Akademie für politische Bildung.

Reform des Schulsystems und des Lehrstoffes in Hinblick auf die politische Bildung.

7. *Internationale Politik.* Initiative der Bundesrepublik zum Aufbau einer europäischen Forschungsgemeinschaft. Europäische Zusammenarbeit zur Förderung des technischen Nachwuchses.

Ausreichende Studienplätze für Studenten aus wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten.

In einer Periode des Übergangs und der schnellen Veränderung unseres gesellschaftlichen Lebens kann kein abgeschlossenes Arbeitsprogramm vorgelegt werden.

Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erwächst die Aufgabe, aus den Verhältnissen unserer Zeit die Mittel zu ihrer Beherrschung zu entwickeln. Auch die Sozialdemokratie geht in einen neuen Abschnitt ihrer politischen Wirksamkeit. In enger Verbindung von Politik und wissenschaftlicher Erkenntnis führt sie ihren Kampf um die Höherentwicklung freiheitlicher Kultur und die Vertiefung des Menschentums.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, mit größter Energie an die Verwirklichung dieser Forderungen zu gehen.

Der Parteitag ruft die freiheitlich denkenden Menschen im Lande auf:

Gebt der Sozialdemokratie die politische Führung in eine neue Zeit!

*) siehe Seite 357

Entschließung zu den radioaktiven Gefahren

Radioaktive Strahlen bedrohen die Menschheit. Leidenschaftlich und mahnend erheben Wissenschaftler, Biologen und Physiker der ganzen Welt ihre Stimme und warnen die Völker vor dem Mißbrauch radioaktiver Substanzen. Die größte Bedrohung entsteht durch die sich häufenden Explosionen von Atom- und Wasserstoffbomben, die durch die Großmächte als sogenannte Experimente veranlaßt werden. Die Wissenschaft ist heute erst am Beginn ihrer Forschungen über die Auswirkungen der radioaktiven Strahlen auf die Gesundheit, das Leben und die Zukunft der Menschen. Ohne Rücksicht darauf aber werden aus machtpolitischen Gründen immer neue Experimente durchgeführt, die sogar noch häufig vor der Öffentlichkeit geheimgehalten werden. Unruhe und Angst hat die Völker ergriffen, und immer neue Sensationsmeldungen jagen den Menschen Schrecken ein. Auf der anderen Seite ist der Strahlenschutz in keiner Weise geregelt, obwohl überall bereits Atomreaktoren aufgestellt werden.

Diese Situation veranlaßt den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 12. Juli 1956 in München zu einem feierlichen Protest gegen die Fortsetzung der menscheitsbedrohenden Atom- und Wasserstoffbomben-Experimente. Sie fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich bei den Großmächten in nachdrucksvoller Weise Schritte zu unternehmen, um den einmütigen Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck zu bringen. Die Sozialisten der ganzen Welt haben ein umfassendes Abkommen über eine wirksame, international kontrollierte Begrenzung der Rüstungen und eine Einstellung der Atom-Versuche gefordert. Die Bundesregierung muß auf das Zustandekommen einer internationalen Vereinbarung drängen, die diese Forderung realisiert.

Der Schatten der Atomwolken ist eine drohende Mahnung für uns alle. Die Völker der Welt müssen die verantwortlichen Politiker auf den Weg des Friedens zwingen.

Atomplan der SPD

Erarbeitet vom

„Ausschuß für Fragen der Atomenergie beim Vorstand der SPD“

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, eingedenk ihrer Ziele, dem Allgemeinwohl des Volkes zu dienen, die Zukunft seiner arbeitenden Schichten zu sichern und die persönliche Initiative bei der Neugestaltung der Gesellschaft sowie bei der Verbesserung des Lebensstandards aller Schichten des Volkes zur Wirkung kommen zu lassen, bekennt sich zu folgenden Zielen einer allgemeinen Planung auf dem Gebiete der Atomenergie. Sie fordert mit Nachdruck, daß die gewaltigen neuen Kräfte der Natur nicht dazu verwandt werden, die Monopolstellung von einzelnen oder von Interessentengruppen zu stärken, sondern zur Verbesserung des Lebens und zur Erleichterung der Arbeitsbedingungen sowie zur Vertiefung des kulturellen Lebens.

Ein neues Zeitalter hat begonnen

Die kontrollierte Kernspaltung und die auf diesem Wege zu gewinnende Kernenergie leiten den Beginn eines neuen Zeitalters für die Menschheit ein. Hatten Wasserkraft, Dampfkraft und Motorenkraft bisher die Muskelkraft ersetzt und vervielfältigt, so wird dies zukünftig in weit höherem Maße mit Hilfe der Kernenergie der Fall sein. Die zur Verfügung stehende Energie ist nach menschlichen Begriffen schon unerschöpflich, wenn man von den Lagerstätten von Uran und Thorium ausgeht. Die Abhängigkeit der Völker von Bodenfunden aller Art zum Zwecke der Energiegewinnung wird jedoch gänzlich aufhören, sobald die Zusammenfügung der Kernbausteine des Wasserstoffs zu Helium, die Fusion, für die friedliche Ausnützung gelöst ist.

Der sich abzeichnende entscheidende Wandel in Technik, Wissenschaft und Wirtschaft verlangt, daß jedes Volk sich rechtzeitig mit den Problemen befaßt, die sich in technischer und wirtschaftlicher, und besonders in sozialer und politischer Hinsicht aus den neuen Möglichkeiten ergeben. Nur in großzügiger, abgewogener Planung, nicht zögernd, hin- und hergerissen von vielerlei auseinanderstrebenden Privatinteressen, kann ohne noch weiteren Zeitverlust der Anschluß an die vorausgeeilte Welt gesucht werden. Zwar haben deutsche Forscher von Albert Einstein bis Otto Hahn wichtige Meilensteine in der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung gesetzt. Der Nationalsozialismus und die durch ihn geschehene Vertreibung bester geistiger Kräfte, der Zusammenbruch und seine Folgen einschließlich alliierter Verbote auf den Gebieten von Forschung und Entwicklung haben aber dazu geführt, daß Deutschland fast zwei Jahrzehnte auf dem Gebiet der Atomtechnik versäumt hat. Für ein Volk, das die Hälfte seiner Jahresnahrung gegen Export einführen muß und das so von der Güte seiner Industrieerzeugnisse lebt, ist es unerlässlich, das Versäumte so schnell wie möglich nachzuholen.

Die Probleme der Kernenergie in Deutschland

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands strebt im Rahmen einer einheitlichen Planung der Entwicklung und Verwendung von Kernenergie in Deutschland folgende Ziele an:

die Erzeugung von Elektrizität aus Kernenergie hat in solchem Umfang zu erfolgen, daß die deutsche Wirtschaft nicht mehr auf die Einfuhr überteuer-

ter Kohle angewiesen ist, der Raubbau in Kohlengruben vermieden und die schädigende Veränderung von Landschaft und Wasserversorgung beim Abbau von Braunkohle eingeschränkt werden;

der Aufbau und der Betrieb von Atomkraftwerken wird durch die öffentliche Hand durchgeführt, ihr Zusammenwirken mit den übrigen Elektrizitätserzeugungsunternehmen erfolgt nach langfristig festzusetzenden Plänen; die Entwicklung von Kernkraftmaschinen an Stelle der Dieselmotoren und anderer Verbrennungskraftmaschinen für feste und fahrbare Kraftstationen, für Schiffe, Flugzeuge und andere Verkehrsmittel muß den Platz Deutschlands in der Reihe der Industrievölker sichern;

die Verwendung der radioaktiven Isotope in Medizin, Biologie, Landwirtschaft und Industrie muß so gefördert werden, daß die großen Möglichkeiten für die Gesundheitspflege, die Züchtung neuer Pflanzenarten und die Anwendung für die technischen Produktionsprozesse auch für Deutschland voll erschlossen werden;

die Forschung im Bereich der Atomwissenschaft muß mit allen Kräften gefördert werden, dies darf aber nicht andere Gebiete der Wissenschaft benachteiligen;

die Ausbildung von Arbeitskräften aller Art, von Arbeitern und Angestellten in den neuen Energieanlagen und in allen Wirtschaftszweigen, die sich mit Kernstoffen befassen, bis zum Forscher und akademischen Lehrer muß energisch gefördert werden;

sowohl die mit Kernstoffen Arbeitenden als auch die gesamte Bevölkerung müssen mit allen Mitteln und mit aller Sorgfalt gegen die Strahlenwirkungen geschützt werden.

Die deutsche Öffentlichkeit, die Parlamente und Regierungen benötigen zur Beurteilung der Gesamtsituation und aller Veränderungen, die in kommenden Jahrzehnten die Atomwissenschaft mit sich bringen wird, eine kontinuierlich arbeitende, unabhängig gutachterliche Beratung.

Zu diesem Zweck fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Errichtung einer deutschen Atomkommission, die keinerlei Weisungen untersteht und deren Mitglieder auf Grund von Vorschlägen des Bundestages, des Bundesrates, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Gewerkschaften vom Bundespräsidenten berufen werden. Sie haben unaufgefordert ihre Auffassung über notwendige Maßnahmen und über die voraussichtlichen wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten bekanntzugeben und dabei insbesondere die Situation in allen anderen Staaten zu beobachten. Auf Anforderung der Parlamente und der Regierungen in Bund und Ländern sollen sie außerdem zu jeder allgemeinen oder speziellen ihnen vorgelegten Frage Stellung nehmen. Jedes Mitglied der Deutschen Atomkommission ist nur seinem Gewissen verantwortlich. Die Kommission wählt ihren Präsidenten aus ihrer Mitte und gibt sich eine Geschäftsordnung. Bei allen Verhandlungen der Deutschen Atomkommission sind auch die Ansichten der Minderheit, auf Wunsch auch die abweichende Ansicht jedes einzelnen Mitgliedes den Veröffentlichungen beizufügen. Die Deutsche Atomkommission kann ihre Funktionen nicht auf Unterkommissionen übertragen.

Ausreichende Mittel zur eigenen Verwendung sollen der Atomkommission ermöglichen, durch Studienreisen ihrer Mitglieder im In- und Ausland sich ein fundiertes Urteil in allen Zweigen der Atomwissenschaft und Atomtechnik zu verschaffen. Sie kann Fachleute und Fachgremien außerhalb ihres Kreises mit der Erstattung von Sondergutachten beauftragen. Der ehrenamtlichen Tätigkeit der Mitglieder soll ein Ehrensold entsprechen, damit sie ausreichende Zeit für ihre Mitwirkung zur Verfügung stellen können. Sie müssen frei bleiben von direkter Mitwirkung an Verwaltungsaufgaben, Verteilung von Forschungsmitteln, Durchführung von Aufbauplanungen. Die Verantwortlichkeit des Atomministeriums für seine Aufgaben und seine eigenen Möglichkeiten zur Urteilsbildung werden durch die von ihm unabhängige Atomkommission nicht berührt.

Die Gefährlichkeit der Brennstoffe

Kernbrennstoffe können insbesondere durch Unglücksfälle oder Mißbrauch große und fortwirkende Schäden an Leib, Leben und Gütern hervorbringen. Deshalb muß die Allgemeinheit über den Staat und seine Organe schärfste Kontrolle und sorgfältigste Aufsicht auf allen Gebieten der Erzeugung und Verwendung von Kernbrennstoffen ausüben.

Um dieses zu sichern, ist ein „Deutsches Organ für Kernbrennstoffe und die Überwachung ihrer Verwendung“ durch Gesetz als Bundeseinrichtung zu schaffen. Die Aufgaben dieses Organs sind Einfuhr, Anreicherung, Verwahrung und Verteilung aller Kernbrennstoffe, ihrer Ausgangsstoffe und Folgeprodukte, die — wie in den Vereinigten Staaten und England — grundsätzlich sich als Eigentum im Besitz des Staates befinden sollen, der sie gegen Bezahlung zur Verwendung ausleiht. Das Organ soll in Verbindung mit den Ländern die Aufsicht über Mutung und Bergbau ausüben mit der Maßgabe, daß die Bergbauprodukte dem Organ zur Verfügung zu stellen sind. Das Organ hat nicht nur die Aufgabe, die unbefugte Verwendung der Kernbrennstoffe zu verhindern, sondern auch an jeder Stelle die Sicherung der gefährlichen Kernbrennstoffe hinsichtlich unbefugter Verwendung zu garantieren; es muß auch in Zusammenarbeit mit geeigneten anderen Stellen, wie der Gewerbeaufsicht, die oberste Kontrolle hinsichtlich des Schutzes aller derer, die im Zusammenhang mit Kernbrennstoffen und Isotopen tätig sind, ausüben.

Der Versicherungsschutz gegen Atomschäden ist für die gesamte Bevölkerung auf der Grundlage einer Bundesgarantie zu sichern.

Die Erzeugung von Elektrizität aus Kernenergie

Die Atomenergie ist deshalb für Deutschland, ähnlich wie für England, von besonderer Wichtigkeit, weil die Ungunst im Aufbau unserer Kohlenlagerstätten die schnelle Produktionsausweitung nicht gestattet, infolgedessen der große Bedarf an Kohle für Hüttenwerke und die chemische Industrie und das gleichzeitige Hinaufschnellen des Bedarfs an elektrischer Energie uns zu erheblichen Kohleneinfuhren aus Amerika zwingen. Die Erzeugung und Verteilung von Elektrizität gehorcht den marktwirtschaftlichen Gesetzen besonders deshalb nicht, weil jedes Elektrizitätswerk in seinem Verteilungsbereich ein Monopol besitzt.

In dieser Situation und bei der ausgesprochenen Notlage des ganzen Volkes hinsichtlich der Sicherung des steigenden Verbrauchs elektrischer Energie

kann die Errichtung von Elektrizitätswerken auf der Basis von Kernenergie für die öffentliche Stromversorgung nicht der privaten Hand oder gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaften überlassen werden, die auf diese Weise ihre Hausmachtstellung und ihre Einflußnahme auf Wirtschaft und Politik unangemessen verstärken würden. Kernelektrizitätswerke sind daher von der öffentlichen Hand zu errichten, soweit nicht einzelne Industrieunternehmungen für ihren Eigenbedarf sich Kernelektrizitätsanlagen schaffen wollen, die — von Ausgleichsmaßnahmen abgesehen — öffentliche Netze nicht bedienen.

Die Erfordernisse der Forschung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands betrachtet es als ein Verhängnis, daß die Bundesregierung die Schlüsselstellung der wissenschaftlichen Forschung für das Schicksal des deutschen Volkes nicht erkannt hat. Das Bundeswirtschaftsministerium hat sogar Jahre hindurch eine intensive Förderung der Forschung als Staatsdirigismus abgelehnt. Die Sozialdemokratie ist sich der Wichtigkeit der Forschung auf allen Gebieten der Geisteswissenschaften, der Naturwissenschaften, der Medizin und der Technik für das kulturelle und wirtschaftliche Leben bewußt. Sie verlangt, daß die Atomforschung mit größtem Nachdruck betrieben wird, doch darf dies unter keinen Umständen die zahlreichen anderen Zweige der deutschen Forschung benachteiligen. Die Kernforschung in der Industrie sollte ermutigt werden.

Bundestag und Bundesregierung müssen also in weit höherem Maße als bisher Mittel für die Forschung bereitstellen. Dabei ist die Freiheit von Wissenschaft und Forschung voll zu wahren.

Bei der Förderung der Forschung auf dem Atomgebiet ist besonders darauf zu achten, daß gleichzeitig alle Gebiete dieser Wissenschaft ohne Benachteiligung des einen oder anderen Teiles gefördert werden. Es müssen also nebeneinander — wenn auch unterschiedlich hinsichtlich des benötigten Aufwandes — vorangetrieben werden: die Grundlagenwissenschaften der Kernphysik und Kernchemie, die Wissenschaft auf dem Gebiete von Mutung und Bergbau, die Forschung auf dem Gebiete der Isotopentrennung, der Reaktortechnik, der Baustoffe für Kernanlagen und Kernmaschinen, die gesamte Isotopenforschung einschließlich der Anwendung der Isotope in der Landwirtschaft und der Biologie sowie die gesamte Medizin in ihrer Verbindung zum Atomgebiet. Das Forschungsgebiet der Fusion des Wasserstoffs zu Helium sollte besonders gefördert werden.

Die Kosten der Forschung sind in angemessener Weise von Bund und Ländern gemeinsam aufzubringen. Die notwendige Koordinierung der einschlägigen Aufgaben von Bund und Ländern ist durch ständige Zusammenarbeit zu sichern.

Die Erfordernisse der Ausbildung

Die Ausbildung des Nachwuchses, der wissenschaftlichen Mitarbeiter, der Ingenieure, der Techniker und Laboranten und aller Arbeitskräfte in Arbeits- und Forschungsstätten, die mit Kernstoffen zu tun haben, muß von Staats wegen in die Hand genommen werden. Auf die neu einzurichtenden Lehrstühle an Universitäten und Technischen Hochschulen müssen gut ausgebildete und bewährte junge Forscher neben denjenigen, die jetzt als die Träger der

wissenschaftlichen Tradition gelten, berufen werden. Es ist weiter nötig, außerordentliche Lehrstühle zu schaffen, um alle Haupt- und Sondergebiete der Atomwissenschaft in ausreichendem Maße aufbauen zu können und neben den Forschungsarbeiten auch den Lehrbetrieb zu sichern.

Es ist notwendig, daß in allen akademischen Forschungs- und Lehrstätten in ausreichendem Maße feste Stellen für Oberingenieure und Oberassistenten geschaffen werden. Daneben sind die normalen Assistentenstellen ausreichend zu vermehren; Studenten, Diplomkandidaten und Doktoranden sind in ganz anderem Maße als bisher finanzielle Unterstützungen zur Verfügung zu stellen, damit die unfruchtbare Zeit- und Kraftverschwendung für Nebentätigkeit als Werkstudenten entfällt und die Kräfte des Nachwuchses außer der Erhaltung von Gesundheit und allgemeiner Fortbildung ausschließlich auf die wissenschaftliche Ausbildung gelenkt werden können. Jeder Begabte muß auf diese finanziellen Mittel Anspruch haben, die nicht den Charakter von Almosen haben dürfen. Die öffentlichen Forschungs- und Ausbildungsstätten sind mit hinreichend gut bezahltem Personal in ausreichender Zahl zu versehen.

Das Studium aller Fächer der Atomtechnik an den Ingenieurschulen ist besonders zu fördern. Neue Abteilungen und Dozenten sind in ausreichender Zahl vorzusehen, ausgestattet mit den erforderlichen Laboratoriumseinrichtungen. Der Übergang von den genannten Schulen zu den Universitäten und Hochschulen ist zu fördern und zu erleichtern. Auch die Ausbildung von Technikern und Laboranten, von Meistern und Facharbeitern ist an geeigneten Instituten und in Sonderkursen zu fördern.

Schülern der Volksschule, der Realschule und der höheren Schule, die sich besonders für Mathematik und Physik interessieren, ist jede Förderung angedeihen zu lassen, nicht nur durch Schulgelderlaß, sondern auch durch Stipendien und die Förderung der Ablegung der notwendigen Examen durch Sonderkurse nach Art der Abendgymnasien.

Es ist eine besondere Stiftung als „Albert-Einstein-Stiftung“ zu errichten, deren Aufgabe es sein soll, denjenigen, die nicht den normalen Ausbildungs- und Studienweg haben, den Zugang zu den Gebieten der Atomwissenschaft zu ermöglichen. Die Stiftung wird nach besonderen Grundsätzen, die mit den deutschen Kultusministern zu vereinbaren sind, eine Sonderreifeprüfung abnehmen. Die Anwärter auf diese Reifeprüfung können schon während ihrer Vorbereitungszeit durch Stipendien unterstützt werden. Nach bestandener Prüfung erhalten sie bei guten weiteren Leistungen Stipendien in solcher Höhe, daß sie die Ziele, die sie sich selbst stecken, bis hin zum Erreichen einer selbständigen wissenschaftlichen Stellung tatsächlich erreichen können.

Internationale Zusammenarbeit

Die Sozialdemokratie ist ihren Grundsätzen nach zur Förderung der Zusammenarbeit des eigenen Volkes mit allen anderen Völkern verpflichtet, soweit eine solche Zusammenarbeit dem Frieden und dem Wohlergehen der Völker dient. Diese Grundsätze gelten für sie selbstverständlich auch auf dem Gebiet der Atomforschung, der Kernenergie und ihrer Nutzenwendungen.

Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit ergibt sich aus gewissen gemeinsamen Aufgaben und Bedürfnissen einzelner Gruppen oder der Gesamtheit der Völker. Sie muß es den einzelnen Nationen gestatten, jede für sich die

Entwicklung in dem Maße zu fördern, in dem sie bereit ist, für Forschung, Entwicklung und Nutzenanwendung der neuen Kraftquelle Opfer zu bringen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands begrüßt jede zwischenstaatliche oder übernationale Abmachung, die Herstellung und Anwendung von Atomwaffen verbietet.

Die internationale Zusammenarbeit ist über den offiziellen staatlichen Rahmen hinaus eine besondere Verpflichtung der sozialistischen Parteien und solcher Organisationen, die auf anderen Gebieten internationale Zusammenarbeit pflegen. Hierbei ist in erster Linie an die Gewerkschaftsbewegung zu denken. Ein besonderes Ziel gemeinsamen Wirkens der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien muß es sein, den unterentwickelten Völkern zu helfen, so schnell wie möglich eine eigene ausreichende Energiebasis mit Hilfe der Kernenergie zu schaffen.

Für eine bessere Zukunft der Menschheit

Der krasse Unterschied zwischen reichen und armen Nationen, zwischen den herrschenden und den unterdrückten Völkern, wurde in den vergangenen 150 Jahren mit begründet durch die Energiegrundlagen, die die führenden Industrienationen in ihren Kohlenschätzen besaßen und die das Aufblühen der Wirtschaft und damit der naturwissenschaftlichen und technischen Leistungskräfte ermöglichten. Die unerschöpflichen Energiequellen des neuen Zeitalters können entscheidend dazu beitragen, den Abstand zwischen den unterentwickelten und den entwickelten Industriestaaten zu verringern. Die Atomenergie kann zu einem Segen für Hunderte von Millionen Menschen werden, die noch im Schatten leben. Deutschland muß in der Hilfe für diese Völker mitwirken, aber auch die Lebensmöglichkeiten des eigenen Volkes verbessern. Bei formal gegebenem Achtstundentag erschöpft sich ein großer Teil der tätigen Bevölkerung in Überarbeit, um eine einigermaßen menschenwürdige Lebenshaltung für die Familie und die Ausbildung der Kinder zu sichern.

Wenn ein künftiger Bundestag und eine künftige Bundesregierung Wissenschaft und Forschung stärker fördern und energischer am Aufbau der neuen Zeit und der ihr gemäßen Gesellschaftsordnung mitwirken, dann kann die Steigerung des Lebensstandards für das ganze Volk entscheidend beschleunigt werden.

Die Hebung des Wohlstandes, die von der neuen Energiequelle als einem der Hauptfaktoren der zweiten industriellen Revolution ausgehen kann, muß allen Menschen zugute kommen. In solchem Sinne entwickelt und verwendet, kann die Atomenergie entscheidend helfen, die Demokratie im Innern und den Frieden zwischen den Völkern zu festigen. Dann wird das Atomzeitalter das Zeitalter werden von

Frieden und Freiheit für alle!

Arbeitsgemeinschaft für Forschung und Technik

Der Parteivorstand wird beauftragt, beschleunigt eine Arbeitsgemeinschaft für Forschung und Technik ins Leben zu rufen.

Zum Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung

Der Parteitag stellt fest: Das Wehrpflichtgesetz beschränkt das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung (Art. IV Abs. 3 GG) in verfassungswidriger Weise. Dadurch wird zugleich das Grundrecht auf Gewissensfreiheit (Art. IV Abs. 1 GG) verletzt. Die Bundesrepublik Deutschland gerät in Gefahr, ihre Freiheitlichkeit zu verlieren und zu einem Zwangsstaat der Gewissensvergewaltigung herabzusinken.

Der Parteitag erwartet von der Bundestagsfraktion, den unter Beteiligung von Sozialdemokraten gebildeten Länderregierungen und der gesamten Mitgliedschaft, jeden rechtlich und demokratisch zulässigen Schritt zu unternehmen und zu fördern, der zur Abwehr dieses Rechtsbruchs geeignet ist.

Parteiordnungsverfahren

Der Parteitag beschließt:

1. Die Überschrift zum § 27 des Organisationsstatuts „Ausschluß“ zu streichen und dafür das Wort „Parteiordnungsverfahren“ zu setzen.

2. § 29 Abs. 3 lautet wie folgt:

Gegen die Entscheidung gem. Abs. 1 steht dem Ausgeschlossenen das Recht der Beschwerde zu. Sie ist nur binnen zwei Wochen nach der Zustellung des Ausschluß-Beschlusses zulässig und bei dem Schiedsgericht des Parteivorstandes einzulegen.

Die Einlegung der Beschwerde berührt nicht die sofortige Wirkung des Ausschlusses gemäß Abs. 1.

Das Schiedsgericht beim Parteivorstand hat das Recht, entweder

a) die Beschwerde ohne mündliche Verhandlung nach Lage der Akten als offenbar unbegründet zurückzuweisen; oder

b) die Durchführung des Schiedsgerichtsverfahrens gemäß den §§ 27 und 28 zuzulassen. In diesem Falle beginnt das Verfahren bei der Instanz, die den Ausschluß nach Abs. 1 ausgesprochen hat.

Kriegsopferversorgung

Parteivorstand und Fraktion des Deutschen Bundestages werden beauftragt, trotz der mühsam erkämpften Verbesserungen der Kriegsopferversorgung auch weiterhin dafür einzutreten, daß die Kriegsopferversorgung endlich eine

gerechte Lösung, die den gebrachten Opfern und dem dauernden Verlust an Lebensfreude der Kriegsgesopfer gerecht wird, findet. Damit soll der Unterbewertung des körperlichen und seelischen Leides endlich ein Ende gesetzt werden.

Zusammensetzung des Parteivorstandes

Der Parteivorstand besteht aus

dem Vorsitzenden,
dem stellvertretenden Vorsitzenden,
fünf besoldeten und
dreiundzwanzig unbesoldeten Mitgliedern.

Förderung des sozialen Wohnungsbaues

Durch die Diskonterhöhung der Bank deutscher Länder ist der soziale Wohnungsbau auf das stärkste gefährdet. Es besteht fast keine Möglichkeit mehr, die so dringend benötigten 1. Hypotheken zu erhalten. Eine Reihe von bereits zugesagten 1. Hypotheken wurden zum Teil von den Banken wieder zurückgezogen.

Die Bundestagsfraktion wird ersucht, zu versuchen, daß, um Stockungen im sozialen Wohnungsbau zu vermeiden, die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau erhöht werden.

Zur 4. Strafrechtsnovelle

Die SPD-Fraktion des Bundestages wird beauftragt, mit allen Mitteln das Inkrafttreten der von der Bundesregierung vorgelegten 4. Strafrechtsnovelle zu verhindern.

Die Bundestagsfraktion soll dahingehend unterrichtet werden, daß dieser Entwurf, soweit er schon jetzt durch die Tagespresse bekanntgeworden ist, beträchtliche Unruhe in den Kreisen unserer Mitglieder und unserer Parteifreunde hervorgerufen hat.

Erweiterung der Mitgliederbasis

Der Parteivorstand wird beauftragt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die zur Belebung des Werbegedankens und der Durchsetzung der Erkenntnis führen, daß Mitgliederwerbung *elementare Daueraufgabe* ist!

Zur Erreichung des Zieles, den Mitgliederstand permanent zu steigern, sind für alle Organisationsgliederungen verbindliche Empfehlungen von einer Kommission so auszuarbeiten, daß sie spätestens am 31. Oktober 1956 herausgegeben werden können. In diese Kommission sind vor allem Mitglieder zu berufen, die in ihren Bezirken bereits beachtenswerte Erfolge erzielen konnten.

Bereitstellung von Filmen

Der Parteivorstand wird beauftragt, unverzüglich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Filme in größerem Maße als bisher den Ortsvereinen als Hilfsmittel für Agitation und Propaganda zur Verfügung gestellt werden. Zu diesem Zwecke sind geeignete Schmalfilme (Spielfilme und Dokumentarfilme) herzustellen oder anzukaufen, auszuleihen oder Leihmöglichkeiten nachzuweisen.

Aufklärungsschrift über Stalins Verbrechen

Der Parteivorstand hat so rasch wie möglich eine knappe, wahrheitsgetreue Darstellung der Verbrechen der Politik Stalins als Material oder besondere Schrift herauszubringen, unter besonderer Berücksichtigung, was diese Politik für Deutschland und die deutsche Arbeiterschaft gebracht hat, damit die Öffentlichkeit wie die eigene Partei besser über diesen Geschichtsabschnitt informiert werden.

Zur Programmdiskussion

Die Entwicklung der Atomenergie und die Automation haben eine neue technische Revolution eingeleitet. Gleichzeitig wurde die weltpolitische Lage durch den Freiheitskampf der bisherigen Kolonialvölker verändert.

Deshalb muß die SPD Ziel und strategische Linie ihres Kampfes um die sozialistische Gesellschaft, ihren Standort und zukünftigen Weg neu durchdenken. Sie bedarf eines Grundsatzprogrammes, an dem sich das Aktionsprogramm jeweils auszurichten hat. Dieses Programm kann nur in lebendiger Diskussion der gesamten Partei entstehen. Die ausgezeichneten Referate des Genossen *Dr. Arndt* zur Kulturpolitik und des Genossen *Schellenberg* zur Sozialpolitik sind hervorragend geeignet, dem Kampf der Partei um die Gewinnung des Volkes als Richtlinien zu dienen. Sie stellen einen gewichtigen Beitrag zur Programmdiskussion dar und sollten Beitrag einer umfassenden innerparteilichen Diskussion sein.

Bildung und Erziehung

Um die Bildung und Erziehung nicht länger an materiellen Voraussetzungen scheitern zu lassen, um Kindern, deren Eltern nur über ein geringes Einkommen verfügen, das Studium zu ermöglichen und angesichts der materiellen Not des größten Teils der deutschen Studenten werden die sozialdemokratischen Fraktionen aufgefordert, gemäß dem Aktionsprogramm Gesetzentwürfe einzubringen, die

die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit an den Oberschulen verwirklichen, materiell minderbemittelten Eltern Erziehungsbeihilfen gewähren,

die Gebührenfreiheit an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen einführen.

Bund und Länder verpflichten, allen antragstellenden Studierenden die für den Lebensunterhalt notwendigen Mittel in Form von Stipendien und Studiendarlehen zur Verfügung zu stellen, um Begabten ein von materiellen Sorgen freies Studium zu ermöglichen.

Anerkennung des Ost-Abiturs

Der kulturpolitische Ausschuß der Partei möge untersuchen, ob das ostzonale Abitur nunmehr mit dem westdeutschen gleichbewertet werden kann. Das Ergebnis der Untersuchung ist der Konferenz der Kultusminister zur Verfügung zu stellen.

Der gleiche Ausschuß möge untersuchen, wieweit auch das Studium an den Arbeiter- und Bauernfakultäten der Sowjetzone für die Fortsetzung einer akademischen Weiterbildung in der Bundesrepublik berücksichtigt werden kann.

Ferienaktion für mitteldeutsche Kinder und Jugendliche

Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß schnellstens seitens unserer Fraktion in allen Parlamenten eine „Ferienaktion für Kinder und Jugendliche Mitteldeutschlands“ angeregt wird.

Heimatvertriebenenförderung

Parteitag und Parteivorstand verpflichten alle Gremien der Partei, auf Bundes-, Bezirks-, Kreis-, Orts- und Abteilungsebene noch mehr als bisher, in jeder Form und bei jeder Gelegenheit sich der Heimatvertriebenen anzunehmen.

Beschleunigte Erledigung von Kriegssachgeschädigtenansprüchen

Nach Mitteilung der zuständigen Dienststellen wird es bei der jetzigen Besetzung der Lastenausgleichsämter noch fünfzehn Jahre dauern, bis der letzte Kriegssachgeschädigte seinen Entschädigungsbescheid erhalten hat. Es ist mit den zur Zeit vorhandenen Kräften nicht früher möglich, diese Arbeiten zu erledigen.

Der Parteitag ersucht die Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen, alles in ihrer Kraft stehende zu tun, damit eine bessere Besetzung der Lastenausgleichsämter erreicht wird, um dadurch eine schnellere Abwicklung der Ansprüche der Geschädigten herbeizuführen.

Überarbeitung des Arbeitsrechts und Arbeitsschutzrechts

1. Durch Initiativantrag ist die Bundesregierung aufzufordern, das bestehende, in fast 100 Gesetzen und Verordnungen zersplitterte Arbeitsschutzrecht sowie das Arbeitsrecht den neuzeitlichen Erkenntnissen entsprechend überarbeiten zu lassen und in einem deutschen Arbeitsgesetzbuch zusammenzufassen.
2. Der Parteitag empfiehlt gleichzeitig die Bildung eines Arbeitsausschusses beim Parteivorstand, dessen Aufgabe es sein soll, alle geltenden Arbeitsschutzgesetze und Bestimmungen zusammenzustellen und zu überprüfen. Soweit sie unzeitgemäß oder unzureichend sind, ist die Bundestagsfraktion zu beauftragen, eine zeitgemäße Arbeitsschutzgesetzgebung im Sinne der Forderung der SPD durch Initiativanträge im Bundestag zu erwirken.
3. Grundlegende Fragen des Arbeitsschutzes und des Arbeitsrechtes müssen zum regelmäßigen Unterrichtsstoff der Berufs-, Werkmeister- und Ingenieurschulen gehören und sind in die Prüfungsordnungen einzubauen.

Verwirklichung der 40-Stunden-Woche

Die Sozialdemokratische Partei sieht in der 40-Stunden-Woche eines ihrer wesentlichsten politischen Ziele. Sie wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, daß die 40-Stunden-Woche nicht nur in besonders bevorzugten Industriebetrieben, sondern in allen Teilen der Wirtschaft und Verwaltung verwirklicht wird.

Erhaltung des Bundesvermögens

In der Öffentlichkeit ist die Notwendigkeit der Erhaltung gewinnbringenden Bundesvermögens stärker zu betonen. Einer leichtfertigen Veräußerung von Vermögenswerten an einzelne Privateigentümer ist entschiedener Widerstand entgegenzusetzen.

Für soziale Preispolitik

Der Parteitag macht der Bundesregierung zum Vorwurf, daß sie bei den Preissteigerungen der letzten Wochen nicht eingegriffen und der notleidenden Bevölkerung im letzten harten Winter keine genügende Hilfestellung gegeben hat.

Der Parteitag beauftragt die Bundestagsabgeordneten, weiterhin ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß eine soziale Preispolitik gesichert wird.

Verbreitung der Parteitage referate

Der Parteitag beschließt, die Reden von Professor Brandt und Professor Carlo Schmid in Großauflage drucken und überall zur Verteilung bringen zu lassen, wo es angebracht und förderlich ist.

ÜBERWIESENE ANTRÄGE

Zur Neuordnung der Rentenversicherung

Der Parteitag des Bezirks Hannover begrüßt den Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zur Neuordnung der Rentenversicherung. Er fordert die Bundestagsfraktion auf, alles zu tun, damit dieser SPD-Entwurf, der ausreichende Renten unter sozialen Bedingungen bietet, Gesetz wird. Der Entwurf der Bundesregierung ist im Gegensatz zu ihren Versprechungen völlig unzureichend.

Die SPD sichert:

1. Altersrenten von 75 Prozent des durchschnittlichen Arbeitseinkommens bei einem normalen Arbeitsleben und ausreichende Renten auch bei niedrigen Löhnen, während der Regierungsentwurf Hungerrenten unter dem Fürsorgesatz vorsieht.
2. Eine Altersrente von 60 Jahren ab für Frauen und für in gesundheitlich gefährdeten Berufen Beschäftigte, während der Regierungsentwurf bei der starren Grenze von 65 Jahren bleibt.
3. Renten bei Berufsunfähigkeit mit Mindestrenten von 50 Prozent und bei Vollerwerbsunfähigkeit von $66\frac{2}{3}$ Prozent entgegen dem Regierungsentwurf, der Invalidenrenten von 25 bis 40 Prozent des durchschnittlichen Arbeitseinkommens vorsieht.
4. In jedem Falle ausreichende Renten für Witwen, Waisen und Eltern, während der Regierungsentwurf zu niedrige Witwenrenten und überhaupt keine Elternrenten gewähren will.

Der Bezirksparteitag weist die Versuche des Regierungsentwurfs zurück, den Schutz der Angestellten bei Berufsunfähigkeit entscheidend zu verschlechtern und für alle leistungsgeminderten Arbeiter und Angestellten Ausbildungszwang für nicht erwünschte Berufe unter Androhung von Rentenverweigerung einzuführen.

Der Bezirksparteitag begrüßt den Plan der Bundestagsfraktion der SPD, allen *selbständigen* Erwerbstätigen ein für sie ausreichendes Altersruhegeld zu sichern und bittet die Bundestagsfraktion um möglichst schnelle Vorlage eines Gesetzentwurfs.

Der Bezirksparteitag weist darauf hin, daß soziale Sicherheit für die Abwehrbereitschaft unserer Demokratie gegen bolschewistische Unterwanderung entscheidend ist.

Dazu gehören neben der Sicherung ausreichender Renten die Gesundheitsversicherung und die Berufssicherung. Er begrüßt daher, daß der Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion aktiv an der befriedigenden Lösung dieser Probleme arbeiten.

(an die Bundestagsfraktion überwiesen)

Herausgabe einer Broschüre „Unsere Forderung — Pension für alle“

Der Parteitag möge beschließen:

das von der Bundestagsfraktion eingebrachte Gesetz zur Neuordnung der Rentenversicherung unter dem Schlagwort „*Pension für alle*“ zu propagieren. Gleichzeitig wird der Parteivorstand beauftragt, eine Broschüre herauszugeben, welche den Titel trägt: „Unsere Forderung — Pension für alle.“ In ihr soll kurz und für jedermann verständlich dargestellt werden, was dieses Gesetzeswerk will.

(an Parteivorstand und Bundestagsfraktion überwiesen)

Erweiterung des Sozialplans

Der Parteitag möge beschließen:

Der Parteivorstand wird beauftragt, zusammen mit den Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschüssen den *Sozialplan* zum Bundestagswahlkampf in folgender Richtung weiter auszuarbeiten:

1. Es ist im Sozialplan Punkt 1 (Vollbeschäftigung ist notwendig) auszuführen, daß sich vollbeschäftigte Wirtschaft im Sinne der Sozialdemokratie von der sogenannten sozialen Marktwirtschaft dadurch unterscheidet, daß bei einer sozialdemokratischen Vollbeschäftigungspolitik auch die jahreszeitlich bedingte Arbeitslosigkeit durch Lenkungsmaßnahmen aufgehoben wird und die schwachen Zonenrandgebiete, in denen immer noch Arbeitslosigkeit herrscht, planmäßig gefördert werden. *Sozialdemokratische Vollbeschäftigungspolitik ist Vollbeschäftigung an allen Orten und zu jeder Jahreszeit!*
2. Es ist darzustellen, mit welchen Mitteln dies zu geschehen hat. Insbesondere ist zu zeigen, daß sich sozialdemokratische Wirtschaftspolitik sowohl von der kapitalistischen Wirtschaft des Westens wie von der totalitären Wirtschaft des Ostens unterscheidet, und Gesamtrahmenplanung weder etwas mit östlicher Diktatur noch freie Konsumgütermärkte etwas mit westlichem Kapitalismus zu tun haben.
3. Punkt 2 des Sozialplanes (Gesundheitssicherung) ist dahingehend zu erweitern, daß die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit hier als eine wesentliche gesundheitsvorbeugende Maßnahme begründet wird.
4. Die Punkte 3—8 des Sozialplanes sind genauer zu erläutern. Bei Punkt 3 (Die wirtschaftliche Existenz ist gesichert) ist zu klären, ob oder inwieweit die Forderung nach einer allgemeinen Grundrente trotz der Forderung nach der dynamischen Rente noch Gültigkeit behält.
5. Ein *Finanzierungsprogramm zum Sozialplan* ist auszuarbeiten. In ihm wird bekanntgegeben:
 - a) welche Mittel zur Durchführung jeder einzelnen Forderung des Sozialplanes erforderlich sind,

- b) wie die Aufbringung dieser Mittel erfolgen soll. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen Mitteln, die sofort oder bald verfügbar sind, und solchen, die erst langfristig aufgebracht werden können.
- c) Als Berechnungsgrundlage dient der finanzielle Status des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der sozialen Selbstverwaltungskörperschaften im Haushaltsjahr 1957/58.
6. Die Reihenfolge, in der die einzelnen Punkte des Sozialplanes durch eine sozialdemokratische Bundesregierung verwirklicht werden sollen, ist nach den errechneten finanziellen Gegebenheiten aufzustellen.
7. Sollten die leitenden Gremien der Partei nicht die erforderlichen Unterlagen für eine solche Ausarbeitung besitzen, ist seitens des Parteivorstandes ein anerkanntes wirtschaftswissenschaftliches Institut mit der Erstellung der notwendigen Unterlagen zu betrauen.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Verwirklichung der Grundsätze des „Sozialplanes“

Der Parteitag möge beschließen:

Der Parteivorstand wird beauftragt, durch geeignete Maßnahmen und verbindliche Richtlinien sicherzustellen, daß in der Arbeit der Bundestagsfraktion bei der jetzt im Bundestag beginnenden gesetzgeberischen Auseinandersetzung um eine *Sozialreform* anläßlich der Neuordnung der Rentenleistungen alle Grundsätze des „Sozialplanes der SPD“ ihre uneingeschränkte Verwendung finden, um die notwendigerweise folgende Neuordnung der Gesundheits-sicherung, Berufssicherung und sozialen Hilfe nicht gefährden zu lassen. Besonders muß gesichert werden, daß die sich bei einer Renten Neuordnung ergebenden Gesundheitsprobleme, wie allgemeine Vorbeugung, medizinische Rehabilitation und die medizinischen Aufgaben der Invaliditätsabwehr, ihre endgültige Regelung erst bei einer Neuordnung aller Leistungen der Gesundheitssicherung im Gesamtbereich der sozialen Leistungen finden.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Änderung des Vertrauensarzt-Wesens

Die SPD-Bundestagsfraktion wird beauftragt, im Zuge der Sozialreform auch eine *Änderung des Vertrauensarzt-Wesens* zu erreichen. Ziel muß sein, daß Gutachten eines Vertrauensarztes für *alle* Behörden und Sozialversicherungsträger maßgebend sind. Die beste Form für ein solches neues System zu finden, muß Aufgabe eines Sachverständigen-Gremiums sein, an dessen Arbeit auch die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte beteiligt sein soll.

Begründung:

An der Tatsache, daß zur Verhütung von mißbräuchlicher Inanspruchnahme öffentlicher Mittel oder Rentenleistungen der verschiedenen Behörden und Sozialversicherungsträger die Tätigkeit von Vertrauensärzten notwendig ist, ist nichts zu ändern. Es ist aber notwendig, von der bisher geübten Praxis abzugehen, nach der jede Behörde, jede Krankenkasse, jedes Arbeitsamt, jede

Versicherungsanstalt und jedes Sozialgericht eigene Vertrauensärzte, teils vollständig, teils nebenamtlich, im Vertragsverhältnis beschäftigt. Die Gutachten der Vertrauensärzte, denen dann meist auch die Entscheidung über Anträge auf Leistungen zugrunde liegt, sind oftmals derart voneinander abweichend, daß sie einfach unverständlich sind. So sind viele Fälle bekanntgeworden, bei denen der Vertrauensarzt des Arbeitsamtes Arbeitsunfähigkeit im Sinne des AVAVG feststellte, so daß die Zahlung von Unterstützung durch das Arbeitsamt nicht statthaft war. Wurde dann logischerweise der Antrag auf Invalidenrente gestellt, gutachtete der Vertrauensarzt der Landesversicherungsanstalt auf Arbeitsfähigkeit, so daß auch der Rentenantrag abgelehnt werden mußte. Es blieb nur die Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge übrig. In einem solchen Fall muß zumindest *ein* vertrauensärztliches Gutachten unrichtig gewesen sein.

Solche Fälle haben sehr stark zu der Vertrauenskrise beigetragen, in der sich unsere gesamte Sozialversicherung heute befindet. Die zu erstrebende Änderung des derzeitigen Zustandes müßte bewirken, daß ein einmal erstelltes vertrauensärztliches Gutachten im gleichen Fall für alle Behörden und Sozialversicherungsträger maßgebend und bindend ist.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Gegen eine Aufteilung der Berliner Krankenversicherung

Der Parteitag ersucht die Bundestagsfraktion, sich für die Beibehaltung der einheitlichen Krankenversicherung in Berlin einzusetzen. Die weitere Aufteilung der Berliner Krankenversicherung wird von der SPD, Landesverband Berlin, für untragbar gehalten.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Keine Pensionen an ehemalige aktive Nazis

Der Parteitag erwartet von dem Parteivorstand und der Bundestagsfraktion, daß alsbald durch eine Änderung des 131er-Gesetzes sichergestellt wird, daß an ehemalige aktive Nazis keine Pensionen gezahlt werden und ihnen jede Möglichkeit genommen wird, im öffentlichen Leben tätig zu sein.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Überwachung des Nachrichtendienstes Gehlen

Der Parteitag möge beschließen:

Die Bundestagsfraktion wird beauftragt, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Vorgänge bei der Übernahme und die heutige Tätigkeit des Geheimdienstes *Gehlen* aufzuhellen.

Insbesondere ist eine geeignete Überwachung der Tätigkeit dieser Organisation durch das Parlament zu fordern.

(an die Bundestagsfraktion überwiesen)

Einführung eines neuen Beitragssystems

Der Parteitag möge beschließen:

Zur Erhöhung der Werbekraft der Partei in allen Schichten der Bevölkerung und aus Gründen der Beitragstreue in der Organisation wird der Parteivorstand beauftragt, bis zum 1. Januar 1957 ein neues Beitragssystem einzuführen. Dieses System soll auf die bisherige Staffelung nach dem Bruttoeinkommen verzichten zugunsten eines Grundbeitrages mit 3 Markenwerten für Erwerbstätige, Hausfrauen und Rentner bzw. Erwerbslose. Dabei wird erwartet, daß alle diejenigen, die wirtschaftlich dazu in der Lage sind, freiwillig die Verpflichtung einer monatlichen Beitragsergänzung übernehmen.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Änderung der Beitragssätze

Der Parteitag möge beschließen:

Vorläufig gelten die in der Beitragstabelle angegebenen Sätze nicht für das Brutto-, sondern für das Netto-Einkommen, abzüglich der Sozialversicherungsbeiträge.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Änderung der Beitragssätze dem nächsten Parteitag vorzulegen und die Frage einer Erhebung einer Parteisteuer, wie sie die SPÖ durchführt, zu prüfen.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Änderung des Organisationsstatuts

Der Parteitag möge nachstehende Änderungen bzw. Ergänzungen des § 8 des Organisationsstatuts beschließen:

1. Der Beitrag richtet sich in Zukunft nicht mehr nach dem *Brutto*-Monatseinkommen, sondern nach dem *Netto*-Monatseinkommen .
2. In die bestehende Beitragsstaffel sind drei weitere Beitragsstufen aufzunehmen, und zwar zu 4,80 DM, 10,— DM und 18,— DM.

Begründung:

Zu 1. Im Zuge der Neueinstufung unserer Genossen, sie zu einer annähernden Beitragsehrlichkeit zu veranlassen, zeigen sich Schwierigkeiten. Es wird Anstoß daran genommen, daß die Berechnung der Beiträge auch nach dem Brutto-Monatseinkommen vorgenommen wird. Da im allgemeinen fast alle anderen Abzüge, wie Steuern, Sozialversicherungsbeiträge usw. nach dem Bruttoeinkommen, unter Zugrundelegung der sozialen Verhältnisse, erfolgen, wird es hier als eine besondere Härte empfunden, besonders bei den Genossen, die auf Grund ihres Einkommens höhere Beiträge entrichten müssen.

Zu 2. Die Steigerungsbeträge in den mittleren Beitragsstufen sind zu groß, z. B. beträgt der Unterschiedsbetrag

von 3,60 DM bis 6,— DM	2,40 DM
von 8,40 DM bis 12,— DM	3,60 DM
von 12,— DM bis 24,— DM	sogar 12,— DM.

Es ist zu erwarten, daß bei der zusätzlichen Einführung der beantragten Beitragsstufen die Genossen bewogen werden können, sich in eine höhere Beitragsgruppe einzustufen.

Wir glauben, daß durch die Annahme unseres Antrages das Beitragsaufkommen gesteigert wird.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Innerparteilicher Finanzausgleich

Der Parteitag möge in Ausführung des Beschlusses über den Finanzausgleich des Parteitages 1954 in Berlin beschließen:

Von dem Beitragsaufkommen der Bezirke werden 3 Prozent an eine Ausgleichskasse beim Parteivorstand gezahlt, aus der den finanzschwachen Bezirken regelmäßige und feste Unterstützungen zufließen.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Merkblatt für den Militärdienst

Der Parteitag möge beschließen:

Jedem jungen Menschen, der zum Militärdienst eingezogen wird, soll ein Merkblatt von der SPD ausgehändigt werden mit folgendem Inhalt:

1. Begründung der Wiederaufrüstung,
2. Gefahren, die daraus für unseren Staat erwachsen, mit geschichtlichen Beispielen,
3. Erläuterungen der Begriffe: Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde,
4. wohin kann sich der Soldat wenden, wenn diese gefährdet bzw. verletzt werden.

Dieses Merkblatt soll von den örtlichen Funktionären und Mandatsträgern den Rekruten ausgehändigt werden, um, wenn möglich, eine persönliche Beziehung herzustellen.

Durch die Politik der Bundesregierung ist die Bundesrepublik genötigt, Streitkräfte aufzustellen. Angesichts des politischen Kräfteverhältnisses in unserem Staate und der Mentalität des deutschen Menschen besteht die Gefahr einer Unterhöhlung der demokratischen Staatsform. Die Parlamentsarbeit der SPD sowie die Aufklärungsarbeit der Parteiorganisation reichen nicht aus, dieser Gefahr zu begegnen.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Anderung des Aktionsprogramms

Der Parteitag möge folgende Änderung des Aktionsprogramms beschließen:

1. Der Abschnitt „Wirtschaftspolitik“ erhält hinter dem Wort „Vollbeschäftigung“ folgenden Zusatz:
„Die Vollbeschäftigung wird auch bei zunehmender Automatisierung der Wirtschaft durch wirksame Maßnahmen gesichert bleiben.“
2. In dem zweiten Satz des Abschnittes „Privateigentum und Gemeineigentum“ werden hinter „insbesondere“ die Worte „Rohstoffe für Atom-Energie“ eingefügt.
3. Der dritte Satz des Abschnittes „Privateigentum und Gemeineigentum“ erhält folgende Neufassung:
„Diese Versorgung ist nur gewährleistet durch die Überführung der Grundstoffwirtschaft wie Rohstoffe und Erzeugnisstätten der Atom-Energie, sonstige Energie-Quellen sowie Kohle, Eisen und Stahl in Gemeineigentum, die allein eine volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionspolitik und notwendige Rationalisierung sicherstellt.“
4. Absatz 4 erhält folgende Neufassung:
„Eine Sozialisierung der Grundstoffwirtschaft ist für die deutsche Wirtschaft unumgänglich notwendig, da es mit Hilfe der Bundesregierung in Deutschland einer kleinen unkontrollierbaren Schicht restaurativer Kräfte gelungen ist, nicht nur riesiges Vermögen, sondern auch autokratische Wirtschaftsmacht zu erlangen, die sie weitgehend befähigt, auf die Regierung, die Ministerialbürokratie, das Parlament, die Gesetzgebung und das öffentliche Informationswesen (Presse, Film, Rundfunk, Fernsehen) Einfluß zu nehmen. Eine Sozialisierung soll die unumschränkte Machtstellung dieser Schicht durchbrechen, zumindest aber eine weitere Ausweitung dieser Macht zu Beginn der zweiten industriellen Revolution verhindern.“

Begründung:

Zu Punkt 1.: Streik der Standard-Arbeiter in Coventry wegen Vollautomatisierung des Werkes.

Zu Punkt 2. bis 4.: Es wird gebeten, die *allgemeinen* Ausführungen des Genossen Dr. Deist, die dieser auf dem Kölner Kongreß am 14. und 15. Januar 1956 machte, zu beachten. Insbesondere

über Atom und Automation,

über Umschichtungsprozeß der Mittelschichten, Angestellten und Arbeiter durch Automation,

über die Fragen der Einkommensverteilung, der Altersgrenze und der Arbeitszeit.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Erarbeitung eines Kulturprogramms

Der Parteitag möge beschließen:

Der Parteivorstand wird beauftragt, sofort die Erarbeitung eines umfassenden Kulturprogrammes in Angriff zu nehmen.

Dabei ist davon auszugehen, daß der Bestand und die Hebung der Kultur eines Volkes im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution nur dann möglich ist, wenn der geistige Aufstieg aller in gleicher Weise ermöglicht wird. Folgende Forderungen haben deshalb als Ziel zu gelten:

1. Es ist eine grundlegende Reform des Bildungswesens zu erarbeiten. Dabei ist besonders Wert auf die Formung der Persönlichkeit zu legen.

Die neunjährige Schulpflicht ist Zug um Zug zu verwirklichen und das 10. Schuljahr anzustreben. Das letzte Schuljahr soll als Berufsfundungsjahr gelten.

In dem Zusammenhang ist die frühzeitige Trennung von elementarer und höherer Schulbildung zu beseitigen. Die gewerbliche und industrielle Berufsausbildung ist weitgehend in öffentlichen Schulen zu ermöglichen, von denen ein Übergang zur Hochschule erreicht werden kann.

Vordringlich ist die Beseitigung des Schichtunterrichts, die Hebung der Klassenfrequenz und die volle Erteilung des Unterrichts in Berufsschulen. Zur Förderung der Begabten ist eine Erhöhung der Schulgeldbeihilfe notwendig.

Die Bildungspläne in den einzelnen Ländern sind nach Richtlinien, die durch Beauftragte des Parteivorstandes aufgestellt worden sind, auszuarbeiten.

2. Um den schaffenden Menschen in lebendigen Bezug zu den Gütern unserer Kultur zu bringen, sind entsprechende Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehören u. a.:

- a) weit großzügigere Schaffung von Jugendheimen.

- b) Ausbildung von Jugendleitern mit der Aussicht auf würdige Dauerberufsaussichten.

- c) Förderung des Gemeinschaftslebens durch Errichtung von Gemeinschaftshäusern und Akademien. Dabei ist den Arbeitsgemeinschaften auf allen Lebensgebieten der Vorrang zu geben.

Um dieses Programm von möglichst breiter Grundlage her zu erarbeiten, sind vom Parteivorstand *kulturelle Arbeitskreise* anzuregen. Deren engere Zusammenarbeit mit den politischen Gremien muß gewährleisten, daß ihre Einzelergebnisse auf politischem Wege verwirklicht werden.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Förderung der sozialistischen Sport- und Kulturbewegung

Der Parteitag begrüßt die Entschließung der Kommission für Sport und kulturelle Entwicklung vom 22. 1. 1956, die vom Generalrat der Sozialistischen Internationale allen angeschlossenen Parteien zur Beachtung übermittelt wurde, wonach der sozialistischen Sport- und Kulturbewegung größere Beachtung zu schenken sei, wo solche Verbände bereits bestehen, diese zu fördern und in den Ländern, wo sie *noch nicht bestehen, ihre Gründung zu veranlassen*.

Der Antrag wird wie folgt begründet:

Die Deutsche Arbeiter-Sportbewegung war bis zu ihrem Verbot 1933 ein Kernstück der sozialistischen Arbeiterbewegung. Im Gegensatz zur damaligen DT,

dem Reservoir der SA und SS, wurden die Arbeitersportvereine nicht gleichgeschaltet, sondern aufgelöst, ihres Vermögens beraubt und viele ihrer Funktionäre gefoltert, in Konzentrationslager geworfen oder in die Emigration getrieben.

Im guten Glauben, daß gerade die Turner und Sportler aus der 1000jährigen braunen Epoche, in der praktisch aus jedem Turn- und Sportverein eine Rekruten-Vorschule wurde, eine entscheidende Lehre gezogen hätten, haben die Arbeitersportler 1945 auf die Wiedegründung einer eigenen Organisation verzichtet. Sie waren es, die dem Wiederaufbau der deutschen Turn- und Sportbewegung stärkste Impulse verliehen, zumal die früheren DT-Funktionäre auf Grund ihrer politischen Belastung keine öffentliche Funktion ausüben konnten.

Durch die zweifelhafte Entnazifizierung wieder salonfähig geworden, sind unter Assistenz der früheren DT-Führer unzählige Turn- und Sportvereine neugegründet worden, die in ihrer Grundtendenz nichts anderes als die Restaurierung der ehemaligen DT zur Aufgabe haben. Diese Restaurierung vollzieht sich derart rücksichtslos, daß sich die Arbeitersportler praktisch nur noch als lästiges Anhängsel der sogenannten Einheitssportbewegung fühlen können. Die Intoleranz findet rein äußerlich ihren stärksten Ausdruck in der Symbol- und Grußfrage, in der sich die alte DT bis ins letzte widerspiegelt, aber jegliche Erinnerung an die Arbeitersportbewegung peinlichst vermieden wird.

Die parteipolitische Neutralität der Sportvereine hat die konfessionellen Verbände und andere extreme Jugendbünde nicht gehindert, eigene Sportlergruppen zu bilden, weil sie hierin die beste Möglichkeit sehen, größere Massen von Jugendlichen über die sportliche Betätigung ideologisch auszurichten. Die Förderung sozialistischer Sport- und Kulturvereinigungen durch die SPD bedeutet nicht Einmischung in die Belange der Sportbünde, sondern ist Aufgabe der SPD zum Zwecke der staatspolitischen Erziehung der jungen Menschen im Geiste der freiheitlichen Demokratie.

Sportler sein ist gut; Sportler zu Sozialisten zu erziehen, ist Aufgabe der SPD.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Förderung der Frauenwerbung

Da die Stimmen der Frauen auch bei der kommenden Bundestagswahl wieder entscheidend sein werden, ersucht der Parteitag den Parteivorstand, neue Wege und Mittel zu erproben, um die Frauen stärker in den Einflußkreis der Partei zu ziehen.

Er empfiehlt — falls die finanziellen Mittel zur Errichtung von Frauensekretariaten in den Bezirken nicht ausreichen — die Aufstellung eines vom Frauensekretariat und der Werbe- und Propaganda-Abteilung eingesetzten *weiblichen Arbeitsteams*, das in den Bezirken turnusmäßig Musterveranstaltungen moderner Frauenwerbung durchführt und im Zeitraum der Bundestagswahl mit klaren wahlpolitischen Aufgaben betraut wird.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Sicherung der Stabilität des Geldes

Die Stabilität des Geldes zu sichern, soll zu den vornehmsten Aufgaben sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik gehören. Die Bundestagsfraktion soll deshalb bei wirtschaftlichen Engpässen, wie zum Beispiel zur Zeit der Bausektor, unter Außerkurssetzung der Formel von Angebot und Nachfrage ein kombiniertes System von Preisstopp und Kontingentierung verlangen. Man sollte sich nicht scheuen, dabei die Worte Preisstopp und Kontingentierung auch tatsächlich zu gebrauchen.

Begründung:

Die sogenannte Marktwirtschaft führt auf Grund einer Funktionsverschiebung gegenüber früher zu einer mehr oder weniger raschen Geldentwertung. Früher nämlich waren die Marktpreise nach oben wie unten beweglich; infolge zunehmender Kartellierung der gesamten Wirtschaft heute zumeist aber nur noch nach oben. Die Geldentwertung trifft die Nichtsachwertbesitzer, vor allem aber die Rentner und Sparer sehr hart und lähmt das Gefühl der Menschen allgemein, etwas zu sparen.

Es ist deshalb zu überlegen, ob man nicht bei stark überhöhter Nachfrage (Produktionsengpaß) oder — der gegenteilige Fall — bei übersteigerter Produktion (Absatzkrise) Preisstopps und Kontingentierungsmaßnahmen einführen soll, so übel diese letztgenannten Namen auch Erinnerungen wachrufen mögen. Auch die konservative Regierung Englands konnte dieser Tage nicht umhin, die Wiedereinführung der Baukontingentierung vorzuschlagen.

(an die Bundestagsfraktion überwiesen)

Erfassung von Spekulationsgewinnen und Zinswuchererträgen

Durch *Börsenmanipulationen, Grundstücksspekulationen, Zinswucher* usw. verdient eine kleine Schicht der Hochfinanz laufend Millionen und Milliarden. Diese Milliarden Gewinne sind zu erfassen und mit 50 Prozent zu versteuern. Die Erträge sind für den sozialen Wohnungsbau zu verwenden. Wir ersuchen die Bundestagsfraktion, geeignete Gesetze im Bundestag einzubringen.

(an die Bundestagsfraktion überwiesen)

Gegen die Preissteigerungspolitik der Bundesregierung

Der Parteitag wendet sich entschieden gegen die fortgesetzte Preissteigerungspolitik der Bundesregierung, die ein Betrug am Sparer und mit den christlichen Grundgesetzen unvereinbar ist.

Der Parteitag wendet sich besonders gegen die Organisatoren dieser Politik, gegen die CDU/CSU, und ersucht die Funktionäre und Abgeordneten der SPD, immer wieder auf diese verhängnisvolle Politik in Wort und Schrift hinzuweisen und alles in ihrer Kraft stehende gegen diese Politik zu tun.

(an Parteivorstand und Bundestagsfraktion überwiesen)

Gerechte Neugestaltung des Grundsteuerrechts

Die bisher bekanntgewordenen Verlautbarungen über notwendige Änderungen des Grundsteuerrechts, mit dem Ziel einer Steigerung des Aufkommens aus dieser Steuer, haben zu großen Beunruhigungen innerhalb weiter Kreise des kleinen Hausbesitzes geführt.

Der Parteitag empfiehlt, dieser Tatsache die notwendige Beachtung zu schenken. Die Vertreter unserer Partei im Bundestag bzw. Bundesrat werden aufgefordert, für eine soziale, gerechte Neugestaltung des Grundsteuerrechts Sorge zu tragen.

Insbesondere wird vorgeschlagen, bei allen Grundstücken, die nur zum Zwecke des eigenen Bewohnens mit einem Eigenheim bestimmter Größe bebaut worden sind, von einer Änderung der Bemessungsgrundlage (Erhöhung des Einheitswertes) abzusehen.

(an die Bundestagsfraktion überwiesen)

Gegen die Verfälschung der Lebensmittel

In immer stärkerem Maße ist eine Verfälschung der Lebensmittel zu verzeichnen. Die Verfälschung beginnt bei der Milch und hört bei den Konserven auf. Heute werden in der Bundesrepublik etwa 750 chemische Stoffe zur Lebensmittelbehandlung, darunter solche, die keineswegs harmlos sind, benutzt.

Wenn auch die von der Lebensmittelindustrie verwendeten chemischen Zusatzstoffe eine bestimmte Höchstgrenze nicht übersteigen dürfen, so ist damit nicht die Garantie gegeben, daß Nahrungsmittel, die mit den Zusätzen behandelt werden, den Körper auf die Dauer nicht doch schädigen.

Die ständig steigenden Erkrankungen an Kreislaufstörungen, Herzbeschwerden, Magen-, Darm- und Nervenleiden sind ein Signal, daß für die Volksgesundheit entschieden mehr getan werden muß als bisher. Vor allen Dingen muß die Verfälschung der Lebensmittel durch gesetzliche Maßnahmen unterbunden werden.

Wir ersuchen die Organe der Partei, entsprechende Wege einzuschlagen, um die Verfälschung der Lebensmittel zu verhindern.

(an die Bundestagsfraktion überwiesen)

Förderung der sozialistischen Jugend

Der Parteitag möge beschließen:

Der Parteitag 1956 der SPD ist der Auffassung, daß die Arbeit der Sozialistischen Jugend Deutschlands — Die Falken — mehr als bisher gefördert werden muß.

Um die Gründung von neuen Kinder- und Jugendgruppen vorzubereiten, beauftragen die Ortsvereine der SPD, in denen es solche Gruppen nicht gibt, einen geeigneten Genossen bzw. eine Genossin als Erziehungsreferenten.

Diese Erziehungsreferenten arbeiten mit den zuständigen Bezirkssekretariaten der SJD — Die Falken — eng zusammen. Die Arbeitsunterlagen für diese Erziehungsreferenten erstellen die SJD — Die Falken —.

(an den Parteivorstand überwiesen)

Ausarbeitung eines Grundsatzprogramms

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD ist der Sachwalter des arbeitenden Volkes, sie muß daher ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik eindeutig auf die Interessen der arbeitenden Menschen in Stadt und Land ausrichten. Damit dient sie zugleich den Interessen der freien Berufe und des Mittelstandes.

Der Parteivorstand wird beauftragt, noch 1956 ein klares Programm auszuarbeiten, das der Bundestagsfraktion als verbindliche Grundlage für ihr Handeln dient und folgende Leitsätze berücksichtigt:

- a) Gerade die sich entwickelnde zweite industrielle Revolution macht es im verstärkten Maße allen Sozialisten zur Pflicht, eine völlige Neuordnung der Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage anzustreben.
- b) Werden Automation und Atomenergie in einer unter demokratischer Kontrolle planenden Wirtschaft entwickelt, erhöht sich der Wohlstand der arbeitenden Massen. Bleibt ihr Einsatz den kapitalistischen Großunternehmen überlassen, droht Massenarbeitslosigkeit und Senkung des Lebensstandards.
- c) Auch die Vergesellschaftung der Grundstoffindustrie, der Banken und Versicherungsgesellschaften ist heute vordringlicher denn je; nur so kann verhindert werden, daß die neue technische Entwicklung und die Machtfülle privatkapitalistischer Konzerne zu ähnlichen Erscheinungen wie im Frühkapitalismus und zu ähnlichem Mißbrauch der Kapitalmacht wie in der Weimarer Republik führt.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß beim Parteivorstand ist zu beauftragen, den Entwurf eines derartigen Programms zur Diskussion innerhalb der Partei vorzulegen. Er sollte jedoch in erster Linie aus eng mit der Partei verbundenen Gewerkschaftern und Betriebsvertretern zusammengesetzt sein.

LISTE DER DELEGIERTEN UND GÄSTE

PARTEIVORSTAND

Erich Ollenhauer
Wilhelm Mellies
Willi Eichler
Herta Gotthelf
Fritz Heine
Max Kukil
Alfred Nau
Heinrich Albertz
Luise Albertz
Lisa Albrecht

Willi Birkelbach
Franz Bögler
Max Brauer
Emil Gross
Franz Haas
Wenzel Jaksch
Waldemar v. Knoeringen
Heinz Kühn
Dr. Walter Menzel
Franz Neumann

Prof. Dr. Carlo Schmid
Erwin Schoettle
Louise Schröder
Fritz Steinhoff
Dr. Hermann Veit
Herbert Wehner
Dr. Dr. Fritz Wenzel
Dr. Georg-August Zinn

PARTEIAUSSCHUSS

Dr. Elly Linden
Albert Schulz
Paula Karpinski
Karl Vittinghoff
Georg Peters
Egon Franke
Maria Prejawa
Hans Striefler
Albert Höft
Peter Birkel
Rudolf Ernst Heiland
Käthe Schaub

Erwin Welke
Erwin Lange
Trude Wolff
Hein Hamacher
Rudolf Freidhof
Lucie Beyer
Hans Schröder
Fritz Erler
Martha Gieseemann
Franz Höhne
Max Seidel
Käte Strobel

Alfred Frenzel
Maria Günzl
Otto Schmidt
Eugen Hertel
Günter Markscheffel
Dora Hennig
Josef Braun
Ida Wolff
Kurt Conrad
Dr. Siegfried Bärsch

KONTROLLKOMMISSION

Adolph Schönfelder
Walter Damm
Ernst Herder

Heinrich Hoecker
Paul Löbe
Grete Rudoll

Jakob Steffan
Fritz Ulrich
Christian Wittrock

DELEGIERTE

Schleswig-Holstein

Friedrich Lühje
Walter Lurgenstein
Kurt Schulz
Heinrich Warstatis
Otto Lüh
Karl Noack
Hans Oldorf

Heinrich Fischer
Erich Hagenah
Heinrich Sellmann
Karl Jahr
Hans Ekstrand
Dr. Hans-Werner Bartsch
August Heine

Herbert Kade
Bertha Wirthel
Prof. Fritz Baade
Hans Schröder
Jochen Steffen
Rosa Wallbaum
Anne Brodersen

Hamburg-Nordwest

Margarete Andresen
Oswald Paulig
Paul Bebert
Martha Damkowski
Otto Dippe
Wilhelm Ehlers
Bruno Fritz
Otto Hinrichs
Fredri Hüllen
Nicolaus Jürgensen
Hellmut Kalbitzer

Irma Keilhack
Dr. Wilhelm Kröger
Paul Känder
Gertrud Lockmann
Helene Meibohm
Anneliese Most
Dr. Paul Nevermann
Andreas Pens
Prof. Dr. Karl Schiller
Walter Schmedemann
Helmuth Schmidt

Karl Strutz
Karl Riecken
Josef Wagner
Ernst Weiss
Hermann Hansing
Richard Boljahn
Anni Zießler
Georg Müller
Willy Steinke

Weser-Ems

Johann Cramer
Heinrich Müller

Johann Fischer
Theus Bracht

Hans Lücke
Fritz Weyers

Hannover

Albert Heuer
Ernst Kipker
Willi Kampf
Käte Auerbach
Wilhelm Albers
Willi Hahn
Walter Läge
Kurt Partzsch
Walter Kloos

Fritz Blume
Herbert Saß
Hans Schultze
Wilhelm Mathes
Friedhelm Körber
Erich Hansmann
Heinrich Tolle
Alfred Thomas
Helmuth Möhring

Willi Plappert
Willi Stania
Wilhelm Schreyer
Helmuth Böllersen
Werner Marquardt
Werner Nollau
John Busch
Konrad Steinhausen

Westliches Westfalen

Alma Kettig
Dr. Heinrich Deist
Heinrich Hossiep
Ewald Beilmann
Friedrich Grubert
Hans Laumann
Jacob Hilge
Franz Funnekötter
Karl Greune
Egon Walter
Lisa Wieland
Wolfgang Jansen
Peter Heckmann
Anny Tappe

Fritz Lange
Ernst Wilczok
Friedel Peiffer
Friedrich Spiegelberg
Hubert Scharley
Kurt Fedde
Hilde Seeliger
Rolf Meyer
Franz Wohlleb
Leo Radtke
Emil Groll
Aloys Hüllen
Fritz Günemann
Josef Hufnagel

Erich Meyer
Ernst Knäpper
Dietz Keuning
Willi Beuster
Karola Zorwald
Hilde Wenke
Elfriede Kratz
Walter Achenbach
Hans Merten
Hans Kollmann
Ewald Wittkowski
Wilhelm Müller
Alfred Dickerhoff
Jupp Kappius

Ostliches Westfalen

Gert Benz
Erich Deppermann
Heinrich Fuhrmann
Helmut Gerdtobereus

Karl Prüssner
Otto Grube
Willi Ohlemeyer
Heinrich Welslau

August Linne
Fritz Schilling
Josef Lautenschläger
Herbert Becker

Braunschweig

Heinz Rost
Otto Bennemann

Otto Brunke
Otto Bleil
Gustav Stollberg

Karl Klages
Wilhelm Schacht

Niederrhein

August Böllhoff
Lotte Wicke
Rudolf Möller-Dostali
Horst Katzor
Heinz-Robert Kuhn
Willi Meinicke
Karl Heim

Knulp Goeke
Karl Heinz Lünenstrass
Willi Freiburg
Willy Könen
Maria Berns
Ernst Bessel
Eberhard Brünen

Otto Striebeck
Kurt Müller
Fritz Kraus
Max Archimowitz
Hugo Simecek

Mittelrhein

Karl Wienand
Josef Heinrichs

Hans-J. Wischnewski
Luise Peter
Toni Lux

John van Nes Ziegler
Hans Wertz

Hessen-Nord

Dr. Karl Branner
Hans Neusel
Edwin Zerbe

Gen. Gassmann
Bernhard Ahrens
Holger Börner

Franz Baier
August Franke
Albert Weber

Hessen-Süd

Walter Hesselbach
Georg Stierle
Hans Muntzke
Adam Spamer
Jean Ruth
Christian Enders
Willi Klapprodt
Herbert Tulatz

Willi Zinnkann
Otto Bepler
Wilhelm Reitz
Martha Breiter
Walter Möller
Claf Radke
Heinrich Fischer
Alfred Flick

Willi Massot
Fritz Wernath
Karl Riedl
Richard Hopf
Georg Ackermann
Georg Buch

Südwest

Walter Krause
Emil Henk
Dr. Alex Möller
Fritz Schieler
Armin Bodechtel
Karl Riegel

Fritz Helmstädter
Hermann Polenz
Werner Pusch
Reinhold Schulz
Anton Haut
Harry Streufert

Berthold Fritz
Eugen Loderer
Ernst Paul
Fritz Rück
Otto Muser
Herbert Holtzhauer

Niederbayern-Oberpfalz

Hermann Stiefvater
Hanns Stephani

Gustav Zerull
Josef Regner
Hans Bader

Dr. Ilselotte Spiegler
Franz Grassl

Franken

Gerda Lauffer
Rudolf Metter
Otto Mohrmann
Fritz Wolland
Hans Högn
Waldemar Heinlein
Christian Löffler
Erich Röder

Wilhelm Riepekohl
Heinrich Stöhr
Heinrich Firnschild
Ferdinand Drexler
Karl Freiburger
Hans Richter
Arno Behrisch
Erwin Mohaupt

Christian Horn
Rudolf Mader
Ludwig Eichhorn
Kurt Böhmer
Hans Kunath
Ludwig Bauer

Südbayern

Dr. Gerhard Kreyssig
Gretl Swoboda
Josef Hack
Ernst Gumerum
Franz Marx

Franz Pelzl
Jakob Deffner
Karl Weishäupl
Franz Schilder
Faulhammer

Valentin Baur
Fritz Böhm
Georg Kahn-Ackermann

Rheinland-Hessen-Nassau

Willi Erkel

Manfred Schumacher
Philipp Brück

Matthias Benedyczuk

Pfalz

Herbert Müller
Hedwig Schardt
Charlotte Krumbach

Kurt Leonhardt
Hans Ohliger
Karl Weber

Ernst Battel
Herbert Unger
Theo Leyendecker

Rheinhessen

Karl Delorme

Hermann Lückel

Berlin

Siegfried Aufhäuser
Dr. Josef Grunner
Dr. Paul Hertz
Willy Kressmann
Kurt Mattick
Kurt Neubauer
Werner Rüdiger

Dr. Werner Stein
Herbert Theis
Alexander Voelker
Willy Brandt
Gretel Heise
Ella Kay
Joachim Lipschitz

Helmut Mattis
Maria Reuber
Prof. Dr. Ernst Schellenberg
Ernst Sünderhauf
Theodor Thiele
Jeanette Wolff

Saar

Friedrich Regitz

Norbert Engel

BUNDESTAGSFRAKTION

Kurt Pohle
Fritz Ohlig
Dr. Martin Schmidt
Dr. Paul Bleiss
Karl Bergmann
Dr. Adolf Arndt

Hans Merten
Ludwig Metzger
Willi Richter
Karl Wittrock
Friedrich Maier
Dr. Karl Mommer

Prof. Dr. Ludwig Preller
Georg Kurlbaum
Richard Reitzner
Martha Schanzenbach

EHRENGÄSTE

Dr. Rudolf Wissell, Berlin, Reichsarbeitsminister a. D.

Anna Nemitz, Berlin, früheres Mitglied des Parteivorstandes und des Reichstages

Hermann Lüdemann, Preetz (Holstein), Ministerpräsident in Schleswig-Holstein von 1947 bis 1949

AUSLÄNDISCHE GÄSTE

- Sozialistische Internationale:** Morgan Phillips, Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, Generalsekretär der Labour Party.
Bjarne Braatoy, Sekretär der Sozialistischen Internationale
- Bulgarien im Exil:** Georg Dudoff, Vertreter der Sozialdemokratischen Partei (im Exil)
Dr. Georg Kiroff, Vertreter der Sozialdemokratischen Partei (im Exil)
- Dänemark:** H. C. Hansen, Ministerpräsident und Außenminister Dänemarks, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks
Lektor Dr. phil. Mogens Pihl, Spezialist für Atomprobleme
- Finnland:** Kaarlo Pitsinki, Persönlicher Referent des Ministerpräsidenten
Penna Tervo, Finanzminister
- Frankreich:** Pierre Herbaut, Stellvertretender Generalsekretär
J. J. Marzorati, Mitglied des Vorstandes der SFIO
- Griechenland:** Agnes Roussopoulou, Generalsekretärin der Griechischen Sozialistischen Liga
Demetrius Gouttos, Kassierer der Griechischen Sozialistischen Liga
B. Mathiopoulos, Journalist
- Großbritannien:** Sam Watson, Vorsitzender des internationalen Unterausschusses der Labour Party und Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft für Durham
- Indien:** Asoka Metha, Vorstandsmitglied der Praja Socialist Party of India, Mitglied des Parlaments
Mrs. Seroff
- Kanada:** Russell Bell, Forschungsdirektor der Co-Operative Commonwealth Federation in Kanada
- Luxemburg:** Dr. Victor Bodson, Justizminister
Alfons Hummer, Vorsitzender der Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Luxemburgs

Niederlande:	Willem Mensink, Sekretär der Partei der Arbeit
Norwegen:	Halvard Lange, Außenminister, Mitglied des Vorstandes der Norwegischen Arbeiterpartei
Osterreich:	Oskar Helmer, Innenminister Franz Peyerl, Mitglied des Salzburger Landtags und stellvertretender Landeshauptmann
Pakistan:	M. Jussuf Khan, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Pakistans
Schweden:	Torsten Nilsson, Mitglied des Reichstages, Verteidigungsminister
Schweiz:	Walther Bringolf, Nationalrat, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Schweiz
Sozialistische Union Mittel- und Osteuropas:	Milos Vaněk und Stefan Bede
Spanien im Exil:	Rodolfo Llopis, Generalsekretär der Spanischen Sozialdemokratischen Partei im Exil
USA:	Dr. Walter Bergman, Mitglied des Parteivorstandes

REFERENTEN

Prof. Dr. Leo Brandt, Staatssekretär, Düsseldorf
 Prof. Dr. Carlo Schmid*), M. d. B., Frankfurt a. Main

VERTRETER VON ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND NAHESTEHENDEN INSTITUTIONEN

Arthur H. Busch, Vors. der Bundesarbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender in der SPD

Josef Felder, Chefredakteur des „Vorwärts“

Otto Fichtner, Vors. des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)

Willi Henkel, Vors. der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer (ASL)

Dr. Hermann Karl, Vors. der Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Ärzte (ASA)

Dr. Otto Kunze, Vors. der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ)

Lotte Lemke, Hauptausschuß „Arbeiterwohlfahrt e. V.“

Peter Raunau, Chefredakteur des „Sozialdemokratischer Pressedienst“ und „Parlamentarisch-Politischer Pressedienst“ (PPP)

Gustav Schmidt-Küster, Leiter des Verlages nach J. H. W. Dietz GmbH.

Karl Storbeck, Geschäftsführer der Interessengemeinschaft sozialistischer Wirtschaftsunternehmen „KONZENTRATION GMBH.“

Heinz Westphal, Vors. der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“

*) siehe auch unter „Parteivorstand“

BEGRUSSUNGSSCHREIBEN UND -TELEGRAMME

Dr. Otto Suhr, Regierender Bürgermeister von Berlin

Arno Hennig, Kultusminister, Wiesbaden

SPD-Betriebsgruppe der Siemens-Schuckertwerke, Nürnberg

SPD-Betriebsgruppe der Vereinten westdeutschen Waggonfabriken,
Köln-Deutz

Soziale Arbeitsgemeinschaft des Landesverbandes Bayern der SPD

SPD-Betriebsgruppe der Waggonfabrik Rathgeber, München

Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft der Bundesbahner

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“, Frankfurt a. M.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Berlin

Aufsichtsrat und Vorstand der Niedersächsischen Bank, Hannover

Weltorganisation der Mütter aller Nationen

Asiatische Sozialistische Konferenz, Rangun

Internationale jüdische Arbeiterbewegung „Der Bund“

Polnische Sozialistische Partei im Exil (Deutsche Gruppe)

Deutschsprachige Sozialisten in Mexiko

Litauische Sozialdemokratische Partei im Exil

Sozialistische Partei Uruguays

Sozialdemokratische Föderation der USA

Sozialistische Partei USA

Sozialistische Partei Indonesiens

Sozialistische Partei Süd-Vietnams

Sozialistische Partei Japans

Verband Deutscher Studentenschaften

Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Bonn

Prof. Bechert, Mainz

INHALTSÜBERSICHT

1. Verhandlungstag

Eröffnung des Parteitages

durch den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Wilhelm Mellies	7
--	---

Begrüßungsansprachen

der in- und ausländischen Gäste

Thomas Wimmer, Oberbürgermeister der Stadt München	14
Dr. Wilhelm Hoegner, Ministerpräsident	16
Hans Demeter, Vorsitzender der SPD München	17
Matthias Föcher, stellvertretender Vorsitzender des DGB	18
Fritz Rettig, Vorsitzender der DAG	19
Heinrich Mainz, Vorsitzender der GEG-Geschäftsleitung	22
H. C. Hansen, Dänemark	22
Kaarlo Pitsinki, Finnland	24
Pierre Herbaut, Frankreich	25
Agnes Roussopoulou, Griechenland	27
Dr. Victor Bodson, Luxemburg	28
Willem Mensink, Holland	29
Halvard Lange, Norwegen	30
M. Jussuf Khan, Pakistan	32
Torsten Nilsson, Schweden	33
Walther Bringolf, Schweiz	35
Rodolfo Llopis, Spanien (in Frankreich im Exil)	36
Oskar Helmer, Österreich	39
Dr. Rudolf Wissell (Senior des Parteitages)	42

2. Verhandlungstag

Konstituierung des Parteitages

Wahl eines Präsidiums	45
Annahme einer Tagesordnung	46
Annahme einer Geschäftsordnung	46
Annahme eines Arbeitsplanes	46
Wahl einer Mandatsprüfungskommission	46

„An der Wende der deutschen Politik“

Referent: Erich Ollenhauer	47
Grußadresse der politischen Gefangenen in der Sowjetzone	72

Diskussion

Prof. Ernst Schellenberg, Berlin	76
Fritz Rück, Stuttgart	78
Walter Möller, Frankfurt a. M.	81
Dr. Hans-Werner Bartsch, Mölln	83
Prof. Fritz Baade, Kiel	85
Karl Weishäupl, München	87
Walter Hesselbach, Frankfurt a. M.	89
Dr. Dr. Fritz Wenzel, Braunschweig	91
Heinz Kühn, Köln	93
Franz Marx, München	96
Olaf Radke, Offenbach	98
Arno Behrisch, Hof	100
Siegfried Aufhäuser, Berlin	102
Joachim Lipschitz, Berlin	104
Hans Merten, Korbach	106
Willy Brandt, Berlin	108
Jochen Steffen, Kiel	110
Aloys Hüllen, Siegen	111
Fritz Erler, Pforzheim	112
Prof. Ludwig Preller, Stuttgart	115
Willi Birkelbach, Frankfurt	117
Herbert Wehner, Bonn	120
Günter Markscheffel, Mainz	123
Friedrich Spiegelberg, Gelsenkirchen	125
Kurt Mattick, Berlin	126
Ella Kay, Berlin	128
Kurt Conrad, Homburg/Saar	129
Zum Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Debatte:	
Helmuth Schmidt	130
Schlußwort:	
Erich Ollenhauer	131
Erlедigung der Anträge zum Tagesordnungspunkt 2	132

3. Verhandlungstag

Verlesung von Begrüßungstelegrammen	135
Begrüßungsansprachen:	
Morgan Phillips, Großbritannien	137
Milos Vaněk, München	138
Sam Watson, Großbritannien	141
Asoka Metha, Indien	144
Weitere Verlesung von Grußbotschaften	145
„Die zweite industrielle Revolution“	
Referenten: Prof. Leo Brandt	148
Prof. Carlo Schmid	166
Bericht der Mandatsprüfungskommission	186
Diskussion:	
Dr. Werner Stein, Berlin	187
Verlesung von Grußtelegrammen	190
Fortsetzung der Diskussion:	
Max Brauer, Hamburg	191
Dr. Hermann Veit, Karlsruhe	193
Erwin Welke, Lüdenscheid	195
Georg Kahn-Ackermann, München	198
Waldemar von Knoeringen, München	200
Herbert Wehner, Bonn	202
Fritz Erler, Pforzheim	204
Walter Krause, Mannheim	207
Prof. Ludwig Preller, Stuttgart	209
Willi Eichler, Bonn	211
Philipp Brück, Koblenz	213
Willy Brandt, Berlin	215
Zum Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Debatte:	
Karl Delorme, Mainz	217
Hermann Polenz, Stuttgart	217
Schlußworte:	
Prof. Leo Brandt	218
Prof. Carlo Schmid	219
Erledigung der Anträge zum Tagesordnungspunkt 3	220

4. Verhandlungstag

Arbeitsberichte des Parteivorstandes

Organisation: Max Kukil	223
Finanzen: Alfred Nau	231
Presse und Propaganda: Fritz Heine	236
Kulturpolitik: Willi Eichler	241
Frauensekretariat: Herta Gotthelf	248

Bericht der Kontrollkommission

Referent: Adolph Schönfelder	252
--	-----

Bericht über die Tätigkeit des deutsch-spanischen Hilfskomitees

Franz Bögler, Neustadt/W.	252
-----------------------------------	-----

Erklärung des Generalsekretärs der Spanischen Sozialdemokratischen Partei im Exil,

Rodolfo Llopis	254
--------------------------	-----

Begrüßungsansprache:

Russell Bell, Kanada	255
--------------------------------	-----

Diskussion:

Alfred Frenzel, Klosterlechfeld	256
Fritz Rück, Stuttgart	258
Franz Pelzl, Rosenheim	260
Jeanette Wolff, Berlin	260
Herbert Kade, Lübeck	262
Walter Möller, Frankfurt	264
Heinz Westphal, Bonn	266
Helmuth Schmidt, Hamburg (persönliche Erklärung)	268

Wahlen	270
-------------------------	-----

Fortsetzung der Diskussion:

Ferdinand Drexler, Nürnberg	270
Wolfgang Jansen, Lippstadt	272
Martha Breiter, Frankfurt	274
Franz Grassl, Regensburg	276
Dr. Hans-Werner Bartsch, Mölln	278

Schlußworte:

Max Kukil, Bonn	279
Fritz Heine, Bonn	280
Willi Eichler, Bonn	281
Erledigung der Anträge zu den Punkten 5 und 6 der Tagesordnung	282

Bericht über die Arbeit der Bundestagsfraktion:

Referent: Dr. Walter Menzel	286
Bekanntgabe der Wahl der Parteivorsitzenden	290

5. Verhandlungstag

Bekanntgabe der weiteren Ergebnisse der Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission

313

Diskussion:

Gretl Swoboda, München	314
Willy Könen, Düsseldorf	317
Walter Hesselbach, Frankfurt	318
Dr. Martin Schmidt, Hannover	321
Helmuth Schmidt, Hamburg	322
Prof. Ernst Schellenberg, Berlin	324
Dr. Heinrich Deist, Neufrankenforst	325
Hellmut Kalbitzer, Hamburg	328
Prof. Karl Schiller, Hamburg	330
Wilhelm Mellies, Bonn	331
Dr. Walter Menzel, Bonn	332
Erledigung der Anträge zum Tagesordnungspunkt 4 und 8	335

Schlußansprache

Erich Ollenhauer	338
----------------------------	-----

ANHANG

Angenommene Entschließungen und Anträge	344
Überwiesene Anträge	368
Liste der Delegierten und Gäste	380
Grußbotschaften und -telegramme	386